

Stara

Stadt Zürich Geschäftsbericht des Stadtrates 1975

Inhaltsverzeichnis

Die Zahlen in normaler Schrift verweisen auf den Textteil, die kursiven Zahlen auf den Tabellenteil oder auf die graphischen Darstellungen

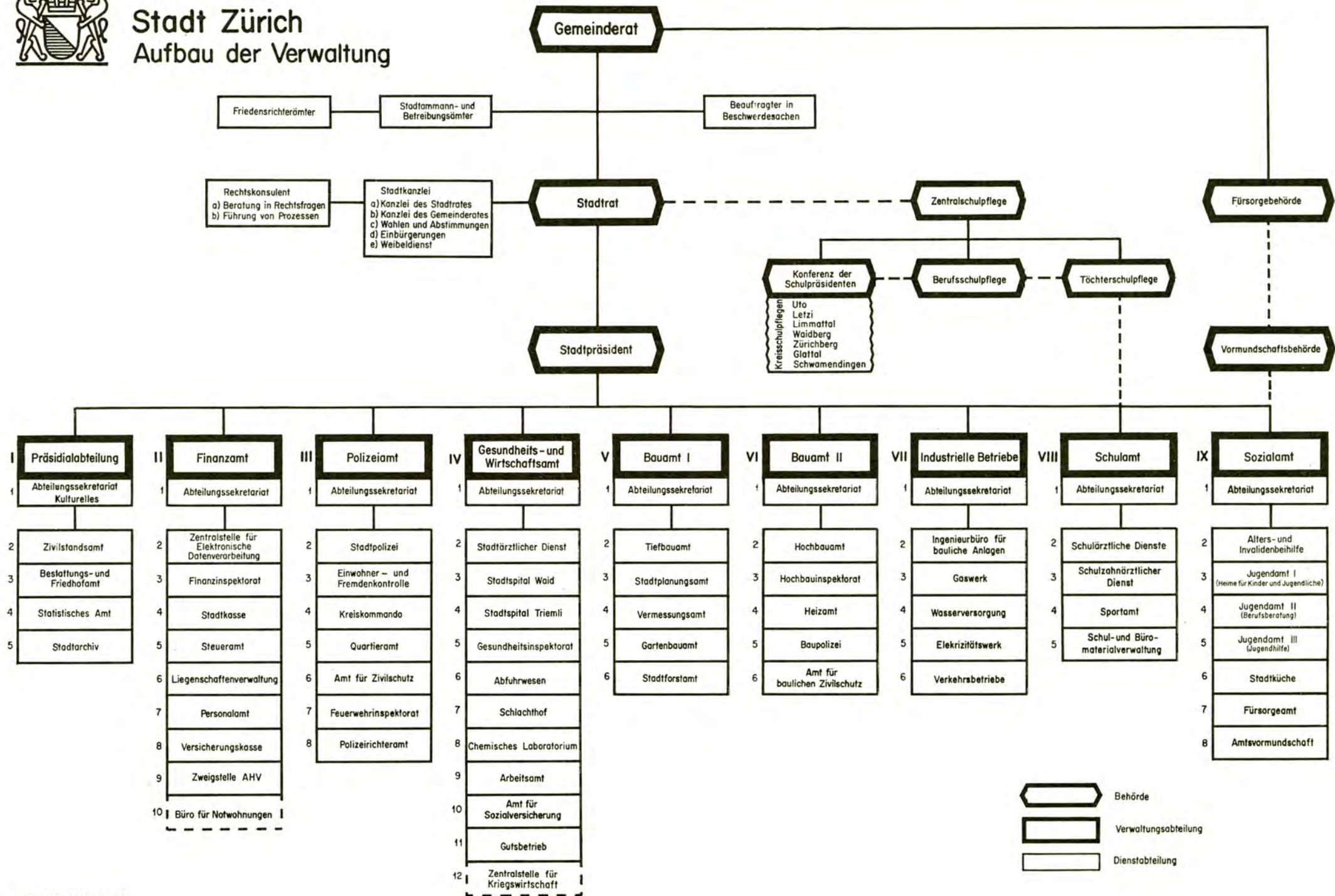
| | | |
|--|---------------------|-----|
| Aufbau der Verwaltung (Organigramm) | | 5 |
| Allgemeine Verwaltung | 7 | |
| Stadtrat und Stadtkanzlei | 7 | 15 |
| Rechtskonsulent | 8 | |
| Gemeindeabstimmungen | | 10 |
| Gemeinderatsbeschlüsse | | 10 |
| Bürgerrechtsabteilung der Stadtkanzlei | | 16 |
| Motionen (altes Recht) und Initiativen, unerledigte | | 17 |
| Aufträge des Gemeinderates (Anregungen), Motionen (neues Recht) und Postulate | | 29 |
| | I. Unerledigte | 66 |
| | II. Abzuschreibende | |
| Präsidialabteilung | 93 | |
| Zivilstandsamt | 102 | 107 |
| Bestattungs- und Friedhofamt | 102 | 110 |
| Statistisches Amt | 104 | |
| Stadtarchiv | 106 | |
| Finanzamt | 111 | 133 |
| Allgemeines | 111 | |
| Entwicklungshilfe | 112 | |
| Zentralstelle für elektronische Datenverarbeitung | 113 | |
| Finanzverwaltung und Finanzkontrolle | 115 | 133 |
| Steuern | 117 | |
| Personalwesen | 120 | 135 |
| Versicherungen | 123 | |
| Liegenschaften | 124 | |
| Wohnungsbau | 129 | |
| Stiftung Wohnungsfürsorge für kinderreiche Familien | 131 | |
| Zweigstelle Zürich der kantonalen AHV-Ausgleichskasse | 131 | 138 |
| Bürgerasyl- und Pfrundhauskommission | 132 | |
| Polizeiamt | 139 | |
| Allgemeines | 139 | |
| Stadtpolizei | 139 | 148 |
| Polizeirichteramt | 146 | 151 |
| Einwohner- und Fremdenkontrolle | 146 | 152 |
| Kreiskommando und Militärsektion | 146 | 154 |
| Feuerwehr und Feuerpolizei | 146 | 155 |
| Quartieramt | 147 | |
| Amt für Zivilschutz | 147 | 157 |

| | | |
|---|-----|---------|
| Gesundheits- und Wirtschaftsamt | 159 | |
| Koordinationsstelle für Ausländerfragen | 159 | |
| Stadtärztlicher Dienst | 159 | 173 |
| Stadtspital Waid | 160 | 176 |
| Stadtspital Triemli | 161 | 180 |
| Gesundheitsinspektorat | 162 | 185 |
| Abfuhrwesen | 164 | 190 |
| Schlachthof und Fleischschau | 166 | 191 |
| Chemisches Laboratorium | 166 | 193 |
| Arbeitsamt | 167 | 195 |
| Amt für Sozialversicherung | 169 | 197 |
| Gutsbetrieb und Landwirtschaftswesen | 171 | 200 |
| Zentralstelle für Kriegswirtschaft | 172 | |
| Bauamt I | 201 | |
| Tiefbauamt | 201 | 213 |
| Stadtplanungsamt | 204 | |
| Vermessungsamt | 208 | |
| Gartenbauamt | 209 | 218 |
| Stadtforstamt | 211 | 223 |
| Bauamt II | 225 | |
| Hochbauamt | 225 | 231 |
| Hochbauinspektorat | 229 | 243 |
| Heizamt | | 256 |
| Baupolizei | 229 | 257 |
| Amt für baulichen Zivilschutz | 230 | 259 |
| Industrielle Betriebe | 267 | |
| Ingenieurbüro für bauliche Anlagen | 267 | |
| Gasversorgung | 269 | |
| Wasserversorgung | 275 | 279 |
| Elektrizitätswerk | 281 | 286/287 |
| Verkehrsbetriebe | 287 | 294/295 |
| Schulamt (siehe Geschäftsbericht der Zentralschulpflege) | | |
| Sozialamt | 295 | |
| Zentrale Abteilung | 295 | 311 |
| Alters- und Invalidenbeihilfe | 297 | 312 |
| Stadtküche Zürich | 299 | |
| Jugendamt I | 300 | 316 |
| Jugendamt II | 302 | 318 |
| Jugendamt III | 304 | 321 |
| Amtsvormundschaft | 305 | 322 |
| Fürsorgeamt | 308 | 322 |
| Vormundschaftsbehörde | 327 | |
| Stadtammann- und Betreibungsämter, Friedensrichterämter | 332 | |



Stadt Zürich

Aufbau der Verwaltung



Allgemeine Verwaltung

Anhang: Motionen usw. Seite 17 ff.

Stadtrat und Stadtkanzlei

Neben den in grösseren Abständen angesetzten Klausursitzungen zur Durchdringung der sich stellenden geistigen Probleme hat der Stadtrat neu die «Allgemeinen Aussprachen» eingeführt, die – soweit nötig – jeden Monat stattfinden und den mittel- und langfristigen Problemen der einzelnen Verwaltungsabteilungen gewidmet sind. Der Stadtrat soll dadurch schon frühzeitig über solche Probleme der Abteilungen informiert werden, und andererseits soll die Abteilung das Führungskonzept des Stadtrates kennenlernen. In diesem Sinne waren Halbtagssitzungen dem «Tram 2000», einer Gesamtschau der städtischen Energieversorgung und den allgemeinen Problemen der Chronischkranken und ihrer Betreuung gewidmet.

Um ein anderes sich immer wieder auf den verschiedensten Teilgebieten stellendes Problem besser in den Griff zu bekommen, wurde ein Ausschuss des Stadtrates für Fragen des Umweltschutzes geschaffen. Neben dem Vorstand des Gesundheits- und Wirtschaftsamt als Vorsitzendem gehören ihm die Vorstände des Polizei- und des Bauamtes I an (Ersatzmann: Vorstand der Industriellen Betriebe). Damit sollen auf einfache Weise die Fragen des Umweltschutzes unter Mithilfe der Dienstchefs koordiniert werden, ohne dass eine Grosskommission eingesetzt werden muss.

In den 51 ordentlichen und ausserordentlichen Sitzungen des Stadtrates zur Behandlung der üblichen Geschäfte stellten zu Beginn des Jahres der Massnahmenkatalog und die Prioritätenliste zur Bekämpfung der Rezession ein gewichtiges Traktandum dar. Der Stadtrat widmete dem Fragenkomplex mehrere Aussprachen. Es war jedoch nicht nötig, die geplanten ausserordentlichen Arbeitsbeschaffungsmassnahmen in Kraft zu setzen. Hingegen tat der Stadtrat alles, um beschleunigt die Grundlagen für eine verbesserte Arbeitslosenversicherung bereitzustellen.

Leider mussten auch zwei Differenzen innerhalb der Verwaltung wiederholt auf die Traktandenliste der Stadtratssitzungen gesetzt werden: Im ersten Quartal war es die im Stadtspital Triemli akut gewordene Frage der Sterbehilfe; im zweiten Semester widmete sich der Stadtrat in zahlreichen Sitzungen den Beschwerden des Stadtgeometers in Sachen Boden- und Baudaten-Informationssystem.

Daneben kann das Jahr aus der Sicht des Stadtrates eher als ruhiges Jahr bezeichnet werden. Wegen des gegenwärtig in allen öffentlichen Gemeinwesen festzustellenden finanziellen Engpasses fehlten grosse Bau-, insbesondere Strassenbauprojekte.

Wichtige Vorlagen, die noch im Vorjahr vom Stadtrat verabschiedet worden waren, befanden sich allerdings in der Beratung der zuständigen gemeinderätlichen Kommissionen, so z. B. der Jürgensen-Bericht und die Revision der Bauordnung. Hier hatten die Vorstände der zuständigen Ressorts grosse Arbeit zu leisten in den Kommissionsberatungen. Im Stadtrat selbst waren es die recht zahlreichen Liegenschaftenkäufe, die zum Teil im Hinblick auf die Freihaltezone getätigt wurden und zu grundsätzlichen Diskussionen Anlass gaben. Ebenso stellte sich vermehrt die Frage der Unterschutzstellung von erhaltungswürdigen Bauten; verschiedene wichtige Gesichtspunkte konnten im laufenden Jahr einer Klärung entgegengeführt werden.

Nachdem die Töcherschule im Berichtsjahr gesetzlich dem Kanton übertragen werden konnte, stellte sich anschliessend die Frage der Übergabe des Städtischen Chemischen Labors. Die Frage wird weiter verfolgt und scheint einer Lösung entgegenzugehen. Das Problem einer klaren Ausscheidung der Aktivitäten zwischen Kanton und Stadt im Sinn der heutigen gesetzlichen Kompetenzregelung und angesichts der heutigen finanziellen Gegebenheiten wird auch in Zukunft bei andern Stellen noch geprüft werden müssen. Eine saubere Lösung liegt im Interesse von Kanton und Stadt.

Leider hatte sich der Stadtrat verschiedentlich auch mit Sendungen des Fernsehens zu befassen, die seiner Meinung nach lediglich gewissen Modeströmungen dienen wollten, aber den tatsächlichen Gegebenheiten der Stadt nicht gerecht wurden. Es scheint schwierig zu sein, hier eine offenere, ausgewogene Diskussion zu erwirken.

Entsprechend dem Geschäftsgang und den Beratungen des Stadtrates war das Berichtsjahr auch für die Stadtkanzlei nicht durch ausserordentliche Probleme gekennzeichnet. Die Bereinigung der Amtlichen Sammlung der Beschlüsse und Verordnungen von Behörden der Stadt Zürich konnte zum Abschluss gebracht werden. Inskünftig wird der gültige stadtzürcherische Verordnungsstoff anstatt in 35 veralteten Bänden in zwei à jour gebrachten Sammelbänden zu finden sein. Die beiden Bände sollen in der ersten Hälfte 1976 erscheinen.

Nachdem bereits bei den Gemeinderatswahlen 1974 im Kreis 9 versuchsweise für die Auszählung die Zentralstelle für Elektronische Datenverarbeitung (EDV) eingesetzt worden war, bewilligte der Regierungsrat das gleiche Vorgehen für die Kantonsratswahlen im April 1975 bzw. der Bundesrat für die Nationalratswahlen im Oktober 1975. Bei beiden Wahlgängen wurde auf dem ganzen Gebiet der Stadt Zürich die EDV zur verbindlichen Auszählung eingesetzt. Bei den Kantonsratswahlen war der durch die EDV gewonnene zeitliche Vorsprung unbedeutend, da sich bei diesem ersten Mal noch etwelche Missverständnisse zwischen den Kreiswahlbüros und der EDV ergaben. Hingegen erwies sich der zweite Einsatz der EDV bei den Nationalratswahlen, nachdem die Erfahrungen vom Frühling ausgewertet worden waren, als sehr positiv. Die Wahlergebnisse standen mehr als 20 Stunden früher zur Verfügung als bei den gleichen Wahlen vor vier Jahren, trotzdem diesmal viel mehr Listen zu verarbeiten waren.

Die Arbeit der Bürgerlichen Abteilung des Stadtrates und der Bürgerrechtsabteilung der Stadtkanzlei hat nicht abgenommen. Die Zahl der Bürgerrechtsbewerber ist im Gegenteil eher steigend; anstelle der Gesuche von ungarischen Flüchtlingen treten nun wieder vermehrt Gesuche von Angehörigen unserer Nachbarstaaten. Zum erstenmal wurde in diesem Jahr das Protokoll der Bürgerlichen Abteilung des Stadtrates nicht mehr gedruckt, sondern mittels Rank-Xerox-System erstellt. Die Neuerung hat sich bewährt und gestattet eine wesentliche finanzielle Einsparung.

Rechtskonsulent

Wurden im Jahre 1974 noch 11 Volksinitiativen, 5 Einzelinitiativen und 1 parlamentarische Initiative eingereicht, so waren es 1975 nur noch 2 Volksinitiativen (gegen den Ausbau der Limmattalstrasse oberhalb Frankental und für Wohnungsbau im Kreis 4) und 3 Einzelinitiativen (betreffend Jugendarbeitslosigkeit, Hilfe an Jugendorganisationen, Tramtaxen der Arbeitslosen). Allen diesen Initiativen konnte formelle Gültigkeit attestiert werden. Mitglieder von Initiativkomitees wurden wiederholt bezüglich der formellen Gestaltung ihrer Begehren beraten; in einzelnen Fällen mussten sie aber auch darauf hingewiesen werden, dass ihre Anliegen nur auf kantonaler Ebene gelöst werden könnten. Im Gemeinderat verursacht die Unterscheidung zwischen Motion und Postulat gelegentlich Schwierigkeiten; die Entgegennahme einer Motion musste abgelehnt werden, weil ihr Gegenstand nicht in die Kompetenz des Gemeinderates fiel. Verschiedentlich hatte der Rechtskonsulent das Büro des Gemeinderates zu beraten, so über die Ungültigerklärung altrechtlicher Motionen, über die Beschränkung der Redezeit im Gemeinderat, über das

Recht des Stadtrates, sich zu Anträgen des Büros zu äussern. Die Rechnungsprüfungskommission verlangte Auskunft über den Umfang ihrer Kompetenzen bei der Beratung des Voranschlags. Zuhanden des Stadtrates oder einzelner Abteilungsvorstände war zu den verschiedensten Fragen Stellung zu nehmen. Wesentlich und von erheblicher materieller Bedeutung sind immer wieder Probleme der Entschädigungspflicht der Stadt bei materieller Enteignung. Erneut waren die Rechtsverhältnisse am Kasernenareal abzuklären, ohne dass sich aber weitere Gesichtspunkte gezeigt hätten. Der Rechtskonsulent wurde auch zur Ausarbeitung von Verordnungen und Reglementen beigezogen, so zu Änderungen der Geschäftsordnung des Gemeinderates (Präzisierung der Bestimmungen über die Einzelinitiative und über die Formulierung persönlicher Vorstösse) und derjenigen des Stadtrates (Zuständigkeit zur Ausrichtung von Freihalteentschädigungen, Zuständigkeit zum Liegenschaftenerwerb in zeitlich dringlichen Fällen), zu Fragen der Allgemeinen Polizeiverordnung, des Personalrechts, der Benützung des öffentlichen Grundes. Zu 73 Einsprachen gegen Beschlüsse der einzelnen Sektionen waren Mitberichte abzugeben. Der im letzten Jahresbericht erwähnte, von der Stadt eingeleitete Schadenersatzprozess ist noch vor der ersten Instanz anhängig. Eine Schadenersatzklage gegen die Stadt wurde seitens eines ehemaligen Beamten beim Verwaltungsgericht anhängig gemacht.

Die städtische Schätzungskommission hatte 186 Schätzungsaufträge auszuführen (gleich viele wie im Vorjahr). Bei der kantonalen Schätzungskommission wurden 2 (5) Verfahren gegen 2 (11) Grundeigentümer anhängig gemacht. 2 (—) Schätzungsentscheide wurden an das Verwaltungsgericht weitergezogen, 1 (—) an das Bundesgericht. Am Jahresende waren bei der kantonalen Schätzungskommission 8 (9), beim Verwaltungsgericht 1 (3) und beim Bundesgericht 1 (—) Verfahren anhängig.

Gemeindeabstimmungen 1975

| Daten | Vorlagen | Kredit Mio Fr. | Ergebnis | |
|--------------|--|-------------------|----------|-----------------------|
| | | | Ja | Nein |
| 2. März | 1 Sanierung der Kanäle in der Altstadt und im Gebiet Löwenstrasse | 45 | 70 292 | 7 667 |
| | 2 Übergabe der Töchterschule der Stadt Zürich an den Kanton | | 65 509 | 11 997 |
| | 3 Bau eines provisorischen Parkhauses an der Wallisellen-/Thurgauer-/Dörflistrasse, Quartier Oerlikon | 3,855 | 24 815 | 52 167 ^{1,2} |
| 8. Juni | 4 Projektierungskredit für die Überbauung des Guggachareals mit Bauten für die Berufsschule II (Baugewerbliche Schule) sowie Sport- und Erholungsanlagen, Quartier Unterstrass | 1,6 | 35 026 | 61 666 ^{1,2} |
| 7. September | 5 Erneuerung der Geleiseanlagen der Verkehrsbetriebe, Neugestaltung des Paradeplatzes als Fussgängerbereich | 11,817 | 45 216 | 21 608 |
| 7. Dezember | 6 Umbau und Renovation des Zürcher Schauspielhauses | 19,7 | 80 058 | 19 451 |

¹ Verworfenen Vorlage

² Fakultatives Referendum (Gemeindeordnung, Art. 12, lit. b)

*Gemeinderatsbeschlüsse 1975 (Sachgeschäfte)**Allgemeine Abteilung (112)*

| Datum | Titel |
|------------|---|
| 8. Januar | 1 Motion (altes Recht) von Stimmberechtigten zur Förderung der Demokratie am Arbeitsplatz und Gegenvorschlag des Stadtrates (Erlass von Bestimmungen über die Mitwirkungsrechte der Arbeitnehmer) |
| | 2 Renovation und Modernisierung der Liegenschaft Kirchgasse 32, Quartier Altstadt |
| 15. Januar | 3 Miete von Schulräumen für die Hauswirtschaftliche Fortbildungsschule im Berufsschulhaus Escher-Wyss-Platz des Kaufmännischen Vereins, Sihlquai 331, Zürich 5 |
| | 4 Mietzinszuschuss an das Konsumentinnenforum der deutschen Schweiz und des Tessins |
| | 5 Ausbau der Förrlibuckstrasse zwischen Sportweg und Duttweilerstrasse |
| | 6 Abänderung der Verordnung über die Soziale Zahnpflege für Jugendliche |
| | 7 Revision der Verordnung über die Abwassergebühr |
| 22. Januar | 8 Modernisierung und Renovierung der Wohnkolonie Bullingerhof |
| 29. Januar | 9 Erwerb der Schauspielhausliegenschaften Zeltweg 1/3/5 und Rämistrasse 34, Quartier Hottingen, im Abtausch gegen die Gewerbeliegenschaften Freilagerstrasse 46/48, Quartier Albisrieden |
| | 10 Erwerb von Freihaltezone nland in den Quartieren Wollishofen und Wiedikon und Verkauf von Land in Wettswil |
| | 11 Erwerb von Freihaltezone nland in der Stettbacherwiese, Quartier Schwamendingen |

(Gemeinderatsbeschlüsse 1975)

| Datum | Titel |
|-------------|--|
| | 12 Beitrag an Umzugs- und Einrichtungskosten des Vereins Zürcher Anlernwerkstätte für behinderte Jugendliche |
| | 13 Projektierungskredit für einen Umbau des Zürcher Schauspielhauses |
| | 14 Ausbau der Abwasserreinigungsanlage Werdhölzli, Ausarbeitung eines allgemeinen Bauprojektes (Vorlageprojekt) und eines Detailprojektes für eine erste Bauetappe |
| | 15 Verstärkung der 220-kV-Übertragungsleitung des Elektrizitätswerkes zwischen Sils i. D. und Rothenbrunnen im Kanton Graubünden |
| 5. Februar | 16 Anschaffung einer elektronischen Datenverarbeitungsanlage für die Stadtverwaltung (Restvorlage) |
| 26. Februar | 17 Projektierungskredit für die Überbauung des Guggachareals mit Bauten für die Berufsschule II (Baugewerbliche Schule) sowie Sport- und Erholungsanlagen, Quartier Unterstrass |
| | 18 Sanierung der Liegenschaften Neumarkt 3 und Froschaugasse 2, Quartier Altstadt |
| 5. März | 19 Baubeitrag an den Verein Wohnheim Zwysigstrasse |
| | 20 Beitragserhöhungen an kulturelle und andere unterstützte Institutionen im Zusammenhang mit Besoldungs- und Rentenanpassungen bei ihrem Personal an die städtischen Besoldungen |
| | 21 Einführung des freiwilligen Schulsports anstelle des Ergänzungsturnens an der Volksschule |
| 12. März | 22 Erhöhung der Entschädigungen an Examinatoren und Prüfungsexperten der Töchter-schule |
| | 23 Unterstellung der Stadt Zürich unter das Gesetz über die Erhaltung von Wohnungen für Familien vom 30. Juni 1974 |
| 19. März | 24 Baubeitrag an ein Personalhaus der Schenkung Dapples des Vereins «Schweizerische Anstalt für Epileptische in Zürich 8» sowie nachträgliche Übernahme der Bau-teuerung bezüglich eines im Jahre 1964 diesem Verein gewährten Beitrages |
| | 25 Investitionsbeitrag an das neue Ausbauprogramm «Plan 76» der Sihltal-Zürich-Üetlibergbahn |
| | 26 Beiträge an die Stiftung Pro Juventute für den Betrieb der Zürcher Freizeitanlagen |
| | 27 Wohnüberbauung an der Strasse Saatlenzelg, Quartier Oerlikon |
| 26. März | 28 Nachfinanzierung der technischen und baulichen Erneuerung der Dolderbahn und Sanierung der Dolderbahn-Betriebs-AG |
| | 29 Verkauf von städtischem Industrieland in Dietikon im Abtausch gegen vier Liegen-schaften auf Stadtgebiet |
| | 30 Erweiterung des Familiengartenareals in der «Lengg II», Quartier Riesbach |
| 2. April | 31 Beitrag an die Klinik Wilhelm Schulthess |
| | 32 Erhöhung des Beitrages an das Schweizerische Institut für Kunstwissenschaft |
| | 33 Erhöhung des jährlichen Beitrages an das Pestalozzianum |
| 16. April | 34 Teilrevision der Statuten der Versicherungskasse, Zuschuss zur Invalidenpension |
| | 35 Bauliche Erneuerung der Gessnerallee und Schaffung eines separaten Trassees für Tram und Bus auf der Usteri- und der Gessnerbrücke sowie Kanalbauten |
| 23. April | 36 Geschäftsordnung des Stadtrates, Zuständigkeit zur Ausrichtung von Freihalte-entschädigungen |
| | 37 Abänderung des Reglementes über das Schulgeld an der Volksschule, am Kinder-garten und am Werkjahr |
| 14. Mai | 38 Erweiterung der Seeuferanlagen am Seefeldquai zwischen Feldegg- und Linden-strasse |
| | 39 Abänderung von Baulinien Schmiede Wiedikon im Bereich der Kreuzung Birmens-dorfer-/Zurlindenstrasse, Quartier Wiedikon |

(Gemeinderatsbeschlüsse 1975)

| Datum | Titel |
|---------------|---|
| 21. Mai | 40 Humanitäre Hilfe an die Flüchtlinge in Indochina |
| 28. Mai | 41 Änderung der Geschäftsordnung des Gemeinderates 42 Änderung der Lehrer-Besoldungsverordnung 43 Neufestsetzung der Entschädigungen an Lehrer der Volksschule für Verwaltungstätigkeit |
| 4. Juni | 44 Beitrag an die Lawinengeschädigten 45 Abtretung von Land im Baurecht für genossenschaftlichen Wohnungsbau im Quartier Albisrieden 46 Erneuerung der Geleiseanlagen der Verkehrsbetriebe, Neugestaltung des Paradeplatzes als Fussgängerbereich 47 Projektierungskredit für Immissionsschutzmassnahmen an der Westtangente 48 Neubau eines Trottoirs und Erneuerung der Fahrbahn an der Talwiesenstrasse und am Höfliweg |
| 11. Juni | 49 Übernahme der Betriebsdefizite der städtischen Schülerkantinen, Umbau der Kantine im Berufsschulgebäude Sihlquai 87 50 Einführung kleiner Ferienveranstaltungen für Volksschüler 51 Bau eines seitlichen Tramtrassees in der Schaffhauserstrasse zwischen Binzmühle- und Neunbrunnenstrasse, bauliche und organisatorische Massnahmen zur Schaffung eines Einbahnsystems in der Schaffhauser-/Friesstrasse 52 Beitrag an den Bau der Alterssiedlung «Am Schaffhauserplatz» mit Speiselokal der Stadtküche, Quartier Unterstrass |
| 18. Juni | 53 Bau einer Turnhalle beim Schulhaus Seefeld, Quartier Riesbach 54 Geschäftsbericht des Stadtrates für das Jahr 1974 |
| 25. Juni | 55 Erwerb der Liegenschaft «Tobelegg», Limmattalstrasse 117, Zürich-Höngg 56 Erwerb von Land bei der Winkelwiese, Quartier Altstadt, und Verkauf eines Miteigentumsanteils 57 Tramabzweigung Schwamendingen, bauliche Ergänzungen zum bewilligten Tramabschnitt unter der Expressstrasse SN 1.4.4 58 Nachtragskredite erster Reihe 1975 |
| 2. Juli | 59 Erwerb der Liegenschaft Frankentalerstrasse 55, Quartier Höngg 60 Rechnung 1974 61 Änderung des Wassertarifs und des Wasserabgabereglementes 62 Umbau und Renovation des Zürcher Schauspielhauses, der davon betroffenen Nachbarliegenschaften sowie des Restaurants |
| 13. August | 63 Gründung der Krankenpflegeschule Zürich, Zusammenlegung der städtischen Schwestern- und Krankenpflegerschule Triemli mit der Schweizerischen Pflegerinnenschule 64 Revision der städtischen Vorschriften zum Schutze des Stadt- und Landschaftsbildes (Reklameverordnung) |
| 27. August | 65 Erhöhung der reallohnmassigen Zulage an die städtischen Lehrer und Änderung der Lehrer-Besoldungsverordnung |
| 3. September | 66 Erhöhung des jährlichen Beitrages an das Säuglings- und Mütterheim Pilgerbrunnen 67 Beitrag an die Murschäden in Peist, Kanton Graubünden 68 Erhöhung des jährlichen Beitrages und Gewährung eines zusätzlichen einmaligen Beitrages an den Verein Zentralstelle für Eheberatung 69 Erhöhung der jährlichen Beiträge und Gewährung eines zusätzlichen einmaligen Beitrages an den Krippeverein Zürich-Affoltern |
| 10. September | 70 Beitrag an den Verein Zürcher Jugendfoyer (ehemals Lehrlingsfoyer) |

(Gemeinderatsbeschlüsse 1975)

| Datum | Titel |
|---------------|---|
| 17. September | 71 Änderung des Reglementes über das Schulgeld an der Volksschule, am Kindergarten und am Werkjahr 72 Änderung der Organisationsrichtlinien für die Schulhauskonzerte an der Oberstufe der Volksschule 73 Definitive Einführung der Kurse an der Schule für Allgemeine Weiterbildung/Berufsschule IV für staatsbürgerlichen Unterricht 74 Umbau sowie Innen- und Aussenrenovation der Bürgerstube, Fortunagasse 4, Zürich 1 |
| 24. September | 75 Umbau und Renovation der Schulhäuser Bläsi A, Zürich 10, und Friesenberg, Zürich 3 |
| 1. Oktober | 76 Definitive Einführung der Aufführungen «Theaterspielen für Volksschüler» 77 Vorzeitige Ausübung eines Heimfallrechtes bezüglich der Liegenschaft Dufourstrasse 35, Quartier Riesbach 78 Landerwerb in der Freihaltezone, Quartier Witikon 79 Erweiterung und Anpassung der Unterführung der Binzmühlestrasse unter der SBB-Linie Zürich-Kloten |
| 22. Oktober | 80 Erhöhung des Beitrages an die Schule für Soziale Arbeit 81 Einmaliger Beitrag an den Umbau und die Renovation des Monikaheimes, In der Hub 34, Zürich 6 82 Beiträge an den Verein Zürcher Jugendhaus 83 Erhöhung der jährlichen Beiträge an den Zürcher Beratungs- und Fürsorgedienst für Alkoholgefährdete 84 Erwerb von Land in der Aubrugg, Quartier Schwamendingen 85 Vorverlegung und Verlängerung der Baulinien an der Ecke Schaffhauserstrasse 312/318/Schwamendingenstrasse, Quartier Oerlikon 86 Hilfe an die Opfer der Erdbebenkatastrophe in der Türkei 87 Geschäftsbericht der Zentralschulpflege für das Schuljahr 1974/75 |
| 29. Oktober | 88 Erhöhung des Beitrages an die Kommission Zürich-Stadt gegen Tuberkulose und Lungenkrankheiten 89 Beiträge an die Rheumaliga des Kantons Zürich |
| 5. November | 90 Erhöhung des Betriebsbeitrages für das Kunsthaus sowie einmaliger Beitrag an die Einrichtungskosten 91 Erweiterung des Friedhofes Höggerberg 92 Verstärkung und teilweise Verlegung einer Höchstspannungsleitung zwischen Benken und Bubikon |
| 12. November | 93 Ergänzungszulage für das Jahr 1975 und Ausgleich der Teuerung ab 1. Januar 1976 an das städtische Personal sowie an die Pensionsbezüger |
| 19. November | 94 Bericht des Beauftragten in Beschwerdesachen für das Jahr 1974 95 Bau des Alterswohnheimes Grünau mit Personalwohnhaus, Quartier Altstetten |
| 26. November | 96 Erwerb eines Landwirtschaftlichen Heimwesens im Tobelhof, Quartier Hottingen 97 Erwerb von Freihaltezoneland in Rebenwiesen, Quartier Albisrieden 98 Verlegung des Werkstattbetriebes des Tiefbauamtes in die Lager- und Gewerbehallen Wallisellen 99 Erhöhung der Tarife für die Abgabe elektrischer Energie in Niederspannung |
| 3. Dezember | 100 Erhöhung der jährlichen Beiträge und Gewährung eines einmaligen zusätzlichen Beitrages an den Krippenverein der reformierten Kirchgemeinden Schwamendingen |

(Gemeinderatsbeschlüsse 1975)

| Datum | Titel |
|--------------|--|
| 10. Dezember | 101 Nachtragskredite zweiter Reihe 1975 |
| | 102 Teilrevision der Statuten der Versicherungskasse und Senkung der Beiträge |
| | 103 Beiträge an die Vereinigung Ferien+Freizeit |
| | 104 Landabtretung im Baurecht für gemeinnützigen Wohnungsbau an der Schweighofstrasse, Quartier Wiedikon |
| | 105 Miete von Räumen im Geschäftshaus Birmensdorferstrasse 83, Zürich 3, für das Arbeitsamt |
| | 106 Aufhebung von Bau- und Niveaulinien der ehemaligen Herdernstrasse im Bereich der jetzigen Duttweilerbrücke, Industriequartier |
| | 107 Bau eines Werkhofes für das Tiefbauamt an der Mööslistrasse, Quartier Wollishofen |
| | 108 Aufhebung und Neufestsetzung von Baulinien der projektierten Hardturmstrasse im Gebiet Hardhof, Quartier Altstetten |
| | 109 Teuerungszulage an die Bezüger der Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenbeihilfe |
| 17. Dezember | 110 Voranschläge des Ordentlichen und Ausserordentlichen Verkehrs, der Besonderen Unternehmungen, der Anstalten, der übrigen Spezialrechnungen und der Allgemeinen Fonds für das Jahr 1976 |
| | 111 Aufnahme von Anleihen und Darlehen im Jahre 1976 |
| | 112 Erwerb der Liegenschaften «Sonnenhof» und «Baumwollhof», Stadelhoferstrasse 12 und 26, Zürich 1 |

Bürgerliche Abteilung (6)

| | |
|---------------|--|
| 25. Juni | 1 Nachtragskredite erster Reihe 1975 |
| | 2 Rechnung 1974, Bürgerliche Abteilung |
| 24. September | 3 Geschäftsbericht des Stadtrates für das Jahr 1974, Bürgerliche Abteilung |
| 10. Dezember | 4 Nachtragskredite zweiter Reihe 1975 |
| | 5 Voranschläge der bürgerlichen Güter und Stiftungen für das Jahr 1976 |
| | 6 Betriebsbeitrag an den Bürgerasyl-Betriebsfonds |

Stadtrat

| <i>Gesamte Geschäfte</i> | 1975 | 1974 |
|--|-------|-------|
| Sitzungen (Allgemeine und Bürgerliche Abteilung) | 51 | 50 |
| Behandelte Geschäfte im Protokoll | | |
| – Allgemeine Abteilung | 3 818 | 4 043 |
| – Bürgerliche Abteilung | 1 953 | 1 547 |
| – Hievon: Weisungen an Gemeinderat | | |
| – Allgemeine Abteilung | 136 | 129 |
| – Bürgerliche Abteilung | 182 | 180 |
| Vorlagen an Stimmberechtigte | 6 | 18 |
| Einsprache-Entscheide | 76 | 86 |

Vom Gemeinderat überwiesene Geschäfte

| | | Erledigt | | Neueingänge | | Unerledigt | |
|--------------------------|-----------------------|----------|------|-------------|------|------------|------|
| | | 1975 | 1974 | 1975 | 1974 | 1975 | 1974 |
| Initiativen ¹ | von Stimmberechtigten | 1 | 1 | 3 | 10 | 18 | 16 |
| | von Gemeinderäten | – | – | – | 1 | 1 | 1 |
| Motionen ² | Einzelinitiativen | 1 | – | 1 | 1 | 3 | 3 |
| | (altes Recht) | | | | | | |
| Anregungen ³ | von Stimmberechtigten | 1 | 5 | – | – | 13 | 14 |
| | von Gemeinderäten | – | 12 | – | – | 10 | 10 |
| Motionen ⁴ | Zuständigkeit: | | | | | | |
| | Gemeinde/Gemeinderat | 11 | 13 | – | – | 30 | 41 |
| Postulate ⁵ | Stadtrat | 7 | 5 | – | – | 38 | 45 |
| | (neues Recht) | 7 | 3 | 3 | 4 | 11 | 15 |
| Interpellationen | | 57 | 55 | 73 | 87 | 218 | 202 |
| Schriftliche Anfragen | | 77 | 56 | 56 | 71 | 15 | 36 |
| Zusammen | | 114 | 119 | 109 | 107 | 59 | 64 |
| Zusammen | | 276 | 269 | 245 | 281 | 416 | 447 |

¹ Neu ab 1. Januar 1971 (Gemeindeordnung 1970, Art. 15–17)

² Bis 31. Dezember 1970 (aufgehobene Bestimmungen des Zuteilungsgesetzes 1891 und Gemeindeordnung 1933)

³ Bis 31. Dezember 1970 (aufgehobener Art. 89, Abs. 1, der Geschäftsordnung des Gemeinderates vom 6. März 1946)

⁴ Neu ab 1. Januar 1971 (Übergangsvorschriften 1971 bzw. Geschäftsordnung Gemeinderat 1972, Art. 77–81)

⁵ Neu ab 1. Januar 1971 (Übergangsvorschriften 1971 bzw. Geschäftsordnung Gemeinderat 1972, Art. 82–86)

Geschäfte der Bürgerlichen Abteilung

| | 1975 | 1974 |
|--|--------------------|-------|
| Bürgerrechtsgesuche | 1 894 ¹ | 1 483 |
| Bürgerrechtsentlassungen | 3 | 5 |
| Namensänderungen | – | 8 |
| Ehelicherklärungen und Kindesanerkennungen | 31 | 33 |
| Übrige Geschäfte (Bürgerliches Nutzungsgut, Fonds und Stiftungen, Einbürgerungspraxis) | 25 | 18 |
| Total der Geschäfte der Bürgerlichen Abteilung des Stadtrates | 1 953 | 1 547 |

¹ Weniger Sammelweisungen (neues Umdruckverfahren)

Bürgerrechtsabteilung der Stadtkanzlei*Aufnahmen* in das Bürgerrecht der Stadt Zürich

Anzahl Bewerber (die Familienangehörigen nicht mitgezählt)

| | 1975 | 1974 |
|---|--------------|--------------|
| Kantonsbürger | 185 | 161 |
| Kantonsfremde Schweizerbürger | 890 | 791 |
| In der Schweiz geborene Ausländer | 41 | 43 |
| Im Ausland geborene Ausländer | 151 | 162 |
| Wiederaufnahme ehemaliger Zürcherinnen und erleichterte Einbürgerung von Kindern (durch eidg. Behörden) | 63 | 65 |
| Feststellung des Stadtbürgerrechtes durch kantonale Behörden ¹ | 8 | 9 |
| Total der Aufnahmen (Anzahl Gesuche) | 1 338 | 1 231 |

¹ Erwerb des Schweizerbürgerrechtes durch Kinder von Flüchtlingen und schweizerischen Müttern*Entlassungen* aus dem Bürgerrecht der Stadt Zürich

Aus dem Stadtbürgerrecht wurden 1 (1) ausländischer und 1 (3) schweizerischer Doppelbürger entlassen.

Ablehnungen, Rückzüge und Abschreibungen

| | | Schweizer- bürger | Aus- länder | Total |
|---|-------------|----------------------|----------------|-----------|
| Abweisungen und Bestätigung des Rückzuges durch Beschluss des Stadtrates | | – | 8 | 8 |
| Rückzüge und Abschreibungen durch Verfügung des Stadtschreibers bestätigt | | 38 | 37 | 75 |
| Zusammen | 1975 | 38 | 45 | 83 |
| | 1974 | 38 | 49 | 87 |
| Anteil der Abweisungen, Rückzüge und Abschreibungen an den behandelten Gesuchen | 1975 | 3,4% | 15,0% | 5,9% |
| | 1974 | 3,8% | 15,3% | 6,6% |

Die Gründe dieser Ablehnungen, Rückzüge und Abschreibungen waren:

| | 1975 Schweizer- bürger | Aus- länder | Total | 1974 Total |
|---|------------------------------|----------------|-----------|---------------|
| Finanzielle Gründe (Fürsorgeunterstützungen, Verlustscheine, ungenügende Existenz) | 10 | 9 | 19 | 14 |
| Gesundheitliche Gründe (schwere Krankheiten, Erwerbsunfähigkeit) | 1 | – | 1 | 2 |
| Moralische Gründe (Vorstrafen, unharmonische Familienverhältnisse, charakterlich nicht einwandfreie Personen) | 5 | 5 | 10 | 13 |
| Formelle Gründe (Wohnsitzfristen, Zivilstandsänderungen, mangelnde Assimilation) | 14 | 20 | 34 | 26 |
| Wegzug von Zürich | 7 | 9 | 16 | 28 |
| Hinschied des Bewerbers | 1 | 2 | 3 | 4 |
| Zusammen | 38 | 45 | 83 | 87 |

Motionen (altes Recht) und Initiativen, unerledigte

Verzeichnis (Stand 31. Dezember 1975)

der Motionen von Stimmberechtigten und Gemeinderäten (altes Recht/Einreichung bis 31. Dezember 1970) sowie Volks- und Einzelinitiativen (neu ab 1. Januar 1971), welche vom Gemeinderat dem Stadtrat zur Prüfung und Antragstellung überwiesen wurden und noch unerledigt sind.

M/a = Motion (altes Recht)
 In = Initiative (Erledigungsfrist 1 ½ Jahre mit ½ Jahr Verlängerung)
 B = Bürgerliches Geschäft

| Einreichungsdatum (Überweisungsdatum) | Motionär/Initiant Inhalt-Kurztitel |
|--|---------------------------------------|
|--|---------------------------------------|

Finanzamt

| | | |
|-----|----------------------|--|
| M/a | 16.4.69 (28.5.69) | GR Bryner M. u. 37 M. Wohnungsbau Hönggerberg |
|-----|----------------------|--|

Der Stadtrat wird ersucht, dem Gemeinderat zuhanden der Gemeindeabstimmung raschmöglichst eine Vorlage für den Bau von rund 150 kommunalen Wohnungen auf dem Hönggerberg (Zone ETH) zu unterbreiten. Die zu erstellenden Drei- und Vierzimmerwohnungen sind in die geplante erste Etappe der Studentensiedlung einzubeziehen, und um diese Wohnungen nach den Richtlinien für den sozialen und allgemeinen Wohnungsbau vermieten zu können, wird für die notwendigen Abschreibungen auf den Bau- und Landkosten zu Lasten des Ausserordentlichen Verkehrs ein Kredit von Fr. 4 500 000.— erteilt.

Ein Teilziel der Motion – die Verhinderung der einseitigen Ballung von Studentenwohnungen – wurde erreicht, wie der Stadtrat bereits in seiner Weisung 478 vom 9. Mai 1973 über die Sichtung und Erledigung der Motionen alten Rechtes berichten konnte.

Eine kommunale Wohnüberbauung auf dem Hönggerberg wird aus verschiedenen Gründen, namentlich wegen des Verkehrslärmes, nicht in der ETH-Zone selber angestrebt, sondern auf dem Riedhofareal südwestlich der Regensdorferstrasse. Der Stadtrat hat am 21. März 1975 das Raumprogramm und den Vorschusskredit für das Vorprojekt genehmigt. Das bereits aus dem Jahr 1968 stammende und von den beteiligten privaten Landeigentümern inzwischen in erheblichem Umfang verwirklichte Wettbewerbsprojekt bedarf aber für das städtische Areal, auf dem entgegen den heutigen Tendenzen zwei Hochhäuser und nur ein niedergeschossiges Haus vorgesehen waren, noch der Überarbeitung. Ausserdem hängt die weitere Projektierung davon ab, ob ein ebenfalls noch unüberbautes und seinerzeit in den Wettbewerb einbezogenes Grundstück verkauft wird und wie mit dem Eigentümer eine befriedigende Abstimmung der beiderseitigen Überbauungen aufeinander, die auch dem Gesamtkonzept für das Riedhof-Areal entspricht, erreicht werden kann.

Motionen (altes Recht) und Initiativen

| | Einreichungsdatum (Überweisungsdatum) | Motionär/Initiant Inhalt-Kurztitel |
|-----|--|---|
| M/a | 27.1.70 (18.2.70) | Stimmberr./VPOD Sektion Zürich Verzicht auf Differenzierung zwischen Beamten, Angestellten und Arbeitern sowie jährliche strukturelle Besoldungsrevisionen |
| | | <p>1. Der Stadtrat wird eingeladen, den Stimmberechtigten beziehungsweise dem Gemeinderat eine Vorlage zu unterbreiten, wonach auf die anstellungsrechtliche und sprachliche Differenzierung zwischen Beamten, Angestellten und Arbeitern der Stadtverwaltung zu Gunsten einer einheitlichen Neuregelung verzichtet wird.</p> <p>2. Der Stadtrat wird ferner ersucht, dem Gemeinderat zu beantragen, die Besoldungsverordnung für das städtische Personal sinngemäss durch folgende Bestimmungen zu ergänzen:</p> <p>a) Zwecks Ermöglichung einer kontinuierlichen Anpassung der Besoldungsverordnung an veränderte berufliche Anforderungen und deren Wertung werden dem Gemeinderat alljährlich Teilvorlagen mit einer festzulegenden Zahl von Besoldungspositionen zur Überprüfung beziehungsweise Neueinreihung unterbreitet.</p> <p>b) Zur Beurteilung und Bewertung von Arbeitsplätzen und Funktionen wird dem Stadtrat eine ständige, paritätisch zusammengesetzte Kommission beratend zur Seite gestellt.</p> <p><i>Zu Ziffer 1: Der Stadtrat hat dem Gemeinderat mit Weisung 113 vom 5. Februar 1975 über den Erlass eines neuen Personalrechtes die Abschreibung von Ziffer 1 der Motion beantragt. Ziffer 2 der Motion wurde vom Gemeinderat am 20. Februar 1974 bereits als erledigt abgeschrieben.</i></p> |
| M/a | 17.4.70 (20.5.70) | Stimmberr./SP Zürich 5 Kommunale Wohnbauten Limmat-/Fabrikstrasse/Sihlquai |
| | | <p>Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat zuhanden der Gemeinde eine Vorlage mit Kreditantrag für die Überbauung des Areals Limmatstrasse, Fabrikstrasse, Sihlquai (altes Gaswerkareal) mit Wohnungen für Familien mit kleinen und mittleren Einkommen zu unterbreiten. Alterswohnungen sollen dabei zu einem Viertel des zur Verfügung stehenden Wohnraumes erstellt werden.</p> <p><i>Der Stadtrat hat am 18. Juli 1975 vom Ergebnis der «Planung Überbauung Limmatstrasse» zustimmend Kenntnis genommen. Vorgesehen ist insbesondere die Erstellung von 180 Wohnungen, eines Altersheimes für etwa 80 Pensionäre, eines neuen Kreisgebäudes mit Räumen für das Kreisbüro 5 und verschiedene andere Dienstabteilungen sowie von Läden und eines Restaurants. Unter Miteinbezug der nahegelegenen Wohnkolonie Limmatstrasse, die nicht abgerissen, sondern saniert werden soll, können rund 40 neue Alterswohnungen geschaffen werden. Die übrigen Wohnungen sind vor allem für Familien mit Kindern bestimmt. Die Gesamtkosten werden auf über 60 Mio Franken geschätzt. Das bereinigte generelle Projekt dürfte im Sommer 1976 vorliegen.</i></p> |
| M/a | 8.7.70 (2.9.70) | Stimmberr./Gemeinn. Gesellschaft Wipkingen-Quartierverein Neubau Restaurant Waidburg (Obere Waidstrasse) an Stelle Hotel-Neubau |
| | | <p>Der Stadtrat wird beauftragt, statt des projektierten Luxushotel-Neubaus «Waidburg» an der Oberen Waidstrasse in Zürich-Wipkingen das bestehende Restaurant als städtische Baute neu zu erstellen und es im Charakter eines Quartier- und Ausflugsrestaurantes mit Gartenwirtschaft zu belassen. Hierbei ist die Umgebung als Grünanlage zu erhalten beziehungsweise auszugestalten. Eine weitere bauliche Ausnützung des städtischen Areals darf nur in engstem Rahmen erfolgen. Von der Erstellung eines Hotelneubaues von privater Seite wird Abstand genommen.</p> <p><i>Auf eine Überbauung des Waidburg-Areals mit einem Hotel wurde bereits im Spätherbst 1971 verzichtet. Ein wichtiges Teilziel der Motion ist also schon erreicht. Ein Vorprojekt für eine Neuüberbauung des Areals erwies sich trotz dem reduzierten Programm als verhältnismässig aufwendig und kostspielig. Andererseits bestätigte sich, dass das bestehende Restaurant grössenmässig und aus betrieblichen Gründen nicht für einen Umbau geeignet erscheint und die damit verbundenen beträchtlichen Kosten sich nicht verantworten liessen. Darum werden zusätzliche Einsparungsmöglichkeiten bei einem Neubau geprüft. Nach den vorliegenden Gutachten von zwei Fachstellen wird aber ein selbsttragender Betrieb ohne einen Abschreibungsbeitrag in jedem Fall kaum möglich sein. Die Verwirklichung des Hauptbegehrens der Motion stösst also auf ernsthafte finanzielle Hindernisse.</i></p> |

| | Einreichungsdatum (Überweisungsdatum) | Motionär/Initiant Inhalt-Kurztitel |
|----|--|---|
| In | 17.9.73 (7.11.73) | Einzelinit./ Herbst A. Statutenänderung Versicherungskasse |
| | | <p>«Ich beantrage, die Statuten der Versicherungskasse für das städtische Personal und die Lehrer vom 23. Juni 1948 (mit Abänderungen) abzuändern, indem Artikel 36 wie folgt gefasst wird: «Artikel 36. ¹ Männliche Versicherte haben nach zurückgelegtem 65., weibliche Versicherte nach zurückgelegtem 62. Altersjahr vom städtischen Dienst zurückzutreten. Mit dem Rücktritt ist die Pensionierung verbunden. Vorbehalten bleiben die für Lehrer geltenden kantonalen Vorschriften. ² Nach dem zurückgelegten 60. Altersjahr und 35. Dienstjahr können die Versicherten vorzeitig zurücktreten. Andererseits steht ihnen frei, den Rücktritt bei angemessenem Gesundheitszustand bis zum 70. Altersjahr hinauszuschieben.»</p> <p>Artikel 58 ist wie folgt zu ergänzen: «Artikel 58. ¹ Bei freiwilligem Austritt, bei Kündigung oder bei Entlassung aus disziplinarischen Gründen werden die eigenen Einlagen mit Zins und Zinseszins zurückerstattet. Erfolgt der freiwillige Austritt nach Vollendung des 30. Dienstjahres, so ist dem Zurücktretenden das volle Deckungskapital auszuzahlen.»</p> <p><i>Eine sachgerechte Beurteilung der Initiativbegehren erfordert einlässliche versicherungstechnische und finanzielle Abklärungen. Die entsprechenden grundlegenden Vorarbeiten konnten im Berichtsjahr weitgehend abgeschlossen werden.</i></p> |
| In | 6.2.74 (29.5.74) | Volksinit./ Sozialdemokratische Partei Zürich 8 Wohnüberbauung auf dem Tramdepotareal Tiefenbrunnen |
| | | <p>Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat zuhanden der Stimmberechtigten eine Vorlage zu unterbreiten, wonach die Stadt Zürich auf dem Areal der aufzuhebenden Strassenbahnwerkstätte Tiefenbrunnen eine Überbauung mit Mietobjekten des sozialen und allgemeinen Wohnungsbaus sowie mit Alters- und Invalidenwohnungen erstellt.</p> <p><i>Der Stadtrat hat dem Gemeinderat mit Weisung 180 vom 27. August 1975 eine Verlängerung der Erledigungsfrist beantragt und dabei die Gründe dargelegt, welche die Ausarbeitung eines Überbauungsprojektes innert 1½ Jahren verunmöglichten.</i></p> |
| In | 21.5.74 (14.8.74) | Volksinit./ Landesring der Unabhängigen, Kreisgruppe 4 Wohnüberbauung auf dem Schulhausareal Kanzleistrasse |
| | | <p>Der Stadtrat wird ersucht, das Areal des Kanzleischulhauses (begrenzt von der Kanzlei-, Stauffacher-, Lang- und Ankerstrasse) ausschliesslich dem Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen. Unter bestmöglicher Ausnützung sollen auf diesem Land Wohnungen zu tragbaren Mietzinsen erstellt werden.</p> <p>Die Stadt kann das Land im Baurecht an städtische Genossenschaften abgeben.</p> <p><i>Der Stadtrat hat dem Gemeinderat mit Weisung 227 vom 26. November 1975 eine Verlängerung der Erledigungsfrist um zwei Jahre beantragt und dabei die Gründe dargelegt, welche die Verabschiedung einer Vorlage innert 1½ Jahren verunmöglichten.</i></p> |
| In | 4.7.74 (4.9.74) | Volksinit./ Quartierverein Unterstrass Wohnüberbauung auf dem Areal Weinberg-/Rösli-/Turnerstrasse/Kirche Unterstrass |
| | | <p>Der Stadtrat wird ersucht, dem Gemeinderat allenfalls zuhanden der Gemeindeabstimmung eine Vorlage für die Erstellung einer Wohnüberbauung zu tragbaren Mietzinsen in Zürich 6, auf dem Areal Weinberg-/Rösli-/Turnerstrasse/Kirche Unterstrass anstelle des projektierten Verwaltungsgebäudes zu unterbreiten.</p> <p><i>Mit Beschluss vom 9. Juli 1975 hat der Stadtrat ein Raumprogramm im Sinne einer gemischten Überbauung genehmigt und den Kredit für eine Neuprojektierung erteilt. Die gesetzliche Prüfungsfrist von 1½ Jahren reicht aber für die Ausarbeitung einer Vorlage an den Gemeinderat – wahrscheinlich zuhanden der Gemeinde – nicht aus, so dass der Stadtrat dem Gemeinderat mit Weisung 209 vom 22. Oktober 1975 eine Verlängerung der Erledigungsfrist um sechs Monate beantragt hat.</i></p> |

| Einreichungsdatum (Überweisungsdatum) | Motionär/Initiant Inhalt-Kurztitel |
|--|---------------------------------------|
|--|---------------------------------------|

Gesundheits- und Wirtschaftsamt

- | | | |
|--|----------------------|--|
| M/a | 16.4.63 (15.5.63) | Stimmb. / SP Zürich 5, 6 und 10 Hallenbad Stadtkreise 5, 6 und 10 |
| <p>Der Stadtrat wird ersucht, dem Gemeinderat zuhanden der Volksabstimmung baldmöglichst ein Projekt für ein Hallenschwimmbad im Einzugsgebiet der Stadtkreise 5, 6 und 10 zu unterbreiten.</p> <p><i>Das Begehren der Motionäre kann im Rahmen der Verwirklichung des Neubaus eines Hallenbades auf dem Areal des Schulhauses Bläsi B erfüllt werden. Unter dem Vorbehalt der rechtzeitigen Vollendung der Renovationsarbeiten im Schulhaus Bläsi A, der anschliessenden Verlegung des Schulbetriebes in die renovierten Räume, der Krediterteilung und der Verfügbarkeit der erforderlichen Mittel könnte mit dem Bau voraussichtlich im Frühjahr 1977 begonnen werden.</i></p> | | |
| M/a | 2.6.65 (30.6.65) | GR Behrens W., Dr., u. 42 M. Chronischkrankenheime |
| <p>Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat Projekt und Kostenvoranschlag für 500 weitere Betten für Chronischkranke zu unterbreiten mit Bezugsbereitschaft bis spätestens Ende 1968. Der Stadtrat soll auf diesen Zeitpunkt hin ein eventuell nötiges Anschlussprogramm vorlegen.</p> <p><i>Das Begehren des Motionärs ist mit der Erstellung der Krankenheime Entlisberg und Mattenhof bis auf einen kleinen Rest noch fehlender Betten erfüllt. Die Motion soll mit der nächsten Projektvorlage für den Bau eines Krankenheimes abgeschrieben werden.</i></p> | | |
| M/a | 9.11.66 (7.12.66) | GR Bucher R. u. 46 M. Engrosmarkthalle Herdern |
| <p>Der Stadtrat wird eingeladen, dem Stimmbürger raschmöglichst eine Vorlage zur etappenweisen Erstellung einer Engrosmarkthalle in der Herdern, die der Vermarktung der Schweizer Produktion sowie dem Import von Früchten und Gemüsen dient, vorzulegen.</p> <p>Die Anlage soll auch auf die zunehmenden Strassentransporte und die Lage zu den Nationalstrassen gebührend Rücksicht nehmen.</p> <p>Der Stadtrat ist gehalten, einen vernünftigen, auf den seinerzeitigen Anlagewert zuzüglich Zinsen abgestimmten Landpreis zur Anwendung zu bringen.</p> <p><i>Mit Weisung 185 vom 3. September 1975 beantragt der Stadtrat dem Gemeinderat die Beteiligung der Stadt an der Genossenschaft Engros-Markthalle.</i></p> | | |
| M/a | 3.12.69 (7.1.70) | GR Schefer H., Dr., u. 32 M. Krankenheime, Bau |
| <p>Die Überalterung der Bevölkerung der Stadt Zürich führt zu einem immer grösser werdenden Bedarf an Krankenheimbetten. Ende 1968 waren 2351 Patienten bei der Bettenvermittlungsstelle des Stadtärztlichen Dienstes zur Aufnahme in ein Krankenhaus angemeldet. Dabei betrug die Wartezeit für die Männer im Durchschnitt 168 Tage, für die Frauen sogar 338 Tage. Mit dieser Entwicklung im Bettenbedarf für Chronischkranke hält der Stadtärztliche Dienst in der Bereitstellung neuer Krankenheimbetten, entgegen den in Weisungen und Interpellationsantworten gegebenen Erklärungen und entgegen einem diesbezüglichen klaren Auftrag durch die Motion von Dr. Willi Behrens vom 2. Juni 1965, nicht Schritt.</p> <p>Um diesem unhaltbaren Zustand rascher und wirksamer zu begegnen, wird der Stadtrat beauftragt, bis Ende 1970 dem Gemeinderat eine Kreditvorlage über den Bau von wenigstens zwei weiteren Krankenheimen zu je 250 Patientenbetten zu unterbreiten.</p> <p><i>Gleiche Bemerkungen wie zur vorstehenden Motion vom 2.6.65 (30.6.65).</i></p> | | |

| | Einreichungsdatum (Überweisungsdatum) | Motionär/Initiant Inhalt-Kurztitel |
|-----|--|---|
| M/a | 10.11.70 (16.12.70) | Stimmb./Frauengruppe CSP Chemisches Laboratorium, Ausbau |
| | | Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat zuhanden der Gemeinde eine Vorlage für den sofortigen Ausbau und die Vergrößerung des Chemischen Laboratoriums vorzulegen, damit im Dienste der Volksgesundheit die wachsenden Aufgaben bewältigt werden können. |
| | | <i>Der Stadtrat prüft derzeit auf Anfrage des Regierungsrates sowie aufgrund eines Postulates aus dem Gemeinderat die Möglichkeiten einer Zusammenlegung der beiden Chemischen Laboratorien.</i> |
| In | 19.12.73 (3.4.74) | Volksinit./ Progressive Organisationen der Schweiz, Sektion Zürich Quartier-Polikliniken |
| | | Die Stadt Zürich hat die bestehenden kantonalen Polikliniken mit einem Netz von kommunalen Poliklinik-Aussenstationen (Quartierpolikliniken) in den Kreisen und ihren Quartieren zu ergänzen (z. B. Affoltern, Oerlikon, Schwamendingen, Aussersihl, Albisrieden, Altstetten usw.). Diese haben der Bevölkerung die ambulante medizinische Grundversorgung – einschliesslich Hausbesuche, kleine chirurgische Eingriffe und Notfallhilfe – zu sichern. Zudem haben sie für krankheitsvorbeugende Reihenuntersuchungen und sozialmedizinische Betreuung (in Zusammenarbeit mit bereits bestehenden sozialmedizinischen und fürsorgerischen Einrichtungen) zu sorgen. |
| | | <i>Mit Weisung 205 vom 3. Oktober 1975 beantragt der Stadtrat Ablehnung der Initiative.</i> |
| In | 24.4.74 (29.5.74) | GR Näf A. u. 39 M. Chronischkrankenheim in Wiedikon |
| | | Der Stadtrat wird beauftragt, im Sinne von Art.15 der Gemeindeordnung eine Vorlage für ein Chronischkrankenheim in Wiedikon zu unterbreiten. |
| | | <i>Mit Weisung 208 vom 22. Oktober 1975 stellte der Stadtrat dem Gemeinderat den Antrag, die Frist für die Erledigung der Initiative in dem Sinne zu verlängern, dass diese dem Gemeinderat spätestens zwei Jahre nach seinem Entscheid über die Einzonung des betreffenden Grundstückes vorzulegen sei.</i> |

Bauamt I

| | | |
|-----|----------------------|---|
| M/a | 10.3.65 (28.4.65) | Stimmb./SP Kreisparteien 9, 10 und 11 Westtangente Waldegg–Hönggerbergtunnel |
| | | 1. Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat zuhanden der Gemeinde eine Vorlage für den Bau einer Westtangente Waldegg–Luggwegstrasse–Europabrücke–Hönggerbergtunnel in Richtung Autobahnring Rümlang/Glattbrugg zu unterbreiten. |
| | | 2. Diese Westtangente ist so anzulegen, dass die Wehntaler- und die Badenerstrasse kreuzungsfrei geschnitten werden, und muss als Hochleistungsstrasse vom Tunnelausgang Affoltern möglichst direkt an den Autobahnring Nord führen. Bei der Planung und Projektierung ist auf die Waldbestände Rücksicht zu nehmen. |
| | | <i>Das generelle Projekt für die Hönggerbergtangente zwischen Europabrücke und Glattalstrasse mit einem zweispurigen Hönggerbergtunnel liegt vor. Der Stadtrat hat mit Beschluss vom 20. August 1975 in zustimmendem Sinne Kenntnis genommen von einem Zwischenbericht über die Hönggerbergtangente und das Tiefbauamt ermächtigt, die Vertreter der Quartiere Höngg, Affoltern und Seebach anlässlich von Veranstaltungen über den Inhalt dieses Berichtes zu orientieren. Der Zeitpunkt der Projektvorlage ist jedoch noch offen. Auf den Abschnitt Rautistrasse bis Waldegg soll gemäss Schlussbericht der gemeinderätlichen Kommission zur Beratung des Bebauungsplanentwurfes verzichtet werden, da die bereits ausgebaute Birmensdorferstrasse und allenfalls die künftige Luzernerstrasse als Einfallsachsen von der Westumfahrung her über die Waldegg genügen.</i> |

Motionen (altes Recht) und Initiativen

| | Einreichungsdatum (Überweisungsdatum) | Motionär/Initiant Inhalt-Kurztitel |
|-----|--|---|
| M/a | 27.5.70 (24.6.70) | Stimmbere./SP Teilweise autofreie Innenstadt |
| | | <p>Der Stadtrat wird beauftragt, den Stimmberechtigten die notwendigen Strassenbauvorlagen zur Verwirklichung einer teilweise autofreien Innenstadt zu unterbreiten.</p> <p>Als Innenstadt in diesem Sinne ist das Gebiet zwischen Limmat, Talacker und Löwenstrasse zu betrachten. Die Strassenbauvorlagen, die eine Umleitung des Verkehrs herbeiführen, müssen ausserdem die unterirdische Anlieferung für die grossen Handels- und Bankgeschäfte ermöglichen.</p> <p><i>Das Ziel wird weiterhin schrittweise verfolgt. Im Jahre 1976 dürften wiederum Teilabschnitte mit unterirdischer Anlieferung vertraglich mit den privaten Anliegern geregelt werden können.</i></p> |
| In | 21.12.73 (24.4.74) | Volksinit./Komitee Pro Oerlikon Oerlikon-Zentrum, Entlastung vom Durchgangsverkehr |
| | | <p>Der Stadtrat wird ersucht, dem Gemeinderat allenfalls zuhanden der Gemeindeabstimmung raschmöglichst eine Vorlage für die Umfahrung des Zentrums Oerlikon zu unterbreiten. Das Zentrum Oerlikon soll vom Durchgangsverkehr entlastet werden. Zum Schutze der Anwohner entlang der Umfahrung sind die modernsten Immissions-Schutzvorkehrungen zu treffen.</p> <p><i>Der Stadtrat hat mit Weisung 233 vom 17. Dezember 1975 dem Gemeinderat die Erteilung eines Kredites von Fr. 8 275 000 für den Ausbau des Strassenzuges Binzmühle-Birchstrasse zwischen Schaffhauser- und Regensbergstrasse als Umfahrung von Oerlikon und die Abschreibung der Initiative beantragt.</i></p> |
| In | 30.5.74 (18.9.74) | Volksinit./Aktionskomitee Zehntenhausstrasse Zehntenhausstrasse, Änderung des Ausbauprojektes |
| | | <p>Es sei das Projekt über den Ausbau und die Verbreiterung der Zehntenhausstrasse gemäss Abstimmungsvorlage vom 22. Juli 1971 (gutgeheissen in der Volksabstimmung vom 26. September 1971) den inzwischen veränderten Verhältnissen entsprechend zu überprüfen und von Überführung auf Unterführung der SBB-Linie und von vierspuriger Führung auf zweispurige Führung zu ändern bzw. zu reduzieren.</p> <p><i>Das Projekt, das der Initiative als Gegenvorschlag gegenübergestellt werden soll, liegt vor.</i></p> |
| In | 12.6.74 (4.9.74) | Volksinit./Zürcher Arbeitsgruppe für Städtebau und Stadtzürcherische Vereinigung für Heimatschutz Quaibrücke, Instandstellung |
| | | <p>Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat allenfalls zuhanden der Gemeindeabstimmung raschmöglichst eine Vorlage für die Instandstellung der Quaibrücke in ihrer heutigen Gestalt und Breite vorzulegen.</p> <p><i>Der Stadtrat beabsichtigt, der Initiative einen Gegenvorschlag gegenüberzustellen, der einen Neubau der Quaibrücke vorsieht. Die Frage der Konstruktionsweise oder Pfeilerzahl soll im Rahmen eines Wettbewerbes gelöst werden.</i></p> |
| In | 27.3.75 (11.6.75) | Volksinit./Hintermann A., Dr., und 2 M. Limmatalstrasse, Ausbauverzicht zwischen Frankentaler- und Winzerstrasse |
| | | <p>Auf den Ausbau der Limmatalstrasse zwischen Frankentaler- und Winzerstrasse gemäss Abstimmungsvorlage vom 17. Juli 1969 (gutgeheissen in der Volksabstimmung vom 14. September 1969) sei zu verzichten und die talseits der Limmatalstrasse liegenden Vorgärten und Parkanlagen sowie die bergseits auf dem Trottoir stehenden Bäume seien zu erhalten.</p> |

| Einreichungsdatum (Überweisungsdatum) | Motionär/Initiant Inhalt-Kurztitel |
|--|---------------------------------------|
|--|---------------------------------------|

Bauamt II

| | |
|--------------------------|---|
| M/a 19.1.66 (26.1.66) | GR Lienhard R., Dr., u. 42 M. Bauordnung-Ergänzung |
|--------------------------|---|

Zwecks Erhaltung und Vermehrung des immer knapper werdenden Wohnraums wird der Stadtrat beauftragt, dem Gemeinderat unverzüglich einen Vorschlag über eine Ergänzung der Bauordnung zu unterbreiten in dem Sinne, dass, gestützt auf § 68 des kantonalen Baugesetzes, in den Zonen A–E und K sowie im Gebiet der Altstadt Wohnzonen geschaffen werden, in denen neben eigentlichen Wohnbauten nur noch Beherbergungsbetriebe, Spitäler, Amtshäuser, Schulhäuser, Lebensmittelverkaufsgeschäfte, Lokalitäten für stille Berufe (Ärzte, Rechtsanwälte, Architekten, kleingewerbliche Betriebe, Coiffeure und andere Dienstleistungsbetriebe) sowie öffentliche Plätze, Grün- und Sportanlagen zulässig wären. Für allfällige Ausnahmegewilligungen wäre der Stadtrat als zuständig zu erklären.

In seiner Weisung an den Gemeinderat 581 vom 28. Dezember 1973 über die Revision der Bauordnung beantragt der Stadtrat, diese Motion als erledigt abzuschreiben.

| | |
|---------------------------|--|
| M/a 18.11.68 (12.3.69) | Stimmb./Aktionskomitee «Pro Albisrieden» Liegenschaften Dorfkern Albisrieden, Erhaltung |
|---------------------------|--|

Der Stadtrat wird ersucht, dem Gemeinderat einen Kreditantrag zur Erhaltung der im Besitze der Stadt und Gemeinde befindlichen Liegenschaften im Dorfkern von Albisrieden zu unterbreiten.

Im Rahmen des Gesamtplanes werden sukzessive einzelne Projekte in Auftrag gegeben und die Kredite eingeholt. Das Haus Triemlistrasse 2 ist umgebaut und renoviert. Ebenso ist die Fassadenrenovation des Hauses Albisriederstrasse 395 abgeschlossen. Mit den Bauarbeiten am Objekt Im Kratz 4 wurde begonnen. Bei weiteren städtischen Liegenschaften sind Projektierungen für Umbauten und Renovationen in Auftrag gegeben worden.

| | |
|---------------------------|---|
| M/a 5.11.69 (10.12.69) | GR Kunz M. u. 63 M. Gewerbeschule-Neubau, Baugewerbliche Abteilung |
|---------------------------|---|

Im Januar dieses Jahres hat der Gemeinderat eine Erhöhung des Projektierungskredites für eine Brandwache im Kreis 11 mit einem Schulhaus für die Baugewerbliche Abteilung abgelehnt.

Die Rechnungsprüfungskommission vertrat die Ansicht, das Schulhaus für die Baugewerbliche Abteilung sei ohne Verzögerung neu zu planen und für den Bau sei das städtische Areal auf dem Guggach zwischen Hofwiesen- und Nordheimstrasse zu verwenden.

In ihrer letzten Sitzung hat die Zentralschulpflege das Raumprogramm dieses Schulhauses der Aufsichtskommission der Berufsschulen zur Überprüfung überwiesen.

Damit das neue Schulhaus mit den von der Radio- und Fernsehgenossenschaft gemieteten Räumen eine organisatorische Einheit bilden kann, ist der Neubau auf dem von der Rechnungsprüfungskommission vorgeschlagenen Land auf dem Guggach zu erstellen. Ins Raumprogramm sind für das Lehrlingsturnen Turnhallen und Turnanlagen im Freien aufzunehmen.

Zentralschulpflege und Stadtrat werden eingeladen, den Neubau für die Baugewerbliche Abteilung der Gewerbeschule energisch zu fördern.

Die Stimmbürger haben am 8. Juni 1975 die Erhöhung des Projektierungskredites für die Überbauung des Guggachareals abgelehnt.

| | Einreichungsdatum (Überweisungsdatum) | Motionär/Initiant Inhalt-Kurztitel |
|----------|--|--|
| M/a | 8.4.70 (13.5.70) | GR Schütz O. u. 37 M. Kommunale Wohnbauten Seebacherstrasse |
| | | <p>An der Seebacherstrasse in Zürich 11 (Seebach) besitzt die Stadt Zürich in der Wohnzone C grössere zusammenhängende Grundstücke (ca. 40000 m²), die sich für die Erstellung von etwa 400 Wohnungen im sozialen oder allgemeinen Wohnungsbau vorzüglich eignen würden. Ein Teil dieser Wohnungen soll auch als Alterswohnungen erstellt werden. Der Stadtrat wird beauftragt, in diesem Sinne raschmöglichst ein Projekt auszuarbeiten und dem Gemeinderat vorzulegen.</p> <p><i>Über die künftige Führung der Seebacherstrasse wurden zwei Projektvarianten bearbeitet. Die Projektierung der Wohnbauten kann erst weitergeführt werden, wenn über die definitive Strassenführung entschieden ist.</i></p> <p><i>Die Vorlage für das Strassenprojekt soll dem Stadtrat im Jahre 1976 vorgelegt werden.</i></p> |
| M/a | 16.7.70 (2.9.70) | Stimmbere./Radfahrer-Verband Stadt Zürich Offene Rennbahn Oerlikon, Erhaltung |
| | | <p>Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat zuhanden der Stimmberechtigten der Stadt Zürich eine Vorlage über die Erhaltung der offenen Rennbahn Oerlikon und deren Ausbau zu einer Mehrzweck-Sportanlage zu unterbreiten. Das Projekt soll die bestehende Rennbahn, eine Kunsteisbahn im Innenraum, einen Tribünenbau mit Saalsporthalle sowie ein Hallenbad enthalten.</p> <p><i>Das Projekt eines Kongress- und Ausstellungsentrums wurde in Anbetracht der veränderten Wirtschaftslage definitiv fallengelassen. Damit ist die Frage über eine Erhaltung oder allfällige Verlegung der offenen Rennbahn Oerlikon wieder völlig offen (vgl. auch Bemerkung zu den Aufträgen vom 2.11.1969 (28.1.1970/740 und 741).</i></p> <p><i>Der mit der Motion gewünschte Ausbau zu einer Mehrzwecksportanlage wurde indirekt mit den bewilligten Projekten des Hallenbades Oerlikon, der Kunsteisbahn Oerlikon und der Mehrzweckturnhalle Venusstrasse erfüllt.</i></p> |
| M/a B | 14.10.70 (9.12.70) | GR Schalcher E. u. 36 M. Bürgerasyl-Neubau |
| | | <p>Um den Anforderungen an die Sicherheit und den heutigen Wohnkomfort auch nur in bescheidenem Masse zu genügen, muss das Bürgerasyl an der Leonhardstrasse von Grund auf umgebaut und renoviert werden, wofür voraussichtlich 3,3 Mio Fr. aufzuwenden wären. Der Stadtrat wird ersucht, auf einen kostspieligen Umbau zu verzichten und der Bürgerlichen Abteilung des Gemeinderates raschmöglichst ein Projekt mit Kreditvorlage für einen Neubau am bisherigen Standort zu unterbreiten, wobei anzustreben ist, die Bettenzahl mindestens zu verdoppeln.</p> <p><i>Die wegen nicht geklärter Rechts- und Betriebsfragen vorübergehend zurückgestellte Projektierung kann wieder aufgenommen werden. Im Juni erklärte sich die Bürgerliche Abteilung des Stadtrates im Sinne eines Vorentscheides mit den erarbeiteten rechtlichen, betrieblichen und finanziellen Grundsätzen einverstanden und genehmigte im November das entsprechend bereinigte Raumprogramm für einen Neubau anstelle des Bürgerasyls und einen Um- und Erweiterungsbau des Pfrundhauses. Die baulich erneuerten Heime sollen künftig zusammengelegt und vom Sozialamt als Alterswohnheim für etwa 160 Pensionäre, zuzüglich Krankenstation mit 16 Betten, geführt werden.</i></p> |
| In | 24.1.73 (16.5.73) | Volksinit./ Sozialdem. Partei Zürich 10 Sydefädeliareal, Überbauung (Kommunale Wohnungen und Alterswohnheim) |
| | | <p>Der Stadtrat wird ersucht, dem Gemeinderat allenfalls zuhanden der Gemeindeabstimmung raschmöglichst eine Vorlage für den Bau von kommunalen Wohnungen und eines Alterswohnheims auf dem städtischen Areal «Im Sydefädeli», Zürich 10, zu unterbreiten. Um den überwiegenden Teil der zu erstellenden Familienwohnungen und Kleinwohnungen für Betagte nach den Richtlinien für den sozialen und allgemeinen Wohnungsbau vermieten zu können, wird für die notwendigen Abschreibungen auf den Bau- und Landkosten ein entsprechender Kredit erteilt. Nöti-</p> |

| | Einreichungsdatum (Überweisungsdatum) | Motionär/Initiant Inhalt-Kurztitel |
|----|--|---|
| | | <p>genfalls ist auch ein Abschreibungsbeitrag für das Alterswohnheim zu bewilligen, damit günstige Pensionspreise gewährt werden können. Das rund 16 000 Quadratmeter umfassende Areal ist je zur Hälfte mit Familienwohnungen und Altersunterkünften (Kleinwohnungen und Alterswohnheim) zu überbauen.</p> <p><i>Am 5. März 1975 beschloss der Gemeinderat die Rückweisung der Vorlage betreffend den Projektierungskredit für ein Schulhaus der Hauswirtschaftlichen Fortbildungsschule auf dem Areal «Sydefädeli». Damit wurde ein Vorentscheid zugunsten eines Alterswohnheimes, einer Alterssiedlung und kommunalem Wohnungsbau gefällt, wofür die Projektierungsarbeiten eingeleitet sind.</i></p> <p><i>Für die Hauswirtschaftliche Fortbildungsschule wurden Studien auf dem Areal Wipkingenbrücke sowie auf anderen städtischen Arealen aufgenommen.</i></p> |
| In | 8.6.73 (5.9.73) | <p>Volksinit./ Frau Dr. E. Meyer-Fröhlich – Zürcher Frauenzentrale Sydefädeliareal-Überbauung (Schulgebäude und Alterssiedlung)</p> <p>Der Stadtrat wird eingeladen, dem Gemeinderat zuhanden der Gemeindeabstimmung eine Vorlage für die Errichtung eines Schulgebäudes für die Hauswirtschaftliche Fortbildungsschule und einer Alterssiedlung auf dem Areal Sydefädeli, Quartier Wipkingen, zu unterbreiten.</p> <p><i>Vgl. Bemerkungen zur Volksinitiative vom 24. Januar 1973 (Sozialdem. Partei Zürich 10)</i></p> |
| In | 25.6.73 (5.9.73) | <p>Volksinit./ GGW-Quartierverein Wipkingen Sydefädeliareal-Überbauung (Altersheim, Alters- und Mittelstandswohnungen)</p> <p>Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat, nötigenfalls zuhanden der Gemeinde, eine Vorlage zur Überbauung des Areals «Im Sydefädeli», Zürich 10, zu unterbreiten mit Altersheim Alterswohnungen Wohnungen für den Mittelstand.</p> <p><i>Vgl. Bemerkungen zur Volksinitiative vom 24. Januar 1973 (Sozialdem. Partei Zürich 10)</i></p> |
| In | 12.9.73 (24.10.73) | <p>Einzelinit./ Eisenring A. O. Bauzonenplanänderung im Quartier Altstetten</p> <p>Der Stadtrat wird eingeladen, dem Gemeinderat eine Vorlage auf Umzonung grösserer, geeigneter Teile der heutigen Industriezone im Quartier Altstetten in die Kernzone zu unterbreiten.</p> <p><i>In seiner Weisung an den Gemeinderat 581 vom 28. Dezember 1973 über die Revision der Bauordnung beantragt der Stadtrat, diese Initiative als erledigt abzuschreiben.</i></p> |
| In | 8.3.74 (5.6.74) | <p>Volksinit./ Sozialdemokratische Partei Zürich 2 Kultur- und Freizeitzentrum in den städtischen Liegenschaften Seestrasse 395, 407 und 409 (ehemalige Standard-Fabrikgebäude)</p> <p>Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat – allenfalls zuhanden der Gemeindeabstimmung – schnellmöglichst eine Vorlage über die Umwandlung der städtischen Liegenschaften Kataster Nr. 4772 und Nr. 4326 an der Seestrasse 395, 407 und 409 in ein öffentliches Kultur- und Freizeitzentrum, welches von der Stadt Zürich verwaltet werden soll, zu unterbreiten, wobei die bestehenden und noch verwendbaren Bauten erhalten bleiben müssen, insbesondere ihre schutzwürdigen Teile.</p> <p><i>Der Stadtrat hat beim Gemeinderat mit Weisung 203 vom 3. Oktober 1975 eine Fristerstreckung beantragt.</i></p> |

| | Einreichungsdatum (Überweisungsdatum) | Motionär/Initiant Inhalt-Kurztitel |
|----|--|---|
| In | 10.10.74 (11.12.74) | Volksinit./ Sozialdemokratische Partei Zürich 3 Industriezone Friesenberg-/Talwiesen-/Bühlstrasse/Borrweg, Umzonung in Wohnzone mit Sonderbauordnung |
| | | Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat raschmöglichst eine Vorlage zu unterbreiten, um die Industriefläche (J II) im Gebiet Friesenberg-/Talwiesen-/Bühlstrasse/Borrweg/Gehrenholzstrasse und die Landfläche südlich des Borrweges zwischen dem bereits überbauten Gebiet bis zur Freihaltezone (gem. Planunterlage) in Wohnzone C umzuzonen und eine Sonderbauordnung mit mind. 80%igem Wohnflächenanteil zu erlassen, wobei keine industriellen, gewerblichen oder Dienstleistungsbetriebe erstellt werden dürfen, die nicht der Versorgung des Quartiers dienen. <i>Über das Gebiet Binz-Friesenberg liegt das Verkehrsgutachten zum grössten Teil vor; die noch fehlenden Angaben dürften bis zum Frühjahr 1976 eintreffen. Diese Grundlagen dienen zur Erarbeitung einer planerischen Lösung. Die vom Stadtrat vorgeschlagene Umzonung von Teilen der Industriezone in eine Wohnzone wurde im Hinblick auf die hängigen verkehrstechnischen Belange einstweilen zurückgestellt. Baugesuche in diesem Gebiet wurden teilweise sistiert.</i> |
| In | 13.11.74 (29.1.75) | Volksinit./Komitee zur Förderung der Berufsbildung Berufsschulzentrum Schindlergut |
| | | Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat zuhanden der Gemeinde eine Vorlage für die Errichtung eines Berufsschulzentrums auf dem Schindlergut zu unterbreiten, das auf die Erhaltung des Parkes optimal Rücksicht nimmt. |
| In | 30.7.75 (22.10.75) | Volksinit./Sozialdem. Partei Zürich 4 Wohnüberbauung auf dem VBZ-Depotareal Kalkbreite |
| | | Der Stadtrat wird ersucht, das Areal des alten Tramdepots Kalkbreite, sobald es von den VBZ nicht mehr benötigt wird, dem kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsbau zu tragbaren Mietzinsen zur Verfügung zu stellen. Die zugelassene Ausnützung soll dabei die bei Beginn der Unterschriftensammlung gültige nicht übersteigen. Es sind nur industrielle, gewerbliche oder Dienstleistungsbetriebe zugelassen, die der Versorgung des Quartiers dienen. Die Anzahl Kleinwohnungen (mit zwei oder weniger Zimmern) soll 30% der Gesamtzahl nicht überschreiten. |

Industrielle Betriebe

| | | |
|----|----------------------|--|
| In | 18.6.73 (3.10.73) | Volksinit./ Sozialdem. Partei Stadt Zürich Förderung öffentlicher Verkehr |
| | | Zu Lasten des Ausserordentlichen Verkehrs wird ein Kredit von 200 Millionen Franken bewilligt, mit welchem während der der Volksabstimmung folgenden zehn Jahre ermöglicht werden soll, im Rahmen von 15 bis höchstens 25 Millionen Franken jährlich bauliche Ergänzungen und Verbesserungen des Netzes der Verkehrsbetriebe der Stadt Zürich zu finanzieren, die ausschliesslich oder weitgehend dazu dienen, möglichst alle Störungen durch den Privatverkehr und betriebsinterne Störungen zu beseitigen, damit die Fahrzeuge der VBZ ihre Spuren beziehungsweise Geleise annähernd so schnell befahren können, wie dies technisch möglich wäre. Der Kredit wird gekürzt um allfällige Beiträge des Kantons, welche dieser gestützt auf das Regionalverkehrsgesetz für den gleichen Zweck während der Zehnjahresperiode leistet. Anordnungen zur Durchführung dieses Beschlusses fallen, soweit sie die Kompetenz des Stadtrates überschreiten, im Sinne von Artikel 11, lit. c, der Gemeindeordnung in die Zuständigkeit des Gemeinderates und unterstehen nur dem fakultativen Referendum. Solche Anordnungen umfassen namentlich die Erstellung eigener Tram- und Busspuren, Bau und Umbau von durch das öffentliche Verkehrsmittel ferngesteuerten Verkehrsregelungsanlagen, Umbau der wichtigen Verkehrsknotenpunkte allein im Hinblick auf die Bedürfnisse der VBZ und der Fussgänger. <i>Bericht und Antrag des Stadtrates in Vorbereitung.</i> |

| Einreichungsdatum (Überweisungsdatum) | Motionär/Initiant Inhalt-Kurztitel |
|--|---------------------------------------|
|--|---------------------------------------|

Schulamt

- | | | |
|---|----------------------|---|
| M/a | 8.5.63 (12.6.63) | Stimmb./LdU Kreisgruppen 6 und 11 Kunsteisbahn Hönnggerberg |
| <p>Der Stadtrat wird beauftragt, unverzüglich dem Gemeinderat das Projekt und zuhanden der Gemeinde den Kreditantrag für die Erstellung einer Kunsteisbahn im Gebiete des Hönnggerberges vorzulegen, die den Anforderungen unserer Stadt und insbesondere der Quartiere Höngg, Wipkingen und Affoltern genügen wird und im Sommer für andere Sportarten verwendet werden kann.</p> <p><i>Wegen Kreditrestriktionen ist die Weiterbehandlung der 2. Bauetappe zurzeit eingestellt.</i></p> | | |
| M/a | 29.5.68 (26.6.68) | GR Bucher R. u. 46 M. Letzigrund-Stadion, Ausbau |
| <p>Der Stadtrat wird eingeladen, dem Stimmbürger raschmöglichst eine wirtschaftlich vertretbare Vorlage für den Ausbau des städtischen Letzigrund-Stadions auf ein Fassungsvermögen von 40 000 Personen, wovon mehrheitlich gedeckte Sitzplätze, vorzulegen.</p> <p><i>Die Vorlage für den Ausbau 2. Etappe wird dem Gemeinderat demnächst unterbreitet werden.</i></p> | | |
| M/a | 6.9.68 (23.10.68) | Stimmb./SP Zürich 9 und 10 Erholungszentrum Limmatinsel |
| <p>Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat zuhanden der Gemeinde eine Vorlage über die Errichtung eines Erholungszentrums mit Sport- und Freizeitanlagen auf dem Areal der Limmatinsel zu unterbreiten.</p> <p><i>Die Vorlage wird demnächst dem Gemeinderat unterbreitet werden.</i></p> | | |
| M/a | 19.3.70 (29.4.70) | Stimmb./FP Kreis 6 Sport- und Erholungsanlage «Guggachareal» |
| <p>Die unterzeichneten Stimmbürgerinnen und Stimmbürger ersuchen den Stadtrat, dem Gemeinderat eine baureife Vorlage für die Erstellung einer Sport- und Erholungsanlage auf dem zwischen Hofwiesen-, Wehntaler-, Nordheim- und Käferholzstrasse gelegenen städtischen Areal auf dem Guggach in Zürich 6 zu unterbreiten.</p> <p><i>Infolge des negativen Ausgangs der Gemeindeabstimmung vom 8. Juni 1975 über den Projektierungskredit für die Überbauung des Guggachareals mit Bauten für die Berufsschule II sowie Sport- und Erholungsanlagen muss nun vollständig neu geplant werden.</i></p> | | |
| M/a | 16.6.70 (19.8.70) | Stimmb./LdU Kreisgruppe 3 Ersatz für Sport- und Erholungsanlage Sihlhölzli |
| <p>Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat zuhanden der Stimmberechtigten der Stadt Zürich eine Vorlage über den Ersatz der durch Verkehrsbauten im Sihlhölzli verlorengehenden Sport- und Erholungsanlagen zu unterbreiten. Das Projekt soll den Ersatz dieser Anlagen im Gebiet links der Sihl enthalten, wobei in angemessener Weise auch der Verlust der vielen Bäume zu berücksichtigen ist.</p> <p><i>Die Anlage Sihlhölzli bleibt auf noch unbestimmte Zeit bestehen. Ein Ersatz ist vorderhand nicht vorgesehen.</i></p> | | |

Motionen (altes Recht) und Initiativen

| | Einreichungsdatum (Überweisungsdatum) | Motionär/Initiant Inhalt-Kurztitel |
|----|--|---|
| In | 1.9.71 (13.10.71) | Volksinit./Initiativkomitee «Erholung und Sport für alle» Erholungsflächen und Sportstätten, Beschaffung und Erhaltung |
| | | Neuer Art. 2 bis der Gemeindeordnung: Die Gemeinde hat für die Beschaffung und Erhaltung der notwendigen Erholungsflächen und Sportstätten zu sorgen. Das Ausmass richtet sich nach den eidgenössischen Normalien. |
| | | <i>Bericht und Antrag werden demnächst vorgelegt.</i> |
| In | 23.2.74 (29.5.74) | Volksinit./Landesring der Unabhängigen, Kreisgruppe 6 Schindlergut, Erhaltung |
| | | Der Stadtrat wird aufgefordert, das in städtischem Besitz befindliche Areal des Schindlergutes mit Park und Villa im Quartier Unterstrass in Zürich 6 der Öffentlichkeit zu erhalten und zugänglich zu machen. |
| | | <i>Der Gemeinderat erteilte mit Beschluss vom 28. Februar 1973 einen Projektierungskredit für ein Berufsschulzentrum auf dem Areal Schindlergut. Wegen verschiedener gegensätzlicher politischer Vorstösse stagnieren die Projektierungsarbeiten. Für den Bau von Berufsschulhäusern sind jetzt weitere Standorte in Prüfung.</i> |

Sozialamt

| | | |
|-----|----------------------|---|
| M/a | 19.8.70 (30.9.70) | GR Heidelberger-Bader R. u. 32 M. Beiträge für Scheidungskinder und aussereheliche Kinder |
| | | Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage über die Gewährung von Beiträgen für Scheidungskinder und aussereheliche Kinder zu unterbreiten. Durch den Erlass einer besonderen Verordnung sollen die von der Stadt Zürich zu übernehmenden Leistungen genau festgelegt werden. |
| | | Zweck der analog zur Hinterlassenenbeihilfe neu zu schaffenden Sozialleistung wird es sein, diesen Kindern finanziell so weit beizustehen, dass ihre Mütter nicht mehr voll berufstätig sein müssen. Damit können letztere ihren erzieherischen Aufgaben zum Wohle der auch ohne materielle Sorgen oftmals schwer benachteiligten Kinder besser gerecht werden. |
| | | <i>Mit Weisung des Stadtrates an den Gemeinderat 195 vom 19. September 1975 wurde zuhanden der Gemeinde beantragt, die Motion abzulehnen. Gleichzeitig wurde der Motion ein Gegenvorschlag betreffend Ergänzung von Artikel 75 der Gemeindeordnung gegenübergestellt.</i> |
| In | 25.6.75 (13.8.75) | Einzelin./Bünzli Th. Jugendarbeitslosigkeit, Sofortmassnahmen für sozial Benachteiligte und Geschädigte |
| | | Die Gemeinde leistet für die Einrichtung und den Betrieb von geschützten Arbeitsplätzen angemessene Beiträge. |
| | | Zur Überwachung der Arbeitsplätze und zur Bearbeitung der Gesuche setzt der Stadtrat eine Kommission ein, die aus Fachleuten besteht, welche Erfahrung auf dem Gebiet der geschützten Arbeitsplätze sowie im Umgang mit sozial geschädigten Jugendlichen haben. |

**Aufträge des Gemeinderates (Anregungen),
Motionen (neues Recht) und Postulate**

Verzeichnis (Stand 31. Dezember 1975)

der Aufträge (Anregungen in der Zuständigkeit der Gemeinde oder des Gemeinderates, Einreichung bis 31. Dezember 1970) sowie Motionen und Postulate von Gemeinderäten (neu ab 1. Januar 1971), welche vom Gemeinderat dem Stadtrat zur Prüfung und Antragstellung überwiesen wurden und noch unerledigt sind.

- A = Auftrag (Anregung)
- M = Motion (Erledigungsfrist 2 Jahre nach Überweisung)
- P = Postulat (Erledigungsfrist 2 Jahre nach Überweisung)
- B = Bürgerliches Geschäft

I. Unerledigte

| Einreichungsdatum (Überweisungsdatum/ Auftragsnummer) | Name Ratsmitglied/Kommission Inhalt-Kurztitel |
|---|--|
|---|--|

Präsidialabteilung

- | | | |
|--|-----------------------|--|
| P | 4.10.72 (7.3.73) | Behrens A., Prof. Dr. Quartiergrenzänderung Albisrieden/Altstetten |
| <p>Bedingt durch die kräftige bauliche Entwicklung im Kreis 9 haben sich in den letzten Jahren deutliche strukturelle Änderungen ergeben. Der Stadtrat wird daher ersucht zu prüfen, ob die Quartiergrenze zwischen Albisrieden und Altstetten noch den heutigen Bedürfnissen und Gegebenheiten entspricht oder ob sich nicht eine zweckmässigere Linienführung aufdrängt. <i>Die Prüfung ist im Gange in Verbindung mit den zuständigen Quartiervereinen.</i></p> | | |
| M | 15.11.73 (29.5.74) | Felix P. und 38 M. Gemeindeordnung-Ergänzung (Unzulässigkeit von Parteirichtlinien für Behördemitglieder) |
| <p>Der Stadtrat wird beauftragt, eine Vorlage zur Ergänzung der Gemeindeordnung zu unterbreiten, wonach es unzulässig ist, den von den Stimmberechtigten gewählten Behördemitgliedern vorzuschreiben, wie sie in bestimmten Fragen abzustimmen haben oder welchen Komitees sie beitreten dürfen. [Erster Abschnitt (Begründung) vom Bezirksrat mit Rekursentscheid vom 6. Februar 1975 als unzulässig erklärt.]</p> | | |
| P/B | 30.4.75 (25.6.75) | Gross H. u. 1 M. Bürgerrechtsgesuche in der Schweiz geborener Ausländer, Änderung der Behandlung |
| <p>Der Stadtrat wird ersucht zu prüfen, wie den in der Schweiz geborenen Ausländern bei Einbürgerungen die gleichen Rechte und Chancen (Beurteilung der Gesuche und Unterlagen durch eine Kommission statt durch einzelne Beamte) eingeräumt werden können wie den vom Ausland zugezogenen Personen.</p> | | |

| | Einreichungsdatum (Überweisungsdatum/ Auftragsnummer) | Name Ratsmitglied/Kommission Inhalt-Kurztitel |
|-----|--|---|
| P | 11.6.75 (12.11.75) | Wagner Th. u. 3 M. Guggachareal, Gestaltung als Erholungsfläche |
| | Nach der deutlichen Ablehnung der projektierten Überbauung des Guggach-Areals vom 8. Juni 1975 wird der Stadtrat eingeladen zu prüfen, ob | |
| | 1. dem Gemeinderat auf Grund der im Jahre 1970 von der Freisinnig-demokratischen Partei Zürich 6 eingereichten Volksinitiative zur Gestaltung dieses Areals als parkartige, polysportive Anlage baldmöglichst eine Vorlage unterbreitet werden kann; | |
| | 2. ob die Grundeigentümer der dem städtischen Areal benachbarten Grundstücke weiterhin zu einer Zusammenarbeit mit der Stadt bereit sind; | |
| | 3. ob den Besitzern von Familiengärten dennoch als Ersatz das angebotene Areal zur Verfügung gestellt werden kann; | |
| | 4. ob nicht unverzüglich Verhandlungen mit den am Referendum beteiligten Kreisparteien und Quartiervereinen von Ober- und Unterstrass aufgenommen werden sollten, um abzuklären, ob diese ebenfalls eine Gestaltung des Guggach-Areals als Erholungsfläche unterstützen und begrüssen würden; | |
| | 5. ob für künftige Verwendungszwecke des Guggach-Areals Grenzkorrekturen bzw. Landumlegungen mit Nachbargrundstücken für alle Beteiligten von Vorteil und die hiezu nötigen Verhandlungen mit den fraglichen Eigentümern aufzunehmen wären. | |
| P/B | 11.6.75 (25.6.75) | Schwizer St. u. 7 M. Bürgerrechtserwerb durch Ausländer, Lockerung der Höchstaltersgrenze |
| | Nach den Bestimmungen des Gemeinderates über die Aufnahme von Ausländern in das Bürgerrecht der Stadt Zürich (Ziff. 8, Abs. 1) werden Bewerber, die ihr Gesuch erst nach Vollendung des 60. Altersjahres einreichen, nicht mehr aufgenommen, wenn sie vorher die Bedingungen für die Aufnahme ins Bürgerrecht erfüllten. Diese Vorschrift kann in einzelnen Fällen zu einer ausserordentlichen Härte führen. | |
| | Der Stadtrat wird eingeladen zu prüfen, ob er der Bürgerlichen Abteilung des Gemeinderates nicht eine Milderung dieser Bestimmung vorschlagen will, z. B. in dem Sinne, dass von der starren Altersgrenze in besonders begründeten Fällen auf Antrag der Bürgerrechtskommission Ausnahmen gestattet werden können, wie solche auch in Ziff. 8, Abs. 2, vorgesehen sind. | |
| P | 7.11.75 (26.11.75) | Kommission «Amtliche Veröffentlichungen» Tagblatt, Verhinderung eines unerwünschten Besitzerwechsels |
| | Der Stadtrat wird eingeladen zu prüfen, | |
| | 1. welche weiteren Massnahmen im Rahmen der gegenwärtigen Auseinandersetzung zwischen der Buchdruckerei Berichthaus Zürich als Herausgeberin des «Tagblattes der Stadt Zürich» und dem Verlag «Jean Frey AG» geeignet sind, um eine unerwünschte Übernahme der Funktion als amtliches Anzeigeblatt durch den Züri-Leu als Gratisanzeiger zu verhindern; | |
| | 2. ob zur Verhinderung der Konzentration im Pressewesen die Bekanntmachungen der Stadt Zürich in bestimmten Fällen zusätzlich zu den Veröffentlichungen im Tagblatt auch in hierfür geeigneten Zeitungen in der Region von Zürich (statt ausserhalb derselben) publiziert werden können. Dabei ist insbesondere auch dem Gesichtspunkt der Sicherung der Arbeitsplätze Beachtung zu schenken. | |

Finanzamt

| | | |
|---|--|--|
| A | 17.9.69 (10.12.69/735) | Strebel W. u. 1 M. Familiengarten-Fernareal |
| | In nächster Zeit müssen wegen städtischer Wohnüberbauungen zahlreiche Familiengärten aufgehoben werden, für die auf Stadtgebiet nur schwer Ersatz gefunden werden kann. Es drängt sich darum die Frage auf, ob nicht städtische Landreserven in der näheren Region für eine längerfristige Lösung zur Verfügung gestellt werden könnten. | |

| | Einreichungsdatum (Überweisungsdatum/ Auftragsnummer) | Name Ratsmitglied/Kommission Inhalt-Kurztitel |
|-----|---|---|
| | | <p>Der Stadtrat wird gebeten, dem Gemeinderat eine Vorlage zu unterbreiten, welche die Errichtung eines sogenannten Familiengarten-Fernareals auf geeignetem städtischem Land ausserhalb der Stadt mit den nötigen Gartenhäuschen, Wasserleitungen, Gartenzäunen usw. sowie den erforderlichen Verkehrserschliessungen vorsieht. Das Areal soll gegen angemessenen Mietzins dem Verein für Familiengärten zur Verwaltung und Vermietung übergeben werden.</p> <p><i>Es erscheint sehr fraglich, ob das seit dem Jahre 1971 verfolgte konkrete Projekt ausgeführt werden kann. Der Entscheid des Regierungsrates über die schon in den beiden letzten Geschäftsberichten erwähnte städtische Einsprache vom 18. Mai 1973 steht immer noch aus.</i></p> |
| A/B | 28.4.70 (20.5.70/748) | Kommission Statutenabänderung Bürgerasyl und Pfrundhaus usw. Bürgerasyl und Pfrundhaus / Statuten-Gesamtrevision |
| | | <p>Die Bürgerliche Abteilung des Stadtrates wird eingeladen, der Bürgerlichen Abteilung des Gemeinderates eine Vorlage über die Gesamtrevision der Statuten des Bürgerasyls und des Pfrundhauses zu unterbreiten.</p> <p><i>Gemäss Vorentscheid der Bürgerlichen Abteilung des Stadtrates vom 11. Juni 1975 soll entsprechend dem Postulat der Rechnungsprüfungskommission vom 7. Dezember 1973 der Betrieb von Bürgerasyl und Pfrundhaus nach dem Neu- bzw. Umbau zusammengelegt und die Heimleitung dem Sozialamt übertragen werden. Demzufolge wurden die Vorarbeiten für eine Gesamtrevision der Statuten eingestellt. Die vorgesehene rechtliche Neugestaltung bedarf aber der Zustimmung des Regierungsrates. Sein Vorentscheid soll in nächster Zeit eingeholt werden.</i></p> |
| A | 1.7.70 (28.10.70/756) | Kaufmann J., Dr. Bildungsurlaub für städtisches Personal |
| | | <p>Der Stadtrat wird ersucht zu prüfen, ob den städtischen Arbeitern, Angestellten und Beamten nicht innert nützlicher Frist ein Bildungsurlaub von mindestens einer Woche pro Jahr gewährt werden könnte.</p> <p><i>Der Stadtrat hat dem Gemeinderat mit Weisung 113 vom 5. Februar 1975 über den Erlass eines neuen Personalrechtes beantragt, die Anregung abzuschreiben.</i></p> |
| P | 10.3.71 (1.9.71) | Müller J., Dr., u. 9 M. Depotareal VBZ Tiefenbrunnen, Wohnüberbauung |
| | | <p>Sobald die Zentralwerkstätte der VBZ am Luggweg erstellt ist, wird das Areal des VBZ-Depots Tiefenbrunnen frei. Die VBZ sollen dem Vernehmen nach beabsichtigen, dieses Areal freihändig zu verkaufen, da die Stadt Zürich zuwenig dafür bezahlen wolle. Damit besteht die Gefahr, dass das Areal für den Wohnungsbau verlorengeht.</p> <p>Der Stadtrat wird ersucht zu prüfen, ob es möglich wäre, rechtzeitig eine Vorlage zu unterbreiten, damit das 9000 m² messende Kernzonen-Land des heutigen VBZ-Depots Tiefenbrunnen zu einem vertretbaren Preis von der VBZ an die Stadt verkauft werden und die Stadt dieses Areal dem kommunalen und gemeinnützigen Wohnungsbau zur Verfügung stellen kann.</p> <p><i>Der Stadtrat hat dem Gemeinderat mit Weisung 180 vom 27. August 1975 die Abschreibung des Postulates beantragt.</i></p> |
| P | 31.3.71 (1.9.71) | Balsiger R. u. 2 M. Depotareal VBZ Tiefenbrunnen, Alterswohnbauten |
| | | <p>Der Stadtrat wird ersucht zu prüfen, ob auf dem Areal des VBZ-Depots Tiefenbrunnen, das aufgehoben werden soll, neben allgemeinem Wohnungsbau vor allem auch Wohnraum für Betagte geschaffen werden kann. Er wird eingeladen, eine Realisierung zusammen mit dem Initiativkomitee I.A.H.R. (Initiativkomitee für Alterswohnbauten in Hirslanden und Riesbach) anzustreben.</p> <p><i>Der Stadtrat hat dem Gemeinderat mit Weisung 180 vom 27. August 1975 die Abschreibung des Postulates beantragt.</i></p> |

| | Einreichungsdatum (Überweisungsdatum/ Auftragsnummer) | Name Ratsmitglied/Kommission Inhalt-Kurztitel |
|---|---|--|
| P | 1.9.71 (13.10.71) | Ammann J. u. 1 M. Touristenunterkünfte, Bereitstellung |
| | | <p>Im Hinblick auf den weiteren Anstieg des Tourismus wird der Stadtrat eingeladen, mit den zuständigen Organisationen des Fremdenverkehrswesens die Verbesserung der Unterkunftsverhältnisse in den unteren und mittleren Preiskategorien zu prüfen.</p> <p>Insbesondere sollten schon für 1972 ausreichende Notunterkunftsstellen für die Hochsommerwochen bereitgestellt werden, wobei der Unterbringung von Reisenden im jugendlichen Alter besondere Bedeutung beizumessen ist.</p> <p><i>Entgegen den früheren Plänen soll auf dem in Frage stehenden Areal in Altstetten in Mitberücksichtigung des am 1. Oktober 1975 überwiesenen Postulates von H. Christinat eine gemischte Überbauung entstehen. Der Schlaftrakt für Jugendliche soll noch etwa 200 statt 400 Betten umfassen, was die Erstellung von rund 60 Wohnungen, davon etwa 20 Alterswohnungen, gestattet. Das Wettbewerbsprogramm auf der neuen Grundlage ist schon weitgehend vorbereitet.</i></p> |
| M | 6.10.71 (17.11.71) | Kammerer B. u. 22 M. Areal Hohl-/Feld-/Brauer-/Hellmutstrasse (Bauareal PTT-Fernmeldezentrale), Erwerb durch Stadt |
| | | <p>Entgegen den gegenwärtigen städtebaulichen Bedürfnissen Zürichs plant die PTT den Bau einer Fernmeldezentrale inmitten eines Wohnquartiers, nämlich auf dem Areal Hohl-/Feld-/Brauer-/Hellmutstrasse.</p> <p>Nun hat die Schweizerische Eidgenossenschaft an die Stadt Zürich für Landabtretung (Hönggerberg) noch nicht näher bezeichneten Realersatz zu leisten.</p> <p>Der Stadtrat wird beauftragt, unter Geltendmachung des Realersatzanspruches von Land der Schweizerischen Eidgenossenschaft mit dieser in Verhandlungen zu treten, mit dem Ziel, das Areal Hohl-/Feld-/Brauer-/Hellmutstrasse zu erwerben und darauf in gemischter Bauweise Wohnungen und Räume für Kleinhandwerk zu erstellen.</p> <p><i>Der erste und wichtigste Teil der Motion – der Erwerb des in Frage stehenden Areals – wurde bereits im Jahr 1973 erfüllt. Die Frist für die Erledigung des Restes der Motion wurde vom Gemeinderat damals sinngemäss verlängert.</i></p> <p><i>Die im Jahr 1974 entworfene Projektstudie musste wegen der veränderten Wirtschaftslage nochmals überprüft werden. Dem Stadtrat wird das Raumprogramm voraussichtlich in nächster Zeit zur Genehmigung unterbreitet werden können.</i></p> |
| P | 17.1.73 (28.3.73) | Gross H. u. 1 M. Grundstückserwerbe, Instrumentarium für raschen Vollzug |
| | | <p>Der Stadtrat wird eingeladen zu prüfen, ob ein Instrumentarium (beispielsweise eine unter gemeinderätlicher Kontrolle stehende Stiftung) zu schaffen sei, das ihm erlaubt, Grundstücke, vor allem vor spekulativem Verkauf stehende Altliegenschaften, in der Stadt rasch und ohne schwerfällige parlamentarische Behandlung zu kaufen oder auf Steigerungen zu erwerben.</p> <p><i>Der Stadtrat hat dem Gemeinderat mit Weisung 183 vom 3. September 1975 die Abschreibung des Postulates beantragt, die am 7. Januar 1976 erfolgte.</i></p> |
| P | 16.5.73 (26.9.73) | Stiefel U. u. 2 M. Schulgebäude-Neubau für Hauswirtschaftliche Fortbildungsschule, Landerwerb |
| | | <p>Der Stadtrat wird ersucht, für den Bau einer zweiten Hauswirtschaftlichen Fortbildungsschule</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. zwischen Limmat–Wipkingerbrücke–Hönggerstrasse gemäss einem bestehenden Projekt des Hochbauamtes das notwendige Land zu erwerben und eine allfällig notwendige Umzonung zu beantragen. 2. ein Projekt ausarbeiten zu lassen zwischen Röschibachstrasse und Limmat längs der Westtangente für den Fall, dass eine Umzonung gemäss Abschnitt 1 nicht möglich ist. Sobald es notwendig ist, soll der Landerwerb an die Hand genommen werden. |

| | Einreichungsdatum (Überweisungsdatum/ Auftragsnummer) | Name Ratsmitglied/Kommission Inhalt-Kurztitel |
|-----|---|---|
| | | <p><i>Verschiedene Standorte für den Bau der zweiten Hauswirtschaftlichen Fortbildungsschule werden geprüft. Zur Zeit steht das durch die Wipkingerbrücke, die Limmat und die Hönggerstrasse begrenzte «Anker-Areal» im Vordergrund. Hier könnte unter der Voraussetzung einer Umzonung in die Kernzone das gleiche Raumprogramm untergebracht werden wie auf dem früher in Betracht gezogenen Areal «Sydefädeli». Die vorberatende Kommission des Gemeinderates für die Revision der Bauordnung hat eine Umzonung für diesen Zweck grundsätzlich als vertretbar erachtet, aber befunden, dass der Entscheid erst gefällt werden soll, wenn ein konkretes Projekt vorliegt. Die Liegenschaftsverwaltung verhandelt schon seit Jahren über den Kauf der noch privaten Parzellen im «Anker-Areal». Es konnte jedoch lediglich eine Liegenschaft erworben werden. Die Einleitung des Expropriationsverfahrens wird deshalb zu gegebener Zeit kaum zu umgehen sein, wenn dieses Areal definitiv als Standort für die zweite Hauswirtschaftliche Fortbildungsschule gewählt werden sollte.</i></p> |
| P/B | 7.12.73 (12.12.73) | Rechnungsprüfungskommission Pfrundhaus und Bürgerasyl, Zusammenlegung |
| | | <p>Der Stadtrat wird ersucht, Pfrundhaus und Bürgerasyl mit dem Um- und Neubau der beiden Liegenschaften betrieblich zusammenzulegen, dem Sozialamt zu unterstellen und die entsprechenden Fonds und Betriebsrechnungen in die ordentliche Rechnung einzubauen.</p> <p><i>Die Bürgerliche Abteilung des Stadtrates hat am 11. Juni 1975 einen Vorentscheid im Sinne des Postulates gefällt. Danach sollen Pfrundhaus und Bürgerasyl nach dem Um- bzw. Neubau betrieblich zusammengelegt und die entsprechenden Fonds aufgelöst werden. Die Heimführung würde dem Sozialamt übertragen. Der Um- und Neubau – das Raumprogramm dafür wurde am 5. November 1975 genehmigt – sowie allfällige spätere Betriebszuschüsse gingen zulasten des Armen-gutes.</i></p> <p><i>Die rechtliche Neugestaltung in diesem Sinne bedarf aber der Zustimmung des Regierungsrates. Sein Vorentscheid soll in nächster Zeit eingeholt werden.</i></p> |
| P | 7.2.74 (13.2.74) | Rechnungsprüfungskommission Freihalte-, Erholungs-, Naturschutzgebiete usw., Bundes- und Staats-beiträge |
| | | <p>Der Stadtrat wird ersucht zu prüfen, wie weit von Bund und Kanton zur finanziellen Entlastung der Stadt Beiträge für den Erwerb oder die Sicherstellung von Freihalte-, Erholungs-, Naturschutz-gebieten usw. erhältlich gemacht werden können.</p> |
| P | 12.6.74 (4.9.74) | Schellenberg M. u. 7 M. Pflegepersonal, Besoldungskoordination zwischen Stadt und Kanton |
| | | <p>Der Stadtrat wird um Prüfung ersucht, zusammen mit den kantonalen Instanzen eine einheitliche Besoldungsverordnung für das Pflegepersonal von Stadt und Kanton auszuarbeiten.</p> |
| P | 1.7.74 (4.9.74) | Näf A. u. 3 M. Lehmgrubenareal Borrweg/Gehrenholz-/Friesenbergstrasse, Erwerb durch Stadt |
| | | <p>Der Stadtrat wird gebeten, mit dem Grundeigentümer der Lehmgrube zwischen Borrweg, Gehrenholz- und Friesenbergstrasse in Verhandlung zu treten zwecks Landerwerb für ein Chronisch-krankenheim, Alterswohnungen und allgemeinen Wohnungsbau.</p> |
| P | 26.2.75 (3.9.75) | Hauffe A. Blindenwohnheim Seefeld-/Mainaustrasse, Renovation |
| | | <p>Das der Stadt gehörende Blindenwohnheim an der Seefeld-/Mainaustrasse präsentiert sich äusserlich in einem miserablen Zustand und verlottert zusehends. Nachdem das Bauprojekt Göhner-Noldin, welches das Blindenheim miteinbezogen hätte, vor etwa 2 Jahren abgelehnt worden ist, wird der Stadtrat ersucht zu prüfen, das unter Denkmalschutz stehende Blindenwohnheim baldigst zu renovieren und die sanitären Installationen zweckentsprechend einzurichten.</p> |

| | Einreichungsdatum (Überweisungsdatum/ Auftragsnummer) | Name Ratsmitglied/Kommission Inhalt-Kurztitel |
|---|---|--|
| P | 2.4.75 (10.9.75) | Meier A. Lehrstellenvermehrung in der Stadtverwaltung Der Stadtrat wird ersucht zu prüfen, ob in weiteren Abteilungen der Stadtverwaltung kaufmännische und handwerkliche Lehrstellen geschaffen werden können. |
| P | 14.5.75 (29.10.75) | Näf A. u. 3 M. Individualverkehr, Bericht über finanzielle Aufwendungen der Stadt Der Stadtrat wird ersucht, zu prüfen und darüber Bericht zu erstatten, wieviel der Steuerzahler in der Stadt Zürich schätzungsweise für den Individualverkehr aufzuwenden hat. |
| P | 2.7.75 (12.11.75) | Frei-Wohlgemuth H. U. Unfallprämien des städt. Personals, Vereinheitlichung Rund 5000 städtische Arbeitnehmer sind von Gesetzes wegen nicht der städtischen Unfallkasse, sondern der SUVA unterstellt und bezahlen damit rund dreimal höhere Beiträge. Ein Teil des Personals, insbesondere der Industriellen Betriebe, legt bis zu Fr. 360 jährlich mehr aus. Ein freiwilliges Entgegenkommen gegenüber den Betroffenen ist durchaus möglich. Der Stadtrat wird um Prüfung der Möglichkeiten und um Antragstellung zuhanden des Gemeinderates ersucht, wie durch Statutenänderung und einen allfälligen Solidaritätszuschuss aus dem Vermögen der Unfallkasse (Überschuss 1974 1,933 Mio) diese offensichtliche Diskriminierung vermieden werden kann. |

Polizeiamt

| | | |
|---|----------------------|---|
| P | 27.1.71 (9.6.71) | König E. W. u. 1 M. Bullingerwiese, Zivilschutzraum Der Stadtrat hat am 9. Dezember 1970 eine Anregung entgegengenommen, worin um eine Neugestaltung der Bullingerwiese und deren Wege ersucht wird. In Ergänzung jener Anregung wird der Stadtrat gebeten, zusammen mit dieser Neugestaltung unter der Wiese die Errichtung eines öffentlichen Schutzraumes unter Mitverwendung als Parkgarage zu prüfen, ebenso die Planung eines Kriegsfeuerwehr- und Quartierleitungs-Unterstandes mit Sanitätsposten. Zudem wäre die eventuelle Erstellung einer Truppenunterkunft für Friedenszeiten abzuklären. <i>Die Projektierung ist auch weiterhin aus finanzpolitischen Erwägungen eingestellt.</i> |
| P | 26.9.73 (8.5.74) | Bochsler J. u. 4 M. Luegislandstrasse, Einbahnverkehr Der Stadtrat wird ersucht zu prüfen, ob die Luegislandstrasse zur Einbahnstrasse erklärt werden kann. |
| P | 24.10.73 (8.5.74) | Kammerer B. Prediger-/Zähringerplatz, Gestaltung als Fussgängerzone Der Stadtrat wird ersucht zu prüfen, ob nach Inbetriebnahme der 500 Autoparkplätze im Parkhaus Urania, welche das Parkplatzangebot in der Innenstadt auf rund 9000 Plätze erhöhen, unverzüglich Predigerplatz-Zähringerplatz-Chorgasse mit einem Fahr- und Parkierverbot (ausgenommen Anlieferungen zu beschränkt festgehaltenen Tageszeiten) belegt, nach Möglichkeit Trottoirs entfernt, die gesamte Fläche samt angrenzenden Gassen mit einem einheitlichen Bodenbelag versehen und auf den Plätzen vorerst eine grosse Anzahl Stühle bereitgestellt werden können, um Einwohnern und Besuchern des Quartiers die Möglichkeit zu überlassen, im Laufe der Zeit Benützungsfornen dieser Plätze zu erfahren und selber weiterzuentwickeln. |
| P | 31.10.73 (8.5.74) | Weber R. u. 1 M. Frankentalerstrasse, Massnahmen gegen Verkehrslärm Der Stadtrat wird eingeladen zu prüfen, mit welchen Massnahmen der Verkehrslärm an der Frankentalerstrasse auf erträgliche Werte reduziert werden kann. |

| | Einreichungsdatum (Überweisungsdatum/ Auftragsnummer) | Name Ratsmitglied/Kommission Inhalt-Kurztitel |
|---|---|--|
| P | 21.11.73 (8.5.74) | Leuthold W. u. 1 M. Milchbuckstrasse, Fussgängerzone |
| | | Im Zusammenhang mit der Realisierung des vorgesehenen Wohnschutzgebietes Irchel wird der Stadtrat gebeten, die Frage zu prüfen, wie durch Schaffung einer Fussgängerzone an der vom Durchgangsverkehr befreiten Milchbuckstrasse zwischen Schaffhauser- und Winterthurerstrasse die Wohnlichkeit des Quartiers erhöht werden kann. |
| P | 21.8.74 (4.12.74) | Bochsler J. u. 3 M. Frohburgstrasse, bessere Verkehrsverhältnisse für die Buslinien VBZ |
| | | Der Stadtrat wird eingeladen zu prüfen, ob die Verkehrsverhältnisse auf der Frohburgstrasse, stadtauswärts, für die VBZ-Buslinien 64, 72 und 79 durch folgende Massnahmen verbessert werden können: a) Einrichtung einer Busspur ab Verkehrssignal Winterthurerstrasse bis Hubenstrasse, evtl. bis zur Haltestelle Murwiesenstrasse, b) Ersatz der Hinweistafeln für Lastwagen durch ein Fahrverbot für Lastwagen (ausser Zubringer) Richtung Hirschenplatz. |
| P | 28.8.74 (5.2.75) | Amstutz E. u. 2 M. Hirzenbach-Quartier, Umgestaltung als Wohnschutzzone |
| | | Der Stadtrat wird eingeladen zu prüfen, ob im Hinblick auf die Eröffnung des Einkaufszentrums «Glatt» in Wallisellen das Hirzenbachquartier zwischen Dübendorf- und Winterthurerstrasse in eine Wohnschutzzone umgewandelt werden könnte. Könnte durch polizeiliche, nötigenfalls bauliche Massnahmen die Durchquerung des Quartiers mit Motorfahrzeugen insbesondere im Bereich der Glattwiesen-, Luchswiesen- und Hirzenbachstrasse verhindert werden? |
| P | 25.9.74 (5.2.75) | Bürcher B. u. 1 M. Asyl- und Witikonstrasse, Fussgängerübergänge |
| | | Der Stadtrat wird ersucht, sofort wirksame Massnahmen und längerfristig realisierbare Möglichkeiten zu prüfen und zu verwirklichen, die entscheidend zur Verbesserung der Fussgängerverbindungen über die Asylstrasse und die Witikonstrasse, insbesondere beim Klusplatz, aber auch auf den Strecken Römerhof-Klusplatz und Klusplatz-Kapfsteig, beitragen können. Dabei soll vor allem berücksichtigt werden: – die Situation der älteren Quartierbewohner (u.a. im Altersheim am Klusplatz), – die Wege der Kindergarten- und Volksschüler (insbesondere zum Hofackerschulhaus), – die Zugangsmöglichkeit zu den Haltestellen von Tram und Bus. |
| P | 23.10.74 (5.3.75) | Kasser U. u. 1 M. Escher-Wyss-Platz, Fussgängerverbindungen Schulhaus KVZ– Haltestellen VBZ |
| | | Der Stadtrat wird ersucht, sofort wirksame Massnahmen zu prüfen und zu verwirklichen, um die Verbindungen am Escher-Wyss-Platz, insbesondere aber zwischen dem Schulhaus des Kaufmännischen Vereins und den Haltestellen der öffentlichen Verkehrsmittel, für die Fussgänger sicher zu gestalten. |
| P | 8.1.75 (20.8.75) | Kasser U. u. 4 M. Werdplatz, Neugestaltung zugunsten von Tram und Fussgänger |
| | | Zum Schutz der Tramlinie 8 vor Verkehrsstörungen zwischen der Stauffacherbrücke und der Haltestelle Stauffacher und für die Aufwertung des Werdplatzes zugunsten der Fussgänger wird der Stadtrat um Prüfung der folgenden Massnahmen ersucht: 1. Eigentrasssee der Tramlinie 8 zwischen Stauffacherquai und Werdstrasse, erstellt mit Betonelementen zur Abtrennung vom Privatverkehr, 2. Sperrung der Strassburgstrasse zwischen Stauffacherstrasse und Werdstrasse und Gestaltung des dadurch gewonnenen Fussgängerraums, 3. Linksabbiegeverbot in und aus der Hallwylstrasse. |

| | Einreichungsdatum (Überweisungsdatum/ Auftragsnummer) | Name Ratsmitglied/Kommission Inhalt-Kurztitel |
|---|---|--|
| P | 19.3.75 (10.9.75) | Christinat H. u. 1 M. Badener-/Altstetterstrasse, bessere Verkehrsverhältnisse für Tram, Bus und Fussgänger |
| | | Der Stadtrat wird ersucht zu prüfen, mit welchen wirksamen Massnahmen die Verkehrsverhältnisse auf der stark benützten Kreuzung Badenerstrasse-Altstetterstrasse fussgängerfreundlicher gestaltet werden könnten. Mit der vorzusehenden Lösung sollte eine wesentliche Aufwertung des Lindenplatzes als Ort der Begegnung ermöglicht werden. Zudem ist zu prüfen, wie der intensive private Durchgangsverkehr eingedämmt und damit für die öffentlichen Verkehrsmittel bessere Bedingungen erzielt werden könnten. |
| P | 25.3.75 (16.4.75) | Kommission Ausbau Gessnerallee VR-Anlage Gessnerallee/Sihlstrasse |
| | | Der Stadtrat wird um Prüfung ersucht, spätestens auf den Zeitpunkt der neuen Verkehrsführung in der oberen Gessnerallee eine VR-Anlage an der Kreuzung Gessnerallee/Sihlstrasse zu erstellen, welche, koordiniert mit der Anlage an der Sihlporte, allenfalls auch mit einer noch zu erstellenden Anlage an der Sihlbrücke, den Verkehr analog der neu zu erstellenden Anlage im Raume Löwenplatz/Usteribrücke/Gessnerbrücke regelt. |
| P | 16.4.75 (10.9.75) | Näf A. u. 4 M. Verkehrsregelungsanlagen in Wiedikon, Modernisierung zugunsten des Trambetriebes |
| | | Der Stadtrat wird ersucht zu prüfen, ob mit einer moderneren Verkehrsregelungsanlage in Wiedikon die Fahrzeit des Trams zwischen Triemli und Stauffacher durch Aufhebung der Wartezeiten vor Lichtsignalanlagen verkürzt werden könnte. |
| P | 23.4.75/M (17.9.75) | Leuenberger M. Tabak- und Alkoholwerbung auf öffentlichem Grund, Verbot |
| | | Zur wahrhaften Bekämpfung des Drogenproblems wird der Stadtrat beauftragt, Vorschriften zu erlassen, die jegliche Tabak- und Alkoholwerbung auf Plakaten auf öffentlichem Grund der Stadt Zürich verbieten. |
| P | 27.5.75 (4.6.75) | Kommission Neugestaltung Paradeplatz Paradeplatz, Zufahrt zum Kreditanstalt-Haupteingang |
| | | Der Stadtrat wird eingeladen, nochmals mit der Kreditanstalt zu verhandeln, um zu erreichen, dass diese auf die Zufahrtsmöglichkeit von der Bahnhofstrasse her zum Haupteingang am Paradeplatz verzichtet. |
| P | 20.8.75 (26.11.75) | Tschudi A. u. 36 M. Verkehrsregelungsanlagen, Ausrüstung mit Steuergeräten für Tram und Bus |
| | | Der Stadtrat wird ersucht, grundsätzlich alle Lichtsignalanlagen zugunsten des öffentlichen Verkehrs so umzustellen, dass sie von Tram und Bus aus beeinflusst werden können. |
| P | 10.9.75 (26.11.75) | Brüschweiler K. Entlisbergwald, Lockerung des Fahrverbotes auf der Zufahrtsstrasse |
| | | Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob die Zufahrtsstrasse zu den Familiengärten beim Entlisbergwald und der Unterführung Dangelstrasse-Jolieville wieder für Velofahrer freigegeben werden könnte. |

| Einreichungsdatum (Überweisungsdatum/ Auftragsnummer) | Name Ratsmitglied/Kommission Inhalt-Kurztitel |
|---|--|
|---|--|

Gesundheits- und Wirtschaftsamt

- | | | |
|---|--------------------------|--|
| A | 2.12.59 (20.1.60/592) | Messerli A. u. 43 M. Sozialzahnpflege für Erwachsene |
| <p>Der Stadtrat wird eingeladen, als logische Fortführung der Schulzahnpflege und der Zahnpflege für Jugendliche die Sozialzahnpflege für Erwachsene einzuführen. Diese sollte in enger Verbindung mit den Krankenkassen und den Privatzahnärzten organisiert werden.</p> <p><i>Mit der Neuordnung der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (Weisung 211 vom 22. Oktober 1975) gelangen obligatorisch Versicherte bei einzelnen Vertragskrankenkassen in den Genuss von freiwilligen Beiträgen an die Kosten der Zahnuntersuchung und -behandlung. Das Amt für Sozialversicherung wird eine Erhebung über Umfang und Finanzierung solcher Zahnpflegeleistungen durchführen und abklären, ob und wie weit sich allenfalls zusätzliche Massnahmen für Erwachsene aufdrängen.</i></p> | | |
| A | 7.1.70 (28.1.70/742) | Schaufelberger H. und 2 M. Klein-Hallenbad und Turnhalle Schulhausareal Bläsi B (Höngg) |
| <p>Laut Hallenbäderplanung 1968 des Stadtrates soll auf dem Areal des Schulhauses Bläsi B im Quartier Höngg ein Klein-Hallenbad mit neuer Turnhalle erstellt werden.</p> <p>Der Stadtrat wird daher gebeten, dem Gemeinderat bzw. der Gemeinde bis zum Herbst 1971 ein baureifes Projekt vorzulegen, damit 1972 mit dem Bau des Klein-Hallenbades und der Turnhalle begonnen werden kann.</p> <p><i>Unter der Voraussetzung des programmgemässen Abschlusses der Renovationsarbeiten am Schulhaus Bläsi A kann der Unterricht ab Frühjahr 1977 im erneuerten Schulhaus aufgenommen werden. Mit dem Bau des Hallenbades könnte, unter Vorbehalt der Krediterteilung und des Vorhandenseins der nötigen Mittel, im Frühjahr 1977 begonnen werden.</i></p> | | |
| A | 8.6.70 (24.6.70/752) | Bürgisser R. Rheuma-Heilstätte Zurzach, finanzielle Beteiligung |
| <p>Die Rheuma-Volksheilstätte Leukerbad genügt mit ihren 109 Betten den heutigen Anforderungen nicht mehr.</p> <p>Der Stadtrat wird ersucht, sich zur Sicherung weiterer Betten an der Rheuma-Heilstätte in Zurzach finanziell zu beteiligen.</p> <p><i>Kürzliche Verhandlungen mit der Klinikleitung haben über die Bedingungen und Möglichkeiten der Taxreduktion auf das Niveau der Subventionskantone Klarheit geschaffen. Es sind nun noch mit dem Kanton Besprechungen über die Art und den Umfang der Beteiligung zu führen.</i></p> | | |
| P | 9.6.71 (22.9.71) | Bürgisser R. Umweltschutz, Förderung |
| <p>Der Stadtrat wird gebeten, Bericht und Antrag zu stellen über</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Massnahmen des Stadtrates in allen Fragen des Umweltschutzes der nahen und fernen Zukunft, 2. eine Zentralstelle, welche die diesbezüglichen Bestrebungen des Bundes, des Kantons und der Stadt Zürich koordiniert, 3. die Zusammensetzung einer allfälligen Subkommission des Gemeinderates für Umweltschutzfragen. <p><i>Der Entwurf des Bundesgesetzes über den Umweltschutz ist zum Teil heftiger Kritik begegnet, so dass sich der Erlass des neuen Gesetzes verzögern wird. Erst durch dieses Gesetz dürfte der Zuständigkeitsbereich der Gemeinden abgesteckt werden.</i></p> | | |

| | Einreichungsdatum (Überweisungsdatum/ Auftragsnummer) | Name Ratsmitglied/Kommission Inhalt-Kurztitel |
|---|---|---|
| P | 17.5.72 (25.10.72) | Graf K. Umweltschutz-Massnahmen, Aktionsprogramm |
| | | Der Stadtrat wird eingeladen, die Frage zu prüfen, ob dem Gemeinderat ein Aktionsprogramm über Massnahmen zum Schutze der Umwelt unterbreitet werden kann, das eine Prioritätsordnung und einen entsprechenden Finanzplan enthalten soll. <i>Nach Vorliegen des eidgenössischen Umweltschutzgesetzes wird es möglich sein, diejenigen Massnahmen zum Schutze der Umwelt anzuordnen, die in die Kompetenz der Gemeinde fallen. Hiefür wird die Aufstellung einer Prioritätenordnung nötig sein, um die finanziellen Mittel sachgerecht einsetzen zu können.</i> |
| P | 9.1.74 (19.6.74) | Vonrufs H., Dr. Amtsstelle für Umweltschutz |
| | | Der Stadtrat wird ersucht zu prüfen, ob innerhalb der Stadtverwaltung eine Amtsstelle für Umweltschutz zu errichten sei, die die diesbezüglichen Bemühungen der einzelnen Ämter zu koordinieren und zu überwachen hat. |
| P | 24.4.74/M (4.9.74) | Schellenberg M. u. 6 M. Ärztliche Gruppenpraxen mit Krankenpflege-Koordinationsstelle |
| | | Der Stadtrat wird beauftragt, ein Projekt auszuarbeiten zur Schaffung von ärztlichen Gruppenpraxen in Verbindung mit einer Koordinationsstelle für Gemeindepflege, Hauspflege und Laienhilfe. |
| P | 26.6.74 (28.8.74) | Nussbaumer R. u. 4 M. Grünau-Quartier, zahnärztliche und medizinische Betreuung der Bewohner |
| | | Im Quartier Altstetten sind im Gebiet Grünau-/Bändlistrasse neue grosse Wohnungsbauvorhaben begonnen worden. In diesem Zusammenhang wird der Stadtrat um Prüfung der folgenden Fragen ersucht: <ol style="list-style-type: none">1. Wie weit sind die zahnärztliche und medizinische Betreuung, insbesondere auch die Hausbesuche und Hausbetreuung, in diesem neuentstehenden Quartierviertel gewährleistet?2. Besteht die Möglichkeit, diese medizinische und zahnärztliche Betreuung usw. im Interesse der neuzuziehenden Bewohner vorzuplanen oder zu koordinieren? |
| P | 14.8.74 (11.9.74) | Egli A. u. 1 M. Kleinhallenbad-Neubau beim projektierten Altersheim Tannenrauch-/Mööslistrasse |
| | | Der «Verein Wollishofer Heime für Betagte» beabsichtigt, an der Tannenrauch-/Mööslistrasse in Wollishofen ein weiteres Altersheim zu errichten. Ein Teil des zur Verfügung stehenden Baugrundes ist für ein Kleinhallenbad reserviert. Der Stadtrat wird ersucht, dessen Projektierung so voranzutreiben, dass beide Bauten, deren Bedürfnis anerkannt ist, möglichst gleichzeitig realisiert werden können. |
| P | 21.8.74 (22.1.75) | Weidmann H.R. u. 1 M. Pfleger- und Spitalpersonal, Einführungskurse zur Gewinnung |
| | | In den Spitälern von Winterthur und Männedorf werden spezielle «Schnupperlehren» im Sinne von Demonstrationen und Führungen für Pflegeberufe durchgeführt. Der Stadtrat wird eingeladen, die Möglichkeit der Durchführung von mehrtägigen Einführungskursen für Schülerinnen und Schüler der Volks- und Mittelschulen an den städtischen Spitälern bzw. Krankenpflegeschulen zu prüfen, um vermehrt Pfleger- und Spitalpersonal gewinnen zu können. |

| | Einreichungsdatum (Überweisungsdatum/ Auftragsnummer) | Name Ratsmitglied/Kommission Inhalt-Kurztitel |
|---|---|---|
| P | 28.8.74 (29.1.75) | Herczog A. Krankenpflegeversicherung, periodische unentgeltliche Untersuchungen |
| | | Der Stadtrat wird ersucht, zu prüfen, ob dem Gemeinderat, gegebenenfalls zuhanden der Gemeinde, eine Kreditvorlage unterbreitet werden kann, die eine realistische Durchführung des § 31 der Verordnung über die obligatorische Krankenpflegeversicherung der Stadt Zürich (Recht auf periodische unentgeltliche Untersuchung) ermöglicht. |
| P | 4.9.74/M (5.2.75) | Keller H. Zentrumsbauten Unter-Affoltern, Quartierpoliklinik |
| | | Der Stadtrat wird beauftragt, in den Zentrumsbauten der Gesamtüberbauung Unteraffoltern eine Quartierpoliklinik, eine sozialmedizinische Beratungsstelle und Versammlungslokale für die Bevölkerung des Quartiers zu erstellen. |
| P | 18.12.74 (26.3.75) | Frei-Huber H. U. u. 12 M. Chemisches Laboratorium, Existenzberechtigung |
| | | Der Kantonsrat bewilligte Ende 1974 einen Kredit von 11,7 Mio Fr. für die Erstellung eines neuen chemischen Laboratoriums und strich gleichzeitig den jährlichen Staatsbeitrag von Fr. 300 000 für die von der Stadt Zürich geführte Pestizidabteilung. Der Stadtrat wird gebeten, – zu prüfen, wie weit der parallele Betrieb eines städtischen chemischen Labors noch verantwortbar ist, – Kontakte mit dem Kanton für eine Übernahme des chemischen Labors aufzunehmen oder einen evtl. Liquidationsplan auszuarbeiten. |
| P | 18.12.74/M (13.8.75) | Blatter C. u. 16 M. Medizinische Tagesspitäler |
| | | In der Stadt Zürich besteht ein grosser Mangel an Betten für Alterskranke. Dazu kommt, dass infolge Personalnot der Bau von Krankenheimen und deren Besetzung verzögert wird. Der Stadtrat wird daher beauftragt, dem Gemeinderat, gegebenenfalls zuhanden der Gemeinde, eine Vorlage für den Bau bzw. Ausbau von medizinischen Tagesspitälern zu unterbreiten. |
| P | 5.2.75 (20.8.75) | Lienhard R., Dr. Auszeichnung für Verdienste um die Lufthygiene |
| | | Die Abgase aus Ölheizanlagen stellen noch immer die Hauptquelle der Luftverunreinigung dar. Von der Qualität der Ölfeuerungsanlagen hängt es ab, ob die Lufthygiene für die Städte verbessert werden kann. Der Stadtrat wird um Prüfung der Frage ersucht, ob die mit der Herstellung von Ölbrennern und Heizkesseln beschäftigten Firmen für hervorragende Produkte und besonders qualifizierte Wartung ausgezeichnet werden könnten: im Sinne einer öffentlichen Anerkennung für den wertvollen Beitrag im Kampf gegen die Luftverunreinigung. |
| P | 26.2.75 (10.9.75) | Streuli G. Stadtspital Waid, bessere Arbeitsplatzbedingungen für das Pflegepersonal |
| | | Die baulichen, räumlichen und hierarchischen Bedingungen am Arbeitsplatz des Pflegepersonals vom Stadtspital Waid geben seit Jahren Anlass zu Klagen. Der Stadtrat wird ersucht zu prüfen, ob mit einem Um-, An- oder Neubau die Verhältnisse gebessert werden könnten. Ebendasselbst wäre zu prüfen, ob die durch eine Arbeitsplatz-Analyse gewonnenen Erkenntnisse dazu dienen könnten, den Personalschwierigkeiten Einhalt zu gebieten. |

| | Einreichungsdatum (Überweisungsdatum/ Auftragsnummer) | Name Ratsmitglied/Kommission Inhalt-Kurztitel |
|--|---|--|
| P | 23.4.75 (10.9.75) | Gross H. u. 4 M. Allmend Wiedikon, Sanierung des freien Badeplatzes usw. |
| <p>Der Stadtrat wird um Prüfung ersucht, die bestehenden freien Bademöglichkeiten und Einrichtungen auf der Allmend Wiedikon zu sanieren und zweckmässig für die erholungssuchende und sporttreibende Bevölkerung auszubauen.</p> | | |
| P | 4.6.75 (29.10.75) | Zihlmann K. u. 1 M. Notfalldienst der Medizinalpersonen, Überprüfung der Wartegelder |
| <p>Nach den Vorschriften des kantonalen Gesetzes über das Gesundheitswesen vom 4. November 1962 sind Ärzte, Zahnärzte, Apotheker und weitere Medizinalpersonen zum Notfalldienst verpflichtet. Der Stadtrat wird eingeladen, die für den Nacht- und Sonntagsdienst ausgerichteten Wartegelder zu überprüfen und eine Vorlage auszuarbeiten, wonach Medizinalpersonen, die Notfalldienst leisten, in gleicher Weise in den Genuss von Wartegeld kommen oder die Ausrichtung von Wartegeldern generell abgeschafft wird.</p> | | |
| P | 3.9.75 (29.10.75) | Buchegger E. u. 12 M. Baugrube Oerlikoner-/Schaffhauserstrasse, Schaffung einwandfreier Umweltbedingungen |
| <p>Der Stadtrat wird gebeten, den Grundeigentümern der 5jährigen Baugrube an der Oerlikonerstrasse 1-3/Schaffhauserstrasse 173 im Quartier Unterstrass unmissverständlich zu verstehen zu geben, dass sie für die umliegenden Anwohner unverzüglich einwandfreie Umweltbedingungen zu schaffen haben.</p> | | |

Bauamt I

| | | |
|---|--------------------------|--|
| A | 9.12.70 (24.3.71/761) | Erb O. u. 3 M Parkhausbau beim Sportplatz Hardturm |
| <p>Der Stadtrat wird ersucht, in der Gegend des Sportplatzes Hardturm die Realisierung eines grossen Parkhauses in Verbindung mit der Ausfahrt der N1 (Bern-Zürich) und der Endstation der gut ausgebauten Tramlinie 4 als günstige «Park and Ride»-Möglichkeit zu prüfen und eine entsprechende Vorlage auszuarbeiten.</p> <p><i>Die Landerwerbsverhandlungen mit der Grundeigentümerin sind im Jahre 1975 abgeschlossen worden; die Bearbeitung eines Projektes ist im Gange.</i></p> | | |
| P | 11.5.71 (26.5.71) | Kommission Ausbau Albisriederstrasse Püntstrasse, Baulinienabänderung |
| <p>Der Stadtrat wird gebeten, beförderlichst die Ausarbeitung einer neuen Baulinienvorlage für die Püntstrasse zu überprüfen.</p> <p><i>Der Stadtrat hat mit Weisung 193 vom 19. September 1975 die Baulinien-Vorlage für die verlängerte Püntstrasse dem Gemeinderat überwiesen und darin auch die Abschreibung dieses Postulates beantragt. (Vgl. auch Postulat von K. Kloter und 4 M. vom 21.11.73 [8.5.74].)</i></p> | | |

| | Einreichungsdatum (Überweisungsdatum/ Auftragsnummer) | Name Ratsmitglied/Kommission Inhalt-Kurztitel |
|---|---|---|
| P | 10.1.73 (28.3.73) | Gross H. u. 2 M. Grünflächen, Bäume und Pflanzen, Erhaltung und Vermehrung |
| | | <p>Der Stadtrat wird ersucht zu prüfen, ob durch eine umfassende «grüne» Richtplanung und eine zu erlassende Verordnung (die entsprechende Auflagen bei Baubewilligungen ermöglicht) die Bestände an Grünflächen, Bäumen und Pflanzen in unserer Stadt für die Zukunft nicht nur sichergestellt, sondern auch sinnvoll vermehrt werden können.</p> <p><i>Mit dem neuen kantonalen Planungs- und Baugesetz sind gesetzliche Grundlagen für Vorkehrungen im Sinne des Postulates geschaffen worden. Es wird geprüft, ob und wie weit zusätzlich noch städtische Vorschriften möglich und erforderlich sind.</i></p> |
| P | 31.1.73 (4.4.73) | Fehr K. u. 15 M. Parkraum an Haupteinfallstrassen |
| | | <p>Mit Beschluss vom 4. März 1960, abgeändert am 21. September 1961, hat der Stadtrat in Anwendung von § 60a des kantonalen Baugesetzes die bei Neu- und Umbauten zu schaffenden Abstellplätze und Einstellräume festgesetzt. In den meisten städtischen Kreisen ergibt sich aus der Anwendung dieser Normalien eine Vermehrung des Verkehrsaufkommens, was je länger je unhaltbarer ist.</p> <p>Der Stadtrat wird daher ersucht, unter Berücksichtigung des in Revision begriffenen Baugesetzes zu prüfen, wie der Schaffung von neuem Parkraum in Gebieten mit ungenügendem Strassenausbau entgegengewirkt werden soll, insbesondere auch durch die Schaffung von Parkraum an den Haupteinfallstrassen, in welchen sich Pflichtige einkaufen könnten.</p> <p><i>Auch das neue Planungs- und Baugesetz enthält keine Grundlage für eine generelle Beteiligungspflicht Privater an Auffanggaragen an Haupteinfallstrassen. Um jedoch an solchen Strassen weitere öffentliche Parkplätze zu erstellen, hat der Stadtrat eine Arbeitsgruppe «Park-and-Ride» geschaffen, welche zurzeit geeignete Standorte und Vorprojekte prüft.</i></p> |
| P | 4.4.73 (11.4.73) | Frei-Wohlgemuth H. U. Wohnschutzgebiete in Wollishofen und Enge |
| | | <p>Das Ergebnis einer von der BGB Zürich 2 Anfang März durchgeführten Umfrage zu Wohnschutzmassnahmen ist sehr positiv ausgefallen. Der Stadtrat wird um Prüfung gebeten, ob nicht folgende Wohnschutzgebiete im Sinne einer alle Ämter umfassenden Planung (Verkehrs- und Lärmimmissionen, Frei- und Grünanlagen, Sportstätten) geschaffen werden könnten:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Albisstrasse links (begrenzt durch Kilchberg- und Albisstrasse–Neubühlquartier), – Albisstrasse rechts (Wohnquartiere Speer-/Morgentalstrasse und Entlisbergquartier), – äussere Enge (Rieter-/Waffenplatz-/Mutschellenstrasse). <p><i>Der Modellfall Irchelquartier für Wohnschutzzonen im Sinne des Postulates steht vor der Verwirklichung. Weitere Wohnschutzzonen werden erst in Angriff genommen, wenn die Rekurse im Testgebiet erledigt sind.</i></p> <p><i>Das Hochbauamt überprüfte am Beispiel des Irchelquartiers die baurechtlichen Möglichkeiten für den Wohnschutz.</i></p> |
| P | 3.10.73 (8.5.74) | Fehr K. u. 9 M. Kollerwiese, Kinderspielanlage |
| | | <p>Der Stadtrat wird ersucht zu prüfen, ob auf der Kollerwiese in Zürich-Wiedikon eine sinnvolle Kinderspielanlage eingerichtet werden kann.</p> |

| | Einreichungsdatum (Überweisungsdatum/ Auftragsnummer) | Name Ratsmitglied/Kommission Inhalt-Kurztitel | |
|---|---|--|---|
| P | 21.11.73 (8.5.74) | Kloter K. u. 4 M. Püntstrasse, neue Baulinienvorlage | <p>Am 13. August 1969 ist im Gemeinderat die Baulinienvorlage Püntstrasse (Albisrieden) zurückgewiesen worden. Nachdem das alte Anliegen «Umfahrung Dorfkern Albisrieden» an Aktualität immer zunimmt, wird der Stadtrat gebeten zu prüfen, ob er auf die oben erwähnte Vorlage (ohne Strassenführung Püntstrasse/ Birmensdorferstrasse) zurückkommen könnte.</p> |
| P | 16.1.74 (19.6.74) | Meier Arthur Wohnschutzzonen in Schwamendingen | <p>Der Stadtrat wird ersucht zu prüfen, ob nicht die durch die drei Verkehrsachsen Dübendorf-/ Winterthurer- und Überlandstrasse in 3 Teile zerschnittenen Wohngebiete von Schwamendingen in seine Studien über die Festlegung von Wohnschutzzonen miteinbezogen werden können.</p> |
| P | 17.1.74 (30.1.74) | Kommission Bebauungsplan Verkehrszellen für Erschliessung von Quartieren, Versuche | <p>Es sind in ausgewählten Gebieten der Stadt mit praktischen Versuchen Erfahrungen zu sammeln, wie weit die Erschliessung von Quartieren mittels Verkehrszellen in zürcherischen Verhältnissen vorteilhaft ist.</p> |
| P | 17.1.74 (30.1.74) | Kommission Bebauungsplan Verordnung gegen Verkehrsimmissionen | <p>Zur rechtlichen Verankerung von flankierenden Massnahmen zum Schutz der Bevölkerung vor den Auswirkungen des Verkehrs ist als erstes eine stadtzürcherische Verordnung zu schaffen, welche die Möglichkeiten der Stadt im Bereich von Verkehrsmassnahmen ausschöpft.</p> |
| P | 17.1.74 (30.1.74) | Kommission Bebauungsplan Bebauungsplan, Anpassung von Praxis und Vorschriften an erarbeitete Grundsätze | <p>Zur weiteren rechtlichen Verankerung der im Schlussbericht der Kommission Bebauungsplan (Weisung 116/1970) erarbeiteten Grundsätze ist zu prüfen, in welchen übrigen Verwaltungsbereichen eine Praxis- oder Gesetzesänderung notwendig ist. Insbesondere sind Zonenplan und Bauordnung, in Koordination mit den Absichten des neuen Baugesetzes, anzupassen.</p> |
| P | 31.1.74 (20.2.74) | Kommission Heimplatz-Ausbau Heimplatz, neue Ausbau-Vorlage | <p>Der Stadtrat wird eingeladen, eine neue Vorlage für den Umbau des Heimplatzes auf Grund der Erwägungen der vorberatenden Kommission, wie sie in ihrem Schlussbericht zuhanden der Verwaltung niedergelegt sind, auszuarbeiten.</p> |
| P | 1.2.74/M (14.8.74) | Frei-Wohlgemuth H. U. u. 1 M. Nationalstrasse N3, Überdeckung des Entlisbergabschnittes | <p>Die seinerzeit gehegten Befürchtungen, dass der Entlisbergabschnitt der N3 mit der offenen Durchfahrung einen schwerwiegenden Eingriff in die Natur bedeute und beträchtliche Immissionen verursache, haben sich bewahrheitet.</p> |

| | Einreichungsdatum (Überweisungsdatum/ Auftragsnummer) | Name Ratsmitglied/Kommission Inhalt-Kurztitel | |
|---|---|--|---|
| | | | Da die technischen Möglichkeiten für eine Überdeckung heute besser sind, Land nach wie vor knapp ist und um eine für die Bevölkerung optimale Lösung zu erzielen, wird der Stadtrat ersucht, 1. Möglichkeiten für die Überdeckung des Autobahnabschnittes (ca. 700 m Länge und 40–50 m Breite) zwischen Unterwerk Frohalp und Dangelstrasse in Anlehnung an die zu erwartende eidgenössische Praxis abzuklären und Bericht und Antrag zu stellen, 2. die dadurch freiwerdenden Grünflächen der Bevölkerung für Freizeit, Familiengärten, Spiel und Sport zur Verfügung zu stellen und eine zweckdienliche Wiederaufforstung vorzusehen, 3. über die entstehenden Kosten mit Kanton und Bund Verhandlungen aufzunehmen. |
| P | 24.4.74 (14.8.74) | Schalcher E. u. 1 M. Fussgänger- und Radfahrerwege zwischen Grünflächen | Der Stadtrat wird ersucht zu prüfen, ob auf Stadtgebiet nicht ähnlich der Bau- und Verkehrsplanung eine den Fussgängern und evtl. Radfahrern reservierte Verbindung der Grünflächen geplant und schrittweise realisiert werden sollte. |
| P | 12.11.74 (4.12.74) | Kommission Sammelkanal Dachslernstrasse usw. Kanalbau im Gebiet Hohlstrasse | Der Stadtrat wird um Prüfung der Möglichkeit ersucht, das Projekt für den Kanalbau im Gebiet Hohlstrasse (Unterführung Werdhölzli bis Europabrücke) zu beschleunigen und dem Gemeinderat so bald als möglich eine diesbezügliche Vorlage zu unterbreiten. |
| P | 4.12.74 (21.5.75) | Brunner W. u. 6 M. Altstetten, Herrichtung eines Grundstückes südlich der reformierten Kirche für die Bevölkerung | Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob entlang dem Grundstück südlich der prot. Kirche in Altstetten, ehemals im Besitz der Familie Schwarz, heute im Eigentum der Stadt Zürich, Fusswege mit Bänken erstellt und der Bevölkerung so rasch als möglich zugänglich gemacht werden könnten. |
| P | 15.1.75 (20.8.75) | Boesch G. u. 8 M. Grünplanungskonzept mit Ergänzung der Bauordnung | Der Stadtrat wird ersucht, zu prüfen, ob zur Verbesserung der Wohnlichkeit unserer Stadt folgende Massnahmen ergriffen werden sollten: I. 1. Ausarbeitung eines Grünplanungs-Konzeptes für das ganze Stadtgebiet, ähnlich der Strassenplanung. 2. Schaffung neuer Grünoasen durch Veränderung der Baulinien an Strassen, bei denen Baumalleen entfernt worden sind. 3. Erklärung exponierter, das Stadtbild charakterisierender Gebiete sowie von Uferbereichen zu Baumschutzzonen. II. 1. Aufnahme eines besonderen Artikels in die Bauordnung, welcher die gärtnerische Gestaltung und Bepflanzung der gesetzlich nicht überbaubaren Flächen regelt (Offenflächenziffer und zugehörige Bestimmungen). |
| P | 19.3.75 (14.5.75) | Gross H. Baulinien-Revisionen zur Schaffung zusätzlichen Wohnraums | Der Stadtrat wird ersucht, die alten Baulinien, soweit sie heute als überholt betrachtet werden können, einer differenzierten Revision zu unterziehen, um damit die Erhaltung, die Erneuerung und allenfalls auch die Schaffung von zusätzlichem Wohnraum zu ermöglichen. |
| P | 25.3.75 (16.4.75) | Kommission Ausbau Gessnerallee Fussgängerpromenade Schanzengraben, Verlängerung | Der Stadtrat wird um Prüfung gebeten, die Fussgängerverbindung vom Bahnhof Selnau entlang dem Schanzengraben bis zum Hauptbahnhof fortzusetzen. |

| | Einreichungsdatum (Überweisungsdatum/ Auftragsnummer) | Name Ratsmitglied/Kommission Inhalt-Kurztitel |
|---|---|--|
| P | 23.4.75 (10.9.75) | Gross H. u. 4 M. Fuss- und Radweg zwischen Saalsporthalle Wiedikon und Stadtgrenze bei Adliswil |
| | | Der Stadtrat wird ersucht, die Erstellung eines separaten und vom übrigen Verkehr abgetrennten Fuss- und Radweges vom Gebiet der Saalsporthalle Wiedikon an die Stadtgrenze Adliswil zu prüfen. |
| P | 25.4.75 (14.5.75) | Kommission Baulinien Schmiede Wiedikon Schmiedeplatz Wiedikon, Gestaltung als Quartier- und Begegnungszentrum |
| | | Der Stadtrat wird ersucht zu prüfen, ob die Schmiede Wiedikon im Sinne des auf dem Postulat von Hans Heinrich Müller beruhenden Projektes von Architekt Wolfgang Stäger ausgebaut und als Quartier- und Begegnungszentrum gestaltet werden kann. |
| P | 30.4.75 (29.10.75) | Müller H. H. Fussgängerverbindung Schmiede Wiedikon–Ottilienhof |
| | | Der Stadtrat wird eingeladen zu prüfen, ob zur Herstellung einer Fussgängerverbindung zwischen der Schmiede Wiedikon und dem Ottilienhof in Zürich 3 Verhandlungen mit den Grundeigentümern über die Errichtung eines Wegrechtes aufgenommen werden können. |
| P | 13.5.75 (4.6.75) | Kommission Immissionsschutz Westtangente Schallschutzmassnahmen an Westtangente-Liegenschaften, Bundes- und Staatsbeiträge |
| | | Der Stadtrat wird ersucht, für die Ausführung von Schallschutzmassnahmen an den Liegenschaften längs der Westtangente Finanzierungsbeiträge von Bund und Kanton gemäss den Grundsätzen der Nationalstrassenfinanzierung, mindestens aber von je 30% der Gesamtkosten, zu erwirken. |

Bauamt II

- A 2.11.69
(28.1.70/740) Schalcher E. u. 21 M.
Wohnüberbauung Wallisellenstrasse, Landabtretung
- Bei der Planung der Olympischen Winterspiele wurde mehrfach auf das baureife Areal an der Wallisellenstrasse in Zürich-Oerlikon hingewiesen.
Wir ersuchen den Stadtrat,
1. für eine grosszügige Gesamtüberbauung dieses Areals unverzüglich einen Wettbewerb auszu-schreiben mit einer Variante, die eine Neugestaltung der offenen Rennbahn ermöglicht,
 2. das für den Wohnungsbau ausgeschiedene Land bauwilligen Genossenschaften im Baurecht abzutreten, damit darauf längstens bis 1976 Wohnungen zu tragbaren Mietzinsen – ein Drittel davon Kleinwohnungen für Betagte – und Wohnstätten für Studenten entstehen.
- Ziffer 1 fällt in die Zuständigkeit des Stadtrates.
Zu Ziffer 2: Vergleiche Bemerkungen zu Anregung/Auftrag vom 2.11.69 (28.1.70/741).*

| | Einreichungsdatum (Überweisungsdatum/ Auftragsnummer) | Name Ratsmitglied/Kommission Inhalt-Kurztitel | | | | | | | | | | | | |
|--|---|---|--|-----------|--|-----------|---|-------------|-----------------------------|------------|--|-----------|----------------------|-------------|
| A | 2.11.69 (28.1.70/741) | Eggenberger G. u. 1 M. Gesamtüberbauung Wallisellen-/Thurgauerstrasse, Pauschalkredit und Landabtretung | | | | | | | | | | | | |
| | | <p>Die Stimmberechtigten der Stadt Zürich haben den «Olympiakredit» abgelehnt. Damit die im Quartier Oerlikon vorgesehenen Bauten möglichst vor dem Jahre 1976 erstellt werden können, wird der Stadtrat ersucht</p> <p>1. dem Gemeinderat zuhanden der Gemeinde unverzüglich einen Pauschalkredit von 34 Mio Fr. zu unterbreiten, der sich wie folgt zusammensetzt:</p> <table border="0"> <tr> <td>a) Altersheim inkl. Erwerb des Baulandes</td> <td>8 Mio Fr.</td> </tr> <tr> <td>b) Beitrag an die Züspa an den Bau einer Ausstellungshalle</td> <td>4 Mio Fr.</td> </tr> <tr> <td>c) Kunsteisbahn für das Quartier Oerlikon</td> <td>4,5 Mio Fr.</td> </tr> <tr> <td>d) 1100 gedeckte Parkplätze</td> <td>11 Mio Fr.</td> </tr> <tr> <td>e) Anteil der Stadt an den gemeinsamen Kosten der Gesamtüberbauung</td> <td>4 Mio Fr.</td> </tr> <tr> <td>f) Unvorhergesehenes</td> <td>2,5 Mio Fr.</td> </tr> </table> <p>2. dem Gemeinderat die Baurechtsverträge für die vorgesehenen Bauten an der Thurgauer-/Wallisellenstrasse in Zürich-Oerlikon vorzulegen:</p> <p>a) mit Genossenschaften zum Bau von Wohnungen und Alterswohnungen mit insgesamt ca. 1000 Zimmern,</p> <p>b) mit Privaten zur Erstellung eines Hotels mit ca. 500 Zimmern,</p> <p>c) mit der Züspa zur Erstellung einer weiteren Ausstellungshalle mit ca. 22 000 m² Nutzfläche,</p> <p>3. zu prüfen, ob die restliche Nutzfläche auf dem Areal Thurgauer-/Wallisellenstrasse für ein Verwaltungsgebäude oder für weitere Wohnungen verwendet werden soll.</p> <p><i>Zu Ziffern 1 und 2: Das Projekt eines Kongress- und Ausstellungszentrums wurde in Anbetracht der veränderten Wirtschaftslage definitiv fallengelassen. Neue Studien im Sinne der vorliegenden Anregung sowie weiteren zwei noch hängigen parlamentarischen Vorstössen (Anregung/Auftrag vom 2.11.69 (28.1.70/740) und Motion altes Recht vom 16.7.70 (2.9.70) wurden aufgenommen. Ziffer 3 fällt in die Zuständigkeit des Stadtrates.</i></p> | a) Altersheim inkl. Erwerb des Baulandes | 8 Mio Fr. | b) Beitrag an die Züspa an den Bau einer Ausstellungshalle | 4 Mio Fr. | c) Kunsteisbahn für das Quartier Oerlikon | 4,5 Mio Fr. | d) 1100 gedeckte Parkplätze | 11 Mio Fr. | e) Anteil der Stadt an den gemeinsamen Kosten der Gesamtüberbauung | 4 Mio Fr. | f) Unvorhergesehenes | 2,5 Mio Fr. |
| a) Altersheim inkl. Erwerb des Baulandes | 8 Mio Fr. | | | | | | | | | | | | | |
| b) Beitrag an die Züspa an den Bau einer Ausstellungshalle | 4 Mio Fr. | | | | | | | | | | | | | |
| c) Kunsteisbahn für das Quartier Oerlikon | 4,5 Mio Fr. | | | | | | | | | | | | | |
| d) 1100 gedeckte Parkplätze | 11 Mio Fr. | | | | | | | | | | | | | |
| e) Anteil der Stadt an den gemeinsamen Kosten der Gesamtüberbauung | 4 Mio Fr. | | | | | | | | | | | | | |
| f) Unvorhergesehenes | 2,5 Mio Fr. | | | | | | | | | | | | | |
| A | 9.9.70 (9.9.70/753) | Geschäftsprüfungskommission Parkierungsanlagen im Gebiet Tramendstation und Stadtspital Triemli | | | | | | | | | | | | |
| | | <p>In Anbetracht der beschränkten Zahl von Parkplätzen auf dem Areal Stadtspital II (Triemli) und in dessen Umgebung sowie in Berücksichtigung des stets zunehmenden Verkehrs vom Reppischtal her in Richtung City wird der Stadtrat gebeten, die Frage einer erweiterten Parkgelegenheit sowie die Errichtung eines öffentlichen Parkhauses in der Nähe der Tramendstation und des Stadtspitals Triemli zu prüfen und so bald als möglich dem Gemeinderat ein baureifes Projekt vorzulegen.</p> <p><i>Die Situation hat sich grundsätzlich nicht geändert. Nach dem bereinigten Vorprojekt für die Überbauung des Areals Kat.-Nr. 6082 wird für den geplanten Neubau des Schulungszentrums Triemli nur ungefähr die Hälfte des Areals beansprucht. Sofern ein Bedürfnis vorliegt, wäre es somit möglich, zu einem späteren Zeitpunkt auf dem nicht überbauten Grundstück ein Parkhaus in Kombination mit einem Erweiterungsbau für das Stadtspital Triemli zu erstellen.</i></p> | | | | | | | | | | | | |
| A | 30.9.70 (13.1.71/760) | Ramseier H. u. 5 M. Verwaltungsgebäude-Neubau Helvetiaplatz, Berücksichtigung von Wohnbauten | | | | | | | | | | | | |
| | | <p>Der Stadtrat wird gebeten, die Projektierung des Verwaltungsgebäudes am Helvetiaplatz so zu beeinflussen, dass ein erheblicher Teil des Areals dem Wohnungsbau zur Verfügung gestellt werden kann.</p> <p><i>Die Kreisgruppe 4 des Landesrings der Unabhängigen hat am 21. Mai 1974 eine Volksinitiative für die Erstellung einer Wohnüberbauung auf dem Areal des Kanzlei-Schulhauses eingereicht. Mit Weisung des Stadtrates 227 vom 26. November 1975 wird dem Gemeinderat eine Fristverlängerung beantragt. Vgl. auch Postulat vom 15.12.71 (22.3.72).</i></p> | | | | | | | | | | | | |

| | Einreichungsdatum (Überweisungsdatum/ Auftragsnummer) | Name Ratsmitglied/Kommission Inhalt-Kurztitel |
|---|---|--|
| P | 17.3.71 (1.9.71) | Koller O. u. 1 M. Depotareal VBZ Kalkbreite, Neuüberbauung |
| | | <p>Nach der Erstellung der VBZ-Zentralwerkstätte in Altstetten wird das VBZ-Depot Kalkbreitestrasse ausser Betrieb genommen. Der Stadtrat hat vorgesehen, die Kalkbreitestrasse auf dieses Gebiet zu verlegen und darauf noch Hochbauten zu erstellen.</p> <p>Der Stadtrat wird ersucht zu prüfen, ob dem Gemeinderat Bericht und Antrag gestellt werden kann für eine Neuüberbauung des Kalkbreiteareals. Im allfälligen Projekt wären besonders vorzusehen ein Gesellschaftshaus mit Garagen für die Stadtkreise 3 und 4, eine grössere Anzahl gewerbliche Räumlichkeiten nebst Wohnungen zu tragbaren Mietzinsen für alle Bevölkerungsschichten.</p> <p><i>Die Sonderbauordnung Kalkbreite ist mit Weisung 416 vom 6. Februar 1974 vom Stadtrat zuhanden des Gemeinderates verabschiedet worden.</i></p> <p><i>Die Gemeinderätliche Kommission wird ihre Beratungen darüber im Jahre 1976 fortsetzen. Die Differenzen mit dem Regierungsrat wurden durch Reduktion der Ausnützungsziffer beseitigt. Die Sonderbauordnung wird neu konzipiert als Gestaltungsplan basierend auf dem neuen Planungs- und Baugesetz.</i></p> |
| P | 16.6.71 (22.9.71) | Scotoni A. E., Dr., u. 10 M. Bahnhof-Selnau-Areal, Architekturwettbewerb für Neugestaltung |
| | | <p>Der Stadtrat wird höflich eingeladen, für die künftige Gestaltung des Bahnhof-Selnau-Areals einen Architektur-Wettbewerb durchzuführen.</p> <p>Dabei sollten u.a. folgende Gesichtspunkte mitberücksichtigt werden:</p> <ul style="list-style-type: none">- künftige Führung der U-Bahn- Sihltalbahnstation und Streckenführung- Expresstrassennetz- Parkgaragen im Sihlraum. <p><i>Die von den SBB und dem Stadtplanungsamt im Einvernehmen mit den VBZ anhand genommenen Studien sind immer noch im Gange.</i></p> |
| P | 16.6.71 (24.11.71) | Kammerer B. u. 3 M. Bebauung am unteren Seebecken, Gutachten über städtebaulichen Wert |
| | | <p>Die architektonische Situation und gesellschaftliche Funktion der Seefront Zürichs, für eine Stadt am Wasser von prägender Bedeutung, wird gegenwärtig durch verschiedene Bauvorhaben Stück um Stück ohne ersichtliche Gesamtplanung verändert.</p> <p>Der Stadtrat wird ersucht, ein erweitertes Gutachten über die ortbauliche Situation und den städtebaulichen Wert der Silhouette sowie eine Gesamtplanung in architektonischer und nutzungs-mässiger Hinsicht des unteren Seebeckens (umfassend die gesamte städtische Uferzone) vorzulegen.</p> <p><i>Die Bausubstanz des unteren Seebeckens ist vollständig inventarisiert. Ebenso ist ein vorläufiges Inventar der Quartierbilder erstellt worden. Damit liegen die wesentlichsten Grundlagen für das hier gewünschte umfangreiche Gutachten vor. Eine sich daraus ergebende Gesamtplanung ist nach Inkraftsetzen des kantonalen Bau- und Planungsgesetzes aufzunehmen.</i></p> |
| P | 23.6.71 (23.6.71) | Egli A. u. 19 M. Villa Rieter, Abbruchsistierung |
| | | <p>Dem Vernehmen nach soll morgen mit dem Abbruch der Villa Rieter in der Enge begonnen werden. Der Stadtrat wird eingeladen, die nötigen Vorkehren zu treffen, dass entweder der Abbruch verhindert oder so lange hinausgeschoben wird, dass die nötigen Bauaufnahmen durch die städtische Denkmalpflege durchgeführt werden können.</p> <p><i>Mit dem Eigentümer konnte ein Tauschvertrag abgeschlossen werden. Das Geschäft kann dem Gemeinderat Anfang des Jahres 1976 zur Genehmigung vorgelegt werden.</i></p> |

| | Einreichungsdatum (Überweisungsdatum/ Auftragsnummer) | Name Ratsmitglied/Kommission Inhalt-Kurztitel |
|---|---|---|
| P | 3.11.71 (8.3.72) | Frei-Huber H. U. u. 15 M. Tram-Kehrschleifen-Areale, Überbauung |
| | | <p>Die Landreserven in unserer Stadt sind praktisch erschöpft. Der Stadtrat wird ersucht zu prüfen, ob die Grundstücke, auf denen sich die Kehrschleifen der VBZ befinden, nicht überbaut werden könnten, ohne den Betrieb der Strassenbahn zu beeinträchtigen.</p> <p><i>Auf dem Areal Tiefenbrunnen ist ein Parkhaus in den Untergeschossen vorgesehen, im Erdgeschoss ein Tramdepot und darüber Wohnungsbau. Die Vorbereitungen für einen Wettbewerb sind im Gange. In bezug auf das Grundstück Albisrieden sind im Zusammenhange mit der Neugestaltung der Baulinien der Püntstrasse drei Varianten ausgearbeitet worden; eine davon würde günstige Voraussetzungen für eine Überbauung des bisherigen Kehrschleifenareals bieten.</i></p> |
| P | 15.12.71 (22.3.72) | Küng W. u. 9 M. Verwaltungsgebäude-Neubau Helvetiaplatz für das Sozialamt |
| | | <p>Nachdem die vorberatende Kommission die Weisung 261 aus wohnungspolitischen Gründen abgelehnt hat, wird der Stadtrat eingeladen, die beabsichtigte Konzentration des Sozialamtes im Raum Helvetiaplatz trotzdem voranzutreiben und in den Bauprojekten den Wohnungsbau soweit als möglich zu berücksichtigen.</p> <p><i>Die Kreisgruppe 4 des Landesrings der Unabhängigen hat am 21. Mai 1974 eine Volksinitiative für die Erstellung einer Wohnüberbauung auf dem Areal des Kanzlei-Schulhauses eingereicht. Mit Weisung des Stadtrates 227 vom 26. November 1975 wird dem Gemeinderat eine Fristverlängerung beantragt.</i></p> |
| P | 26.1.72 (19.4.72) | Morf-Keller D. Kultur- und Pressezentrum Rudolf-Brun-Brücke |
| | | <p>Zu Zürich als Brückenstadt gehörten eigentlich auch die für frühere Stadtansichten charakteristischen Akzente der Brückenköpfe. Der Stadtrat wird gebeten, beim Kanton um Bau- und Wasserrecht einzugeben und nicht nur aus städtebaulichen Gründen, sondern auch im Sinne einer tatsächlichen Belebung der Innenstadt, am nordöstlichen Brückenkopf der Rudolf-Brun-Brücke – an der Stelle des ehemaligen EWZ – wieder ein Gebäude zu errichten, das als der Öffentlichkeit zugängliches Kultur- und Pressezentrum mit angegliedertem Restaurant dienen könnte.</p> <p><i>Die Denkmalpflegekommission hat am 4. Oktober 1973 das vom Hochbauamt erstellte Vorprojekt geprüft und alle damit verbundenen Fragen diskutiert. Die Kommission war einhellig der Ansicht, dass ein Neubau anstelle des abgebrochenen EWZ-Gebäudes wünschenswert sei. Die angespannte Finanzlage der Stadt erlaubt allerdings eine Realisierung zum jetzigen Zeitpunkt nicht.</i></p> |
| P | 2.2.72 (7.6.72) | König E. W. Reklame für Alkohol und Rauchwaren auf städtischem Grund, Abschaffung |
| | | <p>In unserem Land steigt sowohl der Tabak- als auch der Alkoholkonsum pro Kopf der Bevölkerung von Jahr zu Jahr.</p> <p>Der Stadtrat wird eingeladen zu prüfen, wie die Werbung für Alkohol und Rauchwaren auf städtischem Grund und Eigentum so rasch als möglich unterbunden werden kann.</p> <p><i>Wie bereits im Geschäftsbericht 1974 mitgeteilt wurde, führt ein Verbot der Aussenwerbung für Genussmittel auf öffentlichem Grund allein nicht zum Ziele. Die laufenden Verträge mit den konzessionierten Plakatgesellschaften wurden aber im Hinblick auf eine Beschränkung der Genussmittelwerbung auf öffentlichem Grund gekündigt. Ebenso dürfte die vom Gemeinderat am 13. August 1975 beschlossene Revision der Vorschriften zum Schutze des Stadt- und Landschaftsbildes (Reklameverordnung), deren Genehmigung durch den Regierungsrat aber noch aussteht, mittelbar durch eine Einschränkung der Anschlagflächen allgemein zu einem Rückgang der Genussmittelwerbung beitragen. Ferner wird auf Bundesebene aufgrund der Guttempler-Initiative eine Klärung dieses Problems herbeigeführt werden.</i></p> |

| | Einreichungsdatum (Überweisungsdatum/ Auftragsnummer) | Name Ratsmitglied/Kommission Inhalt-Kurztitel |
|---|---|---|
| P | 1.3.72 (28.6.72) | Behrens A., Prof. Dr., u. 3 M. Berufsschul-Neubau auf dem SBB-Geleiseareal Altstetten |
| | | Der Stadtrat wird eingeladen zu prüfen, ob über dem Geleiseareal der SBB zwischen Europa- brücke und Bahnhof Altstetten ein Gebäude für die Zwecke der Berufsschule erstellt werden könnte. <i>Es ist vorgesehen, über der geplanten Engrosmarkthalle eine grosszügige Platte zu erstellen für sogenannte Zusatz-Nutzungen. Eine der Möglichkeiten dieser Nutzung wäre die Erstellung eines Gewerbeschulhauses. Schulamt und die Direktionen der Berufsschule lehnen den Standort nicht ab, dagegen stehen noch günstigere Standorte zur Diskussion.</i> |
| P | 7.2.73/M (4.4.73) | Kaufmann J., Dr., u. 34 M. Bahnhofareal Selnau, Berufsschul- und Wohnbauten |
| | | Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat zuhanden der Gemeinde eine Vorlage für eine Überbauung des Selnauareals (Bahnaireal) für Berufsschul- und Wohnzwecke zu unterbreiten. <i>Gleiche Bemerkungen wie zu Postulat Dr. A. E. Scotoni vom 16.6.71 (22.9.71).</i> |
| M | 6.6.73 (7.11.73) | Rudolf A., Dr., u. 19 M. Bauordnung, Revision zur Erhaltung und Vermehrung des Wohnraumes |
| | | Der Stadtrat wird beauftragt, durch Änderung oder Ergänzung der Bauordnung und des Zonen- plans rasch wirksame Vorkehren zur Erhaltung und Vermehrung des Wohnraumes in der ganzen Stadt Zürich zu treffen, analog den auf die U- und S-Bahn-Vorlage zugeschnittenen Nutzungs- beschränkungen. Insbesondere soll in den Wohnzonen und in der Kernzone ein örtlich abzustufender Mindestanteil der Geschossfläche ausschliesslich für Wohnzwecke vorgeschrieben werden. Ausserdem soll in den Wohnzonen C, D und E die Errichtung und Erweiterung von industriellen und Dienstleistungs- betrieben, die nicht der Versorgung des Quartiers dienen, verboten und wirksam verhindert werden. Andererseits sollen geeignete Teile der Industriezone, die heute keinen oder nur wenig Wohnraum enthalten, zur Kernzone geschlagen werden. <i>In seiner Weisung 581 vom 28. Dezember 1973 an den Gemeinderat über die Revision der Bau- ordnung beantragte der Stadtrat, diese Motion als erledigt abzuschreiben.</i> |
| M | 6.6.73 (12.12.73) | Bossart H. U. u. 12 M. Wohnungen in städtischen Liegenschaften, Zweckentfremdung |
| | | Die Bevölkerung nimmt immer mehr Anstoss an der Tatsache, dass seit Jahren auf dem Gebiet der Stadt Zürich zahlreiche Wohnungen ihrem ursprünglichen Zweck entfremdet und in Büroräume umgewandelt werden. Auch die Stadtverwaltung besitzt Büros in ehemaligen Wohnungen. Der Stadtrat wird daher beauftragt, eine Vorlage auszuarbeiten und dem Gemeinderat, gegebenen- falls zuhanden der Gemeinde, zum Beschluss vorzulegen, welcher zum Ziel hat, a) ehemalige Wohnungen, die sich in städtischem Eigentum befinden und gegenwärtig als Büros, Archiv-, Lager- oder anderweitige Arbeitsräume benützt werden, wieder als Wohnungen auszu- gestalten und als solche zur Miete anzubieten, und b) als Ersatz für die ausfallenden Arbeitsräume der Stadtverwaltung ein zweckmässiges Verwal- tungsgebäude zu erstellen, zu erwerben oder zu mieten, das auch ausserhalb der Innenstadt gelegen sein kann. In der Vorlage ist die Gesamtzahl der Wohnungen im städtischen Eigentum bekanntzugeben, die gegenwärtig zweckentfremdet als Arbeitsräume im Sinne von lit. a) verwendet werden. <i>Mit Weisung 109 vom 22. Januar 1975 des Stadtrates an den Gemeinderat wurde beantragt, die Motion abzuschreiben.</i> |

| | Einreichungsdatum (Überweisungsdatum/ Auftragsnummer) | Name Ratsmitglied/Kommission Inhalt-Kurztitel |
|---|---|--|
| P | 13.6.73 (14.11.73) | Küng W. u. 9 M. Bauordnung, Revision zur Erhaltung des Wohnraumes |
| | | <p>Der Stadtrat wird ersucht, bei der durch die Ablehnung der U- und S-Bahn-Vorlage notwendig gewordenen Überarbeitung der angekündigten Vorlage über die Revision der Bauordnung und des Zonenplanes folgende Ergänzungen zu berücksichtigen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Festsetzung eines hohen Mindestanteils für den Wohnraum am Total der Bruttogeschossflächen in den Wohnzonen A und B 2. Festsetzung eines substantiellen Mindestanteils für den Wohnraum in jenen Wohngebieten am Cityrand, die der Kernzone zugeteilt sind. <p>Sollten die definitive Festsetzung der Mindestanteile und allenfalls die gebietsmässigen Abgrenzungen für die Bestimmung örtlich differenzierter Mindestanteile längere Untersuchungen erfordern, wird der Stadtrat gebeten, für die genannten Gebiete als Sofortmassnahme ein Verbot der flächenmässigen Verringerung des Wohnraumes vorzusehen (analog der geplant gewesenen Sofortmassnahme im U-Bahn-Band).</p> <p><i>In seiner Weisung 581 vom 28. Dezember 1973 an den Gemeinderat über die Revision der Bauordnung beantragte der Stadtrat, dieses Postulat als erledigt abzuschreiben.</i></p> |
| P | 22.8.73/M (24.10.73) | Behrens A., Prof. Dr. Bauzonenplanänderungen im Gebiet Bahnhof Altstetten/Juchhof |
| | | <p>Der Stadtrat wird beauftragt, für das Gebiet zwischen Bahnhof Altstetten–Europabrücke–Autobahn–Sportplätze Juchhof baldmöglichst eine Umzonung von Zone J in die Kernzone zu beantragen.</p> <p>Dabei soll besonders Gewicht darauf gelegt werden, dass</p> <ul style="list-style-type: none"> – der umschriebene Raum eine städtebaulich ansprechende, organische Verbindung zwischen dem Grünaquartier und dem Quartierzentrum Bahnhof Altstetten/Lindenplatz bildet, – neben den schon bestehenden und noch neu zu erstellenden Gewerbebetrieben, Verwaltungen, Berufsschulhaus usw. insbesondere eine günstige Durchmischung mit Wohnungen erreicht werden kann, – über den Geleiseanlagen beim Bahnhof Altstetten eine bessere Fussgänger Verbindung sowie ausreichende Parkierungsmöglichkeiten (auch im Sinne des «Park and Ride»-Systems) errichtet werden können. <p><i>In seiner Weisung 581 vom 28. Dezember 1973 an den Gemeinderat über die Revision der Bauordnung beantragte der Stadtrat, dieses Postulat als erledigt abzuschreiben.</i></p> |
| P | 12.9.73 (16.1.74) | Morf-Keller D. Wohnraumerhaltung, Nutzungsvorschriften zum Bauzonenplan |
| | | <p>Bezugnehmend auf die regierungsrätliche Antwort zur Einzelinitiative von Georg Schmid wird der Stadtrat ersucht zu prüfen, ob er sofort und dringlichst Nutzungsvorschriften zur Erhaltung von Wohnungen erlassen könne. Diese Nutzungsvorschriften sollten für die nächsten Jahre – nämlich bis zur vollständigen Überarbeitung des Zonenplans – beinhalten, dass in den Wohnzonen 90% Wohnnutzung, in den Kernzonen mindestens 50% Wohnnutzung vorgesehen wird. Ausnahmen wären nur zu bewilligen an Orten, wo es das öffentliche Interesse gewährleistet oder wo der Verkehr durch nicht abwendbare Immissionen ein gesundes Wohnen verunmöglicht.</p> |
| P | 26.9.73/M (15.5.74) | Kammerer B. Bauordnung und Zonenplan, Änderung zum Schutz der Bausubstanz |
| | | <p>Der Stadtrat wird ersucht, zum entschädigungslosen Schutz der Bausubstanz der Stadt Zürich unverzüglich eine oder mehrere Vorlagen zur Abänderung der Bau- bzw. Zonenordnung vorzulegen, mit welchen städtebaulich wichtige Gebiete (z.B. Limmat- und Seeufer) und solche mit vielen Baudenkmalern (z.B. Bahnhofstrasse) so weit abgezont werden, dass noch keine Ent-</p> |

Einreichungsdatum Name Ratsmitglied/Kommission
(Überweisungsdatum/ Inhalt-Kurztitel
Auftragsnummer)

schädigungspflicht ausgelöst wird, der Anreiz für die Grundeigentümer, durch Neu- und Umbauten höhere Profite zu erzielen, weitgehend entfällt und der Stadtrat nicht mehr immer wieder hilflos erklären muss, die Zerstörung von Kulturgütern (z. B. Silberhof an der Bahnhofstrasse) mangels Finanzen nicht verhindern zu können.

P 24.10.73/ M Müller H. H. u. 19 M.
(15.5.74) Bauzonenplan, Änderung für nicht zonengemäss beanspruchte Teile der Industriezone

Der Stadtrat wird aufgefordert, dem Gemeinderat eine Vorlage zu unterbreiten, wonach bisher zonengemäss nicht beanspruchte Teile der Industriezone in Wohnzonen und in geeigneten Lagen in die Kernzone umzuteilen sind.

Gleichzeitig sind in der Bauordnung Vorschriften aufzustellen, welche die Schaffung von Wohnungen in diesen Gebieten sicherstellen.

P 31.10.73 Scotoni A. E., Dr., u. 17 M.
(8.5.74) Bauvorschriften über Mindest-Wärmedurchgangszahl für Dach und Aussenwände bei Hochbauten

Die gegenwärtige Energiekrise sowie der akute Mangel an flüssigen Brennstoffen zwingen heute dazu, alle Massnahmen zur Einschränkung des Brennstoffkonsums anzuwenden.

Heute ist es technisch ohne weiteres möglich, durch entsprechende Isolierung von Aussenmauern und Dach den spezifischen Heizenergieverbrauch eines Bauwerkes um annähernd die Hälfte zu reduzieren.

Der Stadtrat wird gebeten, folgendes Problem zu prüfen: Erlass von einschlägigen Bauvorschriften, in denen Mindest-Durchschnitts-K-Werte (Mindest-Wärmedurchgangszahl) für Dach und Aussenwände von beheizten Hochbauten vorgeschrieben werden.

P 28.11.73 Weidmann H. R. u. 3 M.
(29.5.74) Zentrumsüberbauung Isengrind (Unter-Affoltern), Ladengeschäft

Am 14. November 1973 hat der Stadtrat die Weisung an den Gemeinderat für die Zentrumsbauten «Isengrind» in Unter-Affoltern verabschiedet.

Die heutigen Bewohner und weite Kreise der Bevölkerung empfinden es zu recht als stossend und unbefriedigend, dass in dieser Überbauung für 7000 Personen kein einziges Ladengeschäft realisiert werden kann.

Nachdem sich kein Grossverteiler zur Führung eines Ladens entschliessen konnte, wird der Stadtrat ersucht zu prüfen,

1. auf welche Weise die Stadt selbständigen Detaillisten die Führung eines Einkaufszentrums ermöglichen könnte oder
 2. mindestens für die Alterssiedlung und das Alterswohnheim für die Betagten eine Möglichkeit zu schaffen, sich während des ganzen Tages mit den Konsumgütern des täglichen Bedarfes einzudecken.
-

P 16.1.74/ M Kuhn N. u. 12 M.
(19.6.74) Naturobjekte, Schutz

Der Stadtrat wird beauftragt, gestützt auf das Einführungsgesetz zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch und die kantonale Verordnung betreffend den Natur- und Heimatschutz, unverzüglich ein vollständiges Inventar über schützenswerte Naturobjekte wie Weiher, Sümpfe, Ried- und Trockenwiesen im Gebiet der Gemeinde Zürich zu erstellen und die notwendigen Schutzverordnungen zu erlassen.

| | Einreichungsdatum (Überweisungsdatum/ Auftragsnummer) | Name Ratsmitglied/Kommission Inhalt-Kurztitel |
|---|---|--|
| P | 6.2.74 (28.8.74) | Wagner Th. u. 11 M. Berufsschulzentrum Schindlergut, Verlegung auf die Milchbucktunnel-Einfahrt |
| | | Der Stadtrat wird eingeladen zu prüfen, ob bei Verzicht des Kantons Zürich auf den ursprünglich vorgesehenen Werkhof eine Verlegung der auf dem Schindlergut beabsichtigten Schulhausbauten für ein Berufsschulzentrum auf die zu überdeckende Einfahrt zum Milchbucktunnel (I-Konzept) möglich ist, damit das Schindlergut weitgehend von einer Überbauung freigehalten werden kann. |
| P | 8.5.74 (14.8.74) | Wydler W. Haus Gsteigstrasse 15 («Chranz»), Unterstellung unter Denkmalschutz |
| | | Der Stadtrat wird eingeladen zu prüfen, ob er bereit sei, das Haus «Chranz» an der Gsteigstrasse 15 in Höngg unter Heimatschutz stellen zu lassen. |
| P | 8.1.75 (13.8.75) | Egli A. u. 2 M. Schulhäuser, Renovationsplanung |
| | | Die Renovation der älteren Schulhäuser der Stadt Zürich ist dringend notwendig. Nachdem sich der seinerzeit vom Hochbauinspektorat aufgestellte Fünfjahresplan in der vorgesehenen Art und Weise nicht mehr realisieren lässt, werden Stadtrat und Zentralschulpflege gebeten, den Gemeinderat über das nun beabsichtigte Vorgehen zu orientieren und ihm entsprechende Anträge zu unterbreiten. |
| P | 19.3.75 (24.9.75) | Müller H. H. u. 22 M. Ziegeleiareal Tiergarten-Gehrenholz, gemischte Überbauung |
| | | Der Stadtrat wird eingeladen zu prüfen, ob für eine künftige gemischte Überbauung des heutigen Ziegeleiareals Tiergarten-Gehrenholz in Zürich-Wiedikon der von sozialdemokratischer Seite eingereichten Initiative ein stadträtlicher Gegenvorschlag gegenüberzustellen sei, der die Interessen und Bedürfnisse der Stadt, der Eigentümerin und der Bevölkerung angemessen zu berücksichtigen hätte. |
| P | 16.4.75 (10.9.75) | Bürcher B. Wohnraumerhaltungs-Gesetz, Berichterstattung über Anwendung |
| | | Der Stadtrat wird um Prüfung ersucht, dem Gemeinderat mindestens jährlich ausführlich über die Anwendung des «Gesetzes über die Erhaltung von Wohnraum für Familien» Bericht zu erstatten. Dabei sollen neben einer generellen Beurteilung insbesondere die folgenden konkreten Angaben gemacht werden: |
| | | <ol style="list-style-type: none"> 1. Anzahl der Bewilligungsgesuche für Abbruch, Umbau und Zweckänderung sowie Anzahl der betroffenen Wohnungen. 2. Anzahl der Bewilligungen für Abbruch, Umbau und Zweckänderung aufgeteilt nach den verschiedenen Bewilligungsgründen gemäss § 5 (a bis f) und § 6 (a bis d) sowie nach Anzahl, Grösse, Alter und Mietzinskategorie der betroffenen Wohnungen. 3. Anzahl, Grösse und Mietzinskategorie, die aufgrund der Bewilligungen durch Neu- oder Umbau erstellt werden sollen. 4. Anzahl der im Zeitpunkt der Bewilligungserteilung betroffenen bewohnten und unbewohnten Wohnungen, der rekursberechtigten Mieter und der Rekurse von Mietern gegen die Bewilligung. |
| P | 16.4.75 (10.9.75) | Kuhn N. u. 2 M. Hochhäuser, Änderung der Baubewilligungspraxis |
| | | Der Stadtrat wird ersucht zu prüfen, ob zum Schutze unseres Stadtbildes und zur Verhinderung einer weiteren Streubauweise von Hochhäusern die Baubewilligungspraxis neu überdacht und die Zonen, in denen keine Hochhäuser gebaut werden dürfen, erweitert werden sollen. |

| | Einreichungsdatum (Überweisungsdatum/ Auftragsnummer) | Name Ratsmitglied/Kommission Inhalt-Kurztitel |
|---|---|--|
| P | 23.4.75/M (1.10.75) | Christinat H. u. 7 M. Wohnüberbauung Altstetterstrasse/Lommisweg |
| | | Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat, allenfalls zuhanden der Gemeinde, ein Projekt für die Überbauung des in der Wohnzone liegenden Areals Altstetterstrasse/Lommisweg zu unterbreiten. Es sind vor allem Familien- und Alterswohnungen vorzusehen. Zudem sollte dem ausgewiesenen Bedürfnis nach einem Quartierrestaurant mit Saal mittlerer Grösse Rechnung getragen werden. |
| P | 29.5.75 (13.8.75) | Kommission Reklameverordnung Reklameverordnung, Richtlinien zur Handhabung |
| | | Der Stadtrat wird ersucht zu prüfen, ob nicht Richtlinien zur Handhabung der Vorschriften zum Schutz des Stadt- und Landschaftsbildes (Reklameverordnung) zu erlassen sind. |
| M | 11.6.75 (29.10.75) | Meier A. Mehrzweckturnhalle im Quartier Oerlikon |
| | | Mit Beschluss vom 23. April 1975 hat der Regierungsrat der vom Gemeinderat am 21. Juni 1972 beschlossenen Umzonung an der Föhren-/Venusstrasse zwecks Erstellung einer Mehrzweckturnhalle die Genehmigung verweigert, wodurch der vom Gemeinderat beschlossene Bau nicht zur Ausführung gelangen kann. Der Stadtrat wird beauftragt, die Projektierung der nach wie vor dringend benötigten Mehrzweckturnhalle an einem neuen, nicht mit einschränkenden Auflagen belasteten Standort unverzüglich an die Hand zu nehmen. |
| P | 10.9.75 (19.11.75) | Tschudi A. u. 1 M. Berufsschulhaus-Neubau auf dem Werkstattareal des Tiefbauamtes (Limmatstrasse/Sihlquai) |
| | | Der Stadtrat wird ersucht zu prüfen, ob im Falle des Wegzugs des Werkstattbetriebes des Tiefbauamtes auf dem freiwerdenden Areal und eventuell auf angrenzenden ebenfalls der Stadt gehörenden Arealen ein Bau für die Berufsschulen vorzusehen sei. |
| P | 25.9.75 (1.10.75) | Meyer L. Jugendhotel, Neubau oder zweckentsprechender Umbau einer Liegenschaft |
| | | Der Stadtrat wird eingeladen zu prüfen, ob in der Stadt Zürich ein Bedürfnis besteht, ein Jugendhotel zu bauen, oder ob ein bestehendes Objekt umgebaut werden könnte. |

Industrielle Betriebe

- P 12.5.71
(24.11.71) Kammerer B. u. 28 M.
Sammel- und Bustaxi, öffentliche, Einführung
- Ein stadtgerechtes öffentliches Transportmittel als Feinverteiler ermöglicht der Bevölkerung, auf die Benützung eines privaten Autos in der Stadt weitgehend zu verzichten, und begegnet so dem immer stärkeren Druck des privaten Autoverkehrs auf die Substanz unserer Stadt.
Der Stadtrat wird ersucht zu prüfen, ob in Zürich öffentliche Sammeltaxi und Bustaxi in Betrieb gesetzt werden können.
- Zur Prüfung der Probleme der Zusammenarbeit zwischen öffentlichen Verkehrsmitteln und dem Taxigewerbe wurde eine besondere Arbeitsgruppe mit Vertretern der Polizei, der VBZ und des Taxigewerbes eingesetzt. Diese Arbeitsgruppe befasst sich unter anderem auch mit dem Sammeltaxi-problem.*

| | Einreichungsdatum (Überweisungsdatum/ Auftragsnummer) | Name Ratsmitglied/Kommission Inhalt-Kurztitel |
|---|---|---|
| P | 15.11.72 (28.3.73) | Näf A. Tramhaltestelle «Stauffacher», Neugestaltung |
| | | Der Stadtrat wird eingeladen zu prüfen, ob am Stauffacher die Geleise und Traminsel so angelegt werden könnten, dass auch stadtauswärts die Tramanschlüsse der Linie 3 und 5, 14 und 2 möglich würden. <i>Das Projekt für die Neuordnung des Verkehrs im Raum «Stauffacher» wird vorbereitet.</i> |
| M | 31.1.73 (4.4.73) | Fehr K. u. 11 M. Schutzzone für Quell- und Grundwasserfassungen |
| | | Der Stadtrat wird beauftragt, zuhanden des Gemeinderates beziehungsweise der Gemeinde eine Vorlage auszuarbeiten und den erforderlichen Kredit einzuholen, um die notwendigen Schutzzone für die Quell- und Grundwasserfassungen auszuscheiden, die dinglichen Rechte zu erwerben und grundbuchlich dauernd sicherzustellen. <i>Die Baudirektion des Kantons Zürich hat die Frist zur Einreichung von Schutzzoneplänen und Schutzzone-reglementen bis 1. Januar 1977 verlängert. Die hydrogeologischen Gutachten sind teils erstellt, teils in Bearbeitung. Die laufenden Erhebungen werden auch als Unterlagen für eine Kreditvorlage im Sinne des Motionsbegehrens dienen.</i> |
| P | 2.5.73 (22.8.73) | Näf A. u. 2 M. Park-and-Ride-Anlagen bei Vorortsbahnhöfen |
| | | Der Stadtrat wird eingeladen zu prüfen, ob es im Interesse einer sofortigen Entlastung des innerstädtischen Individualverkehrs nicht möglich wäre, mit den Direktionen der Vorortsbahnen in Verbindung zu treten zwecks Erstellung von Park-and-Ride-Anlagen in der Nähe der Vorortsbahnhöfe sowie Verbesserung der Fahrpläne (starrer Fahrplan und Verbundbillette), um den motorisierten Pendlern und Stadtbesuchern das Umsteigen auf das öffentliche Verkehrsmittel am Stadtrand erleichtern zu können. <i>Die Anstrengungen zur Schaffung weiterer Park-and-Ride-Anlagen am Stadtrand und an Vorortsbahnlinien werden fortgesetzt. Die Verkehrsbetriebe behandeln diesen Auftrag in engem Kontakt mit dem Kanton und den Vorortsbahnen.</i> |
| M | 20.5.73 (26.9.73) | Baumann O. u. 1 M. Verkehrs- und Tarifverbund mit umliegenden Gemeinden |
| | | Der Stadtrat wird im Sinne des früheren Postulates Karl Graf beauftragt, in Zusammenarbeit mit den umliegenden Gemeinden einen Verkehrs- und Tarifverbund der öffentlichen Verkehrsmittel zu verwirklichen. <i>Es wird auf den ausführlichen Zwischenbericht vom 26. November 1975 verwiesen.</i> |
| P | 6.6.73 (24.10.73) | Sprecher P. u. 1 M. Gaswerk, Verbesserung der Finanzlage |
| | | Angesichts der Verwerfung der Gastarif-Vorlage durch die Stimmberechtigten am 20. Mai 1973 und der grossen Defizite des Gaswerkes der Stadt Zürich wird der Stadtrat um Prüfung der folgenden Massnahmen ersucht: 1. Revision des Gründungsvertrages der Gasverbund Ostschweiz AG in dem Sinne, dass der Gasbezugspreis der einzelnen Partner den unterschiedlichen Transportkosten Rechnung trägt. Nötigenfalls Rechtsgutachten über die Frage, ob der Inhalt der Art. 18 und 26 dieses Vertrages nicht einen Nichtigkeitsgrund gemäss Art. 20 OR darstellt. Ferner entweder Einhaltung der Art. 13 und 21 des Gründungsvertrages oder, sofern dies nicht möglich ist, Neuformulierung. |

| Einreichungsdatum (Überweisungsdatum/ Auftragsnummer) | Name Ratsmitglied/Kommission Inhalt-Kurztitel |
|---|--|
|---|--|

2. Umgehender Abschluss des in Art. 12 vorgesehenen Baurechtsvertrages für die Spaltanlage, unter Nachforderung des Baurechtszinses für jene Zeitdauer, während welcher dieser Vertrag fehlte.
3. Kündigung aller Verträge mit den Aussengemeinden auf den frühestmöglichen Termin, insoweit dies nicht bereits geschehen ist. Abschluss neuer Verträge nur insoweit der vereinbarte Gaspreis sämtliche Kosten deckt und ausserdem mit einer Indexklausel versehen ist.
4. Einstellung der Gratisgas-Abgabe an Schulküchen, Polizeiwachen u. ä.
5. Abklärung der Frage, ob aus Gründen des Umweltschutzes Gas unter den Selbstkosten verkauft und der Fehlbetrag durch eine Abgabe auf umweltverschmutzenden Energieträgern wie Erdöl gedeckt werden könnte.
6. Raschestmögliche Erstellung einer detaillierten, nach Kundengruppen (Verbrauchergruppen und Regionen) aufgeteilten Erfolgsrechnung des GWZ, die nicht nur die notwendigen Unterlagen für eine Tarifrevision liefert, sondern auch als Führungsinstrument für die Festlegung der zukünftigen Unternehmungspolitik dient.
7. Koordination der Absatzpolitik des Gaswerkes mit jener des Elektrizitätswerkes in der Weise, dass alle Bezüger soweit möglich mit der jeweils zweckmässigsten Energieform versorgt werden. Ferner Abklärung der Frage, ob die beiden Werke nicht einen gemeinsamen, einheitlichen Energietarif anwenden könnten, der die Bezüger für die bezogene Leistung unter Berücksichtigung des Nutzungsgrades einheitlich belastet, unabhängig davon, ob die Energie in Form von Gas oder von Strom geliefert wird.
8. Zumindest annäherungsweise Abklärung der Frage, welcher Teil des aufgelaufenen Defizits des GWZ auf den für Zürich äusserst ungünstigen Gründungsvertrag des GVO und auf die jahrelange falsche Absatzpolitik des GWZ zurückzuführen ist und, zusammen mit einer neuen Tarifvorlage, Antrag an den Gemeinderat auf Übernahme dieses Teils durch den Ordentlichen Verkehr.
9. Der Stadtrat soll beim Regierungsrat um die Bewilligung nachsuchen, Gaspreiserhöhungen als Folge von nicht voraussehbaren Rohmaterialaufschlägen auf die Aussengemeinden abwälzen zu können.

Seit der Annahme des neuen Gastarifes durch die Stimmberechtigten am 30. Juni 1974 hat sich die Finanzlage der Gasversorgung infolge stark gesteigerter Einnahmen und interner Rationalisierungsmassnahmen sowie der weitgehenden Übernahme der finanziellen Lasten aus der Vergangenheit in die Bilanz des Gemeindegutes grundlegend verbessert. Zudem hat der Stadtrat nach Abweisung einer staatsrechtlichen Beschwerde durch das Bundesgericht am 23. Juli 1975 die Möglichkeit, den Gaspreis jährlich der eingetretenen Teuerung anzupassen.

Die Vorarbeiten für eine Totalrevision des Gründungsvertrages der Gasverbund Ostschweiz AG stehen vor dem Abschluss. Zentrale Bedeutung kommt dabei einem neuen Tarifkonzept zu, das eine gerechtere Verteilung der Kosten ermöglichen wird. Im Jahre 1976 wird eine entsprechende Vorlage dem Gemeinderat unterbreitet werden können. Eine vom Verwaltungsrat der GVO eingesetzte juristische Kommission befasst sich mit der Lösung der zwischen dem Verbund und der Gasversorgung Zürich hängigen finanziellen Probleme. Ein erster Teilbereich, die Ausscheidung im Zusammenhang mit der Stilllegung der Kokereianlagen, ist gelöst und vom Verwaltungsrat genehmigt. Die Arbeiten der Kommission werden vor den Sommerferien 1976 abgeschlossen werden können.

Sämtliche Verträge mit den Aussengemeinden ohne eigenes Verteilnetz wurden am 20. Dezember 1973 gekündigt. Zehn der siebzehn Grosszügergemeinden, deren Verträge bis gegen das Jahr 2000 laufen, haben die Tarifierhöhung 1974 nicht anerkannt und das vertraglich vorgesehene Schiedsgericht angerufen. Das Verfahren ist noch pendent.

Die mit dem Postulat geforderten Massnahmen sind weitgehend im Stadium ihrer Realisierung, und eine abschliessende Berichterstattung ist daher noch nicht möglich.

| | | |
|---|-----------------------|---|
| P | 13.6.73 (14.11.73) | Frei-Wohlgemuth H. U. u. 1 M. Tramlinie 15, Platzangeboterhöhung |
|---|-----------------------|---|

Die Tramlinie 15 verbindet während der Stosszeiten Oerlikon mit dem Römerhof über Buchegg-Central-Bellevue. Sie nimmt sehr viele Werk tätige und insbesondere Schüler der Kantonsschule, Töchterschule und konfessioneller Schulen mit.

| Einreichungsdatum (Überweisungsdatum/ Auftragsnummer) | Name Ratsmitglied/Kommission Inhalt-Kurztitel |
|---|--|
|---|--|

Der Stadtrat wird um Prüfung der Frage gebeten, ob nicht zum Motorwagen je ein Anhänger mitgeführt werden könnte, um damit eine massgebliche Erweiterung des jetzt ungenügenden Platzangebotes zu erzielen.

Eine eventuelle Erhöhung des Platzangebotes der Linie 15 wird im Zusammenhang mit der laufenden Rollmaterialbeschaffung geprüft.

| | | |
|---|----------------------|---|
| P | 20.6.73 (3.10.73) | Biasio G. u. 4 M. Verkehrsverbindungen Schwamendingen–Stadtzentrum |
|---|----------------------|---|

Um die Verbindung mit dem öffentlichen Verkehrsmittel zwischen Schwamendingen und dem Stadtzentrum umgehend zu verbessern, wird der Stadtrat eingeladen, das folgende 10-Punkte-Programm zu prüfen und die Busstrecke «Hirschen» Schwamendingen–Irchel im vorgeschlagenen Sinne zu sanieren:

1. Einführung zusätzlicher fahrplanmässiger Direktkurse vom Kreis 12 ins Stadtzentrum.
2. Verbesserte Koordination der Fahrpläne der einzelnen Buslinien mit dem Ziel, Wartezeiten für die Umsteiger an der Haltestelle «Hirschen» zu vermeiden.
3. Erstellung eines Vorsignales beim «Hirschen», welches dem stadteinwärts bereitstehenden Bus anzeigt, ob er beim Knoten Winterthurer-/Friedrichstrasse eine Grünphase vorfindet. Signalisation, um dem abfahrenden Bus die unverzügliche Eingliederung in den Verkehrsstrom zu ermöglichen.
4. Durchgehende Busspur in der Winterthurerstrasse (stadteinwärts) im Abschnitt zwischen Ahorn- und Berninastrasse, mit einer auf den Busbetrieb abgestimmten «grünen Welle».
5. Busspur in der Winterthurerstrasse (stadteinwärts) im Abschnitt zwischen Bülachstrasse und Hirschwiesenweg mit entsprechender Umgestaltung des provisorischen Knotens. Wiederverwendung der unbenutzten «alten» Winterthurerstrasse für den Busverkehr.
6. Rückverlegung der Bushaltestelle «Irchel» (stadteinwärts) in den freien Raum vor dem Restaurant «Neubühl», Bau einer provisorischen Über- oder Unterführung zur Tramendstation und Anbringung eines Signals für Umsteiger, welches anzeigt, ob der bereitstehende Tramkurs den Anschluss abwartet.
7. Wiedereinführung der früheren Busspur von «Neubühl» bis Irchelstrasse.
8. Umsteigerfreundliche, ungefährliche Gestaltung der Haltestelle «Milchbuck».
9. Neugestaltung bzw. Signalisation des Knotens Irchelstrasse–Winterthurerstrasse, um dem Tram- und Busverkehr die Priorität zu garantieren. Falls nötig, Verbot für Linksabbieger von der Winterthurer- in die Irchelstrasse.
10. Durchgehende Busspur in der Winterthurerstrasse (stadtauswärts) und in der Frohburgstrasse von der Tramendstation bis zur Kreuzung Hubenstrasse, mit einer kurzen Unterbrechung bei der Einmündung des Hirschwiesenweg-Propositoriums. Gestaltung der Frohburgstrasse im Abschnitt zwischen Huben- und Winterthurerstrasse als zweispurige Entflechtungsstrecke für den Privat- und Busverkehr, um die volle Leistungsfähigkeit des Knotens Winterthurerstrasse auszunützen.

Teilweise realisiert, teilweise in Prüfung, teilweise unerfüllbar. Ein ausführlich begründeter Abschreibungsantrag ist in Vorbereitung.

| | | |
|---|-----------------------|---|
| P | 20.6.73 (14.11.73) | Bochsler J. u. 7 M. Tramhaltestelle Seebach, Sanierung |
|---|-----------------------|---|

Der Stadtrat wird eingeladen zu prüfen, ob an der Tramendstation Seebach die Verkehrsbeziehungen für die VBZ verbessert werden können, damit sich die Tram- und Autobusfahrzeuge bei der Ein- und Ausfahrt nicht gegenseitig behindern.

Projektvorlage in Vorbereitung.

Einreichungsdatum Name Ratsmitglied/Kommission
(Überweisungsdatum/ Inhalt-Kurztitel
Auftragsnummer)

P 4.7.73 Uchtenhagen L., Dr.
(28.11.73) Witikon, öffentliche Verkehrsmittel

Um die Verhältnisse des öffentlichen Verkehrs nach Witikon zu verbessern, wird der Stadtrat eingeladen, die Realisierung folgender Massnahmen zu prüfen:

1. Kurzfristig zu realisierende Massnahmen

- a) Massnahmen zum Abbau der Behinderungen des Busses 34 durch den Privatverkehr Klusplatz:
- Verwirklichung des Vortrittsrechtes für den Bus bei der Ein- und Ausfahrt in die Haltestelle durch automatische Fernsteuerung der (schon bestehenden) Verkehrsampel.
 - Unterbindung der zusätzlichen Behinderung des ausfahrenden Busses durch den Privatverkehr Sempacherstrasse–Klusplatz mittels einer zusätzlichen ferngesteuerten Ampel oder mittels anderer verkehrstechnischer Massnahmen.
 - Zusätzliche Massnahme zugunsten der Trams am Klusplatz: Aufhebung der auf dem Tramgleis in der Asylstrasse geführten 2. Spur für Linksabbieger in die (bergseitige) Hegibachstrasse.

Verkehrsampel Katzenschwanzstrasse/Witikonstrasse:

- Änderung der Phaseneinstellung im Sinne einer Drosselung der Leistungsfähigkeit für den (die Witikonstrasse abwärtsfahrenden) Privatverkehr.

b) Massnahmen zur Steigerung des Fahrkomforts für die Busbenützer

- Erstellung von Wartehäuschen für Passagiere bei den stark frequentierten Haltestellen Loorenstrasse, Berghaldenstrasse sowie Zentrum Witikon.
- Sofortiger Einsatz von ausschliesslich Gelenktrolleybussen in den Spitzenzeiten. Sollten momentan zuwenig Gelenktrolleybusse zur Verfügung stehen, so sollen zur Überbrückung von den in genügender Anzahl vorhandenen Grossraum-Autobussen in Einsatz gelangen.
- Verbesserung des Fahrplans: Durchgehender 7-Minuten-Betrieb auch am Vormittag (werktags); Dienstanweisung, dass der Bus in den Stosszeiten sofort losfährt, sobald er keinen freien Platz mehr aufweist.
- Weiterführung der Vorortlinien (von Fällanden und Maur) bis an den Klusplatz zur Entlastung der Linie 34 und zur Komforterrhöhung für die Vorortpassagiere. Eine Haltestelle für die Vorortbusse könnte in der Sempacherstrasse eingerichtet werden.

2. Mittel- und längerfristig zu realisierende Massnahmen

- Projekt Loorenstrasse: Das seit einiger Zeit bestehende Projekt Loorenstrasse zur Verlängerung der Buslinie 34 in südlicher Richtung sollte so bald wie möglich verwirklicht werden.
- Busspur (stadteinwärts) für Vorortbusse: Von der Stadtgrenze bis zur Kreuzung Katzenschwanzstrasse ist auf der Witikonstrasse eine Busspur für die Vorortbusse einzurichten.
- Park-and-Ride-Anlage: Es ist zu prüfen, ob beim neuen Friedhof Witikon eine Park-and-Ride-Anlage für auswärtige Pendler eingerichtet werden könnte.
- Verlängerung der Tramlinie 3 nach Witikon: Es ist die Möglichkeit einer Verlängerung der Tramlinie 3 nach Witikon zu prüfen.

Teilweise realisiert, teilweise in Prüfung, teilweise abzulehnen. Ein ausführlich begründeter Abschreibungsantrag ist in Vorbereitung.

P 15.8.73 Schütz O.
(16.1.74) Autobusverbindung zur Wohnsiedlung Holzerhurd (Affoltern)

Vor einigen Jahren habe ich dem Stadtrat eine Anregung unterbreitet, wonach die Autobusverbindung nach Zürich-Affoltern bis zur Wohnsiedlung Holzerhurd verlängert werden sollte. In der Zwischenzeit hat sich die Siedlung Holzerhurd und Umgebung weiter vergrössert. Der Stadtrat wird ersucht, auf diese Anregung zurückzukommen (die er entgegengenommen hat) und zu prüfen, ob dem Gemeinderat eine entsprechende Vorlage unterbreitet werden könnte.

| | Einreichungsdatum (Überweisungsdatum/ Auftragsnummer) | Name Ratsmitglied/Kommission Inhalt-Kurztitel |
|---|---|---|
| P | 12.12.73 (29.5.74) | Müller H. H. u. 1 M. Autobusverbindung zum Friedhof Uetliberg |
| | | Der Stadtrat wird ersucht zu prüfen, auf welche Weise der neue Friedhof Uetliberg an die öffentlichen Verkehrsmittel angeschlossen werden kann. |
| P | 12.12.73 (12.6.74) | Christinat H. u. 5 M. Grünaquartier (Altstetten), Autobus-Querverbindung nach Altstetten und Höngg |
| | | Der Stadtrat wird ersucht zu prüfen, wie das stark wachsende Grünaquartier im Zeitpunkt der Inbetriebnahme der verlängerten Tramlinie 4 und der damit verbundenen Aufhebung der Buslinie 78 durch eine attraktive Querverbindung nach den Quartieren Altstetten und Höngg durch die VBZ erschlossen werden kann. Vorab sollten dabei die folgenden Vorschläge geprüft werden: |
| | | <ol style="list-style-type: none"> 1. Die Buslinie 80 ist in beiden Richtungen über die Meierwiesenstrasse statt über die Europabrücke zu führen. Im Bereiche der Kreuzung Bändli-/Meierwiesenstrasse ist eine Haltestelle vorzusehen. Die Einmündungen auf die Europabrücke sind durch VR-Anlagen zu regeln. 2. Die Vorortsbuslinie 41 (Dietikon–Werdhölzli) ist ganztägig zu führen und vom Werdhölzli über die Europabrücke nach dem Lindenplatz zu verlängern. 3. Einführung einer Ringlinie Werdhölzli–Europabrücke–Lindenplatz–Farbhof–Hermetschloobrückle–Werdhölzli. |
| P | 29.5.74 (14.8.74) | Sturny M. Jahresabonnemente VBZ, verbilligte Abgabe an Einwohner der Stadt |
| | | Der Stadtrat wird ersucht, die Möglichkeit zu prüfen, durch stark verbilligte Abgabe von Jahresabonnements der VBZ an die Einwohner bzw. Steuerzahler unserer Stadt, mit Abgeltung an die VBZ, vermehrten Anreiz zur Benützung der öffentlichen Verkehrsmittel zu geben. |
| P | 19.6.74 (28.8.74) | Zbinden H. U. Bellevue/Theaterstrasse, bessere Verkehrsregelung für Trambetrieb |
| | | Unter Hinweis darauf, dass die Regelung des öffentlichen Verkehrs am Bellevue völlig unzureichend ist, wird der Stadtrat gebeten zu prüfen, ob den Wagenführern der Tramlinien 2, 4, 11 und 15 an der Kreuzung Theaterstrasse durch Rufkontakt bei der Ampel automatisch freie Fahrt gewährt werden kann. |
| P | 3.7.74 (4.9.74) | Behrens A., Prof. Dr. Friedhof Eichbühl, Transportfahrzeug für Trauergäste |
| | | Der Stadtrat wird ersucht zu prüfen, ob für den Friedhof Eichbühl nicht ein geeignetes Elektrofahrzeug angeschafft werden könnte, das bei Bestattungen jeweils für den Transport der Trauergäste von der Bushaltestelle an der Rautistrasse bis zum Friedhof, aber auch innerhalb der Anlage, eingesetzt werden könnte. |
| P | 30.10.74 (26.3.75) | Sturny M. Öffentliche Verkehrsmittel, Antriebsaggregate mit Gyrostarthilfe |
| | | Der Stadtrat wird ersucht, die Möglichkeit einer Zusammenarbeit der städtischen Verkehrsbetriebe zur Förderung des Baues von Antriebsaggregaten mit Gyrostarthilfe für Trolleybusse, Strassenbahn- und Vorortzüge, mit anderen interessierten Verkehrsbetrieben, zu prüfen. |

| | Einreichungsdatum (Überweisungsdatum/ Auftragsnummer) | Name Ratsmitglied/Kommission Inhalt-Kurztitel |
|---|---|--|
| P | 13.11.74 (30.4.75) | Bochsler J. u. 6 M. Autobuslinie VBZ Oerlikon–Einkaufszentrum Glatt, Änderung der Streckenführung |
| | | Dem Vernehmen nach soll eine neue Buslinie von Oerlikon durch die Wallisellen-/Überlandstrasse via Aubrücke, Einkaufszentrum Glatt nach Dübendorf geführt werden. Der Stadtrat wird ersucht zu prüfen, ob die geplante neue Buslinie von Oerlikon nach Dübendorf anstatt durch die Wallisellenstrasse durch die Hagenholzstrasse und das Auzeigquartier via Aubrücke und dann in die Überlandstrasse geführt werden kann. |
| P | 26.2.75 (3.9.75) | Affolter A. u. 2 M. Autobuslinie 71, ganztägige Führung bis Rütihof (Höngg) |
| | | Zwischen Lehenstrasse und Rütihof verkehrt die Buslinie 71 nur im Stossverkehr. Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, die Buslinie 71 ganztags vom Bahnhofquai bis Rütihof zu führen. |
| P | 19.3.75 (3.9.75) | Schriber L. Autobuslinie 70, Anpassung der Betriebsintervalle |
| | | Der Stadtrat wird gebeten, zu prüfen, ob die Linie 70 der VBZ – Morgental–Leimbach – während der ganzen Betriebsdauer in gleichen Zeitintervallen geführt werden kann wie die Tramlinie 7. |
| P | 23.4.75 (17.9.75) | Sprecher P. u. 1 M. Verkehrsbetriebe der Region Zürich, Schaffung |
| | | Der Stadtrat wird ersucht, die Schaffung einer selbständigen öffentlich-rechtlichen Unternehmung «Verkehrsbetriebe der Region Zürich» anzustreben und hiezu die folgenden Schritte zu prüfen: 1. Kontaktnahme mit den Gemeinden der engeren Region Zürich, insbesondere mit jenen, die heute von Vorortslinien der VBZ bedient werden, im Hinblick auf den Abschluss eines Vertrages auf Grund der §§ 4–13 des Gesetzes über den regionalen öffentlichen Verkehr. 2. Abklärung mit dem Kanton, ob dieser bereit wäre, sich an einer solchen Unternehmung zu beteiligen und ihr Beiträge auszurichten. 3. In Zusammenarbeit mit Kanton und Gemeinden Ausarbeitung eines Gründungsvertrages, der den Stimmberechtigten der beteiligten Gemeinden das Recht auf Referendum und Initiative sowie das Anfragerrecht einräumt und der Einzelheiten über die Übernahme der VBZ und allenfalls weiterer Personenverkehrsunternehmungen in der Region enthält. |
| P | 27.5.75 (4.6.75) | Kommission Neugestaltung Paradeplatz Paradeplatz, besserer Wetterschutz für VBZ-Passagiere |
| | | Der Stadtrat wird gebeten, zu prüfen, ob im Zusammenhang mit dem Umbau des Paradeplatzes ein besserer Wetterschutz für die VBZ-Passagiere erreicht werden kann. |
| P | 11.6.75 (29.10.75) | Völlmin H. u. 1 M. Spiel- und Erholungsanlage Felsenrainstrasse/Höhenring/Weisschau |
| | | Der Stadtrat wird eingeladen zu prüfen, ob das städtische Grundstück bei der Felsenrainstrasse, dem Höhenring und Weisschau der Bevölkerung durch die Einrichtung von Spiel- und Erholungsanlagen zugänglich gemacht werden kann. |
| P | 18.6.75 (29.10.75) | Kälin L. u. 2 M. Park-and-Ride-System, Einführung zwischen Mythenquai und City |
| | | Der Stadtrat wird ersucht zu prüfen, ob im Zuge der nun vor sich gehenden Realisierung des Park-and-Ride-Gedankens ebenfalls die Strecke Mythenquai–City, die sich während der Vorweihnachtszeit jährlich steigender Frequenzen erfreute, ganzjährig in das Park-and-Ride-System miteinzu-beziehen ist. |

| | Einreichungsdatum (Überweisungsdatum/ Auftragsnummer) | Name Ratsmitglied/Kommission Inhalt-Kurztitel |
|---|---|---|
| P | 2.7.75 (26.11.75) | Felix P. u. 13 M. Wasserversorgung, Überprüfung der Ausbau- und Finanzierungspläne Der Stadtrat wird gebeten, die Ausbau- und Finanzierungspläne der Wasserversorgung Zürich durch neutrale Fachleute überprüfen zu lassen und Einsparungsmöglichkeiten, die sich auf Grund der neuen kantonalen Verbundprojekte ergeben, zu realisieren. |
| P | 20.8.75 (26.11.75) | Tschudi A. u. 36 M. Öffentlicher Verkehr, Grundsatzweisung für die Bevorzugung Der Stadtrat wird um eine Grundsatzweisung an alle betreffenden Ämter ersucht, wonach der öffentliche Verkehr grundsätzlich und unter Berücksichtigung der Fussgänger sowie des Umweltschutzes zu bevorzugen ist. |

Schulamt

| | | |
|---|---------------------------|--|
| A | 3.4.57 (10.7.57/563) | Meyer M. u. 1 M. Sportanlage Hönggerberg 1. Der Stadtrat wird eingeladen, die Probleme zu prüfen und dem Gemeinderat Bericht und Antrag zu stellen über die Schaffung einer Spielwiesen- und Sportanlage für die Jugend des Quartiers Höngg zusammen mit weiteren Bauten für jung und alt im Sinne einer sinnvollen Freizeitgestaltung. 2. Der Stadtrat wird ferner eingeladen, die Frage zu prüfen und dem Gemeinderat Bericht und Antrag zu stellen, ob nicht auf dem Hönggerberg eine Sportanlage für den erweiterten Turnunterricht der Schule und den organisierten Sport eingerichtet werden könnte. <i>Wegen Kreditrestriktionen ist die Weiterbearbeitung der 2. Bauetappe noch nicht möglich.</i> |
| A | 6.12.61 (25.4.62/629) | Hatt W. Kunsteisbahn Wollishofen Durch den Bau der Nationalstrasse N3 wird der an der äusseren Albisstrasse im «Moos» Wollishofen als Fuss- und Handball- sowie im Winter als Eisfeld benützte Sportplatz aufgegeben werden müssen. Für den Fuss- und Handballsport konnte in unmittelbarer Nähe Ersatz gefunden werden. Der Stadtrat wird eingeladen, Bericht und Antrag zu stellen, ob er bereit ist, mit dem Bau einer Kunsteisbahn den Bedürfnissen des Eislaufsportes in diesem Stadtteil und seinem weitem Einzugsgebiet zu entsprechen. <i>Wegen Kreditrestriktionen ist zurzeit keine Weiterbehandlung möglich.</i> |
| A | 2.10.68 (30.10.68/704) | Weidmann H. R. u. 1 M. Kunsteisbahn, ovale Eine Eisstrasse – ein Eisoval von 333½ m bis 400 m Länge und 14 m Breite – kombiniert mit einer geschlossenen Eisfläche für Eishockeyfelder entspricht sowohl den Bedürfnissen des freien Eislaufes, des Eisschnellaufes sowie des Eishockeysportes am besten. Der Stadtrat wird gebeten, die Möglichkeiten für die rasche Erstellung einer solchen kombinierten Eisanlage, welche im Sommer anderen Sportarten zur Verfügung gestellt werden kann, zu prüfen. <i>Diese Kunsteisbahn ist als Teil der Sportanlage Hönggerberg in der 2. Etappe geplant. Wegen Kreditrestriktionen ist zurzeit keine Weiterbehandlung möglich.</i> |

| | Einreichungsdatum (Überweisungsdatum/ Auftragsnummer) | Name Ratsmitglied/Kommission Inhalt-Kurztitel |
|---|---|--|
| A | 3.9.69 (24.9.69/731) | Suter J. Sportanlagen beim Schulhaus Staudenbühl |
| | | Mit dem Bau der zweiten Etappe des Schulhauses Staudenbühl ist die Erstellung von Sportanlagen inkl. 400-m-Rundbahn vorgesehen. Der Stadtrat wird höflich eingeladen zu prüfen, ob diese Sportanlagen möglichst sofort, das heisst vor der Erweiterung der Schulhausanlage, projektiert und erstellt werden könnten. <i>Das benötigte Land ist noch nicht in städtischem Besitz. Der Bau der Anlage in der Freihaltezone könnte nur durch eine Umzonung vorangetrieben werden. Die nötigen Kredite für die Weiterbearbeitung sind nicht vorhanden.</i> |
| A | 26.11.69 (7.1.70/738) | Gucker A. u. 1 M. Sportanlage Bleulerstrasse |
| | | Der Stadtrat wird gebeten, die Verhandlungen mit der Gemeinde Zollikon über eine gemeinsame Sportanlage an der Bleulerstrasse so zu beschleunigen, dass dem Gemeinderat bis zum 1. Januar 1971 ein abstimmungsreifes Projekt für eine Sportanlage mit 400-m-Aschenbahn vorgelegt werden kann. <i>Die Vorlage über eine erste Bauetappe wird demnächst dem Stadtrat vorgelegt.</i> |
| P | 28.4.71 (22.9.71) | Wagner Th. u. 16 M. Konservatorium und Musikhochschule, einmaliger Beitrag |
| | | Der Stadtrat wird eingeladen zu prüfen, zuhanden des Gemeinderates der Stiftung «Konservatorium und Musikhochschule Zürich» einen einmaligen Beitrag zur Finanzierung dringend notwendiger baulicher Renovationen wie auch für die Erneuerung und Ergänzung von Instrumenten und Musikalien zur Verfügung zu stellen. <i>Am 22. Januar 1976 genehmigte der Verwaltungsrat der Stiftung Konservatorium und Musikhochschule Zürich das Raumprogramm für den Umbau des Schulgebäudes Florhofgasse 6, aufgrund dessen nun das Vorprojekt ausgearbeitet wird. Es wird Ende Mai 1976 vorliegen.</i> |
| P | 19.1.72 (26.4.72) | Frei-Wohlgemuth H. U. Turnhallen-Planung für das Lehrlingsturnen |
| | | Gemäss einem Beschluss des Nationalrates soll inskünftig das Lehrlingsturnen obligatorisch erklärt werden. Der Stadtrat wird deshalb gebeten, für das Lehrlingsturnen eine Planung aufzustellen und dem Gemeinderat darüber zu berichten. Dabei sollte geprüft werden, ob Turnhallen künftig auch in mehrstöckiger Bauweise gebaut werden können. <i>Nach Vorliegen der definitiven Form des obligatorischen Lehrlingsturnens ist die vorhandene Turnhallen-Planung den Erfordernissen anzupassen.</i> |
| P | 28.11.73 (29.5.74) | Weiss E. u. 3 M. Verkehrserziehungsanlage links der Limmat |
| | | Der einzige städtische Verkehrsgarten Buchegg ist zu klein und veraltet. Der Stadtrat wird gebeten, die Frage zu prüfen, dem Gemeinderat eine Projekt- und Kreditvorlage für eine moderne Verkehrserziehungsanlage im Gebiet links der Limmat zu unterbreiten. |
| P | 19.12.73 (12.6.74) | Obeid-Ruggli V., Dr. Volksschule, Aufgabenstunden |
| | | Der Stadtrat und die Zentralschulpflege werden eingeladen zu prüfen, wie auf geeigneten Stufen der Volksschule so bald als möglich Aufgabenstunden eingeführt werden können. |

| | Einreichungsdatum (Überweisungsdatum/ Auftragsnummer) | Name Ratsmitglied/Kommission Inhalt-Kurztitel |
|---|---|---|
| P | 23.1.74 (19.6.74) | Bryner M. u. 1 M. Werkjahrlehrer, besoldungsmässige Gleichstellung mit Primarlehrern |
| | | Zentralschulpflege und Stadtrat werden eingeladen, dem Gemeinderat zum Zwecke der besoldungsmässigen Gleichstellung der Werkjahrlehrer mit den Primarlehrern eine Vorlage zu unterbreiten. |
| P | 3.7.74 (4.9.74) | Keller H. Berufsschule III (Affolternstrasse), Bereitstellung von Turnunterrichtsräumen |
| | | Die Schüler der Berufsschule III an der Affolternstrasse müssen irgendwo turnen. Der Stadtrat wird eingeladen zu prüfen, ob dies möglich ist oder ob dazu die vom Gemeinderat bewilligten Turnhallen Venusstrasse und Schulschwimmanlagen Kugeliloo und Buhn sofort erstellt werden müssten, damit dieser Turnunterricht in Turnhallen der Volksschule stattfinden kann. |
| P | 3.7.74 (11.9.74) | Blatter C. Schulspielwiesen, Freigabe für den Spielbetrieb von Junioren-Fussballmannschaften |
| | | Der Stadtrat und die Zentralschulpflege werden ersucht zu prüfen, ob Schulspielwiesen vermehrt für den Fussballbetrieb der Juniorenmannschaften der Kategorien D und E (sog. Piccolo-Mannschaften) freigegeben werden können. |
| P | 18.9.74 (5.2.75) | Obeid-Ruggli V., Dr., u. 9 M. Volks- und Mittelschulen, Unterricht über «Gesundheitserziehung» |
| | | Der Stadtrat und die Zentralschulpflege werden eingeladen zu prüfen, ob die Aspekte der «Gesundheitserziehung» in den Unterricht der Volks- und Mittelschule integriert werden können. |
| P | 25.9.74 (5.2.75) | Schneiter C., Dr., u. 11 M. Sportstätten-, Hallenbäder- und Schulschwimmanlagen-Planung, Überarbeitung |
| | | Der Stadtrat wird ersucht, die Planung Sportstätten 1968, Hallenbäder 1968 und Schulschwimmanlagen 1969 auf den Stand Herbst 1974 zu überarbeiten. |
| P | 11.12.74 (21.5.75) | Stiefel U. u. 2 M. Gewerbeschulhaus-Neubau auf dem Verbandsmolkereiareal Eisgasse |
| | | Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob auf dem Areal der Verbandsmolkerei an der Eisgasse ein Gewerbeschulhaus (z. B. Baugewerbliche Abteilung) gebaut werden kann. |
| P | 29.1.75 (27.8.75) | Erismann H. Schulzahnärztlicher Dienst, Verordnungsänderung |
| | | Der Stadtrat wird eingeladen zu prüfen, ob Art. 10 der Verordnung über den Schulzahnärztlichen Dienst in dem Sinne abgeändert werden soll, dass a) den dem Obligatorium zur Krankenversicherung unterstellten Eltern und Alleinstehenden für ihre Kinder beitragsfreie Behandlung gewährt werden kann, und b) in der Tarifgruppe B die Elternbeiträge reduziert werden. |
| P | 23.4.75 (10.9.75) | Schubiger St. u. 9 M. Pestalozzibibliothek Zähringerstrasse, Erweiterung |
| | | Die Hauptbibliothek der Pestalozzigesellschaft an der Zähringerstrasse, welche einen echten Beitrag zur wertvollen Freizeitbetätigung unserer Jugend leistet, kann ihre Aufgabe infolge Raum Mangels nur ungenügend erfüllen. |

| Einreichungsdatum (Überweisungsdatum/ Auftragsnummer) | Name Ratsmitglied/Kommission Inhalt-Kurztitel |
|---|--|
|---|--|

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen,

1. ob durch eine Zusammenlegung des in der gleichen Liegenschaft befindlichen Gantlokals Zürich 1 mit einem der bestehenden Lokale die räumlichen Verhältnisse gebessert werden können
 2. und mit was für Kosten eine allfällige Verlegung des Gantlokals Zürich 1 und eine Erweiterung der Bibliothek verbunden wäre.
-

| | | |
|---|-----------------------|---|
| M | 18.6.75 (29.10.75) | Gross H. u. 1 M. Berufsschulen, Unterrichtsmöglichkeiten für Absolventen von sogenannten Anlehren |
|---|-----------------------|---|

Der Stadtrat wird ersucht, an unseren Berufsschulen für die sogenannten Anlehren Unterrichtsmöglichkeiten in allgemeinbildenden und berufskundlichen Fächern sowie in Turnen und Sport zu schaffen.

| | | |
|---|-----------------------|---|
| P | 25.6.75 (19.11.75) | Schalcher E. u. 12 M. Volksschulhäuser, Beanspruchung für Zwecke der Berufsschulen |
|---|-----------------------|---|

Die Zahl der Geburten in der Stadt Zürich vermindert sich von Jahr zu Jahr so stark, dass innert kurzer Zeit viele Schulräume leer stehen werden.

Der Stadtrat wird deshalb gebeten, durch einen ausserhalb der Schulverwaltung stehenden Fachmann zu prüfen, welche Anlagen der Volksschule für die Zwecke der Berufsschule bereitgestellt werden können.

Sozialamt

| | | |
|---|---------------------------|---|
| A | 11.12.63 (26.2.64/654) | Schütz O. u. 1 M. Alterssiedlung Affoltern |
|---|---------------------------|---|

Wie allgemein bekannt ist, gedenkt die Stadt Zürich einen Teil ihrer Landreserven in Zürich-Affoltern zu überbauen.

In diesem Zusammenhang wird der Stadtrat eingeladen, gleichzeitig ein Projekt für den Bau einer Alterssiedlung auszuarbeiten.

Die Projektierungsarbeiten für eine neue Vorlage betreffend Zentrumsbauten der Gesamtüberbauung Unteraffoltern, Quartier Affoltern, sind im Gange.

| | | |
|---|---------------------|---|
| P | 10.3.71 (1.9.71) | Frei-Wohlgemuth H. U. u. 1 M. Fürsorge- und Beratungsstelle gegen den Rauschgiftkonsum |
|---|---------------------|---|

Dem Stadtrat wird angeregt zu prüfen, ob als praktische Hilfe zur Bekämpfung des Rauschgiftkonsums eine Fürsorge- und Beratungsstelle zu schaffen sei, die – ohne Verbindung zur Polizei – ähnlich wie die Alkoholfürsorgestelle und in eventueller Zusammenarbeit mit dieser unter Mithilfe von wiedergenesenen Süchtigen arbeiten würde.

Es wird erst nach Inkrafttreten der kantonalen Einführungsbestimmungen zum revidierten Bundesgesetz über die Betäubungsmittel möglich sein, die auf kommunaler Ebene allenfalls erforderlichen Einrichtungen zu schaffen.

| | | |
|---|----------------------|---|
| P | 16.9.71 (19.1.72) | Uchtenhagen L., Dr. Kinderspielplätze und Freizeitanlage Witikon |
|---|----------------------|---|

Der Stadtrat wird ersucht, abzuklären, ob nicht im rasch wachsenden Wohngebiet Witikon an geeigneten Orten Kinderspielplätze errichtet werden könnten und ob nicht die Erstellung einer Freizeitanlage angebracht wäre.

| | Einreichungsdatum (Überweisungsdatum/ Auftragsnummer) | Name Ratsmitglied/Kommission Inhalt-Kurztitel |
|---|---|--|
| | | <p>Es wäre auch zu prüfen, ob die Freizeitanlage nicht so konzipiert werden sollte, dass sie auch andere Bedürfnisse und das Quartierleben bereichernde Zwecke erfüllen könnte, indem auch Räumlichkeiten erstellt würden, die von den erwachsenen Bewohnern, Quartiervereinigungen, Altersorganisationen u. a. m. genutzt werden könnten. Insbesondere wäre abzuklären, ob nicht Räumlichkeiten geschaffen werden könnten für einen Experimentierkindergarten für Kleinkinder oder eine Krippe und einen Hort für schulpflichtige Kinder.</p> <p><i>Die Vorprojektierung für eine Freizeitanlage als Gemeinschaftszentrum im Quartier Witikon ist im Gange.</i></p> |
| P | 10.12.71 (22.12.71) | Kommission Wohnheim Hofwiesenstrasse/Zweckänderung Durchgangsheim für Kinder |
| | | <p>Der Stadtrat wird gebeten, die Erstellung eines Durchgangsheimes für Kinder zu prüfen.</p> <p><i>Es ist vorgesehen, das ehemalige Säuglingsheim Florhof in ein Durchgangsheim umzuwandeln. Eine Vorlage befindet sich in Vorbereitung.</i></p> |
| P | 18.9.72 (27.9.72) | Rechnungsprüfungskommission Schule für Soziale Arbeit, Übernahme durch Kanton |
| | | <p>Der Stadtrat wird eingeladen, die Frage zu prüfen, ob die Schule für Soziale Arbeit durch den Kanton übernommen werden kann.</p> <p><i>Der Stadtrat wird im Hinblick darauf, dass der Gemeinderat die Beitragsleistungen an die Schule für Soziale Arbeit für die Jahre 1975 und 1976 befristet hat, die Frage der Übernahme durch den Kanton bzw. der Entlastung der Stadt weiterverfolgen, obschon der Regierungsrat am 15. Mai 1974 beschlossen hat, keine Absichtserklärung bezüglich der Kantonalisierung abzugeben.</i></p> |
| P | 1.11.72 (7.3.73) | Benz-Burger L., Dr., u. 4 M. Freizeitanlagen, Gutachten über Strukturform |
| | | <p>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob durch Fachleute aus der Betriebswissenschaft, Pädagogik, Soziologie, Freizeitgestaltung u. ä. ein Gutachten erstellt werden könnte, um abzuklären, unter welcher Strukturform die Zürcher Freizeitanlagen ihre weite gesellschaftspolitische Zielsetzung optimal erreichen würden. Zu prüfen wären folgende Strukturformen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Betriebsführung durch die Stiftung Pro Juventute bei zweckmässiger Kooperation mit der Stadt, 2. Betriebsführung der einzelnen Freizeitanlage durch einen Verein im Sinne von Art. 60ff. ZGB unter Mitarbeit der im Quartier tätigen Vereine und pädagogischen und sozialen Körperschaften, 3. Betriebsführung durch die Stadt. <p>Der Stadtrat möge dem Gemeinderat bis spätestens Ende 1973 die Resultate dieses Gutachtens bekanntgeben.</p> <p><i>Die Auswertung des Gutachtens «Die Zürcher Freizeitanlagen: Möglichkeit ihrer Trägerschaft» sowie der Vernehmlassung der Pro Juventute ist im Gange.</i></p> |
| P | 19.12.73 (19.6.74) | Morf-Keller D. Betagte, Ausbau von Dienstleistungen |
| | | <p>Um der Vereinsamung betagter Menschen entgegenzuwirken und um ihnen zu helfen, möglichst lange in ihrer vertrauten Umgebung wohnen zu können, wird der Stadtrat eingeladen zu prüfen, ob er nicht</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. sukzessive Informations-, Therapie- und Begegnungszentren für alte Leute in allen Stadtkreisen einrichten könnte, und zwar nicht nur in speziell dafür ausgebauten Häusern, sondern auch eingepplant in andere Gemeinschaftszentren; 2. mehr Verteilerstellen für die Mahlzeitendienste einrichten könnte; 3. den für Altersheime und Alterswohnungen bereits bestehenden Wäscherei-Service ausdehnen könnte auch auf andere, allein wohnende und finanziell schlecht gestellte Betagte, denen es unmöglich ist, selber zu waschen; 4. alle bestehenden und geplanten Altersheime und Alterssiedlungen mit Pflegestationen versehen könnte. |

| | Einreichungsdatum (Überweisungsdatum/ Auftragsnummer) | Name Ratsmitglied/Kommission Inhalt-Kurztitel |
|---|---|---|
| P | 9.1.74 (19.6.74) | Pfaffhauser E. u. 6 M. Alterssiedlungen und -heime, Mitspracherecht für Bewohner |
| | | Die Bewohner von Alterssiedlungen und Altersheimen fühlen sich oft, zu Recht oder Unrecht, aus der Gemeinschaft ausgeschlossen und haben den Eindruck, nur noch geduldet zu sein. Der Stadtrat wird deshalb ersucht zu prüfen, ob den Mietern bzw. Bewohnern solcher Heime ein Mitbestimmungsrecht durch das Mittel einer intern zu wählenden Kommission gewährt werden könnte. Denkbar wäre insbesondere ein Mitspracherecht bei der Ausgestaltung von Wohn- und Aufenthaltsräumen, bei Problemen der Verpflegung oder der allgemeinen Betriebsführung. |
| P | 12.6.74/M (11.9.74) | Greber E. u. 5 M. Altstetten, Dienstleistungszentrum für soziale Bereiche |
| | | Der Stadtrat wird beauftragt, im Quartier Altstetten ein Dienstleistungszentrum zu erstellen für verschiedene soziale Bereiche wie sozialfürsorgerische, sozialmedizinische sowie psychologische Beratungen und Betreuungen. |
| P | 3.7.74 (4.9.74) | Kasser U. u. 1 M. Aktive Jugendpolitik, Gesamtkonzeption |
| | | Der Stadtrat wird um Prüfung ersucht, ob nicht die Erarbeitung einer Gesamtkonzeption für eine aktive Jugendpolitik möglich ist, die ein Alternativkonzept für ein Gemeinschafts- und Kommunikationszentrum enthält und in deren Planung alle interessierten Gruppierungen und insbesondere auch Jugendliche, die in keiner Gruppe organisiert sind, einbezogen werden. |
| P | 3.7.74 (11.9.74) | Weidmann H. R. u. 6 M. Freizeitanlage-Provisorium in Unter-Affoltern |
| | | Da der Bau des Freizeitentrums Unter-Affoltern in Frage gestellt ist, sicher aber dessen Baubeginn stark verzögert werden dürfte, wird der Stadtrat ersucht zu prüfen, ob nicht ohne Verzug eine provisorische Freizeitanlage mit genügender personeller Betreuung eingerichtet werden kann. Bei der Erarbeitung des Konzeptes «Freizeitanlage Affoltern» sollten auch alle Möglichkeiten der reformierten und der zwei katholischen Kirchgemeinden in Betracht gezogen werden. |
| P | 3.7.74 (11.9.74) | Morf-Keller D. u. 4 M. Tagesmütter, Experiment mit Schulung und Einsatz |
| | | Der Stadtrat wird ersucht zu prüfen, ob das Sozialamt nicht auch ein Experiment mit dem Einsatz und der Schulung von Tagesmüttern vorbereiten und durchführen sollte (parallel zur Heim-, Hort- und Krippenbetreuung von Kindern berufstätiger und sich weiterbildender Mütter), nachdem in andern Kantonen bereits Versuche damit durchgeführt worden sind. |
| P | 14.8.74 (11.9.74) | Messmer F. Kinderkrippen, Führung im Familiengruppensystem |
| | | Nach den Erkenntnissen der Forschung über die Psychohygiene im frühen Kindesalter sollten Heime und Krippen im System altersgemischter Familiengruppen geführt werden. Während sich die Heime diesen Erkenntnissen anpassen, ist dies bei den Krippen nicht im gleichen Ausmass der Fall. Der Stadtrat wird ersucht zu prüfen, ob kommunale Kinderkrippen nach den Richtlinien des Instituts für Psychohygiene im Kindesalter eingerichtet werden können, die als Modell und Ansporn für die Umstrukturierung bestehender privater Kinderkrippen dienen könnten. |

| | Einreichungsdatum (Überweisungsdatum/ Auftragsnummer) | Name Ratsmitglied/Kommission Inhalt-Kurztitel |
|---|---|--|
| P | 23.10.74 (23.4.75) | Weidmann H. R. u. 1 M. Delegierter für Jugendfragen |
| | | Der Stadtrat wird ersucht, im Rahmen der Festlegung der Schwerpunkte und Richtlinien einer neuen Jugendpolitik, zu prüfen, ob durch eine befristete Ernennung eines «Delegierten für Jugendfragen» mit formuliertem Auftrag und Pflichtenheft die Arbeit für die Jugend entscheidend intensiviert werden könnte. |
| P | 5.2.75 (20.8.75) | Gelb K. Begegnungsstätte für Bewohner des Auzelquartiers |
| | | Der Stadtrat wird ersucht, für das Quartier Auzel, welches durch die Nationalstrassenbauten bedingt verkehrsmässig vom übrigen Teil Schwamendingens abgeschnitten wurde, eine sofort realisierbare Begegnungsmöglichkeit zu schaffen, um dieser in allen Teilen benachteiligten Bevölkerungsgruppe ihre berechtigten gesellschaftlichen und kulturellen Betätigungen in Zusammenarbeit mit dem Stammquartier wieder sicherzustellen. |
| P | 23.4.75 (10.9.75) | Rudorf A., Dr., u. 6 M. Jugendprobleme, Milderung durch Kontakte der Jugendinstanzen mit Eltern und Lehrmeistern |
| | | Der Stadtrat wird ersucht zu prüfen, ob er die «Unrast der Jugend» durch bessere Kontakte und Zusammenarbeit der verschiedenen Jugendinstanzen mit den betreffenden Eltern und Lehrmeistern mildern kann. |
| P | 23.4.75/M (17.9.75) | Leuenberger M. Drogengefährdeten-Betreuung, finanzielle Unterstützung von Institutionen |
| | | Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat einen Kredit von 2 Mio Fr. zu unterbreiten, der privaten Organisationen zur Verfügung gestellt wird, welche sich mit der Behandlung von Drogenabhängigen befassen, so insbesondere Wohngemeinschaften, private Familien, die Drogenabhängige aufnehmen, Drogenberatungsstellen, Auffangstationen, Nachbehandlungsinstitutionen usw. |
| P | 23.4.75 (1.10.75) | Leuenberger M. Beauftragter für Drogenprobleme (Stelle), Schaffung |
| | | Der Stadtrat wird beauftragt zu prüfen, ob eine Stelle eines Beauftragten für Drogenprobleme geschaffen werden könne. Dieser soll sich insbesondere mit der prophylaktischen, therapeutischen und sozialpsychologischen Seite des Drogenproblems befassen und Vorschläge für die Ursachenbekämpfung des Drogenproblems unterbreiten. Allenfalls sei in Form einer Behördeninitiative dem Kanton die Schaffung einer solchen Stelle zu empfehlen mit der entsprechenden finanziellen Beteiligungsbereitschaft durch die Stadt Zürich. |
| P | 27.8.75 (26.11.75) | Nussbaumer R. u. 1 M. Jugendhaus, Einrichtung in der grossen Gutsbetriebsscheune im Juchhof |
| | | Der Stadtrat wird ersucht zu prüfen, ob die grosse Scheune des Juchhofes in Altstetten, nach Einstellung des Gutsbetriebes, nicht als dezentralisiertes, regionales Jugendhaus weiterverwendet werden könnte. |

| | |
|---|--|
| Einreichungsdatum (Überweisungsdatum/ Auftragsnummer) | Name Ratsmitglied/Kommission Inhalt-Kurztitel |
|---|--|

II. Abzuschreibende Aufträge, Motionen (neues Recht) und Postulate

Aufträge des Gemeinderates, Motionen (neues Recht) und Postulate, für welche der Stadtrat dem Gemeinderat den Antrag auf Abschreibung stellt.

Präsidialabteilung

P 5.6.74 Federer K.
(14.8.74) Stimmlokal im Kindergartengebäude
Am Wasser 114

Der Stadtrat wird ersucht zu prüfen, ob in der Liegenschaft des städtischen Kindergartens Am Wasser 114 ein Stimmlokal eingerichtet werden könnte.

Der Vorstand des Kreiswahlbüros Zürich 10 betrachtet den Standort dieser Liegenschaft am Rande des Kreises 10, direkt an einer schmalen, verkehrsreichen Strasse ohne Parkmöglichkeiten für Stimmberechtigte und Urnentransportautos gelegen, als denkbar schlecht. Zudem würde das Lokal nur einem sehr kleinen Teil der Stimmberechtigten dienen. Auch die räumlichen engen Verhältnisse sind für den Publikumsverkehr ungeeignet. Zurzeit ist das Lokal zudem an eine private Elternschaft vermietet, die darin einen Kleinkindergarten betreibt, nachdem der öffentliche Kindergarten wegen des Rückganges der Kindergartenschüler aufgehoben wurde. Das Postulat kann somit nicht erfüllt werden.

P 22.1.75 Bochsler J. u. 4 M.
(20.8.75) Wahllokal im Auzelgquartier

Das Quartier Auzelg im Kreis 12 besitzt, obwohl es sehr abgelegen ist, kein Stimm- und Wahllokal. Die Wegzeit zum nächstgelegenen Wahllokal (Auhof) beträgt 15–20 Min. (1,2 km). In naher Zukunft ist ausserdem mit weiteren Erschwernissen im Fahr- und Fussgängerverkehr zu rechnen. (Anschlusswerk N1 Aubrücke, Heizkraftwerk.)

Ich bitte den Stadtrat zu prüfen, ob es möglich ist, den Bewohnern des Quartiers Auzelg baldmöglichst ein Stimm- und Wahllokal zur Verfügung zu stellen. Es wäre besonders sinnvoll, wenn ein derartiges Lokal in einem zu schaffenden Quartiertreffpunkt integriert werden könnte.

Die Abklärungen durch den Vorstand des Kreiswahlbüros 12 ergaben folgendes: Im Quartier Auzelg wohnen rund 500 Stimmberechtigte. Vom Zentrum Auzelg bis zum nächstgelegenen Urnenlokal (Auhof) sind 900 Meter zu gehen, eine Wegstrecke, die in weniger als 10 Minuten zurückgelegt werden kann. Im Vergleich zu den übrigen fünf bereits vorhandenen Urnenlokalen im Kreis 12, die wegen ihrer zentralen Lage durchschnittlich von 4000 Stimmberechtigten besucht werden können, rechtfertigt sich die Einrichtung eines eigenen Urnenlokals für nur 500 Stimmberechtigte, von denen erfahrungsgemäss nur ein bestimmter Prozentsatz zur Urne geht, nicht.

| Einreichungsdatum (Überweisungsdatum/ Auftragsnummer) | Name Ratsmitglied/Kommission Inhalt-Kurztitel |
|---|--|
|---|--|

Finanzamt

| | | |
|---|----------------------|--|
| P | 23.6.71 (22.9.71) | Eggenberger G. u. 22 M. Bahnhof-Selnau-Areal, Neuüberbauung |
|---|----------------------|--|

Der Stadtrat wird eingeladen zu prüfen:

Bei der Überbauung des Bahnhof-Selnau-Areals

1. Wohnungen, vor allem Kleinwohnungen zu erstellen,
2. die Anregung Walter Jost vom 9. November 1945 zu erfüllen und ein «Haus der Jugend» zu schaffen.

Im Vordergrund der Abklärungen steht gegenwärtig die Variante einer unterirdischen Einführung der Sihltal–Zürich–Uetliberg-Bahn in den Hauptbahnhof unter Verzicht auf eine volle Integration in die Ausbaupläne der Schweizerischen Bundesbahnen. Gemäss diesem Konzept wäre statt des Bahnhofs Selnau eine neue Haltestelle unter der Selnaustrasse mit Zugang auch von der Sihlbrücke her zu errichten, was bedeutete, dass weite Teile des heutigen Bahnhofareals nach der Tieferlegung und Erweiterung des Bahntrassees überbaut werden könnten. Auch bei einem günstigen Ergebnis der Untersuchungen wird indessen ein abstimmungsreifes Projekt über die neue Bahnführung und die damit verbundenen Investitionen frühestens in zwei Jahren vorgelegt werden können. Erst nach dem rechtskräftigen Entscheid darüber kann konkret mit der Projektierung der Überbauung begonnen werden. Das Postulat müsste also bis zu seiner Erfüllung während Jahren aufrechterhalten werden. Das erscheint indessen sinnlos. Das grundsätzliche Ziel von Ziffer 1 – die Mitberücksichtigung von Wohnungen, namentlich von Kleinwohnungen, bei der Überbauung – wird nämlich vom Stadtrat als richtig anerkannt; überdies wird dem Gemeinderat das Überbauungsprojekt zur gegebenen Zeit ohnehin zu unterbreiten sein. Schliesslich ist noch das am 4. April 1973 überwiesene spätere Postulat von Dr. J. Kaufmann über Berufsschul- und Wohnbauten auf dem Bahnhofareal Selnau anhängig, das ähnliche Ziele verfolgt.

Ziffer 2 des Postulates erscheint nach der Ablehnung des Gemeinschaftszentrums Drahtschmidli in der Gemeindeabstimmung vom 30. Juni 1974 nicht mehr aktuell.

| | | |
|---|----------------------|--|
| P | 25.10.72 (7.3.73) | Bürgisser R. u. 5 M. Familiengärten in Leimbach |
|---|----------------------|--|

Der Stadtrat wird ersucht, die Freigabe des Areals Kat. Nr. 310, 3547 m² Land, anschliessend an die schon bestehenden Familiengärten im Quartier Leimbach, für diese Zwecke zu prüfen.

Der grösste Teil des in Frage stehenden Areals ist mit Vertrag vom 29. Oktober 1973 dem Verein für Familiengärten verpachtet worden; lediglich rund 400 m² blieben wie bis anhin dem Stadtförstamt als dringend benötigter Platz für Lagerungen von Schlagholz überlassen. Eine Daueranlage für Familiengärten kann auf dem Areal allerdings nicht geschaffen werden, da es als Reserve für eine allfällige Erweiterung des benachbarten Friedhofes vorgesehen ist. Indessen muss aber jedenfalls für die nächsten zehn Jahre nicht mit einer Nutzungsänderung gerechnet werden.

| | | |
|---|---------------------|--|
| P | 1.11.72 (7.3.73) | Kloter K. u. 11 M. Areal «Im Gubel» (Albisrieden), Schrebergärten und Kinderspiel- und Sportplätze |
|---|---------------------|--|

Ab Ende 1973 soll das der Stadt Zürich gehörende Wies- und Ackerland im «Gubel» Kat. Nr. 1120 und 3693 (Albisrieden) landwirtschaftlich nicht mehr bebaut werden.

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob auf diesem Gelände Schrebergärten und Kinderspiel- und Sportplätze errichtet werden könnten.

| Einreichungsdatum (Überweisungsdatum/ Auftragsnummer) | Name Ratsmitglied/Kommission Inhalt-Kurztitel |
|---|--|
|---|--|

Das Areal «Gubel» ist landschaftlich reizvoll und bietet eine einmalige Aussicht über den alten Dorfkern von Albisrieden und über das Limmattal bis nach Höngg. Es wurde deshalb als absolutes Freihaltegebiet ausgeschieden. Die Einrichtung von Familiengärten, Kinderspiel- und Sportplätzen muss aus diesem Grund abgelehnt werden. Im übrigen würde die Erschliessung des Areals grossen Schwierigkeiten begegnen und einen erheblichen zusätzlichen Aufwand erfordern. Eine zweckmässige Bewirtschaftung der Wiesen durch Pächter ist vorzuziehen, zumal sich das Gelände im Winter vorzüglich für das Schlitteln eignet. Auf die Schaffung von Familiengärten kann um so eher verzichtet werden, als nur rund 300 m weiter östlich am Hagenbuchrain, in einem landschaftlich weniger empfindlichen Gebiet, solche projektiert werden.

| | | |
|---|----------------------|---|
| P | 8.11.72 (21.3.73) | Benz-Burger L., Dr., u. 21 M. Koordination Stadt/Kanton in Finanz-, Lohn- und Sachfragen |
|---|----------------------|---|

Der Stadtrat wird eingeladen zu prüfen, wie weitere Koordinationsgespräche als zweckmässiges Instrumentarium einer guten Kooperation zwischen Stadt und Kanton hinsichtlich gemeinsamer Finanz-, Lohn- und Sachfragen anzulegen sind, damit sie zu intern verbindlichen Ergebnissen führen. Die Geschäfts- und die Rechnungsprüfungskommission wären laufend über solche Verhandlungen zu orientieren.

Über personalpolitische Probleme, namentlich über Besoldungsfragen, haben bis heute 15 Koordinationssitzungen zwischen dem Kanton Zürich und den Städten Zürich und Winterthur stattgefunden, zu denen später jeweils auch der Bund und ein Vertreter der übrigen Zürcher Gemeinden beigezogen wurden. Diese Aussprachen haben sich als sehr wertvoll erwiesen, auch wenn es nicht immer gelang, in allen Punkten eine vollständige Einigung zu erzielen. Die gemeinsam gefassten Beschlüsse wurden jedoch von allen Beteiligten stets loyal vertreten, wobei natürlich der letzte Entscheid nicht bei den Verhandlungspartnern, sondern den zuständigen politischen Behörden lag. Zu respektieren ist in diesen Fragen auch das im Personalrecht garantierte Vernehmlassungsrecht der Personalverbände, das es ausschliesst, die Verhandlungsergebnisse von vornherein für unabänderlich zu erklären. Ungeachtet dieser Schwierigkeiten darf man aber feststellen, dass sich die regelmässigen Kontakte bewährt haben und sich keine Änderungen hinsichtlich der Form aufdrängen.

Mit dem Kantonsratsbeschluss vom 1. Dezember 1975 einerseits und dem Gemeinderatsbeschluss vom 12. November 1975 andererseits ist eine praktisch vollständige Angleichung der beiderseitigen Systeme für den Teuerungsausgleich erreicht worden. Danach soll inskünftig auf die immer wieder angefochtene rückwirkende Ergänzungszulage verzichtet werden, doch sind dafür die laufenden Besoldungen bei einer stärkeren Teuerung nicht mehr bloss jährlich, sondern halbjährlich der Entwicklung der Lebenskosten anzupassen. Eine allgemeine Realloohnerhöhung steht gegenwärtig wohl ausser Diskussion. Sieht man von Sonderfällen (Polizei) ab, besteht heute auf dem Gebiet des Besoldungswesens zwischen Kanton und Stadt Zürich eine weitgehende Harmonie. Das wohl wichtigste Anliegen des Postulates darf damit als erfüllt gelten, so dass der Zeitpunkt für eine Abschreibung gekommen ist. Selbstverständlich werden aber die gegenseitigen Kontakte regelmässig fortgesetzt, denn Koordination ist grundsätzlich eine Daueraufgabe. In nächster Zeit werden aber eher Spezialfragen und nicht mehr allgemeine personalpolitische Massnahmen im Vordergrund der Gespräche stehen.

Eine Koordination in Finanz- und Sachfragen soll von Fall zu Fall erfolgen. Die rechtliche Grundlage für solche Gespräche findet sich in Art. 27 der Geschäftsordnung des Stadtrates, wonach die Abteilungsvorstände direkt mit den Behörden anderer Gemeinwesen verkehren, soweit es sich um Geschäfte handelt, die in ihre Zuständigkeit fallen oder die sie zuhanden des Stadtrates vorbereiten. Probleme von besonderer finanzieller oder politischer Bedeutung können an den regelmässigen Zusammenkünften zwischen Regierungsrat und Stadtrat erörtert werden. Die Einschaltung besonderer Koordinationsgremien würde nur zu einem schwerfälligeren Verfahren führen.

Die angeregte laufende Orientierung der Geschäftsprüfungskommission und der Rechnungsprüfungskommission über die Koordinationsgespräche verkennt die Stellung der gemeinderätlichen Kommissionen. Diese haben primär die Aufgabe, Geschäfte zuhanden des Gemeinderates vorzubereiten (Art. 35, Abs. 2, der Gemeindeordnung). Hingegen sind sie nicht befugt, sich in laufende Geschäfte einzuschalten. Das gilt gemäss ausdrücklicher Vorschrift (Art. 37, Abs. 2, der Gemeindeordnung) sogar für die Geschäftsprüfungskommission. Eine formelle Informationspflicht des Stadtrates im Sinne des Postulates ist darum abzulehnen.

| | Einreichungsdatum (Überweisungsdatum/ Auftragsnummer) | Name Ratsmitglied/Kommission Inhalt-Kurztitel |
|---|---|--|
| P | 14.2.73 (11.4.73) | Benz-Burger L., Dr., u. 7 M. Kasernenareal, Berufsschulbauten |
| | | <p>Der Stadtrat wird eingeladen, mit dem Regierungsrat Verhandlungen aufzunehmen, um mit ihm die Frage zu prüfen, ob die Kaserne oder Teile des Kasernenareals für die in naher Zukunft dringend benötigten weiteren Berufsschulen zur Verfügung gestellt werden könnten; Pläne für die Verlegung der militärischen Ausbildungsstätte liegen bekanntlich ausführungsfähig vor.</p> <p><i>Der Stadtrat hat dem Regierungsrat mit Zuschrift vom 19. März 1975 Vorschläge für die Verwendung des Kasernenareals nach der Verlegung der militärischen Ausbildungsstätten ins Reppischtal unterbreitet, nachdem eine Besprechung des Stadtpräsidenten und des Finanzvorstandes mit dem Militärdirektor vorangegangen war. Für ideal würde er die Einrichtung eines umfassenden Begegnungszentrums halten, das als Verbindungsglied sowohl zwischen jung und alt als auch zwischen Stadt und Land dienen könnte. Im Rahmen dieses Konzeptes, das auch die Freizeitgestaltung der jungen Generation und einen «Volkspark» miteinschliesst, wurde auch die Wünschbarkeit einer Berücksichtigung der Erwachsenenbildung, namentlich der Volkshochschule und der Berufsschule IV, ausdrücklich erwähnt. Die Wünsche der Stadt sind also im Sinne des Postulates und darüber hinausgehender weiterer Anliegen beim Regierungsrat angemeldet worden.</i></p> |
| P | 31.10.73 (3.7.74) | Bryner M. u. 30 M. Besoldungen in Spezialreglementen, Anpassung |
| | | <p>Der Stadtrat wird um Prüfung ersucht, die in seiner Zuständigkeit liegenden sogenannten «Spezialreglemente», wie beispielsweise das «Reglement über die Anstellung und Besoldung des Personals der Stadtspitäler und Krankenhäuser», reallohnässig der durch die hälftige Gewährung des 13. Monatslohnes beim Kanton entstandenen Differenz anzupassen und die Besoldungsansätze für die städtischen Bediensteten entsprechend zu erhöhen.</p> <p><i>Der Vergleich zwischen den Besoldungen des Kantons und der Stadt Zürich für das Spital- und Heimpersonal zeigt, dass auf städtischer Seite höchstens noch ein geringfügiger Rückstand besteht. Eine annähernde Gleichstellung mit dem Kanton konnte auch beim landwirtschaftlichen Personal des städtischen Gutsbetriebes erreicht werden; hier wurde auf den 1. Januar 1975 neben einer strukturellen Besoldungsverbesserung auch eine Reduktion der Arbeitszeit von 59 auf 52 Wochenstunden zugestanden, was zusammen – auf den Taglohn umgerechnet – Erhöhungen zwischen 17 und 29% ergab. Eine volle Übereinstimmung zwischen den kantonalen und städtischen Besoldungen besteht bei anderen Personalgruppen wie den Ober- und Assistenzärzten und dem Reinigungspersonal, die in beiden Gemeinwesen die gleichen Aufgaben versehen. Für viele Arbeitnehmer, deren Besoldungen in Spezialreglementen festgelegt sind, fehlen aber direkte Vergleichsmöglichkeiten. Zusammenfassend kann gesagt werden, dass sich gestützt auf die Einführung des 13. Monatslohnes beim Kanton heute keine Änderung der Besoldungsansätze in den Spezialreglementen mehr aufdrängt.</i></p> |
| P | 14.8.74 (28.8.74) | Ramseier H., Dr., u. 9 M. Schindlergut-Park, Freigabe zur öffentlichen Benützung |
| | | <p>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob der Park des Schindlergutes der Öffentlichkeit ab sofort zugänglich gemacht werden kann.</p> <p><i>Die Stadt hat vom Kanton auf den 1. Januar 1968 einen Teil des Schindlergutes mit 12 417,7 m² Grundfläche, umfassend insbesondere die sogenannte Villa Schindler, erworben, während der gegen das projektierte Südportal des Milchbucktunnels liegende Teil von 10 035 m² im Eigentum des Kantons verblieb. Nach dem Tauschvertrag wurde die Villa samt Umgelände dem Kanton auf unbestimmte Zeit mietweise überlassen. Im Mietobjekt ist gegenwärtig die Abteilung Brückenbau des kantonalen Tiefbauamtes untergebracht. Das Gebäude und der Park werden jeweils nach dem Ende der Bürozeit abgeschlossen. Bei einer Öffnung des Parks wäre es wegen der Art der Anlage und des baulichen Zustandes nicht möglich, das Eindringen unbefugter Personen in das Gebäude zu verhindern. In Anbetracht der dort archivierten, teils grundlegenden Akten hat deshalb der Kanton die Stadt dringend ersucht, keine solche Gefahr zu schaffen. Dieser Wunsch erscheint ver-</i></p> |

| Einreichungsdatum (Überweisungsdatum/ Auftragsnummer) | Name Ratsmitglied/Kommission Inhalt-Kurztitel |
|---|--|
|---|--|

ständig. Das Begehren nach einer sofortigen Öffnung des Parkes kann darum nicht erfüllt werden. Immerhin zeichnet sich für die Zukunft eine Lösung ab, indem die Abteilung Brückenbau in absehbarer Zeit ins neue Verwaltungsgebäude «Waltersbachstrasse» verlegt werden soll. Nachher dürfte einer Zugänglichmachung des der Stadt gehörenden Teils der Parkanlagen für die Öffentlichkeit nichts mehr im Wege stehen.

P 12.3.75/M Näf A. u. 18. M.
(3.9.75) Limmatufer, Baulanderwerb für Berufsschulbauten und Projektstudie über Uferpromenaden

Der Stadtrat wird beauftragt, am rechten Limmatufer, zwischen Drahtschmidli und Escher-Wyss-Wipkingerbrücke, vorsorglich Bauland zu erwerben für die mutmasslichen Erweiterungsbauten der Berufsschulen.

Das Limmatufer soll gemäss dringlichem Bundesbeschluss für Erholungsgebiete freigehalten werden. Für die Uferpromenade links und rechts der Limmat ist eine Projektstudie auszuarbeiten.

Abs. 1 des Postulates bezieht sich anscheinend auf das sogenannte «Anker-Areal» bei der Wipkingerbrücke. Denn die übrigen Liegenschaften am rechten Limmatufer zwischen Drahtschmidli und Wipkingerbrücke befinden sich zu einem grossen Teil bereits im Besitz der öffentlichen Hand (Kanton, Stadt, SBB); die restlichen Liegenschaften werden entweder in nächster Zeit vom Kanton für den Strassenbau erworben (Wasserwerkstrasse) oder eignen sich wegen der zu geringen Tiefe zum vornherein nicht für einen Schulhausbau (Abschnitt zwischen Dammsteg und «Anker-Areal»). Das «Anker-Areal» ist für die Erstellung der zweiten Hauswirtschaftlichen Fortbildungsschule vorgesehen. Die städtischen Bemühungen um freihändige Käufe in diesem Gebiet zeitigten aber nur einen geringen Erfolg, so dass voraussichtlich der Weg der Expropriation beschritten werden muss (vgl. Abschreibungsantrag des Stadtrates zum Postulat von U. Stiefel vom 16. Mai 1973).

Zu Abs. 2 des Postulates ist zu bemerken, dass nach den Plänen zum dringlichen Bundesbeschluss im fraglichen Flussabschnitt das rechte Limmatufer zu schützen ist. Die Projektierung des im Postulat angeregten Uferweges rechts der Limmat ist bereits eingeleitet worden. Links der Limmat ist ein solcher bis unterhalb des Lettensteges und dann vom Hardturmsteg limmatabwärts (Fischerweg) schon vorhanden. Die bestehenden Überbauungen, die zwischen diesen beiden Wegstücken liegen, lassen aber eine durchgehende Verbindung nicht zu.

P 24.9.75 Weber R. u. 1 M.
(1.10.75) Wirtschaftsrezession, Massnahmen der Stadt

Der Stadtrat wird beauftragt zu prüfen, welche Massnahmen sich infolge der veränderten Beschäftigungs- und Wirtschaftslage bereits für das kommende Jahr aufdrängen und deren Finanzierung in jedem Falle im Voranschlag 1976 sicherzustellen.

Bei der Aufstellung des Voranschlages 1976 war sich der Stadtrat des Verlangens weiter Kreise bewusst, durch gezielte Konjunkturspritzen notleidenden Wirtschaftszweigen, insbesondere der Bauwirtschaft, zu helfen und zu diesem Zweck allenfalls auch eine beträchtliche Mehrverschuldung in Kauf zu nehmen. Der Stadtrat konnte sich diesen Wünschen nicht verschliessen, obwohl ihm klar war, dass sie im Widerspruch zu den finanzpolitischen Erfordernissen einer sparsamen Haushaltsführung und einer ausgeglichenen Verwaltungsrechnung stehen.

Der vom Stadtrat unterbreitete Voranschlag 1976 stellt einen Kompromiss zwischen den divergierenden Zielen dar. Die Konsumausgaben konnten zu Gunsten der Investitionen gesenkt werden, die Bauausgaben – einschliesslich jener der Besonderen Unternehmungen – halten sich mit gegen einer halben Milliarde Franken praktisch auf der Höhe des Vorjahres, und der vorgesehene Anstieg der Neubautenschuld ist grössenmässig noch vertretbar. Der Gemeinderat genehmigte den so konzipierten Voranschlag am 17. Dezember 1975.

| | |
|---|--|
| Einreichungsdatum (Überweisungsdatum/ Auftragsnummer) | Name Ratsmitglied/Kommission Inhalt-Kurztitel |
|---|--|

Polizeiamt

P 8.12.71 Weber R. u. 2 M.
(23.2.72) Langstrasse, Verkehrsbeschränkungen

Der Stadtrat wird eingeladen zu prüfen, ob die Langstrasse im Interesse des öffentlichen Verkehrs ganz oder teilweise für den Privatverkehr gesperrt werden kann.

Im zwischen der SBB-Unterführung und der Badenerstrasse liegenden Teilstück der Langstrasse sind die Bedürfnisse des öffentlichen Verkehrs erfüllt worden. Für das Teilstück zwischen SBB-Unterführung und Limmatplatz soll im Interesse des Wohnschutzes der Privatverkehr in der Langstrasse belassen werden. Voraussetzung für die Verbesserung der Verkehrsabwicklung der öffentlichen Verkehrsmittel in diesem Teilstück ist der Umbau des Limmatplatzes, was vorgängig den Ausbau des Sihlquais bedingt. Eine entsprechende Projektvorlage an den Stadtrat zuhanden des Gemeinderates ist für das kommende Jahr vorgesehen.

P 12.1.72 Rudorf A., Dr., u. 11 M.
(22.3.72) Altstadt links der Limmat, Sperrung für den Fahrzeugverkehr

Der Stadtrat wird eingeladen zu prüfen, ob baldmöglichst die Altstadt zwischen Limmat, Münsterhof-Poststrasse, Bahnhofstrasse und Oetenbachgasse als Sperrzone zu erklären sei. Zugleich sind diese und die Sperrzonen rechts der Limmat neben den Signalisationen durch auffälligere Markierungen kenntlich zu machen.

Eine weitere Ausdehnung der bestehenden Sperrzone in der Altstadt links der Limmat lässt sich im Hinblick auf den erheblichen Widerstand der ansässigen Geschäftsleute vorläufig nicht verwirklichen. Der Stadtrat wird sich bemühen, auf dem Verhandlungsweg eine Ausdehnung der Sperrzone zu erreichen.

Für das Kennzeichnen der Sperrzonen sind die im eidgenössischen Strassenverkehrsrecht vorgesehenen Signale und Markierungen zu verwenden. Andere, auffälligere Markierungen und Signalisationen haben keine Rechtsgültigkeit und würden nicht zur Verschönerung des Stadtbildes beitragen.

P 19.4.72 Weiss E. u. 1 M.
(13.9.72) Birmensdorferstrasse, Sanierung unfallgefährlicher Kreuzung

Seit Inbetriebnahme der ausgebauten Birmensdorferstrasse zeigt sich, dass die Kreuzung Birmensdorfer-/Schweighof-/Schaufelbergerstrasse sehr unfallanfällig ist. Der Stadtrat wird deshalb ersucht zu prüfen, wie diese Kreuzung dem Verkehrsanfall entsprechend ausgebaut werden kann, damit die Verkehrssicherheit gewährleistet ist.

Die Unfallanfälligkeit dieser Kreuzung hat stark abgenommen. Im Jahre 1974 wurden nur noch 3, im Berichtsjahr nur noch 1 Unfall polizeilich registriert. In Berücksichtigung dieser Entwicklung ist vorgesehen, die aus der Birmensdorferstrasse nach links abbiegenden Automobilisten durch ein tramgesteuertes Wechselsignal «Achtung Tram» auf die besondere Gefahr aufmerksam zu machen. Bauliche Sanierungsmassnahmen erübrigen sich.

| | Einreichungsdatum (Überweisungsdatum/ Auftragsnummer) | Name Ratsmitglied/Kommission Inhalt-Kurztitel |
|---|---|---|
| P | 30.5.72 (28.6.72) | Kommission Ausbau Manesseplatz Manesseplatz, Verkehrsregelungsmassnahmen |
| | | <p>Der Stadtrat wird ersucht, mit maximalen baulichen Anpassungen die vorgesehenen Verkehrsregelungs-Massnahmen am Manesseplatz, insbesondere den Einbau einer Lichtsignalanlage, die den Fussgängern das gefahrlose Überschreiten der Fahrbahnen ermöglicht, sofort an die Hand zu nehmen.</p> <p><i>Die Eröffnung der Sihlhochstrasse hat eine wesentliche Beruhigung des Verkehrs auf dem Manesseplatz und in dessen Umgebung bewirkt. Nach Meinung des Stadtrates kann das bewilligte Projekt betreffend Ausbau des Manesseplatzes deshalb wesentlich reduziert werden. Der Einbau einer Lichtsignalanlage dürfte sich vorläufig erübrigen. Das neue Projekt kann voraussichtlich im Jahre 1976 dem Stadtrat unterbreitet werden.</i></p> |
| P | 7.6.72 (4.10.72) | Kuhn N. u. 9 M. Öffentlicher Verkehr, Priorität im Strassenverkehr |
| | | <p>Durch kräftige Annahme der Regionalverkehrsgesetzgebung und deutliche Verwerfung der Hardplatzvorlage haben die Stimmberechtigten der Stadt Zürich am 4. Juni 1972 den unmissverständlichen Wunsch zum Ausdruck gebracht, dass dem öffentlichen Verkehr nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten der Vorrang gegenüber dem individuellen Autoverkehr eingeräumt werden muss.</p> <p>Der Stadtrat wird ersucht zu prüfen, ob</p> <ol style="list-style-type: none">die städtischen Tramstrassen innert kurzer Frist vom ruhenden Verkehr befreit werden können,innert kurzer Zeit die Tramgeleise der VBZ vom parallel darüber rollenden Autoverkehr – namentlich von allen Einspurstrecken – frei gemacht werden können,die Lichtsignalanlagen an Tram- und Trolleybuslinien im Rahmen der technischen Möglichkeiten mit automatischer Grünschalung für das öffentliche Verkehrsmittel ausgerüstet werden können,verkehrsbehindernde Autoparkplätze aller Art – namentlich die Parkebenen über der Sihl an der Gessnerallee – unter Berücksichtigung der massgeblichen Rechtsverhältnisse sobald als möglich zum Verschwinden zu bringen seien, hingegen an geeigneten Orten Parkhäuser erstellt werden können,die im Bericht «Tramlinie 10, Fahrzeitmessungen und Massnahme zur Erhöhung der Reisegeschwindigkeit, Juli 1971» von einem Planungsbüro vorgeschlagenen Sanierungsmassnahmen innert drei Jahren vollumfänglich zu realisieren sind,mittels polizeilicher Massnahmen der private Autoverkehr – ausgenommen Taxidienste – in der ganzen Innenstadt einzuschränken sei und dafür der öffentliche Verkehr flüssiger gestaltet werden könnte. <p><i>Zu a: Sämtliche städtischen Tramstrassen sind vom ruhenden Verkehr befreit worden.</i> <i>Zu b: Die wenigen noch vorhandenen Einspurstrecken auf Tramgeleisen werden nach und nach aufgehoben. Oft sind jedoch hiezu bauliche Massnahmen notwendig, wie beispielsweise am Rigiplatz und an der Kreuzung Stampfenbach-/Wasserwerkstrasse.</i> <i>Zu c: Die Entwicklung des Busanmeldesystems SESAM hat es möglich gemacht, auch diese Fahrzeuge besonders zu erfassen und ihnen bessere Fahrbedingungen zu schaffen. Neue Lichtsignalanlagen werden nur noch nach Konsultation der Verkehrsbetriebe und unter Würdigung ihrer Begehren erstellt. Im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten wird an der Verbesserung sämtlicher Verkehrsregelungsanlagen zugunsten des öffentlichen Verkehrsmittels gearbeitet.</i> <i>Zu d: Das Begehren nach Aufhebung der Parkflächen über der Sihl ist vom Gemeinderat am 10. September 1975 abgelehnt worden. Im Berichtsjahr erfolgte die Betriebsaufnahme des P+R-Parkhauses Altstetten. Weitere derartige Anlagen sind in Projektierung.</i> <i>Zu e: Alle durchführbaren Massnahmen zur Verbesserung der Tramlinie 10 mit Ausnahme der Sanierung des Rigiplatzes sind ausgeführt worden. Mit der Erweiterung der Fussgängerzone Bahnhofstrasse, dem beschlossenen Umbau des Paradeplatzes, den neuen automatischen Verkehrsregelungsanlagen im Bereich Bellevue/Bürkliplatz/General-Guisan-Quai, der computergesteuerten Verkehrsregelungsanlage am Bahnhofplatz sowie der Entfernung der Linksabbieger aus dem Gelei-</i></p> |

Einreichungsdatum Name Ratsmitglied/Kommission
(Überweisungsdatum/ Inhalt-Kurztitel
Auftragsnummer)

sebereich auf dem Limmatquai bei der Rudolf-Brun-Brücke ist der öffentliche Verkehr in der Innenstadt entscheidend gefördert worden. Auch die Fussgängerzonen links und rechts der Limmat sowie die geplante Befreiung des Wermühleplatzes vom ruhenden Verkehr wirken sich für den privaten Fahrzeugverkehr einschränkend aus. Da nicht sämtliche anfallenden Bedürfnisse durch die öffentlichen Verkehrsmittel und die Taxi gedeckt werden können, sind gewisse Strassen, desgleichen Park- und Güterumschlagsflächen nach wie vor für den Privatverkehr freizuhalten.

P 8.11.72 Fehr K.
(21.3.73) Bahnhofstrasse, Umgestaltung in Fussgängerbereich

Der Stadtrat wird eingeladen zu prüfen, wie die Bahnhofstrasse in ihrer ganzen Länge ohne übertriebenen Aufwand vom individuellen Verkehr befreit und zu einem einheitlichen Fussgängerbereich gestaltet werden kann.

Mit Ausnahme des zwischen der Trülle und der Uraniastrasse liegenden Teilstückes der Bahnhofstrasse ist diese vom Bahnhof bis zum Paradeplatz eine Fussgängerzone. Über die Umwandlung des restlichen Teilstückes zwischen Paradeplatz und Bürkliplatz lässt sich im gegenwärtigen Zeitpunkt noch nichts Bestimmtes aussagen. Diese Massnahme hängt mit allfälligen Bauten auf dem Bürkliplatz sowie einer allfälligen Verlegung der Tramhaltestellen in die Bahnhofstrasse bzw. vor das Kongresshaus zusammen.

P 24.1.73 Obeid-Ruggli V., Dr., u. 2 M.
(20.6.73) Binzmühle-/Birchstrasse, Verkehrsregelungsanlage

Der Stadtrat wird ersucht, folgende Begehren zu prüfen:

1. Der individuelle Verkehr an der gefährlichen Kreuzung Binzmühle-/Birchstrasse im Quartier Oerlikon ist durch eine Lichtsignalanlage zu regeln. Damit ist vor allem dem Fussgänger, aber auch dem Motorfahrzeuglenker, für das Überqueren dieser Kreuzung mehr Sicherheit zu gewährleisten.
2. Der schienengebundene Werkverkehr, der über diese Kreuzung hin und her pendeln muss (jedoch zeitlich begrenzt ist), ist durch Relais, die in die Lichtsignalanlage eingebaut sind, vom Zugpersonal zu steuern.

Der Stadtrat hat am 17. Dezember 1975 dem Ausbau des Strassenzuges Binzmühle-/Birchstrasse zwischen der Schaffhauser- und Regensbergstrasse zuhanden des Gemeinderates zugestimmt. Auf der Kreuzung Binzmühle-/Birchstrasse ist eine Lichtsignalanlage vorgesehen. Über deren technische Ausgestaltung lässt sich im gegenwärtigen Zeitpunkt noch nichts Bestimmtes aussagen.

P 6.6.73 Buchegger Ed. u. 13 M.
(20.6.73) Binzmühlestrasse, Verkehrsregelungsanlagen

Die bis vor wenigen Jahren noch harmlose Binzmühlestrasse hat sich mittlerweile zu einer berüchtigten, intensiv befahrenen Rennstrecke entwickelt. Das Überqueren dieser Strasse entlang der drei Kindergärten, der Sprachheilschule und des Schulhauses Hürstholz erweist sich besonders für die Volksschüler, vorab jedoch die Kindergartenschüler als sehr gefährlich (9 schwere Unfälle in den letzten Jahren, davon einer tödlich). Die Errichtung von automatischen VR-Anlagen zumindest bei den Kreuzungen mit der Kugeliloo- und Hürststrasse drängt sich dringend auf.

Der Stadtrat wird gebeten, die Frage zu prüfen, ob die entsprechenden Installationen so schnell wie möglich ausgeführt werden könnten.

Seit dem Einbau von zwei Schutzinseln beim Schulhaus Hürstholz haben sich an diesen beiden Schulübergängen keine Unfälle mehr ereignet. Auf der Kreuzung Binzmühle-/Hürststrasse verzeichnete die Polizei in den Jahren 1974 und 1975 drei Kollisionen und einen Unfall mit einem Fussgänger, welcher dabei leicht verletzt wurde. An der Verzweigung Binzmühle-/Kugeliloostrasse haben sich in dieser Zeitspanne nach der polizeilichen Statistik keine Verkehrsunfälle ereignet. Angesichts dieser Sachlage erachtet der Stadtrat das Aufstellen von Lichtsignalanlagen an den erwähnten Kreuzungen nicht als notwendig.

| | Einreichungsdatum (Überweisungsdatum/ Auftragsnummer) | Name Ratsmitglied/Kommission Inhalt-Kurztitel |
|---|---|---|
| P | 15.8.73 (28.11.73) | Felix P. u. 19 M. Unterschriftenkontrolle bei Initiativen und Referenden |
| | | <p>Die Kontrolle der Unterschriften bei Initiativen und Referenden erfordert bei der Einwohnerkontrolle und bei den Kreisbüros jeweils einen unverhältnismässig grossen Arbeits- und Personalaufwand, besonders wenn erheblich mehr als die verlangten 4000 Unterschriften eingereicht werden. Zur Vereinfachung der Verwaltung und um das vorhandene Personal für sinnvollere Aufgaben freizuhalten, bitten wir den Stadtrat zu prüfen, ob in Zukunft nicht ein einfacheres Verfahren angewendet werden kann, indem</p> <p>a) bei Gemeindeangelegenheiten die eingereichten Unterschriften nur so weit auf ihre Gültigkeit geprüft werden, bis die Zahl 4000 erreicht ist,</p> <p>b) auf dem Weg von Verhandlungen mit den zuständigen Instanzen auch für kantonale und eidgenössische Angelegenheiten eine entsprechend rationellere Regelung vereinbart wird.</p> <p><i>Das vom Postulanten angeregte einfachere Verfahren bedingt in erster Linie eine Änderung des kantonalen Gesetzes über das Vorschlagsrecht des Volkes vom 1. Juli 1969. Am 9. Oktober 1974 hat der Regierungsrat dem Kantonsrat u. a. eine Änderung der Gesetze betreffend die Wahlen und Abstimmungen vom 4. Dezember 1955 und über das Vorschlagsrecht des Volkes vom 1. Juli 1969 beantragt. Auf Grund der Neuregelung ist inskünftig lediglich noch die erforderliche Zahl der gültigen Unterschriften abzuklären. Ferner ist die Beglaubigung und Kontrolle der Unterschriften nicht nur bei fakultativen Referenden, sondern auch bei Initiativen in Zukunft nach Einreichung der Bogen von Amtes wegen vorzunehmen. Mit dieser Lösung entspricht der Regierungsrat den verschiedenen vom Stadtrat gestellten Begehren.</i></p> |
| P | 29.8.73 (16.1.74) | Fröhlich H.U. u. 1 M. Leimbach-/Soodstrasse, Verkehrsregelungsanlage |
| | | <p>Die Überbauung Mittelleimbach ist in vollem Gang. Dadurch wird auch die Verkehrsbelastung der Leimbachstrasse stark zunehmen. Da die an sich vorgesehenen baulichen Massnahmen in nächster Zukunft kaum realisierbar sein werden, wird der Stadtrat um Prüfung der Frage ersucht, den Verkehr im Bereich der Einmündung Leimbachstrasse/Soodstrasse beim Bahnhof Leimbach durch eine Lichtsignalanlage zu regeln.</p> <p><i>Die gewünschte Lichtsignalanlage ist am 13. Oktober 1975 in Betrieb genommen worden.</i></p> |
| P | 5.9.73 (28.11.73) | Kloter K. u. 2 M. Albisriederstrasse, Verkehrssanierung beim «Hubertus» |
| | | <p>Da der Verkehr am «Hubertus» immer mehr chaotische Formen annimmt (nicht nur während der Verkehrsspitzen), wird der Stadtrat gebeten, die Möglichkeit einer raschen und wenig aufwendigen Verkehrssanierung zu prüfen, und zwar durch polizeiliche Massnahmen, insbesondere Lichtsignalanlagen, und unter Bevorzugung des öffentlichen Verkehrs.</p> <p><i>Eine grundlegende Sanierung des Platzes lässt sich ohne grossräumige Bauten nicht verwirklichen. Im Zusammenhang mit den baulichen Anpassungen der Haltestellen der Tramlinie 3 an das neue Rollmaterial der Verkehrsbetriebe werden jedoch auch bei der Haltestelle Hubertus kleine Verbesserungen für die Trambenutzer erreicht.</i></p> |
| P | 12.9.73 (28.11.73) | Bezzola R. Sihlfeldstrasse/Badenerstrasse, Verkehrsverhältnisse |
| | | <p>In der Sihlfeldstrasse bildet sich oft in der linken Fahrspur vom Bullingerplatz zum Lochergut eine stehende Autokolonne, während die rechte Fahrspur in Richtung Bertastrasse weitgehend unbenutzt bleibt. Der Stadtrat wird um Prüfung folgender Fragen ersucht:</p> <ol style="list-style-type: none">1. Dürfte die Grünphase zur Überquerung der Badenerstrasse nicht länger dauern?2. (Zurückgezogen)3. Bessere Synchronisierung der Lichtsignalanlagen im Zuge der Sihlfeld- und Weststrasse.4. Besteht nicht eine Möglichkeit, den schweren Durchgangsverkehr umzuleiten, um die Wohngebiete zu schonen? |

| Einreichungsdatum (Überweisungsdatum/ Auftragsnummer) | Name Ratsmitglied/Kommission Inhalt-Kurztitel |
|---|--|
|---|--|

Eine Verlängerung der Grünphase der Sihlfeldstrasse würde zwangsläufig eine Reduktion derjenigen der Badenerstrasse nach sich ziehen, was mit den Massnahmen zur Förderung der Priorität der öffentlichen Verkehrsmittel nicht zu vereinbaren wäre. Durch eine solche Umstellung würden auch die Fussgänger weniger Zeit erhalten, um die parallel zur Badenerstrasse liegenden Fussgängerstreifen gesichert überqueren zu können.

Aus verkehrstechnischen Gründen ist es nicht möglich, die beiden Phasen Badenerstrasse und Sihlfeldstrasse koordiniert in die Weststrasse zu leiten, da die benachbarte Lichtsignalanlage Kalkbreite-/Weststrasse auch den Verkehr in der Kalkbreitestrasse zu berücksichtigen hat.

Eine Alternative zur Umleitung des schweren Durchgangsverkehrs besteht leider nicht. Innerhalb des Stadtgebietes gibt es keine Entlastungsstrecke, die nicht ebenfalls durch Wohngebiete führen würde. Auch ausserhalb der Stadt Zürich gibt es keine Umfahrungsmöglichkeit. Lücken im Strassennetz der Stadtperipherie sowie Schwierigkeiten bei Ortsdurchfahrten verunmöglichen das problemlose Einrichten einer provisorischen Umfahrung für den nichtstadorientierten Durchgangsverkehr. Da solche Umfahrungsstrassen durch Nachbargemeinden führen würden, die selbstverständlich auch kein Interesse an der Übernahme des Schwerverkehrs haben, hat die Stadt ohnehin keine nennenswerten Eingriffsmöglichkeiten.

| | | |
|---|-----------------------|--|
| P | 12.9.73 (12.12.73) | Müller-Bertschi I. u. 15 M. Parkuhrgebühren, Erhöhung und Neuverteilung |
|---|-----------------------|--|

Der Stadtrat wird um Prüfung ersucht, für die Erhöhung und Neuverteilung der Parkuhrgebühren folgende Vorkehren zu treffen:

1. Kurzfristig sind die Parkuhrgebühren in der Innenstadt von 50 Rp. auf 1 Fr., in den übrigen Geschäftsquartieren von 20 Rp. auf mindestens 50 Rp. pro Stunde zu erhöhen.
2. Auf längere Frist ist das Niveau der Parkplatzpreise je nach Zone weiter anzuheben. Bei der längerfristigen Lösung sind mehrere Preisstufen vorzusehen, so dass für jede Zone Parkplatzangebot und -nachfrage in Übereinstimmung gebracht werden können. Dies ist dann der Fall, wenn jederzeit 10% der Parkplätze freistehen. Das Parkplatzangebot ist so auf die vorhandenen Strassen abzustimmen, dass ein flüssiger Verkehr ohne Behinderung des öffentlichen Transportmittels möglich wird.
3. Der bisherige Verwendungszweck der Parkuhrgebühren zur Schaffung und zum Unterhalt von Parkierungsanlagen wird durch eine Vorlage aufgehoben, die folgende neue Zweckbestimmung vorsieht: Die Nettoeinnahmen aus den Parkuhrgebühren werden zur Hälfte für den öffentlichen Verkehr (VBZ), ein Viertel für Umweltschutzmassnahmen (Schutz der Bevölkerung vor den Auswirkungen des Privatverkehrs), ein Viertel für Park-and-Ride-Anlagen verwendet.

Die gegenwärtige wirtschaftliche Lage und die Auswirkungen der verschiedenen Einkaufszentren in unmittelbarer Nähe von Zürich lassen in absehbarer Zeit die vorgeschlagene Erhöhung der Parkuhrgebühren nicht zu. Die Nettoeinnahmen aus den Parkuhrgebühren können schon heute für das Finanzieren des Park-and-Ride-Systems verwendet werden. Im Hinblick auf die Anzahl und den Umfang der geplanten und projektierten Park-and-Ride-Anlagen ist es nicht zweckmässig, weitere Verwendungszwecke für die Nettoeinnahmen festzulegen.

| | | |
|---|-----------------------|--|
| P | 3.10.73 (12.12.73) | Schalcher E. u. 2 M. Pendler-Motorfahrzeuge, Herabsetzung |
|---|-----------------------|--|

Die Überflutung des städtischen Strassennetzes durch den fließenden und ruhenden Verkehr rührt vor allem von den Pendlern her. Im Bestreben, die Zahl der einfahrenden Motorfahrzeuge zu reduzieren, wird der Stadtrat gebeten, folgende Fragen zu prüfen:

1. Gibt es Möglichkeiten, die Pendler zu veranlassen, statt einzeln vermehrt gemeinsam, z. B. zu zweit oder zu dritt, zur Arbeit zu fahren?
2. Lassen sich für den Zubringerdienst zu abgelegenen Siedlungen in der Umgebung der Stadt nicht morgens und abends öffentliche Sammeltransporte organisieren? Können die Wohn-gemeinden der Pendler zur Übernahme von bei solchen Sammeltransporten allfällig entstehenden Defiziten veranlasst werden?
3. Würde das Erheben einer Gebühr von allen auswärtigen Pendlern das tagelange Gratisparkieren in den Strassen der Wohngebiete rund um die City nicht eindämmen?

| Einreichungsdatum (Überweisungsdatum/ Auftragsnummer) | Name Ratsmitglied/Kommission Inhalt-Kurztitel |
|---|--|
|---|--|

Es besteht die Möglichkeit, Aufrufe an alle grösseren Betriebe in der Stadt Zürich zu erlassen mit der Bitte, innerhalb ihres Betriebes solche Sammeltransporte anzulegen und zu organisieren. Da selbst während der Benzinkrise im Jahre 1973 derartige Aufrufe kaum Widerhall fanden, hält es der Stadtrat für wenig sinnvoll, im gegenwärtigen Zeitpunkt solche Aufrufe zu erlassen. Der vom Postulanten angeregte direkte Zubringerdienst nach abgelegenen Siedlungen in der Umgebung der Stadt würde einen ganz erheblichen zusätzlichen Aufwand an Personal, Fahrzeugen und Finanzen erfordern. Die Hauptlast der Fehlbeträge hätten Vorortsgemeinden zu tragen. Eine solche Lösung brächte eine Verzettelung der vorhandenen beschränkten personellen sowie materiellen Mittel und kann daher nicht befürwortet werden. Die Schwierigkeit des Erhebens einer Gebühr von auswärtigen Pendlern liegt darin, die Pendlerfahrzeuge von den übrigen Fahrzeugen auszusortieren. Die hierfür notwendige Organisation würde in keinem Verhältnis zum Ertrag stehen, insbesondere wenn man berücksichtigt, dass die ausserhalb der City aufgestellten Fahrzeuge weder den öffentlichen noch den privaten Verkehr allzustark behindern.

| | | |
|---|---------------------|--|
| P | 6.2.74 (14.8.74) | Christinat H. u. 1 M. Regional-Schiessanlage Altstetten/Schlieren |
|---|---------------------|--|

Bereits im Jahre 1960 bezeichnete der Stadtrat in einer Interpellationsantwort die Verlegung der Schiessanlage Dunkelhölzli in Altstetten aus siedlungshygienischen Gründen als zweckmässig. Inzwischen sind weitere Wohnüberbauungen im Hinblick auf diese Verlegung in unmittelbarer Nähe der veralteten Anlage erstellt worden, deren Wohnqualität durch den Schiesslärm stark beeinträchtigt wird.

Der Stadtrat wird deshalb ersucht zu prüfen, ob er mit den zuständigen Instanzen der Gemeinde Schlieren in Verhandlungen treten könnte, um die Schaffung eines Regionalschiessplatzes an der Stadtgrenze Altstetten/Schlieren anzustreben.

Das seit längerer Zeit vorliegende Projekt der Stadt Zürich für eine neue Schiessanlage ist im Sinne einer Zusammenlegung mit dem bereits erstellten Schiessstand «Horgen» Schlieren und einer optimalen technischen Ausgestaltung als Regionalschiessplatz zu überprüfen.

Der Stadtrat wird zudem ersucht zu prüfen, ob und wie das neue Schützenhaus auch andern Sportarten (Vita-Parcours, Finnenbahn usw.) als Garderobe zur Verfügung gestellt werden könnte.

Am 19. September 1975 hat der Stadtrat beschlossen, anstelle des seinerzeit vorgesehenen Neubaus einer Schiessanlage in Schlieren die Schiessanlage Hasenrain im Quartier Albisrieden zu erweitern und auf den Zeitpunkt der Inbetriebnahme der erweiterten Anlage Hasenrain die Schiessanlage Dunkelhölzli im Quartier Altstetten aufzuheben. Gleichzeitig hat er das Projekt und den Kostenvoranschlag für die Erweiterung der Schiessanlage Hasenrain genehmigt.

| | | |
|---|---------------------|---|
| P | 12.3.75 (3.9.75) | Näf A. u. 3 M. Verkehrsregelungsanlage Friesenberg-/Schweighofstrasse, Änderung (Busvortritt) |
|---|---------------------|---|

Der Stadtrat wird ersucht zu prüfen, ob dem Trolleybus 32 von der Friesenbergstrasse in die Schweighofstrasse, durch Umschaltung der Lichtsignalanlage, der Vortritt gewährt werden könnte.

Die postulierte Bevorzugung der Trolleybuslinie Nr. 32 ist am 1. Oktober 1975 verwirklicht worden.

| Einreichungsdatum (Überweisungsdatum/ Auftragsnummer) | Name Ratsmitglied/Kommission Inhalt-Kurztitel |
|---|--|
|---|--|

Gesundheits- und Wirtschaftsamt

| | | |
|---|--------------------------|----------------------------------|
| A | 24.5.67 (27.9.67/677) | Weiss E. u. 3 M. Marktzentrum |
|---|--------------------------|----------------------------------|

Mit Beschluss des Stadtrates vom 27. April 1967 wurde die Verlegung der Engrosmärkte von der Ausstellungsstrasse unter die Europabrücke angeordnet. Die dadurch betroffenen Gemüseproduzenten und Marktstand-Inhaber haben dagegen Rekurs eingelegt. In Eingaben an den Stadtrat sowie an einer Versammlung vom 5. Mai 1967 haben sie begründet, dass diese Verlegung die Verwertung von Inlandgemüse und -obst schädigt und den Interessen der Konsumentenschaft von Zürich an der Erhaltung einer zürcherischen Gemüseproduktion widerspricht.

Dem Stadtrat wird angeregt,

1. auf dem für diesen Zweck bestimmten Areal in der Herdern ein Marktzentrum zu schaffen, in dem der Import- und Inlandmarkt zusammengefasst wird;
2. seinen Beschluss vom 27. April 1967 in Wiedererwägung zu ziehen und auf die Verlegung der Engrosmärkte bis zur Erstellung obigen Marktzentrums zu verzichten;
3. alle Möglichkeiten für eine Verbesserung der Markt- und Verkehrsverhältnisse an der Ausstellungsstrasse zu prüfen unter Berücksichtigung der eingereichten Vorschläge der Gemüseproduzenten.

Zu Ziffer 1: Mit Weisung 185 vom 3. September 1975 beantragt der Stadtrat dem Gemeinderat die Beteiligung der Stadt an der Genossenschaft Engrosmarkthalle, so dass dieser Teil der Anregung abgeschrieben werden kann.

Zu Ziffern 2 und 3: Der Stadtrat hat diese in seine Zuständigkeit fallenden Teile der Anregung mit Beschluss vom 9. Mai 1968 als erledigt abgeschrieben.

| | | |
|---|----------------------|--|
| P | 14.4.71 (15.9.71) | Wagner Th. u. 16 M. Brevier über die Stadt Zürich für Ausländer |
|---|----------------------|--|

Der Stadtrat wird eingeladen, die Frage zu prüfen, ob für die in der Stadt Zürich sich aufhaltenden oder niedergelassenen Ausländer ein kleines, in verschiedenen Sprachen gedrucktes Brevier über die Stadt Zürich herausgegeben werden soll, das die wichtigsten historischen, statistischen und organisatorischen Angaben enthält. Gleichzeitig sollte dieses Brevier Auskunft über den Aufbau und die Zusammensetzung der politischen Behörden geben wie auch Wissenswertes über kulturelle, wissenschaftliche, wirtschaftliche und sportliche Institutionen vermitteln.

Im heutigen Zeitpunkt einer veränderten Wirtschaftslage stellt sich bei dem starken Rückgang einreisender ausländischer Arbeitskräfte die Ausarbeitung eines Breviers im Sinne der Postulanten nicht mehr in gleicher Intensität dar wie noch vor wenigen Jahren. Nach wie vor bedürfen die bei uns wohnenden ausländischen Arbeitnehmer zahlreicher Informationen. Diesem Orientierungsbedürfnis entspricht die Koordinationsstelle für Ausländerfragen durch die Herausgabe der Informationsblätter. Weitere Informationsschriften sollen nach Bedarf konzipiert werden. Im Hinblick auf die heutige Finanzlage kann die Herausgabe eines – an sich sehr wertvollen – Breviers im geforderten Umfang in nächster Zeit nicht in Frage kommen.

| | | |
|---|----------------------|--|
| P | 22.3.72 (23.8.72) | Obeid-Ruggli V., Dr., u. 7 M. Wohnungstausch-Vermittlungsstelle |
|---|----------------------|--|

In der Stadt Zürich besteht ein erheblicher Wohnungsmangel. Der Stadtrat wird deshalb ersucht zu prüfen, ob in der Stadt nicht eine Vermittlungsstelle zu schaffen wäre, wo gegenseitig Wohnungen verschiedener Grösse zum Tausch angemeldet werden könnten.

Einreichungsdatum Name Ratsmitglied/Kommission
(Überweisungsdatum/ Inhalt-Kurztitel
Auftragsnummer)

Im Zeitpunkt des angespanntesten Wohnungsmarktes versuchte das Postulat eine neue Lösung aufzuzeigen. Die beim städtischen Wohnungsnachweis wie auch bei der Liegenschaftenverwaltung unternommenen Versuche für Wohnungsabtausch konnten indessen keinen Erfolg melden, möglicherweise, weil eine Verständigung zwischen den interessierten Mietern ohne die Zustimmung des Vermieters ohnehin wirkungslos blieb. In der Zwischenzeit hat sich die Lage auf dem Wohnungsmarkt grundlegend geändert, und es besteht ein bedeutendes Überangebot an freien Wohnungen.

P 6.9.72 Spinner H. J. u. 10 M.
(24.1.73) Freibäder, Traglufthallen

Das Angebot an Bade- und Schwimmmöglichkeiten ausserhalb der Sommersaison ist unbefriedigend.

Der Stadtrat wird ersucht zu prüfen, ob mit Traglufthallen über beheizten Bädern, z. B. Letzigraben und Seebach, eine Verbesserung möglich wäre.

Der Gemeinderat hat am 10. Dezember 1975 der Abschreibung der am 7. November 1973 eingereichten Motion von Rolf Balsiger und Dr. Erwin Kunz zugestimmt, weil die darin verlangte Aufstellung von Traglufthallen auf Sport- und Tennisplätzen auf Grund der geltenden Bestimmungen über die Freihaltezonen unerfüllbar ist. Das gleiche gilt in bezug auf die durchwegs in der gleichen Zone liegenden Sommerbadeanlagen.

P 28.11.73 Blatter C.
(15.5.74) Schulentlassene Töchter, Zwischenbeschäftigung bis zum
Ausbildungsbeginn in med.-techn. Berufen und als Krankenschwester

Der Stadtrat wird ersucht zu prüfen, wie die heute unbefriedigende Situation für der Schule entlassene Töchter, die sich erst im Alter von 17 bis 18 Jahren der eigentlichen Ausbildung für die medizinisch-technischen sowie für den Krankenschwesterberuf zuwenden können, sinnvoll überbrückt werden kann.

Die Tatsache, dass in der Regel erst mit 18–20 Jahren jene Reife erreicht wird, die es gestattet, das ausgebildete Krankenpflege- und ärztliche Hilfspersonal in die anspruchsvolle Tätigkeit zu entlassen, lässt es kaum als denkbar erscheinen, eines Tages die Ausbildung für diese Berufe unmittelbar an die obligatorische Schulpflicht anzuschliessen. Dies würde eine viel zu lange Dauer der spezifischen Ausbildung verlangen, die weder von den Institutionen noch vom finanziellen Aufwand her verkraftet werden könnte und die Beurteilung der Eignung zu einem Zeitpunkt erfordern würde, der nach allen bisherigen Erfahrungen zu früh ist. Das Eintrittsalter für die Ausbildung in den Krankenpflegeberufen ist in den letzten Jahren laufend herabgesetzt worden. Da die Berufe der Krankenpflege vor allem gute charakterliche Eignung verlangen, sind für eine Überbrückung der Wartezeit alle Tätigkeiten geeignet, die dem jungen Menschen Lebenserfahrung, Kontakt mit Mitmenschen, Anpassung an wechselnde Situationen und Vertiefung der Allgemeinbildung vermitteln. Im Anschluss an ein Haushaltjahr – vorzugsweise in einem andern Sprachgebiet – empfiehlt es sich, ein Vorpraktikum als Schwesternhilfe anzutreten. Bei den Anwärterinnen für die dreijährige Ausbildung wird es nötig sein, das Hauptgewicht zudem noch auf eine bessere schulische Vorbereitung zu legen.

Mit der Herabsetzung des Eintrittsalters auf 18 bzw. 17 Jahre ist die Zeit zwischen Schulaustritt und Antritt der Ausbildung so kurz geworden, dass sie ohne Mühe sinnvoll ausgenutzt werden kann. In diesem Sinne sei an das Zürcher Sozialjahr und an die Jahreskurse der Hauswirtschaftlichen Fortbildungsschule, die teilweise als Vorkurse für Spitalberufe geführt werden, erinnert.

P 23.4.75 Leuenberger M.
(1.10.75) Drogenklinik, Behördeninitiative auf Errichtung durch den Kanton

Der Stadtrat wird zur Prüfung beauftragt, bei den kantonalen Behörden mittels einer Behördeninitiative dringend die Errichtung einer Klinik für Drogenabhängige mit einer Abteilung für Untersuchungsgefangene zu fordern. Der Stadtrat soll sich zuhanden des Kantons bereit erklären, einen finanziellen Beitrag an diese Klinik zu leisten, und den kantonalen Behörden jede Hilfe anbieten.

Das Begehren des Postulanten ist vom Stadtrat mit Beschluss vom 12. Dezember 1975 erfüllt worden.

| Einreichungsdatum (Überweisungsdatum/ Auftragsnummer) | Name Ratsmitglied/Kommission Inhalt-Kurztitel |
|---|--|
|---|--|

Bauamt I

A 3.10.56 Suter J.
(16.1.57/555) Birchstrasse, Ausbau

Der Stadtrat wird eingeladen, dem Gemeinderat beförderlichst Projekt und Kostenvoranschlag für den Bau bzw. Ausbau der Birchstrasse im Stadtkreis 11 zu unterbreiten und die notwendigen Vorarbeiten zu treffen, dass mit der Fertigstellung der Strasse die längst notwendige Autobuslinie Bucheggplatz–Birchstrasse–Tramendstation Seebach in Betrieb genommen werden kann.

Der Ausbau der Birchstrasse im Abschnitt Neunbrunnen- bis Glattalstrasse ist Bestandteil des Projektes für die Höngerbergtangente.

A 9.9.59 Diggelmann W., Dr.
(9.12.59/583) Fussgängerunterführung Bellevueplatz

Der Stadtrat wird eingeladen, die Frage zu prüfen und dem Gemeinderat ohne Verzug, also ohne die noch in ungewisser Zukunft liegenden definitiven Verkehrslösungen abzuwarten, Bericht und Antrag zu stellen, am Bellevueplatz durch die Erstellung von Fussgängerunterführungen eine rasche und fühlbare Verbesserung der für alle Verkehrsteilnehmer prekären Verhältnisse zu schaffen.

Die Erstellung von Fussgängerunterführungen – unabhängig von einem Gesamtausbau des Bellevues – ist nicht realisierbar. Lediglich der Bau einer Fussgängerunterführung im Zuge des Utoquais wird im Zusammenhang mit dem Neubau der Quaibrücke geprüft werden können. Aus ästhetischen Gründen hat es der Stadtrat abgelehnt, eine Fussgängerpasserelle als Provisorium zwischen Utoquai und Traminself aufzustellen.

A 9.11.60 Frey H. u. 8 M.
(8.2.61/609) Personenunterführung Goldbrunnenplatz

Der Stadtrat wird ersucht, am Goldbrunnenplatz in Zürich 3 mit möglichster Beschleunigung eine zweckmässige Personenunterführung erstellen zu lassen.

Wie schon im Geschäftsbericht 1974 ausgeführt, kann am Goldbrunnenplatz mit vertretbarem Aufwand keine Fussgängerunterführung erstellt werden. Die Prüfung verschiedener Möglichkeiten der Neuorganisation des Verkehrs im Hinblick auf eine Entlastung des Goldbrunnenplatzes zugunsten der Fussgänger hat keine Lösung erbracht, bei der nicht Wohnquartiere mit neuem Verkehr belastet würden.

A 8.2.61 Braunschweiler E., Dr.
(3.5.61/614) Seebacherstrasse, Ausbau

Der Stadtrat wird ersucht, baldmöglichst die Seebacherstrasse, die wichtige Verbindung zwischen Affoltern und Seebach, vor allem auf der Strecke durch das Hürstholz auszubauen und dem Gemeinderat Antrag zu stellen.

Der Ausbau der Seebacherstrasse ist Bestandteil des Projektes für die Höngerbergtangente.

| | Einreichungsdatum (Überweisungsdatum/ Auftragsnummer) | Name Ratsmitglied/Kommission Inhalt-Kurztitel |
|---|---|--|
| A | 24.8.61 (29.9.61/622) | Lötscher P. Hönggerberg-Strassentunnel |
| | | <p>Der neue Altstetter Viadukt als der westlichste Anschlusspunkt an die Autobahn West wird inskünftig einen sehr grossen Verkehr aufweisen.</p> <p>Dieser Viadukt stösst an seinem nördlichen Ende gegen das rechte Limmatufer, von diesem Punkt aus ist eine flüssige Verkehrsabwicklung nicht möglich, stadteinwärts würde der Verkehr dem Zweck des Viadukts entgegengesetzt geleitet, und in westlicher Richtung können die nördliche Stadt und das Glattal nur auf grossen Umwegen erreicht werden.</p> <p>Die Erstellung eines verhältnismässig kurzen Strassentunnels in nordöstlicher Richtung als Verlängerung des Viaduktes in den Kreis 11 würde das ganze Glattal und sogar die Ostschweiz mit dem Limmattal, der Westschweiz und der Zentralschweiz auf kürzestem Wege und günstig verbinden.</p> <p>Gleichzeitig würde dadurch eine grosse Entlastung erreicht für den Escher-Wyss-Platz, die Wipkinger Brücke, den Bucheggplatz usw. Die grossen Steigungen könnten gemieden und die Belastung durch den Lärm und die Luftverunreinigungs-Abgase auf ein erträgliches Mass reduziert werden.</p> <p>Die Sanierung des Escher-Wyss-Platzes/Wipkinger Brücke usw. ist ohne vorherige massive Abschwächung des Verkehrs in dieser Gegend nicht denkbar.</p> <p>Der Stadtrat wird eingeladen, diese Frage umgehend zu prüfen mit Bericht und Antrag an den Gemeinderat.</p> <p><i>Der Anregung wird mit dem Projekt für die Hönggerbergtangente mit Hönggerbergtunnel entsprochen.</i></p> |
| A | 18.9.63 (29.1.64/651) | Müller W., Dr. Parkhaus Gloriamstrasse |
| | | <p>Zur Beschaffung von mehr Parkraum im Hochschulviertel und beim Kantonsspital innert kürzester Frist wird die Erstellung einer Parkgarage an der Gloriamstrasse in Zürich 7 im untern Teilstück angeregt.</p> <p>Der Stadtrat wird ersucht, dem Gemeinderat baldmöglichst Projekt und Kostenvoranschlag für den Bau einer solchen Parkgarage vorzulegen.</p> <p><i>Die von der Liegenschaftenverwaltung am 3. Dezember 1974 unterbreitete vertragliche Regelung kam nicht zustande. Dies hängt damit zusammen, dass die früher als feste Mieter in Diskussion gewesenen Partner ETHZ und Universität nicht mehr in der Lage sind, ihre Absichten zu verwirklichen. Wegen der geänderten wirtschaftlichen Lage kann heute eine baldige Realisierung nicht erwartet werden. Ausserdem wird das Parkplatzproblem für das Hochschulquartier langfristig mit der Sonderbauordnung Hochschulquartier geregelt, wobei das Parkhaus Gloriamstrasse nicht erforderlich ist.</i></p> |
| A | 7.6.68 (4.9.68/696) | Scotoni A. E., Dr., u. 2 M. Binzmühle-/Glattalstrasse, Ausbau |
| | | <p>Durch die Studien des Stadtplanungsamtes, wonach der Schwerverkehr aus dem Furttal und dem Wehntal durch die Regensbergstrasse zur Umgehung der City Oerlikon geführt werden soll, ist die Bevölkerung des Kreises 11 beunruhigt worden. Damit würden nämlich die Schulwege der Kinder zu den 5 Schulhäusern auf diesem Strassenstück vermehrt gefährdet.</p> <p>Der Stadtrat wird höflich eingeladen, abzuklären und dem Gemeinderat berichtend Antrag zu stellen, ob nicht durch</p> <ol style="list-style-type: none">1. einen vordringlichen Ausbau der Binzmühlestrasse mit der verbesserten Bahnunterführung in Seebach sowie2. den Ausbau der Verbindung der Glattalstrasse mit der Überlandstrasse und die Erstellung der geplanten Verlängerung dieser Strasse entlang zur Grenze mit Opfikon bis Einmündung Aubrücke eine entscheidende Entlastung des innerstädtischen Durchgangsverkehrs und Schwerverkehrs in Oerlikon erreicht wird. |

| Einreichungsdatum (Überweisungsdatum/ Auftragsnummer) | Name Ratsmitglied/Kommission Inhalt-Kurztitel |
|---|--|
|---|--|

Die Projekte für eine Umfahrung von Oerlikon mit Ausbau der Binzmühlestrasse und für einen Abschnitt der Glattalstrasse zur Erschliessung des Auzeigquartiers (Weisungen 233 und 234 vom 17. Dezember 1975) liegen vor. Die Bearbeitung des Projektes für das noch fehlende Zwischenstück der Glattalstrasse zwischen Schaffhauser- und Hagenholzstrasse wird noch längere Zeit beanspruchen. Vgl. auch die Volksinitiative vom 21.12.73 (24.4.74).

| | | |
|---|--------------------------|--|
| A | 20.6.68 (18.9.68/697) | Elmer P. Fussgängerunterführung Hirschenplatz, Schwamendingen |
|---|--------------------------|--|

Der Stadtrat wird gebeten, dem Gemeinderat so rasch als möglich ein Projekt für den Bau einer Fussgängerunterführung beim Hirschenplatz, Schwamendingen, zu unterbreiten.

Alle Bemühungen bei der Planung Hirschenplatz sind darauf ausgerichtet, den motorisierten Verkehr einzudämmen, um Raum für das Tram zu finden und den Platz soweit wie möglich den Fussgängern zur Verfügung zu stellen. Die definitive Platzgestaltung hängt allerdings von mehreren heute noch offenen Entscheiden ab, etwa von der Tramverlängerung nach Schwamendingen oder dem Bau der Sagentobelbachstrasse zur Überlandstrasse als Umfahrung von Schwamendingen mit Anschluss an die N1 bei der Aubrugg. Studiert wird auch die Möglichkeit einer unterirdischen Umfahrung des Hirschenplatzes im Zuge der Stettbachstrasse. Fest steht jedoch schon heute, dass die Fussgänger nicht in eine Unterführung verbannt werden wollen. Aus diesem Grunde kann die Anregung abgeschrieben werden. (Vgl. auch die Motion vom 23.8.72 [25.10.72].)

| | | |
|---|---------------------------|---|
| A | 30.10.68 (29.1.69/711) | Scotoni A. E., Dr., u. 2 M. Birchstrasse, Ausbau |
|---|---------------------------|---|

Mit Rücksicht auf die Verkehrskalamität in Seebach drängt sich eine Überprüfung sämtlicher möglichen Sofortmassnahmen auf.

Der Stadtrat wird deshalb höflich eingeladen zu prüfen, ob nicht durch einen einfachen Ausbau der Birchstrasse ab Kreuzung Neunbrunnenstrasse bis Einmündung Felsenrainstrasse eine wesentliche Verbesserung erreicht wird. Sollte dies zutreffen, wird der Stadtrat eingeladen, dem Gemeinderat eine entsprechende Vorlage zu unterbreiten.

Gleiche Begründung wie zu Anregung/Auftrag vom 3.10.56 (16.1.57/555).

| | | |
|---|---------------------------|--|
| A | 13.11.68 (29.1.69/713) | Gucker A. Tramtrasse Bellevueplatz–Bahnhofstrasse |
|---|---------------------------|--|

Während der Verkehrsspitzen ist die gegenseitige Behinderung von «Pneu und Gleis» bei der Quaibrücke so gross, dass Verkehrszusammenbrüche zu befürchten sind.

Der Stadtrat wird gebeten, die Entflechtung dieser Knotenpunkte sofort in die Wege zu leiten durch bauliche Massnahmen, die eine kreuzungsfreie Tramführung vom Bellevue zur Bahnhofstrasse gewährleisten.

Das Projekt für einen Neubau der Quaibrücke sieht drei Tramgeleise in Brückenmittellage vor. Zusammen mit dem im Jahre 1974 eingeführten neuen Verkehrsregime zwischen Bellevue- und Kreuzplatz und einer elektronisch gesteuerten Verkehrsregelungsanlage wird sich eine spürbare Verbesserung des Verkehrsablaufes ergeben. Das Tram kreuzungsfrei vom Bellevueplatz zur Bahnhofstrasse zu führen, ist nicht möglich. (Vgl. auch die Volksinitiative vom 12.6.74 [4.9.74].)

| | | |
|---|--------------------------|--|
| A | 29.4.70 (20.5.70/747) | Meier Arthur u. 9 M. Winterthurerstrasse, unterirdische Führung im Zentrum Schwamendingen |
|---|--------------------------|--|

Im Zusammenhang mit der Neugestaltung des Zentrums von Schwamendingen (Gemeinschaftszentrum, Kreisgebäude, U-Bahn-Station) wird der Stadtrat ersucht, die Führung der Winterthurerstrasse beim Hirschenplatz unterirdisch zu planen und dem Gemeinderat ein entsprechendes Projekt vorzulegen.

Einreichungsdatum Name Ratsmitglied/Kommission
(Überweisungsdatum/ Inhalt- Kurztitel
Auftragsnummer)

Der Durchgangsverkehr durch Schwamendingen soll so weit wie möglich über die N1 umgeleitet werden; hierzu ist der Bau der Sagentobelbachstrasse von der Dübendorf- zur Überlandstrasse und des Anschlusses der Überlandstrasse an die N1 bei der Aubrugg (sog. «Hosenbein») nötig. Der Hirschenplatz soll in erster Linie den Fussgängern zur Verfügung stehen, Platz für das Tram bieten und bloss noch zwei Fahrspuren für den Privatverkehr aufweisen. Sollte die erwartete Verkehrsreduktion nicht eintreten, ist eine unterirdische Umfahrung des Hirschenplatzes im Zuge der Stettbachstrasse vorgesehen. Aus Kostengründen würde die Unterführung im Zuge der Stettbachstrasse jedenfalls einer Unterführung im Zuge der Winterthurerstrasse vorgezogen; die Anregung kann abgeschrieben werden. (Vgl. auch die Anregung vom 20.6.68 [18.9.68/697] und die Motion vom 23.8.72 (25.10.72).)

- M 23.8.72 Meier Arthur
(25.10.72) Hirschenplatz-Schwamendingen, Fussgängerzentrum
- Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat, nötigenfalls zu Händen der Gemeinde, eine Vorlage zur Umgestaltung des Hirschenplatzes Schwamendingen zu einem reinen Fussgängerzentrum zu unterbreiten.
Die Umleitung des Verkehrs soll durch Unterführungen oder Umfahrungen erfolgen.
- Die Umgestaltung des Hirschenplatzes in Schwamendingen wird im Rahmen der Projektierung für die Erweiterung des Strassenbahnnetzes nach Schwamendingen studiert. (Vgl. auch die Anregung vom 20.6.68 (18.9.68/697) und die Anregung vom 29.4.70 [20.5.70/747].)*

- P 25.10.72 Elsinger H. u. 1 M.
(7.3.73) Fritschiwiese, Neugestaltung
- Die Fritschiwiese ist durch die Zurlindenstrasse in zwei Teile getrennt.
Der Stadtrat wird daher ersucht, zu prüfen, ob durch Aufhebung dieses Strassenabschnittes eine attraktive Neugestaltung dieser Anlagen verwirklicht werden könnte.
- Das EWZ bearbeitet zurzeit ein Projekt für ein unterirdisches Unterwerk unter der Fritschiwiese; das Projekt wird im Jahr 1976 vorlagereif. Es ist vorgesehen, die Fritschiwiese nach Abschluss der Bauarbeiten als Grünanlage auszugestalten.*

- M 24.1.73 Felix P. u. 20 M.
(4.4.73) Parkierungsgelegenheiten am Stadtrand
- Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat zuhanden der Gemeindeabstimmung Projekt und Kostenvoranschlag für ausreichende Parkgelegenheiten am Stadtrand zu unterbreiten, wobei eine Mitfinanzierung durch Kanton und Aussengemeinden anzustreben ist.
Diese Parkgelegenheiten sollen im Sinne des «Park and Ride» an den Haupteinfallachsen liegen, in direkter Verbindung mit öffentlichen Verkehrsmitteln stehen (z. B. über oder neben VBZ-Wendeschleifen) und insbesondere auf die Bedürfnisse der auswärtigen Pendler abgestimmt sein.
- Es wird nicht möglich sein, dem Gemeinderat eine Sammelvorlage im Sinne des Motionärs mit mehreren Grossparkhäusern für Park-and-Ride an allen Haupteinfallachsen zu unterbreiten. Hingegen hat der Stadtrat konkrete Massnahmen zur Förderung des Park-and-Ride angeordnet und insbesondere eine Arbeitsgruppe für die Koordination der Förderungsmassnahmen eingesetzt sowie Ausgaben für die Projektierung von Park-and-Ride-Anlagen, für Wegweiseranlagen in- und ausserhalb der neuen Anlage in Altstetten und für Werbung und Marktforschung bewilligt.*

- P 21.3.73 Hilfiker H.
(11.4.73) Baulinien, generelle Überprüfung
- In den letzten 10–20 Jahren wurden in der Stadt Zürich unter dem Druck des Individualverkehrs laufend Baulinien zurückgesetzt.
Der Stadtrat wird ersucht, alle Baulinien einer Prüfung zu unterziehen, damit sie dem heutigen Leitbild einer wohnlichen Stadt entsprechen.
- Voraussetzung für die verlangte generelle Baulinienüberprüfung ist ein gültiger Bebauungsplan (neu Verkehrsplan). Solange ein solcher fehlt, entbehrt eine Überprüfung der Grundlage und wäre deshalb nicht zweckmässig.*

| | Einreichungsdatum (Überweisungsdatum/ Auftragsnummer) | Name Ratsmitglied/Kommission Inhalt-Kurztitel |
|---|---|---|
| P | 28.3.73 (11.4.73) | Hilfiker H. Expressstrassen-Ypsilon, Revision der Planung im Gebiet Platzspitz/Schindlergut |
| | | <p>Nach dem heutigen Planungsstand wird die Fluss- und Uferlandschaft unterhalb des Platzspitzes sowie das Schindlergut zerstört. Der Stadtrat wird ersucht, diese Planung nach folgenden Punkten einer nochmaligen Revision zu unterziehen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. unterirdische Führung der Sihltiefstrasse (I-Ast) im Gebiet Platzspitz, 2. weitgehende Erhaltung des Schindlergutes als öffentliche Parkanlage. <p><i>Projektierung und Bau der Nationalstrassen sind Sache des Kantons und des Bundes. Es liegt also nicht in der Macht der Stadt, die Planung «einer nochmaligen Revision zu unterziehen».</i> <i>Zu Abs. 1: Die überarbeiteten Pläne des Kantons für die Sihltiefstrasse im Gebiet Platzspitz enthalten 2 Varianten. Die im Vordergrund stehende höherliegende Variante überquert den S-Bahnhof Museumstrasse, ist kostengünstiger, beeinträchtigt aber das Ufergelände des Sihlquais. Die teurere, tiefergelegene Variante unterfährt den S-Bahnhof Museumstrasse, erlaubt aber eine weitgehende Wiederherstellung der natürlichen Sihl- und Limmatufer. Der Stadtrat wird sich zu gegebener Zeit bei Kanton und Bund für diese zweite Variante einsetzen.</i> <i>Zu Abs. 2: Die Ausfahrt aus dem Südportal des Milchbucktunnels kommt definitiv in den südöstlichen Teil des Schindlergutareals zu liegen. Der Stadtrat hat sich bei der Oberbehörde dafür verwendet, dass diese Zone des Tunnelleinschnittes überdeckt und begrünt wird.</i></p> |
| P | 28.3.73 (22.8.73) | Kaufmann J., Dr. Wohnquartiere im Kreis 2, Befreiung vom Durchgangsverkehr |
| | | <p>Der Stadtrat wird ersucht zu prüfen, wie und wann folgende Wohnquartiere des Kreises 2 vom Durchgangsverkehr befreit werden könnten:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Wohnquartiere der äusseren Enge, 2. Wohnquartiere Entlisberg, 3. Wohnquartier Neubühl. <p><i>Nach Eröffnung der N3 zwischen Allmend Brunau und Sihlhölzli im vergangenen Jahr wurde das Quartier Wollishofen vom Durchgangsverkehr namhaft entlastet. Die Abteilung für Verkehr verfolgt seither die Entwicklung des Verkehrsaufkommens durch regelmässige Zählungen. Eine weitere Drosselung des Verkehrsvolumens drängt sich nicht auf.</i></p> |
| P | 13.6.73 (14.11.73) | Kammerer B. Öffentlicher Park an der Winkelwiese |
| | | <p>Der Stadtrat wird ersucht zu prüfen, ob an der Winkelwiese durch einfachste Massnahmen wie</p> <ol style="list-style-type: none"> a) Demontage der Gitter und Abbruch von Mauerteilen, b) Erhöhung des Trottoires am Hirschengraben und Erstellung von wenigen Stufen im Park der Villa Tobler und c) eventuelle Erwirkung eines öffentlichen Durchgangsrechtes durch den Hof Kirchgasse 48 zwischen Hirschengraben und dem kleinen Platz an der Trittligasse ein zusammenhängender, öffentlich zugänglicher Park «Winkelwiese» (mit der heutigen Strasse Winkelwiese als Parkstrasse) geschaffen werden kann und ob dieser Park versuchsweise durch die Quartieranwohner selber bepflanzt, gepflegt und betreut werden könnte. <p><i>Das Gartenbauamt hat die Möglichkeit der Umwandlung des Gartens der Villa Tobler, Winkelwiese 4, mit den im Postulat vorgeschlagenen Massnahmen in einen öffentlichen Park mit den interessierten Dienststellen abgeklärt. Es zeigte sich, dass dem Postulat nicht entsprochen werden kann, da die hier untergebrachte Theaterschule vorläufig nicht verlegt werden kann.</i></p> |

| | Einreichungsdatum (Überweisungsdatum/ Auftragsnummer) | Name Ratsmitglied/Kommission Inhalt-Kurztitel |
|---|---|--|
| P | 19.9.73 (28.11.73) | Lüthi E. u. 1 M. Fahrradwege in Wohnschutzgebieten |
| | | <p>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob im Zusammenhang mit der Einführung der Wohnschutzgebiete einzelne Strassenzüge mit entsprechenden Signalisationen und allenfalls kleinen baulichen Massnahmen zu Velorouten ausgebaut und in der ganzen Stadt, wobei auch Verbindungen zu Aussengemeinden anzustreben wären, allmählich ein Netz von Velowegen errichtet werden könnte, um so die relativ gefahrlose Benützung des Fahrrades zu fördern. In den Kreisen 11 und 12 könnten dafür zum Beispiel die Riedenhalden-, Binzmühle-, Zelgli-, Affoltern-, Andreas-, Saatlen-, Herzogenmühle- und Altwiesenstrasse vorgesehen werden.</p> <p><i>In Zusammenarbeit zwischen der Abteilung für Verkehr der Stadtpolizei und dem Stadtplanungsamt ist die im Postulat namentlich erwähnte Fahrrad-Route verwirklicht worden. Sie wurde am 7. November 1975 eröffnet. Weitere Routen sind in Vorbereitung.</i></p> |
| P | 21.11.73 (8.5.74) | Näf A. Expresstrassen-I/Y, Bauverzicht zugunsten einer unterirdischen Westtangente-Variante |
| | | <p>Der Stadtrat wird gebeten, die Frage zu prüfen, ob dem öffentlichen Interesse nicht besser gedient werden könnte, wenn er auf das I und Ypsilon verzichten würde.</p> <p>Die Verbindung der N1 und N3 kann durch einen umweltfreundlichen Ausbau der Westtangente vom Hardplatz zum Sihlhölzli mit unterirdischer Führung durch Wiedikon hergestellt werden. So könnte der ganze Limmatraum zwischen Platzspitz und Kornhausbrücke auto- und parkhausfrei gemacht und als Naherholungsgebiet für die Gewerbe- und Berufsschulen, das Jugendhaus und das Bildungs- und Begegnungszentrum für die Erwachsenen erhalten und ausgebaut werden.</p> <p><i>Die im Postulat gestellte Frage ist im Gremium «Offene Planung» eingehend diskutiert worden. Die umfassende Nutzwert-Analyse zeigte klar, dass ein Strassentunnel Hardplatz-Sihlhölzli nicht die erhofften Vorteile für das Quartier Wiedikon bringen würde. Auch lassen die weiter bearbeiteten Pläne des kantonalen Tiefbauamtes für die Variante «Sihl-Mitte» der Expresstrasse klar erkennen, dass der Sihlraum und der Limmatraum als innerstädtische Erholungszone erhalten bleiben können. Im übrigen ist die Erstellung von Nationalstrassen Aufgabe von Bund und Kanton, so dass es nicht im Belieben des Stadtrates liegt, darauf zu verzichten.</i></p> |
| P | 5.12.73 (29.5.74) | Fehr K. u. 15 M. Fussgängerzone im Gebiet zwischen Bahnhof Wiedikon und Schmiede Wiedikon |
| | | <p>Der Stadtrat wird ersucht zu prüfen, auf welche Weise im Gebiet zwischen Bahnhof Wiedikon und Schmiede Wiedikon eine Fussgängerzone geschaffen werden kann.</p> <p><i>Die Birmensdorferstrasse ist im Jahre 1975 endgültig ausgebaut worden, wobei das Tram in Seitenlage auf ein Eigentrassee verlegt und die Fahrbahn mit zwei Fahrstreifen für die Fahrtrichtung stadteinwärts umgebaut wurde. Beidseitig sind rund 3 m breite Trottoirs vorhanden. Das Angebot von Läden und anderen fussgängerorientierten Nutzungen ist unvollständig und von eher geringem Umfang, so dass heute nur geringe Fussgängerfrequenzen festgestellt werden. Die Voraussetzungen zur Einrichtung einer Fussgängerzone erscheinen auch in der näheren Zukunft nicht gegeben.</i></p> |
| P | 5.12.73 (29.5.74) | Boesch G. Vorgartenverordnung, Anpassung |
| | | <p>Die Vorgartenverordnung vom 26. Oktober 1960 ist überholt und veraltet. Sie sollte einerseits sofort der heute gültigen Bauordnung angepasst werden und andererseits dem Wert der Grünflächen (Vorgärten und Hinterhöfe) als lebensnotwendige, zu schützende Substanz der Stadtbevölkerung Rechnung tragen.</p> <p>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob beim Kantonsrat eine Behördeninitiative einzureichen wäre, damit die entsprechenden gesetzlichen Vorschriften geändert werden könnten.</p> <p><i>Das neue Planungs- und Baugesetz macht eine Behörden-Initiative überflüssig. Die Überarbeitung der Vorgarten-Verordnung wird in Angriff genommen; dabei soll dem Anliegen des Postulates soweit als möglich Rechnung getragen werden.</i></p> |

| | Einreichungsdatum (Überweisungsdatum/ Auftragsnummer) | Name Ratsmitglied/Kommission Inhalt-Kurztitel |
|---|---|--|
| P | 19.12.73 (29.5.74) | König E.W. Stolzewiese, unterirdische Parkgarage mit Zivilschutzanlagen |
| | | <p>Der Stadtrat wird eingeladen zu prüfen, ob die Stolzewiese unterkellert und zur Entlastung der umliegenden Strassen und Liegenschaften eine Parkgarage, kombiniert mit öffentlichen Schutzräumen und Anlagen für die örtliche Zivilschutz-Organisation, erstellt werden könnte.</p> <p><i>Der Bau eines kleineren Quartierparkhauses unter der Stolzewiese wäre allenfalls wünschbar, um Parkraum für jene Altliegenschaften zu schaffen, die über keine oder nicht über genügend eigene Fahrzeugabstellplätze verfügen. Der Kanton plant beim Voreinschnitt des Nordportals zum Milchbuckeltunnel ein grosses Parkhaus mit 2000 Parkplätzen, woran die Stadt im Hinblick auf einen Park-and-Ride-Betrieb mit 500 Plätzen partizipieren kann. Angesichts dieser Grossanlage in unmittelbarer Nähe ist das öffentliche Interesse an einem Quartierparkhaus gering; in Frage käme der Bau allenfalls, wenn sich eine private Trägerschaft finden würde. Das Amt für Zivilschutz bekundet nur Interesse für den Fall, dass es sich beteiligen könnte.</i></p> |
| P | 19.12.73 (12.6.74) | Schwizer St. u. 3 M. Strasse Letzigraben. Ausbauverzicht |
| | | <p>Der Stadtrat wird eingeladen zu prüfen, ob</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. auf den weiteren Ausbau des Letzigrabens und der Kreuzung Letzigraben/Fellenbergstrasse gemäss GRB vom 2. September 1970 verzichtet werden kann, 2. die genannten Strassenstücke mit dem definitiven Belag versehen werden können. <p><i>Die Prüfung des Postulates hat gezeigt, dass verschiedene Reduktionen des seinerzeitigen Projektes möglich sind. Auf den Ausbau der Kreuzung Fellenbergstrasse/Letzigraben mit Fussgängerschutzinseln, ebenso auf die rund 60 m lange Vorsortierspur für Rechtsabbieger vom Letzigraben in die Fellenbergstrasse soll verzichtet werden. Von 6 auf 7,5 m Breite gemäss Projekt soll jedoch das noch verbleibende Teilstück des Letzigrabens von der Personenunterführung oberhalb der Langgrütstrasse bis zur Fellenbergstrasse ausgebaut werden, und zur Ausführung gelangt auch das westseitige Trottoir in diesem Abschnitt. Die Kreuzung mit der Fellenbergstrasse wird mit einer Verkehrsregelungsanlage versehen, die den Querverkehr im Interesse des Busses bevorzugen wird. Nach Beendigung der Bauarbeiten und Leitungsverlegungen wird der definitive Belag eingebaut.</i></p> |
| P | 16.1.74 (3.7.74) | Behrens A., Prof. Dr. Fussgängerverbindung Mehrzweckhalle In der Ey-Tramendstation Albisrieden |
| | | <p>Der Stadtrat wird eingeladen zu prüfen, ob nicht aus dem Raume der zukünftigen Mehrzweckhalle In der Ey schon jetzt eine direkte Fussgängerverbindung zur Endstation der Tramlinie 3 erstellt werden könnte.</p> <p><i>Die Prüfung hat gezeigt, dass die gewünschte Fusswegverbindung nur eine ganz bescheidene Verkürzung der Weglänge zwischen der Tramendstation und dem Eingang der Mehrzweckhalle brächte. Für den Fussweg müsste überdies privates Gebiet beansprucht werden, was unverhältnismässig hohe Kosten zur Folge hätte. Aus diesen Gründen ist auf den Bau dieses Weges zu verzichten.</i></p> |
| P | 12.3.74 (14.8.74) | Felix P. Sportplatz Letzi, Trainingsanlagen |
| | | <p>Der FC Albisrieden und der Ballspielclub Zürich verfügen auf dem Sportplatz Letzi nur über absolut ungenügende Trainingsmöglichkeiten für ihre 25 Mannschaften. Zur Behebung dieser untragbaren Situation wird der Stadtrat ersucht zu prüfen, ob</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. in Zusammenarbeit mit den beiden Clubs raschmöglichst eine einfache Trainingsbeleuchtung über den beiden Spielfeldern eingerichtet werden könnte; 2. jeweils von September bis Mai (also während der Zeit ohne Handballspiele) auf den Asphaltplätzen ein Kunstrasenteppich verlegt werden könnte, wodurch nicht nur eine zweckmässige weitere Trainingsmöglichkeit entsteht, sondern gleichzeitig auch die Unterhaltskosten für die Hauptspielfelder erheblich gesenkt würden; 3. sich für weitere Sportplätze solche Massnahmen ebenfalls aufdrängen. |

| | |
|---|--|
| Einreichungsdatum (Überweisungsdatum/ Auftragsnummer) | Name Ratsmitglied/Kommission Inhalt-Kurztitel |
|---|--|

Die Sportanlage Letzi liegt unmittelbar neben einer genossenschaftlichen Wohnüberbauung und der Alterssiedlung Espenhof. Beim Sportplatzbetrieb ist auf die berechtigten Ruhebedürfnisse besonders der Alterssiedlung Rücksicht zu nehmen. Schon jetzt wird der Sportplatz von den Anwohnern als zeitweise unerträgliche Belastung empfunden. Eine Ausdehnung der Abendspiele muss aus diesem Grunde unterbleiben. Im übrigen ist auch darauf hinzuweisen, dass eine Trainingsbeleuchtung zu einer stärkeren Beanspruchung des Rasens und dadurch zur Zerstörung der Rasennarbe führen würde. Ein Kunstrasenteppich ist für die Handballer nicht erforderlich. Provisorisch verlegte Teppiche sind ausserdem unfallgefährlich.

P 26.6.74 Kloter K.
(11.9.74) Abwässer, mobiles Untersuchungslabor

Der Stadtrat wird eingeladen zu prüfen, ob ein mobiles Mess- und Prüflabor zur kontinuierlichen Untersuchung von kommunalen und industriellen Abwasserausflüssen angeschafft werden könnte.

Ein mobiles Untersuchungslabor für die sofortige Überprüfung von Abwasserproben an Ort und Stelle hätte zweifellos positive psychologische Auswirkungen auf potentielle «Abwassersünder». Die Analyse von Abwasser bedarf jedoch hochempfindlicher und teurer Präzisionsinstrumente, die zu störanfällig sind, um in einem Fahrzeug montiert zu werden. Ein Labor vom Umfang, wie es für die Analyse von Abwasser erforderlich ist, lässt sich praktisch nicht in eine mobile Form bringen. Die Abwasserproben werden seit längerer Zeit im Abwasserlabor des Tiefbauamtes untersucht, das zweckmässig eingerichtet ist.

P 3.7.74 Bochsler J. u. 2 M.
(11.9.74) Auzelg-Wohnsiedlung, Fussgänger- und Fahrverbindungen
von und nach dem Stadtkreis 12

Durch den Bau des Verkehrsdreiecks Aubrücke, als Teil der Nationalstrasse N1, werden die ca. 1400 Einwohner der Wohnsiedlung Auzelg vollständig von ihrem Stadtkreis 12 abgeschnitten. Der Stadtrat wird deshalb gebeten zu prüfen, auf welche Weise die Fussgängerbeziehungen und die Fahrverbindungen zwischen der Siedlung Auzelg und dem Stadtkreis 12

a) während der Bauzeit,
b) nach Vollendung des Verkehrsdreiecks
sichergestellt werden können.

Zurzeit behandelt der Gemeinderat das Projekt für den Bau der Glattalstrasse zwischen Hagenholz- und Überlandstrasse. Durch dieses Teilstück der Glattalstrasse erhält das Quartier Auzelg eine definitive Fahrverbindung nach Schwamendingen. Für Fussgänger und Velofahrer steht die bisherige Direktverbindung über die Aubrücke zur Verfügung, und zwar sowohl während des Baus der Nationalstrasse als auch nach deren Fertigstellung.

P 23.9.74 Kommission Sanierung der Kanäle in der Altstadt
(23.10.74) Altstadt, städtebaulicher Zustand der von Kanalbauten betroffenen
Strassen und Plätze

Der Stadtrat wird ersucht zu prüfen, ob gleichzeitig mit der Sanierung der Kanäle in der Altstadt der städtebauliche Zustand der betroffenen Strassen und Plätze untersucht und wo nötig neu gestaltet werden kann.

Wo Gassen, Strassen und Plätze in der Altstadt infolge der Kanalerneuerung aufgerissen werden müssen, wird die Oberfläche nach den Plänen der Denkmalpflege neu gestaltet. So weit wie möglich werden anstelle von Belägen Pflastersteine verwendet, die Trottoire aufgehoben und die Strassen in der Mitte entwässert.

| | Einreichungsdatum (Überweisungsdatum/ Auftragsnummer) | Name Ratsmitglied/Kommission Inhalt-Kurztitel |
|---|---|---|
| P | 30.10.74 (26.3.75) | Müller H. H. Sihlhochstrasse (N3), Beleuchtungsänderung |
| | | Der Stadtrat wird um Prüfung der Frage ersucht, ob nicht die im Auftrag des Kantons auf der Sihlhochstrasse angebrachte Strassenbeleuchtung vom grellen Quecksilberdampf- auf das weniger lästige Natriumdampflicht umgestellt werden soll. |
| | | <i>Das kantonale Tiefbauamt hat auf Anfrage der Stadt in ablehnendem Sinn geantwortet. Die Beleuchtungsart auf der Sihlhochstrasse entspricht dem System, das vom Kanton auf allen Hauptverkehrsstrassen (HVS) zur Anwendung gelangt. Die kantonalen Instanzen versprechen sich hier von einer besseren optischen Führung der Verkehrsteilnehmer.</i> |

Bauamt II

| | | |
|---|----------------------|--|
| P | 17.3.71 (1.9.71) | Hiller F. u. 6 M. Altstadt-Wohnungen, Erhaltung |
| | | Der Stadtrat wird ersucht, zur Erhaltung von städtischen und privaten Wohnungen in der Altstadt folgende zwei Vorschläge zu prüfen und dem Gemeinderat allenfalls einen entsprechenden Antrag zu unterbreiten: |
| | | a) Die Bestimmungen des Altstadtsanierungsfonds sind entsprechend zu ergänzen und deren Kredit zu erhöhen, oder |
| | | b) um Wohnungen in städtischen und privaten Liegenschaften in der Altstadt zu erhalten, ist für deren Subventionierung ein neuer Kredit bereitzustellen. |
| | | <i>Mit dem kantonalen Wohnschutzgesetz und der übergangsrechtlichen Lösung gemäss Bauordnungsrevision (später durch Art. 39a abgelöst, welcher das Ausscheiden oder Festlegen von gebietsweise differenzierten Wohnflächenanteilen ermöglicht) ist die Erhaltung von Wohnungen in der Altstadt gewährleistet.</i> |
| P | 6.9.72 (25.10.72) | König E. W. Kleinhallenbad Allenmoos, Standort |
| | | Der Stadtrat wird eingeladen zu prüfen, ob das im Interesse der Volksgesundheit begrüssenswerte Projekt für ein Kleinhallenbad Allenmoos sich auf dem städtischen Grundstück Kat. Nr. 3803 zwischen Hofwiesenstrasse und Freibadanlage Allenmoos verwirklichen lässt. |
| | | <i>Das vorgeschlagene Grundstück eignet sich nicht für die Erstellung eines Kleinhallenbades. Zudem ist in Aussicht genommen, die aus dem Jahre 1968 stammende Hallenbäder-Planung zu revidieren, nachdem durch die Erstellung von Hallenbädern in verschiedenen Nachbargemeinden und den Rückgang der Bevölkerung neue Verhältnisse entstanden sind. Unter den zur Streichung vorgesehenen Objekten figuriert auch das Kleinhallenbad Allenmoos. (Vgl. auch nachfolgendes Postulat von E. Buchegger u. 12. M. vom 6.9.72 [25.10.72].)</i> |
| P | 6.9.72 (25.10.72) | Buchegger E. u. 12 M. Kleinhallenbad im Quartier Unterstrass |
| | | Mit Beschluss vom 9. August 1972 hat der Regierungsrat den Rekurs gegen das umstrittene Kleinhallenbad in der Freihaltezone des Freiluftbades «Allenmoos» gutgeheissen und den Baubeschluss Nr. 288/1971 vom 5. März 1971 der Bausektion II des Stadtrates aufgehoben. |
| | | Das Bedürfnis eines Kleinhallenbades im Quartier Unterstrass ist jedoch unbestritten. Der Stadtrat wird daher gebeten, dem Gemeinderat innert nützlicher Frist für die Erstellung eines Kleinhallenbades mit umweltfreundlicher Beheizung und in Verbindung mit einem gemischten Wohnungsbau mit Arztwohnung und -praxis in der städtischen Liegenschaft an der Hofwiesenstrasse 226 in Unterstrass ein neues Projekt vorzulegen. |
| | | <i>Gleiche Begründung wie zum vorstehenden Postulat von E. W. König vom 6.9.72 (25.10.72).</i> |

| | Einreichungsdatum (Überweisungsdatum/ Auftragsnummer) | Name Ratsmitglied/Kommission Inhalt-Kurztitel |
|---|---|---|
| P | 22.11.72 (28.3.73) | Gross H. u. 25 M. Fonds zur Sanierung von Altwohnungen und Hinterhöfen |
| | | <p>Der Stadtrat wird eingeladen zu prüfen, ob ähnlich dem Altstadtsanierungsfonds finanzielle Mittel zur Sanierung von Wohnungen und Hinterhöfen in den überalterten Wohnquartieren unserer Stadt bereitgestellt werden können.</p> <p><i>Auf Grund der prekären Finanzsituation der Stadt einerseits und der starken Zunahme von Renovationen andererseits, ist auf die Äufnung eines Fonds zur Sanierung von Altwohnungen zu verzichten. Was die Sanierung von Hinterhöfen und damit die weitere Hebung der Wohnqualität anbelangt, wird auf die Antwort des Stadtrates vom 19. November 1975 zur Interpellation von Hans-Heinrich Müller und 3 Mitunterzeichnern verwiesen (Aktivierung mit dem neuen Baugesetz, Schaffung einer Arbeitsgruppe, einer Koordinationsstelle sowie Gewährung von Zuschüssen an Planungen usw.).</i></p> |
| P | 20.12.72/M (28.3.73) | Meier Arthur u. 23 M. Bauvorlagen, Folgekosten |
| | | <p>Der Stadtrat wird aufgefordert, in den Weisungen zu Bauvorlagen die jährlichen Folgekosten detailliert aufzuführen (betriebliche Aufwendungen, Personalkosten, Unterhalt usw.).</p> <p><i>Die jährlichen Folgekosten wurden in den Weisungen zu Bauvorlagen über realisierbare Objekte detailliert aufgeführt. Für Bauten im Ordentlichen und Ausserordentlichen Verkehr, wie Schulhäuser, Verwaltungsgebäude, Krankenhäuser usw., ist dies nicht möglich.</i></p> |
| P | 24.1.73 (28.3.73) | Müller H. H. u. 10 M. Vorgärten und Hinterhöfe, Schutz |
| | | <p>Insbesondere im Zusammenhang mit der allfälligen Erhebung von «Laternengaragegebühren» droht die laufende Umwandlung von Vorgartengebiet und Hinterhöfen in Parkflächen für Motorfahrzeuge.</p> <p>Der Stadtrat wird eingeladen zu prüfen, ob und in welcher Weise Vorgärten und Hinterhöfe vor weiterer Umwandlung in Parkierungsflächen geschützt werden können.</p> <p><i>Zum Schutz der Vorgartengebiete sind mit dem neuen Planungs- und Baugesetz bessere Rechtsgrundlagen geschaffen worden. Ferner ermöglicht § 248 des Gesetzes sowohl bei Neuüberbauungen als auch bei bestehenden Überbauungen unter gewissen Voraussetzungen Spiel- und Ruheflächen zu verlangen bzw. zu erhalten. Die Gemeinden sind ermächtigt, hierzu ergänzende Bestimmungen zu erlassen, was im Rahmen der bevorstehenden Totalrevision der Bau- und Zonenplanung geprüft wird.</i></p> |
| P | 24.1.73/M (4.4.73) | Kunz M. u. 5 M. Sydefädeli-Areal, Überbauung |
| | | <p>Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat beförderlichst eine Vorlage für den Bau eines Schulhauses für die Hauswirtschaftliche Fortbildungsschule der Stadt Zürich sowie einer Alterssiedlung und freitragenden Wohnungsbau auf dem Areal «Im Sydefädeli» in Zürich 10 zu unterbreiten.</p> <p><i>In seiner Sitzung vom 5. März 1975 beschloss der Gemeinderat die Rückweisung der Vorlage betreffend den Projektionskredit für ein Schulhaus der Hauswirtschaftlichen Fortbildungsschule auf dem Areal «Sydefädeli». Damit wurde ein Vorentscheid zugunsten eines Alterswohnheimes, einer Alterssiedlung und kommunalem Wohnungsbau gefällt, wofür die Projektionsarbeiten eingeleitet sind.</i></p> <p><i>Für die Hauswirtschaftliche Fortbildungsschule wurden Studien auf dem Areal Wipkingenbrücke sowie auf anderen städtischen Arealen aufgenommen.</i></p> |

| | Einreichungsdatum (Überweisungsdatum/ Auftragsnummer) | Name Ratsmitglied/Kommission Inhalt-Kurztitel |
|---|---|--|
| M | 19.9.73 (15.5.74) | Wagner Th. u. 17 M. Sonderbauordnung für das Hochschulquartier |
| | | <p>Der Stadtrat wird beauftragt, die Vorarbeiten für den Erlass einer Sonderbauordnung für das Hochschulquartier zu beschleunigen und raschmöglichst eine entsprechende Vorlage dem Gemeinderat zu überweisen.</p> <p>Die Sonderbauordnung soll insbesondere</p> <ul style="list-style-type: none"> a) in einem begrenzten Geltungsbereich des Hochschulquartiers die mittel- und langfristig notwendige, räumliche Entwicklung des Kantonsspitals und der Hochschulen (Universität und ETH) ermöglichen und sicherstellen; b) die Quartierstrukturen und den Wohnraum der an das Spital- und Hochschulzentrum angrenzenden Randzonen erhalten und fördern sowie ein weiteres Einwachsen von eidgenössischen und kantonalen Instituten in die Wohngebiete der Stadtkreise 6 und 7 verhindern; c) unter Berücksichtigung der Erholungsgebiete, von Fussgänger- und Verkehrsbeziehungen, privaten und öffentlichen Dienstleistungen wie auch von schützenswerten Bauten Massnahmen für eine städtebaulich ansprechende Gestaltung und organisch-funktionelle Verbindung des künftigen Spital- und Hochschulzentrums mit den Universitätsbauten auf dem Strickhof einerseits und mit den umliegenden Quartieren andererseits enthalten. <p><i>Der Stadtrat verabschiedete am 31. Dezember 1975 (Weisung 236) zuhanden des Gemeinderates Sonderbauvorschriften für das Hochschulquartier, so dass der in der Motion erteilte Auftrag erfüllt ist und diese abgeschrieben werden kann.</i></p> |

Industrielle Betriebe

| | | |
|---|----------------------|--|
| P | 6.6.73 (24.10.73) | Schubiger St. u. 6 M. Mineralölsteuer |
| | | <p>Bei der Abstimmung vom 20. Mai 1973 über den Gastarif ist deutlich zum Ausdruck gekommen, dass umweltfreundliche Energieträger mehrfach teurer zu stehen kommen als Mineralölprodukte. Andererseits ist am gleichen Tag die Vorlage über den Bau einer umweltschonenden U- und S-Bahn nicht zuletzt wegen der hohen Kosten abgelehnt worden.</p> <p>Der Stadtrat wird ersucht zu prüfen, ob ein Vorstoss bei den eidgenössischen Behörden zur Einführung einer Mineralölsteuer zu unternehmen sei, um einerseits das Preisgefälle zu den sauberen Energieformen zu verkleinern und andererseits Mittel zu erhalten, die Umweltbelastung zu vermindern (z. B. durch Förderung des öffentlichen Verkehrs in den Städten).</p> <p><i>Das Eidg. Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement beauftragte im Jahre 1974 eine Kommission mit der Erarbeitung einer Gesamtenergiekonzeption. Diese Kommission hat insbesondere auch die Möglichkeiten des Einsatzes von umweltfreundlichen Technologien und der Reduktion des heute noch dominierenden Marktanteils der Erdölprodukte abzuklären und dabei auch zu prüfen, ob ein Artikel über das Energiewesen in die Bundesverfassung aufzunehmen sei. Im Verlaufe der von der Kommission durchgeführten Hearings wurde die Forderung, die Mineralöle zugunsten der umweltfreundlicheren Energien mit Steuern künstlich zu belasten, von verschiedenster Seite angemeldet. Ein separater Vorstoss erübrigt sich somit, abgesehen davon, dass der Bund zurzeit über keine verfassungsmässige Grundlage verfügt, um ins Preisgefüge auf dem Energiesektor eingreifen zu können, und die Prüfung der Notwendigkeit und der Möglichkeiten zur Schaffung dazu erforderlicher gesetzlicher Kompetenzen andererseits bereits Bestandteil des Kommissionsantrages bildet.</i></p> |

| | Einreichungsdatum (Überweisungsdatum/ Auftragsnummer) | Name Ratsmitglied/Kommission Inhalt-Kurztitel |
|---|---|--|
| P | 13.6.73 (14.11.73) | Kloter K. Uetlibergbahn, Haltestelle beim «Berghof» |
| | | Im Interesse der Bewohner des Kreises 9 (Albisrieden/Altstetten), aber auch vieler übriger Stadtbürger wird der Stadtrat gebeten, die Frage zu prüfen, ob bei der Direktion der Uetliberg-Bahn um die Einrichtung einer zusätzlichen Haltestelle bei der Ausweichstelle «Berghof» (oberhalb Birnensdorferstrasse) nachgesucht werden könnte. |
| | | <i>Die vorgeschlagene Haltestelle Berghof liegt in einem traktionstechnisch ungünstigen Steilstreckenabschnitt. Sie würde über kein namhaftes Einzugsgebiet verfügen. Die Direktion der SZU lehnt die Errichtung der Haltestelle ab.</i> |

Schulamt

| | | |
|---|-----------------------|---|
| P | 10.1.73 (28.3.73) | Benz-Burger L., Dr., u. 9 M. Kindergärtnerinnenseminar, Zulassung von Knaben |
| | | Stadtrat und Zentralschulpflege werden eingeladen, im Sinne gleicher Chancen für Mädchen und Knaben zu prüfen, ob im Kindergärtnerinnenseminar der Stadt Zürich künftig Jünglinge als Kindergärtner ausgebildet werden könnten, was konsequenterweise auch zur Zulassung von Knaben an der Diplommittelschule Riesbach führen müsste. |
| | | <i>Auf Grund der kantonalen und städtischen Abstimmung vom 2. März 1975 wird der Kanton die Töcherschule der Stadt Zürich, der das Kindergärtnerinnen- und Hortnerinnenseminar sowie die Diplommittelschule angehören, auf Beginn des Schuljahres 1976/77 übernehmen und die Koedukation schrittweise mit den neu eintretenden Klassen einführen. Dadurch wird die Aufnahme von Knaben an der Diplommittelschule wie auch von Seminaristen am Kindergärtnerinnen- und Hortnerinnenseminar möglich sein.</i> |
| P | 26.9.73 (24.10.73) | Benz-Burger L., Dr., u. 6 M. Töcherschule, Staats- und Sozialkundlicher Unterricht |
| | | Stadtrat und Zentralschulpflege werden um Prüfung gebeten, entsprechend den Richtlinien des Erziehungsrates aus dem Jahre 1970 mindestens 40 Stunden «Staats- und Sozialkundlichen Unterricht» an allen Abteilungen der Töcherschule der Stadt Zürich einzuführen. |
| | | <i>Alle Schultypen der Töcherschule führen den «Staats- und Sozialkundlichen Unterricht» gemäss den erwähnten Richtlinien des Erziehungsrates, ausgenommen das Gymnasium II und die Oberrealschule an der Töcherschule Stadelhofen. Für diese beiden Schultypen ist eine umfassende Lehrplanrevision in Bearbeitung, die auch den Staats- und Sozialkundlichen Unterricht entsprechend den Richtlinien des Erziehungsrates enthalten wird. Da die Töcherschule auf Beginn des Schuljahres 1976/77 vom Kanton übernommen wird, ist die Stadt für die Durchführung der genannten Lehrplanrevision nicht mehr zuständig.</i> |
| P | 19.6.74 (13.11.74) | Weidmann H. R. u. 1 M. Volksschule, Mentoren für Verweser und Vikare |
| | | Da der grosse Lehrermangel unter anderem zur Folge hat, dass an der Volksschule Verweser und Vikare unterrichten müssen, welche für die Aufgabe nicht oder zu wenig vorbereitet sind, wird der Stadtrat gebeten zu prüfen, ob |

| Einreichungsdatum (Überweisungsdatum/ Auftragsnummer) | Name Ratsmitglied/Kommission Inhalt-Kurztitel |
|---|--|
|---|--|

1. den Verwesern und Vikaren an der Volksschule geeignete Lehrer aus den betroffenen Schulhäusern als Mentoren beigegeben werden können, in Ergänzung zu den kantonalen Beratern, und
2. diese Mentoren für ihre Tätigkeit, welche zur Verbesserung des Unterrichtes und zur Behebung des Lehrermangels in der Stadt beitragen könnte, entsprechend von ihrem Unterricht entlastet werden sollen.

Kantonale Richtlinien verpflichten die Schulgemeinden, mit Wirkung ab Schuljahr 1975/76, für unausgebildete Vikare, die länger als vier Wochen an einer Klasse unterrichten, Mentoren einzusetzen. Mit Weisung vom 17. Dezember 1975 hat die Zentralschulpflege dem Stadtrat beantragt, als zusätzliche freiwillige Massnahme der Stadt Zürich an der Volksschule bei ausserordentlichen Schwierigkeiten von Lehrern auch Mentorate bei Verwesern und bei stufengemäss ausgebildeten Vikaren errichten zu können.

Am 28. Januar 1976 hat jedoch der Stadtrat beschlossen, auf diese freiwillige Massnahme der Stadt Zürich zu verzichten, die nach Auffassung der Lehrerschaft und der Schulbehörden einem dringenden Bedürfnis entsprochen und Kosten von jährlich weniger als Fr. 10 000 verursacht hätte. Entsprechend diesem Beschluss ist nur eine teilweise Erfüllung des Postulates im Rahmen der kantonalen Richtlinien möglich. Eine volle Erfüllung des Postulates wäre auch nach Auffassung der Lehrerschaft zu weit gegangen und hätte Kosten von jährlich etwa Fr. 450 000 verursacht.

Sozialamt

A 9.7.69 Weber O. u. 1 M.
(24.9.69/726) Heimbau für alleinstehende, alkoholgefährdete Männer

Der Stadtrat wird ersucht, dem Gemeinderat baldmöglichst eine Vorlage über den Bau eines Heimes zu unterbreiten, damit eine wirksamere Resozialisierung von alleinstehenden, alkoholgefährdeten Männern, die aus Trinkerheilanstalten, psychiatrischen Kliniken, Sanatorien, Spitälern und Gefängnissen entlassen werden und die der weiteren alkohol- und sozialfürsorgerischen Betreuung bedürfen, erreicht werden kann. Ein Heim, in dem sie in einer abstinenter Umgebung leben können und der Gefahr, rückfällig zu werden, weniger ausgesetzt sind.

Das von einer Subkommission der Studiengruppe «Zürcher Heimkette» entwickelte Modell für ein Heim im Sinne der Anregung wird von der neu errichteten Stiftung «Forel-Haus» an der Schrennengasse 18 in Zürich-Wiedikon realisiert. Die Inbetriebnahme wird voraussichtlich im September 1976 erfolgen. Die Anregung ist damit erfüllt.

Förderung der Literatur

Auf Antrag der Literaturkommission wurde je ein halbes Werkjahr an die Autoren Elisabeth Meylan und Franz Hohler ausgerichtet. Anerkennungs- und Ehrengaben erhielten ausserdem Erika Burkhart, Nicol Cunningham, Ludwig Hohl, Ursula Isler, Gertrud Leutenegger, Hugo Loetscher, Niklaus Meienberg und Herbert Meier.

Neben den Förderungen, welche direkt den Autoren zugute kommen, soll durch geeignete Massnahmen versucht werden, das Interesse am Buch zu aktivieren. In diesem Sinne wurde in Zusammenarbeit mit dem Zürcher Buchhändler-Verein erstmals an zwei Samstagen ein Büchermarkt am Limmatquai organisiert, an welchem erfreuliche Umsätze erzielt werden konnten. Eine von der Präsidialabteilung organisierte Lesung von 7 Zürcher Schriftstellern an der internationalen Frankfurter Buchmesse fand die Aufmerksamkeit der dort versammelten Fachleute aus Verlagswesen und Buchhandel, aber auch der Massenmedien.

Förderung der Kunst

Kunstpreis

Auf Antrag der Kunstkommission zeichnete der Stadtrat den Maler Camille Graeser mit dem Kunstpreis der Stadt Zürich für das Jahr 1975 aus. Die Verleihung fand am 18. Oktober im Rahmen einer öffentlichen Feier im Grossen Tonhallsaal statt. Die Laudatio hielt Frau Margit Staber, Mitglied der Städtischen Kunstkommission.

Ankäufe

Auf Antrag der beratenden Kommission erwarb die Stadt 49 Werke von 48 Künstlern im Gesamtbetrag von Fr. 129 070.—. Ein Grossteil der Ankäufe wurde in der Ausstellung der Zürcher Künstler am Jahresende im Helmhaus und Kunsthause getätigt, weitere in der Städtischen Kunstkammer zum Strauhof, in Ateliers und privaten Galerien.

Studienbeiträge

Die Stipendienkommission hatte 191 Bewerbungen von Malern und Bildhauern zu prüfen. Auf ihre Empfehlung wurden 11 Stipendien im Betrage von Fr. 55 000.— vergeben.

Künstleratelier in New York

Zu Anfang des Berichtjahres bot sich die Gelegenheit, im Künstlerviertel Soho in New York ein grosszügig dimensioniertes Atelier zu erwerben. In verdankenswerter Weise stellte die Schweiz. Bankgesellschaft die für Kauf und Ausbau der Räumlichkeiten erforderlichen Mittel zur Verfügung. Für den jeweiligen Benützer, dem das Atelier für die Dauer eines Jahres überlassen wird, wurde ein spezielles Stipendium im Betrag von Fr. 8000.— geschaffen. Als erster Zürcher Künstler konnte der Maler Alex Sadkowsky am 15. September das Atelier beziehen. Der Zürcher Künstlerschaft steht nun neben den bereits bestehenden Ateliers in Paris und Genua eine weitere Arbeitsstätte in New York zur Verfügung. Ein Studienaufenthalt in dieser Stadt, die in den letzten Jahren immer mehr zum Kunstzentrum der Welt geworden ist, wird manchem Zürcher Künstler vielfache Anregung und Bereicherung bringen.

Strauhof

In dieser dem Zürcher Kunstschaffen verpflichteten Galerie wurden 1975 9 Ausstellungen gezeigt. Im Zeichen des «Jahres der Frau» stand eine vielbeachtete Schau «Frauen sehen

Frauen» sowie eine Keramik- und Wandteppichausstellung aus Anlass des 50jährigen Bestehens der Gesellschaft Schweizerischer Malerinnen, Bildhauerinnen und Kunstgewerblerinnen (GSMB+K). Besonderes Interesse fand die Werkschau von Alex Sadkowsky sowie die Ausstellung von Zeichnungen der Karikaturisten Fredy Sigg und René Fehr. Weiter wurden Arbeiten von Hans Bach, Victor Bächer, Roland Hotz, Madlaina Demarmels, Gusti Guldener, Conrad Ulrich Barth, Ladislav Minarik, Eva Diener, Bernhard Sauter, Nelly Rudin, Elsie Wyss und Müller-Emil gezeigt. Erstmals wurde der Sparte Photographie eine Ausstellung gewidmet, welche starke Beachtung fand. Erfreulich ist das in diesem Bereich zurzeit nicht selbstverständliche rege Kaufinteresse. Die Galerie tätigte 1975 einen Umsatz von Fr. 180 000.— (im Vorjahr Fr. 145 000.—).

Förderung der Musik

Auf den Antrag der Musikkommission verlieh der Stadtrat die Hans-Georg-Nägeli-Medaille an das Stalder-Quintett. Die Überreichung fand anlässlich eines Extrakonzertes in der Halle des Stadthauses am 21. Juni statt.

Ebenfalls auf Antrag der Musikkommission erteilte der Stadtrat Ulrich Stranz einen Kompositionsauftrag und sprach Dr. Willi Reich eine Ehrengabe zu; ein Beitrag wurde der Ortsgruppe Zürich der Schweiz. Musikforschenden Gesellschaft gewährt.

Im Berichtsjahr wurden insgesamt Fr. 59 000.— an Stipendien zur Förderung junger Interpreten vergeben. Empfänger waren 5 Bläser, 3 Gitarristen, 1 Pianist, 1 Cembalistin, 3 Organisten und 3 Sänger.

Eine grosse Zahl von Chören, Orchestern und musikfördernden Institutionen erhielten Beiträge von insgesamt rund Fr. 166 000.—.

Die Musiknachmittage mit Kindern unter Leitung von Prof. Kurt Pahlen wurden mit Erfolg weitergeführt.

Jazz Festival

Das Jazz Festival Zürich wurde bis 1973 23mal von André Berner organisiert. Vom nur Schweizerischen Amateur Jazz Festival wurde es mit der Zeit zum Internationalen Jazz Festival, an dem Spitzenmusiker aus der Schweiz und dem Ausland teilnahmen. Nach dem Festival 1973 erklärte André Berner, dass er sich als Organisator des Jazz Festivals zurückziehen wolle und nach einem Nachfolger suche. Diese Suche blieb erfolglos. Um der Stadt Zürich aber diese wichtige kulturelle Veranstaltung zu erhalten, beschlossen der Verkehrsverein und die Präsidialabteilung, das Festival 1975 – nach einem Jahr Unterbruch, während dem eine neue Formel gesucht wurde – wieder durchzuführen. Unter dem Vorsitz des Stadtpräsidenten wurde eine «Gesellschaft zur Förderung des Jazz Festivals» gegründet, welche neben Beiträgen der Präsidialabteilung und des Kantons die Finanzierung des Festivals sichern soll. Vom 22.–24. August fand das «neue» Jazz Festival unter dem Patronat des Stadtpräsidenten und der Europäischen Jazz-Föderation statt. Neben dem Organisationskomitee, bestehend aus dem Präsidenten der Europäischen Jazz-Föderation Lance Tschannen, dem international bekannten Zürcher Musiker Bruno Spoerri und je einem Vertreter des Verkehrsvereins und der Präsidialabteilung, beteiligten sich die meisten bereits bestehenden Jazz-Organisationen, -Klubs, -Vereinigungen, -Vereine u. ä. an der Organisation und Durchführung des Festivals. Dieses wurde dezentralisiert; die gesamte Stadt wurde ins Festival einbezogen. Die Konzerte fanden in verschiedenen Lokalen und Sälen und – soweit es das Wetter erlaubte – auch im Freien statt. Das Programm bot ein reichhaltiges, interessantes Angebot mit amerikanischen und europäischen (vor allem schweizerischen) Musikern und wurde bei Presse und Publikum sehr gut aufgenommen.

Ausstellungen

Stadthaus

Dieses Jahr fanden in den Gängen auf den 3 Stockwerken des Stadthauses 10 Ausstellungen statt: «Max Huber – 100. Geburtstag, ein Zürcher Jurist und Staatsmann»; eine «Dreikönigsausstellung», bestehend aus Bildern von 21 Künstlern aus 25 Jahren und über 200 Kinderzeichnungen zum Thema; «UPO 1874–1974, Weltpostverein, 150 Länder – ein Postgebiet», eine Jubiläumsausstellung der PTT; die jedes Jahr stattfindende Schau der von der Stadt Zürich angekauften Kunstwerke des Vorjahres; die in Zusammenarbeit mit dem Orell-Füssli-Verlag organisierte Ausstellung über die Entstehung und Entwicklung des Adressbuches «100 Jahre Adressbuch der Stadt Zürich»; «Impressionen aus dem Stadtarchiv», mit wertvollen Büchern, Schriftstücken und anderen Dokumenten; eine Ausstellung mit Photos und Plänen alter und neuer Orgeln zur internationalen Orgeltagung 1975; als Beitrag zum «Jahr der Frau» eine von der Zürcher Frauenzentrale, dem Schweizerischen Sozialarchiv und der Zentralbibliothek organisierte Schau «Frauen in der Schweiz»; in Zusammenarbeit mit der Zentralbibliothek, anlässlich eines neuen Buches über die Nachrichtensammlung aus dem 16. Jahrhundert von Johann Jakob Wick, die «Wickiana» und «Imaginäres Zürich – Architektenträume», eine Ausstellung von nicht realisierten Projekten und Plänen und wie Zürich ausgesehen hätte, wenn diese grossen, das Stadtbild wesentlich verändernden Bauprojekte verwirklicht worden wären.

Helmhaus

Die 10 Ausstellungen des Jahres 1975 befassten sich mit den verschiedensten Themen, im Bestreben, die Interessensbereiche eines möglichst breiten Publikums einzubeziehen. Aus Anlass der 100. Wiederkehr der Geburtstage von Carl Gustav Jung und von Thomas Mann fanden repräsentative Ausstellungen statt, die starke Beachtung fanden. Die Dokumentation «Das Zürich der Zeiten», gestaltet vom Bauamt II, gab einen Überblick über die bauliche Entwicklung der Stadt aus der Sicht der Denkmalpflege. Die Kunstgesellschaft zeigte eine Werkschau des Bildhauers Otto Müller und konnte erstmals der Öffentlichkeit Bilder und Plastiken aus der Sammlung Otto Coninx zugänglich machen. Die Buchillustrationen von Hans Erni und die Radierungen von Günter Grass rundeten das Ausstellungsprogramm im Bereich der bildenden Künste ab. Das Museum Rietberg, das jedes Jahr im Helmhaus zu Gast ist, zeigte diesmal Kunstschatze aus Alt-Mexiko. Erfreulicherweise konnten wieder 2 der für das Helmhaus geschaffenen Ausstellungen anschliessend in weiteren Städten des In- und Auslands gezeigt werden. Die Gedächtnisausstellung «Thomas Mann» reiste nach Berlin, Hamburg, Frankfurt und Gütersloh; diejenige über C. G. Jung war noch in Basel und Bern zu sehen.

Die traditionelle Ausstellung der Zürcher Künstler zum Jahresende musste sich nach der Durchführung in den Züspa-Hallen im Vorjahr wieder mit bescheideneren Dimensionen begnügen. Sie fand im Berichtsjahr im Helmhaus und im Kunsthaus statt, dort jedoch erstmals im modernen Ausstellungstrakt, der bedeutend mehr Fläche anbietet als der früher benützte Altbau. Mit gegen 1000 Werken von rund 250 Künstlern, die schliesslich dem Urteil der Jury standhielten, wurde sie so trotzdem zur umfangreichsten jurierten Schau, die je in Zürich veranstaltet worden ist.

Museum Rietberg

Die Hauptaktionen des Museums im Jahr 1975 bildeten die Ausstellungen, die in den neuen Räumen am Hirschengraben 20, welche im Dezember 1974 in Betrieb genommen

werden konnten, gezeigt wurden: «Das Gold in der Kunst Ostasiens», «Das Gold in der Kunst Westafrikas» und «Bronzen aus dem alten China». Die drei Veranstaltungen wurden von 8730 Personen besucht, womit die Tätigkeit des Museums auch publikumsmässig eine beachtliche Aktivierung erfahren konnte. In Zusammenarbeit mit dem Museum für Völkerkunde in Basel gelangte im Helmhaus eine Ausstellung über Zeremonialkeramik aus Alt-Mexiko zur Durchführung, während im Rietberg-Museum selbst zwei kleinere Sonderschauen den Themen «Schweizer Masken» und «Das Theater im japanischen Holzschnitt» gewidmet waren. Die letztjährige Helmhaus-Ausstellung über 2500 Jahre Jainismus stiess über die Landesgrenzen hinaus auf Interesse und wurde von St. Gallen, Basel und Wien übernommen. In allen Ausstellungsräumen wurden total 68 Führungen und Rahmenveranstaltungen organisiert. Hinzu kommen 129 Anlässe mit Schulklassen. Diese Aktivitäten trugen dazu bei, dass die Besucherfrequenz erneut angestiegen ist und 29 060 (im Vorjahr 27 884) Personen betrug. Diese Entwicklung ist angesichts des in vielen ähnlichen Institutionen beobachteten Besucherrückgangs besonders erfreulich. Die Museumsbestände konnten auch 1975 durch Ankäufe und Leihgaben erweitert werden. Bemerkenswert sind die Leihgaben insbesondere auf dem Sektor Ostasiatica.

Theater am Hechtplatz

Das Theater am Hechtplatz pflegt die verschiedenen Sparten der Theaterkleinkunst, wie Cabaret, Chanson, Pantomime, Puppenspiel und Folklore. Vor allem wird versucht, regelmässig jungen Künstlern Gelegenheit zu Auftritten zu geben.

Besonderen Erfolg verzeichnete das neue Cabaret-Programm «Opus 8» von César Keiser und Margrit Läubli, das 3 Monate auf dem Spielplan blieb. Der junge Schweizer Clown Pic zeigte erstmals seine Nummern in Zürich; eine Novität für Zürich war auch der vielbeachtete Soloauftritt der Jurassierin Zouc; das mit dem Theater am Hechtplatz seit seinen Anfängen verbundene Zürcher Pantomimen-Ensemble «Mummenschanz» trat erneut während einer Woche auf. Neben einheimischen Theaterschaffenden standen immer wieder ausländische Künstler auf der Bühne: die italienische Brecht-Sängerin Milva, Amalia Rodrigues, die prominente Interpretin des portugiesischen Fado, und die französische Chansonnière Catherine Sauvage setzten besondere Akzente ins Zürcher Theaterprogramm. Während den Junifestwochen wurde zum dritten Mal ein internationales Folklore-Festival durchgeführt mit Gruppen aus Griechenland, Frankreich, Irland, Schweden, Ungarn, der Schweiz und Amerika, das jeden Abend ein zahlreiches Publikum ins Theater lockte.

Die Sparte Jazz erfuhr eine vermehrte Pflege mit der Durchführung von Mitternachtskonzerten, für welche unter anderem internationale Namen wie Little Brother Montgomery und Slide Hampton, aber auch beste Schweizer Ensembles gewonnen werden konnten. Von den 374 Vorstellungen entfielen 361 auf das Hauptprogramm, 9 auf das Kontrastprogramm und 4 auf die Jazzkonzerte. 59 664 Personen besuchten das Theater, was eine durchschnittliche Belegungsfrequenz von 61% ergibt (62% Hauptprogramm, 45% Kontrastprogramm und Jazzkonzerte).

Dem Theater steht über die eingespielten Einnahmen hinaus ein jährlicher Kredit von Fr. 70 000.— zur Verfügung, aus welchem nicht nur die Honorare der auftretenden Künstler, sondern auch die festen Hauskosten und die Spesen für die Werbung bestritten werden müssen. Die Teuerung der letzten Jahre wirkt sich empfindlich aus; es bereitet immer grössere Mühe, im gegebenen finanziellen Rahmen die Qualität der Programme aufrechtzuerhalten und die Arbeit junger Theaterschaffender, welche auf eine Kleinbühne in Zürich angewiesen sind, zu fördern.

Podium

Im Bereich der literarischen und musikalischen Veranstaltungen wurden besondere Anstrengungen unternommen, um durch eine Erweiterung und Auflockerung des Programms ein breiteres Publikum zu interessieren. In insgesamt 29 Veranstaltungen (17 literarische und 12 musikalische) wurden 6645 Besucher gezählt gegenüber 4190 Besuchern in 24 Veranstaltungen im Vorjahr. Dies würde einem prozentualen Zuwachs von 31% pro Veranstaltung entsprechen.

Die Reihe «Weltliteratur aus erster Hand» wurde fortgeführt. Es konnten international bekannte Autoren wie Günter Grass, James Baldwin, Eugène Ionesco, Lars Gustaffson und Jacques Chessex für Lesungen nach Zürich verpflichtet werden.

Die auch im Berichtsjahr fortgesetzte Vortragsreihe des Stadtpräsidenten zur Kulturgeschichte Zürichs führte an 15 Abenden vom 17. Jahrhundert bis zur Zeit des Ersten Weltkrieges und stiess erneut auf sehr grosses Interesse.

Theater 11

Mit insgesamt 59 Veranstaltungen gegenüber 54 im Vorjahr ist wiederum eine Zunahme der Aktivität festzustellen. 48 Abende waren dem Sprechtheater, 2 dem Ballett gewidmet, und es fanden 9 Konzerte statt.

Im Rahmen des Abonnements, das sich namentlich in der erst begonnenen Saison 1975/76 zunehmenden Interesses erfreut, bestritt wiederum das Zürcher Kammerorchester mit 6 Konzerten den Hauptteil des Programmes. Je ein Konzert gaben das Salzburger und das Stuttgarter Kammerorchester, zwei hochklassige ausländische Klangkörper, sowie das Zürcher Bläser-Oktett. Bereits zur Tradition geworden sind auch die Vorstellungen der Ballettschule Vera Pasztor in der Vorweihnachtszeit, die an 2 Nachmittagen noch einmal die Arbeit der Schüler im Ballett «Aschenbrödel» zeigten.

In insgesamt 12 internationalen Theatergastspielen traten Truppen aus Deutschland, Österreich, Frankreich, Italien, Polen, Island, Japan und der Schweiz auf. Der Theater-Avantgarde, wie sie von experimentellen Truppen gepflegt wird, sind die Gastspiele des Teatr Stu aus Krakau mit «Exodus» und «Ein polnisches Traumbuch» sowie des Isländischen Nationaltheaters mit «Inouk», einem dokumentarischen Stück über das Leben der Eskimos, zuzurechnen. Die japanische Truppe des in London lebenden Komponisten Stomu Yamash'ta zeigte mit dem Musical «Raindog» einen bemerkenswerten Versuch der Verschmelzung uralter japanischer Theaterformen mit westlicher Rock-Musik. Eine seltene Begegnung mit dem originalen Nô-Theater vermittelte die Truppe von Manzaburo U mewaka. Zwei Vorstellungen konnten im stimmungsvollen Rahmen des Rieterparks auf einer Freilichtbühne gezeigt werden, während am dritten Abend aus Wettergründen in die Aula Rämibühl ausgewichen werden musste. Einen gewichtigen Beitrag leistete das in Lyon beheimatete Théâtre National Populaire mit Inszenierungen seiner künstlerischen Leiter, Roger Planchon: «Folies Bourgeoises», und Patrice Chéreau: «Lear», dem umstrittenen Stück von Edvard Bond. Mit einer neuen Deutung von Shakespeares «Timon d'Athènes» war erstmals in Zürich eine Arbeit des in Paris lebenden englischen Meisterregisseurs Peter Brook zu sehen. In der klassischen Commedia dell'Arte «Le Metamorfosi di un suonatore viaggiante» wurde der brillante Komiker Peppino de Filippo auch in Zürich von einem begeisterten Publikum gefeiert. Ein Stück Zürcher Kulturgeschichte war Gegenstand von Adolf Muschg's «Kellers Abend», in den Basler Theatern von Werner Düggelin uraufgeführt. Drei Klassiker der Moderne schliesslich zeigten die Gastspiele aus Österreich und Deutschland. In der Originalinszenierung der Salzburger Festspiele war

Thomas Bernhards «Die Macht der Gewohnheit» zu sehen, während Becketts «Warten auf Godot» vom Autor selber am Berliner Schiller-Theater eingerichtet worden war. Unbestrittener Höhepunkt der Spielzeit war einmal mehr das Gastspiel der Berliner Schaubühne am Halleschen Ufer, die an 10 Abenden in der Reithalle an der Gessnerallee Peter Steins bisher reifste Arbeit «Sommergäste» von Maxim Gorki, zeigte.

In der Reihe des musikszenischen studios wurden im Rahmen der Veranstaltungen «music promenade» und «für kommende zeiten» wiederum eine ganze Anzahl von Werken instrumentalen Theaters erstmals in Zürich zur Aufführung gebracht.

Die Theaterveranstaltungen wurden von insgesamt 25 107, die Ballettnachmittage von 986 und die Konzerte von 3171 Personen besucht.

Sommertheater

Der Sommertheater-Kredit wurde im Berichtsjahr wiederum für mehrere Aktivitäten eingesetzt. Namhafte Beiträge erhielten das Theater an der Winkelwiese für seine Inszenierung «Ödipus» von Sophokles sowie die Produktionsgruppe Grabowsky, Gmür und Suter für das Musical «Holiday in Switzerland», die beide in den Sommermonaten zur Aufführung gelangten. Die Präsidialabteilung selber lud wiederum die tschechische Pantomimengruppe Ctibor Turba mit ihrem «Circus Alfred» nach Zürich ein. Das kleine Zirkuszelt fand diesmal auf dem Münsterhof Aufstellung, und die tschechischen Mimen zeigten ihr erfolgreiches Programm in mehr als 20 ausverkauften Vorstellungen.

Das Schwergewicht der Sommerveranstaltungen lag jedoch auf einer Eigenproduktion. Auf öffentliche Anzeige hin meldeten sich im Frühsommer über 40 theaterbegeisterte Laien zur Mitwirkung am Spiel «Der jungen Mannen Spiegel» von Jos Murer. Das Stück, das das Gleichnis vom verlorenen Sohn zum Inhalt hat, wurde deshalb gewählt, weil es auch zur Zeit seiner Entstehung im 16. Jahrhundert von Zürcher Bürgern zur Aufführung gebracht worden war. Die Sorgfalt von Regisseur, Bühnenbildner und Musikern, alle ausgewiesene Berufsleute, der nicht geringe Aufwand für Bauten, Beleuchtung, Kostüme und Masken und in allererster Linie die Begeisterung und der Idealismus der Spieler trugen dazu bei, dass die Aufführungen zu einem schönen Erfolg wurden. Trotzdem das Wetter dem Unternehmen nicht besonders günstig gesinnt war, konnten auf der für Freilichtspiele besonders geeigneten St. Peterhofstatt schliesslich 13 Vorstellungen gegeben werden.

Wiederum in der Sommerpause wurden zum zweiten Mal im Versuchsbetrieb die Thearena-Wochen, diesmal auf dem Münsterhof, zur Durchführung gebracht. Ein gegenüber dem ersten Versuch deutlich qualitätsvolleres Programm sowie eine stark verbesserte Organisation und Werbung kennzeichneten diese Veranstaltungsreihe. Der Publikumserfolg im stets offenen Zelt war wiederum gross und die erklärte Absicht der Veranstalter, Schichten der Bevölkerung anzusprechen und zur aktiven Mitarbeit anzuregen, die den traditionellen Kunstinstituten sonst fernbleiben, über weite Strecken erfolgreich. Fortschritte verzeichnete auch die Suche nach Räumlichkeiten, die ein permanentes Kulturzentrum in der Art der Thearena aufnehmen könnten. Der Gebäudekomplex der Standard-Fabrik in Wollishofen, der im Jahre 1976 geräumt werden wird, bietet sich zu dieser Zweckbestimmung an, und die Verwaltung prüft gegenwärtig die Realisierungsmöglichkeiten.

Film

Das *Filmpodium* hat dieses Jahr 9 grössere und 2 Sonderprogramme organisiert mit neuen und alten Filmen, die sonst in den Kinos nicht oder nicht mehr zu sehen sind. Die als Ergänzung zum normalen Kinoprogramm durchgeführten Vorführungen fanden in den Kinos Radium, Commercio und Bellevue statt.

Als Beitrag zum «Jahr der Frau» fand im Kino Commercio von Anfang Januar bis Anfang April ein grosses «Frauen-Film-Festival» mit Filmen aus aller Welt statt. Im gleichen Kino wurden im Sommer unter dem Titel «Hollywood Professionals» ältere Filme berühmter Regisseure gezeigt.

Im Kino Radium wurden Anfang des Jahres alle Filme des belgischen Regisseurs André Delvaux sowie neue Filme aus Bulgarien, England, Frankreich, Griechenland, Japan, Indien, Persien und der Schweiz gezeigt. Daran schloss sich eine 19 Filme umfassende Retrospektive des russischen Stummfilms, zu der auch eine interessante Dokumentation herausgegeben wurde. Im Rahmen der mexikanischen Wochen in Zürich zeigte das Filmpodium 17 neuere und ältere mexikanische Filme. Das letzte Programm in diesem Jahr präsentierte neue Filme aus Frankreich, Amerika, Deutschland, Portugal und Belgien. Dazwischen wurden Mitte November in drei Sondervorstellungen dem interessierten Publikum preisgekrönte Kurzfilme der westdeutschen Kurzfilmtage Oberhausen 1974/1975 gezeigt.

Im Kino Bellevue zeigte die Cinémathèque Suisse unter dem Patronat des Filmpodiums 3 Zyklen: «Deutsche Komödien und Musikfilme aus den dreissiger Jahren», «Michel Simon zum 80. Geburtstag/in memoriam» (leider starb dieser aussergewöhnliche Schauspieler, noch während dieses Programm lief) und «Literatur und Film» mit interessanten Verfilmungen bekannter literarischer Werke. Im Mai fanden 8 Sondervorführungen mit Filmen von Alain Robbe-Grillet im Kino Bellevue statt. Am letzten Tag war der Autor persönlich anwesend und diskutierte mit dem Publikum über seine Filme.

Filmförderung

Das private Filmschaffen wurde in 4 Fällen durch Beiträge von insgesamt Fr. 30 000.— gefördert.

Jungbürgerfeier

Im Zentrum der Feier stand das Problem des straffreien Schwangerschaftsabbruchs, das auch in der Schweiz im Berichtsjahr Schlagzeilen machte. Übernommen wurde der im Vorjahr erfolgreich erprobte Modus der kontradiktorischen Debatte, die einer Gerichtsverhandlung nachgebildet ist. Als Anwältinnen pro und contra Fristenlösung fungierten die Nationalrätinnen Hedi Lang, Wetzikon, und Liselotte Spreng, Freiburg. Prominente Gynäkologen, Juristen, Ethiker und Politiker aus unseren Nachbarländern wurden als Zeugen aufgerufen. Vor und nach der Debatte konnten wiederum die geladenen Jungbürgerinnen und Jungbürger in einer Abstimmung selber Stellung beziehen. Der Debatte schloss sich der traditionell vom Stadtrat offerierte Imbiss sowie ein unterhaltender Teil an. Die wohlgelungene und von zahlreichen Jungbürgern besuchte Feier fand am 21. November 1975 im Grossen Kongresssaal statt.

Quartiere

1975 führten die Quartiervereine und die ihnen angeschlossenen Organisationen wiederum zahlreiche kulturelle und gesellige Veranstaltungen durch, an welche die Präsidialabteilung Beiträge in der Höhe von Fr. 48 505.— leistete. Zwei Ausstellungen mit Künstlern aus den entsprechenden Quartieren wurden zudem organisatorisch durch die Präsidialabteilung betreut.

Belebung der Innenstadt

Diese bewusst zwanglose und bunte Reihe von kleineren und grösseren Veranstaltungen, welche meist im Freien stattfinden, stösst weiterhin auf viel Interesse bei weiten Bevölkerungskreisen. Der wöchentliche Kuriositätenmarkt mit Artistenprogramm auf dem Rosenhof, das Krippenspiel auf der St. Peterhofstatt, der Kinder-Fastnachtsumzug und die Freilicht-Schachturniere sind beinahe schon traditionelle Anlässe geworden. 1976 wurden neue, reizvolle Orte einbezogen. Im Rahmen der Tessiner-Wochen war während 1 Woche Ende April auf der Grossmünsterterrasse ein Grotto mit Bocciabahn eingerichtet; in den Platzspitzanlagen wurde während den Sommerferien für die Daheimgebliebenen ein sonntägliches Frühstück mit musikalischer Unterhaltung offeriert. An schönen August-Abenden konnten Barkenfahrten auf dem Schanzengraben unternommen werden. Die Präsidialabteilung war organisatorisch mitbeteiligt an zwei Grossveranstaltungen in der Innenstadt, am «Dampferfäscht» am 28./29. Juni und dem «Waldfäscht» am 6./7. September.

Die Veranstaltungen in der Innenstadt finden nach wie vor ein erfreuliches Echo beim breiten Publikum. Gleichzeitig sieht sich die Verwaltung aber vermehrt Widerständen seitens der Anwohner gegenüber und muss feststellen, dass dieselben Kreise, welche Aktivitäten zur Belebung der Altstadt forderten, Umtriebe wie Lärm und Verkehrsbehinderungen, welche sich aus Freilicht-Veranstaltungen gelegentlich einmal ergeben können, nicht in Kauf nehmen wollen.

Auszeichnung für allgemeine kulturelle Verdienste

Am 25. August 1975 verlieh der Stadtpräsident im Rahmen einer öffentlichen Feier in der Tonhalle dem Kunstmaler Max Hunziker die ihm bereits im Vorjahr zugesprochene Auszeichnung für allgemeine Verdienste. Die Laudatio hielt der englische Kunsthistoriker Sir Ernest Gombrich. Eine besondere Bereicherung erfuhr der Festakt durch die musikalische Umrahmung des Cellovirtuosen Mstislaw Rostropowitsch.

Besuche und Empfänge

Bei insgesamt 98 (85) Gelegenheiten wurden Gäste aus dem In- und Ausland und namentlich auch Teilnehmer internationaler Kongresse und Tagungen empfangen. 25 Anlässe fanden im Muraltengut statt, 23 im Stadthaus und 50 in anderen geeigneten Lokalitäten.

Junifestwochen

Der Eröffnungsakt in der Tonhalle am 23. Mai brachte nach der traditionellen Ansprache des Stadtpräsidenten eine Wiederbegegnung mit einem Hauptwerk der schweizerischen Musikkultur, Arthur Honeggers Oratorium «Die heilige Johanna auf dem Scheiterhaufen». Unter der Leitung von Ferdinand Leitner wirkten zahlreiche Solisten, der Kammerchor Zürich, die Zürcher Sängerknaben und das Tonhalle-Orchester an der anspruchsvollen Aufführung mit, die einen tiefen Eindruck hinterliess. Der Einladung zum anschliessenden Empfang im Muraltengut folgte wiederum eine grosse Zahl Gäste.

Ausserordentliche Beiträge für besonders aufwendige Festwochenprogramme erhielten: Die Tonhalle-Gesellschaft für die Aufführung der «Symphonie der Tausend» von Gustav

Mahler, das Theater am Neumarkt für die Inszenierung «Brülle China» und das Theater 11 für ein Gastspiel des Théâtre National populaire. Mit dem Kredit für Gratis-Veranstaltungen wurden je eine Gratisvorstellung im Opernhaus und im Schauspielhaus sowie ein Gratiskonzert in der Tonhalle ermöglicht. Ferner konnten die Eintrittspreise zum Folklore-Festival im Theater am Hechtplatz niedrig gehalten werden.

Pressekonferenzen/ Pressefoyer

Bei 10 Anlässen nahmen der Stadtpräsident oder seine Mitarbeiter die Gelegenheit wahr, die Presse mit in- oder ausländischen Persönlichkeiten bekanntzumachen. 8 Pressekonferenzen fanden im Pressefoyer, eine im Muraltengut und eine im Musiksaal des Stadthauses statt.

Andere Veranstalter führten im Pressefoyer weitere 137 Pressekonferenzen durch. Das Pressefoyer an der Münsterergasse 9 wurde von rund 2400 Einzelpersonen und 2000 Konferenzteilnehmern besucht. Die Gesamtfrequenz von 4400 Besuchern lag somit etwas über jener des Vorjahres (4200).

Unentgeltliche Rechtsauskunft

Die Sprechstunden der Unentgeltlichen Rechtsauskunftsstellen fanden im Jahre 1975 wiederum wöchentlich zweimal nachmittags in Zürich 1 und jeweils einmal abends in Zürich 11 statt. Insgesamt meldeten sich 1415 Ratsuchende, wovon 1056 am Bahnhofplatz 14 und 359 an der Gubelstrasse 9.

Die Auskünfte wurden in verdankenswerter Weise ehrenamtlich durch Mitglieder des Vereins Zürcher Rechtsanwälte erteilt.

Kulturaustausch zwischen Schweizer Städten

Am 24. Januar wurde in Bern der von den 10 Städten gemeinsam gestiftete Kompositionspreis mit einer Preissumme von 40 000 Franken an 5 Komponisten verliehen. Zwei der ausgezeichneten Musikschaffenden leben und arbeiten in Zürich. Die preisgekrönten Kompositionen sollen in einem Sonderkonzert der Internationalen Musikfestwochen Luzern uraufgeführt werden.

An 2 Sitzungen in Basel und Zürich trafen sich die für die Kultur verantwortlichen Vertreter der Städte, um gemeinsame Probleme zu erörtern und nach Koordinations- und Austauschmöglichkeiten zu suchen. Für das Jahr 1976 wurde die Ausschreibung eines Dramenwettbewerbs in Aussicht genommen.

Subventionen

Nachdem der weitgehend aus einer privaten Schenkung finanzierte Erweiterungsbau des Kunsthauses seiner Fertigstellung entgegenging, musste im Berichtsjahr der städtische Beitrag an den Betrieb des Kunsthauses den neuen Gegebenheiten angepasst werden. Die namhafte vom Stadtrat vorgeschlagene Subventionserhöhung von rund 1,5 Millionen Franken jährlich wurde vom Gemeinderat bewilligt.

Der 7. Dezember wurde zu einem wichtigen Datum in der Geschichte des Schauspielhauses. An diesem Tag bewilligten die Zürcher Stimmbürger mit einer erfreulich starken Mehrheit den Kredit für den dringend erforderlichen Umbau und die Sanierung des traditionsreichen Hauses am Pfauen.

Zivilstandsamt

Zwar richtet sich der Personen- und Familienstand einer Person nach wie vor nach dem Recht des Heimatstaates. Andererseits geht die Tendenz (vor allem in den westeuropäischen Staaten) dahin, die Rechtsordnungen einander anzugleichen. Die in diesem Zusammenhang vorgenommenen Gesetzesrevisionen haben dazu geführt, dass bereits zahlreiche ausländische Bestimmungen geändert worden sind. Die Aufgaben des Zivilstandsamtes werden entsprechend komplizierter.

Erwartungsgemäss hat die Anzahl der beurkundeten Zivilstandsfälle, der Bevölkerungsentwicklung unserer Stadt entsprechend, etwas abgenommen. Als Überraschung dagegen ist die um 5% verminderte Anzahl der ausgestellten Ausweisschriften für Stadtbürger zu bezeichnen. Diese Zahl hatte in den letzten Jahren kontinuierlich zugenommen.

Der verhältnismässig stärkere Rückgang bei den Geburten (7,7%) ist vor allem auf die rezessionsbedingte Heimreise ausländischer Arbeitskräfte sowie auf die Verlegung des Krankenhauses Sanitas von Zürich nach Kilchberg im Januar 1975 zurückzuführen. Die beurkundeten Adoptionen hatten sich von 1973 auf 1974 als Folge der Revision des Schweizerischen Adoptionsrechtes verdreifacht – im Berichtsjahr sind sie aber um 30% zurückgegangen.

Die Neigung, ohne Ehe zusammenzuleben, scheint sich zu stabilisieren. So haben sich die Eheschliessungen gegenüber dem Vorjahr nur noch um 1,8% vermindert. Klammert man die Ehen mit Ausländerbeteiligung aus, ist sogar ein geringfügiger Zuwachs zu verzeichnen. Auffallend ist die Zunahme der Trauungen von Afrikanern und Südasiaten, die den Ausfall der Angehörigen aus den Nachbarstaaten verkleinern.

Die statistischen Zahlen sind aus dem Tabellenteil¹ ersichtlich.

Bestattungs- und Friedhofamt

Allgemeines

Die Gesamtzahl der Bestattungen hat um 88 auf 5874 (5786) zugenommen. Auf den 1. Januar wurden die Taxifahrten zu Bestattungen für die Dauer von drei Jahren an die 7 bisherigen bewährten ortsansässigen Firmen vergeben. Die Stadt stellt den Hinterbliebenen verstorbener Einwohner ein Grosstaxi unentgeltlich, weitere gegen Verrechnung der Kosten zur Fahrt an die Bestattungsfeier zur Verfügung. Das Krematorium Sihlfeld konnte nach einer Umbauzeit von 12 Monaten am 21. April des Berichtsjahres seinen Betrieb wieder aufnehmen. Auf den 30. Juni trat der bisherige halbzeitlich angestellte Organist am Krematorium Nordheim, Willy Hardmeyer, nach langjähriger Tätigkeit altershalber in den Ruhestand. An seine Stelle wählte der Stadtrat auf den 1. Juli Peter Keller, Organist an der reformierten Kirche Erlenbach, bisher Hilfsorganist am Krematorium Nordheim. Der neue Organist versieht seinen Dienst wie der frühere halbzeitlich im wöchentlichen Wechsel mit einem andern Organisten. Im Berichtsjahr waren zwei Leichenautos der Marke Ford-Taunus anzuschaffen, das eine als Ersatz eines abgenutzten Fahrzeuges, das andere zur Ergänzung des Wagenparkes wegen vermehrter Nachfrage nach Fahrleistungen bei Häufung von Sterbefällen und als Reserve für den Einsatz bei aussergewöhnlichen Todesfällen. Der in den Jahren 1946 bis 1948 für Höngg und

¹ Siehe Tabellen 1–4, S. 107 ff.

Oberengstringen erstellte Friedhof Hönnggerberg ist zu klein geworden. Der Ende 1974 ermittelte Stand der Wohnbevölkerung und die weitere bauliche Entwicklung von Hönng drängt die schon vor 10 Jahren ins Auge gefasste Erweiterung auf. – Die Gemeinde Oberengstringen wird für ihre Einwohner einen eigenen Friedhof errichten. – Für die Bereitstellung der bisher nicht beanspruchten Belegungsfläche von nahezu 20 000 m² bewilligte der Gemeinderat am 5. November oppositionslos einen Kredit von 1,2 Millionen Franken. Wegen Renovation der Orgel war die Halle II des Krematoriums Nordheim vom 16. Oktober bis 20. Dezember für die Durchführung von Abdankungen nicht benützbar. Die Trauerfeiern wurden während dieser Zeit hauptsächlich in die Halle I des Krematoriums Nordheim, teils aber auch in Verbindung mit der Urnenbeisetzung in verschiedene Friedhofkapellen und Kirchen angesetzt.

Einsargungen und Transporte

Insgesamt waren 4534 (4479) Särge aus dem städtischen Sarglager abzugeben, davon 3058 (2706) in einfacher, für Einwohner unentgeltlicher Ausführung und 1476 (1773) teurere Modelle. Auf Stadtgebiet waren 4983 (5305) Transporte Verstorbener auszuführen, von und nach auswärts 2281 (2568). Einen Teil dieser Überführungen besorgte wiederum eine private Firma. Dazu kamen 2230 (2559) Überführungen von Trauerkränzen und Transporte von Urnen und Kränzen von den Krematorien nach den verschiedenen Friedhöfen. Die Dienstautos des Bestattungsamtes legten 195 211 (220 568) Fahrkilometer zurück, also rund 25 000 Kilometer weniger als im Vorjahr. Der Rückgang entfällt zur Hälfte auf die Abnahme der Zahl von Auslandstransporten, die in zunehmendem Mass per Flugzeug erfolgen, und zur andern Hälfte auf eine Abnahme im Nah- und sonstigen Fernverkehr.

Krematorien

In beiden Krematorien fanden 4454 (4335) Einäscherungen statt. Sie verteilten sich wie folgt: Krematorium Sihlfeld 1447 (554), Krematorium Nordheim 3007 (3781). Die unterschiedliche Belastung rührt davon her, dass das Krematorium Sihlfeld wegen Umbauarbeiten im Berichtsjahr 3 Monate, Januar bis und mit März (1974: 9 Monate, April bis und mit Dezember), nicht im Betrieb war. Trauerfeiern fanden statt: Krematorium Sihlfeld 723 (324), Friedhofkapelle Sihlfeld D 455 (778), Krematorium Nordheim 1160 (1293), andere städtische Abdankungshallen sowie Kirchen und Anstalten 789 (729). Einäscherungen ohne Trauerfeier in Zürich 1327 (1211). Nähere Angaben sind aus der Tabelle im Anhang ersichtlich.

Friedhöfe

Abzugeben waren 1217 (1235) Erdbestattungs-Reihengräber für Erwachsene und Kinder, 1512 (1485) Urnengräber und 219 (263) Nischen. 35 (31) Beerdigungen und 39 (40) Urnenbeisetzungen fanden in neuen Familiengräbern und 47 (42) Urnenbestattungen in neuen B-Urnengräbern statt. 168 (180) Urnen wurden in Gemeinschaftsgräbern beigesetzt. Vermietet wurden 114 (121) Privatgräber von insgesamt 586,2 m² (594,3 m²) zum Mietpreis von Fr. 705 896.— (Fr. 679 965.—). Im Vergleich zum Vorjahr waren es durchschnittlich grössere und infolge ihrer Lage teurere Plätze.

Grabbesorgung

Unter Berücksichtigung des Zuwachses (Bestattungen) und des Abganges (Aufhebung von Gräbern) im Berichtsjahr ergab sich per Jahresende ein Bestand von 80 045 (79 678) Gräbern. Zur Betreuung waren angemeldet 65 088 (65 155) Reihengräber und 8018 (7889) Privatgräber. Die Zahl der von der Stadt mit Immergrün belegten, nicht zum Unterhalt angemeldeten Gräber nahm weiter zu auf 6722 (6417). Im alten Friedhof Witikon sind 217 (217) Gräber vorhanden, die privat betreut werden. Die Einnahmen für Unterhalt und Bepflanzung der Gräber beliefen sich auf Fr. 4 432 300.40 (Fr. 4 379 702.31), nämlich Fr. 2 642 634.13 (Fr. 2 604 372.26) für Pflanzen und Fr. 1 789 666.27 (Fr. 1 775 350.05) für Unterhalt. Die Zahl der Vorausbezahlungen zur Sicherstellung der Grabpflege und Bepflanzungskosten hat sich im Berichtsjahr vermindert auf 3856 (4266). Vereinnahmt wurden Fr. 2 829 394.30 (Fr. 2 915 772.30). Den Einzählern wurden zusätzlich Ermässigungen von Fr. 737 169.70 (Fr. 763 906.78) gutgeschrieben. Der Saldo auf den Konten der insgesamt 30 603 (29 386) Gräber, deren Pflege vorausbezahlt wurde, ist auf Fr. 24 674 834.85 (Fr. 22 851 570.02) angewachsen.

Prüfungs- und Beratungsstelle für Grabmäler

Der Sachverständige prüfte 3389 (3416) Entwürfe von Grabmälern und Nischenplatten-Inschriften. Sein Auskunfts- und Beratungsdienst wurde in 503 (511) Fällen in Anspruch genommen.

Weitere Angaben über die Bestattungen sind im statistischen Anhang¹ enthalten.

Statistisches Amt

Im Jahre 1975 stand das Statistische Amt im Zeichen der im fünfjährigen Turnus mit der Volkszählung alternierenden Eidgenössischen Betriebszählung, welche das Amt auf Stadtgebiet vorzubereiten und durchzuführen hatte. Trotz der sich daraus ergebenden zusätzlichen Arbeitsbelastung, die nur mit Hilfe von zahlreichen Hilfsangestellten und grossenteils in Überzeit bewältigt werden konnte, wurden laufende Erhebungen und Auswertungen sowie einige Sonderuntersuchungen, namentlich im Zusammenhang mit Vorstössen im Gemeinderat, durchgeführt.

Die Orientierung der Öffentlichkeit über die Ergebnisse der Erhebungen des Statistischen Amtes erfolgt durch die meist monatlichen Pressemitteilungen, das Statistische Jahrbuch, die Reihe «Statistik der Stadt Zürich» sowie durch die Vierteljahresschrift «Zürcher Statistische Nachrichten». Diese brachte die üblichen Angaben über Bevölkerung, Wirtschaft, Verwaltung und Kultur unserer Stadt. Ausserdem erschienen in den «Nachrichten» grössere Untersuchungen über den Zivilstand und die Erwerbstätigkeit der Zürcher Wohnbevölkerung wie auch eine Auswertung der Hauptergebnisse der Pendlerstatistik 1970.

Im Jahrbuch wurden weitere Übersichten den Ergebnissen der Volkszählung 1970 angepasst, und erstmals eine Gliederung des Stadtgebietes nach Zonen-, Nutzungs- und Eigentümerarten veröffentlicht. Auch die Ergebnisse der Kantonsratswahlen vom 27. April 1975 sind bereits im Jahrbuch aufgeführt.

¹ Siehe Tabelle 1, S. 110

Als Heft 70 der Reihe «Statistik der Stadt Zürich» erschien eine statistische Analyse der Gemeindewahlen vom 3. März 1974.

Durch die bereits erwähnte Betriebszählung wurden nicht nur alle Betriebe, sondern jede einzelne Arbeitsstätte auf Stadtgebiet erfasst. Gemäss Anordnung des Bundesrates war die Bestandesaufnahme zeitlich gestaffelt durchzuführen, und zwar für die Strukturdaten der landwirtschaftlichen Betriebe Ende Juli und für die Arbeitsstätten der übrigen Wirtschaftssektoren in der Zeit zwischen 15. und 30. September. Um eine möglichst lückenlose Erfassung zu gewährleisten, wurde das Stadtgebiet aufgrund eines auf den neuesten Stand gebrachten Häuserverzeichnisses in rund 1500 Zählkreise eingeteilt. Die landwirtschaftlichen Betriebe wurden teils durch besonders instruierte Fachleute aufgesucht und erfasst, teils wurden ihnen die Erhebungsformulare durch die Post zugestellt. Die Erfassung der nichtlandwirtschaftlichen Betriebe und Arbeitsstätten wurde, wie bei früheren Volks- und Betriebszählungen, rund 1500 Zürcher Mittelschülern und Mittelschülerinnen übertragen. Sie wurden auf ihre Aufgabe in 32 Instruktionsversammlungen vorbereitet. Die Öffentlichkeit, namentlich die auskunftspflichtigen Betriebsinhaber und -leiter, wurde durch Presse, Radio, Fernsehen und Plakate auf die Betriebszählung aufmerksam gemacht. Die ersten vorläufigen Ergebnisse mit Angaben über die Zahl der Arbeitsstätten und der Beschäftigten auf Stadtgebiet, nach Stadtquartieren gegliedert, werden voraussichtlich im Frühjahr 1976 vorliegen.

Auf dem Gebiet der Bevölkerungsstatistik wurde die Überführung der Einwohnerdaten auf den Grosscomputer der ZEDV weitergeführt. Eine erste computermassige Auswertung eines Teils dieser Daten fand anlässlich der Kantonsratswahlen 1975 statt, was zu einer wesentlichen Arbeitsentlastung unseres Amtes führte, welches in früheren Jahren die entsprechenden arbeitsaufwendigen Wahlstatistiken auf dem herkömmlichen Wege durchzuführen hatte.

In das Arbeitsgebiet der Bevölkerungsstatistik fiel auch eine vertiefte Auswertung der durch die Volkszählung 1970 ermittelten Angaben der Pendlerstatistik. Die entsprechenden Ergebnisse in Form von Maschinentabellen im Umfang von rund 7000 Seiten stehen den Fachleuten der Stadt- und Verkehrsplanung zur Verfügung. Ein Auszug davon wurde auch der breiteren Öffentlichkeit durch einen Aufsatz in den «Zürcher Statistischen Nachrichten» zugänglich gemacht.

In der Wirtschaftsstatistik wurde die Überführung der Berechnung des Zürcher Indexes der Konsumentenpreise auf elektronische Datenverarbeitung abgeschlossen. In der Statistik der Haushaltsrechnungen wurden erstmals nebst – wie bisher – Arbeitnehmerfamilien mit Kindern zusätzlich auch Ein- und Zweipersonenhaushalte sowie Familien mit höheren Einkommensstufen berücksichtigt.

Eine wesentliche Umstellung erfuhr die Statistik der Strassenverkehrsunfälle, die dem neuen eidgenössischen Auswertungsprogramm angepasst werden musste. Die Arbeiten erfolgten in enger Zusammenarbeit mit der städtischen ZEDV. Weitere Vertiefung erfuhr auch die Zürcher Fremdenverkehrsstatistik, die dank dem Entgegenkommen des Eidgenössischen Statistischen Amtes um zusätzliche Merkmale ausgebaut werden konnte.

Die Revisionsarbeiten für den Zürcher Baukostenindex wurden wegen verspäteter Abrechnung der Indexhäuser verzögert, so dass mit den Berechnungen auf einer revidierten Grundlage frühestens im Herbst 1976 gerechnet werden kann.

Im Bereich der Areal- und Baustatistik wurde die Statistik über die Handänderungen von Liegenschaften weiter ausgebaut; künftig werden auch die Handänderungen von Eigentumswohnungen getrennt ausgewiesen. Die Auswertungen wurden weitgehend mit der Statistik des Kantons koordiniert.

In Zusammenarbeit mit dem Bauamt II wurden die Grundlagen für eine neue statistische Erhebung geschaffen, durch die periodisch die Auswirkungen der Unterstellung des Stadtgebietes unter das Gesetz über die Erhaltung von Wohnungen für Familien vom 30. Juni 1974 (Wohnerhaltungsgesetz) untersucht und nachgewiesen werden sollen. Der Zweck dieser Erhebung ist es, u.a. für die im Frühjahr 1977 fällige Entscheidung in bezug auf die Fortführung der Schutzmassnahmen für die Erhaltung von Familienwohnungen auf Stadtgebiet Unterlagen zu liefern.

Von den zahlreichen Sonderuntersuchungen und umfangreichen, aufgrund von Anfragen ausgearbeiteten Auswertungen seien erwähnt die Bereitstellung von statistischen Unterlagen über Bevölkerung, Arbeitsplätze, Arealnutzung u. dgl. für die Planung des Weiterbaus der städtischen Kläranlage Werdhölzli, für die Planung der Tramverlängerung nach Schwamendingen und für den Sanierungsplan für das Quartier um die Gewerbeschule. Wie in früheren Jahren hatte auch 1975 das Statistische Amt eine ganze Anzahl Anfragen von Privatpersonen, Firmen und amtlichen Stellen der Stadt, der gesamten Schweiz und auch aus dem Ausland zu beantworten. Besonders häufig waren die Anfragen über den Stand und die Entwicklung des Zürcher Indexes der Konsumentenpreise und des Zürcher Baukostenindexes.

Ende Oktober trat der langjährige Vorsteher des Statistischen Amtes, Dr. Ulrich Zwingli, in den Ruhestand. Zu seinem Nachfolger wählte der Stadtrat Dr. Z. Lomecky, der die Leitung des Amtes ab 1. Januar 1976 übernimmt.

Stadtarchiv

Der Bau des Archivs am Neumarkt ist weitgehend abgeschlossen: Der unterirdische Trakt ist bezugsbereit; teilweise fehlt noch die Innenausstattung der Büros. Am 27. Oktober hat das Stadtarchiv mit dem Umzug begonnen; Ende Jahr war rund die Hälfte des Archivgutes transportiert, und zwar durch eigene Leute in Zusammenarbeit mit einer Speditionsfirma, ohne dass der Betrieb geschlossen wurde.

Ablieferungen aus der Verwaltung sind in diesem Jahr aus naheliegenden Gründen gestoppt worden. Die Bibliothek vergrösserte sich um 450 Titel (Vorjahr 594), davon 115 (139) geschenkt, und um 282 Jahresberichte (318). Die Anzahl Benützer stieg erneut auf 3747 (3630), ebenso die Ausleihen (504 statt 333). Mit 3280 Ausschnitten aus rund 20 Zeitungen von Stadt und Landschaft bleibt deren Zahl praktisch konstant (3240). Schriftliche Auskünfte erteilte das Archiv 877 (961); die Herstellung von Kopien zu 20 Rappen für private Benützer des Archivs erbrachte rund 750 Franken (850). Damit ist die Beanspruchung des Archivs im grossen ganzen gleich geblieben.

Mitte Jahr lockte die Ausstellung «Impressionen aus dem Stadtarchiv» zahlreiche Besucher ins Stadthaus. Einerseits feierte das Archiv damit sein 75-Jahr-Jubiläum – es war 1900 ins Dachgeschoss des eben erbauten Stadthauses eingezogen –, andererseits nahm es Abschied von seinen altvertrauten Räumlichkeiten. Mit der Wahl eines Adjunkten und eines Kanzleibeamten ist der Personalbestand (6 statt 4 wie 1973/74) erstmals wieder komplett.

ZivilstandsamtTabelle 1 *Zivilstandsfälle*

| | 1975 | 1974 |
|--|-------|--------|
| Geburten | 5 614 | 6 083 |
| Ehen | 2 040 | 2 078 |
| Todesfälle | 4 456 | 4 462 |
| Legitimationen | 81 | 75 |
| Kindesanerkennungen | | |
| a) durch den Vater, mit Standesfolge | 14 | 14 |
| b) durch ausländische Mütter | 22 | 37 |
| Adoptionen (nach neuem Recht) | 580 | 851 |
| Eintragungen im Familienregister der Stadtbürger als Folge von Geburten, Trauungen, Todesfällen, Legitimationen, Kindesanerkennungen, Adoptionen, Ausserehelicherklärungen, Ehescheidungen, Namensänderungen, Änderungen im Bürgerrecht usw. | | |
| a) von in der Schweiz eingetretenen Zivilstandsfällen | 9 805 | 10 182 |
| b) von im Ausland eingetretenen Zivilstandsfällen | 886 | 831 |
| Randanmerkungen in den Einzelregistern als Folge von Legitimationen, Kindesanerkennungen, Adoptionen, Ausserehelicherklärungen, Ehescheidungen, Namensänderungen usw. | 1 882 | 2 105 |
| Löschung von Registereinträgen | 90 | 58 |

Tabelle 2 *Abteilung Familienregister*

| | 1975 | 1974 |
|---|-------|-------|
| Ausgestellte Ausweisschriften: | | |
| Heimatscheine | 5 083 | 5 388 |
| Interimsausweise für Stadtbürger | 1 135 | 1 219 |
| Pasempfehlungen für Stadtbürger | 4 078 | 4 239 |
| Kraftloserklärung von Heimatscheinen | 17 | 12 |
| Beibehaltung des Schweizerbürgerrechts durch Stadtbürgerinnen, welche einen Ausländer heirateten | | |
| a) durch Abgabe einer Beibehaltungserklärung | 255 | 266 |
| b) infolge Nichterwerbs der Staatsangehörigkeit des Ehemannes | 12 | 7 |
| Verlust des Schweizerbürgerrechts von Stadtbürgerinnen, welche einen Ausländer heirateten | | |
| a) mangels Abgabe einer Beibehaltungserklärung | 9 | 12 |
| b) freiwilliger Verzicht | 0 | 0 |
| Auszüge aus dem Familienregister als Erbenachweis, für Eheschliessungen, Ehescheidungen, Adoptionen, Namensänderungen und andere Zwecke | 9 456 | 9 463 |
| Personalienbestätigungen für auswärtige Beurkundungen, AHV-Ausgleichskassen, Heil- und Pflegeanstalten usw. | 1 832 | 1 987 |

Tabelle 3 Abteilung Ehen

| | 1975 | 1974 |
|---|-------|-------|
| Fremdsprachige Trauungen | | |
| französisch | 75 | 82 |
| italienisch | 180 | 195 |
| englisch | 76 | 68 |
| mit Dolmetscher | 20 | 27 |
| Protokollarische Trauungen | 2 | 4 |
| Nottrauungen | 2 | 0 |
| Haus- und Spitaltrauungen | 3 | 1 |
| Eheschliessungen mit Bewilligung des Regierungsrates | 43 | 42 |
| Ehemündigerklärungen | 2 | 5 |
| Durchgeführte Verkündverfahren | 2 141 | 2 221 |
| Auswärtige Verkündaufforderungen | 2 331 | 2 491 |
| Gültige Eheinsprachen | 1 | 1 |
| Abgewiesene Eheinsprachen | 1 | 0 |
| Anzeigen an den Stadtpräsidenten betreffend Erhebung allfälliger Eheinsprachen durch den Stadtrat | 2 | 5 |
| Dispensationen der Direktion des Innern von der Veröffentlichung der Verkündung und Trauung im Tagblatt | 2 | 2 |
| Dispensationen der Direktion des Innern von der Vorlage nicht beschaffbarer Dokumente für die Heirat | 30 | 28 |
| Abkürzung der Frauenwartefrist | | |
| a) durch den Richter | 41 | 40 |
| b) infolge Eintritts einer Geburt | 1 | 1 |
| Wiederverhehlung geschiedener Eheleute | 14 | 8 |
| Ausgestellte Trauungsermächtigungen zur Eheschliessung bei einem auswärtigen Zivilstandsamt | 314 | 265 |
| Ausgestellte Ehefähigkeitszeugnisse zur Heirat im Ausland | 97 | 96 |
| Ausgestellte Verkündbescheinigungen für Ausländer | 0 | 1 |
| Von auswärts eingegangene Ehemitteilungen von Bürgern und Einwohnern | 2 268 | 2 355 |
| Verteilung der Trauungen auf die Wochentage in % | | |
| Montag | 7,85 | 7,75 |
| Dienstag | 5,79 | 6,31 |
| Mittwoch | 7,78 | 7,65 |
| Donnerstag | 10,98 | 11,21 |
| Freitag | 39,41 | 41,00 |
| Samstag | 28,19 | 26,08 |
| Mitteilungen an Vormundschaftsbehörden und andere Amtsstellen zur Wahrung der Interessen von Kindern und Behörden | 384 | 359 |

Tabelle 4 Abteilung Geburten und Sterbefälle

| | 1975 | 1974 |
|---|-------|-------|
| <i>Geburten</i> | | |
| Klinikgeburten | 5 606 | 6 078 |
| Hausgeburten | 8 | 5 |
| Im Ausland erfolgte und in Zürich beurkundete Geburten | 0 | 13 |
| Gerichtliche Kindeszusprechungen mit Standesfolge | 1 | 2 |
| Dispensationen der Direktion des Innern von der Veröffentlichung der Geburt im Tagblatt | 0 | 2 |
| Von auswärts eingegangene Geburtsmitteilungen von Bürgern und Einwohnern | 1 495 | 1 458 |
| Mitteilungen an Vormundschaftsbehörden und andere Amtsstellen zur Wahrung von Kindesinteressen | 1 653 | 1 529 |
| <i>Sterbefälle</i> | | |
| Verschollenerklärungen | 1 | 0 |
| Von auswärts eingegangene Todesmitteilungen von Bürgern und Einwohnern | 1 836 | 2 325 |
| Mitteilungen an Vormundschaftsbehörden und andere Amtsstellen zur Wahrung der Interessen von Angehörigen und Behörden | 7 772 | 7 135 |

Bestattungs- und Friedhofamt*Tabelle 1 Bestattungen*

Von insgesamt 5874 (5786) Bestattungen waren 4454 (4335) Kremationen und 1420 (1451) Beerdigungen. Das entspricht einem prozentualen Anteil der beiden Bestattungsarten von 75,83 (74,93) zu 24,17 (25,07). In bezug auf die Bestattungen von Einwohnern war das Verhältnis 70,10 (69,23) zu 29,90 (30,77) Prozent.

| Letzter Wohnort der Bestatteten | Feuerbestattungen | | Erdbestattungen | | Total | |
|---|-------------------|-------|-----------------|-------|-------|-------|
| | 1975 | 1974 | 1975 | 1974 | 1975 | 1974 |
| Stadt Zürich | 3 095 | 3 055 | 1 320 | 1 358 | 4 415 | 4 413 |
| Kanton Zürich | 1 114 | 1 057 | 59 | 62 | 1 173 | 1 119 |
| Übrige Schweiz | 213 | 188 | 30 | 25 | 243 | 213 |
| Ausland | 32 | 35 | 11 | 6 | 43 | 41 |
| | 4 454 | 4 335 | 1 420 | 1 451 | 5 874 | 5 786 |
| Lebensalter der Bestatteten | 1975 | 1974 | 1975 | 1974 | 1975 | 1974 |
| Erwachsene und Kinder ab 12 Jahren | 4 311 | 4 193 | 1 394 | 1 420 | 5 705 | 5 613 |
| Kinder im Alter von 2–12 Jahren | 6 | 11 | 5 | 9 | 11 | 20 |
| Kinder im Alter bis zu 2 Jahren einschliesslich Totgeburten | 137 | 131 | 21 | 22 | 158 | 153 |
| | 4 454 | 4 335 | 1 420 | 1 451 | 5 874 | 5 786 |
| Konfession, nach der die Bestattung erfolgte | 1975 | 1974 | 1975 | 1974 | 1975 | 1974 |
| Ref. Landeskirche | 2 465 | 2 506 | 547 | 505 | 3 012 | 3 011 |
| Ref. Gemeinschaften | 27 | 35 | 53 | 73 | 80 | 108 |
| Römisch-Katholiken | 419 | 391 | 649 | 707 | 1 068 | 1 098 |
| Alt-Katholiken | 44 | 35 | 6 | 14 | 50 | 49 |
| Israeliten | 1 | 0 | 91 | 94 | 92 | 94 |
| Andere Konfessionen | 93 | 87 | 56 | 40 | 149 | 127 |
| Konfessionslose | 78 | 74 | 10 | 14 | 88 | 88 |
| Auswärtige oder keine Trauerfeier | 1 327 | 1 207 | 8 | 4 | 1 335 | 1 211 |
| | 4 454 | 4 335 | 1 420 | 1 451 | 5 874 | 5 786 |

Allgemeines

Der Abschluss der Verwaltungsrechnung (Ordentlicher und Ausserordentlicher Verkehr) erweckt einen zwiespältigen Eindruck. Wohl ergibt sich nach Einbezug der Nachtragskredite und der nicht veranschlagten Ergänzungszulagen gegenüber dem Voranschlag noch eine beträchtliche Verbesserung. Werden jedoch die allein massgebenden effektiven Zahlen berücksichtigt, so ist eindeutig eine massive Verschlechterung gegenüber dem Vorjahresergebnis festzustellen. Schliesslich die Verwaltungsrechnung 1974 noch mit einem Überschuss von 24,6 Millionen Franken ab, so ist 1975 ein Fehlbetrag von 52,4 Millionen Franken zu verzeichnen, was einer Verschlechterung um 77 Millionen Franken entspricht. Ins Gewicht fällt hier vor allem der Ordentliche Verkehr, der 1974 noch mit einem Überschuss von 97,5 Millionen Franken, 1975 jedoch nur noch mit einem solchen von 14,4 Millionen Franken abschloss, die der Reserve für die Deckung der Gaswerkdefizite zugewiesen wurden. Der Rückschlag des Ausserordentlichen Verkehrs von 66,8 Millionen Franken führte zu einer Erhöhung der Ungedeckten Schuld auf 461,8 Millionen Franken. Die Gründe für diese Entwicklung sind im wesentlichen in einem weiteren Auseinanderklaffen der Zuwachsraten im Ordentlichen Verkehr zu suchen (Einnahmen + 5,1%, Ausgaben + 13,5%, gegenüber + 11,9% bzw. + 15,7% im Vorjahr). Ins Gewicht fällt hier vor allem die Entwicklung des Hauptpostens «Steuerertrag laufendes Jahr», der als Folge von Steuergesetzrevision und wirtschaftlicher Entwicklung mit einer Zunahme von nur 6,2% wesentlich unter dem für ein Haupteinschätzungsjahr erwarteten Ergebnis blieb.

Die bereits im Vorjahr festgestellte Verschlechterung des Finanzhaushaltes hat sich damit in besorgniserregender Weise akzentuiert. Zwar ist es nun gelungen, bei sinkenden Zinssätzen alle benötigten Mittel auf dem Kapitalmarkt zu beschaffen. Eine Fremdfinanzierung sollte jedoch höchstens für produktive Investitionen notwendig sein, nicht aber zum Ausgleich der Verwaltungsrechnung. Erneut und in noch verstärktem Mass muss daher die unbedingte Forderung gestellt werden, der bedrohlichen Entwicklung durch eine Beschränkung der Ausgaben auf das Allernotwendigste und durch Ausschöpfung aller Einnahmemöglichkeiten entgegenzuwirken. Nur so kann der Finanzhaushalt der Stadt Zürich einigermaßen intakt erhalten werden.

Der gesamte *Steuerertrag* des Gemeindegutes hat 1975, also in einem Haupttaxationsjahr, nur noch um 3,3 Prozent zugenommen, während die Zuwachsrate 1974 noch 10,1 und 1973 noch 20,8 Prozent betragen hatte. Die Eingänge aus der Quellensteuer für Ausländer sind gegenüber dem Vorjahr um rund 25 Prozent, jene aus der Handänderungssteuer infolge der Revision des Steuergesetzes sogar um mehr als 50 Prozent zurückgegangen. Bei der Grundstückgewinnsteuer hat der seit längerem beobachtete Rückgang angehalten; sie brachte 1975 noch knapp zwei Drittel des Resultates von 1971 ein. Andererseits ist der Anteil der juristischen Personen am gesamten Steuerertrag nur noch unwesentlich gestiegen.

Im Februar verabschiedete der Stadtrat die Vorlage an den Gemeinderat für ein neues *Personalrecht*. Im Zusammenhang damit wurden im Verlauf des Jahres auch Anpassungen der allgemeinen Besoldungsverordnung, der Lehrer-Besoldungsverordnung und der Statuten der Versicherungskasse beantragt. Die vorgesehenen Ausführungsbestimmungen zum neuen Personalrecht wurden verwaltungsintern weitgehend bereinigt. Von einiger Bedeutung ist daneben die im September an den Gemeinderat weitergeleitete Vorlage für eine Teilrevision der Besoldungsverordnung, die vor allem die Besoldungszahlung bei Krankheit und Militärdienst betrifft. – Der effektive *Personalbestand* nahm gegenüber dem Vorjahr um annähernd drei Prozent zu, da wegen der veränderten Lage auf dem Arbeitsmarkt einige Unterbestände aufgefüllt werden konnten. Dabei wurden

aber grundsätzlich nur bereits bewilligte Stellen besetzt oder bei der Schaffung neuer Stellen andere Stellen aufgehoben. Im gesamten gesehen konnte deshalb eine Stellenvermehrung vermieden werden. – Im *Besoldungswesen* ist auf dem Gebiet des Teuerungsausgleiches eine praktisch vollständige Koordination mit dem Kanton Zürich erreicht worden. Nach dem neuen System werden die Besoldungen der Teuerung nötigenfalls halbjährlich angepasst, während andererseits auf eine rückwirkende Ergänzungszulage verzichtet wird. – Auf dem Gebiet der *Personalschulung* hat der neu eingestellte Leiter vorerst eine Abklärung der Bedürfnisse vorgenommen und ein Grobkonzept ausgearbeitet, das vom Stadtrat genehmigt wurde. Für 1976 liegt erstmals ein umfassendes Schulungsprogramm vor.

Der im Sinne eines Versuches für die Untersuchung von drei Dienstabteilungen eingesetzte Fachmann unterbreitete auftragsgemäss auch Vorschläge für den Aufbau einer *Organisationsstelle* bei der Stadtverwaltung. Gestützt darauf beantragte der Stadtrat dem Gemeinderat die Schaffung der Stelle eines Beauftragten in Organisationsfragen. Die Lösung wird über eine minimal dotierte Stabsstelle und nicht über eine besondere Abteilung gesucht, die zur Aufblähung neigen könnte.

Auf dem Gebiet der *Wohnbauförderung* hielt sich der Stand der Auszahlungen noch auf einem hohen Niveau, doch ist der Betrag der zugesicherten Unterstützungsleistungen für Neubauten im Vergleich zum Vorjahr auf knapp 30 Prozent zurückgegangen. Dagegen erhöhte sich die zugesicherte Gesamtsumme für Modernisierungen. Die Baugenossenschaften sollen weiterhin zur Durchführung grösserer Erneuerungsarbeiten ermuntert werden, um ihren Wohnungsbestand den heutigen Ansprüchen zu verhältnismässig günstigen Preisen anpassen zu können und zugleich Arbeitsplätze in der Bauwirtschaft sichern zu helfen.

Im November erliess der Stadtrat nach eingehenden Vorarbeiten ein Reglement über das *Notwohnungswesen*. Darin wird die Materie erstmals zusammenfassend geordnet. In materieller Beziehung werden namentlich klare Richtlinien über die Berechtigung zum Bezug und zum Verbleib in einer Notwohnung aufgestellt; ausserdem ist eine verstärkte soziale Beratung der Notwohnungsmieter vorgesehen. In organisatorischer Hinsicht bringt das Reglement eine Klärung der Stellung des Büros für Notwohnungen und eine Institutionalisierung der Zusammenarbeit mit dem Sozialamt, wo noch eine besondere Beratungsstelle eingerichtet werden soll.

Zum Schutz des Bürgers vor Missbrauch und Indiskretionen der elektronisch gespeicherten Daten wurde ein erster Entwurf für ein Reglement über den *Datenschutz* ausgearbeitet. Seine verwaltungsinterne Bereinigung konnte allerdings im Berichtsjahr noch nicht abgeschlossen werden, doch sind in der Praxis schon vor geraumer Zeit vorsorgliche Massnahmen getroffen worden. Neben dem Datenschutz gebührt aber auch dem Problem der Sicherung der Daten vor Zerstörung grosse Aufmerksamkeit.

Entwicklungshilfe

Der Schwerpunkt der Inlandhilfe lag 1975 in den Kantonen Schwyz und Obwalden, wo verschiedene finanzschwache Gemeinden unterstützt wurden. Bei der Entwicklungshilfe im Ausland folgte der Stadtrat mit einer Ausnahme – statt eines Aufbauwerkes in Brasilien wurde ein solches in der Elfenbeinküste unterstützt – wiederum den Empfehlungen der begutachtenden Kommission. Über die unterstützten Aufbauwerke und die Höhe der für sie ausgerichteten städtischen Beiträge orientiert folgende Aufstellung:

Entwicklungshilfe im Inland

| Aufbauwerk | Beitrag Fr. |
|--|----------------|
| Ausbau der Wasserversorgung in Alpthal | 120 000.— |
| Ausbau der Wasserversorgung in Riemenstalden | 80 000.— |
| Erstellung eines Turnplatzes in Illgau | 50 000.— |
| Ausbau der Wasserversorgung in Giswil | 80 000.— |
| Ausbau der Kanalisation in Kerns | 50 000.— |
| Ausbau der Alpwege nach Büelischwand und Nesselstal und Renovation der Alphütte Nesselstal in Lungern | 50 000.— |
| Erstellung der Erschliessungsstrasse Schweigmatt–Glotersegg in Sachseln | 30 000.— |
| Ausbau der Sattelstrasse in Alpnach | 40 000.— |
| | 500 000.— |

Entwicklungshilfe im Ausland

| Unterstützte Organisation | Aufbauwerk | Beitrag Fr. |
|------------------------------|--|----------------|
| Stiftung Pro Bhutan | Aufbau einer Musterfarm in Byakar / Bhutan | 120 000.— |
| Swissaid | Bau von zwei Tiefbrunnen für die Feldbewässerung in zwei Dörfern des Distrikts Mehsana / Indien | 120 000.— |
| Helvetas | Anschaffungen zugunsten der Baufachschule in Kumba / Kamerun | 60 000.— |
| Fastenopfer | Verbesserung des Reisanbaues im Chapare / Bolivien | 100 000.— |
| HEKS / Caritas | Errichtung eines Ausbildungs- und Betreuungszentrums für Blinde in Abidjan / Elfenbeinküste | 100 000.— |
| | | 500 000.— |

Zentralstelle für elektronische Datenverarbeitung*Allgemeines*

Nachdem sich der Kauf der Zentraleinheit vorteilhaft ausgewirkt hat, wird dem Gemeinderat jetzt auch der Erwerb von Teilen der Peripherie beantragt. Die Platzverhältnisse für die im Laufe der Jahre stark gewachsene Dienstabteilung vermögen je länger je weniger zu befriedigen, so dass dringend nach geeigneten Räumlichkeiten gesucht werden muss. Gleichzeitig gilt es unbedingt, den erhöhten Sicherheitsanforderungen Rechnung zu tragen und den Betrieb darauf auszurichten.

Betrieb

Der 1975 gekaufte Zentralcomputer stand während 4870 (3939) Stunden im Multiprogramming und Multiprocessing in Betrieb. Dies entspricht einer durchschnittlichen Nutzungsdauer von rund 19 (16) Stunden je Arbeitstag. Bei einem System mit Monoprogramming wäre dafür ein theoretischer Aufwand von etwa 27 000 (20 060) Stunden – oder je Arbeitstag 113 (89) Stunden – erforderlich gewesen. Über drei Viertel dieser Zeit beanspruchten Produktivarbeiten, den Rest die Entwicklungsabteilungen. Gesamthaft waren rund 128 000 Jobs (Einzelaufträge) mit rund 280 000 Programmdurchläufen auszuführen.

Die vor allem infolge der Datenbank für das Elektrizitätswerk stark erweiterte Datenfernverarbeitung führte zu einem sprunghaften Anstieg der Zugriffe auf Magnetplatten, deren Zahl sich im Tagesdurchschnitt auf etwa 10 700 000 (611 000) belief. Dagegen verminderten sich die Zugriffe auf Magnetbänder auf rund 1 000 000 (1 970 000).

Die Arbeitsvorbereitung erteilte dem Computerbetrieb etwa 9100 (8300) Produktivaufträge. Ende 1975 waren 6900 (5450) Magnetbänder im Einsatz. Dies entspricht einem theoretischen Speichervermögen von rund 221 (174) Milliarden Zeichen. Es wurden rund 10,1 (9,3) Millionen Formulare mit einem Gewicht von etwa 72 (68) Tonnen bedruckt.

Bearbeitung von Projekten

In den Entwicklungsabteilungen Analyse und Programmierung waren durchschnittlich 75 (70) Mitarbeiter beschäftigt. Wegen der zunehmenden Verflechtung der Arbeitsabläufe ist es nicht mehr möglich, die Zahl der Einzelaufträge zur Neuerstellung oder Überarbeitung von Programmen auszuschneiden, da heute ein einziger Auftrag oft Dutzende von Teilaufträgen in sich einschliesst. Der Personalbestand genügte nicht, um die Begehren aller Dienststellen zu erfüllen. Die Vielzahl der bereits realisierten Projekte verlangt nämlich einen verhältnismässig umfangreichen Wartungsdienst, da häufig jedes Jahr wieder Anpassungen an materielle Änderungen vorzunehmen sind. Die Ungewissheit über das Ausmass der künftig bewilligten Voranschlagskredite erschwert eine langfristige Personalplanung zum Abbau der angemeldeten Begehren. Der Nachfrageüberhang nach EDV-Leistungen schwillt dadurch immer weiter an.

Das Schwergewicht der Tätigkeit lag in folgenden Bereichen, wobei die Aufzählung im einzelnen keineswegs vollständig ist:

Proporzahlen: Einsatz von mehr als 60 Terminals an 13 verschiedenen Stellen anlässlich der Kantonsrats- und der Nationalratswahlen zur Ermittlung der Ergebnisse.

Einwohner- und Steuerdaten: Abschluss der Ersterfassung der wesentlichsten Daten aller Einwohner; Erstellen des Adressmaterials für Einmalstimmrechtsausweise und Abstimmungsvorlagen sowie des Stimmregisters; Aufbau der integrierten Datenbank für Einwohner- und Steuerdaten; Anpassungen der bestehenden Steuerdatenbank, unter anderem an die Steuergesetzrevision; Vorarbeiten für den Einbezug der Eigentümer- und der Liegenschaftendatei in die Datenbank; Vorarbeiten für den Einbezug des Arbeitgeber- und Ausländerregisters des Arbeitsamtes in die Datenbank (anstelle dieser Register soll jedoch vorerst eine Sofortlösung zugunsten der Stellenvermittlung getroffen werden); Einsatz von Terminals für Direktauskünfte von der Datenbank bei Büro für Zweckerhaltung, Amt für Sozialversicherung, Schulamt und Altersbeihilfe. Eine Kosten-/Nutzenanalyse soll eine Entscheidungsgrundlage für das weitere Vorgehen liefern.

Personaldaten: In diesem Bereich sind die letzten Teile des Konzeptes 1970 realisiert worden, die Grenzbereiche zwischen Besoldungswesen und Rechnungswesen betrafen. Neue Nutzniesser waren vor allem das Abfuhrwesen und das Gartenbauamt. Für die zentralen Abteilungen Personalamt und Versicherungskasse sowie die Personalkrankenkasse waren nochmals etwa 30 Programme neu zu erstellen und 200 Nachträge in bestehende Programme einzubauen.

Rechnungswesen: Neben verschiedenen Arbeiten für die Werke stand der Abschluss des Detailkonzeptes für das Rechnungswesen der Bauämter im Vordergrund.

Werkdaten: Das umfassende Informationssystem Werkdaten (Strom, Gas) hat sich ausgezeichnet bewährt. Die Verbindung zwischen den Arbeitsplätzen und der zentralen Datenbank wird durch 50 Terminals sichergestellt. Die Anschlussarbeiten, die 1977 beendet sein sollen, liefen planmässig voran. Der neue Wassertarif sowie der Einbau der Ölfeuerungskontrollgebühren erforderte einen beträchtlichen Aufwand für die Anpassung des Fakturierungssystems.

Spitäler und Heime: Die betriebsanalytischen Vorarbeiten für ein integriertes Administrations- und Abrechnungssystem für die Spitäler und Krankenhäuser im Verkehr mit den

Patienten sind abgeschlossen. Das Projekt ist mit dem entsprechenden Vorhaben des Kantonsspitals koordiniert; der Entscheid des Kantons über eine gemeinsame Lösung steht aber noch aus.

Diverse Projekte: Einen wesentlichen Aufwand erforderten namentlich folgende Projekte: AHV-Mitgliederbeiträge und AHV-Renten; Unternehmerabrechnungen (Tiefbauamt); Tankkataster, Ölfeuerung, Luftverschmutzung; Ordnungsbussen; Verkehrsunfälle (Statistisches Amt); Auswertungen der Areal-, Gebäude- und Geschossdatei.

Boden- und Baudaten: Die Realisierung von Teilgebieten in den Projekten Katasterdatei und Kanalreinigung erfolgte planmässig. Zur Prüfung einer Beschwerde des Stadtgeometers mussten jedoch Umdispositionen getroffen werden, die den Arbeitsfortschritt vor allem im Projekt Leitungskataster empfindlich beeinträchtigten. Der Aufbau des EDV-Systems wird sich als Folge davon um mindestens ein Jahr verzögern.

Finanzverwaltung und Finanzkontrolle

Geldbeschaffung und feste Schulden (ohne Hypotheken). Im Berichtsjahr waren Fr. 116 750 000.— fällige Verbindlichkeiten zurückzuzahlen, während Fr. 318 775 000.— neu aufgenommen wurden. Es ergibt sich eine Erhöhung des Gesamtbestandes an Obligationen, Kассascheinen und Darlehen um Fr. 202 025 000.— auf Fr. 1 971 050 000.—. Diese gliedern sich nach Gesamtlaufzeit und Verzinsung wie folgt:

Kurzfristig (bis 5 Jahre Gesamtlaufzeit)

| | Fr. | Fr. | % |
|-----|--------------|---------------|-------|
| 3½% | 15 000.— | | |
| 4½% | 7 000 000.— | | |
| 5 % | 50 200 000.— | | |
| 5¼% | 66 500 000.— | | |
| 5½% | 26 250 000.— | | |
| 5¾% | 23 850 000.— | | |
| 6 % | 73 150 000.— | | |
| 6¼% | 16 000 000.— | | |
| 6½% | 14 200 000.— | | |
| 7 % | 14 000 000.— | | |
| 7¼% | 34 200 000.— | | |
| 7½% | 25 000 000.— | | |
| 7¾% | 26 850 000.— | | |
| 8 % | 18 200 000.— | 395 415 000.— | 20,06 |

Mittelfristig (5 bis 10 Jahre Gesamtlaufzeit)

| | | | |
|-----|---------------|---------------|-------|
| 4¾% | 32 000 000.— | | |
| 5 % | 79 500 000.— | | |
| 5¼% | 227 350 000.— | | |
| 5½% | 20 000 000.— | | |
| 5¾% | 39 150 000.— | | |
| 6 % | 16 200 000.— | | |
| 6¼% | 15 200 000.— | | |
| 6½% | 5 000 000.— | | |
| 7 % | 2 700 000.— | | |
| 7¼% | 6 700 000.— | | |
| 7½% | 15 750 000.— | | |
| 7¾% | 14 355 000.— | | |
| 8 % | 100 900 000.— | 574 805 000.— | 29,16 |
| | Übertrag | 970 220 000.— | 49,22 |

| | Fr. | Fr. | % |
|----------|-----|---------------|-------|
| Übertrag | | 970 220 000.— | 49,22 |

Langfristig (über 10 Jahre Gesamtlaufzeit)

| | | | |
|-------|---------------|-----------------|--------|
| 2¼% | 25 000 000.— | | |
| 3¼% | 74 000 000.— | | |
| 3½% | 125 000 000.— | | |
| 3¾% | 1 000 000.— | | |
| 4¼% | 42 000 000.— | | |
| 4½% | 42 000 000.— | | |
| 4¾% | 114 500 000.— | | |
| 5 % | 188 300 000.— | | |
| 5¼% | 77 000 000.— | | |
| 5½% | 107 000 000.— | | |
| 6 % | 72 000 000.— | | |
| 6¼% | 43 000 000.— | | |
| 7 % | 30 000.— | | |
| 7½% | 90 000 000.— | 1 000 830 000.— | 50,78 |
| Total | | 1 971 050 000.— | 100,00 |

Unter Berücksichtigung von Ausgabekurs und Kosten ergab sich für die neuen Mittel eine Belastung von 7,47% (Vorjahr 7,45%). Die durchschnittliche Zinsbelastung erhöhte sich, auch hier unter Einbezug der Nebenkosten, auf 5,54% (Vorjahr 5,20%).

Dazu kommen noch Hypothekarschulden von Fr. 26 561 700.—. Die Zinssätze halten sich je nach Pfandrechtsrang und Gläubiger im üblichen Rahmen. Der Gesamtbetrag der abbezahlten, aber nicht gelöschten Grundpfandtitel auf stadteigenen Liegenschaften beträgt Fr. 37 991 200.—.

Wertschriftenbestand. Der vom Finanzamt verwaltete Wertschriftenbestand ist weiterhin angewachsen. Sein Buchwert betrug am Jahresende Fr. 760 582 000.— gegenüber Fr. 707 875 000.— Ende Vorjahr.¹

Zahlungsverkehr

Bargeld. Die umgesetzten Beträge stiegen erneut an, nämlich die Einzahlungen (Ablieferungen von Dienstabteilungen und Privaten) um rund 49 Mio auf 204 Mio Franken und die Auszahlungen (vor allem Besoldungen, Grundbuchgeschäfte und diverse Kreditoren) um rund 30 Mio auf 338 Mio Franken.

Der Stadtkasse sind Münzen im Gesamtbetrag von 6,3 (6,1) Mio Franken zur Verpackung und Abrechnung zugeflossen. Der grösste Teil davon, nämlich 5,3 (5,2) Mio Franken mit einem Gewicht von 58 (55) Tonnen, entfiel auf Münzen aus Parkuhren.

Bargeldloser Verkehr. Im Berichtsjahr wurden über die Banken rund 2198 Mio Franken und über den Postcheck rund 1058 Mio Franken vergütet. Vorübergehend nicht benötigte Mittel wurden mit Ausnahme des notwendigen Bargeld- und Postcheckbestandes zinstragend angelegt.

¹ Siehe Tabelle 1, S. 133

Überwachungs- und Revisionswesen. Haupt- und Teilrevisionen bei den städtischen Dienstabteilungen, einschliesslich der formellen Prüfung von Jahresrechnungen, Inventaren und diverser Abrechnungen, konnten ungefähr im gleichen Rahmen wie im Vorjahr durchgeführt werden, obwohl ein Revisor während fünf Monaten in die Abteilung Finanzverwaltung delegiert werden musste (Vakanz wegen Todesfalls). Bei den Bauabrechnungen zeigen sich von Jahr zu Jahr beträchtliche Schwankungen; für 1975 hat sich auf diesem Gebiet gegenüber den ausserordentlich hohen Vorjahreszahlen eine Normalisierung ergeben. Auch bei den Baugenossenschaften weist die Statistik einen Rückgang infolge Wegfalls der Nachholarbeiten im Vorjahr aus. Von den drei zusätzlichen Kontrollstellmandaten ist eines dauernder Natur, eines sporadisch (Ersatzmann) und eines turnusmässig nur alle drei Jahre auszuüben. Beim organisatorischen Projekt «Rechnungswesen Bauämter» konnte der detaillierte Aufgabenkatalog für die EDV-technische Analyse und Programmierung Ende Jahr festgelegt werden. Stark in Anspruch genommen war das Revisorat durch die Begutachtung von 76 Beitragsgesuchen (Vorjahr 66). Die Anweisungs- und Debitorenkontrolle war mit der Bewältigung des anfallenden Rechnungsmaterials vollauf beschäftigt; bei den Debitoren war eine leichte Zunahme der Betreibungen zu verzeichnen.

Über Revisionstätigkeit, Debitorenkontrolle und Geschäfte allgemeiner Art orientieren näher die Aufstellungen im Tabellenteil.¹

Steuern

Zahl der Steuerpflichtigen. Das ordentliche Register umfasst 216 953 (217 559) steuerpflichtige natürliche Personen, wozu 34 795 (44 164) Quellensteuerpflichtige kommen. Nach Berücksichtigung der Doppelzählungen (viele Steuerpflichtige wurden in beiden Registern gezählt) ergibt sich ein Nettobestand von 240 292 (247 370) steuerpflichtigen natürlichen Personen.

Hinzu kommen 3568 (3450) ausserhalb des Kantons wohnhafte Pflichtige, die in Zürich Grundeigentum oder einen Geschäftsbetrieb haben. Von den natürlichen Personen versteuern 2838 (2991) mehr als eine Million und 3635 (3597) mehr als eine halbe Million Franken Vermögen. Im Register für juristische Personen sind 11 402 (11 017) steuerpflichtige Gesellschaften eingetragen.

Das Steueramt nahm 44 363 Einschätzungen im Auftrag des Kantons vor und prüfte 8312 Begehren um Sozialabzüge.

Für die Eintreibung von Steuerrückständen wurden folgende Massnahmen ergriffen:

| | 1975 | 1974 |
|----------------------|--------|--------|
| Mahnungen | 30 586 | 31 923 |
| Zahlungsbefehle | 10 259 | 10 762 |
| Fortsetzungsbegehren | 6 073 | 6 145 |
| Verwertungsbegehren | 537 | 477 |
| Verlustscheine | 1 533 | 1 416 |

¹ Siehe Tabellen 2–4, S. 134

Steuergrundlagen. Die Steuergrundlagen (ohne Quellensteuer) haben sich wie folgt entwickelt:

| Reineinkommen bzw. Ertrag | Steuerjahr 1975 in 1000 Fr. | Steuerjahr 1974 in 1000 Fr. |
|--|--------------------------------|--------------------------------|
| Reineinkommen der natürlichen Personen | 6 268 091,7 | 5 559 135,5 |
| Ertrag der juristischen Personen | 2 232 374,4 | 2 276 009,9 |
| Zusammen | 8 500 466,1 | 7 835 145,4 |

| Reinvermögen bzw. Kapital | Steuerjahr 1975 in 1000 Fr. | Steuerjahr 1974 in 1000 Fr. |
|---------------------------------------|--------------------------------|--------------------------------|
| Reinvermögen der natürlichen Personen | 20 018 621 | 20 124 606 |
| Kapital der juristischen Personen | 25 249 712 | 25 028 965 |
| Zusammen | 45 268 333 | 45 153 571 |

Das Reineinkommen der natürlichen Personen nahm um 12,75 (5,90) Prozent und das Kapital der juristischen Personen um 0,88 (9,48) Prozent zu, während sich der Ertrag der juristischen Personen um 1,92 (+16,03) Prozent und das Reinvermögen der natürlichen Personen um 0,53 (+0,87) Prozent verringerte.

Steuerertrag 1975 und frühere Jahre

| Steuerarten | 1975 1000 Fr. | 1974 1000 Fr. | 1973 1000 Fr. | 1972 1000 Fr. | 1971 1000 Fr. | |
|---|------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|-----|
| Gemeindegut: | | | | | | |
| Personalsteuer | 2 394,1 | 2 315,9 | 2 308,0 | 2 283,4 | 2 288,4 | |
| Einkommens- und Vermögens- steuern der nat. Personen | 457 599,9 | 428 192,2 | 396 969,7 | 304 070,0 | 260 356,4 | |
| Ertrags- und Kapitalsteuern der jur. Personen | 295 896,7 | 281 472,3 | 241 255,4 | 181 252,5 | 152 126,4 | |
| Nachträge früherer Jahre | | | | | | |
| natürliche Personen | 36 547,0 | 34 669,0 | 29 349,1 | 25 038,8 | 20 787,1 | |
| juristische Personen | 17 492,2 | 14 456,4 | 9 933,0 | 22 044,8 | 8 092,7 | |
| Nach- und Strafsteuern | 1 064,9 | 866,8 | 236,2 | 184,4 | 167,9 | |
| Quellensteuern | 25 303,7 | 33 028,1 | 28 991,9 | 24 152,0 | 21 719,7 | |
| Feuerwehersatzsteuer | 10 314,7 | 9 292,3 | 9 219,3 | 7 299,3 | 6 797,5 | |
| Liegenschaftsteuer | 11 301,5 | 10 653,7 | 9 533,7 | 8 838,1 | 7 827,6 | |
| Handänderungssteuer | 5 426,5 | 11 629,5 | 10 799,0 | 14 257,0 | 14 728,9 | |
| Grundstückgewinnsteuer | 54 733,9 | 62 154,1 | 68 543,1 | 78 618,4 | 84 334,2 | |
| Zusammen | 918 075,1 | 888 730,3 | 807 138,4 | 668 038,7 | 579 226,8 | |
| Armengut: | | | | | | |
| Laufende Jahressteuer | 28 759,4 | 27 086,4 | 24 359,7 | 11 837,1 | 10 576,5 | |
| Nachträge früherer Jahre | 1 861,6 | 1 547,1 | 983,7 | 1 191,7 | 722,4 | |
| Nach- und Strafsteuern | 40,6 | 33,1 | 9,0 | 4,4 | 4,3 | |
| Quellensteuern | 833,5 | 1 099,4 | 854,1 | 510,8 | 476,6 | |
| Zusammen | 31 495,1 | 29 766,0 | 26 206,5 | 13 544,0 | 11 779,8 | |
| Gemeindesteuerfuss | % | 131 | 131 | 131 | 123 | 117 |
| Armensteuerfuss | % | 5 | 5 | 5 | 3 | 3 |

Der *Anteil der juristischen Personen* am gesamten Steuerertrag ohne Grundsteuern, eingeschlossen die Nachträge früherer Jahre, stellte sich auf 37 (36,8) Prozent. Darin sind die Steuerauscheidungen (ohne Armengut) inbegriffen. Bemerkenswert ist dabei, dass von den aktiven Steuerauscheidungen, bei denen die Stadt von anderen Gemeinden Steuerbeträge von Fr. 41 482 461.— (Fr. 27 965 349.—) erhielt, lediglich rund 5 (8,8) Prozent auf die juristischen Personen entfallen, bei den passiven Steuerauscheidungen im Betrag von Fr. 20 889 963.— (Fr. 15 329 278.—) dagegen 79,3 (65) Prozent.

Quellensteuer. Die Quellensteuer für Personen mit Wohnsitz im Ausland ergab für die Stadt Zürich einen Anteil von Fr. 1 332 634.— (Fr. 1 258 644.—). Die Quellensteuer für ausländische Arbeitnehmer mit Wohnsitz in der Stadt Zürich ergab Fr. 24 804 644.— (Fr. 32 868 705.—). Das Register umfasst 4734 Arbeitgeber, die über kontrollpflichtige Ausländer abzurechnen haben.

Steuerauscheidungen mit Gemeinden. Die interkommunale Steuerauscheidung ergab inklusive Armengut einen Vorschlag von Fr. 21 378 470.— (Fr. 13 118 362.—).

Nach- und Strafsteuern. Das Steueramt befasste sich mit 99 (105) Nach- und Strafsteuerfällen.

Staats- und Verrechnungssteuer. Die Staatssteuer, deren Bezug die Gemeinde für Rechnung des Kantons zu besorgen hat, ergab (ohne Quellensteuer) auf dem Gebiet der Stadt bei einem Steuerfuss von 120 (120) Prozent einen Ertrag von Fr. 720 922 342.— (Fr. 683 116 241.—). Darin sind die Nachträge früherer Jahre und die Nach- und Strafsteuern inbegriffen. Die 131 457 (96 954) Verrechnungsanträge gaben Anlass zu Steuerentscheidungen im Gesamtbetrag von Fr. 151 002 871.— (Fr. 114 841 907.—).

Kirchensteuer. Die Gemeinde besorgte den Steuerbezug für die staatlich anerkannten Kirchgemeinden. Der Steuerfuss betrug bei der reformierten Kirche 11 (13), bei der römisch-katholischen 12 (13) und bei der christkatholischen 13 (13) Prozent. Die Abrechnung weist, einschliesslich Nachträgen, Ertrag aus Quellensteuern und Anteil aus der Besteuerung der juristischen Personen, folgende Steuerbeträge aus:

| | |
|----------------------------|------------------|
| Reformierte Kirche | Fr. 40 446 644.— |
| Römisch-katholische Kirche | Fr. 26 496 030.— |
| Christkatholische Kirche | Fr. 681 117.— |

Inventarisierung. Im laufenden Jahr wurden Nachlässe aus 4708 (4621) Todesfällen bearbeitet. Dabei wurden 47 (56) Steuerhinterziehungen entdeckt, die zu Nach- und Strafsteuern von insgesamt Fr. 735 661.— führten, wobei sich ein Anteil der Stadt Zürich von Fr. 381 891.— ergab.

Grundsteuern

Liegenschaftsteuer. Der Gesamtwert aller von der Liegenschaftsteuer erfassten Grundstücke belief sich auf 22 602 (21 308) Mio Franken.

Handänderungssteuer. Die 575 (922) steuerpflichtigen Handänderungen ergaben einen Umsatzwert von 434 (684) Mio Franken.

Grundstückgewinnsteuer. Von 1904 (1585) behandelten Geschäften ergaben 1052 (815) einen steuerpflichtigen Gewinn von 253 (287) Mio Franken.

Gebäudeversicherung. Der Vorkriegswert aller Gebäude auf Stadtgebiet mit Ausnahme jener des Kantons, des Bundes und der Bundesbahnen betrug zu Beginn des Jahres 6190 (6071) Mio Franken. Der Gesamtprämienbetrag belief sich auf Fr. 18 929 619.— (Fr. 17 382 488.—). Der Versicherungssumme entsprechend konnte die Stadt eine Bezugsprovision von Fr. 928 526.— (Fr. 834 755.—) kassieren.

Personalwesen

Personalbestand

Die Zusammensetzung des Personals und die Veränderungen gegenüber dem Vorjahr sind aus dem Anhang¹ ersichtlich. Die Zahlen sind insofern nur beschränkt aussagefähig, als sie sich auf einen Stichtag beziehen.

Die Zahl der *vollbeschäftigten* Arbeitnehmer stieg um 381. Von der Zunahme entfällt der überwiegende Teil, nämlich 231, auf die allgemeine Verwaltung (u.a. Bestandserhöhung beim Polizei- und Brandwachekorps, Auffüllung von Unterbeständen beim Gartenbauamt, Ausbau der Verkehrsbetriebe). Der Zuwachs beim Spital- und Heimpersonal betrug 145 Personen (u.a. Eröffnung des Krankenhauses Mattenhof, schrittweise weitere Inbetriebnahme des Krankenhauses Entlisberg, Senkung von Unterbeständen). Bei den Lehrern betrug die Zunahme 5 Personen. – Die Zahl der *teilweise beschäftigten* Arbeitnehmer nahm um 184 Personen zu. Zur Hauptsache sind daran die Spitäler und Heime sowie die Lehrer beteiligt.

Mit diesen Personalvermehrungen ist aber gesamthaft *keine Stellenvermehrung* gegenüber dem Vorjahr einhergegangen. Einerseits wurden lediglich Unterbestände abgebaut, was dank verbesserter Rekrutierungsmöglichkeiten gelang, andererseits standen den Stellenvermehrungen auch Stellenverminderungen, z. B. beim Abfuhrwesen und Gaswerk, gegenüber.

Mitarbeiter ausländischer Herkunft²

Die Zahl der *vollbeschäftigten* Ausländer verminderte sich um 55 auf 1922 Personen, wodurch ihr Anteil am gesamten vollbeschäftigten Personal auf 13,1% (13,8%) sank. Die *teilweise beschäftigten* Ausländer nahmen dagegen um 54 auf 503 Personen zu, was 11,9% (11,1%) des gesamten Bestandes an teilweise beschäftigten Arbeitnehmern entspricht. Der Anteil *aller* ausländischen Arbeitnehmer am gesamten Personalbestand betrug am Jahresende 12,8% (13,2%). Mit insgesamt 2425 (2426) Personen konnte nun eine volle Stabilisierung erreicht werden.

Die 2425 ausländischen Arbeitnehmer – davon 56,3% (rund 55%) Frauen – stammen aus ungefähr 50 verschiedenen Ländern. Die wichtigsten Herkunftsländer sind: Italien 746 (692), Jugoslawien 327 (231), die Bundesrepublik Deutschland 318 (293), Spanien 264 (279), Griechenland 203 (236), Österreich 117 (120) und die Tschechoslowakei 88 (83).

Rekrutierung von Mitarbeitern

Die Entspannung auf dem Arbeitsmarkt wirkte sich im Berichtsjahr erstmals aus, indem die Zahl der unbesetzten Stellen (ohne Lehrer) am Stichtag – 30. April – auf 761 (1155) sank. Auch meldeten sich, vor allem in der zweiten Jahreshälfte, in der Regel genügend geeignete Bewerber für offene Stellen. Rekrutierungsschwierigkeiten bestanden hauptsächlich noch beim gelernten Pflegepersonal der Stadtspitäler und Chronischkrankenhäuser. – Die veränderte Arbeitsmarktlage bewirkte allgemein einen Rückgang der Ausstritte. Auch beim *Büro für Personalwerbung* zeigten sich die Auswirkungen der Rezession. So gingen die Inseratenkosten für den im zweiten Jahrgang erscheinenden «Stellenanzeiger der Stadt Zürich» auf Fr. 93 000.— (Fr. 162 000.—) zurück. Vermittelt werden konnten

¹ Siehe Tabellen 1 und 2, S. 135f.

² Siehe Tabellen 3 und 4, S. 136f.

noch 38 (57) Stelleninteressenten. Dagegen stieg der Zeitaufwand für die Befragung und Beratung von Stelleninteressenten auf das Doppelte. Es wurden 141 Abonnemente für den Separatdruck des Stellenanzeigers» bestellt.

Krankheiten und Unfälle beim vollbeschäftigten Personal

In den nachstehenden Zahlen und in der Tabelle 5¹ sind die Lehrer nicht berücksichtigt; dagegen wurde das Spital- und Heimpersonal im Jahre 1975 erstmals in die Erhebung einbezogen.

| | Krankheits- und Unfalltage * | Durchschnittliche Ausfalltage je betroffenen Arbeitnehmer * | | | Durchschnittliche Ausfalltage je im Mittel beschäftigten Arbeitnehmer (Morbiditätsziffer) * | | |
|--------------------------|------------------------------|---|-------------|---------------|---|-------------|---------------|
| | | Männer Tage | Frauen Tage | Zusammen Tage | Männer Tage | Frauen Tage | Zusammen Tage |
| 1969 | 138 106 | 18,02 | 17,31 | 17,90 | 13,90 | 15,37 | 14,11 |
| 1970 | 131 931 | 18,11 | 19,81 | 18,38 | 13,41 | 15,78 | 13,77 |
| 1971 | 138 218 | 17,91 | 17,65 | 17,87 | 14,48 | 15,21 | 14,59 |
| 1972 | 127 466 | 19,49 | 18,19 | 19,26 | 13,24 | 13,74 | 13,32 |
| 1973 | 135 335 | 18,65 | 18,51 | 18,62 | 14,24 | 15,59 | 14,47 |
| 1974 | 127 830 | 17,89 | 17,69 | 17,85 | 13,47 | 14,43 | 13,63 |
| 1975 | 148 265 | 17,35 | 15,62 | 16,82 | 12,18 | 11,05 | 11,84 |
| Durchschnitt in 7 Jahren | 135 307 | 18,20 | 17,83 | 18,10 | 13,56 | 14,45 | 13,68 |

* einschliesslich in die Abwesenheit fallender Ruhe- und Feiertage

Teuerungsausgleich und weitere Besoldungsänderungen

a) *Beamte, Angestellte, Arbeiter*: Die Besoldungen wurden auf den 1. Januar 1975 real um 4½ und teuerungsbedingt um 6,5 Prozent erhöht. Trotzdem lagen sie bereits am Jahresanfang um 2,7 Prozent hinter der Teuerung zurück. Mit Gemeinderatsbeschluss vom 12. November 1975 wurde der Stadtrat ermächtigt, die Besoldungen des Personals in Koordination mit dem Kanton auf den 1. Januar 1976 und in der Folge auf Beginn jedes Kalenderjahres dem mutmasslichen Stand des Dezember-Indexes anzupassen. Ausserdem kann er jeweils eine Erhöhung auf 1. Juli eines Kalenderjahres vornehmen, wenn der Unterschied zwischen dem zuletzt ausgeglichenen Indexstand und dem mutmasslichen Juni-Index 2 Prozent übersteigt, jedoch nur, wenn auch der Kanton einen Zwischenausgleich vornimmt.

Gestützt auf diese Bestimmungen hat der Stadtrat den Teuerungsausgleich ab 1. Januar 1976 auf 6 Prozent festgesetzt, womit 164,9 Indexpunkte, also praktisch genau der Dezember-Index 1975 (164,8 Punkte), ausgeglichen sind. Damit konnte ein lange angestrebtes Ziel, nämlich die Besoldungen jeweils am Jahresanfang dem Stand der Lebenskosten voll anzugleichen, erstmals erreicht werden.

Das neue Konzept schliesst andererseits den Verzicht auf das bisherige System des rückwirkenden Teuerungsausgleichs mit ein. Für das Jahr 1975 wurde daher lediglich noch eine Ergänzungszulage von 3 Prozent mit herabgesetzten Mindestgarantien gewährt, womit der Rückstand zu Beginn des Jahres – leicht aufgerundet – ausgeglichen wurde, nicht aber der erst im Verlauf des Jahres eingetretene; nach der früheren Berechnungsweise hätte die Ergänzungszulage noch 5 Prozent betragen.

¹ Siehe Seite 137/138

b) *Lehrer*: Neben den Volksschullehrern erhielten auch die rein städtischen Lehrer die gleichen Besoldungserhöhungen wie die kantonalen Lehrer, nämlich 14 Prozent Teuerungsausgleich und 6½ Prozent (vorher 4 Prozent) reallohnmäßige Zulage ab 1. Januar 1975, eine gegenüber den früheren Berechnungsnormen reduzierte Ergänzungszulage von 2 Prozent für das Jahr 1975 sowie 5 Prozent teuerungsbedingte Besoldungserhöhung ab 1. Januar 1976. Mit dieser letzten Anpassung sind, gleich wie beim städtischen Personal, 164,9 Indexpunkte ausgeglichen.

Geschäftsgang

Die Zahl der behandelten Geschäfte war mit 3435 (4004) niedriger als im Vorjahr, vor allem weil zufolge der veränderten Wirtschaftslage weniger Austritte aus dem städtischen Dienst erfolgten und deshalb weniger Neueintritte zu bearbeiten waren. An grundsätzlichen Personalgeschäften sind zu nennen:

- Begleitung der Totalrevision des Personalrechtes und Vorbereitung der Ausführungsbestimmungen, einschliesslich jener zu den Mitwirkungsrechten, sowie der sich ergebenden Änderungen in Verordnungen und Spezialreglementen
- Vorlage für eine Teilrevision der Besoldungsverordnung
- Überwachung des Personalbestandes
- Weiterbearbeitung der Beförderungsvorschriften für das Spital- und Heimpersonal
- Vorbereitung der Neuregelung der Heimleiterbesoldungen
- Vorlage über die Anpassung der Differenzzulagen des Polizeikorps an die Bezüge des kantonalen Korps
- Verschiedene Vorlagen über Besoldungsänderungen der Lehrer, wobei die seit 1971 bestehende Anpassung an das Vorgehen des Kantons den administrativen Aufwand leider nicht verminderte, sondern wesentlich erhöhte
- Neuordnung der Entschädigungen für unregelmässige Schichtung der Tagesarbeit
- Ausarbeitung eines neuen Konzeptes zur Berechnung der Zulagen für Bereitschaftsdienst.

Paritätische Kommission

Zu den am Jahresanfang noch pendenten zwei Geschäften kamen im Verlauf des Jahres drei neue hinzu. Erledigt wurden drei Eingaben, und zwar alle durch ein Gutachten auf Ablehnung. Die Zahl der Pendenzen am Jahresende blieb somit unverändert auf zwei.

Auswärtiger Wohnsitz

Die Zahl der Bewilligungen an Beamte, Angestellte, Arbeiter und Lehrer hat bis Ende 1975 auf 1239 (1196) zugenommen, was annäherungsweise 12,8% des bewilligungspflichtigen Personals entspricht. Von den Bewilligungen betreffen 1126 (1100) Wohnsitz im Kanton Zürich ausserhalb der Stadt Zürich und 113 (96) Wohnsitz in einem anderen Kanton. Dazu kommt noch eine nicht näher ermittelte Zahl von auswärts wohnhaften Arbeitnehmern, die gemäss ihrem Anstellungsverhältnis nicht bewilligungspflichtig sind (Hilfspersonal; Spital- und Heimpersonal, soweit es nicht unter die Besoldungsverordnung fällt).

Militärdienst

Von städtischen Arbeitnehmern, einschliesslich der Lehrer, wurden 37 351 (31 903) Tage Militär- und Zivilschutzdienst geleistet. Da die Stadt die Besoldung in der Regel voll oder mindestens teilweise ausrichtet, konnte sie Fr. 1 437 455.— an Erwerbsausfallentschädigung beziehen.

Weiterbildung

Im Zusammenhang mit dem vom Stadtrat beschlossenen Ausbau des Weiterbildungswesens und der Wahl eines Ausbildungsleiters erhöhte sich die Gesamtzahl der Teilnehmer aus der Stadtverwaltung an Kursen, Tagungen und anderen Veranstaltungen zur Weiterbildung auf 1742 (1242). Ein Hauptziel bestand darin, die Kurse vermehrt auf die besonderen Bedürfnisse der Verwaltung auszurichten. – Hinzu kamen von den Dienstabteilungen direkt organisierte Kurse für fachspezifische Weiterbildung.

Disziplinarstrafen

In 18 (22) Fällen wurden Verstösse gegen die Disziplin oder tadelnswertes ausserdienstliches Verhalten mit schriftlichen Verweisen, Ordnungsbussen oder Versetzung ins provisorische Anstellungsverhältnis geahndet. Ferner erfolgten 2 (2) disziplinarische Entlassungen.

29 (34) Beschäftigte, davon 14 (16) Ausländer, haben die Arbeit eigenmächtig eingestellt oder das Dienstverhältnis zur Vermeidung einer Disziplinaruntersuchung gekündigt bzw. einer Kündigung seitens der Verwaltung zugestimmt.

Versicherungen

Personalversicherung

Die *Pensionskasse* wies Ende des Jahres 17 302 (16 411) aktive Mitglieder auf mit einer beitragspflichtigen Einkommenssumme von 437 319 287 (393 784 429) Franken. Die Zahl der Pensionsbezüger erreichte am Jahresende 7036 (6885) mit einer Rentensumme von 79 911 673 (68 678 992) Franken. Die Pensionen der ehemaligen städtischen Arbeitnehmer und ihrer Hinterbliebenen wurden auf den 1. Januar 1975 wiederum der Teuerung angepasst. Die Erhöhung betrug für die vor 1974 Pensionierten 13 Prozent, während sie sich für die im Verlauf des Jahres 1974 pensionierten städtischen Arbeitnehmer, bei denen der Zwischenteuerungsausgleich von 6 Prozent bereits in die Versicherung einbezogen worden war, auf 6,5 Prozent stellte. Die Pensionen der Lehrer, Ober- und Assistenzärzte, deren Besoldungen der kantonalen Regelung folgen, wurden einheitlich um 13 Prozent heraufgesetzt. Die Anpassung erfolgte jedoch bei allen Kategorien nur insoweit, als der Betrag einer vergleichbaren Neupension 1975 ohne Besitzstand nicht überschritten wurde. Der Vollzug dieser – unvermeidlicherweise – recht komplizierten Regelung erforderte einen erheblichen Mehraufwand. Als rückwirkender Teuerungsausgleich für das Jahr 1975 wurde den pensionierten städtischen Arbeitnehmern eine Ergänzungszulage von 3 Prozent der Jahrespension ausgerichtet. Die nach dem 1. Januar 1975 pensionier-

ten Lehrer, Ober- und Assistenzärzte erhielten lediglich eine Ergänzungszulage von 2 Prozent, da ihre laufenden Besoldungen der Teuerung bereits um 1 Prozent mehr angeglichen waren.

Die *Unfallkasse* versichert das gesamte Personal, das nicht der gesetzlichen, obligatorischen Unfallversicherung unterstellt ist. Der Bestand erreichte 1975 durchschnittlich 13 999 (13 140) Mitglieder. Von insgesamt 1600 (1569) angemeldeten Unfällen waren 957 (905) Bagatellunfälle, das heisst Unfälle ohne Krankengeldzahlungen. Die Gesamtleistungen der Unfallkasse betragen 2 176 327 (1 952 461) Franken, wovon 1 521 764 (1 401 417) Franken auf die Nichtbetriebsunfallversicherung entfielen.

Sach- und Haftpflichtversicherungen

Es wurden insgesamt 132 (117) Verträge mit privaten Versicherungen geführt, für die netto rund 3,5 (3,6) Mio Franken Prämien bezahlt wurden. Der leichte Rückgang der Prämiensumme trotz der Zunahme der Verträge erklärt sich vor allem daraus, dass einerseits mehrere Bauherren-Haftpflichtversicherungen noch liefen, für welche die Einmalprämie bereits in einem früheren Jahr entrichtet worden war, und andererseits die Bemessungsgrundlage für die Stempelsteuer bei der Feuerversicherung verändert wurde. Der Versicherungsfonds nahm an Prämien 3 768 244 (3 508 178) Franken ein und gewährte Leistungen im Gesamtbetrag von 546 479 (473 683) Franken. Ende 1975 betrug das Vermögen des Versicherungsfonds rund 65,2 (59,8) Mio Franken.

Liegenschaften

Geschäftsverkehr

Die Zahl der abgewickelten Geschäfte hat sich leicht erhöht. Währenddem sich das Ausmass der umgesetzten Fläche gegenüber dem Vorjahr verdoppelte, sank der Umsatzwert erheblich. Diese Erscheinung ist einerseits auf den massiven Zukauf von Freihaltezonenland und andererseits auf grössere Landabtretungen im Tauschverfahren ausserhalb des Stadtgebietes zurückzuführen.

Insgesamt wurden 115 (107) Kaufs-, Tausch- oder Verkaufsgeschäfte vollzogen. Die Brutto-Umsatzsumme belief sich auf Fr. 101 794 782.25 (Fr. 131 280 876.95), die umgesetzte Fläche auf 7495 (3640) Aren.

Für den *Erwerb* von Liegenschaften durch Kauf oder Tausch wurden Fr. 85 365 947.05 (Fr. 90 708 803.15) aufgewendet. Die an die Stadt übergegangene Fläche, einschliesslich Wald, umfasst 4534 (2465) Aren.

Aus der *Abtretung* von Liegenschaften infolge von Verkauf und Tausch mit einer Fläche von 2901 (1175) Aren resultierten Einnahmen von Fr. 16 428 835.20 (Fr. 40 572 073.80). In der Abtretung eingeschlossen sind 1171 Aren Wald am Albishang, die aus betriebswirtschaftlichen und arrondierungstechnischen Gründen an die Stadt Adliswil veräussert wurden.

Der *Nettozuwachs* beträgt 1573 (1290) Aren im Werte von Fr. 68 937 111.85 (Fr. 50 136 729.35). Die verwaltungsinternen Übertragungen sind in den vorstehenden Zahlen nicht inbegriffen.

Dem *Erwerb von Freihaltezone* wurde weiterhin die Priorität eingeräumt. Dank den intensiven Bemühungen gelang es, 3345 (1716) Aren Freihaltezone zu erwerben. Dadurch konnten zahlreiche angemeldete Entschädigungsbegehren erledigt werden.

An *Bauverbotsentschädigungen* wurden, gestützt auf 8 (8) Vereinbarungen und 1 (4) Entscheid des Verwaltungsgerichtes, für eine belastete Fläche von 1148 (1147) Aren insgesamt Fr. 11 093 770.05 (Fr. 9 326 344.40) ausbezahlt.

Von insgesamt 1827 Hektaren Freihaltegebiet befanden sich Ende 1975 1379 (1345) Hektaren im Eigentum der Stadt. In den restlichen 493 Hektaren sind nicht nur die Liegenschaften von Bund und Kanton, sondern auch das bereits entschädigte Land inbegriffen. Auf Grund der am 1. Dezember 1974 abgelaufenen Frist für die Geltendmachung von Bauverbotsentschädigungen kann festgestellt werden, dass Ende 1975 noch 139 Hektaren Freihaltezone im Privatbesitz verblieben, die noch zu entschädigen oder zu erwerben sind.

Als bedeutende *Kaufgeschäfte* sind zu nennen:

Objekte in der Altstadt, die Liegenschaften Üetlibergstrasse 20, Flurstrasse 60, Frankentalerstrasse 55, Limmattalstrasse 117, Seestrasse 495 und 497, Zeltweg 1, 3 und 5 (Schauspielhaus) sowie einiges Bauland in verschiedenen Quartieren.

Die *Verkäufe* betreffen Landabtretungen an den Nationalstrassenbau und die tauschweise Abgabe der Liegenschaften Freilagerstrasse 46 und 48 sowie Land in Dietikon und Wettswil.

Baurechtsverträge wurden 2 (8) über eine Fläche von 68 (663) Aren abgeschlossen, und zwar für ein Alters- und Pflegeheim sowie den gemeinnützigen Wohnungsbau.

Ende 1975 bestanden insgesamt 65 (64) Baurechtsverträge mit der Stadt als *Baurechtsgeberin* über eine Fläche von 4766 (4706) Aren. Infolge vorzeitiger Ausübung des Heimfallrechtes über die Liegenschaft Dufourstrasse 35 wurde ein Vertrag hinfällig.

Andererseits bestehen zwei Verträge mit der Stadt als *Baurechtsnehmerin* über das Areal der Badeanlage «Zwischen den Hölzern» und das ehemalige Inselhofareal mit einer Fläche von 315 Aren.

Grundbesitz

Der Bestand der realisierbaren Liegenschaften des Gemeindegutes betrug Ende 1975 unter Berücksichtigung der vorgenommenen verwaltungsinternen Übertragungen:

- a) auf Stadtgebiet 170 198 (167 212) Aren mit einem Buchwert von Fr. 599 814 492.40 (Fr. 546 378 243.40).
- b) ausserhalb des Stadtgebietes 61 700 (63 499) Aren mit einem Buchwert von Fr. 95 557 474.35 (Fr. 96 609 673.80).

Auf dem Inventarwert (Buchwert) wurden Abschreibungen zu Lasten des ausserordentlichen Verkehrs von Fr. 19 510 915.35 (Fr. 39 371 038.35) vorgenommen.

Verwaltung

Allgemeines. Die Verschlechterung der Wirtschaftslage im allgemeinen und die drastische Veränderung des Wohnungsmarktes im besondern haben sich im Berichtsjahr merklich ausgewirkt. Eine Folge ist die beträchtliche Zunahme der Kündigungen. Es bedarf vermehrter Anstrengungen, um die gekündigten Objekte (Wohnungen, Ladenlokale, Parkplätze usw.) wieder zu vermieten.

Die Modernisierung des Altwohnungsbestandes wurde unvermindert weitergeführt, nicht zuletzt um die Konkurrenzfähigkeit der betreffenden Objekte auf dem Wohnungsmarkt zu erhöhen. Die Erneuerung ganzer Siedlungen ist allerdings mit beträchtlichen Erschwernissen und grossem Zeitaufwand verbunden, da sich bei Bekanntwerden von Renovationsabsichten sofort Mietergruppen und -komitees innerhalb und ausserhalb der Wohnkolonien bilden, um Sanierungen nach ihren Vorstellungen durchzusetzen.

Zahl der Objekte. Fiskalliegenschaften: Der Bestand erhöhte sich um 64 (136) Wohnungen, indem einem Zuwachs von 86 (170) Wohnungen in neu erworbenen Liegenschaften ein Abgang von 22 (34) Wohnungen infolge von Liegenschaftentausch, Abtretung im Baurecht oder Abbruch gegenüberstand.

Wohnsiedlungen. Es ist ein Zuwachs von 34 (147) Wohnungen zu verzeichnen. Dieser entfällt ausschliesslich auf die im Berichtsjahr fertiggestellte Neuüberbauung Heuried, wo die restlichen Wohnungen bezogen werden konnten.

Der Liegenschaftenverwaltung unterstanden am 31.12.1975 folgende Miet- und Pachtobjekte:

| Wohnungen | 1975 | 1974 |
|---|--------------|--------------|
| a) Gemeindegut | | |
| – Alterswohnungen | 205* | 205* |
| – Andere Wohnungen in Fiskalliegenschaften | 2 882 | 2 818 |
| b) Wohnsiedlungen | | |
| – Alterswohnungen | 510 | 510 |
| – Andere Wohnungen | 4 872 | 4 838 |
| c) Güter und Stiftungen | | |
| – Armen-, Bürger- und Nutzungsgut sowie Aktienbauvereinstiftung | 58 | 58 |
| Total | 8 527 | 8 429 |

* inkl. 2 Dienstwohnungen

| Andere Vertragsverhältnisse | 1975 | 1974 |
|---|--------------|--------------|
| Wirtschaften | 59 | 56 |
| Landwirtschaftsbetriebe | 35 | 35 |
| Andere Pachtverträge | 1 580 | 1 562 |
| Gewerbliche Räume | 1 081 | 1 046 |
| Garagen, Einstellplätze, Abstellplätze, Rollerboxen | 4 903 | 4 680 |
| Alterssiedlung «Riesbach» | 1 | 1 |
| Parkhaus Zürichhorn | 1 | 1 |
| Verschiedene Verträge | 1 175 | 1 150 |
| Total | 8 835 | 8 531 |

Der Zuwachs von 223 Parkplätzen ergab sich vor allem durch die Fertigstellung der Wohnsiedlung Heuried sowie durch die Inbetriebnahme der Park-and-Ride-Garage in Altstetten, wo 100 Plätze in fester Miete abgegeben wurden.

Mietzinseinnahmen. Aus sämtlichen verwalteten Liegenschaften ergaben sich Mietzinseinnahmen von Fr. 55 726 576.55 (Fr. 49 047 212.15). Die Einnahmensteigerung resultiert aus dem Zuwachs an Liegenschaften und der auf 1. April 1975 durchgeführten allgemeinen Mietzinserhöhung.

Unterhalts- und Erneuerungsarbeiten

| a) Fiskalliegenschaften | 1975 Fr. | 1974 Fr. |
|--|--------------|--------------|
| Zu Lasten Ordentlicher Verkehr (Unterhaltskonto) | 7 579 350.90 | 6 987 165.35 |
| Zu Lasten Kapitalverkehr | 5 770 771.90 | 6 107 161.— |
| Zu Lasten Altstadtsanierung (AOV) | 2 025 569.75 | 1 336 775.05 |
| b) Wohnsiedlungen | | |
| Zu Lasten Betrieb | 1 745 988.05 | 1 708 585.80 |
| Zu Lasten Erneuerungsfonds | 1 191 401.30 | 878 082.10 |
| Zu Lasten Baukonto (Kapitalverkehr) | 1 997 492.— | 4 177 236.50 |

Die Unterhalts- und Betriebskosten der Parkhäuser betragen Fr. 1 032 105.—; der Betrag ist in den vorstehenden Zahlen nicht mitenthalten. Die Zunahme der Ausgaben bei den Konti «Ordentlicher Verkehr» und «Altstadtsanierung» ist auf die Intensivierung der Renovations- und Sanierungsprogramme zurückzuführen.

Vermietung. Vermietet wurden 421 (549) Wohnungen, wovon 34 (183) in Neubauten; in dieser Zahl sind 110 (101) Wohnungsabtausche inbegriffen. Es gingen 2216 (1654) Neuanmeldungen ein; damit liegen insgesamt 4511 Wohnungsbewerbungen vor.

Die pendenten Wohnungsbewerbungen entfallen auf:

| Kategorie | Anzahl Zimmer | | | 4 und mehr | Total |
|-------------------------------|---------------|-------|-----|---------------|-------|
| | 1 | 2 | 3 | | |
| Sozialer Alterswohnungsbau | 1 310 | 537 | — | — | 1 847 |
| Allgemeiner Alterswohnungsbau | 109 | 105 | — | — | 214 |
| Sozialer Wohnungsbau | 602 | 449 | 281 | 169 | 1 501 |
| Allgemeiner Wohnungsbau | 50 | 165 | 118 | 31 | 364 |
| Freitragender Wohnungsbau | 47 | 268 | 184 | 86 | 585 |
| | 2 118 | 1 524 | 583 | 286 | 4 511 |

Die Neuanmeldungen verteilen sich nach Familiengrösse und Alter wie folgt:

| | 1975 | 1974 |
|------------------------|-------|-------|
| Alleinstehende | 1 011 | 644 |
| Ehepaare ohne Kinder | 661 | 492 |
| Familien mit 1 Kind | 280 | 250 |
| Familien mit 2 Kindern | 193 | 186 |
| Familien mit 3 Kindern | 61 | 66 |
| Familien mit 4 Kindern | 10 | 16 |
| | 2 216 | 1 654 |
| | 1975 | 1974 |
| Alter der Bewerber: | | |
| 20–40 Jahre | 794 | 579 |
| 40–60 Jahre | 571 | 415 |
| über 60 Jahre | 851 | 660 |
| | 2 216 | 1 654 |

Die beträchtliche Zunahme der Anmeldungen ist vor allem auf die im Spätherbst begonnene Vermietung der Wohnüberbauung Hardau zurückzuführen. Die vermehrte Nachfrage verteilt sich auf alle Altersstufen, ist aber bei der jüngeren und älteren Generation grösser als bei den 40- bis 60jährigen.

Im Gegensatz zum Vorjahr, wo bei den Alleinstehenden eine rückläufige Nachfrage festzustellen war, ist bei dieser Bewerbergruppe eine Zunahme von mehr als 50 Prozent zu registrieren. Bemerkenswert ist auch das vermehrte Interesse von Ehepaaren ohne Kinder.

Dem Büro für *Notwohnungen* unterstanden:

| | 1975 | 1974 |
|---|----------------|--------|
| a) Genossenschaftliche Wohnungen | 6 | 7 |
| Vereinzelte Notwohnungen | 402 | 386 |
| Evakuationslokal «Rohr», Sihlquai 332 | 18 | 18 |
| | 426 | 411 |
| | Übernachtungen | |
| | 1975 | 1974 |
| b) Notschlafstelle städtische Herberge Rieterstrasse, 115 Betten | 28 145 | 31 514 |

Obdachlose. Es wurden folgende Obdachlosenfälle erledigt:

| | Anzahl Mietparteien | |
|--|---------------------|------|
| | 1975 | 1974 |
| Unterbringung in: | | |
| a) genossenschaftlichen Wohnungen | 8 | 20 |
| b) städtischen Wohnungen | 24 | 21 |
| c) privaten Wohnungen | 37 | 23 |
| Provisorische Lösungen: | | |
| Unterbringung in Notwohnungen | 133 | 147 |
| Erwirkung von Aufschüben | 6 | 3 |
| Aufschiebung von Hausabbrüchen | 2 | – |
| Von Fürsorgeämtern übernommen | 2 | – |
| Unterkunft bei Verwandten, Selbsthilfe | 100 | 161 |
| In Notschlafstellen untergebracht | – | 1 |
| | 312 | 376 |

Einstellgaragen und Parkhäuser

Die Kündigungen bei Parkplätzen haben stark zugenommen, während die Nachfrage merklich nachgelassen hat. In den *Einstellgaragen Hardau* und *Lochergut* waren trotzdem sämtliche Plätze das ganze Jahr hindurch vermietet.

Infolge der Einführung eines progressiven Gebührentarifes kann die Belegung in den *Parkhäusern Escherwiese, Hohe Promenade* und *Sihlquai* nicht mehr in Stunden ausgewiesen werden. Die Gesamtzahl der parkierenden Autos hat gegenüber 1974 durchwegs abgenommen, und zwar zwischen 11 und 14 Prozent. Dieser Rückgang ist wohl der Rezession, möglicherweise zum Teil aber auch der auf den 1. Oktober 1974 erfolgten Gebührenerhöhung zuzuschreiben. Trotzdem wurden in allen Parkhäusern dank der Tarifanpassung höhere Einnahmen erzielt.

Im *Parkhaus Feldegg* stand 1975 das erste Untergeschoss, das bis September 1974 teilweise noch an Dauerparkierer vermietet war, erstmals während des ganzen Jahres im Sinne der Förderung von «Park and Ride» ausschliesslich den Kurzparkierern zur Verfügung. Die Belegung ist infolge des grösseren Angebotes an Kurzparkplätzen von 11 auf 9 Stunden im Tagesmittel gesunken. Die 66 Einstellplätze im *Parkhaus Vorderberg* waren während des ganzen Jahres vermietet. Die 21 Kurzparkplätze waren im Tagesdurchschnitt während etwa 9 Stunden belegt.

Von den 112 Abstellplätzen in der *Einstellgarage Wildbach* waren am 31. Dezember noch 27 Plätze nicht vermietet.

Wohnungsbau

Städtische Hilfe

Die Wohnbautätigkeit in der Stadt Zürich ist stark zurückgegangen. Es wurden noch 1282 (1942) neue Wohnungen erstellt. Davon erhielten 645 (843) Wohnungen städtische Hilfe unter verschiedenen Titeln (Restfinanzierung, verbilligte Subventionsdarlehen, Kapitalzinszuschüsse, Übernahme von Anteilscheinen, Abschreibungsbeiträge, Mietzinszuschüsse aus dem Zweckerhaltungsfonds). Bezogen wurden ferner 230 (91) Wohnungen in Regionalgemeinden, für welche die städtische Unterstützung bereits früher zugesichert worden war. Die insgesamt 875 (934) mit städtischer Hilfe erstellten Wohnungen verteilen sich auf die einzelnen Kategorien wie folgt:

| Bauherr | Wohnbaukategorie und Anzahl Wohnungen | | | | | Total |
|---------------------------------------|---------------------------------------|-------|---------|-----------------|-------|-------|
| | soz. | allg. | freitr. | Alterswohnungen | | |
| | | | | soz. | allg. | |
| Stadt, Wohnkolonien | — | — | 34 | — | — | 34 |
| Stiftung Wohnungsfürsorge für Betagte | — | — | 2 | 75 | — | 77 |
| Baugenossenschaften | 121 | 139 | 369 | 54 | 81 | 764 |
| | 121 | 139 | 405 | 129 | 81 | 875 |

Neue Bauvorhaben kommen in 10 (13) bewilligten Beitragsgesuchen im Gesamtbetrag von Fr. 12 817 700.— (Fr. 44 644 100.—), wovon mehr als fünf Sechstel auf das Stadtgebiet entfallen, zum Ausdruck. Sie gliedern sich wie folgt auf:

| Jahr | Wohnbaukategorie und Anzahl Wohnungen | | | | | Total |
|------|---------------------------------------|-------|---------|-----------------|-------|-------|
| | soz. | allg. | freitr. | Alterswohnungen | | |
| | | | | soz. | allg. | |
| 1975 | 111 | 27 | 22 | 45 | 111 | 316 |
| 1974 | 139 | 342 | 391 | 215 | 117 | 1 204 |

Der Stand der Auszahlungen (ohne Abschreibungen im kommunalen Wohnungsbau) veränderte sich wie folgt (in 1000 Franken):

| Jahr | Subventionsdarlehen | | | | Darlehen nach «Grundsätzen 1924» (Restfinanzierung) | | | |
|------|---------------------|---------------|---------------|-------------------|---|---------------|---------------|-------------------|
| | Bestand Anfang Jahr | Rückzahlungen | Neue Darlehen | Bestand Ende Jahr | Bestand Anfang Jahr | Rückzahlungen | Neue Darlehen | Bestand Ende Jahr |
| 1975 | 57 945 | 1 032 | 7 092 | 64 005 | 221 061 | 8 868 | 35 783 | 247 976 |
| 1974 | 52 500 | 929 | 6 374 | 57 945 | 179 261 | 6 853 | 48 653 | 221 061 |

| Jahr | Anteilscheine von Genossenschaften | | Kapitalzinszuschüsse* | |
|------|------------------------------------|--------------|-----------------------|--------------------------------|
| | Neu übernommen | Totalbestand | Auszahlungen | Total ausbezahlt bis Ende Jahr |
| 1975 | 31 | 5 441 | 1 484 | 12 470 |
| 1974 | 273 | 5 410 | 971 | 10 986 |

* Inklusiv Fr. 3 100 000.— Mietzinszuschüsse aus der Aktion gemäss Gemeindebeschluss vom 29. Januar 1950

Für 2 (3) Käufe von Bauland im Ausmass von zusammen 692 m² wurden städtische Grundpfanddarlehen im Betrage von Fr. 630 000.— (Fr. 2 800 000.—) gewährt, was im Durchschnitt 80% des Kaufpreises entspricht.

An 11 (7) Baugenossenschaften wurden zur Modernisierung von Wohnungen Darlehen nach den «Grundsätzen 1924» im Betrage von insgesamt Fr. 7 690 000.— (Fr. 5 830 000.—) zugesichert, wovon Fr. 3 000 000.— aus Bundesmitteln zu einem Zinssatz von 5 Prozent zur Verfügung gestellt wurden.

Zweckerhaltung

Ende 1975 belief sich der Bestand an subventionierten Wohnungen auf 25 108 (24 771), davon 2389 (2302) ausserhalb des Stadtgebietes. Den 470 (615) neuen Wohnungen steht der Abgang von 133 (198) Wohnungen gegenüber, indem 74 (116) Wohnungen in den freitragenden Wohnungsbau übergeführt und 59 (82) abgebrochen wurden. Von den durch Subventionsrückzahlungen eingegangenen Fr. 755 518.50 (Fr. 1 022 110.20) entfielen Fr. 473 257.50 (Fr. 513 972.—) auf die Stadt, während der Rest an den Bund und Kanton zu überweisen war.

Im Rahmen der Zweckerhaltungskontrolle wurden die Miet- und Eigentümerverhältnisse in 10 810 (8002) Wohnungen überprüft, inbegriffen 495 (689) Erstprüfungen für neubezogene Wohnungen. Wegen veränderter Einkommens- und Familienverhältnisse mussten 2944 (2243) Mutationen bearbeitet werden. Aus verschiedenen Gründen konnten 1105 (1036) Zusatzverträge im Laufe des Jahres aufgehoben werden. Ende Jahr waren 7608 (7069) Zusatzverträge ausgestellt, von denen jedoch 579 erst 1976 in Kraft treten. 5605 (5128) entfielen auf Mieter im sozialen Wohnungsbau, das sind 39,9% (36,5%) dieser Kategorie, und 2003 (1941) auf Mieter im allgemeinen Wohnungsbau, das sind 20,8% (21%) dieser Kategorie.

Dem für die Ausrichtung besonderer Verbilligungsleistungen bestimmten Zweckerhaltungsfonds konnten für das Jahr 1975 Mehrzinse im Betrage von Fr. 2 240 224.50 (Fr. 2 038 741.70) zugewiesen werden. Nach Berücksichtigung der Guthaben und Verpflichtungen (Rückvergütungen an Baugenossenschaften, Zahlungen an Bund und Kanton usw.) betrug das Vermögen des Zweckerhaltungsfonds Ende 1975 Fr. 13 468 939.10 (Fr. 11 357 530.75).

Aus dem Zweckerhaltungsfonds wurden im Jahre 1975 folgende Beiträge ausgerichtet:

| An Baugenossenschaften | 1975 Fr. | 1974 Fr. |
|---|--------------|-------------|
| Verbilligung von Neubauwohnungen (1975: 476) | 264 318.— | 224 610.— |
| Übernahme von Zinseszinsen auf Darlehen für Landerwerb | 232 347.— | 207 746.25 |
| Rückvergütungen in den Erneuerungsfonds | 579 898.— | 552 137.— |
| Einmaliger Beitrag an ausserordentliche Kosten | 50 000.— | — |
| Zusammen an Baugenossenschaften | 1 126 563.— | 984 493.25 |
| An die Liegenschaftenverwaltung | 1975 Fr. | 1974 Fr. |
| Verbilligung von Neubauwohnungen (1975: 162) | 117 906.40 | 12 180.— |
| Härtefälle | 2 773.70 | 488.— |
| Deckung des Zinsausfalles bei erst nachträglich eingehenden Kapitalzinszuschüssen | 30 000.— | — |
| Zusammen an Liegenschaftenverwaltung | 1 50 680.10 | 12 668.— |
| Insgesamt | 1 277 243.10 | 997 161.25 |

Stiftung Wohnungsfürsorge für kinderreiche Familien

Die gemeinsam mit der Siedlungsgenossenschaft Vitasana projektierte Überbauung Luchswiesen-/Winterthurerstrasse kann nicht ausgeführt werden, da die Generalversammlung der Genossenschaft das Bauvorhaben ablehnte.

Für die Modernisierung der 51 Wohnungen der Siedlung Brunnenhof bewilligte der Stiftungsrat einen Kredit von 2,8 Mio Franken. Die Arbeiten liefen zügig voran und waren am Jahresende bereits für 30 Wohnungen abgeschlossen.

Den Anträgen des Hochbauinspektorates entsprechend bewilligte der Stiftungsrat folgende grössere Unterkredite:

- Fr. 242 000.— für die Aussenrenovation von 46 Einfamilienhäusern der Siedlung Au
- Fr. 120 000.— für Farbanstrich an sämtlichen Fenstern der Siedlung Friesenberg
- Fr. 160 000.— für Farbanstrich an allen Fenstern und Jalousien der Siedlung Leimbach
- Fr. 80 000.— für eine neue Kanalisation in der Schlange I der Siedlung Friesenberg

Der Stiftungsrat verabschiedete zuhanden des Stadtrates und des Gemeinderates einen Entwurf für neue Stiftungsstatuten und unterzog das Reglement über die Ausrichtung von Wohnungsbeihilfen einer Totalrevision mit Wirkung ab 1. Juli 1976.

Die Mietzinse wurden auf den 1. April 1975 um rund 10 Prozent erhöht. Mieterwechsel waren 40 (45) zu verzeichnen, wovon 12 (15) auf interne Umsiedlungen entfielen.

An 54 (50) Bezüger wurden total Fr. 47 090.— (Fr. 47 979.—) Wohnungsbeihilfe ausgerichtet.

Zweigstelle Zürich der kantonalen AHV-Ausgleichskasse

Das Aufgabengebiet der Kasse umfasst den Vollzug der eidgenössischen Gesetze über die Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (AHV/IV) einerseits und die Erwerbsersatzordnung (EO) andererseits sowie des kantonalen Gesetzes über Kinderzulagen für Arbeitnehmer (KZG).

Im Hinblick auf die von den eidgenössischen Räten für 1975 beschlossene Herabsetzung des Bundesbeitrages an die AHV wurde der globale Beitragssatz – für alle drei Versicherungszweige gleichzeitig – auf den 1. Juli 1975 heraufgesetzt. Die Lohnbeiträge stiegen von 9 auf 10 Prozent an, währenddem die Selbständigerwerbenden und Arbeitnehmer nicht beitragspflichtiger Arbeitgeber ab 1. Juli 1975 statt 8 Prozent einen Beitrag von 8,9 Prozent zu leisten hatten. Entsprechend angepasst wurde auch die degressive Beitragskala für Selbständigerwerbende mit jährlichen Einkommen unter 20 000 Franken. Für die Nichterwerbstätigen wurde der neue Jahresbeitrag auf 100 Franken im Minimum (Vermögen unter 100 000 Franken) und 10 000 Franken im Maximum (Vermögen 4 000 000 Franken und mehr) festgelegt. Diese umfassende Beitragserhöhung musste kurzfristig mitten im Jahr vollzogen werden und führte zu zusätzlichen Problemen beim Beitragsbezug.

Auf dem Gebiet der Erwerbsersatzordnung wurden die Vorarbeiten zur Durchführung der auf den 1. Januar 1976 in Kraft tretenden vierten Revision geleistet. Neben einer durch die Einkommensentwicklung bedingten weiteren Erhöhung der frankenmässig festgelegten Grenzen und Fixbeträge um einen Drittel bringt diese Revision noch weitergehende

Leistungsverbesserungen, insbesondere für alleinstehende Rekruten, bei den Entschädigungen für Beförderungsdienste Alleinstehender sowie bei der Betriebszulage für Selbständigerwerbende. Neu hinzugekommen ist der Anspruch dienstleistender Ehefrauen auf eine Haushaltentschädigung.

Die statistischen Zahlen der Kasse sind aus der Tabelle ersichtlich.¹

Bürgerasyl- und Pfrundhauskommission

Im Sinne eines Vorentscheides hat der Stadtrat zur künftigen Betriebsführung, zur Finanzierung und zur organisatorischen Neuordnung grundsätzlich Stellung bezogen. Die verbindliche Abklärung der damit zusammenhängenden Rechtsfragen kann in Kürze erwartet werden. Im November hat der Stadtrat ferner das Raumprogramm für einen Neubau anstelle des Bürgerasyls und für einen Um- und Erweiterungsbau des Pfrundhauses genehmigt. Damit ist der Weg für einen definitiven Projektierungsauftrag geebnet. Zurzeit sind 15 Heimplätze frei. Ihre Wiederbelegung stößt auf beträchtliche Schwierigkeiten, weil infolge des geplanten Bauvorhabens eine gewisse Zurückhaltung bei den Interessenten zu beobachten ist. Immerhin konnte die Klausel der von vornherein beschränkten Vertragsdauer gegenüber neuen Pensionären dank dem Entgegenkommen des Sozialamtes, das zu gegebener Zeit die nötigen Plätze in anderen Heimen zur Verfügung stellen wird, fallengelassen werden.

| <i>Zahl der Pensionäre und Pfründer</i> | Bürgerasyl | Pfrundhaus |
|---|------------------|------------------|
| Bestand am 1. Januar 1975 | 54 | 81 |
| Eintritte 1975 | 10 | 12 |
| Abgänge durch Austritt oder Hinschied | 12 | 13 |
| Bestand am 31. Dezember 1975 | 52 | 80 |
| Davon: | | |
| – Pensionäre ohne Pfrundvertrag | – | 20 |
| – auf der Krankenabteilung | – | 23 |
| Durchschnittliche Aufenthaltsdauer | 6 Jahre 9 Monate | 9 Jahre 8 Monate |

| <i>Altersschichtung der Pensionäre und Pfründer Ende 1975</i> | Bürgerasyl | | | Pfrundhaus | | |
|---|---------------------|--------|-------|--------------------|--------|-------|
| | Männer | Frauen | Total | Männer | Frauen | Total |
| 61– 70 Jahre | 1 | 2 | 3 | – | 2 | 2 |
| 71– 80 Jahre | 5 | 12 | 17 | 6 | 20 | 26 |
| 81– 90 Jahre | 4 | 27 | 31 | 6 | 33 | 39 |
| 91–100 Jahre | – | 1 | 1 | 1 | 12 | 13 |
| Durchschnittsalter: | 82 Jahre, 10 Monate | | | 82 Jahre, 6 Monate | | |

¹ Siehe Tabelle 1, S. 138

Legate und Schenkungen

Tabelle 1 Zuwendungen an die Stadt im Jahr 1975

Fr.

| | | | |
|----|---|---------------|--------------|
| a) | Erbeinsetzungen und Vermächtnisse | | |
| | Blumenstein Tony Otto, für das Waisenhaus Entlisberg | 10 000.— | |
| | Christoffel Linda, für das Bürgerasyl | 5 000.— | |
| | Gyr-Meier Emilie, für bedürftige Chronischkranke | 2 000.— | |
| | Iten Anna Barbara, für den Fonds für besondere Zuwendungen an Alters- beihilfebezüger | 4 175.24 | |
| | Maurer Albert, für das Armengut | 25 535.80 | |
| | Niesper Elisabeth Antonia, für die Verwirklichung eines neuen Opernhauses | 1 906 935.80 | |
| | Scheller-Kunz Anna, für das Legat Anna Martha Rüegg, für Altersheime und Alterswohnheime | 13 000.— | |
| | Werner-Schärer Regina, für den Altersfürsorgefonds | 25 005.85 | |
| b) | Geldschenkungen | | |
| | Bitter Friedrich, für die Wildparkstiftung Langenberg | 4 000.— | |
| | Schweiz. Bankverein, für die Einrichtung eines Museums in den Bodmer-Häusern | 1 174 445.85 | |
| | Skenderov Peter, für Bedürftige der Stadt Zürich | | |
| | – Hilfsfonds für bedürftige Künstler | 10 000.— | |
| | – Hilfsfonds Stadtpital Waid | 10 000.— | |
| | Zirkus Knie, für Zirkus-Knie-Fonds | 2 000.— | |
| | Zürcher Kantonalbank, Mehrerlös der Pfandleihkasse für | | |
| | – Legatenfonds für Anstaltsversorgte | 5 273.90 | |
| | – Armengut | 5 273.90 | |
| c) | Naturalgaben | | |
| | Bild von C. Graeser anlässlich Verleihung des Kunstpreises 1975 | Wert 25 000.— | |
| | Bronze-Plastik «Fuchs» von U. Schoop, überreicht vom Ehepaar Ramser-Ziegler | Wert 6 000.— | |
| | | | 3 233 646.34 |

Finanzverwaltung und Finanzkontrolle

Tabelle 1 Wertschriftenbestand. Die folgende Tabelle zeigt den Buchwert des vom Finanzamt verwalteten Wertschriftenbestandes am Jahresende (in 1000 Franken).

| Aktiven | Hypothekar- Darlehen | | Obligationen und Darlehen | | Aktien/ Anteilscheine | |
|--|-------------------------|---------|------------------------------|---------|--------------------------|--------|
| | 1975 | 1974 | 1975 | 1974 | 1975 | 1974 |
| Gemeindegut: | | | 2 404 | 2 404 | 3 638 | 3 474 |
| – Schuldbriefe | 138 172 | 124 074 | – | – | – | – |
| – gesetzliche Pfandrechte | 66 | 71 | – | – | – | – |
| Fonds und Stiftungen | 3 858 | 4 561 | 10 791 | 10 255 | 1 443 | 586 |
| Legate | 28 | 28 | 113 | 100 | – | – |
| Versicherungskasse | 270 556 | 243 965 | 223 865 | 224 400 | – | – |
| Besondere Unternehmungen, Beteiligungen | – | – | – | – | 105 648 | 93 957 |
| | 412 680 | 372 699 | 237 173 | 237 159 | 110 729 | 98 017 |
| Durchschnittliche Verzinsung | 6,01%* | 5,62%* | 5,09% | 4,98% | – | – |

* ohne die Beiträge, welche für Sonderaktionen zu Spezialbedingungen gewährt wurden und daher das Bild verfälschen würden. 1975: Fr. 97 664 902.— (1974: Fr. 86 772 598.—)

Die bei der Wertschriftenverwaltung für verschiedene Zwecke geleisteten Kauttionen betragen rund 25 Mio Franken.

Tabelle 2 Revisionstätigkeit

| | 1975 | 1974 |
|--|-------|-------|
| 1. Innerhalb der Stadtverwaltung: | | |
| Haupt- und Teilrevisionen: | | |
| – Prüfung von Jahresrechnungen, Inventaren und diverser Abrechnungen | 106 | 103 |
| Prüfung von Bauabrechnungen: | | |
| – durch Rovisorat | 84 | 234 |
| – durch Stadtbuchhaltung | 165 | 111 |
| Kassenrevisionen | 590 | 536 |
| 2. Bei Dritten: | | |
| Kontrollstellenmandate | 51 | 48 |
| Prüfung von Subventionsabrechnungen | 61 | 32 |
| Prüfung von Jahresrechnungen privatrechtl. Stiftungen | 50 | 64 |
| Baugenossenschaften: | | |
| – geprüfte Jahresrechnungen | 82 | 189 |
| – geprüfte Bauabrechnungen | 16 | 22 |
| | 1 205 | 1 339 |

Tabelle 3 Debitorenkontrolle

| | 1975 | | 1974 | |
|--|-----------|--------|-----------|--------|
| | Anzahl | % | Anzahl | % |
| Einnahmenrechnungen | 34 270 | 100,00 | 33 386 | 100,00 |
| Mahnungen | 1 540 | 4,49 | 1 797 | 5,38 |
| Betreibungen | 261 | 0,76 | 239 | 0,72 |
| Abschreibungen | 48 | 0,14 | 43 | 0,13 |
| Bussen | 268 | – | 265 | – |
| Betreibungen für | | | | |
| – Schulamt (EDV-Rechnungen) | 445 | – | 465 | – |
| – andere Dienstabteilungen und Bussen | 70 | – | 49 | – |
| | 1975 | % | 1974 | % |
| | Fr. | | Fr. | |
| Einnahmenrechnungen | 46,03 Mio | 100,00 | 32,04 Mio | 100,00 |
| Mahnungen | 808 277 | 1,76 | 754 309 | 2,35 |
| Betreibungen | 65 145 | 0,14 | 43 139 | 0,13 |
| Abschreibungen | 4 525 | 0,01 | 4 756 | 0,01 |
| Bussen | 20 051 | – | 12 095 | – |
| Betreibungen für Bussen und andere Dienstabteilungen | 13 470 | – | 14 388 | – |
| Betreibungen für Schulamt EDV | 55 749 | – | 56 349 | – |

Hier nicht erfasst sind die Besonderen Unternehmungen und verschiedene grössere Dienstabteilungen, welche das Inkasso ihrer Guthaben selbst besorgen.

Tabelle 4 Geschäfte allgemeiner Art

| | Anzahl 1975 | Anzahl 1974 |
|---|----------------|----------------|
| Beitragsgesuche | 76 | 66 |
| Anschaffung von Büromaschinen oder andere Möglichkeiten zur Verbesserung der Büroorganisation | 117 | 138 |
| Fragen finanzwirtschaftlicher, finanzrechtlicher oder betriebswirtschaftlicher Art | 102 | 163 |
| Zusammen | 295 | 367 |

Personalwesen*Tabelle 1 Personalbestand der Stadtverwaltung*

| | | am 31.12.75 | am 31.12.74 | Zu- oder Abnahme 1974/75 |
|---|---|----------------|----------------|--------------------------------|
| männliches Personal = m | | | | |
| weibliches Personal = w | | | | |
| zusammen = z | | | | |
| <hr/> | | | | |
| 1. Auf Amtsdauer gewählte Beamte und Angestellte, ständige Arbeiter, provisorisch gewählte Angestellte und nichtständige Arbeiter, Heim- und Spitalpersonal | m | 7 483 | 7 252 | + 231 |
| | w | 3 075 | 2 880 | + 195 |
| | z | 10 558 | 10 132 | + 426 |
| 2. Hilfspersonal | m | 1 282 | 1 293 | - 11 |
| | w | 670 | 709 | - 39 |
| | z | 1 952 | 2 002 | - 50 |
| 3. Vollbeschäftigte Lehrer der Volks-, Mittel- und Berufsschulen | m | 1 019 | 1 003 | + 16 |
| | w | 1 183 | 1 194 | - 11 |
| | z | 2 202 | 2 197 | + 5 |
| <hr/> | | | | |
| <i>I. Vollbeschäftigtes Personal</i> | m | 9 784 | 9 548 | + 236 |
| | w | 4 928 | 4 783 | + 145 |
| | z | 14 712 | 14 331 | + 381 |
| <hr/> | | | | |
| 4. Teilweise beschäftigte Beamte, Angestellte und Arbeiter | m | 465 | 494 | - 29 |
| | w | 2 060 | 1 942 | + 118 |
| | z | 2 525 | 2 436 | + 89 |
| 5. Teilweise beschäftigte Lehrer der Volks-, Mittel- und Berufsschulen | m | 839 | 865 | - 26 |
| | w | 861 | 740 | + 121 |
| | z | 1 700 | 1 605 | + 95 |
| <hr/> | | | | |
| <i>II. Teilweise beschäftigtes Personal</i> | m | 1 304 | 1 359 | - 55 |
| | w | 2 921 | 2 682 | + 239 |
| | z | 4 225 | 4 041 | + 184 |
| <hr/> | | | | |
| <i>III. Gesamtzahl</i> | m | 11 088 | 10 907 | + 181 |
| | w | 7 849 | 7 465 | + 384 |
| | z | 18 937 | 18 372 | + 565 |

Tabelle 2 Details zu den Veränderungen im Personalbestand 1975 gegenüber 1974

Vollbeschäftigtes Personal

| | | | | |
|-----------------------------------|-----------|---|-----------|------|
| Beamte, Angestellte und Arbeiter: | | Übertrag | | +376 |
| Statistisches Amt | + 11 | Lehrer: | | |
| Zentralstelle EDV | + 10 | Volksschule | + 11 | |
| Stadtpolizei | + 88 | Töchterschule | - 7 | |
| (Beamte, Ang. +7, Korps +81) | | Berufsschulen | + 1 + 5 | +381 |
| Feuerwehriinspektorat | + 27 | | | |
| (Brandwache +27) | | <i>Teilweise beschäftigtes Personal</i> | | |
| Abfuhrwesen | - 30 | Angestellte und Arbeiter: | | |
| (Beamte, Ang. -3, Arb. -27) | | Einwohner- und Fremden- | | |
| Vermessungsamt | + 10 | kontrolle | + 16 | |
| (Beamte, Ang. +7, Arb. +3) | | Gartenbauamt | - 38 | |
| Gartenbauamt | + 27 | (Ang. -11, Arb. -27) | | |
| (Beamte, Ang. +5, Arb. +22) | | Hochbauinspektorat | + 25 | |
| Gaswerk | - 85 | (Arb. +25) | | |
| (Beamte, Ang. -14, Arb. -71) | | Abwartspersonal | | |
| Elektrizitätswerk | + 12 | Schulhäuser | + 33 | |
| (Beamte, Ang. +1, Arb. +11) | | Übrige Dienstabtei- | | |
| Verkehrsbetriebe | + 52 | lungen, saldiert | - 24 + 12 | |
| (Beamte, Ang. +16, Arb. +36) | | Spitäler und Heime | + 77 | |
| Übrige Dienstabteilungen, | | (Bombach +19 / | | |
| saldiert | +109 +231 | Entlisberg +17) | | |
| Spitäler und Heime: | | Lehrer: | | |
| Stadtsptial Waid | + 18 | Volksschule | + 81 | |
| Stadtsptial Triemli | + 36 | Töchterschule | + 1 | |
| Krankenheim Käferberg | + 9 | Berufsschulen | + 13 +172 | +184 |
| Krankenheim Mattenhof | + 35 | Gesamte Verwaltung | | +565 |
| Krankenheim Entlisberg | + 20 | und Schulen | | |
| Übrige Heime, saldiert | + 27 +145 | | | |
| Übertrag | | | | |

Tabelle 3 Mitarbeiter ausländischer Herkunft (ausgeschieden nach Dienstabteilungen)

| | am 31.12.75 | am 31.12.74 | Änderungen im Bestand +/- |
|----------------------------|----------------|----------------|---------------------------------|
| Tiefbauamt | 154 | 152 | + 2 |
| Gartenbauamt | 54 | 44 | + 10 |
| Schulzahnkliniken | 21 | 21 | - |
| Gaswerk | 32 | 59 | - 27 |
| Wasserversorgung | 21 | 22 | - 1 |
| Elektrizitätswerk | 23 | 25 | - 2 |
| Verkehrsbetriebe | 204 | 208 | - 4 |
| Abfuhrwesen | 112 | 142 | - 30 |
| Verschiedene Abteilungen | 107 | 114 | - 7 |
| Spitäler und Krankenhäuser | 933 | 901 | + 32 |
| Übrige Heime | 227 | 253 | - 26 |
| Lehrer | 34 | 36 | - 2 |
| Insgesamt vollbeschäftigt | 1 922 | 1 977 | - 55 |
| Teilweise beschäftigt | 503 | 449 | + 54 |
| Gesamttotal | 2 425 | 2 426 | - 1 |

Tabelle 4 Ausländer im Verhältnis zum Gesamtbestand bei den verschiedenen Personalgruppen

| | 31. Dezember 1975 | | | 31. Dezember 1974 | | | Absolute Zunahme im Jahr 75 |
|---|--------------------|----------------|----------------------|--------------------|----------------|----------------------|-----------------------------------|
| | Gesamt- bestand | Aus- länder | In % des Bestand. | Gesamt- bestand | Aus- länder | In % des Bestand. | |
| <i>Vollbeschäftigt:</i> | | | | | | | |
| Beamte, Angestellte und Hilfsangestellte | 5 971 | 153 | 2,6 | 5 739 | 166 | 2,9 | - 13 |
| Arbeiter und Hilfsarbeiter | 3 677 | 575 | 15,6 | 3 678 | 621 | 16,9 | - 46 |
| | 9 648 | 728 | 7,5 | 9 417 | 787 | 8,3 | - 59 |
| Spital- und Heimpersonal | 2 862 | 1 160 | 40,5 | 2 717 | 1 154 | 42,5 | + 6 |
| Lehrer | 2 202 | 34 | 1,5 | 2 197 | 36 | 1,6 | - 2 |
| Zusammen | 14 712 | 1 922 | 13,1 | 14 331 | 1 977 | 13,8 | - 55 |
| <i>Teilweise beschäftigt:</i> | | | | | | | |
| Angestellte | 838 | 41 | 4,9 | 873 | 39 | 4,5 | + 2 |
| Arbeiter | 1 105 | 297 | 26,9 | 1 058 | 261 | 24,7 | + 36 |
| | 1 943 | 338 | 17,4 | 1 931 | 300 | 15,5 | + 38 |
| Spital- und Heimpersonal | 582 | 56 | 9,6 | 505 | 50 | 9,9 | + 6 |
| Lehrer | 1 700 | 109 | 6,4 | 1 605 | 99 | 6,2 | + 10 |
| Zusammen | 4 225 | 503 | 11,9 | 4 041 | 449 | 11,1 | + 54 |
| Gesamttotal | 18 937 | 2 425 | 12,8 | 18 372 | 2 426 | 13,2 | - 1 |

Tabelle 5 Krankheiten und Unfälle beim vollbeschäftigten Personal

(bis 1974 ohne Spital- und Heimpersonal sowie Lehrer; ab 1975 einschliesslich des Spital- und Heimpersonals)

männliches Personal = m, weibliches Personal = w, zusammen = z

| | | Beamte u. Angestellte | | Arbeiter u. Hilfsarbeiter | | Zusammen | |
|--------------------------|---|-----------------------|--------|---------------------------|--------|----------|---------|
| | | 1975 | 1974 | 1975 | 1974 | 1975 | 1974 |
| Erkrankte Arbeitnehmer | m | 2 520 | 2 230 | 2 436 | 2 497 | 4 956 | 4 727 |
| | w | 2 388 | 1 118 | 75 | 51 | 2 463 | 1 169 |
| | z | 4 908 | 3 348 | 2 511 | 2 548 | 7 419 | 5 896 |
| Verunfallte Arbeitnehmer | m | 440 | 359 | 720 | 797 | 1 160 | 1 156 |
| | w | 207 | 101 | 29 | 7 | 236 | 108 |
| | z | 647 | 460 | 749 | 804 | 1 396 | 1 264 |
| Zusammen | m | 2 960 | 2 589 | 3 156 | 3 294 | 6 116 | 5 883 |
| | w | 2 595 | 1 219 | 104 | 58 | 2 699 | 1 277 |
| | z | 5 555 | 3 808 | 3 260 | 3 352 | 8 815 | 7 160 |
| Krankheitstage | m | 34 794 | 32 845 | 47 998 | 51 071 | 82 792 | 83 916 |
| | w | 35 958 | 18 966 | 1 430 | 1 519 | 37 388 | 20 485 |
| | z | 70 752 | 51 811 | 49 428 | 52 590 | 120 180 | 104 401 |
| Unfalltage | m | 8 846 | 7 545 | 14 471 | 13 780 | 23 317 | 21 325 |
| | w | 4 242 | 1 983 | 526 | 121 | 4 768 | 2 104 |
| | z | 13 088 | 9 528 | 14 997 | 13 901 | 28 085 | 23 429 |
| Zusammen | m | 43 640 | 40 390 | 62 469 | 64 851 | 106 109 | 105 241 |
| | w | 40 200 | 20 949 | 1 956 | 1 640 | 42 156 | 22 589 |
| | z | 83 840 | 61 339 | 64 425 | 66 491 | 148 265 | 127 830 |

| | | Beamte u. Angestellte | | Arbeiter u. Hilfsarbeiter | | Zusammen | |
|--|---|-----------------------|-------|---------------------------|-------|----------|-------|
| | | 1975 | 1974 | 1975 | 1974 | 1975 | 1974 |
| Ausfalltage je betroffenen Arbeitnehmer bei Krankheit | m | 13,81 | 14,73 | 19,70 | 20,45 | 16,71 | 17,75 |
| | w | 15,06 | 16,96 | 19,07 | 29,78 | 15,18 | 17,52 |
| | z | 14,42 | 15,47 | 19,68 | 20,64 | 16,20 | 17,71 |
| – bei Unfall | m | 20,10 | 21,02 | 20,10 | 17,29 | 20,10 | 18,45 |
| | w | 20,49 | 19,63 | 18,14 | 17,28 | 20,20 | 19,48 |
| | z | 20,23 | 20,71 | 20,02 | 17,29 | 20,12 | 18,53 |
| Durchschnitt | m | 14,74 | 15,60 | 19,79 | 19,69 | 17,35 | 17,89 |
| | w | 15,49 | 17,18 | 18,81 | 28,27 | 15,62 | 17,69 |
| | z | 15,09 | 16,11 | 19,76 | 19,84 | 16,82 | 17,85 |
| Ausfalltage je durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer bei Krankheit | m | 6,95 | 7,94 | 12,96 | 13,88 | 9,51 | 10,74 |
| | w | 9,74 | 12,87 | 11,63 | 16,51 | 9,80 | 13,09 |
| | z | 8,13 | 9,24 | 12,92 | 13,95 | 9,60 | 11,13 |
| – bei Unfall | m | 1,77 | 1,82 | 3,91 | 3,75 | 2,68 | 2,73 |
| | w | 1,15 | 1,35 | 4,28 | 1,31 | 1,25 | 1,34 |
| | z | 1,50 | 1,70 | 3,92 | 3,69 | 2,24 | 2,50 |
| Zusammen | m | 8,72 | 9,77 | 16,87 | 17,63 | 12,18 | 13,47 |
| | w | 10,89 | 14,22 | 15,90 | 17,83 | 11,05 | 14,43 |
| | z | 9,64 | 10,94 | 16,84 | 17,64 | 11,84 | 13,63 |

Zweigstelle Zürich der kantonalen AHV-Ausgleichskasse

Tabelle 1 Statistische Angaben

| | 1975 | 1974 |
|--|------------|------------|
| Register über alle Selbständigerwerbenden, Arbeitgeber und Nichterwerbstätigen auf dem Platze Zürich (inkl. Mitglieder von Verbandskassen, jedoch ohne Mitglieder der Familienausgleichskasse) | 36 843 | 37 759 |
| Eigene abrechnungspflichtige Kassenmitglieder für AHV/IV/EO-Beiträge | 27 209 | 27 544 |
| Beitragszahlungen über Mio Fr. | 333 | 303 |
| Betreibungen gegen säumige Beitragspflichtige | 2 934 | 2 605 |
| Beitragsabschreibungen wegen Uneinbringlichkeit Fr. | 528 500 | 184 000 |
| Zahl der Buchungen auf den persönlichen Konten der Versicherten (Grundlage für die spätere Rentenberechnung) | 206 000 | 192 000 |
| Zahl der AHV- und IV-Rentner | 41 047 | 40 872 |
| Auszahlung von Renten, Taggeldern Mio Fr. | 423 | 366 |
| Auszahlung von Hilflosenentschädigungen (AHV/IV) Fr. | 3 876 919 | 2 939 993 |
| Entschädigungen an Wehr- und Zivilschutzpflichtige Fr. | 10 648 096 | 10 817 177 |
| Zahl der Mitglieder der kantonalen Familienausgleichskasse | 11 020 | 11 167 |
| Auszahlung von Kinderzulagen Fr. | 13 920 119 | 13 133 816 |
| Zahl der eingegangenen Beschwerden | 419 | 418 |
| – ganz oder teilweise gutgeheissen | 27 | 15 |
| – abgewiesen | 34 | 36 |
| – anderweitig erledigt (durch Rückzug usw.) | 160 | 141 |
| – noch pendent | 198 | 226 |
| Verwaltungsgerichtsbeschwerden an das Eidgenössische Versicherungsgericht | 7 | 3 |
| – nicht eingetreten | – | – |
| – ganz oder teilweise gutgeheissen | 2 | – |
| – abgewiesen | 3 | 2 |
| – noch pendent | 2 | 1 |

Weitere Angaben sind im Geschäftsbericht der kantonalen AHV-Ausgleichskasse enthalten.

Allgemeines

Im Hinblick auf das kriminelle Geschehen und um den dringendsten Bedürfnissen der Sicherheit gerecht zu werden, schuf der Stadtrat auf Antrag des Polizeivorstandes 85 Polizeimännerstellen und erhöhte damit den Sollbestand des Polizeikorps auf 1173 Mann. Zur Gewährleistung einer bestmöglichen Verbrechensbekämpfung auch in der Zukunft dient die an eine private Firma für Unternehmensberatung in Auftrag gegebene Studie über eine Restrukturierung des Polizeikorps.

Auf den im Einvernehmen mit dem Finanzvorstand gestellten Antrag des Polizeivorstandes beschloss der Stadtrat am 3. Oktober 1975, dem Gemeinderat eine Erhöhung der Differenzzulage der Stadtpolizei zu beantragen. Damit sollen die Grundbesoldungsunterschiede zwischen der Kantons- und der Stadtpolizei ab 1. Januar 1976 ausgeglichen werden.

An verschiedenen Pressekonferenzen informierte das Polizeiamt die Öffentlichkeit über den öffentlichen Zivilschutzraum des Parkhauses Urania, über die Brandwächterschule und – zusammen mit dem Vorstand der Industriellen Betriebe – über Massnahmen zur Förderung des öffentlichen Verkehrs.

Zur Erhöhung der Verkehrssicherheit hat der Stadtrat den Regierungsrat erneut gebeten, den Bundesrat zu ersuchen, die erlaubte Höchstgeschwindigkeit in der Stadt Zürich für eine Versuchsperiode vom 1. Oktober 1976 bis zum 1. Oktober 1978 auf 50 km/Std. festzulegen.

Der Rekurs der Sozialdemokratischen Partei gegen die vom Stadtrat erlassenen Vorschriften über die Benützung des öffentlichen Grundes zu politischen Zwecken wurde vom Regierungsrat abgewiesen. Dessen Entscheid zogen die Rekurrenten mit einer staatsrechtlichen Beschwerde an das Bundesgericht weiter, wo er zur Zeit noch hängig ist.

Auf Antrag des Polizeivorstandes beschloss der Stadtrat am 22. Januar 1975 neue Vorschriften über die Gästekontrolle, die eine umfassendere Kontrolle als die bisherige Verordnung vom 20. September 1916 gewährleisten.

Gestützt auf § 6 der Vollziehungsverordnung zum Gesetz über die Wahlen und Abstimmungen erliess der Stadtrat am 22. Oktober 1975 auf Antrag des Polizeivorstandes ein Reglement über das Stimmregister, das genaue Weisungen über die Führung der Stimmregister der Stadt enthält.

Stadtpolizei

Ausbildung. Die Polizeischule konnte wiederum doppelt geführt werden. Auch die dreimonatige Ausbildung der Polizeihostessen und Verkehrsbeamten war in zwei Kursen möglich. Damit konnte das Auffüllen der Sollbestände in erfreulichem Masse fortgesetzt werden.

Berufliche Fortbildung. Die Bereitschaftspolizei erhielt eine Sonderschulung in einem Ausbildungslager. Ein Grundschulungskurs für besondere Einsätze, Wiederholungskurse für Instruktoren und Mannschaften sowie ein technisch-taktischer Instruktionkurs für Alarm- und Überfallgruppenchefs dienten ebenfalls der Weiterbildung.

Psychologischer Dienst. Für Polizeianwärter wurde ein neues Auswahlverfahren erarbeitet, das sich in der Praxis bereits bewährt. Neben der Lehrtätigkeit an der Polizeischule wurden unter anderem durchgeführt: Führungsseminarien für die erste Kaderstufe und für Chefstellvertreter der Einwohner- und Fremdenkontrolle, Seminar für Polizeiassistentinnen der Zentral- und Ostschweizer Kantone, Kurs für die Einführung neuer Mitarbeiter, Vorbereitungskurs auf den Ruhestand. Ferner wirkte der Psychologische Dienst an einem Fortbildungskurs am Schweizerischen Polizeiinstitut Neuenburg, bei der Ausbildung von Gemeindepolizisten im Kanton Aargau und von Polizeianwärtern in Winterthur mit. Auch für Beratungen bei persönlichen oder beruflichen Problemen wurden die Psychologen rege beansprucht.

Werbung und Öffentlichkeitsarbeit. Die Rezession hatte bereits Auswirkungen auf die Personalwerbung bei der Polizei, indem sich mehr Interessenten meldeten, von denen allerdings nicht alle genügende Voraussetzungen mitbrachten.

Anfangs März wurde die zweite Auflage der «Polizeitung» allen Haushaltungen der Stadt Zürich zugestellt. Neben dem Vorstellen der neuen Notruf-Telefonnummer 117 der Stadtpolizei orientierte die Zeitung über aktuelle Probleme der Verbrechenverhütung und über die Tätigkeit der Spezialdienste der Polizei.

An 51 Führungen bei der Stadtpolizei, 36 auswärtigen Vorträgen und separaten Filmvorführungen des Filmdienstes über die Arbeit der Polizei nahmen rund 7000 Besucher teil. Zudem besichtigten rund 1250 Personen die Einrichtungen der Seepolizei und des Wissenschaftlichen Dienstes. An Presse, Radio und Fernsehen wurden von der Informationsstelle 97 Pressebulletins und Orientierungen über die polizeiliche Tätigkeit (ohne Kriminalfälle und Verkehrsunfälle) abgegeben. In Zusammenarbeit mit Journalisten und Reportern entstanden 6 Zeitungs- und 3 Radioreportagen. An der Zürcher Herbstschau wurden an einem Informationsstand Probleme der Unfallverhütung behandelt und ein Wettbewerb über Verkehrsfragen durchgeführt.

Anlässlich eines Gesamtschulkapitels des Bezirkes Zürich orientierten der Polizeikommandant und die Chefs der Kriminal- und der Uniformpolizei die Lehrerschaft über die Aufgaben der Stadtpolizei, insbesondere über die Themen Jugendkriminalität, Jugendstrafrecht, Auskunftspflicht der Lehrer gegenüber der Polizei und das Vertrauensverhältnis Lehrer-Polizei.

Der Filmdienst schuf zur Aufklärung der Bevölkerung und zur internen Schulung verschiedene Filme über Verbrechenverhütung und -bekämpfung und über Lärmprobleme. Neu gestaltet und vertont wurden die Tonbildschau über die neue Notrufnummer 117 sowie ein Informationsfilm über die Stadtpolizei.

Sicherheitspolizei

Nachdem im Frühjahr und im Herbst 1974 je eine Anwärterklasse eingestellt und ausgebildet worden war, konnten der Uniformpolizei im Berichtsjahr 51 Polizeibeamte neu zugeteilt werden. Diesem Zuwachs stehen 10 Alterspensionierungen, 21 Versetzungen zu anderen Abteilungen sowie 2 Todesfälle gegenüber.

Der Bestand des Dienstzweiges Verkehrsdienst konnte durch die Anstellung von 40 Polizeihostessen und 5 Verkehrsbeamten weiter verstärkt werden. Die Hostessen und Verkehrsbeamten werden nun auch in den Aussenquartieren zur Kontrolle des ruhenden und des Fussgängerverkehrs eingesetzt.

Ausser bei den traditionellen Veranstaltungen, wie Fasnacht, Sechseläuten, 1.-Mai-Feier und Knabenschieszen, wurden Angehörige der Sicherheitspolizei unter anderem bei einem militärischen Defilee, beim Altstetter Dorffest und beim «Zürcher Dampferfäscht» eingesetzt. Politische Kundgebungen, Demonstrationen und Aktionen erforderten 34 (37) Extradienstaufgebote.

Über die Funk- und Notrufzentrale wurden 40 831 (39 978) Einsätze der Funkstreifenwagen angeordnet, was einem Tagesdurchschnitt von 112 Einsätzen entspricht. Bei 365 (356) mobilen Geschwindigkeitskontrollen wurden 310 716 (288 555) Fahrzeuge erfasst und 11 131 (9491) Verzeigungen (3,58%) vorgenommen. Feste Radarstationen erfassten in 7205 (3890) Betriebsstunden weitere 2 305 913 (1 353 098) Fahrzeuge und führten zu 26 609 (19 418) Verzeigungen (1,15%). Die Stadtpolizei hatte im weiteren mit 1013 (1116) alkoholisierten Fahrzeuglenkern zu tun. Davon waren 493 (547) an Unfällen beteiligt. 184 (171) waren rückfällig. 90 (72) Lenker steuerten ein Unfallfahrzeug, obwohl ihnen der Führerausweis entzogen oder verweigert worden war. An 10 (12) Tagen wurden Abgaskontrollen durchgeführt.

Kriminalpolizei

Allgemeines. Das Berichtsjahr zeigte nicht nur eine Zunahme der strafbaren Handlungen gegen das Vermögen, wobei vor allem die starke Zunahme der Einbruchdiebstähle auffällt; auch die Raubüberfälle und Entreisssdiebstähle nahmen wiederum zu.

Kapitalverbrechen

- | | |
|-------------|--|
| 28. Januar | Auf dem Parkplatz des Strandbades Mythenquai in Zürich 2 würgt ein unbekannter Freier in seinem Auto eine 21jährige Dirne bis zur Bewusstlosigkeit und beraubt sie. |
| 31. Januar | Ein 20jähriger Hilfsarbeiter versucht mit einer Sprengladung die Eingangstüre zu einer Waffenhandlung in Zürich 4 aufzusprengen. Er konnte verhaftet werden. |
| 2. Februar | In der Bahnhofunterführung («Shop Ville») wird anlässlich einer Auseinandersetzung ein 20jähriger Ausländer durch einen Schuss getötet. Der 28jährige Schütze erleidet durch Messerstiche schwere Verletzungen; einem 27jährigen Mann werden beide Hände durchgeschossen. In diesem Zusammenhang wurden 6 Personen in Haft genommen. |
| 3. Februar | Unbekannte Täter schiessen am frühen Morgen mit einer 9-mm-Pistole durch die Glasscheibe in den Telefonraum einer Taxizentrale in Zürich 5, wo eine Disponentin und eine Telefonistin arbeiten. Eine Kugel fliegt nahe am Kopf der Telefonistin vorbei. |
| 18. Februar | Unbekannte Täter werfen zwei «Molotow-Cocktails» in den Vorraum des Restaurants «Barfüsser» am Predigerplatz, wo ein Brand ausbricht. Schaden rund 3000 Franken. |
| 27. Februar | Durch unbekanntes Täterschaft wird ein «Molotow-Cocktail» in ein Fotostudio an der Höschgasse in Zürich 8 geworfen. Brandschaden ungefähr 6000 Franken. |
| 5. März | Unbekannte Täter öffnen mit Sprengstoff gewaltsam die Panzerstahltüre eines Bunkers oberhalb des Hohensteinweges in Zürich 3. |
| 5. März | Das Haus Gerechtigkeitsgasse 8 in Zürich 1 wird durch unbekanntes Täterschaft in Brand gesetzt. Ein 55jähriger Mieter stirbt – vermutlich infolge der Aufregung – an einem Herzversagen. Zwei Mieter erleiden schwere Brandwunden. Sachschaden ungefähr 300 000 Franken. |

10. März Zwei Unbekannte verüben einen bewaffneten Raubüberfall auf die Filiale des Schweizerischen Bankvereins an der Universitätstrasse 120, Zürich 6, und erbeuten 153 900 Franken.
18. April In Zürich 8 gerät ein 53jähriger Psychologe mit seiner 28jährigen Patientin in Streit, stürzt die Treppe hinunter und erleidet lebensgefährliche Schädelverletzungen.
19. April Durch unbekannte Täterschaft wird auf der Zuschauerrampe des westlichen Fussballfeldes der Sportanlage beim Schulhaus «Espenhof» in Zürich 9 eine Sprengladung zur Explosion gebracht, die eine Betonstellplatte zertrümmert und weitere Stellplatten beschädigt.
19. April In Zürich 9 tötet ein 56jähriger Mann seine 49jährige Frau mit 3 Karabinerschüssen und richtet die Waffe gegen sich selbst. Er stirbt kurz nach der Überführung ins Spital.
22. April Zwei Geldboten der Migros-Bank werden beim Verlassen des Gebäudes an der Seidengasse 13, Zürich 1, von zwei Unbekannten niedergeschlagen und beraubt. Den Tätern fallen zwei Weissblechbehälter mit Bargeld, Gold und Schecks im Gesamtwert von rund 435 000 Franken in die Hände.
16. Mai In Zürich 5 wird eine 36jährige Dirne von ihrem Freund angeschossen und schwer verletzt.
25. Mai Anlässlich einer Messerstecherei in Zürich 1 wird ein 30jähriger Mann durch einen Unbekannten schwer verletzt.
28. Mai Ein Ausländer wird durch einen andern niedergestochen und schwer verletzt.
17. Juni In einem Hause in Zürich 4 wird eine 18jährige Dirne tot aufgefunden. In ihrem Mund befindet sich ein Wolltuch, mit dem sie wahrscheinlich erstickt wurde.
1. Juli In ihrer Absteige in Zürich 5 wird eine 31jährige Dirne erschossen. Der Täter, ihr 30jähriger Freund, flüchtete und wurde einige Tage später in einer verankerten Segeljacht bei Herrliberg, wo er sich erschossen hatte, aufgefunden.
14. August In Zürich 3 wird eine 32jährige Frau im Verlaufe einer Auseinandersetzung von ihrem 35jährigen Freund erwürgt.
7. November In Zürich 3 wird eine 34jährige Verkäuferin in ihrem Schlafzimmer von einem Mann überfallen, der ihr mit einem Eisenrohr Schläge auf den Kopf versetzt und das Portemonnaie mit 215 Franken raubt. Das Opfer erleidet eine schwere Schädelfraktur. Als Täter wurde ein früherer Zimmernachbar der Verletzten ermittelt, der verhaftet werden konnte.
22. November In Zürich 1 wird eine 51jährige Dirne von unbekannter Täterschaft erwürgt.
12. Dezember Ein 21jähriger Landwirtschaftsarbeiter versetzt im Streit in Zürich 9 einem 25jährigen Koch Magenschläge und Fusstritte. Der Mann erleidet innere Verletzungen und wird ins Spital eingewiesen. Weil er sich ärztlicher Betreuung widersetzt, wird er entlassen und stirbt einige Stunden später in seinem Zimmer.

Drogenmissbrauch. Leider zeigte sich ein steigender Konsum sogenannter harter Drogen, wie Opium, Morphin und Heroin. Auf Stadtgebiet starben 4 Männer an einer Überdosis von Betäubungsmitteln.

524 (564) Personen, davon 93 (99) weiblichen Geschlechts, wurden wegen Vergehens gegen das Bundesgesetz über die Betäubungsmittel zuhanden der Strafuntersuchungsbehörden verzeigt. Bei 255 (290) dieser Personen konnten sichergestellt werden:

| | | |
|--------|---|---------------------------|
| 16 464 | g | Haschisch-Harz |
| 4 595 | g | Haschisch-Kraut/Marihuana |
| 20 | g | Haschisch-Öl |
| 50,6 | g | Morphin-Pulver |
| 143 | | Morphin-Tabletten |
| 0,16 | g | Opium (roh) |
| 120,62 | g | Heroin |
| 124,79 | g | Amphetamin |
| 154 | | LSD-Tabletten |

Von den 524 Verzeigten müssen 191 (215) als «Fixer» bezeichnet werden.

Dass die Zahl der Verzeigungen leicht zurückging, ist hauptsächlich auf die zunehmende Tarnung der Händler und ihrer Methoden zurückzuführen, denen nur mit anspruchsvollen und arbeitsintensiven Ermittlungsverfahren beizukommen ist.

Jugendkriminalität. Der Jugenddienst musste unter anderem 41 Banden mit 158 jugendlichen Tätern, die 437 Straftaten verübt hatten, in die polizeilichen Erhebungen einbeziehen. Dabei standen Einbruch-, Warenhaus-, Garderoben-, Entreis- und Motorfahrzeugdiebstähle sowie Brandstiftungen im Vordergrund. Auch lagen Sittlichkeitsdelikte und Vergehen gegen das Bundesgesetz über die Betäubungsmittel vor. Die ermittelten Täter standen im Alter zwischen 12 und 18 Jahren.

Sittenpolizei. Wegen Zuwiderhandlung gegen die Vorschriften über die Strassenprostitution mussten 852 (637) Verzeigungsrapporte erstellt werden. Als Folge der Vorschriften über die Strassenprostitution mit einer teilweisen Abwanderung von Strassendirnen war eine Zunahme der Massagesalons festzustellen.

Wissenschaftlicher Dienst. Der Wissenschaftliche Dienst der Stadtpolizei wirkte in Stadt und Kanton Zürich sowie in weiteren Kantonen an der Abklärung hauptsächlich nachstehender Vorkommnisse mit: 11 Tötungsdelikte, verschiedene Grossbrände, 51 Sprengstoff- oder Brandanschläge, 20 Kassenschranksprengungen sowie Minen- und Waffendiebstähle, Raubüberfall am Zollikerberg, 8 Anschläge mit Rohrbomben.

Die Anzahl der Schusswaffenuntersuchungen nahm von 310 auf 477 zu; ebenso die Zahl der Untersuchungen von sprengstoffverdächtigen Briefen und Paketen.

Die vom Wissenschaftlichen Dienst betreute Lehrmittelsammlung wurde von Angehörigen zahlreicher auswärtiger Polizeikorps besucht. Zudem erfolgten Führungen für die gesamte Uniform- und Zivilmannschaft der Stadtpolizei.

Wiederum wirkten Funktionäre des Wissenschaftlichen Dienstes als Lehrer und Instruktoren an zahlreichen Kursen, Vorträgen und Führungen mit und übten beratende Funktionen bei anderen Polizeikorps aus.

Gewerbepolizei

Nach der Verwerfung der neuen Taxiverordnung durch den Souverän im Frühjahr 1974 hat der Stadtrat einer ausserhalb der Verwaltung stehenden Firma für Unternehmensberatung den Auftrag erteilt, die Strukturprobleme des zürcherischen Taxigewerbes zu untersuchen und Unterlagen für eine neue Taxiverordnung auszuarbeiten. Ein abschliessender Bericht ist auf Mitte 1976 zu erwarten.

Die Beschwerden gegen die Erhöhung der Anzahl der A-Taxi-Betriebsbewilligungen von 260 auf 350 sind vom Verwaltungsgericht und vom Bundesgericht abgewiesen worden.

Die neu in die Vorschriften über die Märkte aufgenommenen Warenmärkte auf dem Helvetiaplatz sind viermal durchgeführt worden und erfreuten sich eines regen Zuspruchs seitens der Marktfahrer und des Publikums.

Gestützt auf lärmpolizeiliche Erwägungen hat die Lärmbekämpfungsstelle gegen alle sogenannten Privatklubs mit unbeschränkter Öffnungszeit Schliessungszeiten verfügt, die sich an diejenigen im Gastwirtschaftsgewerbe anlehnen; die gegen diese Verfügungen eingeleiteten Einsprache- bzw. Rekursverfahren sind noch hängig.

Wirtschaftspolizei

14 (24) Eröffnungen von Wirtschaftsbetrieben stehen 20 (21) Schliessungen gegenüber. Zurzeit bestehen 945 (954) alkoholführende und 370 (367) alkoholfreie, das heisst insgesamt 1315 (1321) gastgewerbliche Betriebe auf Stadtgebiet.

Für zwei Wirtschaften wurden neue Nachtcafébewilligungen ausgestellt. Gegenwärtig bestehen 33 (31) Wirtschaften mit hinausgeschobener Polizeistunde.

Zahlreiche Kontrollen wegen verbotener Bewirtung von Gästen führten zu entsprechenden Massnahmen der Finanzdirektion gegen verschiedene Privatklubs. Bei sieben Aktionen gegen illegale Spielklubs wurden rund 100 Spieler festgenommen und wegen Übertretens des Spielbankengesetzes verzeigt.

Kommissariat für die Technischen Dienste

Die vom Gemeinderat beschlossene Überbauung des Lichthofes im Amtshaus I schreitet planmässig voran. Für die Betriebseinrichtungen der neuen Funk- und Notrufzentrale sind umfangreiche Vergebungen erfolgt.

Durch die Bereitstellung geeigneter Schulungs- und Büroräumlichkeiten konnte die Dienststelle «Ausbildung» Anfang Oktober nach der Lagerstrasse 41, Institut Juventus, verlegt werden.

Die systematische Überführung der bisherigen Blockmelderanlagen des Bankenalarms auf ein neues Übertragungssystem ist im Gange. Die rund 200 Alarmteilnehmer sollen bis Ende 1976 angeschlossen sein.

Die Programmierung, welche eine Debitorenbearbeitung für Marktstandplätze über die EDV ermöglicht, konnte abgeschlossen werden.

Abteilung für Verkehr

Die Massnahmen zur Förderung des öffentlichen Verkehrs standen erneut an erster Stelle. So wurde im April die Verkehrsregelungsanlage am Escher-Wyss-Platz an den Computer Herdern angeschlossen und in Betrieb genommen. Für die ein- und ausfahrenden Tramzüge entstehen nun vor den Lichtsignalen praktisch keine Wartezeiten mehr. Auch im Gebiet Bürkliplatz/General Guisan-Quai regeln neue, vollautomatische Steuerungssysteme die Lichtsignalanlagen. Das Markieren einer Busspur im General Guisan-Quai brachte für die Tramlinie 9 und die Buslinien 61 und 65 erhebliche Ver-

besserungen. Mit dem neuen funktechnischen Anmeldesystem SESAM können an Verkehrsregelungsanlagen nunmehr auch Auto- und Trolleybusse, welche die Fahrspuren des Individualverkehrs benützen müssen, mittels Sonderphasen bevorzugt werden. An der Bahnhofstrasse konnte das Teilstück zwischen Pelikanstrasse und Paradeplatz vom Durchgangsverkehr befreit und als verkehrsarme Zone signalisiert werden. Gegen die am Werdmühleplatz geplante Aufhebung von Parkplätzen sind mehrere Einsprachen erhoben worden.

Mit Hilfe von verkehrsleitenden Massnahmen liess sich die im Hinblick auf die Eröffnung des Einkaufszentrums Glatt befürchtete Verkehrszunahme in Schwamendingen weitgehend verhindern.

Ende November erfolgte die Eröffnung der ersten signalisierten Radfahrstrecke auf Stadtgebiet. Sie führt vorwiegend durch verkehrsarme Quartierstrassen vom Katzenssee über Affoltern/Oerlikon nach Schwamendingen und weist eine Länge von rund 10 Kilometern auf.

Neue Verkehrsführungen wurden unter anderem an folgenden Örtlichkeiten signalisiert: General Guisan-Quai/Genfer Strasse, Seefeldstrasse und Seefeldquai.

Für das kommende Jahr sind im Zusammenhang mit der Aufhebung der Parkplätze auf dem Marktplatz Oerlikon und der Absperrung der Einmündung der Milchbuckstrasse in die Winterthurer-/Langmauerstrasse neue Verkehrsführungen geplant.

Wiederum mussten wegen Baustellen umfangreiche Verkehrsumleitungen signalisiert werden. Von den Grossbaustellen sind zu erwähnen: Stadelhofer Platz/Theaterstrasse (Erweiterung auf drei Tramgeleise) und Verlängerung der Tramlinie 4 ins Bändliquartier.

Beim Unfallgeschehen ist leider – wie im letzten Berichtsjahr – eine leichte Zunahme festzustellen.¹

Das Büro für Unfallauswertung ermittelte 39 Punkte des Strassenverkehrsnetzes mit überdurchschnittlicher Unfallhäufigkeit und stellte entsprechende Sanierungsanträge. Von diesen konnten bis zur Berichterstattung 32 verwirklicht werden.

Das Büro für Unfallverhütung führte folgende Aktionen durch: «Schulanfang», «Fit am Steuer», «Reissverschluss», «Beim Halten – Motor abschalten», «Kommunikation am Fussgängerstreifen» und «Angurten bitte». Die beiden letztgenannten Aktionen wurden mit der Abgabe von Flugblättern und Klebern unterstützt.

Unter den Vorbeugemassnahmen zur Unfallverhütung ist besonders die Grossverkehrskontrolle «Argus VII» am 7./8. November 1975 hervorzuheben, die im Gebiet Zürichberg/Adlisberg/Witikon stattfand und erstmals die Kontrolle mehrerer Zufahrtsstrassen erlaubte.

An den Stadtrundfahrten für Betagte von über 65 Jahren nahmen bei 30 Fahrten 875 Personen teil.

Seit dem 22. September bzw. 15. Oktober 1975 sind je zwei automatische Geräte für Rotlichtüberwachung und Geschwindigkeitskontrolle in Betrieb.

Im Berichtsjahr mussten 35 317 Rapporte behandelt werden. Bemerkenswert ist, dass trotz des Ordnungsbussengesetzes für 13 638 Verzeigungen im ruhenden Verkehr das ordentliche Verfahren vor dem Polizeirichter eingeleitet werden musste.

Die Jahreseinnahmen aus dem OB-Verfahren beliefen sich für 1975 auf rund 5 620 000 Franken (4 975 000). Davon entfielen auf Geschwindigkeitsübertretungen 688 204.50 Franken (514 260). Für die 8717 mit der Rotlichtkamera festgestellten Übertretungen gingen beim Polizeirichteramt Zahlungen im Betrage von 385 205 Franken ein. Dieses Resultat zeigt mit aller Deutlichkeit, dass die Fussgängerstreifen leider nach wie vor zu wenig Beachtung finden. Die Polizei wird diesem Umstand in Zukunft vermehrte Aufmerksamkeit schenken.

¹ Siehe Tabelle 3, S. 148

Polizeirichteramt ¹

Einwohner- und Fremdenkontrolle

Im Zuge der Erfassung der Einwohnerdaten und der damit verbundenen Automatisierung erfolgte die Adressierung der Abstimmungsvorlagen und der Einmal-Stimmrechtsausweise erstmals durch den Computer. Die Erfassung der minderjährigen Personen konnte abgeschlossen werden. Nach Durchführung der notwendigen Richtigkeits- und Vollständigkeitskontrollen kann die jährliche Erstellung der Auszüge über die Minderjährigen durch den Computer erfolgen.

Auf Grund der regierungsrätlichen Verordnung über das kantonale Strafregister vom 12. März 1975 wurde das Gemeindestrafregister auf den 1. April 1975 aufgehoben. Über die bisher in diesem Register aufgeführten Bevormundeten und gerichtlich als amtsunfähig bezeichneten Personen, deren Registrierung als Grundlage für das Stimmregister weiterhin nötig ist, werden besondere Verzeichnisse geführt.

Hauptsächlich die spürbare Verschlechterung der Wirtschafts- und Beschäftigungslage führte zu einer weiteren Verringerung der ausländischen Wohnbevölkerung und der Reisen aus dem Ausland. Gleichzeitig erforderten die verschärften Massnahmen des Bundesrates bezüglich der Fremdarbeiterregelung vom 9. Juli 1975 eine wesentlich intensivere Behandlung der Gesuche von fremdenkontrollpflichtigen Ausländern. Es wurden 20 101 (24 311) Aufenthaltsgesuche und 1957 (2951) Begehren nach Erteilung der Niederlassungsbewilligung behandelt sowie 392 (585) Gesuche um Familiennachzug geprüft. Ausserdem wurden 4059 (7834) Saison-Aufenthaltsbewilligungen in Gemeindekompetenz erteilt.

Kreiskommando und Militärsektion

Bei der Erhebung des Militärpflichtersatzes haben die Erlass- und Stundungsgesuche mit dem Hinweis auf Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit stark zugenommen.

Neu werden die AHV-Ausweise durch das Kreiskommando an die Stellungspflichtigen abgegeben.

Feuerwehr und Feuerpolizei

Als grössere Schadenereignisse sind Dachstockbrände an der Gerechtigkeitsgasse, der Niederdorf-, der Stauffacher-, der Limmat-, der Nord- und der Limmattalstrasse sowie Lagerbrände an der Hardturmstrasse und In Büngerten zu erwähnen. Bei einem Brandfall in Wallisellen musste die Berufsfeuerwehr mit Gasschutzgeräten zur Hilfeleistung ausrücken.

Einheiten der Pflichtfeuerwehr wurden bei Überschwemmungen im Gebiet der Bleulerstrasse zum Ablösen der Berufsfeuerwehr eingesetzt.

Im Herbst konnte die neue Alarmzentrale der Brandwache in Betrieb genommen werden.

Zur Erreichung des auf 109 Mann erhöhten Mannschaftsbestandes wurden 22 Rekruten in zwei mehrwöchigen Lehrgängen auf ihre neue Tätigkeit vorbereitet.

¹ Siehe Tabellen 1–4, S. 151 f.

Quartieramt

Für militärische Einquartierungen waren 12 505 (11 546) Logiernächte zu verzeichnen; dazu kamen 6946 (9062) zivile Unterkünfte im Touristenlager Limmathaus.

Amt für Zivilschutz

Wegen des ständig wachsenden Aufgabenkreises des Zivilschutzes drängte sich eine Reorganisation des Amtes für Zivilschutz auf, wobei eine Abteilung «Technische Dienste» geschaffen wurde.

3753 (5559) Personen wurden neu in die Zivilschutzorganisation eingeteilt. 4095 (4083) Mitarbeiter mussten wegen Erreichens der Altersgrenze, Krankheit oder Wegzuges entlassen werden oder fielen wegen Todesfalls aus.

In 23 (32) Kursen, 172 (55) Übungen und Rapporten erfolgte die Ausbildung, Weiterbildung und Orientierung von 7033 (4840) Angehörigen der verschiedenen Dienstzweige der Zivilschutzorganisation.

Alle Stabsangehörigen wurden erstmals in eine interne ausserdienstliche Weiterbildung einbezogen.

1 (14) weitere Zivilschutzanlage wurde fertiggestellt und durch den Zivilschutz übernommen.

Im Zusammenhang mit der Inbetriebnahme des Parkhauses Urania wurde vom 1. bis 9. März in diesem zurzeit grössten öffentlichen Schutzraum der Schweiz eine Zivilschutzausstellung durchgeführt, die in der Öffentlichkeit guten Anklang fand.

Stadtpolizei

Tabelle 1 Personalbestand

| | 1975 | 1974 |
|--|-----------|-------|
| Offiziere | 22 | 21 |
| Unteroffiziere, Gefreite und Polizeimänner | 1018 | 992 |
| Uniformpolizei | 611 (594) | |
| Kriminalpolizei | 305 (296) | |
| Bürodienst | 102 (102) | |
| Polizeianwärter | 75 | 52 |
| Beamte | 16 | 16 |
| Angestellte | 105 | 101 |
| Polizeiassistentinnen | 11 | 10 |
| Polizeihostessen | 85 | 51 |
| Verkehrsbeamte | 57 | 53 |
| Arbeiter | 49 | 49 |
| Zusammen | 1 438 | 1 345 |

Tabelle 2 Polizeirapporte

| | 1975 | 1974 |
|--|---------|---------|
| a) Verkehrsunfallrapporte | 8 410 | 8 225 |
| b) Übertretungsrapporte (ohne Verkehrsunfallrapporte) | 28 954 | 24 032 |
| c) Übrige Rapporte | 57 906 | 53 970 |
| d) Kriminalgeschäfte | 28 011 | 24 968 |
| Zusammen | 123 281 | 111 195 |

Tabelle 3 Verkehrsunfälle; tödlich Verletzte und Verletzte

| | 1975 | 1974 |
|----------------------------------|-------|-------|
| Tödlich verletzte Fahrzeuglenker | 18 | 16 |
| Tödlich verletzte Mitfahrer | 5 | 9 |
| Tödlich verletzte Fussgänger | 19 | 35 |
| | 42 | 60 |
| Verletzte Personen | 1 976 | 2 292 |
| Zusammen | 2 018 | 2 352 |

Tabelle 4 Gegenstand der Übertretungsrapporte

| | 1975 | 1974 |
|---|--------|--------|
| Allgemeine Bestimmungen der Polizeiverordnung: Rechte und Pflichten der Polizeibeamten und Privatpersonen | 85 | 116 |
| Schutz der Personen | 308 | 200 |
| Schutz des Eigentums und des öffentl. Grundes | 12 | 30 |
| Strassen- und Verkehrspolizei | 24 544 | 19 766 |
| davon betrafen: | | |
| Autolenker | 22 389 | |
| Motorrad- und Kleinmotorradfahrer | 476 | |
| Motorfahrradfahrer | 1 091 | |
| Radfahrer | 53 | |
| Andere Verkehrsteilnehmer | 535 | |

| | 1975 | 1974 |
|---|--------|--------|
| Wasserpolizei, verbotenes Fischen usw. | 42 | 35 |
| Marktpolizei, Ladenschluss | 2 | 41 |
| Sonntagspolizei | 4 | 4 |
| Wirtschaftspolizei | 217 | 279 |
| Sittenpolizei, Trunkenheit | 331 | 234 |
| Feuerpolizei | 2 | 2 |
| Fabrik- und Gewerbepolizei, Hausieren ohne Patent | 682 | 788 |
| AHV und Arbeitslosenversicherung | | |
| Vollzugsbestimmungen usw. | 95 | 99 |
| Tierschutz und Tierhaltung | 156 | 160 |
| Verwaltungspolizei, Bahnpolizei | 1 129 | 903 |
| Einwohner- und Ausländerkontrolle | 1 345 | 1 375 |
| Zusammen | 28 954 | 24 032 |

Tabelle 5 Gegenstand der übrigen Rapporte

| | 1975 | 1974 |
|--|---------------|--------|
| Funde und Verluste | 12 269 | 12 806 |
| Verwaltungspolizei | 915 | 701 |
| Sanitäts-, Hilfs- und Löschdienst | 1 743 | 1 813 |
| Gesundheitswesen | 54 | 45 |
| Motorfahrzeugbeanstandungen | 11 451 | 10 656 |
| Personenkontroll- und Schriftenverlustkarten | 5 743 | 4 488 |
| Leumundsberichte | 6 498 | 5 385 |
| a) administrative | 5 310 (4 246) | |
| b) Bürgerrechtsgesuche | 1 188 (1 139) | |
| Feststellungen aller Art | 14 261 | 13 063 |
| Aufträge an die Motorisierte Verkehrspolizei | | |
| a) vom Strassenverkehrsamt überwiesen | 1 412 | 1 126 |
| b) vom Rechtsdienst im Strassenverkehr überwiesen (Zustellaufträge) | 173 | 142 |
| c) von anderen Amtsstellen und Polizeikorps überwiesen | 3 387 | 3 745 |
| Zusammen | 57 906 | 53 970 |

Tabelle 6 Kriminalgeschäfte

| | 1975 | 1974 |
|--|-------|-------|
| I. Kriminaltatbestände | | |
| <i>Strafbare Handlungen gegen Leib und Leben</i> | | |
| Tötungsdelikte | 7 | 6 |
| Tötungsversuche | 5 | 13 |
| fahrlässige Tötung | 3 | 2 |
| Körperverletzungen | 356 | 321 |
| Tätlichkeiten | 336 | 265 |
| <i>Gefährdung des Lebens und der Gesundheit</i> | 7 | 10 |
| <i>Strafbare Handlungen gegen das Vermögen</i> | | |
| Einbruchdiebstähle, Einschleichdiebstähle | 4 755 | 3 690 |
| Laden- und Warenhausdiebstähle | 734 | 733 |
| Autodiebstähle | 1 132 | 1 182 |
| Motorradiebstähle | 485 | 554 |

| | 1975 | 1974 |
|---|--------|--------|
| Mofadiebstähle | 3 676 | 2 899 |
| Velodiebstähle | 1 373 | 1 550 |
| Raubüberfälle | 114 | 101 |
| Entreissdiebstähle | 112 | 87 |
| Veruntreuungen | 255 | 341 |
| Betrug | 872 | 1 034 |
| Zechprellerei | 238 | 248 |
| Erpressungen | 18 | 10 |
| weitere strafbare Handlungen gegen das Vermögen (Entwendung, Sachentzug, Hehlerei, Sachbeschädigung usw.) | 9 076 | 8009 |
| <i>Strafbare Handlungen gegen die Sittlichkeit</i> | | |
| Notzucht | 27 | 19 |
| Notzuchsversuch | 3 | 13 |
| Unzucht mit Kindern | 203 | 211 |
| weitere strafbare Handlungen gegen die Sittlichkeit | 383 | 326 |
| <i>Gemeingefährliche Verbrechen und Vergehen</i> | | |
| Brandstiftungen | 119 | 64 |
| fahrlässige Verursachung einer Feuersbrunst | 76 | 80 |
| <i>Widerhandlungen gegen das Bundesgesetz über die Betäubungsmittel</i> | | |
| Übrige Straftatbestände aus StGB und Nebenstrafgesetz | 1 262 | 771 |
| II. Übrige Kriminalgeschäfte: | | |
| gerichtliche Leumundsberichte | 1 188 | 1 307 |
| aussergewöhnliche Todesfälle | 365 | 328 |
| Selbstmorde | 91 | 83 |
| Selbstmordversuche | 216 | 147 |
| Zusammen | 28 011 | 24 968 |

Tabelle 7 Geschäfte der Lärmbekämpfungsstelle

Im Jahre 1975 wurden bei der Lärmbekämpfungsstelle 2813 (2750) Geschäfte registriert. Sie umfassen nachstehende Lärmquellen:

| | 1975 | 1974 |
|--|-------|-------|
| Verkehrslärm | | |
| Sämtliche Motorfahrzeuge, Motorschiffe, Fluglärm (inkl. Motormodellflugzeuge), VBZ, SBB und Privatbahnen | 802 | 751 |
| Baulärm | 625 | 712 |
| Gewerbelärm, inkl. Restaurants und Privatklubs | 390 | 485 |
| Haus-, Nachbar- und Nachtlärm, Veranstaltungen, Schiesslärm, Tierlärm, Schulen, Kirchenglocken, schriftliche Stellungnahmen und verwaltungsinterne Geschäfte | 996 | 802 |
| Zusammen | 2 813 | 2 750 |

Polizeirichteramt*Tabelle 1 Verzeigungen*

| | 1975 | 1974 |
|---|---------------|---------------|
| Eingang: | 1975 | 1974 |
| Übertrag aus dem Vorjahr | 1 080 | 1 429 |
| Rapporte aus dem Übertretungsstrafrecht (Sicherheits-, Gewerbe-, Wirtschaftspolizei, Meldewesen usw.) | 48 442 | 39 327 |
| Gesamtzahl der Verzeigungen | 49 522 | 40 756 |
| Erledigung: | | |
| Bussen | 43 838 | 35 686 |
| Verweise | 27 | 37 |
| Einstellung des Verfahrens | 1 443 | 1 524 |
| Überweisungen an Statthalterämter | 639 | 1 466 |
| Überweisungen an Bezirksanwaltschaften | 58 | 165 |
| Überweisungen an andere Amtsstellen | 94 | 282 |
| Vereinigung mit and. Verzeigungen des gleichen Täters | 540 | 516 |
| Übertrag auf das Jahr 1976 bzw. 1975 | 2 883 | 1 080 |
| Zusammen | 49 522 | 40 756 |

Tabelle 2 Begehren um gerichtliche Beurteilung

| | 1975 | 1974 |
|---|--------------|--------------|
| Übertrag aus dem Vorjahr | 552 | 733 |
| Einsprachen | 1 946 | 1 990 |
| Total | 2 498 | 2 723 |
| Erledigung: | | |
| Rückzug der Einsprachen | 948 | 1 113 |
| Aufgehobene Bussen | 444 | 528 |
| Verspätete Einsprachen | 59 | 59 |
| Verjährte Fälle | 3 | 11 |
| Abschreibung wegen Todes des Einsprechers | — | — |
| Weisungen an das Bezirksgericht | 466 | 460 |
| Total | 1 920 | 2 171 |
| Pendente Fälle | 578 | 552 |
| Total | 2 498 | 2 723 |

Tabelle 3 Erledigungen der Weisungen an das Bezirksgericht

| | 1975 | 1974 |
|--|------------|------------|
| Bestätigt | 100 | 109 |
| Im Schuldpunkt bestätigt, jedoch von Bestrafung Umgang genommen | 4 | 4 |
| Vor Gericht anerkannt | 169 | 199 |
| Aufgehoben | 53 | 43 |
| Verjährt | 1 | — |
| An das PRA zurückgewiesen | 4 | 5 |
| Ausstehende Entscheide | 135 | 100 |
| Total | 466 | 460 |

Tabelle 4 Einnahmen des Polizeirichteramtes

| | 1975 Fr. | 1974 Fr. |
|---|--------------|--------------|
| Bussen | 1 826 670.— | 1 427 525.— |
| Kurzverfahren-Bussen (Einwohnerkontrolle) | 22 360.— | 34 900.— |
| Total Bussen | 1 849 030.— | 1 462 425.— |
| Gebühren | 914 202.18 | 805 671.72 |
| Total der Einnahmen | 2 763 232.18 | 2 268 096.72 |

Einwohner- und Fremdenkontrolle

Tabelle 1 Niederlassung und Aufenthalt

| | 1975 | 1974 |
|---|--------|--------|
| Behandelte Niederlassungs- und Aufenthaltsfälle | 43 926 | 53 004 |
| Davon entfallen auf Ausländer | 14 348 | 23 696 |
| Wegzüge | 40 006 | 47 273 |
| Umzüge, Berufswechsel, Konfessionsänderungen usw. | 53 797 | 60 430 |

Tabelle 2 Registerführung

| | 1975 | 1974 |
|---|---------|---------|
| <i>Einwohnerregister</i> | | |
| Bezahlte Auskünfte | 89 462 | 90 768 |
| Auskünfte an Behörden und Amtsstellen | 212 834 | 219 113 |
| Registerauszüge an andere Ämter | 16 837 | 18 013 |
| <i>Hausbogenregister</i> | | |
| Bestand an Hausbogen am 31. Dezember 1975 | 39 680 | 39 651 |

Stimmregister

Tabelle 3 Stimmberechtigte in politischen Angelegenheiten

| Kreise | 1975 | 1974 | 1975 | 1974 | 1975 | 1974 |
|------------------------|--------|--------|--------|--------|---------|---------|
| | Männer | Männer | Frauen | Frauen | Total | Total |
| 1 | 2 378 | 2 430 | 2 817 | 2 860 | 5 195 | 5 290 |
| 2 Enge-Leimbach | 3 975 | 4 000 | 5 252 | 5 282 | 9 227 | 9 282 |
| Wollishofen | 5 196 | 5 289 | 7 324 | 7 381 | 12 520 | 12 670 |
| 3 | 13 800 | 13 806 | 18 610 | 18 563 | 32 410 | 32 369 |
| 4 Aussersihl | 4 259 | 4 268 | 4 826 | 4 995 | 9 085 | 9 263 |
| Hard | 3 433 | 3 535 | 4 368 | 4 498 | 7 801 | 8 033 |
| 5 | 3 035 | 3 118 | 3 170 | 3 262 | 6 205 | 6 380 |
| 6 | 10 027 | 10 255 | 14 278 | 14 478 | 24 305 | 24 733 |
| 7 Fluntern-Hirslanden- | | | | | | |
| Hottingen | 7 020 | 7 248 | 11 902 | 12 153 | 18 922 | 19 401 |
| Witikon | 2 490 | 2 500 | 3 455 | 3 438 | 5 945 | 5 938 |
| 8 | 4 664 | 4 635 | 7 177 | 7 258 | 11 841 | 11 893 |
| 9 Altstetten | 7 870 | 7 929 | 9 988 | 9 882 | 17 858 | 17 811 |
| Albisrieden | 5 774 | 5 865 | 7 323 | 7 394 | 13 097 | 13 259 |
| 10 Wipkingen | 4 808 | 4 844 | 6 733 | 6 913 | 11 541 | 11 757 |
| Höngg | 5 180 | 5 220 | 6 880 | 6 630 | 12 060 | 11 850 |
| 11 Oerlikon | 4 883 | 4 943 | 6 445 | 6 543 | 11 328 | 11 486 |
| Affoltern | 5 259 | 5 150 | 6 291 | 6 178 | 11 550 | 11 328 |
| Seebach | 5 389 | 5 365 | 6 710 | 6 653 | 12 099 | 12 018 |
| 12 | 8 935 | 9 034 | 11 020 | 10 975 | 19 955 | 20 009 |
| Zusammen | | | | | 252 944 | 254 770 |

Tabelle 4 Stimmberechtigte in kirchlichen Angelegenheiten

| Kreis | Evangelisch-reformierte Landeskirche | | | | Römisch-katholische Kirchgemeinden | | | | Christ-katholische Kirchgemeinde | | | |
|------------------------|---|--------|---------|---------|---------------------------------------|-------|--------|--------|-------------------------------------|------|-------|-------|
| | Quartier | | Kreis | | Quartier | | Kreis | | Quartier | | Kreis | |
| | 1975 | 1974 | 1975 | 1974 | 1975 | 1974 | 1975 | 1974 | 1975 | 1974 | 1975 | 1974 |
| 1 | — | — | 3 487 | 3 124 | — | — | 1 738 | 1 569 | — | — | 52 | 41 |
| 2 Enge-Leimbach | 5 441 | 5 447 | — | — | 2 617 | 2 602 | — | — | 60 | 61 | — | — |
| Wollishofen | 8 121 | 8 187 | 13 562 | 13 634 | 3 428 | 3 429 | 6 045 | 6 031 | 67 | 62 | 127 | 123 |
| 3 | — | — | 18 937 | 19 075 | — | — | 11 030 | 11 098 | — | — | 157 | 207 |
| 4 Aussersihl | 4 739 | 4 872 | — | — | 3 563 | 3 671 | — | — | 82 | 87 | — | — |
| Hard | 4 362 | 4 584 | 9 101 | 9 456 | 2 900 | 2 951 | 6 463 | 6 622 | 48 | 49 | 130 | 136 |
| 5 | — | — | 3 521 | 3 611 | — | — | 2 372 | 2 423 | — | — | 36 | 26 |
| 6 | — | — | 15 010 | 15 753 | — | — | 7 212 | 6 956 | — | — | 155 | 176 |
| 7 Fluntern-Hirslanden- | | | | | | | | | | | | |
| Hottingen | 11 728 | 12 976 | — | — | 4 944 | 5 108 | — | — | 128 | 130 | — | — |
| Witikon | 3 838 | 3 875 | 15 566 | 16 851 | 1 552 | 1 580 | 6 496 | 6 688 | 32 | 29 | 160 | 159 |
| 8 | — | — | 7 131 | 7 263 | — | — | 3 508 | 3 501 | — | — | 60 | 61 |
| 9 Altstetten | 10 602 | 10 653 | — | — | 6 123 | 6 094 | — | — | 88 | 85 | — | — |
| Albisrieden | 8 141 | 8 490 | 18 743 | 19 143 | 4 096 | 4 142 | 10 219 | 10 236 | 71 | 68 | 159 | 153 |
| 10 Wipkingen | 7 080 | 7 260 | — | — | 3 630 | 3 525 | — | — | 74 | 69 | — | — |
| Höngg | 7 618 | 7 380 | 14 698 | 14 640 | 3 466 | 3 390 | 7 096 | 6 915 | 71 | 65 | 145 | 134 |
| 11 Oerlikon | 7 147 | 7 244 | — | — | 3 525 | 3 510 | — | — | 64 | 55 | — | — |
| Affoltern | 7 039 | 6 908 | — | — | 3 802 | 3 721 | — | — | 45 | 47 | — | — |
| Seebach | 7 367 | 7 276 | 21 553 | 21 428 | 4 015 | 3 930 | 11 342 | 11 161 | 64 | 48 | 173 | 150 |
| 12 | — | — | 12 251 | 12 263 | — | — | 6 560 | 6 506 | — | — | 82 | 85 |
| Zusammen | — | — | 153 560 | 156 241 | — | — | 80 081 | 79 706 | — | — | 1 436 | 1 451 |

Tabelle 5 Urnengänge und Abstimmungsvorlagen (Anträge)

| Urnengänge | Abstimmungen | 6 (6) | Vorlagen |
|----------------------------------|--------------|-------|----------|
| Eidgenössische Abstimmungen | 3 | | 9 |
| Kantonale Abstimmungen | 4 | | 15 |
| Städtische Abstimmungen | 4 | | 6 |
| Kirchliche Abstimmung (ev.-ref.) | 1 | | 1 |
| Total Abstimmungsvorlagen | | | 31 (45) |

Tabelle 6 Prüfung von Unterschriften

| | Eingegangene Bogen und Karten | Gültige Unterschriften | Ungültige Unterschriften |
|--|-------------------------------|------------------------|--------------------------|
| Für 27 (24) Initiativen und Referenden | 29 126 (23 863) | 155 658 (153 783) | 5 117 (5 918) |

Tabelle 7 Fremdenkontrolle

| Ausländerbestand | 31.10.1975 | 31.10.1974 | 31.12.1975 | 31.12.1974 |
|---|------------|------------|------------|------------|
| Niedergelassene | 41 666 | 40 541 | 41 710 | 40 900 |
| Fremdenkontrollpflichtige | 34 068 | 41 741 | 29 501 | 34 041 |
| | | | 1975 | 1974 |
| Bussenverfügungen im Kurzverfahren wegen verspäteter Anmeldung und verspäteter Gesuchstellung | | | 1 118 | 1 745 |

Tabelle 8 Adressierungen und andere Drucke

| | 1975 | 1974 |
|--|-----------|-----------|
| Einwohnerplattenregister | 2 182 980 | 3 876 383 |
| Plattenregister für andere Ämter | 986 728 | 1 285 913 |
| Drucke für die Einwohner- und Fremdenkontrolle | 961 360 | 973 675 |
| EDV-Adressen | 1 517 096 | — |
| Zusammen | 5 648 164 | 6 135 971 |

Kreiskommando und Militärsektion

Tabelle 1 Aushebungswesen

| | 1975 | 1974 |
|-------------------------------|----------------|----------------|
| Stellungspflichtiger Jahrgang | 1956 | 1955 |
| Rekrutierungsergebnis: | | |
| – Diensttaugliche | 1 881 (75,1%) | 1 834 (69,4%) |
| – Hilfsdiensttaugliche | 177 (7,1%) | 334 (12,6%) |
| – Dienstuntaugliche | 265 (10,6%) | 352 (13,3%) |
| – Zurückgestellte | 181 (7,2%) | 123 (4,7%) |
| Total Rekrutierte | 2 504 (100,0%) | 2 643 (100,0%) |

Tabelle 2 Inspektions- und Schiesswesen a. D.

| | 1975 | 1974 |
|----------------------|--------|--------|
| Inspektionsbestände | 7 395 | 8 134 |
| Schiesspflicht a. D. | | |
| – Pflichtige | 16 182 | 16 373 |
| – Freiwillige | 536 | 576 |
| Zusammen | 16 718 | 16 949 |

Tabelle 3 Kontrollwesen

| | 1975 | 1974 |
|--|--------|--------|
| Bestand laut Stammkontrolle | 58 819 | 59 645 |
| davon: | | |
| – in Formationen Eingeteilte (Dienst- und HD-taugliche) | 36 078 | 36 687 |
| – in der HD-Personalreserve Eingeteilte | 2 018 | 2 013 |
| – Dienstuntaugliche und Nichteingeteilte | 20 723 | 20 945 |

Tabelle 4 Strafwesen

| | 1975 | 1974 |
|---|------|------|
| Übertretungsstrafen wegen Umgehung der Kontrollverordnung (Bussen und Arreste) | 685 | 698 |
| Disziplinarstrafen | 77 | 80 |
| Arrestvollzug (Vollzugsaufträge und vom Kreiskommando verfügte Strafen) | 188 | 144 |

Tabelle 5 Militärflichtersatz

| | 1975 | 1974 |
|--|--------------|-----------|
| Taxationen | 25 620 | 26 639 |
| Einnahmen in Franken | 5 271 933.90 | 5 367 269 |
| Mahnungen | 4 046 | 4 424 |
| Überweisungen an die Bezirksanwaltschaft (schuldhafte Nichtbezahlung) | 400 | 38 |
| Einsprachen | 799 | 607 |
| Befreiungen | 261 | 149 |

Feuerwehr und Feuerpolizei

| Tabelle 1 Einsätze | 1975 Stadt | 1975 auswärtige | 1974 Stadt | 1974 auswärtige |
|----------------------------|---------------|--------------------|---------------|--------------------|
| Brandwache: | | | | |
| Grossfeuer | 4 | – | 7 | 1 |
| Mittelfeuer | 28 | 1 | 21 | – |
| Kleinf Feuer | 474 | 1 | 412 | 2 |
| Besondere Dienstleistungen | 733 | – | 565 | – |
| Irrtümliche Feuermeldungen | 259 | – | 247 | – |
| Böswillige Falschmeldungen | 13 | – | 12 | – |
| Zusammen | 1 511 | 2 | 1 264 | 3 |

| | 1975 | 1974 |
|---|-------|-------|
| Pikett Glattal | 75 | 94 |
| Pflichtfeuerwehr-Einheiten | 9 | 9 |
| Für die Brandwache erfolgten die Einsätze in der Zeit von | | |
| 06.00–18.00 Uhr | 846 | 713 |
| 18.00–06.00 Uhr | 667 | 554 |
| Zusammen | 1 513 | 1 267 |
| davon 22.30–06.00 Uhr | 278 | 211 |

Tabelle 2 Brandfälle nach Ursachen

| | 1975 | 1974 |
|---|------|------|
| Unvorsichtiges Hantieren mit offenem Licht, Feuer, Streichhölzern, Rauchzeug, Lötlampen und Schweissapparaten | 95 | 66 |
| Trocknen von Wäsche und Lagern von Holz und anderen brennbaren Gegenständen an heissen Öfen | 3 | 2 |
| Aufbewahren von heisser Asche und Feuerungsrückständen in Holzgefässen | 4 | – |
| Stehenlassen von Bügeleisen und anderen Wärmeapparaten unter Strom | 10 | 22 |
| Fehlerhafte Handhabung von Apparaten | 4 | 5 |
| Explosionen von Leuchtgas, Rauchgas, Benzin, Petrol usw. | 6 | 2 |
| Entzündung von Bodenwiche, Öl, Fett usw. | 9 | 14 |
| Entzündung von Benzinmotoren und Wicklungen von Elektromotoren | 30 | 18 |
| Entzündung von Flocken- und Glanzruss | 4 | 5 |
| Ölfeuerungen (Defekte, Störung, falsche Bedienung) | 36 | 33 |
| Christbäume und Adventskränze | 1 | – |
| Selbstentzündung | 6 | 8 |
| Fehlerhafte Konstruktion | 4 | 2 |
| Kurzschluss | 47 | 63 |
| Blitzschlag | 1 | 2 |
| Überhitzung | 60 | 49 |
| Funkenwurf | 4 | 5 |
| Brandstiftung | 30 | 41 |
| Brandursache unbekannt | 154 | 106 |
| Zusammen | 510 | 443 |

Tabelle 3 Tätigkeit der Feuerpolizei

| | 1975 | 1974 |
|--|-------|-------|
| Ordentliche feuerpolizeiliche Kontrollen | 3 537 | 3 116 |
| Kontrollen über Feuerstellen in Neu- und Umbauten | 4 680 | 5 256 |
| Bewilligungen neuer und veränderter Feuerungsanlagen in: | | |
| – bestehenden Häusern | 2 144 | 1 744 |
| – Neubauten | 391 | 455 |
| – Umbauten | 457 | 429 |
| Bewilligungen von Garagen in eigener Befugnis | 134 | 272 |
| Kaminuntersuchungen und Dichtigkeitsproben | 657 | 652 |
| Aufsicht beim Ausbrennen von Kaminen | 136 | 161 |
| Erhebungen bei Rauch- und Gasbelästigungen | 33 | 43 |
| Bewilligung von Dekorationen | 222 | 243 |
| Erhebungen bei Explosionen und Brandfällen | 207 | 187 |

| | 1975 | 1974 |
|--|-------|-------|
| Bewilligungen von Ölfeuerungen in eigener Befugnis: | | |
| – vollständige Anlagen | 223 | 189 |
| – Ersatz- und Zusatztanks | 556 | 524 |
| Begutachtungen von Bauprojekten für die Baupolizei | 1 055 | 1 242 |
| Begutachtungen zuhanden der kantonalen Feuerpolizei von: | | |
| – Grossgaragen (Total 2 573 [5 734] Wagen) | 49 | 52 |
| – Anlagen zur Lagerung feuergefährlicher Stoffe | 6 | 5 |
| – Tankanlagen zur Lagerung feuergefährlicher Stoffe und wassergefährdender Flüssigkeit | 6 | 11 |
| – Öl-/Gasheizzentralen | 4 | 2 |
| Meldungen betr. nicht den Vorschriften entsprechende Installationen und Bauten an: | | |
| – Baupolizei | 14 | 10 |
| – EWZ | 18 | 13 |
| – Gaswerk | 10 | 14 |
| – Heizamt | 2 | 3 |
| – Liegenschaftenverwaltung | 28 | 23 |
| Kontrolle der Kinos | 32 | 34 |

Amt für Zivilschutz

Tabelle 1 Stand der Zivilschutzanlagen am 31. Dezember 1975

| Art | Sollbestand * | Bestehend | Kredite bewilligt |
|-----------------------------------|---------------|-----------|-------------------|
| Ortschef-Kommandoposten | 1 | – | – |
| Abschnitt-Kommandoposten | 5 | – | 2 |
| Sektor-Kommandoposten | 21 | 6 (6) | – |
| Quartier-Kommandoposten | 113 | 11 (11) | 3 (3) |
| Block-Kommandoposten | – | – | – |
| Bereitstellungsanlagen | 80 | 35 (35) | 2 (2) |
| Sanitätshilfsstellen | 25 | 24 (23) | 1 (2) |
| Sanitätsposten | 80 | 25 (25) | 1 (1) |
| Unterstände für das Sanitätskorps | 3 | 1 (1) | – |
| Notküchen | 2 | 2 (2) | – |
| Notlebensmittellager | 2 | 2 (2) | – |
| Zusammen | 332 (1 555) | 106 (105) | 9 (8) |

* Anpassung an die generelle Zivilschutz-Planung

Tabelle 2 Mitarbeiterbestände des Zivilschutzes der Stadt Zürich am 31. Dezember 1975

| Einteilung Stäbe/Formationen | Soll | Ist | Ausgebildete |
|---------------------------------|--------|--------|--------------|
| Stäbe | 438 | 317 | 174 |
| Leitung/Hi Pers. | 2 092 | 2 095 | 573 |
| Na D | 156 | 214 | 34 |
| Al + Uem D | 1 038 | 1 352 | 345 |
| ACSD | 560 | 255 | 190 |
| SRD | 4 400 | 4 232 | – |
| BSD | 6 500 | 5 831 | 1 983 |
| PBD | 5 600 | 5 507 | 3 781 |
| Si D | 1 680 | 913 | – |
| Uew D | 1 280 | 0 | 0 |
| San D | 2 795 | 3 850 | 2 964 |
| Betreu D | 2 080 | 1 901 | – |
| Vsg D | 1 420 | 929 | 120 |
| Trsp D | 727 | 615 | – |
| Anl D | 541 | 344 | 91 |
| Mat + Rep D | 50 | 97 | – |
| Zusammen | 31 357 | 28 452 | 10 255 |
| Total Dispensierte | | 1 637 | |
| Total Abkommandierte | | 862 | |
| Total ZS-Untaugliche | | 3 414 | |
| Total Kontrollpflichtige | | 34 365 | |

Gesundheits- und Wirtschaftsamt

Koordinationsstelle für Ausländerfragen

Nach der Neubesetzung des Leiterpostens im Oktober 1974 ging es vor allem darum, praktisch tätig zu werden. Dazu hatte die Kommission für Ausländerfragen, die im Berichtsjahr zu vier Sitzungen zusammentrat, bereits Vorarbeiten geleistet. Hinzu kam ein durch den Rezessionseinbruch gewecktes Bedürfnis auf vermehrte Information über die Arbeitslosenversicherung.

Am 31. Januar fand eine erste Aussprache mit Vertretern von Ausländervereinen und der Konsulate von Italien, Spanien, Jugoslawien, der Türkei und Portugals statt. Das Schwergewicht ihrer Tätigkeit legte die Koordinationsstelle auf die Herausgabe einer ersten Reihe von drei Merkblättern in je sechs Sprachen zu den Themen Arbeitslosenversicherung, Krankenversicherung und Wohnen. Sie wurden am 10. Juli auf einer Pressekonferenz, die der Tätigkeit von Kommission und Koordinationsstelle gewidmet war, vorgestellt. Zum erstgenannten Thema waren in der Folge bereits zwei Nachträge notwendig, um den sich rasch folgenden Gesetzesänderungen Rechnung zu tragen. Ende des Jahres waren rund 50 000 Exemplare zur Verteilung gelangt. Im Hinblick auf die Entwicklung des Arbeitsmarktes konnte es nicht verwundern, dass die Koordinationsstelle in zunehmendem Masse als Auskunft- und Beratungsorgan in Anspruch genommen wurde.

Stadtärztlicher Dienst

Im Berichtsjahr hat sich eine leichte Entspannung im Bereiche der Unterbringung Chronischkranker angebahnt. Die Gesamtzahl der beim Stadtärztlichen Dienst für die Aufnahme in ein Krankenhaus Angemeldeten ist zwar noch leicht angestiegen; hingegen ist die Zahl der Neuansmeldungen gegenüber 1974 leicht zurückgegangen. Die Zahl der aufgenommenen und vermittelten Kranken konnte gesteigert und die durchschnittliche Wartefrist etwas gesenkt werden. Die Gründe für diese Verbesserung liegen einerseits in der grösseren verfügbaren Bettenzahl in Krankenhäusern; andererseits dürften sie aber auch in der freieren Wohnungsmarktlage und in der erhöhten Bereitschaft der Bevölkerung zur nichtstationären Pflege und Betreuung Chronischkranker zu suchen sein. Im Unterschied zu den Akutspitälern leiden die Krankenhäuser auch heute noch empfindlich an Personal-mangel. Die besonderen Belastungen des Personals durch die Pflege Chronischkranker wirken sich auf die Rekrutierung erschwerend aus. Immerhin ist die Tendenz der durchschnittlichen Belegungszahlen der Krankenhäuser wieder ansteigend, was auf eine gewisse Entspannung der Personalsituation hindeutet. Dies wird insbesondere dem Ende Jahr aufnahmebereiten Krankenhaus Mattenhof in Schwamendingen zugute kommen, obwohl auch hier nicht mit einer kurzen Eröffnungsphase gerechnet werden kann. Das Krankenhaus Entlisberg hat im Juni 1975 ein Tagesheim in Betrieb genommen, um dem unzweifelhaften Bedarf nach halbstationärer Betreuung Chronischkranker entgegenzukommen. Dadurch wurde die Bettenzahl für stationäre Patienten um 29 auf 193 gesenkt. Im Schulungszentrum des Stadtärztlichen Dienstes konnten die Klassengrößen nach Ausnützung aller räumlichen und personellen Mittel auf 24 (zweimal jährlich) in der Schule für praktische Krankenpflege, auf 16 (zweimal jährlich) in der Schule für Hauspflege und auf 12 (einmal jährlich) im Kurs für Aktivierungstherapie festgelegt werden. Die Schule für Hauspflege hat ihre Ausbildungszeit auf 2 Jahre verlängert und sich damit der Schule für praktische Krankenpflege angegliedert. Die steigende Zahl der Interessen-

ten für alle drei Ausbildungszweige und die anhaltende grosse Nachfrage nach Pflege- und Betreuungspersonal für Chronischkranke veranlassen das Amt, nach Möglichkeiten der Kapazitätserweiterung zu suchen.

Die Städtische Poliklinik für Haut- und Geschlechtskrankheiten sowie die Schirmbildzentrale haben deutliche Mehrfrequenzen aufzuweisen. Bei den Geschlechtskrankheiten ist ein leichter Rückgang zu verzeichnen. In der Schirmbildzentrale wurde dem Zusammenhang zwischen Schirmbildbefund und Blutdruck besondere Beachtung geschenkt. Es eröffnet sich hier eine wichtige Möglichkeit der Früherkennung der häufigen und folgenschweren Blutdruckkrankheit.

Andere präventiv-medizinische Aktivitäten betreffen die Versendung der Elternbriefe an alle jungen Eltern, die Durchführung der Impfkationen, die Vortrags- und Lehrtätigkeit der Stadtärzte über vorbeugende Gesundheitspflege in der Bevölkerung und in den Schulen für Pflege- und Sozialberufe. Anlässlich einer gesamtschweizerischen Impfkation gegen Kinderlähmung konnten in Zürich rund 85% der Bevölkerung bis zum 50. Altersjahr geimpft werden.

Am 1. Juni 1975 hat Dr. med. Max Buser, bisher internistischer Chefarzt der Aargauischen Mehrzweckheilstätte Barmelweid, seine Tätigkeit als Stadtarzt und Stellvertreter des Chef-Stadtarztes aufgenommen.

Stadtspital Waid

Die Zahl der Patienten hat gegenüber dem Vorjahr von 5113 auf 5305 zugenommen. Die Zahl der Krankentage betrug 126 790 (128 838) was einer durchschnittlichen Bettenbesetzung von 81,4% entspricht. Die 202 Betten für Chronischkranke waren zu 86,1% belegt. Durch vermehrte Plazierungsmöglichkeiten von chronischkranken, aber nicht spitalbedürftigen Patienten in Krankenheimen ist die Aufenthaltsdauer gegenüber dem Vorjahr von 106,5 Tagen auf 74,0 Tage gesunken. Entsprechend konnten auch 271 Chronischkranke mehr aufgenommen werden als im Vorjahr.

Um die steigende Zahl von Dialysepatienten behandeln zu können, wurde eine weitere Art von Selbstbehandlung eingeführt, die Limited-care Dialyse (LC-Dialyse). Sie ermöglicht dem Patienten, die Dialyse selbst im Spital durchzuführen, unter der möglichen Assistenz des Pflegepersonals. Dies ermöglicht unsicheren oder ängstlichen Patienten, die erforderliche Sicherheit in der Handhabung der Apparate zu erreichen, ohne dass spitaleigene Dialyseapparate belegt werden müssen. Durch den Regierungsrat des Kantons Zürich wurde das Waidspital zum Heimdialysezentrum des Kantons Zürich bestimmt.

Nebst den üblichen Unterhaltsarbeiten an Mobilien und Immobilien seien folgende Anschaffungen speziell erwähnt:

- Datenverarbeitungssystem GAMMA II für die Nuklearmedizin
- Einbau eines 750 000 l fassenden Beton-Heizöltanks
- 34 Zweimotorenbetten
- Stahlschränke für die Apotheke, zur diebessicheren Lagerung von Drogen
- VW-Transportlieferwagen
- Ersatz des Mobiliars in der Eingangshalle

Durch die Stiftung «Frei-Bett Tièche» konnten Unterstützungen im Betrage von Fr. 28 809.— ausbezahlt werden.

Stadtspital Triemli

Die Zahl der hospitalisierten Patienten stieg im Vergleich zum Vorjahr um 422 auf 11 357 und diejenige der Krankentage um 11 797 auf 195 018. Damit erreichte die durchschnittliche Bettenbesetzung – auf den gesamten Bettenbestand berechnet – 77% (72,2%). Die höchsten Belegungsziffern verzeichneten die Medizinische Klinik mit 83,1%, die Chirurgische Klinik mit 81,6% und die Fachärzte-Abteilung mit 80,5%. Die 206 Betten für chronischkranke Patienten waren zu 86,8% (79%) belegt.

Diese Frequenzzunahme wirkte sich auch in entsprechenden Mehrleistungen der diagnostischen und therapeutischen Institute aus. Dazu kamen vor allem bei der Nuklearmedizin und Radiotherapie sowie in der Notfallstation und der Physikalisch-therapeutischen Behandlungsstation bedeutende Leistungssteigerungen für ambulante Patienten.

In dieser zuletzt genannten Station musste wegen des starken Patienten-Andranges die Schalterfront für die Anmeldungen erweitert werden. Ferner erfolgte ein Ausbau des Krankengeschichtenarchivs im Betriebsgebäude.

An grösseren Anschaffungen wurden getätigt:

- für die Apotheke:
vollautomatischer Dampfsterilisator für Lösungen in Flaschen und Beuteln
- für die Medizinische Klinik:
Mess- und Registrieranlage für Dreipunktmanometrie
- für die Nuklearmedizin und Röntgentherapie:
Picker Therapie-Bestrahlungstisch für Telekobaltherapie
- für die Röntgendiagnostik:
Bildverstärker am Angio-Diagnost

Gegen den Chefarzt der Medizinischen Klinik wurde zu Beginn des Jahres durch die Zürcher Staatsanwaltschaft eine Untersuchung wegen Verdachts einer strafbaren Handlung im Zusammenhang mit seiner spitalärztlichen Tätigkeit eingeleitet. Der Stadtrat verfügte daraufhin auf den 15. Januar dessen Einstellung im Amte. Diese Massnahme wurde am 29. Januar vorerst teilweise, am 1. April wieder vollständig aufgehoben. Die Untersuchung, welche ein weltweites Echo auslöste, war am Ende des Jahres noch nicht abgeschlossen. Im Interesse der Sache und der Betroffenen ist jedoch zu hoffen, dass sie möglichst bald zu Ende geführt werden kann.

Schwestern- und Krankenpflegerschule. Mit Beschluss vom 13. August stimmte der Gemeinderat, rückwirkend auf den 1. Januar 1975, der Zusammenlegung der Städtischen Schwestern- und Krankenpflegerschule Triemli mit der Schweizerischen Pflegerinnenschule Zürich zu. Die neue gemeinsame Schule trägt den Namen «Krankenpflegeschule Zürich (vormals Schweizerische Pflegerinnenschule / Städtische Schwestern- und Krankenpflegerschule Triemli)» und besitzt die Rechtsform eines Vereins im Sinne von Art. 60ff. des Schweizerischen Zivilgesetzbuches. Die Berichterstattung über die Schule erfolgt ab Betriebsjahr 1975 an die zuständigen Vereinsorgane, in denen der Gemeinderat der Stadt Zürich und die städtische Verwaltung massgebend vertreten sind.

Gesundheitsinspektorat

Im Rahmen des vom Stadtrat an einen Betriebsberater erteilten Auftrages, die Organisation einiger Dienstabteilungen zu überprüfen, wurde das Gesundheitsinspektorat eingehend analysiert.

Bauhygiene¹

Diese Abteilung wurde einer Reorganisation unterzogen. Es ergaben sich daraus verschiedene Vereinfachungen im administrativen Bereich. Die Aktivität der Abteilung verlagerte sich vermehrt auf die Wirtschaftskontrollen.

Gewerbehygiene²

Die Planbegutachtungen von Lüftungstechnischen Anlagen gingen zweifellos rezessionsbedingt um 14%, die Projektbesprechungen um 16% zurück.

Dagegen nahmen die Beratungen im Aussendienst um 50% zu. Als Folge der allgemeinen Verknappung der Mittel nützt man die Erfahrungen des Amtes vermehrt, um mit minimalen Aufwendungen hygienisch einwandfreie und sichere Arbeitsplätze zu erstellen.

Die Kontrollen in den Betrieben, die besondere Ansprüche an die Hygiene stellen, konnten beinahe verdoppelt werden.

Tankkontrolle und Ölfeuerungen³

Im Januar wurden 3575 Tankbesitzer aufgefordert, ihren Tank reinigen zu lassen, und Anfang Dezember mussten noch deren 245 gemahnt werden.

Die durchgeführte Reorganisation der Abteilung Ölfeuerungskontrolle hat sich bewährt. Damit kann der gemäss kantonaler Verordnung geforderte zweijährige Kontrollturnus für Ölfeuerungsanlagen eingehalten werden.

Lufthygiene⁴

In Zusammenarbeit mit anderen städtischen Amtsstellen wurden einige Planungen und Studien in Angriff genommen:

- Die Daten des inzwischen veröffentlichten Emissionskatasters für Schwefeldioxid sollen bei der Bearbeitung des Energiekonzeptes der öffentlichen Wärme- und Gasversorgung berücksichtigt werden.
- Auf Initiative des Stadtplanungsamtes wird eine Verkehrsstudie für Zürich erarbeitet, welche die Grundlage für die Erarbeitung eines Emissionskatasters der Abgase des motorisierten Verkehrs bilden könnte.

¹ Siehe Tabellen 1 und 2, S.185f.

² Siehe Tabelle 3, S. 187

³ Siehe Tabelle 4, S. 187

⁴ Siehe Tabelle 5, S. 188

Ferner sind die Messungen der Luftverschmutzung auf weitere Stoffe ausgedehnt worden. Seit Herbst 1975 werden auch die Konzentrationen von Stickstoffoxiden und Ozon in der Aussenluft ermittelt.

Erneut wurden in Zusammenarbeit mit der Stadtpolizei Abgaskontrollen an rund 5000 Personenwagen durchgeführt. Trotz erheblicher Verbesserung gegenüber den Resultaten von 1974 sind gesamthaft gesehen immer noch zu viele Autos lufthygienisch nicht in Ordnung, d. h. sie geben insbesondere im Leerlauf zuviel Kohlenmonoxid ab.

Der Einsatz der Ballonsonde dient neuerdings nicht mehr allein der Messung meteorologischer Daten. Dank einer neuen, in Zusammenarbeit mit der ETH entwickelten Probenahmeverrichtung können nun Luftproben aus grosser Höhe entnommen werden, die im Labor auf ihren Gehalt an Schmutzstoffen untersucht werden.

Lärmbekämpfung¹

Zahlreiche Messungen in den Bereichen «Schallisolation» und «Verkehrslärm» erlauben, die Beratungstätigkeit für Privatpersonen und Amtsstellen im Hinblick auf günstige schalltechnische Gestaltung von Neubauten sowie für nachträgliche Schallschutzmassnahmen noch zu verbessern.

Der Fluglärm auf Stadtgebiet wurde an einigen exponierten Orten überprüft. Dabei wurde festgestellt, dass die Fluglärmbelastung sich im Rahmen der Vorjahre bewegt.

Freiluftbäder²

Als Folge der extrem schlechten Wetterverhältnisse liegt die Gesamtbesucherzahl im Sommer 1975 mit 1 171 783 Eintritten um rund 10% tiefer als im Vorjahr.

Die Hauptsaison begann am 16. Mai und dauerte bis 12. September. Die Schwimmstrecken im Oberen und Unteren Letten konnten erst am 2. Juli in Betrieb genommen werden, da der Dükerbau bei der Kornhausbrücke die Entleerung des Oberwasserkanals während etwa 6 Wochen im Mai und Juni erforderlich machte.

Seit 1975 sind die Sommerbäder auch an den Pfingstsonntagen geöffnet. Die Frequenz belief sich auf 11 388 Besucher.

Die Nachsaison dauerte in den geheizten Anlagen Letzigraben und Seebach bis Ende September, in der Badanstalt Utoquai bis 11. Oktober. Trotz schönem Herbstwetter und zusätzlicher Pressemitteilung war im September kein Interesse mehr am Baden im Freien vorhanden.

Die am 1. Januar in Kraft getretene neue Gebührenverordnung brachte Mehreinnahmen an Eintrittsgebühren von rund Fr. 300 000.—.

Hallenbäder³

Der Betrieb der drei Hallenbäder verlief ohne erwähnenswerte Probleme. Ausserordentliche Betriebsschliessungen waren keine nötig; auch waren keine Ertrinkungs- und Todesfälle zu verzeichnen.

¹ Siehe Tabelle 6, S. 188

² Siehe Tabelle 7, S. 188

³ Siehe Tabelle 8, S. 188

Der seit Jahren anhaltende Frequenzrückgang war auch dieses Jahr sehr ausgeprägt, insbesondere das City-Hallenbad hatte 16,1% weniger Badegäste, Altstetten 11,2% und Bungertwies 5,1%; gesamthaft betrug der Publikumsrückgang in allen 3 Bädern 12,7%. Erwähnenswert ist der rege Turnbetrieb in den Turnhallen der Hallenbäder City und Altstetten und die starke Benützung der Bäder durch Vereine.

Sanität¹

Die Weiterbildung der Sanitätmänner wurde zielbewusst gefördert. – Die Transportzahlen blieben mit 17 029 (–0,63%) nahezu unverändert, während die Fahrleistung um rund 7000 km zunahm.

Im Sinne einer wesentlichen Verbesserung der Katastrophenbereitschaft konnte mit der Direktion der AMP vereinbart werden, dass die Armee dem Sanitätskorps bei Katastrophen in unwegsamem Gelände Militärambulanzen zur Verfügung stellt. Diese geländegängigen Fahrzeuge sind in den Armee-Motorfahrzeugparks Hinwil und Othmarsingen stationiert.

Wohnungsnachweis²

Gegenüber 1974 wurden im Berichtsjahr 1171 Mietobjekte mehr angemeldet. Trotz wesentlichen Mietpreisreduktionen sind Neubauwohnungen nach wie vor schwer vermietbar. An möblierten Zimmern besteht heute ein Überangebot.

Bedürfnisanstalten³

Im Zusammenhang mit der Erstellung der neuen, erweiterten Stellwerkanlage des Bahnhofes Oerlikon musste das bestehende Abortgebäude abgerissen werden. Die SBB erstellt auf eigene Kosten eine neue, in ihre Bauten integrierte Anlage.

Am 1. April wurde die Anstalt Ämtlerstrasse und am 2. Juni die Anlage am Meierhofplatz in Betrieb genommen. Damit stehen Ende 1975 84 Bedürfnisanstalten zur Verfügung.

Abfuhrwesen

Sammelbetrieb

Beim Sammelbetrieb ist die Rationalisierung der Kehrlichtabfuhr abgeschlossen. Entsprechend den Vorschriften der Verordnung über die Kehrlichtabfuhr wird der Kehrlicht aus Liegenschaften und Siedlungen mit mehr als 20 Wohnungen und aus zahlreichen Handels- und Gewerbebetrieben in 800-Liter-Containern bereitgestellt, sofern dies nicht wegen der örtlichen Verhältnisse unmöglich ist. Die übrigen Kehrlichtabgeber haben einheitlich 35-Liter-Kehrlichtsäcke aus Plastik oder Papier zu verwenden.

Mit diesem System können die Kehrlichtwagen schneller und sauber geladen werden, so dass die Behinderung des Verkehrs auf ein Minimum reduziert wird. Für die Hauskehrlicht- und Sperrgutabfuhr in der ganzen Stadt sind zurzeit 32 Kehrlichtwagen im Einsatz.

¹ Siehe Tabelle 9, S. 189

² Siehe Tabelle 10, S. 189

³ Siehe Tabelle 12, S. 189

Die Versorgung des Marktes mit Kehrichtsäcken ist zurzeit gut. Das Abfuhrwesen erliess einen Aufruf an die Bevölkerung, 100 Kehrichtsäcke als Notvorrat zu kaufen, damit bei kurzen Versorgungsschwierigkeiten der Kehricht weiterhin ordnungsgemäss abgegeben werden könne. Es ist vorgesehen, diesen Aufruf alljährlich zu wiederholen.

Kehrichtverbrennungsbetriebe

Am 30. April wurde die in der ersten Bauetappe erstellte Heizzentrale der Kehrichtverbrennungsanlage Josefstrasse in Betrieb genommen und gleichzeitig die Ofenanlage aus dem Jahre 1928 stillgelegt, die anschliessend abgebrochen wurde. Während der Bauzeit wird die Fernheizung mit Erdgas betrieben.

Zur Wärmeerzeugung stehen zwei Dreizugkessel zur Verfügung. Der eine Kessel, mit einer Leistung von 25 Tonnen Dampf, kann mit Erdgas oder Heizöl leicht beheizt werden, wogegen im anderen Kessel, mit einer Leistung von 16 Tonnen Dampf, das überschüssige Methangas der Kläranlage Werdhölzli oder Heizöl leicht verbrannt werden kann.

Mit diesen nicht billigen Brennstoffen wird den Forderungen des Umweltschutzes Rechnung getragen.

In der Verbrennungsanlage Hagenholz sind ausser den normalen Revisionszeiten alle drei Kehrichtöfen immer im Einsatz. Eng ist die Zusammenarbeit mit den Heizwerken des Kantons sowie der ETHZ, die weitgehend die produzierte Wärme in Form von Dampf direkt übernehmen.

Fleischmehlbetrieb

Am 19. Februar konnte der neue Fleischmehlbetrieb im Hagenholz den Betrieb aufnehmen. Erfreulich ist, dass die Anlage praktisch ohne Anlaufzeit voll befriedigt. Die Endprodukte, wie Fleischmehl und Industriefett, sind von guter Qualität, was sich günstig auf Absatz und Verkaufspreis auswirkt.

Kehrichtschlacke im Strassenbau

Ein grosser Erfolg ist die Schlackenaufbereitungsanlage, die erlaubt, alle Schlacken aus den Kehrichtöfen dem Strassenbau zuzuführen. Desgleichen findet der Schrott, der mit Magneten aus der Schlacke herausgenommen wird, in den Hochofenwerken guten Absatz. Das Abfuhrwesen lagert somit praktisch keine Verbrennungsrückstände mehr ab. Der Verein Schweizerischer Strassenfachmänner (VSS) hat in der Zeitschrift «Strasse + Verkehr» Richtlinien über die Verwendung von aufbereiteter Kehrichtschlacke publiziert, in denen die Resultate der gemeinsam durchgeführten Versuche dargestellt und die Verwendung von Schlacke im Strassenbau empfohlen wird.

Schlachthof und Fleischschau

1975 kamen 257 561 (277 481) Tiere zur Schlachtung. Auch dieses Jahr wurden wegen genügendem Inlandangebot keine Schlachttiere aus dem Ausland eingeführt. Nur 0,16% (0,13%) der Tiere wurden mit der Bahn (hauptsächlich Schafe), der Rest mit Strassen-transportfahrzeugen zugeführt. Dem Fleischmehlbetrieb der Stadt Zürich wurden 1 472 240 kg (1 706 120 kg) Fleischschaukonfiskate und Schlachtabfälle sowie 3600 kg (110 800 kg) Blut zur Verwertung überwiesen. Das Blut wird neuerdings durch Dritte zu Plasma verarbeitet.

Freibank: Auf der Freibank wurden unter amtlicher Kontrolle 80 708 kg (76 492 kg) bedingt bankwürdiges Fleisch und beanstandete Fleischwaren verkauft. Der Bruttoerlös betrug Fr. 404 074.— (Fr. 344 572.—). Die Ertragsverbesserung ist auf bescheidene Preisanpassungen zurückzuführen.

Lokalkontrolle: Auf dem Gebiet der Stadt Zürich wurden total 611 (609) Metzgereien, Comestibles- und Lebensmittelgeschäfte mit Fleischwarenverkauf kontrolliert.

Übertretungen: Wegen Übertretung verschiedener gesetzlicher Bestimmungen wurden 100 (57) Beanstandungen und 20 (3) Verwarnungen ausgesprochen sowie 5 (3) Anzeigen zur Ausfällung von Bussen erstattet (vermehrte Kontrollen und vollständigere statistische Erfassung auch kleinerer Beanstandungen).

Tierseuchenpolizei: Zur Untersuchung auf Tollwut wurden vom Stadttierarzt 75 (174) Tiere an das Veterinär-bakteriologische Institut Bern eingesandt. Davon erwiesen sich 22 Füchse, 1 Katze, 2 Marder, 1 Dachs, insgesamt 26 (44) Tiere, als tollwutpositiv. Das Gebiet von Leimbach musste wegen einer tollwütigen Katze vorübergehend zur Infektionszone erklärt werden. Die ganze Stadt Zürich ist weiterhin in die Tollwutschutzzone eingeteilt.

Bahnbetrieb: Es liefen 273 (359) Bahnwagen mit Vieh, Fleisch, Häuten und Fett in den Schlachthof ein.

Wagenwäscherei: 27 (103) Eisenbahnwagen und 13 646 (14 474) Strassenfahrzeuge wurden gereinigt, und soweit notwendig, desinfiziert.

Bauten und Anschaffungen: Ein Projekt für die Erneuerung des Schlachthofes mit Baukosten von 38 Mio Franken ist von der Metzgerschaft abgelehnt und mit dem Begehren auf weitergehende Übernahme der Betriebsführung beantwortet worden. Die Prüfung dieser Vorschläge ist im Gange. In der Heizzentrale wurde ein dritter Hochdruckdampfkessel installiert, womit die Heizanlage jetzt vollständig erneuert und auf den neuesten Stand gebracht ist. Am Hochkamin mussten dringende Reparaturen vorgenommen werden. In den Schlachthallen wurden den EWG-Richtlinien entsprechende Wasch- und Desinfektionsbecken aufgestellt. Für die Reinigung der Schlachtbänder mit Heisswasser wurde ein Hochdruckreinigungsgerät angeschafft und für die Grundwasserfassung eine Tauchpumpe ersetzt.

Chemisches Laboratorium

(Amtliche Lebensmittel-Untersuchungsanstalt und Lebensmittelinspektorat)

Das Lebensmittelinspektorat wurde vollständig in das Nachbargebäude Ausstellungsstrasse 100 verlegt. In den freigewordenen Räumen wurde u.a. die längst notwendige Erweiterung des Laboratoriums für Lebensmittelbakteriologie verwirklicht. Dadurch konnte zusammen mit weiteren Massnahmen die Leistungsfähigkeit dieser Abteilung beträchtlich gesteigert werden. Die Spülküche wurde baulich und installationsmässig durch Umstellung auf Waschmaschinen gründlich modernisiert.

Die Gesamtzahl der untersuchten Proben erreichte praktisch den Vorjahresstand. Es hat sich erneut die Tendenz bestätigt, dass die Untersuchungsaufträge mit relativ grossem Arbeitsaufwand auf Kosten der klassischen Routine-Untersuchungen, wie sie vor allem bei Wasser und Rohmilch üblich sind, laufend zunehmen. Die gegenwärtige Situation auf dem Lebensmittelmarkt, die durch scharfe Konkurrenz geprägt ist, zwingt die Lebensmittelkontrolle zu immer eingehenderen Untersuchungen. Sowohl zum Schutze der Bevölkerung als auch aus Gründen der Rechtsgleichheit muss unbedingt dafür gesorgt werden, dass die in den Verkehr gelangenden, dem Lebensmittelgesetz unterstellten Waren in jeder Beziehung den Vorschriften entsprechen. Diese Forderung kann heutzutage nur mit einem gut eingespielten, erfahrenen Mitarbeiterstab und modernen Analysengeräten erfüllt werden.

Das Chemische Laboratorium und das Lebensmittelinspektorat verweisen auf den jährlich erscheinenden Sonderbericht, der zuhanden der eidgenössischen Behörden erstellt werden muss.

Arbeitsamt

Allgemeines

Die Vollbeschäftigung gehört der Vergangenheit an. Auch die Schweiz konnte sich der weltwirtschaftlichen und strukturellen Entwicklung nicht entziehen, was sich zwangsläufig arbeitsmarktlich niederschlug. So stieg die Zahl der Ganzarbeitslosen in Zürich stetig an und erreichte im Dezember mit 2270 Personen eine seit langer Zeit nicht mehr registrierte Höchstzahl. Zudem waren im Dezember in 160 Betrieben insgesamt 4595 Arbeitnehmer von Teilarbeitslosigkeit infolge Kurzarbeit betroffen. Aber auch der Versicherungsgrad der gemeldeten Ganzarbeitslosen stieg ständig an und erreichte am Jahresende 84%. Zu diesem Zeitpunkt waren rund ein Viertel der gemeldeten Arbeitslosen weniger als 24 Jahre alt, 6% mehr als 60 Jahre.

Die zuständigen Instanzen von Bund, Kanton und Gemeinde bemühten sich, der veränderten Lage angepasste geeignete Massnahmen zu treffen. Das Arbeitsamt führte bereits im Frühjahr gemeinsam mit den Verbänden des Stadtzürcher Gastgewerbes Kurse für Tätigkeiten am Buffet und im Service durch. Die Aktivität im Bildungsbereich ist abgestimmt mit dem kantonalen Planungsstab für Umschulungs- und Arbeitsbeschaffungsmassnahmen und richtet sich insbesondere nach den einschlägigen Bestimmungen des Arbeitsvermittlungsgesetzes und der am 4. Juni 1975 revidierten Verordnung über den kantonalen Entlastungsfonds der Arbeitslosenversicherung. Die bundesrätliche Verordnung über den Ausbau der Arbeitsmarktstatistik vom 9.7.1975 und die kantonale Verordnung über die Meldepflicht der Arbeitgeber bei bevorstehenden Entlassungen grösseren Ausmasses vom 6.8.1975 sind mit darauf angelegt, dem Arbeitsamt die Beobachtung des Arbeitsmarktes zu erleichtern, um gegebenenfalls rechtzeitig gutscheinende Massnahmen treffen zu können.

Anfang Dezember verabschiedete der Stadtrat eine Verordnung über die Gewährung von Arbeitslosenhilfe an versicherte Arbeitslose zuhanden des Gemeinderates. Diese bezweckt die Unterstützung Arbeitsloser, die gegen Arbeitslosigkeit versichert sind und den ihnen im Kalenderjahr zustehenden gesetzlichen Taggeldanspruch gegenüber ihrer Arbeitslosenkasse ausgeschöpft haben.

Beratungs- und Vermittlungsstelle

Im Frühjahr wurde gemeinsam mit der Berufsberatung und der Abteilung Allgemeine Erwachsenenbildung der Berufsschule IV ein Kurs für die Wiedereingliederung von Frauen ins Erwerbsleben ausgeschrieben; dieser erstreckte sich über 6 Nachmittage und wurde von 13 Personen besucht, welche aus verschiedenen Gründen inskünftig erwerbstätig zu sein beabsichtigten.

Im Jahresverlauf nahm die Zahl der gemeldeten offenen Stellen, der Stellensuchenden und der Vermittlungen für Teilzeit- und Temporärarbeit ständig ab. Der Schwerpunkt der Tätigkeit verlagerte sich rasch auf die Beratung und Vermittlung von Ganzarbeitslosen. Zunehmend Mühe bereitete die Beschaffung von offenen Stellen.

Im August erfolgte die Eröffnung eines Zweigbüros in Oerlikon, das Ende Dezember wegen Raummangels von der Dörflistrasse ins Volkshaus Baumacker verlegt werden musste. Ein Gemeinderatsbeschluss vom 10. Dezember 1975 erlaubte die Miete eines Objektes in Wiedikon, was den Wegzug aus den zu knappen Räumen an der Sihlstrasse ermöglicht.

Begrenzung der Zahl der erwerbstätigen Ausländer

Am 9. Juli 1975 erliess der Bundesrat eine neue Fremdarbeiterregelung. Die strengen Massnahmen, die er schon letztes Jahr getroffen hatte, aber auch die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Monate, haben die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass das Stabilisierungsziel früher als vorgesehen erreicht werden kann. Mit der neuen Verordnung soll der Bestand der gesamten ausländischen Wohnbevölkerung bereits 1975/76 nicht nur stabilisiert, sondern sogar herabgesetzt werden. Den Kantonen wurden keine neuen Kontingente für Jahresaufenthalter mehr zur Verfügung gestellt; sie verfügen lediglich noch über einen Drittel der durch die frühere Verordnung des Bundesrates vom 9. Juli 1974 festgesetzten Kontingente. Das für Sonderfälle bestimmte Bundeskontingent wurde auf 2000 Einheiten festgesetzt und dient vor allem den Bedürfnissen der Forschung, der Lehre an den eidgenössischen Hochschulen, der Zulassung von Führungskräften internationaler engverflochtener Firmen und von Spezialisten für Aufgaben von gesamtschweizerischem Interesse usw. Dabei ist darauf hinzuweisen, dass Arbeitsbewilligungen nicht mehr erteilt werden in Arbeitsgebieten, wo Arbeitslose vorhanden sind. Wenn heute noch Arbeitsbewilligungen ausgestellt werden müssen, dann für Arbeiten, für deren Bewältigung keine einheimischen Arbeitnehmer sich interessieren oder vorhanden sind. Die vom Stadtrat eingesetzte Fachkommission für die Begutachtung von Ausnahmegesuchen für Jahresaufenthalter trat zu 15, die Begutachtungskommissionen für Saisonarbeitergesuche zu insgesamt 13 Sitzungen zusammen.

91 Ausländern wurde im Kalenderjahr die Bewilligung als Jahresaufenthalter in einer den Begrenzungsmassnahmen unterstellten Tätigkeit (ohne Bereiche Gesundheit/Fürsorge und Bildungswesen) erteilt. Dabei nahmen 85 Ausländer in Industrie, Gewerbe und Handel und 6 weibliche Angestellte eine solche in Privathaushalten auf.

Gegen entsprechende Abweisungsverfügungen, die die Kantonale Fremdenpolizei auf Antrag des Städtischen Arbeitsamtes erlassen hatte, wurden 18 Rekurse eingereicht; 2 wurden zurückgezogen, 2 durch ein Wiedererwägungsverfahren gutgeheissen und 12 vom Regierungsrat abgelehnt.

Von 195 zuhanden des Bundesamtes für Industrie, Gewerbe und Arbeit (BIGA) zu begutachtenden Ausnahmegesuchen für Jahresaufenthalter wurden 23 vom BIGA abge-

wiesen. 172 Gesuche wurden gutgeheissen, was zur Anstellung von 324 Ausländern führte.

Die Fremdenpolizei meldete dem Arbeitsamt bis Jahresende rund 320 Umwandlungen von Saison- in Jahresbewilligungen.

Für die Bereiche Gesundheits- und Fürsorgewesen wurden kantonale Kontingente festgelegt; die arbeitsmarktliche Begutachtung obliegt nach wie vor den zuständigen Arbeitsämtern.

Arbeitsvorsorge, Baulenkung, Arbeitsbeschaffungsreserven

Die im Auftrag des Delegierten für Konjunkturfragen durchgeführte Erhebung über die Bautätigkeit 1973 und 1974 zeigt eine Zunahme auf 1416 Mio Franken, d. h. von nominell 7,7%. Für 1975 wurden Bauvorhaben im Gesamtbetrag von 1251 Mio Franken gemeldet, das sind 6,7% weniger als im Vorjahr.

Die Arbeitsbeschaffungsreserven der privaten Wirtschaft von Firmen mit Hauptsitz in der Stadt Zürich betragen am Jahresende – inklusive Steuerrückvergütungen – Fr. 27 629 937.90.

Fachkurs für elektronischen Apparatebau

Zum Jahreskurs 1974/75 wurden in zwei Klassen insgesamt 61 Interessenten aufgenommen. 4 Kursbesucher traten oder schieden vorzeitig aus, 55 bestanden die Abschlussprüfung.

Adressen- und Werbezentrale

Die Adressen- und Werbezentrale übernahm bzw. beschäftigte im Berichtsjahr 46 als arbeitslos gemeldete Personen.

Amt für Sozialversicherung

Obligatorische Krankenpflegeversicherung

Die Krankenpflegeversicherung leidet nach wie vor unter der erheblichen Kostensteigerung, die in den Fortschritten der medizinischen Wissenschaften, dem Teuerungsanstieg der Gesundheitsdienste sowie der Änderung der Altersstruktur der versicherungspflichtigen Bevölkerung begründet ist. Es sind zwar Bestrebungen im Gange, den steigenden Aufwand durch ein vermehrtes Kostenbewusstsein einzudämmen. Medizinische Fachleute versuchen, die Spitaleintritte durch Förderung der ambulanten Behandlung und der Hauspflege zu beschränken.

Der Bundesrat war zur Wiederherstellung des Gleichgewichts des Bundeshaushaltes genötigt, die Bundesbeiträge für das Jahr 1975 an die Krankenkassen einheitlich um 10% zu kürzen. Um diesen Ausfall wettzumachen und Zahl und Kosten der Bagatellfälle einzuschränken, beschloss er am 27. August 1975 eine Erhöhung der Kostenbeteiligung bei ambulanter Behandlung durch Änderung der Franchise.

Der Stadtrat genehmigte am 18. Juni 1975 eine nochmalige Anhebung der Prämien der Versicherten an die Vertragskrankenkassen in wirtschaftlich tragbaren Grenzen, wobei zur Abgeltung der steigenden Kassenverpflichtungen auch entsprechende Mehrbeiträge der öffentlichen Hand geleistet werden. Die Prämienhöhung trat am 1. Juli 1975 in Kraft. Der steigende Betriebsaufwand der Spitäler zwang den Regierungsrat, die Taxen der kantonalen und kommunalen Krankenhäuser für die nächsten drei Jahre um 35 Prozent mit Wirkung ab 1. Juli 1975 zu erhöhen. Durch Vertrag sind die Kassenleistungen den neuen Taxen angepasst, wobei alle öffentlichen Akutspitäler in die Krankenhauskategorie I eingereiht wurden. Zur Mitfinanzierung der Aufwendungen für die Spitalpflege änderte der Stadtrat das Reglement über die Spitalzusatzversicherung. Die Heraufsetzung der Leistung von 12 auf 18 Franken je Spitaltag bringt eine günstigere Verteilung der Lasten auf Grund- und Zusatzversicherung.

Veranlasst durch Eingaben des Vorstandes des Gesundheits- und Wirtschaftsamtes und des Krankenkassenverbandes hat der Regierungsrat am 9. Juli 1975 die Versicherungspflichtgrenzen im Ausmass der seitherigen Teuerung, d. h. um rund 18%, erhöht und den Beschluss auf den 1. Januar 1976 in Kraft gesetzt.

Die Regressmassnahmen gegen säumige Beitragszahler durch die Vertragskassen haben in der zweiten Jahreshälfte stark zugenommen. Das Amt hat durch 1870 Einzelabklärungen den Kassen die notwendigen Informationen über die persönlichen und finanziellen Verhältnisse der Versicherten vermittelt und dadurch Kassenentscheide erleichtert. Die Forderungen aus 650 Kassenverfügungen über ausstehende Prämien mussten wegen Bedürftigkeit der Versicherten zu Lasten der Stadt übernommen werden.

Ende 1975 waren 89 110 Einwohner oder 1181 weniger als 1974 der Versicherungspflicht unterstellt. Ihr Anteil an der Wohnbevölkerung beträgt noch 22,2% gegenüber 22,5% vor einem Jahr.

Soziale Zahnpflege für Jugendliche

Um Jugendliche vor vermeidbaren Zahnschäden zu bewahren und beginnende Erkrankungen noch besser zu erfassen, hat der Gemeinderat am 15. Januar 1975 der Vorlage des Stadtrates für einen weiteren Ausbau der Sozialen Zahnpflege zugestimmt. Durch Bereitstellung zusätzlicher Mittel konnten verbesserte zahnärztliche Methoden der Kariesbekämpfung und neu die Kostendeckung für unfallbedingte Zahnschäden eingeführt, die Berechtigungsgrenzen für Behandlungskostenbeiträge erhöht und die Entschädigungen für zahnärztliche Leistungen der Teuerung angepasst werden.

Die regelmässige Aufklärung der Jugendlichen über Zahnpflege und Mundhygiene durch Vertragszahnärzte, Zahnkliniken und das Amt für Sozialversicherung zeitigt gute Erfolge. Der Gesundheitszustand der Zähne hat sich gebessert. Im Jahre 1975 ergaben 31% der Untersuchungen – gegenüber 8% vor 20 Jahren – keine Behandlungsnotwendigkeit. Die Einlösung von 82% der ausgestellten 13 186 Gutscheine deutet darauf hin, dass die Einsicht in den Wert eines kautüchtigen Gebisses verbreitet ist.

Obligatorische Arbeitslosenversicherung

Die Entwicklung der Wirtschaftslage und die damit einhergehende Zunahme der Arbeitslosigkeit gaben den Bemühungen der Bundes- und kantonalen Behörden um verbesserte Vorsorge gegen Einkommenseinbussen durch Ausbau der Arbeitslosenversicherung er-

neuten Auftrieb. Am 1. Mai 1975 trat das erweiterte kantonale Obligatorium in Kraft. Die Revision hat die für die Versicherungspflicht massgebende Einkommensgrenze von 18 000 auf 36 000 Franken erhöht. Ausserdem hat der Bundesgesetzgeber wichtige Entscheide gefasst. Sie bringen den Arbeitslosen eine Verlängerung der Bezugsdauer sowie eine Erhöhung des Taggeldes und den Arbeitnehmern eine Erweiterung des Aufnahmealters, ferner Erleichterungen im Kassenbeitritt sowie eine Verkürzung der Wartefrist.

In die Erhebung zur Abklärung der Versicherungspflicht wurden über 68 400 Arbeitnehmer einbezogen. Der Bestand an versicherten Personen hat um 35 857 auf 66 026 zugenommen. Von rund 21 000 ins Erhebungsverfahren einbezogenen Versicherungspflichtigen liegen am Jahresende noch keine Mitgliedschaftsbestätigungen vor.

Gutsbetrieb und Landwirtschaftswesen

Gutsbetrieb

Nachdem im Vorjahr zufolge der Vesikulärkrankheit der gesamte Schweinebestand hatte geschlachtet werden müssen, wurde die ganze Schweinezucht neu aufgebaut. Durch geeignete Zuchttiere ist es gelungen, den Markt sehr rasch wieder mit hochwertiger Qualität zu beliefern.

Die schlechte Witterung in den Sommermonaten beeinflusste die Getreideernte. Die Erträge waren sehr gering. Der Hafer konnte wegen Auswuchses nicht als Saatgut verkauft werden.

Durch die Bautätigkeit im Hardhof mussten neue provisorische Unterkünfte für das Personal und die Verwaltung bezogen werden.

Der gesamte Obstwuchs von rund 840 Bäumen musste gefällt werden.

Landwirtschaftswesen

Auf dem Sektor Flurwege sind 19 Gesuche mit Anträgen um Aufhebung, Teilaufhebung, Landabtretung, Gewährung von Durchleitungsrechten, Signalisierung von Verboten oder Geboten usw. eingereicht und bearbeitet worden. Besonderes Augenmerk wurde auf den Unterhalt und den Ausbau von Flurwegen gelegt, die als beliebte und viel begangene Spazierwege benutzt werden. Die erzielten Resultate sind erfreulich.

70 gestellte Gesuche um Zollrückerstattung für Treibstoffe wurden bearbeitet und an die Bundesbehörde weitergeleitet. Die ausbezahlte Rückerstattungssumme betrug Fr. 43 236.20. Erwähnenswert ist, dass in den 70 Betrieben noch 14 Pferde gehalten werden. Die Zahl der bäuerlichen Betriebe, die sich um Anbauprämien für Futtergetreide und Körnermais bewarben, ist gegenüber 1974 von 45 auf 39 gesunken. Die Anbaufläche jedoch stieg von 13 112 Aren im Jahr 1974 auf 14 488 Aren, obschon für den Körnermais-anbau in diesem Jahr weniger Anbauprämie ausgerichtet wurde. Die in der Stadt Zürich ausbezahlte Anbauprämiensumme belief sich auf Fr. 102 654.—. Für den Rapsanbau 1975/76 sind den Stadtzürcher Bauern 1590 Aren zugeteilt worden. 7 Kuhhalter mit 26 Kühen und 58 Kälbern lieferten keine Konsummilch ab. Diese Bauern erhalten auf Gesuch hin eine Bundesprämie.

Zentralstelle für Kriegswirtschaft

Auf den Zeitpunkt der vollen Übernahme der Einwohnerkontrolle auf die elektronische Datenverarbeitung hin (voraussichtlich im Frühjahr 1976) kann das in der städtischen Schattenorganisation für die Kriegswirtschaft bisher vorgesehene Mutationsbüro dahinfallen. Die Kriegswirtschaft wird die Mutationen nicht mehr selbständig nachführen müssen, sondern auf den nachgeführten Unterlagen der EDV basieren können.

Die Umstellung der ganzen kriegswirtschaftlichen Buchhaltung ist im Gange und wird bis zum Frühjahr 1976 abgeschlossen sein.

Stadtärztlicher DienstTabelle 1 *Infektionskrankheiten*

| | 1975* | 1974* | 1973 | 1972 | 1971 |
|---|-------|-------|------|------|------|
| Scharlach sowie übrige bakterielle und virale exanthematische Krankheiten | 122 | 27 | 58 | 70 | 89 |
| Diphtherie | – | – | 1 | 2 | – |
| Typhus abdominalis | – | 3 | 9 | 9 | 8 |
| Paratyphus | 7 | 4 | 3 | 4 | 3 |
| Bakterielle Lebensmittelvergiftungen | 15 | 35 | 61 | 37 | 26 |
| Genickstarre | – | 4 | 4 | 6 | 7 |
| Tuberkulose | | | | | |
| – absolut | 144 | 101 | 124 | 139 | 110 |
| – auf 10 000 Einwohner | 2,9 | 2,5 | 3 | 3 | 3 |
| – amtsärztliches Handeln | 3 | 4 | 7 | 9 | 6 |
| Geschlechtskrankheiten | | | | | |
| – stadtmäßig Untersuchte | 11 | 12 | 15 | 21 | 32 |
| – davon Gonorrhöe | 2 | 1 | 1 | 7 | 6 |
| – Syphilis | 4 | 2 | 5 | 3 | 2 |

* Seit 1.7.1974 gilt die neue Verordnung über Meldepflicht; Zahlen mit Vorjahr nicht vergleichbar

Tabelle 2 *Schirmbildaufnahmen und Abklärungen*

| | 1975 | 1974 | 1973 | 1972 | 1971 |
|--|--------|--------|--------|----------|--------|
| Aufnahmen total | 48 459 | 42 643 | 44 020 | 35 382 | 35 751 |
| abzüglich Aufnahmen Schüler* | 10 147 | 10 216 | 6 406 | 11 227 | 8 853 |
| Aufnahmen total befundet in der Schirmbildzentrale | 38 312 | 32 427 | 37 614 | 24 155** | 26 898 |
| – davon Einzelaufnahmen | 2 915 | 2 295 | 2 359 | 2 219 | 2 380 |
| – Firmen oder andere Kollektive | 35 397 | 30 068 | 35 255 | 21 936 | 24 518 |
| Abklärungen total | 613 | 485 | 440 | 275 | 346 |
| – davon dringlich | 87 | 70 | 77 | 51 | 48 |
| – weniger dringlich | 526 | 415 | 363 | 224 | 298 |
| Abklärungsergebnisse total | 474 | 394 | 356 | 234 | 297 |
| – davon bisher nicht bekannte Fälle | 140 | 146 | 124 | 73 | 65 |
| – aktive offene Lungentuberkulose | 3 | 3 | 5 | 5 | 5 |
| – davon bisher nicht bekannte Fälle | 3 | 3 | 5 | 5 | 4 |
| – übrige aktive Tuberkulosen | 14 | 12 | 18 | 8 | 8 |
| – davon bisher nicht bekannte Fälle | 6 | 10 | 12 | 7 | 6 |
| – Geschwülste/Geschwulstverdacht | 8 | 10 | 4 | 6 | 8 |
| – davon bisher nicht bekannte Fälle | 3 | 7 | 3 | 4 | 4 |
| – Herzkrankheiten | 38 | 28 | 22 | 17 | 13 |
| – davon bisher nicht bekannte Fälle | 16 | 10 | 37 | 7 | 1 |
| – erhöhter Blutdruck | 23 | | | | |
| – davon bisher nicht bekannte Fälle | 10 | | | | |
| – übrige | 388 | 341 | 305 | 192 | 227 |
| – davon bisher nicht bekannte Fälle | 95 | 116 | 67 | 50 | 28 |
| Abklärungsergebnisse ausstehend | 139 | 91 | 84 | 47 | 49 |
| Einweisungen in Spital/Sanatorium | 6 | 15 | 15 | 10 | 12 |
| Überweisung in ambulante Behandlung oder Kontrolle | 247 | 199 | 149 | 113 | 133 |

* Befund durch Schulärztlichen Dienst (bisher im Aufnahmetotal nicht erfasst).

** Wegen Renovationsarbeiten vorübergehend geschlossen

Tabelle 3 Städtische Poliklinik

| | 1975 | 1974 | 1973 | 1972 | 1971 |
|-----------------------------|--------|--------|--------|--------|--------|
| Patienten | 8 805 | 7 865 | 7 515 | 6 331 | 6 015 |
| Konsultationen | 29 873 | 28 809 | 29 196 | 27 492 | 25 759 |
| Geschlechtskrankheiten | 455 | 554 | 400 | 355 | 303 |
| – Syphilis | 62 | 78 | 103 | 102 | 89 |
| – Gonorrhöe | 393 | 476 | 297 | 253 | 213 |
| – Lymphogranuloma inguinale | – | – | – | – | 1 |
| Hautkrankheiten | 7 044 | 6 089 | 5 787 | 5 715 | 4 752 |
| – Parasitäre | 3 323 | 2 940 | 2 589 | 2 499 | 2 271 |
| – Allergische | 2 514 | 2 098 | 2 037 | 1 967 | 1 542 |
| – Tumore | 672 | 673 | 651 | 686 | 445 |
| – Übrige | 535 | 378 | 510 | 563 | 494 |
| Andere Krankheiten | 1 352 | 1 220 | 1 243 | 964 | 1 307 |
| Impfungen | 344 | 204 | 420 | 338 | 432 |

Tabelle 4 Bettenvermittlung

| Anmeldungen Chronischkranke | m | w | ZUS. |
|--|-------|-------|-------|
| Angemeldete am 1.1.1975 (vom Vorjahr) | 672 | 2 016 | 2 688 |
| Anmeldungen | 439 | 886 | 1 325 |
| Total der Angemeldeten | 1 111 | 2 902 | 4 013 |
| – davon aufgenommen und vermittelt | 131 | 315 | 446 |
| – von Anmelde-liste gestrichen wegen Besserung des Zustandes, anderweitiger Unterbringung usw. | 30 | 118 | 148 |
| – vor der Aufnahme oder Vermittlung gestorben | 230 | 427 | 657 |
| Am 31.12.1975 noch angemeldet | 720 | 2 042 | 2 762 |
| Wartefrist für die städtischen Krankenhäuser | 365* | 510* | |
| Aufenthaltort vor Aufnahme: | | | |
| – eigene Wohnung oder Wohnung Angehöriger | 52 | 113 | 165 |
| – Kantonsspital | 14 | 19 | 33 |
| – Stadtspitäler Waid und Triemli | 30 | 84 | 114 |
| – andere Spitäler und psychiatrische Kliniken | 4 | 27 | 31 |
| – Erholungs- und Pflegeheime | 1 | 8 | 9 |
| – Altersheime und -siedlungen | 11 | 22 | 33 |
| – Notschlafstellen, Herbergen | 1 | 1 | 2 |
| – Übrige | – | – | – |

* in Tagen

Tabelle 5 Entwicklung der Zahl der Angemeldeten (Stichtag 31. Dezember)

| 1958 | 1959 | 1960 | 1961 | 1962 | 1963 | 1964 | 1965 | 1966 | 1967 |
|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|
| 945 | 946 | 928 | 1 170 | 1 379 | 1 632 | 1 878 | 2 213 | 2 671 | 3 106 |
| 1968 | 1969 | 1970 | 1971* | 1972* | 1973* | 1974* | 1975* | | |
| 2 351 | 2 379 | 2 754 | 2 486 | 2 490 | 2 775 | 2 688 | 2 762 | | |

* Bis 1970 enthalten die Zahlen auch die Anmeldungen für die Stadtspitäler. Nach der Neuregelung ab Oktober 1971 betreffen die Zahlen nur noch die Anmeldungen für die Krankenhäuser. Die Zahlen lassen sich deshalb nicht direkt vergleichen

Tabelle 6 Neuanmeldungen und Aufnahmen nach Diagnosen
(Krankenheime, Klimastationen, übrige Krankenheime)

| Diagnosen | Neu- Aufnahmen | | | | | Chesa | Brè | Vermittl. andere Spitäler, Heime, Anstalten |
|---|--------------------------------------|-----------------------------|---------------|---------------------------|-----|-------|-----|---|
| | anmeldungen Chronisch- kranker | Städt. Kranken- heime | See- blick | Nidel- bad Erlenhof | | | | |
| Alterschwäche und Altersschwachsinn | 215 | 41 | 10 | 13 | – | 4 | 14 | |
| Infektionskrankheiten und deren Folgen | 3 | 5 | 8 | 1 | 18 | 15 | – | |
| Krankheiten: | | | | | | | | |
| – Nervensystem und Sinnesorgane | 308 | 93 | 55 | 12 | 9 | 27 | 11 | |
| – Kreislauforgane | 265 | 58 | 98 | 18 | 38 | 251 | 11 | |
| – Blut und blutbildende Organe | 31 | 2 | 1 | – | 2 | 10 | 1 | |
| – Verdauungsorgane | 24 | 5 | 10 | 2 | 27 | 53 | – | |
| – Atmungsorgane | 32 | 5 | 8 | – | 68 | 85 | 1 | |
| – Haut | 5 | 4 | 3 | 1 | 5 | 6 | 1 | |
| – Bewegungsorgane | 30 | 7 | 2 | 2 | 6 | 14 | 3 | |
| – Harn- und Geschlechtsorgane | 32 | 2 | 7 | 1 | 9 | 22 | 2 | |
| – Gelenkerkrankungen | 107 | 34 | 22 | 5 | 21 | 99 | 1 | |
| – Stoffwechselerkrankungen und Überempfindlichkeit | 45 | 15 | 20 | 3 | 3 | 29 | – | |
| – Krebsleiden und andere Geschwülste | 91 | 14 | 14 | 1 | 14 | 56 | 3 | |
| – Status nach Operationen | 32 | 11 | 6 | 2 | 58 | 172 | – | |
| – Unfallfolgen | 95 | 25 | 25 | 4 | 7 | 18 | 1 | |
| – Übrige | 10 | 1 | 11 | – | 56 | 93 | – | |
| Zusammen | 1 325 | 322 | 300 | 65 | 341 | 954 | 49 | |

Tabelle 7 Belegung und anmeldende Stellen, städtische Krankenheime und Klimastationen

| Heime | Bach- wiesen | Bom- bach | Entlis- berg | Käfer- berg | Vogel- sang | See- blick | Erlen- hof | Nidel- bad | Chesa Rup- panner | Clinica Mte Brè |
|----------------------------------|-----------------|------------------|------------------|----------------|----------------|---------------|---------------|--------------------|-------------------------|-----------------------|
| Anzahl Betten | 108* | 182 ^Δ | 193 [◊] | 230 | 37* | 30 | 82 | 60 | 34 | 80 |
| Total Patienten 1.1.75 | 98 | 155 | 69 | 208 | 36 | 26 | 77 | 56 | – | 35 |
| – Eintritte | 49 | 69 | 87 | 89 | 28 | 300 | 40 | 25 | 341 | 954 |
| – Austritte | 11 | 11 | 10 | 16 | 12 | 295 | 32 | 1 | 341 | 971 |
| – Todesfälle | 34 | 62 | 29 | 56 | 15 | 6 | 4 | 24 | – | 1 |
| Total Patienten 31.12.75 | 102 | 151 | 117 | 225 | 37 | 25 | 81 | 56 | – | 17 |
| Pflegetage | 38 218 | 55 729 | 36 041 | 79 811 | 13 119 | 9 525 | 29 643 | 22 283 | 8 745 | 22 790 |
| Patienten pro Tag | 104 | 152 | 98 | 218 | 35 | 26 | 81 | 61 | 23 | 62 |
| Belegung in % | 96,8 | 83,8 | 51 | 95 | 97 | 84,2 | 99 | 101,7 [▲] | 71 | 74,7 |
| Anmeldende Stellen: | | | | | | | | | | |
| – Privatärzte | 28 | 36 | 45 | 44 | 11 | 220 | 18 | 12 | 240 | 597 |
| – Universitätskliniken | 4 | 8 | 12 | 13 | 3 | 17 | 5 | – | 26 | 138 |
| – Stadtspitäler Waid und Triemli | 9 | 22 | 24 | 28 | 2 | 39 | 15 | 9 | 67 | 198 |
| – andere Spitäler | 7 | 2 | 2 | 4 | 11 | 19 | 1 | 2 | 8 | 18 |
| – Übrige | 1 | 1 | 4 | – | 1 | 5 | 1 | 2 | – | 3 |

* Wegen Renovationsarbeiten nur teilweise belegbar

^Δ Wegen Personalmangel mussten zeitweise einige Betten ausser Betrieb gesetzt werden

[▲] Zeitweise konnten mehr als 60 Betten mit Einwohnern der Stadt Zürich belegt werden

[◊] 2 Stockwerke vorübergehend mit Invaliden der Brunaustiftung und Insassen des Altersheims Engelstrasse belegt

Tabelle 8 Schule für praktische Krankenpflege, Schule für Hauspflege

| | Schule für praktische Krankenpflege | Kurs für Aktivierungs- therapie | Schule für Hauspflege |
|-------------------------------------|---|---------------------------------------|--------------------------|
| Anfragen | 423 | 390 | 235 |
| Besprechungen | 199 | 177 | 130 |
| Aufnahmen: | | | |
| – Frühjahrskurs | 24 | –* | 16 |
| – Herbstkurs | 24 | 12 | 16 |
| Abgewiesen | 28 | 26 | 10 |
| Vorgemerkt für künftige Kurse: | | | |
| – definitiv | 20 | 1 | 16 |
| – provisorisch | 67 | 4 | 76 |
| Diplomierungen: | | | |
| – Frühjahr | 24 | – | 17 |
| – Herbst | –** | – | 16 |
| Am 31.12.1975 in Ausbildung stehend | 93 | 24 | 46 |

* 3. Kurs Herbst 1975

** Wegen Umstellung auf 2jährige Ausbildung kommt der Frühjahrskurs 1974 erst im Frühjahr 1976 zur Diplomierung

Tabelle 9 Psychiatrische und geriatrische Fürsorgestellen

| | Psychiatrische Fürsorge | Geriatrische Fürsorge |
|--|----------------------------|--------------------------|
| Patienten | 172 | 119 |
| Fürsorgerische Tätigkeiten: | | |
| – Beratung bei Wohnproblemen | 12 | |
| – Vermittlung geeigneter Arbeit | 1 | |
| – Abklärung der sozialen Verhältnisse und Vermittlung finanzieller Hilfe | 18 | |
| – Betreuung wegen Verwahrlosung und Suchtkrankheiten | 39 | |
| – Betreuung und Beratung wegen Geisteskrankheit | 91 | |
| – Andere Gründe | 11 | |
| Hausbesuche, Begleitungen | 201 | 123 |

Stadtspital Waid

Tabelle 1 Kranke und Krankentage

| Kliniken | Chirurgie | | | Medizin | | | Rh.-Geriatric | | | Ganzes Spital | | |
|---|-----------|--------|--------|---------|--------|--------|---------------|--------|--------|---------------|--------|---------|
| | akut | chron. | Total | akut | chron. | Total | akut | chron. | Total | akut | chron. | Total |
| Krankenbestand am 1.1.75 | 54 | 17 | 71 | 76 | 61 | 137 | 8 | 95 | 103 | 138 | 173 | 311 |
| Krankenzugang | 2 252 | 95 | 2 347 | 1 764 | 353 | 2 117 | 93 | 437 | 530 | 4 109 | 885 | 4 994 |
| Gesamtzahl der verpflegten Kranken | 2 306 | 112 | 2 418 | 1 840 | 414 | 2 254 | 101 | 532 | 633 | 4 247 | 1 058 | 5 305 |
| Krankenabgang: | | | | | | | | | | | | |
| – durch Austritt | 2 186 | 73 | 2 259 | 1 567 | 178 | 1 745 | 92 | 274 | 366 | 3 846 | 524 | 4 370 |
| – durch Tod | 61 | 23 | 84 | 202 | 172 | 374 | 1 | 159 | 160 | 263 | 355 | 618 |
| Krankenbestand am 31.12.75 | 59 | 16 | 75 | 71 | 64 | 135 | 8 | 99 | 107 | 138 | 179 | 317 |
| Zahl der Krankentage Durchschnittl. Aufenthalt pro Patient/Tage | 28 352 | 6 772 | 35 124 | 29 276 | 23 070 | 52 346 | 3 270 | 36 050 | 39 320 | 60 898 | 65 892 | 126 790 |
| Bettenbesetzung im Jahresmittel | | | | | | | | | | | | |
| – Anzahl Betten | 71,5 | 18,3 | 89,8 | 75,4 | 62,3 | 137,6 | 8,7 | 97,6 | 106,3 | 155,6 | 178,1 | 333,7 |
| – in % des normalen Bettenbestandes | 66,8 | 65,4 | 66,5 | 87,6 | 94,4 | 90,5 | 87,0 | 86,4 | 86,4 | 76,7 | 86,1 | 81,4 |

Tabelle 2 *Geschlecht, Heimat und Wohnort der hospitalisierten Kranken*

| Kliniken | Chirurgische | Medizinische | Rheumatologisch- Geriatrische | Ganzes Spital |
|-------------------------|--------------|--------------|----------------------------------|---------------|
| Geschlecht: | | | | |
| – Männlich | 1 283 | 1 152 | 243 | 2 678 |
| – Weiblich | 1 134 | 1 103 | 390 | 2 627 |
| Heimat: | | | | |
| – Stadt Zürich | 866 | 907 | 261 | 2 034 |
| – Übriges Kantonsgebiet | 254 | 302 | 91 | 647 |
| – Andere Kantone | 898 | 813 | 230 | 1 941 |
| – Ausland | 399 | 233 | 51 | 683 |
| Wohnort: | | | | |
| – Stadt Zürich | 2 011 | 1 894 | 553 | 4 458 |
| – Übriges Kantonsgebiet | 313 | 224 | 59 | 596 |
| – Andere Kantone | 78 | 80 | 15 | 173 |
| – Ausland | 15 | 57 | 6 | 78 |

Tabelle 3 *Leistungen der zentralen diagnostischen und therapeutischen Institute und der Apotheke*

| | 1975 | 1974 |
|--|---------|---------|
| Röntgendiagnostik | | |
| – Aufnahmen | 94 920 | 89 956 |
| – total Patienten | 21 420 | 21 215 |
| – intern | 11 177 | 10 510 |
| – ambulant | 10 243 | 10 705 |
| Untersuchungen | 32 741 | 31 276 |
| Nuklearmedizin | | |
| – Einzelleistungen | 71 059 | 69 951 |
| – Konsultationen | 4 005 | 3 861 |
| – Patienten | 2 905 | 2 782 |
| Radiotherapie (einschl. Radionuklid-Therapie) | | |
| – Patienten | 507 | 528 |
| – gutartige Fälle | 160 | 203 |
| – bösartige Fälle | 233 | 247 |
| – Bestrahlungen | 19 879 | 19 713 |
| – Kontrollen | 4 317 | 5 472 |
| Laboratoriums-Untersuchungen | | |
| Hämatologisches Labor | 83 054 | 67 911 |
| Serologisches Labor | 20 029 | 19 325 |
| Chemisches Labor | 130 663 | 116 520 |
| Exkrete-Labor | 23 662 | 22 900 |
| Histologisches Labor | 1 539 | 850 |
| Blutgerinnung | 16 023 | 14 300 |
| Medizinische Speziallaboratorien | | |
| Lungenfunktions-Labor | 5 971 | 6 328 |
| EKG-Labor | 359 | 426 |
| | 5 612 | 5 902 |
| Endoskopische Untersuchungen | | |
| | 873 | 825 |

| <i>Tabelle 3 (Fortsetzung)</i> | 1975 | 1974 |
|--|--------|--------|
| <i>Operationen</i> | 5 314 | 4 520 |
| Kopf | 34 | 32 |
| Hals | 100 | 86 |
| Brust | 152 | 152 |
| Bauch | 1 218 | 1 203 |
| Harnorgane | 68 | 91 |
| Geschlechtsorgane | 113 | 82 |
| Gliedmassen und Skelett | 1 109 | 1 122 |
| Varia | 1 792 | 1 752 |
| Diagnostische Eingriffe | 728 | – |
| <i>Chirurgische Notfallstation</i> | | |
| – Ambulante Patienten | 6 012 | 6 182 |
| – Konsultationen | 14 798 | 15 362 |
| <i>Institut für Anästhesiologie</i> | | |
| – Narkosen | 2 499 | – |
| – Infiltrations- und Leistungsanästhesien | 1 961 | – |
| <i>Physiotherapie</i> | | |
| – Behandlungen | 75 787 | 73 404 |
| – Sitzungen | 52 682 | 51 306 |
| – Patienten | 3 906 | 3 678 |
| <i>Hämodialysestation</i> | | |
| – Dialysen | 3 301 | 3 124 |
| – Patienten | 73 | 64 |
| – Heimdialysepatienten | 21 | – |
| <i>Ergotherapie</i> | | |
| – Sitzungen | 7 609 | 6 864 |
| – Patienten | 433 | 428 |
| <i>Apotheke</i> | | |
| – Bestellungen und Verordnungen | 71 135 | 70 191 |
| – sterile Lösungen, Flaschen | 81 478 | 78 499 |
| – Hämodialysekonzentrat, Liter | 27 500 | 29 500 |

Tabelle 4 Sozialdienst und Patientenbibliothek

| | 1975 | 1974 |
|--|-------|-------|
| Vom <i>Sozialdienst</i> betreute Patienten | 2 049 | 1 838 |
| – davon Männer | 921 | 1 119 |
| – davon Frauen | 1 128 | 719 |
| <i>Patienten- und Angestelltenbibliothek</i> | | |
| Ausgeliehene Bände | 7 903 | 8 440 |
| – an Patienten | 5 472 | 6 297 |
| – an Personal | 2 431 | 2 143 |

Tabelle 5 Technische Daten

| Verbrauch | Spitalgebäude | Personalhäuser Tièchestrasse |
|--|------------------------|---------------------------------|
| Elektrischer Strom für Licht, Kraft, Wärme | 2 566 790 kWh | 138 710 kWh |
| Elektrischer Strom für Elektrokessel | 430 800 kWh | – |
| Elektrischer Strom für Boiler | – | 96 552 kWh |
| Heizöl | 860 400 kg | 153 208 kg |
| Koks | 70 000 | – |
| Wasser | 134 566 m ³ | 10 722 m ³ |
| – davon Warmwasser | 15 056 m ³ | 2 582 m ³ |
| Gas | 2 426 Mcal | – |

Die Betriebshandwerker führten 5 881 Reparaturaufträge aus. In der kantonalen Zentralwäscherei wurden 384 225 kg, in der Personalwäscherei 5 830 kg Wäsche gewaschen.

Stadtspital Triemli

Tabelle 1 Kranke, Krankentage, durchschnittliche Bettenbesetzung

| | Chirurgie | | | Fachärzte | | |
|--|-----------|--------|--------|-----------|--------|--------|
| | akut | chron. | Total | akut | chron. | Total |
| Krankenbestand am 31. Dezember 1974* | 45 | 49 | 94 | 21 | 3 | 24 |
| Krankenzugang | 2 951 | 314 | 3 265 | 1 956 | 45 | 2 001 |
| Gesamtzahl der verpflegten Kranken | 2 996 | 363 | 3 359 | 1 977 | 48 | 2 025 |
| Krankenabgang | | | | | | |
| – Austritt | 2 849 | 208 | 3 057 | 1 934 | 32 | 1 966 |
| – durch Tod | 77 | 108 | 185 | 15 | 9 | 24 |
| Krankenbestand am 31. Dezember 1975* | 70 | 47 | 117 | 28 | 7 | 35 |
| Zahl der Krankentage | 36 561 | 16 717 | 53 278 | 25 401 | 1 278 | 26 679 |
| Durchschnittlicher Aufenthalt pro Patient/Tage | 11,5 | 51,9 | 15,4 | 12,0 | 30,2 | 12,4 |
| Bettenbesetzung im Jahresmittel: | | | | | | |
| – Anzahl Betten | 92,2 | 44,9 | 137,1 | 64,3 | 3,4 | 67,7 |
| – in % des normalen Bettenbestandes | – | – | 81,6 | – | – | 80,5 |

| Fortsetzung | Medizin | | | Rheuma | | |
|--|---------|--------|--------|--------|--------|--------|
| | akut | chron. | Total | akut | chron. | Total |
| Krankenbestand am 31. Dezember 1974* | 48 | 73 | 121 | 35 | 45 | 80 |
| Krankenzugang | 2 147 | 590 | 2 737 | 691 | 241 | 932 |
| Gesamtzahl der verpflegten Kranken | 2 195 | 663 | 2 858 | 726 | 286 | 1 012 |
| Krankenabgang | | | | | | |
| – Austritt | 1 905 | 358 | 2 263 | 677 | 202 | 879 |
| – durch Tod | 218 | 226 | 444 | 4 | 33 | 37 |
| Krankenbestand am 31. Dezember 1975* | 72 | 79 | 151 | 45 | 51 | 96 |
| Zahl der Krankentage | 26 243 | 27 099 | 53 342 | 15 560 | 20 276 | 35 836 |
| Durchschnittlicher Aufenthalt pro Patient/Tage | 11,4 | 45,4 | 18,7 | 21,8 | 85,3 | 38,1 |
| Bettenbesetzung im Jahresmittel: | | | | | | |
| – Anzahl Betten | 66,0 | 72,7 | 138,7 | 40,8 | 54,9 | 95,7 |
| – in % des normalen Bettenbestandes | – | – | 83,1 | – | – | 77,8 |

| Fortsetzung | Nukl./Röntgen-Th. | | | Kinder | Ganzes Spital | | |
|--|-------------------|--------|-------|--------|---------------|--------|---------|
| | akut | chron. | Total | | akut | chron. | Total |
| Krankenbestand am 31. Dezember 1974* | 8 | 8 | 16 | 42 | 199 | 178 | 377 |
| Krankenzugang | 422 | 37 | 459 | 1 586 | 9 753 | 1 227 | 10 980 |
| Gesamtzahl der verpflegten Kranken | 430 | 45 | 475 | 1 628 | 9 952 | 1 405 | 11 357 |
| Krankenabgang | | | | | | | |
| – durch Austritt | 397 | 33 | 430 | 1 580 | 9 342 | 833 | 10 175 |
| – durch Tod | 19 | 10 | 29 | 23 | 356 | 386 | 742 |
| Krankenbestand am 31. Dez. 1975* | 14 | 2 | 16 | 25 | 254 | 186 | 440 |
| Zahl der Krankentage | 7 050 | 1 108 | 8 158 | 17 725 | 128 540 | 66 478 | 195 018 |
| Durchschnittlicher Aufenthalt pro Patient/Tage | 15,9 | 24,8 | 16,8 | 10,1 | 12,3 | 53,5 | 16,9 |
| Bettenbesetzung im Jahresmittel: | | | | | | | |
| – Anzahl Betten | 18,2 | 2,9 | 21,1 | 44,1 | 325,6 | 178,8 | 504,4 |
| – in % des normalen Bettenbestandes | – | – | 54,1 | 59,7 | 72,5 | 86,8 | 77,0 |

* Mitternachtsbestand, d. h. Bestand nach Abzug der Austritte und Todesfälle vom 31. Dezember

Tabelle 2 *Geschlecht, Heimat, Wohnort und Alter der hospitalisierten Patienten*

| | Männlich | Weiblich | Total |
|-------------------------|-------------------------------|----------|-------|
| | in % der gesamten Pflage tage | | |
| Heimat | | | |
| – Stadt Zürich | 16,1 | 19,3 | 35,4 |
| – Übriges Kantonsgebiet | 5,2 | 6,2 | 11,4 |
| – Andere Kantone | 19,7 | 19,6 | 39,3 |
| – Ausland | 8,7 | 5,2 | 13,9 |
| | 49,7 | 50,3 | 100,0 |
| Wohnort | | | |
| – Stadt Zürich | 36,4 | 39,1 | 75,5 |
| – Übriges Kantonsgebiet | 9,2 | 7,6 | 16,8 |
| – Andere Kantone | 3,7 | 3,2 | 6,9 |
| – Ausland | 0,4 | 0,4 | 0,8 |
| | 49,7 | 50,3 | 100,0 |
| Alter | | | |
| – 0– 1 Jahr | 2,5 | 1,7 | 4,2 |
| – 2–10 Jahre | 2,6 | 1,4 | 4,0 |
| – 11–19 Jahre | 1,6 | 1,5 | 3,1 |
| – 20–39 Jahre | 6,2 | 4,3 | 10,5 |
| – 40–59 Jahre | 10,8 | 7,6 | 18,4 |
| – 60–79 Jahre | 20,8 | 23,8 | 44,6 |
| – 80 und mehr Jahre | 5,2 | 10,0 | 15,2 |
| | 49,7 | 50,3 | 100,0 |

Tabelle 3 *Diagnosen (nach ICD-Schlüssel)*

| | Chirurgie | Fach- ärzte | Medizin | Rheuma | Nukl./ Rö.Th. | Kinder | Ganzes Spital |
|--|--------------|----------------|--------------|------------|------------------|--------------|------------------|
| Infektiöse und parasitäre Krankheiten | 46 | 29 | 101 | 9 | – | 73 | 258 |
| Neoplasien | 387 | 267 | 242 | 54 | 404 | 16 | 1 370 |
| Endokrine Krankheiten, Ernährungs- und Stoffwechselstörungen | 131 | 6 | 125 | 23 | 49 | 26 | 360 |
| Krankheiten des hämatopoetischen Systems | 12 | 5 | 34 | – | 1 | 41 | 93 |
| Psychische Krankheiten | 4 | 2 | 116 | 7 | – | 26 | 155 |
| Krankheiten des Nervensystems und der Sinnesorgane | 5 | 464 | 67 | 24 | – | 117 | 677 |
| Cardiovaskuläre Krankheiten | 194 | 11 | 1 046 | 53 | – | 2 | 1 306 |
| Krankheiten der Respirationsorgane | 11 | 401 | 235 | 7 | 1 | 265 | 920 |
| Krankheiten der Verdauungsorgane | 995 | 31 | 273 | 1 | – | 287 | 1 587 |
| Krankheiten der Urogenitalorgane | 70 | 403 | 86 | 1 | – | 108 | 668 |
| Komplikationen während der Gravidität, unter der Geburt und im Puerperium | 5 | 4 | – | – | – | 2 | 11 |
| Krankheiten der Haut und der Subcutis | 78 | 16 | 9 | 2 | – | 23 | 128 |
| Krankheiten der Bewegungsorgane und des Bindegewebes | 258 | 183 | 27 | 666 | 4 | 12 | 1 150 |
| Congenitale Missbildungen | 24 | 52 | 5 | 3 | – | 134 | 218 |
| Ursachen der perinatalen Morbidität und Mortalität | – | – | – | – | – | 199 | 199 |
| Mangelhaft bezeichnete Krankheiten | 60 | 48 | 145 | 21 | – | 99 | 373 |
| Exogene Noxen: Ätiologie | 78 | 5 | 123 | 1 | – | – | 207 |
| Exogene Noxen: Manifestationen | 844 | 63 | 73 | 44 | – | 173 | 1 237 |
| Insgesamt | 3 242 | 1 990 | 2 707 | 916 | 459 | 1 603 | 10 917 |

Tabelle 4 Leistungen der zentralen diagnostischen und therapeutischen Institute und der Apotheke

| | 1975 | 1974 |
|--|---------|---------|
| <i>Röntgendiagnostik</i> | | |
| Aufnahmen | 135 743 | 144 000 |
| Patienten-Untersuchungen | 44 028 | 43 241 |
| <i>Nuklearmedizin</i> | | |
| Einzelleistungen | 91 083 | 76 159 |
| Patienten | 3 844 | 3 366 |
| Konsultationen | 5 295 | 4 631 |
| <i>Radiotherapie</i> (inkl. lokale Radionuklidtherapie) | | |
| Patienten | 821 | 685 |
| Bestrahlungen | 26 107 | 22 892 |
| Konsultationen | 5 747 | 4 916 |
| <i>Laboratoriumsuntersuchungen</i> | | |
| Hämatologisches Labor | 461 766 | 433 096 |
| Serologisches Labor | 115 693 | 110 445 |
| Chemisches Labor | 40 716 | 39 001 |
| Bakteriologisches Labor | 215 011 | 198 009 |
| Exkretelabor | 44 504 | 38 904 |
| | 45 842 | 46 737 |
| <i>Medizinische Speziallaboratorien</i> | | |
| Lungenfunktionslabor | 21 574 | 20 247 |
| Kreislaulabor | 752 | 821 |
| EKG-Labor | 1 418 | 607 |
| Blutgaslabor | 8 305 | 7 774 |
| Gastroenterologie, instrumentell | 1 556 | 1 412 |
| Gastroenterologie, chemisch | 3 295 | 2 372 |
| | 6 248 | 7 261 |
| <i>Operationen</i> | | |
| Kopf und Hals | 10 677 | 10 624 |
| Brust | 2 906 | 3 014 |
| Bauch | 356 | 359 |
| Harnorgane | 2 666 | 2 574 |
| Geschlechtsorgane | 762 | 758 |
| Gliedmassen und Skelett | 672 | 778 |
| Varia | 3 074 | 2 988 |
| | 241 | 153 |
| <i>Institut für Anästhesie</i> | | |
| Narkosen | 7 378 | 7 210 |
| Intensivbehandlungsstation | | |
| Patienten | 983 | 900 |
| Pflegetage | 4 050 | 3 548 |
| <i>Notfallstation</i> | | |
| Ambulante Patienten Chirurgie | 9 565 | 9 291 |
| Ambulante med. Notfälle | 1 495 | 1 449 |
| Konsultationen | 24 480 | 22 410 |
| Chirurgische Eingriffe | 3 608 * | 3 518 * |
| Gipsverbände | 3 963 | 3 710 |

* Diese Eingriffe sind im Gesamttotal der Operationen enthalten

| <i>Tabelle 4</i> (Fortsetzung) | 1975 | 1974 |
|--|--|--|
| <i>Pathologisches Institut</i> | | |
| Sektionen | 881 | 703 |
| für Stadtspital Triemli | 627 | 477 |
| für auswärtige Spitäler | 254 | 226 |
| Histologische Untersuchungen | 11 597 | 10 241 |
| für Stadtspital Triemli | 4 188 | 3 960 |
| für auswärtige Spitäler und Ärzte | 7 409 | 6 281 |
| davon intraop. Schnelluntersuchungen | 324 | 251 |
| <i>Physiotherapie</i> | | |
| Behandlungen, ambulant und stationär | 145 256* | 130 186* |
| Ambulante ärztliche Untersuchungen | 13 882 | 13 300 |
| Patienten, ambulant und stationär | 7 143** | 6 233** |
| <i>Ergotherapie</i> | | |
| Behandlungen, ambulant und stationär | 19 706*** | 9 938*** |
| * davon Maternité | 6 190 | 7 095 |
| ** davon Maternité | 601 | 688 |
| *** davon Logopädie | 1 268 | 650 |
| <i>Apotheke</i> | | |
| Bestellungen/Verordnungen | 78 504 | 77 814 |
| Analysen | 203 | 73 |
| Aus eigener Fabrikation: | | |
| Sterile Lösungen | 58 174 l (67 Sorten) (= 164 026 Flaschen) | 55 742 l (73 Sorten) (= 143 420 Flaschen) |
| Tabletten | 71 264 Amp. (5 Sorten) | 73 715 Amp. (11 Sorten) |
| Kapseln, Sachets | 29 750 St. (2 Sorten) | 74 920 St. (6 Sorten) |
| Suppositorien, Ovula | 2 160 St. (7 Sorten) | 1 630 St. (7 Sorten) |
| Lösungen, Mixturen, Sirupe, Reagenzien usw. | 26 958 St. (13 Sorten) | 71 005 St. (13 Sorten) |
| Salben, Pasten | 24 435 l (193 Sorten) | 20 891 l (178 Sorten) |
| Pulver, Streupuder | 433 kg (34 Sorten) | 352 kg (22 Sorten) |
| Lyophilisate | 345 kg (31 Sorten) | 539 kg (35 Sorten) |
| | 1 769 St. (3 Sorten) | 1 223 St. (4 Sorten) |

Tabelle 5 Sozialdienst und Bibliotheken

| | 1975 | 1974 |
|--|-------|-------|
| <i>Sozialdienst</i> | | |
| Betreute Patienten | | |
| – Männer | 914 | 972 |
| – Frauen | 1 349 | 1 317 |
| – Kinder | 10 | 8 |
| Total | 2 273 | 2 297 |
| <i>Patienten- und Angestelltenbibliothek</i> | | |
| Ausgeliehene Bände | | |
| – an Patienten | 2 587 | 2 465 |
| – an Angestellte | 1 941 | 1 827 |
| Total | 4 528 | 4 292 |
| <i>Ärztbibliothek</i> | | |
| – Ausgeliehene Zeitschriften und Bücher | 3 798 | 3 160 |

Tabelle 6 Patientenverpflegung

| Kostart | Anzahl Tagesverpflegungen | | | |
|-------------------------------|---------------------------|--------|---------|--------|
| | 1975 | | 1974 | |
| – Kost A (Vollkost) | 49 597 | 27,0% | 50 117 | 29,3% |
| – Kost B (Schonkost) | 50 270 | 27,3% | 43 403 | 25,4% |
| – Kost C (pürierte Schonkost) | 19 086 | 10,4% | 17 919 | 10,5% |
| | 118 953 | 64,7% | 111 439 | 65,2% |
| Spezialdiäten: | | | | |
| – Diabetes | 17 018 | 9,3% | 14 006 | 8,2% |
| – Abmagerung | 10 785 | 5,9% | 7 977 | 4,7% |
| – Sonden | 8 571 | 4,6% | 9 881 | 5,8% |
| – Postoperative Diät | 10 499 | 5,7% | 11 199 | 6,6% |
| – Übrige Diätarten | 17 962 | 9,8% | 16 311 | 9,5% |
| Total | 183 788 | 100,0% | 170 813 | 100,0% |

Tabelle 7 Leistungen des technischen Dienstes

| | Unterhalt | | Reparaturen | | Neuanfertigungen | | Total | |
|-----------|-----------------|----------|-------------|------------|------------------|---------|-----------------|----------|
| | Anzahl Aufträge | Stunden | Aufträge * | Stunden ** | Anzahl Aufträge | Stunden | Anzahl Aufträge | Stunden |
| Heizung | 144 | 691,0 | 178 | 91 | 16 | 400,0 | 429 | 1 576,5 |
| Sanitär | 1 164 | 3 955,5 | 1 288 | 186 | 220 | 641,0 | 2 858 | 6 718,5 |
| Schlosser | 246 | 364,5 | 232 | 10 | 154 | 581,0 | 642 | 1 375,0 |
| Elektro | 1 079 | 1 681,5 | 2 415 | 175 | 152 | 751,0 | 3 821 | 5 690,0 |
| Mechanik | 94 | 689,5 | 161 | – | 98 | 433,5 | 353 | 1 482,5 |
| Maler | 216 | 1 359,0 | 98 | 4 | 174 | 791,5 | 492 | 2 404,0 |
| Schreiner | 98 | 151,0 | 1 008 | – | 204 | 1 293,5 | 1 310 | 3 202,5 |
| Klima | 362 | 1 796,0 | 103 | 22 | 55 | 277,0 | 542 | 2 408,0 |
| Total | 3 403 | 10 688,0 | 5 483 | 488 | 1 073 | 5 168,5 | 10 447 | 24 857,0 |

* Während Normalarbeitszeit

** Ausserhalb Normalarbeitszeit

Tabelle 7 (Fortsetzung)

| Verbrauch | Spital, Maternité und Personalhäuser |
|---|--------------------------------------|
| Elektrischer Strom für Licht, Kraft und Wärme | 8 519 900 kWh |
| Heizöl, mittel | 3 369 640 l |
| Wasser | 274 436 m ³ |
| Erdgas* | 10 922 m ³ |

In der kantonalen Zentralwäscherei wurden 696 080 kg* Trockenwäsche gewaschen.

* Nur Spital, ohne Maternité und Personalhäuser

Gesundheitsinspektorat

Tabelle 1 Bauhygiene Mängelbeanstandungen 1975

| | 1 | 2 | 3 |
|--|-------|-----|-----|
| 1. Fussböden, Wände, Decken schadhaft oder unhygienisch | 327 | 22 | 54 |
| 2. Benützungsverbote, vorschriftswidrige Räume | 43 | 3 | 6 |
| 3. Wärmeschutzvermögen von Raumumfassungen ungenügend | — | — | — |
| 4. Sanitäre Installationen defekt oder ungenügend | 15 | 6 | 13 |
| 5. Fensterbelichtungs- und -belüftungsflächen zu klein | 30 | 6 | 6 |
| 6. Wirtschaftsbuffet oder doppelte Spültröge fehlen, defekt | 4 | — | — |
| 7. Aborte fehlen, keine Geschlechtertrennung, unhygienisch, vorschriftswidrige Zugänge | 190 | — | — |
| 8. Küchen zu klein | 21 | — | — |
| 9. Raumhöhen und Bodenflächen ungenügend | 10 | 3 | — |
| 10. Feuchte Räumlichkeiten | 12 | 8 | 1 |
| 11. Heizeinrichtungen fehlen oder ungenügend | 3 | 13 | 3 |
| 12. Beleuchtung ungenügend | 6 | — | — |
| 13. Unordnung und Unsauberkeit in Räumen, Wirtschaftsküchen | 10 | 9 | 3 |
| 14. Kochstellen nicht in Küchen, keine Entlüftung | — | — | 1 |
| 15. Garderoben und Waschgelegenheit für Personal fehlt | 102 | — | — |
| 16. Ventilationsanlagen fehlen, ungenügend oder defekt | 427 | — | — |
| 17. Überbevölkerung, Familien mit Kindern in Einzelzimmern | — | 4 | 6 |
| 18. Dächer und Dachrinnen defekt | 1 | 3 | — |
| 19. Haustiere, Belästigungen | 2 | 2 | 2 |
| 20. Immissionen: Übelgeruch, Staub, Rauch, Lärm usw. | 12 | 9 | — |
| 21. Unratablagerungen im Freien, Abbruchautos, fehlende Container | 3 | 12 | — |
| 22. Unfallgefahren durch defekte Bauteile, Installationen | 5 | — | — |
| 23. Mobiliar defekt oder unhygienisch | — | — | — |
| 24. Waschküchen fehlen | — | 1 | 5 |
| 25. Besonnung ungenügend | — | — | — |
| 26. Keine Trennung zwischen Wirtschafts- und Wohnräumen | — | — | — |
| 27. Lagerräume ungenügend oder fehlend | — | — | — |
| 28. Grill, Getränkeautomaten vorschriftswidrig | — | — | — |
| Total der Beanstandungen | 1 223 | 101 | 101 |

1 = Wirtschaften

2 = Wohnungen

3 = Ausländerunterkünfte

Tabelle 2 Bauhygiene Tätigkeit 1975

| | 1975 | 1974 |
|--|-------|-------|
| <i>Wohnungen</i> | | |
| Inspektionen | 440 | 501 |
| Nachinspektionen | 46 | 110 |
| Total Geschäfte | 437 | 611 |
| Beanstandungen | 101 | 428 |
| <i>Ausländerunterkünfte</i> | | |
| Inspektionen | 535 | 620 |
| Nachinspektionen | 31 | 37 |
| Wohnräume | 170 | 610 |
| Personen | 218 | 1 036 |
| Beanstandungen | 101 | 250 |
| <i>Wirtschaften</i> | | |
| <i>Baulich</i> | | |
| Inspektionen | 530 | 502 |
| Nachinspektionen | 192 | 128 |
| Besichtigungen und Baukontrolle | 31 | 37 |
| Abnahme von Neu- und Umbauten | 65 | 72 |
| Ausmessungen | 90 | 90 |
| Patentgesuche | 288 | 282 |
| Gesuche für Festwirtschaften | 65 | 49 |
| Tanzeignungsgesuche | 5 | 9 |
| Total Geschäfte | 1 262 | 1 169 |
| Beanstandungen | 1 223 | 700 |
| <i>Ventilationstechnisch</i> | | |
| Inspektionen, Besichtigungen | 122 | 188 |
| Nachinspektionen, Abnahme von Neu- und Umbauten | 56 | 75 |
| Planbegutachtungen | 71 | 95 |
| Kontrollmessungen | 40 | 36 |
| Besprechungen | 123 | 97 |
| Total Geschäfte | 412 | 491 |
| Beanstandungen, Küchen, Ausschanklokale usw. | 427 | 146 |
| <i>Planbegutachtungen</i> | | |
| Baupolizei | 266 | 331 |
| Kantonale Finanzdirektion und Wirtschaftspolizei | 65 | 64 |
| Private | 47 | 45 |
| Planbesprechungen | 398 | 377 |
| Behandelte Einsprachen | 21 | 9 |
| Total Geschäfte | 731 | 826 |

Tabelle 3 Gewerbehygiene

| Tätigkeit | Garage- Lüftungen, Autoeinstell- räume | Klima- anlagen, Lüftungen in Neu- und Um- bauten | Coiffeure, Kosmetik, Massage, Sauna, Pedicure, Fitness Center | Hunde- salons | Maler, Auto- spritzen Lackieren, Kunststoff | Textilien, Leder, Pelze | Hand- werk Betriebe allg. | Diverse Betriebe | Auto- gewerbe | Kontr. für Gift- bezug | Schrott- lager- plätze | Total |
|--|---|---|---|------------------|---|-------------------------------|------------------------------------|---------------------|------------------|---------------------------------|------------------------------|--------------|
| Planbegutachtungen von Neuanlagen und Umbauten | 58 | 82 | — | — | 2 | — | 9 | — | — | — | — | 151 |
| Projektbesprechungen | 48 | 80 | 5 | — | — | — | 3 | 2 | — | — | — | 138 |
| Abnahmen von Neuanlagen | 49 | 12 | 1 | — | — | — | — | — | — | — | — | 62 |
| Kontrollen mit Leistungsmessung | 110 | 4 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 114 |
| Kontrollen allgemein | 222 | 12 | 627 | 3 | 84 | 6 | 19 | 28 | 76 | 8 | 9 | 1 094 |
| Nachkontrollen | 32 | — | 18 | — | 12 | — | 10 | 3 | — | — | — | 75 |
| Klagenbearbeitung | — | 45 | — | — | 11 | — | 14 | 16 | 4 | — | — | 90 |
| Beanstandungen | 30 | 38 | 12 | — | 8 | — | — | — | — | — | — | 88 |
| Beratungen | 128 | 92 | 20 | — | 15 | — | 19 | 5 | — | — | — | 279 |
| Besprechungen | 42 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 42 |
| Vernehmlassungen für Bauhygiene | — | 9 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 9 |
| Stellungnahmen zu Einsprachen | — | 1 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 1 |
| Geschäfte total | | | | | | | | | | | | 2 143 |

Telefonische Auskünfte, vorwiegend Lüftungstechnische Probleme betreffend, ca. 1400

Tabelle 4 Tankkontrolle und Ölfeuerungen

| | 1975 | 1974 |
|---|--------|---------|
| Anzahl der Tankanlagen | 26 446 | 26 284* |
| Ausbau wegen Defekten | — | 882 |
| Neuanlagen | + | 1 044 |
| Gemeldete defekte Anlagen | 1 005 | 984 |
| davon nach TTV saniert | 123 | 112 |
| Eingegangene und beh. Revisionsrapporte | 3 280 | 3 365 |
| Abnahme neuer Anlagen | 755 | 318 |
| davon Beanstandungen | 31 | 11 |
| Bestehende Anlagen kontrolliert | 354 | 472 |
| davon Beanstandungen | 117 | 162 |
| Öl- und Treibstoffunfälle, Überfüllungen | 44 | 46 |
| Technische Beratungen, Augenscheine, Expertisen | 2 479 | 2 118 |
| | 1975 | 1974 |
| Klagen wegen Übelgeruch der Ölfeuerungen | 313 | 265 |
| Anzahl Messungen zur Behandlung der Klagen | 839 | 1 029 |
| davon Beanstandungen | 379 | 427 |
| Routinemessungen | 9 073 | 4 612 |
| davon Beanstandungen | 2 740 | 1 393 |
| Nachkontrollen | 3 952 | 2 313 |
| Total ausgeführte Messungen | 13 864 | 7 954 |
| Total beanstandete Feuerungen | 3 119 | 1 820 |

* = berichtigte Zahl

Tabelle 5 Lufthygiene

| | 1975 | 1974 |
|--|------|------|
| Klagen wegen Belästigungen durch Rauch, Russ, Staub und Geruch | 101 | 84 |
| Kontrollen | 291 | 216 |
| Bearbeitete Klagen | 183 | 164 |

Tabelle 6 Lärmbekämpfung

| | 1975 | 1974 |
|---|------|------|
| Verkehrslärm, Anzahl der Messungen | 180 | 190 |
| Bauakustische Messungen | 35 | 31 |
| Kontrollen und Messungen über Lärmbelästigungen | 41 | 43 |
| Technische Berichte | 72 | 81 |
| Beratungen und Besprechungen | 108 | 112 |

Tabelle 7 Sommerbadanlagen

| Bad | Einzel- billette | Dreh- kreuze | Abonne- mente | Unent- geltlich | Zusammen | |
|----------------|---------------------|-----------------|------------------|--------------------|------------------|------------------|
| | | | | | 1975 | 1974 |
| Allenmoos | 43 974 | 7 232 | 43 033 | 22 820 | 117 059 | 133 013 |
| Auhof | 31 288 | 3 726 | 21 102 | 14 059 | 70 175 | 86 012 |
| Letzigraben | — | 79 759 | 43 448 | 28 442 | 151 649 | 184 344 |
| Heuried | 43 829 | 2 638 | 33 585 | 17 960 | 98 012 | 112 722 |
| Mythenquai | 52 235 | 812 | 38 784 | 7 236 | 99 067 | 81 447 |
| Tiefenbrunnen | 72 440 | 4 600 | 44 862 | 5 528 | 127 430 | 123 550 |
| Wollishofen | 8 301 | — | 11 026 | 6 643 | 25 970 | 29 458 |
| Seebach | — | 63 636 | 36 367 | 28 072 | 128 075 | 163 808 |
| Enge | 12 815 | — | 18 003 | — | 30 818 | 33 846 |
| Stadthausquai | — | — | — | 14 835 | 14 835 | 14 737 |
| Utoquai | — | 18 220 | 28 459 | 4 026 | 50 705 | 45 650 |
| Schanzengraben | — | — | — | 13 252 | 13 252 | 18 173 |
| Oberer Letten | geöffnet ab 2. Juli | — | — | 37 720 | 37 720 | 46 610 |
| Unterer Letten | — | — | — | 87 818 | 87 818 | 80 463 |
| Au-Höngg | — | — | — | 11 063 | 11 063 | 11 721 |
| Katzensee | — | — | — | 108 135 | 108 135 | 138 250 |
| Total | 264 882 | 180 623 | 318 669 | 407 609 | 1 171 783 | 1 303 804 |

Tabelle 8 Hallenbäder

| | Bungertwies | Altstetten | City | Total 1975 | Total 1974 |
|-------------------------------|---------------|----------------|----------------|----------------|----------------|
| Erwachsene | | | | | |
| inkl. Militär und Polizei | 54 833 | 161 631 | 230 792 | 447 256 | 525 059 |
| Kinder | 16 338 | 96 679 | 40 651 | 153 668 | 193 709 |
| Volksschule | 21 598 | 38 386 | 33 851 | 93 835 | 89 220 |
| Diverse Schulen und Studenten | 5 343 | 5 674 | 14 921 | 25 938 | 17 688 |
| Total Badegäste | 98 112 | 302 370 | 320 215 | 720 697 | 825 676 |
| Betriebstage | 351 | 337 | 335 | — | — |
| Tagesdurchschnitt Badegäste | 280 | 897 | 956 | 2 133 | 2 441 |

Tabelle 9 Sanität

| | 1975 | 1974 |
|---|------------|------------|
| Dienstverrichtungen | 17 029 | 17 137 |
| Erste-Hilfe-Leistungen | 68 | 86 |
| Dienstleistungen bei | | |
| – Brandfällen | 71 | 34 |
| – Explosionen | 6 | 5 |
| – Festlichkeiten und Schulvorstellungen | 21 | 18 |
| – Demonstrationen | 1 | 1 |
| Fahrleistungen der Krankenwagen | 282 100 km | 275 800 km |
| Wagenbestand am 31. Dezember 1975 | | |
| Krankenwagen | 17 | 16 |
| Kardiomobil | 1 | 1 |
| Personenwagen für Krankentransporte | 3 | 3 |
| Jeep | 1 | 1 |
| Leichenwagen | 1 | 1 |
| Ford-Taunus-Bus | 1 | 1 |
| Motorschlitten | 1 | 1 |

Tabelle 10 Wohnungsnachweis

| | Angemeldet 1975 | 1974 | Abgemeldet 1975 | 1974 |
|--|--------------------|-------|--------------------|-------|
| Wohnungen mit eigener Küche, <i>unmöbliert</i> | 5 216 | 4 838 | 4 633 | 4 636 |
| Wohnungen mit eigener Küche, <i>möbliert</i> | 220 | 113 | 154 | 102 |
| Wohnungen mit gewerblichen Räumen | – | 2 | – | 2 |
| Gewerbliche Räume | 28 | 21 | 25 | 15 |
| Möblierte Zimmer | 3 260 | 2 587 | 2 822 | 2 294 |
| Unmöblierte Zimmer | 96 | 88 | 84 | 83 |
| Gesamtzahl der Mietobjekte | 8 820 | 7 649 | 7 718 | 7 132 |

Der Wohnungsnachweis der Stadt Zürich wurde von ca. 10 000 Personen aufgesucht. Ferner wurden ca. 9000 telefonische Anfragen beantwortet.

Tabelle 11 Schädlingsbekämpfung

| | 1975 | 1974 |
|---|-------|-------|
| Kontrolle und Verrichtungen | 386 | 490 |
| Rattenbekämpfungen | 1 057 | 921 |
| Bekämpfung von Mücken, Wanzen, Wespen usw. (in 2974 Wasserfässern der Familiengärten im Sommer und 396 Kellern im Winter) | 3 327 | 4 654 |

Tabelle 12 Bedürfnisanstalten

| | 1975 | 1974 |
|---|----------------|----------------|
| Abort- und Pissoiranlagen | 84 | 83 |
| Pissoiranlagen | 26 | 27* |
| Benützer der Bedürfnisanstalten mit Kontaktzählern | 1 700 168 | 1 874 412 |
| davon Benützer der Bahnhofunterführung | 874 457 | 926 121 |
| Einnahmen der Bedürfnisanstalten total | Fr. 331 200.85 | Fr. 362 330.75 |
| davon in der Bahnhofunterführung | Fr. 202 995.40 | Fr. 218 330.50 |

* berichtigte Zahl

Abfuhrwesen**Tabelle 1** *Sammelbetrieb / Hauskehrichtabfuhr (Säcke und Container)*

| | 1975 | 1974 | Zuwachs oder Abgang |
|-----------------------------------|-----------|-----------|------------------------|
| Abgeführte Menge: | | | |
| Kehricht in Säcken und Containern | 116 076 t | 117 467 t | - 1 391 t |
| Anzahl Einwohner am 1. April | 397 270 | 405 559 | - 8 289 |
| Anfall pro Einwohner und Jahr | 274 kg | 289 kg | - 15 kg |

Tabelle 2 *Total Abfälle 1975*

| | Anzahl der Gefässe usw. | | Anfall in m ³ | | Anfall in Tonnen | |
|---|----------------------------|-----------|-----------------------------|---------|---------------------|---------|
| | 1975 | 1974 | 1975 | 1974 | 1975 | 1974 |
| 1. Durch Sammelbetrieb den Verbrennungsanlagen zugeführt: | | | | | | |
| Kehricht in Säcken und Containern (spez. Gewicht = 140 kg/m ³) | - | - | 829 000 | 839 000 | 116 077 | 117 467 |
| Anzahl der geleerten Container | 1 038 000 | 1 034 000 | - | - | - | - |
| Kehricht in Wechseltonnen (Hotel und Geschäft / Öl und Karbid) | 18 698 | 23 083 | 1 309 | 1 616 | 920 | 695 |
| Sperrgut und Volumenkehricht | | | | | | |
| a) Gratis-Sperrgut Aufträge | 7 527 | 8 609 | 8 838 | 9 992 | 6 081 | 8 572 |
| b) Gebührenpflichtiges Sperrgut und Kehricht Aufträge | 10 163 | 11 918 | 16 563 | 26 953 | | |
| 2. Durch Dritte zugeführt: | | | | | | |
| Von Privaten (175 kg/m ³) | - | - | 225 126 | 216 590 | 39 396 | 37 904 |
| Von Gemeinden (175 kg/m ³) | - | - | 245 034 | 280 300 | 42 881 | 49 054 |
| 3. Altöl: | | | | | | |
| a) Aus Benzin- und Ölabscheidern | - | - | - | - | 1 189 | 1 518 |
| b) Von Privaten zugeführt | - | - | - | - | 1 399 | 2 019 |
| 4. Durch Sammelbetrieb abgelagert: | | | | | | |
| Schlacken und Asche aus Zentral- heizungen (1 WT zu 65 l) | | | | | | |
| a) Auswechslung ab Heizung | 18 866 | 18 968 | - | - | - | - |
| b) Auswechslung ab Strasse (0,8 t pro m ³) | 16 349 | 18 087 | - | - | - | - |
| | 35 215 | 37 055 | 2 289 | 2 409 | 1 359 | 1 465 |
| c) Offen ab Silos | - | - | 38 | 33 | 23 | 20 |
| Gartenabraum im Abonnement | - | - | 15 909 | 14 185 | 3 595 | 2 844 |
| Bediente Liegenschaften | 12 498 | 12 408 | - | - | - | - |
| Gebührenpflichtige Aren | 56 505 | 55 826 | - | - | - | - |

Tabelle 3 Kehrlichtverbrennungsanlagen

| | KVA 1 Josefstrasse | | KVA 2 Hagenholz | |
|----------------------------------|--------------------------|---------------|--------------------|----------------|
| | 1975 | 1974 | 1975 | 1974 |
| Verbrannter Kehrlicht | 26 960 t | 46 489 t | 188 375 t | 169 662 t |
| Dampferzeugung mit Kehrlicht | 54 913 t | 97 457 t | 445 768 t | 437 627 t |
| Verdampfungsziffer | 2,25 | 2,3 | 2,45 | 2,5 |
| Andere Brennstoffe: | | | | |
| – Öl | 433 t | 1 059 t | 1 220 t | 820 t |
| – Gas | 1 357 000 m ³ | – | – | – |
| Dampferzeugung mit Öl und Gas | 28 626 t | 13 756 t | 17 048 t | 11 487 t |
| Wärmeproduktion | 30 815 Mio WE | 30 575 Mio WE | 120 502 Mio WE | 124 898 Mio WE |
| Stromproduktion | 1 466 600 kWh | 4 859 900 kWh | 40 726 870 kWh | 34 697 540 kWh |

Tabelle 4 Fleischmehlbetrieb

Verarbeitung von Schlachthofabfällen, Konfiskaten, Kadavern und Schlachthofblut

| | 1975 kg | 1974 kg |
|--|------------|------------|
| Vom Sammelbetrieb zugeführt | 4 390 580 | 4 671 280 |
| Von verschiedenen Gemeinden und Privaten eingeliefert | 287 835 | 225 060 |
| Total Abfälle | 4 678 415 | 4 896 340 |
| In der Kehrlichtverbrennung vernichtet | 11 400 | 21 200 |
| Im Fleischmehlbetrieb verarbeitet | 4 667 015 | 4 875 140 |
| Produktion: | | |
| Tierkörpermehl | 864 050 | 841 600 |
| Fett | 751 020 | 759 000 |

Schlachthof und Fleischschau

Tabelle 1 Schlachtungen (nur Schlachthof)

| Gattung | 1975 | 1974 | Zunahme | Abnahme |
|----------------------------------|------------|------------|---------|-----------|
| Stiere | 10 419 | 10 306 | 113 | – |
| Ochsen | 2 952 | 2 770 | 182 | – |
| Kühe | 7 595 | 9 292 | – | 1 697 |
| Rinder | 4 288 | 4 738 | – | 450 |
| Total Grossvieh | 25 254 | 27 106 | – | – |
| Kälber | 27 094 | 32 147 | – | 5 053 |
| Schafe | 2 328 | 1 910 | 418 | – |
| Ziegen | 45 | 25 | 20 | – |
| Schweine | 202 775 | 216 242 | – | 13 467 |
| Pferde | 65 | 51 | 14 | – |
| Total | 257 561 | 277 481 | – | 19 920 |
| Gesamtes Fleischgewicht in kg | 25 381 041 | 27 707 192 | – | 2 326 151 |

Tabelle 2 Ergebnisse der Fleischschau von im Schlachthof und kantonalen Tierspital geschlachteten Tieren

| Gattung | Verfügung der Fleischschau | | | | Tiere mit Organveränderungen |
|----------|----------------------------|------------|--------------------|--------------|------------------------------|
| | vollkommen gesund | bankwürdig | bedingt bankwürdig | ungeniessbar | |
| Stiere | 9 065 | 10 407 | 10 | 6 | 1 358 |
| Ochsen | 2 625 | 2 946 | 5 | 1 | 327 |
| Kühe | 3 034 | 7 614 | 72 | 46 | 4 698 |
| Rinder | 3 545 | 4 296 | 16 | 7 | 774 |
| Kälber | 26 120 | 27 050 | 66 | 34 | 1 030 |
| Schafe | 823 | 2 463 | 13 | 9 | 1 662 |
| Ziegen | 48 | 52 | 6 | 1 | 11 |
| Schweine | 168 524 | 200 958 | 1 733 | 324 | 34 491 |
| Pferde | 156 | 174 | – | 41 | 18 |
| Total | 213 940 | 255 960 | 1 921 | 469 | 44 369 |

In dieser Tabelle sind auch die im kantonalen Tierspital geschlachteten 789 Tiere enthalten.

Tabelle 3 Einfuhr von Fleisch und Fleischwaren

| Art | 1975 kg | 1974 kg | Zunahme kg | Abnahme kg |
|---------------|------------|------------|---------------|---------------|
| Grossvieh | 4 888 860 | 4 641 144 | 247 716 | – |
| Kälber | 2 279 324 | 2 131 334 | 147 990 | – |
| Schafe | 480 704 | 532 637 | – | 51 933 |
| Ziegen | 8 490 | 14 852 | – | 6 362 |
| Schweine | 5 750 694 | 5 368 685 | 382 009 | – |
| Pferde | 101 204 | 104 773 | – | 3 569 |
| Kaninchen | 353 925 | 471 850 | – | 117 925 |
| Geflügel | 5 149 014 | 5 299 316 | – | 150 302 |
| Wild | 167 810 | 169 164 | – | 1 354 |
| Fische | 1 678 175 | 1 773 711 | – | 95 536 |
| Andere Tiere | 292 056 | 276 987 | 15 069 | – |
| Fleischwaren* | 6 593 654 | 7 274 306 | – | 680 652 |
| Därme | 43 160 | 68 915 | – | 25 755 |
| Total | 27 787 070 | 28 127 674 | – | 340 604 |

* davon Dauerfleischwaren 2 516 890 kg

Tabelle 4 Untersuchungen im Laboratorium

| Art der Untersuchungen | Positiv | Negativ | Total |
|---|---------|---------|-------|
| 1. Bakteriologische Fleischschau | 195 | 86 | 281 |
| 2. Bakteriologische und chemische Untersuchungen von: | | | |
| a) Fleisch, Blut, Plasma, Organe, tischfertigem Fleisch | 90 | 276 | 366 |
| b) gehacktem Fleisch | 99 | 288 | 387 |
| c) Fleischwaren | 7 | 65 | 72 |
| d) Geflügel | 10 | 3 | 13 |
| e) Fischen und Krustentieren | – | 4 | 4 |
| f) anderem Material, Betriebskontrolle, Kundenreklamationen und Stuhlproben | 20 | 728 | 748 |
| 3. Parasitologische Untersuchungen | – | 43 | 43 |
| 4. Mikrobiologische Tests zum Nachweis der Hemmstoffe / Fleisch und Organe | 262 | 2 242 | 2 504 |
| 5. Sektionen der umgestandenen Tiere | – | – | 262 |
| Zusammen | 683 | 3 735 | 4 680 |

Isolierung von Salmonellen: 11mal Pferdefleisch (Import), 10mal Geflügelfleisch, 4mal Stuhlproben, 1mal Kalb

Isolierte Salmonellen: 8mal S.heidelberg, 5mal S.anatum, 5mal S.good, 3mal S.derby, 3mal S.enteritidis, 1mal S.panama, 1mal S.typhi-murium

Chemisches Laboratorium

Tabelle 1 Laboratorium

| | 1975 | 1974 | Beanstandungen | |
|---|----------|--------|----------------|-----------|
| | | | 1975 % | 1974 % |
| Gesamtzahl der Proben | 14 246 | 14 302 | 4,0 | 4,8 |
| Trinkwasser | 3 520 | 3 507 | 7,4 | 11,9 |
| Badewasser | 756 | 615 | 2,5 | 5,7 |
| Milch | 2 540 | 2 643 | 1,4 | 2,0 |
| Milchprodukte | 538 | 403 | 14,3 | 9,9 |
| Obst und Gemüse, frisch | 802 | 733 | 5,4 | 4,9 |
| Wein und Spirituosen | 239 | 244 | 10,7 | 5,7 |
| * Metall-Bestimmungen in Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen (Keramik-Geschirr) mittels Atomabsorption: | | | | |
| a) Lebensmittel | 2 400 | – | – | – |
| b) Gebrauchsgegenstände | 534 | – | – | – |
| Gesamtzahl der Pestizidprüfungen | 1 045 | 1 016 | – | – |
| Gesamtzahl der mikrobiologischen Prüfungen (ohne Wasser) | 1 823 | 1 618 | – | – |
| Gesamtzahl der Radioaktivitätsprüfungen | 49 | 44 | – | – |
| Nichtkontrollpflichtige Objekte i. S. der Lebensmittelverordnung | 4 687 | 5 162 | – | – |
| Pilzkontrolle auf Märkten (kg) | 3 0865,5 | 29 939 | 81,3 kg | 41,3 kg |
| Pilzkontrolle an Wochenenden (kg) | 2 624 | 1 331 | 684 kg | 473 kg |

* neu aufgeführte Positionen

Tabelle 2 Lebensmittelinspektorat

| | 1975 | 1974 |
|---|-------|-------|
| <i>Amthandlungen</i> | | |
| Bäckereien, Konditoreien, Ablagen | 595 | 640 |
| Wirtschaften, Hotels, Tea-Rooms, Speisewagen, Schiffe | 1 297 | 1 193 |
| Pensionen, Kantinen | 246 | 232 |
| Milchproduzenten, Gärtnereien, Samenhandlungen | 258 | 359 |
| Spezerei-, Weinhandlungen, Milchgeschäfte, Reformhäuser usw. | 1 754 | 1 693 |
| Metzgereien, Traiteur-, Delikatessgeschäfte | 146 | 151 |
| Fabrikationsbetriebe, Lager-, Kühlhäuser, Mühlen usw. | 544 | 558 |
| Märkte, Warenhäuser, Drogerien, Kosmetiksalons usw. | 776 | 791 |
| Kioske, LM-Automaten, Tabak-, Spielwarengeschäfte usw. | 348 | 267 |
| Herstellerbetriebe für Aerosole, Gifte, Insektizide usw. | 376 | 388 |
| Diverse andere Betriebe | 1 760 | 1 831 |
| Befundaufnahmen, Bewilligungen, Betriebsabnahmen usw. | 218 | 221 |
| Im ganzen | 8 318 | 8 324 |
| <i>Ergebnisse</i> | | |
| Probenerhebungen: | | |
| – offene Konsummilch | 1 785 | 1 918 |
| – pasteurisierte und Vorzugsmilch | 735 | 746 |
| – Milch für Pestizidnachweis | 94 | 139 |
| – andere Lebensmittel, Gebrauchs- und Verbrauchsgegenstände, inkl. Giftstoffe | 2 326 | 2 409 |
| Inspektionsrapporte | 339 | 402 |
| Beanstandungsgründe | 1 244 | 1 793 |
| <i>Verfügungen des Lebensmittelinspektors</i> | | |
| Strafüberweisungen an Bezirksanwaltschaft | 2 | 1 |
| – an Statthalteramt | 18 | 14 |
| – an Vorstand des Gesundheits- und Wirtschaftsamtes | 35 | 33 |
| Schriftliche Verwarnungen | 259 | 342 |
| Überweisungen an andere Behörden | 130 | 103 |
| Verschiedene (Erteilung von Fristen, Bewilligungen usw.) | 1 775 | 2 349 |
| Im ganzen | 2 219 | 2 842 |

Arbeitsamt

Tabelle 1 Arbeitsmarktlage nach Berufsgruppen

| Berufsgruppen | Stellensuchende Mittel aus den Stichtag- ergebnissen | im ganzen* | Offene Stellen* | Stellen- beset- zungen | Stellen- suchende auf 100 offene Stellen | Beset- zungen auf 100 Stellen- suchende |
|--|--|---------------|--------------------|------------------------------|--|---|
| <i>Männer</i> | | | | | | |
| Landwirtschaft, Gärtnerei | 2 | 32 | 71 | 25 | 45 | 78 |
| Nahrungs- und Genussmittel | 5 | 40 | 41 | 12 | 98 | 30 |
| Bekleidung, Leder, Gummi | 6 | 62 | 21 | 5 | 295 | 8 |
| Bauten und Baustoffe | | | | | | |
| – Gelernte | 55 | 434 | 251 | 103 | 173 | 24 |
| – Ungelernte | 4 | 113 | 295 | 96 | 38 | 85 |
| Holz, Kork, Wohnungsausstattungen | 28 | 253 | 74 | 25 | 342 | 10 |
| Textilindustrie | – | 2 | 3 | 1 | 67 | 50 |
| Graphisches Gewerbe | 58 | 261 | 68 | 51 | 384 | 20 |
| Metall, Maschinen | | | | | | |
| – Gelernte | 156 | 911 | 334 | 154 | 273 | 17 |
| – Ungelernte | 3 | 26 | 23 | 14 | 113 | 54 |
| Übrige Gewerbe und Industrien | 6 | 47 | 15 | 7 | 313 | 15 |
| Handel und Verwaltung | | | | | | |
| – Gelernte | 98 | 635 | 228 | 91 | 279 | 14 |
| – Ungelernte | 4 | 26 | 13 | 9 | 200 | 35 |
| Gastwirtschaft | 16 | 143 | 145 | 62 | 99 | 43 |
| Verkehr | 29 | 198 | 138 | 66 | 143 | 33 |
| Freie und gelehrte Berufe, Gesundheitspflege | 18 | 111 | 21 | 5 | 529 | 4 |
| Technische Berufe | 73 | 465 | 77 | 39 | 604 | 8 |
| Übrige Berufsarten | 145 | 793 | 355 | 159 | 223 | 20 |
| Im ganzen | 706 | 4 552 | 2 173 | 924 | 209 | 20 |

* Übertrag vom Vorjahr und Neumeldungen

| | | | | | | |
|--|-----|-------|-----|-----|-------|----|
| <i>Frauen</i> | | | | | | |
| Bekleidung, Leder, Gummi | 15 | 111 | 114 | 20 | 97 | 18 |
| Textilindustrie | – | – | – | – | – | – |
| Graphisches Gewerbe | 9 | 53 | 9 | 7 | 589 | 13 |
| Handel und Verwaltung | 104 | 773 | 423 | 123 | 183 | 16 |
| Gastgewerbe | 8 | 76 | 141 | 42 | 54 | 55 |
| Freie und gelehrte Berufe, Gesundheitspflege | 16 | 121 | 11 | 4 | 1 100 | 3 |
| Haushalt | 2 | 34 | 36 | 10 | 94 | 29 |
| Übrige Berufe | | | | | | |
| – Gelernte | 13 | 111 | 37 | 26 | 300 | 23 |
| – Ungelernte | 31 | 202 | 106 | 41 | 191 | 20 |
| Im ganzen | 198 | 1 481 | 877 | 273 | 169 | 18 |

* Übertrag vom Vorjahr und Neumeldungen

Tabelle 2 Ganzarbeitslose und offene Stellen nach Monaten

| Monate | Ganzarbeitslose am Stichtag | | | | | | Offene Stellen | |
|--------------|-----------------------------|------|--------|------|--------|------|----------------|------|
| | Insgesamt | | Männer | | Frauen | | 1975 | 1974 |
| | 1975 | 1974 | 1975 | 1974 | 1975 | 1974 | 1975 | 1974 |
| Januar | 144 | 11 | 120 | 10 | 24 | 1 | 83 | 131 |
| Februar | 205 | 9 | 173 | 1 | 32 | 8 | 119 | 139 |
| März | 255 | 10 | 223 | 1 | 32 | 9 | 169 | 158 |
| April | 394 | 7 | 330 | 2 | 64 | 5 | 50 | 110 |
| Mai | 527 | 10 | 440 | — | 87 | 10 | 38 | 102 |
| Juni | 729 | 6 | 617 | — | 112 | 6 | 141 | 113 |
| Juli | 835 | 5 | 682 | 1 | 153 | 4 | 224 | 108 |
| August | 991 | 8 | 794 | — | 197 | 8 | 334 | 98 |
| September | 1 084 | 14 | 860 | 10 | 224 | 4 | 232 | 53 |
| Oktober | 1 389 | 24 | 1 043 | 17 | 346 | 7 | 159 | 73 |
| November | 1 763 | 78 | 1 327 | 67 | 436 | 11 | 153 | 80 |
| Dezember | 2 270 | 89 | 1 695 | 77 | 575 | 12 | 174 | 52 |
| Monatsmittel | 882 | 23 | 692 | 16 | 190 | 7 | 156 | 101 |

Tabelle 3 Erhebung über die Bautätigkeit

| Jahr | Gesamt- bausumme | davon öffentl. Bauten | Wohnungsbau | gewerbliche und industrielle Bauten übriger Bau |
|------|---------------------|--------------------------|-------------|---|
| | | in tausend Franken | | |
| 1969 | 792 227 | 340 828 | 175 695 | 275 704 |
| 1970 | 925 090 | 395 875 | 188 147 | 341 068 |
| 1971 | 1 226 556 | 526 524 | 247 931 | 452 101 |
| 1972 | 1 337 257 | 578 099 | 272 991 | 486 167 |
| 1973 | 1 315 101 | 601 619 | 264 432 | 449 050 |
| 1974 | 1 416 341 | 656 747 | 308 788 | 450 806 |

Tabelle 4 Zählung der kontrollpflichtigen Ausländer (April 1975, ohne Grenzgänger)

| Herkunftsland | Männer | % | Frauen | % | Zusammen | % |
|----------------------|--------|-------|--------|-------|----------|-------|
| Italien | 6 663 | 38,4 | 3 512 | 29,2 | 10 175 | 34,6 |
| Deutschland | 2 057 | 11,8 | 1 416 | 11,8 | 3 473 | 11,8 |
| Österreich | 780 | 4,5 | 482 | 4,0 | 1 262 | 4,3 |
| Frankreich | 132 | 0,8 | 58 | 0,5 | 190 | 0,6 |
| Spanien | 3 385 | 19,5 | 2 765 | 22,9 | 6 150 | 20,9 |
| Verschiedene Staaten | 4 353 | 25,0 | 3 813 | 31,6 | 8 166 | 27,8 |
| Zusammen | 17 370 | 100,0 | 12 046 | 100,0 | 29 416 | 100,0 |

Im August wurden, nach Bewilligungsarten, in der Stadt Zürich gezählt (ohne Grenzgänger)

| Mit Jahresbewilligung | 16 925 | 77,1 | 11 629 | 98,4 | 28 554 | 84,6 |
|-----------------------|--------|-------|--------|-------|--------|-------|
| Saisonarbeiter | 5 025 | 22,9 | 191 | 1,6 | 5 216 | 15,4 |
| Zusammen | 21 950 | 100,0 | 11 820 | 100,0 | 33 770 | 100,0 |

*Tabelle 5 Kontrollpflichtige Ausländer in der Stadt Zürich (einschliesslich Flüchtlinge)
Stand Ende Dezember 1975*

| Berufsgruppen | Männer 1975 | Männer 1974 | Frauen 1975 | Frauen 1974 | Insgesamt 1975 | Insgesamt 1974 |
|-------------------------------------|----------------|----------------|----------------|----------------|-------------------|-------------------|
| Landwirtschaft, Gärtnerei | 124 | 155 | 5 | 10 | 129 | 165 |
| Nahrungs- und Genussmittel | 563 | 663 | 451 | 412 | 1 014 | 1 075 |
| Textilberufe | 86 | 103 | 38 | 62 | 124 | 165 |
| Bekleidung | 301 | 380 | 1 278 | 1 857 | 1 579 | 2 237 |
| Leder und Gummi | 28 | 34 | 35 | 32 | 63 | 66 |
| Papierindustrie | 174 | 210 | 341 | 226 | 515 | 436 |
| Graphische Berufe | 470 | 582 | 26 | 186 | 496 | 768 |
| Chemische und Kunststoffindustrie | 135 | 166 | 17 | — | 152 | 166 |
| Metallbearbeitung | 4 295 | 5 413 | 1 296 | 1 398 | 5 591 | 6 811 |
| Uhrmacherei, Bijouterie | 33 | 34 | 4 | — | 37 | 34 |
| Erden und Steine, Glas | 90 | 135 | — | — | 90 | 135 |
| Bearbeitung von Holz und Kork | 345 | 451 | — | — | 345 | 451 |
| Bauberufe | 1 908 | 2 065 | — | — | 1 908 | 2 065 |
| Verkehrsdienst | 350 | 425 | — | — | 350 | 425 |
| Gastgewerbliche Berufe | 2 666 | 3 264 | 3 608 | 4 685 | 6 274 | 7 949 |
| Hausdienst | 15 | — | 555 | 743 | 570 | 743 |
| Kaufmännische und Büroberufe | 1 677 | 1 850 | 1 939 | 2 369 | 3 616 | 4 219 |
| Technische Berufe | 1 519 | 1 912 | 114 | 166 | 1 633 | 2 078 |
| Gesundheits- und Körperpflege | 430 | 645 | 1 025 | 1 709 | 1 455 | 2 354 |
| Berufe des Geistes- und Kunstlebens | 481 | 510 | 249 | 327 | 730 | 837 |
| Übrige Berufsarten | 1 657 | 2 151 | 508 | 994 | 2 165 | 3 145 |
| Zusammen | 17 347 | 21 148 | 11 489 | 15 176 | 28 836 | 36 324 |

Amt für Sozialversicherung

Tabelle 1 Obligatorische Krankenpflegeversicherung; Bestand der obligatorisch versicherten Kassenmitglieder am Jahresende

| Mitglieder von | Männer | Frauen | Kinder 0–15 Jahre | Total |
|----------------------------------|--------|--------|----------------------|--------|
| Vertragskrankenkassen | 21 995 | 44 614 | 11 341 | 77 950 |
| Nichtvertragskrankenkassen | | | | |
| – mit Beitrag der Stadt | 5 372 | 3 583 | 1 756 | 10 711 |
| – ohne Beitrag der Stadt | 146 | 251 | 52 | 449 |
| Zusammen | 27 513 | 48 448 | 13 149 | 89 110 |
| In Prozenten des Gesamtbestandes | 30,9 | 54,4 | 14,7 | 100 |
| Total 1974 | 27 343 | 49 206 | 13 742 | 90 291 |
| In Prozenten | 30,3 | 54,5 | 15,2 | 100 |

Der Mitgliederbestand verminderte sich innert Jahresfrist um 1181 obligatorisch Versicherte oder um 1,3%.

Tabelle 2 Bestand der ganzjährigen Mitgliedschaften bei den 11 Vertragskrankenkassen nach Alter, Geschlecht und Beitragsgruppen

| Gruppe | Männer | Frauen | Kinder | Jugendliche 16–20 Jahre | | Zusammen |
|----------|--------|--------|------------|-------------------------|--------|----------|
| | | | 0–15 Jahre | männl. | weibl. | |
| I | 9 431 | 21 246 | 3 713 | 866 | 821 | 36 077 |
| II | 4 754 | 10 881 | 3 099 | 585 | 597 | 19 916 |
| III | 5 651 | 10 715 | 4 450 | 683 | 711 | 22 210 |
| Zusammen | 19 836 | 42 842 | 11 262 | 2 134 | 2 129 | 78 203 |
| 1974 | 20 363 | 44 619 | 12 178 | 2 373 | 2 309 | 81 842 |
| Abgang | 527 | 1 777 | 916 | 239 | 180 | 3 639 |

Tabelle 3 Aufwendungen der Stadt für die obligatorische Krankenpflegeversicherung

| | 1975 Fr. | 1974 Fr. |
|--|-------------------|-------------------|
| Beiträge an die Vertragskrankenkassen: | | |
| Ordentl. Beiträge an die Krankenpflegeversicherung | 17 096 802 | 16 052 757 |
| Einmaliger Beitrag gemäss GRB vom 26. Juni 1974 | – | 1 500 000 |
| Aufwendungen für Tuberkulose taggelder | 77 150 | 69 797 |
| Aufwendungen für Stillprämien | 5 145 | 5 355 |
| Vergütung nicht eingegangener Mitgliederbeiträge | 41 923 | 38 725 |
| Betriebskosten | 5 560 | 3 388 |
| Gesamtbezüge der Vertragskrankenkassen | 17 226 580 | 17 670 022 |
| Beiträge an die Nichtvertragskrankenkassen: | | |
| Ordentliche Beiträge | 78 560 | 101 296 |
| Aufwendungen für Tuberkulose taggelder | 10 320 | 9 390 |
| Aufwendungen für Stillprämien | 35 | 210 |
| Gesamtbezüge der Nichtvertragskrankenkassen | 88 915 | 110 896 |
| Total Ausgaben | 17 315 495 | 17 780 918 |
| Diesen Aufwendungen stehen folgende Einnahmen gegenüber: | | |
| Beitrag des Bundes an die Tuberkulose taggelder | 27 288 | 29 003 |
| Einnahmen aus Regressmassnahmen, einschliesslich Gebühren | 8 664 | 6 449 |
| Total Einnahmen | 35 952 | 35 452 |
| Nettoaufwand der Stadt | 17 279 543 | 17 745 466 |

Der Nettoaufwand im Jahre 1975 betrug somit 465 923 Franken weniger als im Vorjahr. Wird der einmalige Beitrag 1974 an das Defizit der Betriebsrechnung 1972 der obligatorischen Versicherung in Abzug gebracht, ergibt sich ein Mehraufwand von 1 034 077 Franken.

Tabelle 4 Soziale Zahnpflege für Jugendliche: Statistik und Kostenverteilung

| Mitwirkende Zahnärzte und Zahnkliniken | Anzahl Untersuchungen und Behandlungen | |
|---|--|---|
| | Unentgeltliche Zahnuntersuchungen | Erforderliche Behandlungen mit städt. Beitrag |
| Vertragszahnärzte | 9 697 | 1 210 |
| Schulzahnkliniken | 1 034 | – |
| Volkzahnklinik und Zahnärztliches Institut der Universität Zürich | 61 | 27 |
| Zahntechniker und Nichtvertragszahnärzte | 14 | – |
| Total | 10 806 | 1 237 |

| Anzahl und Kostenart | Im Berichtsjahr abgerechnete Kosten | | |
|---------------------------|-------------------------------------|----------------|----------------|
| | Anteil Stadt | Anteil Patient | Zusammen |
| | Fr. | Fr. | Fr. |
| 10 760 Zahnuntersuchungen | 218 017 | – | 218 017 |
| 9 113 Röntgenaufnahmen | 262 854 | – | 262 854 |
| 1 237 Behandlungen | 204 499 | 96 274 | 300 773 |
| Total | 685 370 | 96 274 | 781 644 |

Die Nettoaufwendungen der Stadt betragen nach Abzug des kantonalen Beitrages von 122 866 Franken noch 562 504 Franken.

Tabelle 5 Obligatorische Arbeitslosenversicherung; Bestände der Versicherten und Erhebungen des Amtes für Sozialversicherung zur Abklärung der Versicherungspflicht

| | 1975 | 1974 |
|---|---------------|---------------|
| Versicherte Personen | | |
| – bei der Kantonalen Arbeitslosenversicherungskasse in Winterthur | 38 199 | 17 892 |
| – bei privaten und paritätischen Kassen | 27 827 | 12 277 |
| Total in der Stadt Zürich versicherte Personen | 66 026 | 30 169 |
| Davon entfallen auf: | | |
| a) amtliche Zuteilungen | 2 337 | 2 185 |
| b) pflichtige Beiträge | 29 843 | 2 889 |
| c) freiwillige Beiträge | 7 715 | 700 |
| Austritte (Wegzug, Tod, Kündigung usw.) | 4 038 | 2 657 |
| Mitgliederzuwachs | 35 857 | 3 117 |
| Erhebungen zur Abklärung der Versicherungspflicht und -fähigkeit | 68 431 | 57 235 |

Gutsbetrieb und Landwirtschaftswesen

Gutsbetrieb

Tabelle 1 Ausdehnung

| | 1975 in Aren | 1974 in Aren |
|---|-----------------|-----------------|
| Eigenes Land | 8 284 | 8 290 |
| Pachtland | 7 039 | 5 478 |
| Land zur Bewirtschaftung | 1 379 | 2 054 |
| Gesamtfläche | 16 702 | 15 822 |
| Davon verpachtet: | | |
| Sportplätze | 1 403 | 1 096 |
| Familiengärten | 614 | 614 |
| Andere | 1 169 | 1 169 |
| In Regie bewirtschaftet | 13 516 | 12 943 |
| Davon | | |
| Brachland (Rückgabe vom Turn- und Sportamt) | 150 | 400 |
| Baustelle Hardhof | — | 1 000 |
| Natur- und Kunstwiesen | 3 679 | 3 582 |
| Ackerbau | 6 961 | 6 531 |
| Wald | 930 | 930 |
| Hofplätze und Flurstrassen | 500 | 500 |
| Alt- wie Neuübernahme ab 1.11.1975 | 1 296 | |

Tabelle 2 Acker- und Obstbau

| | 1975 | | | 1974 | | |
|---------------------|-------------------|-----------------|------------------|-------------------|-----------------|------------------|
| | Fläche in Aren | Ertrag Total | in kg pro Are | Fläche in Aren | Ertrag Total | in kg pro Are |
| Winterweizen | 1 140 | 38 253 | 33,5 | 1 120 | 45 920 | 41,0 |
| Sommerweizen | 1 000 | 37 534 | 37,5 | 1 300 | 56 053 | 43,1 |
| Wintergerste | 1 020 | 32 893 | 32,2 | 847 | 40 265 | 47,5 |
| Sommergerste | 230 | 6 624 | 28,2 | 430 | 15 600 | 36,2 |
| Hafer | 667 | 24 130 | 36,1 | — | — | — |
| Raps | 330 | 9 496 | 28,7 | 250 | 6 116 | 24,4 |
| Bohnen | 660 | 53 205 | 80,6 | 600 | 44 236 | 73,7 |
| Körnermais | 260 | 20 800 | 80,0 | 424 | 36 100 | 85,1 |
| Mais für Silo | 1 214 | — | — | 1 120 | — | — |
| Karotten im Vertrag | 440 | — | — | 440 | — | — |
| Obst | — | 10 000 | — | — | 16 100 | — |

Tabelle 3 Tierhaltung

| | 1975 | 1974 |
|--------------------------------|---------|---------|
| Viehhaltung: | | |
| Bestand an Stieren | 2 | 1 |
| Bestand an Kälbern | 10 | 17 |
| Bestand an Kühen und Rindern | 112 | 104 |
| Milchproduktion in Litern | 345 917 | 318 472 |
| Schweinehaltung: | | |
| Bestand an Schweinen | 648 | 874 |
| Total Verkäufe Mastschweine | 1 069 | 330 |
| Schlachtgewicht in kg je Stück | 76,0 | 78,7 |
| Erlös pro Stück in Fr. | 408,00 | 441,00 |
| Erlös je kg in Fr. | 5,37 | 5,60 |

Tiefbauamt

Allgemeines

Der allgemeine Trend im Tiefbau, die Verlagerung vom Strassenbau auf Bauten des Umweltschutzes in einem weiten Sinn, hat auch 1975 angehalten. So haben die Stimmbürger am 2. März im Verhältnis zwei zu eins eine Parkhaus-Vorlage in Oerlikon abgelehnt, im Verhältnis zehn zu eins dagegen dem Kredit von 45 Mio Franken für die Sanierung der Kanäle in der Altstadt zugestimmt. Deutlich angenommen wurde auch ein Kredit von 11,8 Mio Franken für den Umbau des Paradeplatzes, ein Projekt, das namhafte Verbesserungen für das Tram und die Fussgänger bringt, während der motorisierte Verkehr vom Paradeplatz praktisch verbannt wird.

Nach der Überwindung verschiedener Schwierigkeiten konnte mit dem Bau der Verlängerung der Tramlinie 4 ins Bändliquartier begonnen werden. Mit dem Sektor Münsterhof wurde die erste Etappe der Kanalsanierung in der Altstadt in Angriff genommen. Für den weiteren Ausbau der Kläranlage Werdhölzli hat der Gemeinderat einen Projektierungskredit von 9,7 Mio Franken erteilt. Um schon jetzt die Abflussqualität zu verbessern, sind sogenannte Sofortmassnahmen ergriffen worden. Grössere Kredite beschloss der Gemeinderat ausserdem für die Anpassung des für die U-Bahn vorgesehenen Tunnels nach Schwamendingen an den Trambetrieb und für ein separates seitliches Tramtrasse in einem Teilstück der Schaffhauserstrasse.

Bereinigt wurden die Projekte für eine neue Quaibrücke und die Überführung Zehntenhausstrasse, die voraussichtlich 1976 als Gegenvorschläge zu zwei entsprechenden Volksinitiativen zur Abstimmung gelangen sollen. Intensive Vorarbeiten wurden schliesslich für das Projekt «Lärmschutz an der Westtangente» geleistet. Als entscheidender Schritt im Strassenbau auf Stadtgebiet ist einzig der Baubeginn am Milchbucktunnel zu vermerken.

Nationalstrassen

Im Februar genehmigte das Eidgenössische Departement des Innern das Ausführungsprojekt für den sechsspurigen Milchbucktunnel, und anfangs September wurde mit den Bauarbeiten für die Oströhre vom Tierspital bis zur Wasserwerkstrasse begonnen, nachdem vom Bund zur Bekämpfung der Rezession im Tiefbau zusätzliche Geldmittel für den Nationalstrassenbau freigestellt worden sind. Die Bauarbeiten begannen mit dem Aushub im Bereich der Tagbaustrecke Nord des Tunnels. Eine beinahe 20jährige Planungsphase um den Milchbucktunnel hat damit ihren Abschluss gefunden.

In den Baulosen östlich des Milchbucktunnels ist die stadteinwärts führende Tunnelröhre unter der Winterthurerstrasse, zwischen Überland- und Berninastrasse, im Rohbau fertig erstellt worden. Beim Strassentunnel für die Gegenrichtung ist mit den Vorarbeiten begonnen worden, nachdem der Gemeinderat am 25. Juni 1975 einen Kredit von 6,36 Mio Franken für bauliche Ergänzungen am Tramtunnel nach Schwamendingen erteilt hatte.

Aufgenommen wurden die Arbeiten am grosskalibrigen, vom Tierspital zur Glatt führenden Meteorwasserkanal, der vom Kanton für die Entwässerung der Nationalstrasse und des Strickhofareals erstellt wird und in den sich die Stadt mit einem Beitrag von 2,57 Mio Franken «eingekauft» hat.

Für den Bau der Nordumfahrung von Zürich wurde das Planauflegeverfahren durchgeführt; es gingen über 100 Einsprachen ein. Erst nach deren Behandlung kann das Ausführungsprojekt genehmigt werden.

Städtische Strassen- und Wasserbauten

Für die *Zehntenhausstrasse* sind zwei Projekte ausgearbeitet worden, das eine im Sinne der Volksinitiative (zweispurige Unterführung unter der Bahnlinie), das andere als Gegenvorschlag (zweispurige Überführung). Die Abstimmung soll 1976 stattfinden. Mit dem Bau der Personenunterführung am Zehntenhausplatz ist im März mit der Verlegung von Werkleitungen begonnen worden.

Im Zusammenhang mit dem Bau des *Regenklärbeckens Kornhausbrücke* und des Dükers wurde der Lettenkanal während der Monate Mai und Juni trockengelegt. Die Trockenlegung wurde gleichzeitig dazu benützt, die Uferböschungen zu reinigen und baulich auszubessern.

Am 2. März stimmten die Stimmbürger mit 70 292 Ja gegen 7667 Nein und bei einer Beteiligung von 31,6 Prozent dem Kredit von 45 Mio Franken für die *Sanierung der Kanäle in der Altstadt* zu. Die Detailprojektierung konzentrierte sich vorerst auf den Sektor Münsterhof, wo die Bauarbeiten mit dem Umbau des Hotels Savoy und der Neugestaltung des Paradeplatzes koordiniert werden müssen, sowie die Sektoren Augustiner/Rennweg, Kirchgasse und Hirschen/Froschau. Anfangs November sind die Arbeiten am Kanal in der Poststrasse aufgenommen worden.

Am 7. September hiessen 45 216 Stimmbürger die Vorlage für eine *Neugestaltung des Paradeplatzes* mit Kosten von 11,817 Mio Franken gut; dagegen stimmten 21 608, die Stimmbeteiligung betrug 26,7 Prozent.

Beim *Hafen Wollishofen* sind die Landanlagen mit dem Parkplatz, aber noch ohne Hafenrestaurant, fertig erstellt worden; bis zum Frühling 1976 wird auch die gärtnerische Gestaltung abgeschlossen sein. Im *Hafen Tiefenbrunnen* sind die Verladerampe, die Ufermauer und das Unterwassersportzentrum im Rohbau fertig geworden.

Der Promenadensteig im *Schanzengraben* ist von der Dreikönigstrasse bis zum Botanischen Garten verlängert und anfangs Oktober auf seiner ganzen Länge, vom General Guisan-Quai bis zum Bahnhof Selnau, der Öffentlichkeit übergeben worden. Ein Aquarium sowie historische Orientierungstafeln beleben die Promenade; die *Bärenbrücke* ist neu erstellt worden.

Auf der *Quaibrücke* ist am 13. Mai die Fahrbahn eingebrochen; das entstandene Loch von etwa 30 cm Durchmesser zeigte einmal mehr den schlechten Zustand der Brückenplatte. In den verkehrsarmen Nachtstunden der folgenden zwei Monate wurde die limmatseitige Fahrbahnplatte repariert. Vorbereitet wurde zur Volksinitiative (Reparatur der Quaibrücke) ein Gegenvorschlag (Neubau der Brücke). Initiative und Gegenvorschlag sollen 1976 zur Abstimmung gelangen.

Nachdem sich die 1974 versuchsweise durchgeführte Kofferung der Hagenholzstrasse mit Kehrrichtschlacke bewährt hat, ist für die künftige *Glattalstrasse* zwischen Hagenholzstrasse und Bahnlinie Oerlikon–Wallisellen ein Damm aus Schlacke geschüttet worden.

Strassenunterhalt, Reinigung und Winterdienst

Am 26. November hat der Gemeinderat der Verlegung des *Werkstattbetriebes* von der Limmatstrasse in die Lager- und Gewerbehallen Wallisellen zugestimmt.

Für den Bau eines *Werkhofes an der Möslistrasse* im Quartier Wollishofen hat der Gemeinderat am 10. Dezember einen Kredit von 4,9 Mio Franken erteilt. Der alte Werkhof des Strassenmeisterbezirks C muss einem Alterswohnheim weichen, kann aber – als unterirdische Anlage – in die Neuüberbauung einbezogen werden. Die Vorlage für den Bau eines *Betriebshofes im Hardhof*, im Zusammenhang mit den Bauten der Wasserversorgung, konnte Ende 1975 zu Händen des Gemeinderates verabschiedet werden.

Der *Winterdienst* hat den Grad der Vollmechanisierung praktisch erreicht; grössere Einsätze waren nicht erforderlich. Auf der Europabrücke ist eine automatische *Frostwarnanlage* installiert worden.

Durch Schulklassen sind die *Fussgängerunterführungen* beim Bahnhof Tiefenbrunnen, beim Schulhaus Looren an der Witikonerstrasse, bei der Max Högger-Strasse unter der N 1 und im Mattenhof unter der Dübendorfstrasse bemalt worden.

Zwei Starkregen am 11. August und am 4. September haben beim *Nebelbach* zu Hochwasserschäden geführt. Entsprechende Sanierungsmassnahmen wurden ergriffen.

Gewässerschutz

An die vom Tiefbauamt betreute *Prüfstelle* für sanitäre Materialien und Apparate der Entwässerungstechnik haben sich neu sechs Kantone und vier Gemeinden angeschlossen: bis heute sind damit 18 Gemeinden und 10 Kantone (BS, BL, SG, LU, ZH, AG, GR, SH, BE, UR) an der Prüfstelle beteiligt. Das rasche Anwachsen des Kreises der Interessenten veranlasste eine Überprüfung der gegenwärtigen Organisationsstruktur. Die bilateralen Verträge zwischen den angeschlossenen Gemeinwesen und dem Tiefbauamt sollen voraussichtlich abgelöst werden durch einen einzigen Vertrag zwischen dem Tiefbauamt einerseits und einem zu bildenden Verein andererseits, in dem die interessierten Gemeinwesen zusammengeschlossen sind.

Die systematische *Kanalreinigung* des gesamten, 780 km langen Netzes ist 1975 nach drei Jahren erstmals abgeschlossen und darauf umgehend von neuem begonnen worden. Es zeigt sich bereits heute, dass allgemein die Verschmutzung geringer ist als vor der ersten Reinigung. Die zweite systematische Reinigung wird die Festsetzung eines definitiven Reinigungszyklus erlauben, indem dann feststeht, welche Kanäle häufiger und welche seltener gereinigt werden müssen. Mit der Einrichtung einer *zentralen Überwachungsanlage*, deren Beschaffung der Stadtrat beschlossen hat, können die wichtigsten Abwasserbauwerke lückenlos überwacht werden, so dass Störungen in der Regel entdeckt und behoben werden können, bevor grösseres Unheil passiert ist.

Für die Ausarbeitung eines Konzeptes für die *Sanierung des gesamtstädtischen Kanalnetzes* ist eine technische Kommission eingesetzt worden, die die heutigen, teilweise überholten Richtprojekte überprüft, neue hydraulische Berechnungsarten untersucht und die bisherigen hydraulischen Parameter neu ermittelt.

Am 29. Januar erteilte der Gemeinderat einen Kredit von 9,7 Mio Franken für die Ausarbeitung eines Projektes für den weiteren Ausbau der *Kläranlage Werdhölzli*. In der Versuchsanlage der Eidgenössischen Anstalt für Wasserversorgung, Abwasserreinigung und Gewässerschutz wurden die verschiedenen Reinigungsverfahren praktisch erprobt. Gezeigt hat sich dabei, wie wichtig die *Kontrolle der industriellen und gewerblichen Abwässer* ist. Nur wenn bereits an der «Quelle», wo das Abwasser der Kanalisation zugeleitet wird, die einschlägigen Vorschriften über die Abwasserbeschaffenheit eingehalten werden, kann die Kläranlage ihrer Aufgabe gewachsen sein. Da die erweiterte ARA Werdhölzli erst in den frühen achtziger Jahren betriebsbereit sein kann, sind sogenannte *Sofortmassnahmen* zur Verbesserung der Reinigungsleistung ergriffen worden. Durch Zudosierung von Chemikalien wird die Absetzbarkeit der Schmutzstoffe verbessert. Der durch die Sofortmassnahmen erhöhte Schlammfall wird in der Schlammabwasserung verarbeitet, nachdem die *Abluftreinigungsanlage* im Frühjahr rechtzeitig in Betrieb genommen werden konnte.

Das Detailprojekt für die von Kanton und Stadt Zürich gemeinsam geplante *Sondermüllverbrennungsanlage* wurde abgeliefert. Im Laufe der Projektierung hat sich allerdings

gezeigt, dass die geplante Anlage zu aufwendig würde. Die Überarbeitung der Vorlage mit dem Ziel einer Vereinfachung wurde in Angriff genommen. Im Frühjahr wurden fünf *Altölsammelstellen* eröffnet; nach einem überraschend guten Start sind die Benutzerfrequenzen im Laufe des Jahres zurückgegangen.

Die neuen *Abwassergebühren* sind auf den 1. März 1975 in Kraft getreten.

Öffentlicher Agglomerationsverkehr

Die Arbeiten am Projekt für die *Strassenbahnverbindung nach Schwamendingen* wurden grösstenteils abgeschlossen. Die Bauarbeiten am Tunnelabschnitt zwischen Tierspital und Saatlenstrasse, der zusammen mit der darüberliegenden Expressstrasse erstellt wird, schreiten planmässig voran. Die laufenden Arbeiten machten einen Kredit von 6,36 Mio Franken für den Bau der Stationsaufgänge erforderlich.

Neben der Untersuchung von Möglichkeiten und Voraussetzungen der Führung von öffentlichen Verkehrsmitteln auf Expressstrassen konzentrierten sich die Arbeiten auf das neue Gesamtkonzept für den öffentlichen Verkehr sowie auf kurzfristig realisierbare Massnahmen. Im Vordergrund steht dabei die Erweiterung und Verbesserung des heutigen Busnetzes.

Administration

Im Rahmen der Reorganisation des Rechnungswesens der Bauämter ist das Detailkonzept erarbeitet worden. In Angriff genommen wurde daneben das Projekt einer neuen Aktenorganisation im Tiefbauamt.

Stadtplanungsamt

Allgemeines

Die Arbeiten für die vorberatende gemeinderätliche Kommission zum Geschäft «Entwicklungsprogramm der Stadt Zürich bis 1985» nahmen im Berichtsjahr einen breiten Raum ein. Die im Vorjahr begonnenen Beratungen konnten nach 40 weiteren Sitzungen abgeschlossen werden. Um Erfahrungen über die Steuerung der Stadtentwicklung in Regionen vergleichbarer Grösse zu sammeln, führte die Kommission im Frühjahr 1975 je eine Studienreise nach Bologna und nach Hamburg durch. Die Ergebnisse sind in zwei Berichten festgehalten, welche das Stadtplanungsamt im Auftrag der Kommission erstellte.

Von insgesamt 176 Massnahmenvorschlägen, welche die Kommission einzeln in Erwägung zog, werden nach den Beratungen 53 zur vertieften Überprüfung durch die Verwaltung empfohlen. Bei den Beratungen war auch zu berücksichtigen, dass parallel dazu ebenfalls die gemeinderätliche Kommission zur Vorberatung der Bauordnungsrevision tätig war.

Die ganze Arbeit wurde thematisch in sechs Gruppen von Massnahmen gegliedert: 1) Wohnen, 2) Versorgung, 3) Stadtgestalt und Image, 4) Arbeitsplatzpolitik und Entwicklung von Wirtschaft und Gewerbe, 5) Verkehr und 6) Organisation und Verwaltung. Davon erlangte das letzte Thema im Schlussbericht eine besondere Wertung. Von sieben Postulaten, welche die Kommission dem Gemeinderat zur Überweisung unterbreitet, gelten deren vier der Organisation der Verwaltung und je eines noch den Fragen Wohnen, Versorgung sowie Stadtgestalt und Image.

Auch die Stadtplanungskommission befasst sich seit Anfang 1974 mit der Prüfung der in der ersten Wertung des Gutachtens Jürgensen vom Stadtrat vorgeschlagenen Massnahmen und den Möglichkeiten für deren Durchsetzung. Wegen der Gefahr, dass bei wahlloser Aufsplitterung der Anstrengungen eine Erfolgskontrolle unmöglich wird, wählte sie mehrere Versuchs- oder Testgebiete in der Stadt aus. In Zusammenarbeit mit der Verwaltung und unter Beizug von Fachleuten sollen an diesen Beispielen der Einsatz von Massnahmen zur Förderung der äusseren Lebensbedingungen überprüft und dann konkrete Anträge gestellt werden. Vorläufig werden zwei Gebiete mit hohen Wohnanteilen, aber unterschiedlich gelagerten Problemen bearbeitet.

Der 1974 erschienene Regionsplan «Zürich und Umgebung» begegnete reger Nachfrage, so dass 1975 eine überarbeitete und ergänzte Auflage herausgegeben werden konnte, welche nun 98 Gemeinden, 15 Städte und 5500 Strassennamen umfasst.

Bebauung

In der Binz ist zusammen mit Grossprojekten in der näheren Umgebung ein eigentliches Nebenzentrum im Entstehen. Der Stadtrat beauftragte das Stadtplanungsamt mit der Ausarbeitung eines Gesamtkonzeptes. Die Untersuchungen über das Verkehrsaufkommen und über die notwendigen neuen Verkehrsträger sind abgeschlossen. Eine Beurteilung der je nach Einzonungskonzept verschiedenen Bebauungs- und Erschliessungsvorschläge ist im Hinblick auf die Volksinitiative über die Umzonung eines Teiles dieses Gebietes im Gange.

Für das Zentrum Höngg wurde der Vorschlag zur Sanierung der Verkehrsverhältnisse und zur schrittweisen Erneuerung des Ortskerns mit dem eigens für diesen Zweck gebildeten Grundeigentümergebietes beraten. Der von diesem Verein in Auftrag gegebene Alternativvorschlag wurde auf seine Auswirkungen hin untersucht und demjenigen der städtischen Verwaltung gegenübergestellt. Die Ermittlung der Kostenfolgen beider Alternativen steht vor dem Abschluss.

Für die Stadtplanung ist eine lückenlos nachgeführte Statistik über die geschossweise Nutzung aller Gebäude in der Stadt unerlässlich. Im Zusammenhang mit der im Sommer durchgeführten Erhebung von Nutzungsänderungen wurde auch das Verfahren zur EDV-gerechten Nachführung der Datenbank einer Überprüfung unterzogen, die zu verschiedenen arbeitssparenden Vereinfachungen führte. Ein Programm zur kartographischen Auswertung der Areal-, Gebäude- und Geschossdatei wurde einsatzbereit.

Der Abschnitt über die Richtplanung im neuen kantonalen Planungs- und Baugesetz verpflichtet Kanton, Regionen und Gemeinden, ihre räumlichen Zielvorstellungen in einem Gesamtplan, in der Regel bestehend aus Teilrichtplänen, darzustellen. Einer der Teilrichtpläne ist der Siedlungsplan, der das überbaute oder zur Überbauung innert 20 bis 25 Jahren benötigte und erschliessbare Gebiet, unterschieden nach Nutzungsarten, festhält und für die Bau- und Zonenordnung die wesentlichste Grundlage darstellt. In Absprache mit den interessierten städtischen Dienstabteilungen, der technischen Leitung der «Re-

gionalplanung Zürich und Umgebung» (RZU) sowie dem kantonalen Amt für Raumplanung begann das Stadtplanungsamt mit der Erarbeitung des Siedlungsplanes der Stadt Zürich.

Die Phase der gemeinsamen Planung von Grundeigentümerversammlung und Stadtplanungsamt für ein Gesamtkonzept zur Überbauung der Brückenköpfe auf beiden Seiten der Sihlbrücke, welches als Grundgedanken überdeckte Fussgänger-Ladenpassagen mit verbindender Sihlüberquerung enthält, wurde abgeschlossen. Das Projekt wird auf Anordnung des Stadtrates, zumindest vorläufig, nicht weiterverfolgt.

Verkehr

Für die Verlängerung der Sihltal–Zürich–Üetliberg-Bahn (SZU) vom heutigen Endbahnhof Selnau zum Hauptbahnhof wurde ein Projektierungsauftrag erteilt. Die Verbindung zum Hauptbahnhof soll unterirdisch geschaffen werden und überdies weder in bestehende Bauten wesentlich eingreifen noch die Verkehrsplanung präjudizieren. Es werden die drei Varianten «Löwenstrasse», «Gessner-Allee» sowie «Sihl-Tief» (in Kombination mit der Expressstrasse im Sihlraum) mit doppelspuriger Trasse und unterirdischer Haltestelle im Bereich Selnau/Sihlstrasse untersucht. Diese Abklärungen stehen vor dem Abschluss.

Im Hinblick auf die Tramnetzerweiterung nach Schwamendingen stellte sich die Frage nach dem Einfluss, den die Ausdehnung des Tramnetzes auf die Siedlungs- und Zentrumsstruktur von Schwamendingen hat. Nachteilige Einwirkungen sind keine zu erwarten. Im Gegenteil bringt das Tram eine dringend benötigte Verbesserung der öffentlichen Verkehrsverbindungen. Damit wird die Qualität der Schwamendinger Wohn- und Arbeitsplätze erhöht. – Aus detailgewerblicher Sicht dürfte das neue Einkaufszentrum Glatt keine direkten Auswirkungen auf die Zentren Hirschenplatz und Hirzenbach ausüben, da es vor allem Zentren ähnlicher Funktion wie die Zürcher City und Oerlikon konkurrenziert. Die Tramverlängerung ist daher aus der Sicht der Siedlungs- und Zentrumsentwicklung Schwamendingens und des angrenzenden Glattals voll zu unterstützen.

Ausgehend von Gesprächen zwischen verschiedenen Quartiervertretern und dem Stadtplanungsamt, hat sich zu Beginn des Jahres 1975 eine überparteiliche Planungs- und Verkehrskommission Zürich 11 konstituiert, an deren Sitzungen regelmässig Vertreter der Abteilung für Verkehr, des Tiefbauamtes, des Stadtplanungsamtes, des Hochbauamtes und der Verkehrsbetriebe teilnehmen. Beraten werden vor allem städtische Bauvorhaben, um diese aus der Sicht des Quartiers in einem frühen Stadium einer Beurteilung zu unterziehen.

Das alte Depot Tiefenbrunnen mit Strassenbahnwerkstatt wurde aufgegeben und soll einem dringend benötigten neuen Depot mit Einstellraum für mindestens 70 neue Gelenkfahrzeuge (Tram 2000) Platz machen. Seit Sommer 1975 liegt nun als Ergebnis der unter der koordinierenden Leitung des Stadtplanungsamtes durchgeführten Arbeiten ein bereinigter Verkehrserschliessungsplan vor. Eine Überbauung des alten Tramdepotareales unter Einbezug des südlichsten Teilstückes der öffentlichen Wildbachstrasse sowie der Grundstücke entlang der SBB-Linie mit der Dreifachnutzung Park-and-Ride-Garage im 2. und 1. Kellergeschoss mit 600 Parkplätzen, Tramdepot für rund 65 Gelenkwagen im Erdgeschoss und rund 100 Wohnungen in den Obergeschossen ist verkehrstechnisch möglich. Insbesondere kann die Zu- und Wegfahrt zur Park-and-Ride-Garage ohne Belastung des Wohnquartiers Seefeld einwandfrei gelöst werden.

Am 7. November 1975 ist eine erste Veloroute mit weinroten Hinweistafeln vom Zehntenhausplatz in Affoltern über Oerlikon nach Schwamendingen eröffnet worden. Weitere

Velorouten werden vom Stadtplanungsamt im Einvernehmen mit der Stadtpolizei unter Beachtung des Verkehrsrichtplanes und der besonderen verkehrstechnischen Dringlichkeiten im bestehenden Strassennetz geplant und projiziert.

Fussgängeranlagen

Mit der Herausgabe der neuen Pläne «Zoo» und «Wehrenbach» konnte die Serie «Zürich für Fussgänger» auf sechs Faltprospekte erweitert werden. Bisher gelangten rund 80 000 Exemplare zur Verteilung an die Bevölkerung. Zudem wurde der durchgehend ausgebaute Weg Zürichhorn–Wehrenbach mit gelben Fussgänger-Wegweisern signalisiert.

Der weitere Ausbau der Fussgängerpromenade Schanzengraben vom Badweg bis zur Usteribrücke wurde geplant und der Plan dem Kanton unterbreitet. Das Gartenbauamt übernahm den Vorschlag für die Neugestaltung des kleinen Platzes am Schanzengrabenknie beim Bahnhof Selnau. Die Ausführung erfolgt nach Abschluss der vorgesehenen Leitungsbauarbeiten durch das EWZ.

Ein Gesamtplan «Fussgängerbrücken über die Limmat» zeigt mögliche Standorte für neue, nur Fussgängern reservierte Brücken im Bereich der Altstadt. Er wurde als Diskussionsgrundlage erstellt und anlässlich einer Orientierung den Vertretern von politischen und wirtschaftlichen Interessengruppen vorgelegt.

Baulinien

Der Regierungsrat genehmigte die vom Gemeinderat im Jahr 1974 festgesetzten Baulinien an der Stettbachstrasse.

Der Gemeinderat hat die Abänderung oder Aufhebung folgender Baulinien beschlossen:

- Abänderung im Bereich Schmiede Wiedikon
- Abänderung an der Schwamendingen-/Schaffhauserstrasse, Oerlikon
- Abänderung an der Hardturmstrasse, Altstetten
- Aufhebung an der Herdernstrasse (SBB-Areal), Industriequartier

Im Berichtsjahr wurden folgende Baulinienentwürfe ausgearbeitet:

- Abänderung an der verlängerten Glattalstrasse, Schwamendingen
- Neufestsetzung, Aufhebung und Änderung im Gebiet Unterwerk-, Schaffhauser- und verlängerte Glattalstrasse, Seebach
- Abänderung im Gebiet der Sonderbauordnung Kalkbreite

Quartierplanverfahren

Im Jahr 1975 hat der Regierungsrat die Quartierpläne Nr. 450 «Unteraffoltern» und Nr. 456 «Seebach-Ausserdorf» genehmigt. Im letzten Quartierplan hat ein Grundeigentümer die Neuschätzung des Landpreises durch die kantonale Schätzungskommission verlangt. Ferner hat der Regierungsrat die Revision des Quartierplanes Nr. 197a bezüglich der Quartierstrasse Hofstrasse 68 genehmigt. Der Vollzug dieses Quartierplanes wurde vertraglich geregelt und ist im Gange.

Der von den Grundeigentümern aufgestellte Quartierplan Nr. 458 «Rütihof» wurde im Berichtsjahr dem Stadtrat vorgelegt und von diesem amtlich festgesetzt. Von zwei dagegen erhobenen Rekursen wurde der eine zurückgezogen, während der zweite demnächst ebenfalls gegenstandslos werden dürfte. Der im amtlichen Verfahren aufgestellte Quartierplan Nr. 459 «Vordere Eierbrecht» wurde vom Stadtrat festgesetzt. Die sechs dagegen erhobenen Rekurse liegen beim Regierungsrat zum Entscheid. Gegen den vom Stadtrat beschlossenen amtlichen Vollzug des Quartierplanes Nr. 441 «Klosterweg» sind sechs Rekurse eingegangen, die ebenfalls beim Regierungsrat pendent sind.

Ferner hat der Stadtrat im Berichtsjahr die folgenden drei Quartierplanverfahren eingeleitet: Quartierplan Nr. 460 «Tobelhof», Nr. 461 «Im Schaber» und Nr. 462 «Grenzbereinigung an der Carl Spitteler-Strasse und Einkauf».

Vermessungsamt

Im Aktivitätszentrum stand als Hauptprojekt die Aufarbeitung der Rückstände bei der *Nachführung der Grundbuchvermessung*. Diese aus der Zeit des Baubooms, verschärft durch den gleichzeitig herrschenden Personalmangel, stammende Hypothek konnte durch die konzentrierte Unterstützung von gegen 30 Vermessungsfachleuten aus über 10 Privatbüros praktisch vollständig getilgt werden. Wie die folgende Zusammenstellung der Entwicklung des Bestandes an unerledigten Geschäften in den letzten 15 Jahren zeigt, gelang es, den bereits im Jahre 1974 deutlich einsetzenden Besserungstrend dermassen zu beschleunigen, dass der Sektor *Nachführung* heute als weitgehend normalisiert bezeichnet werden kann.

| Jahr | 1960 | 1968 | 1970 | 1972 | 1973 | 1974 | 1975 |
|---|------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|
| Unerledigte Geschäfte (einschliesslich nicht erledigbare) | 825 | 1 000 | 1 750 | 2 500 | 2 500 | 2 250 | 1 260 |

Es zeigt sich, dass der Arbeitsvorrat, welcher das Volumen von gegen 1000 *nicht erledigbaren* Geschäften übersteigt, sich einem Minimalbestand von 200–300 Aufträgen nähert.

Die ebenso dringliche Erneuerung der Vermessungsgrundlagen sowie die Sanierung verschiedener Planwerke brauchte nicht zurückzustehen, sie machte im Gegenteil grosse Fortschritte:

- Die Einführung des mehr als 1000 Pläne umfassenden *Katasterpausensystems*, welches direkt von den Originalplangrundlagen abgeleitet wurde und damit eine beträchtliche Rationalisierung bewirkt, ist zu über 80% abgeschlossen.
- Die materielle und informationsmässige Erneuerung des gegen 800 Pläne umfassenden *Baublattwerkes*, als Grundlage für die Leitungspläne der Städtischen Werke, ist zu etwa zwei Drittel durchgeführt.
- 10% der seit 7 Jahren nicht mehr nachgeführten *Übersichtspläne 1:2500* sind neu erstellt, und für die restlichen 90% konnten die Vorbereitungsarbeiten so vorangetrieben werden, dass gegen Ende 1976 auch dieses Planwerk vollständig saniert sein wird.

Vermessungstechnische Bedürfnisse, welche mit den Wünschen zahlreicher Verwaltungsstellen koordiniert werden konnten, veranlassten das Vermessungsamt, die Erstellung eines *Photoatlases* der Stadt Zürich an die Hand zu nehmen. Etwa 60% des Stadtgebietes sind erfasst; die restlichen 40% folgen im Sommer 1976. Das Bildmaterial, welches auch dem Publikum zugänglich gemacht werden soll, liegt in Form von etwa 250 Farb-Diapositiven vor, von denen auch Schwarz-Weiss-Reproduktionen abgeleitet werden können.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die verschiedenen Sanierungsprojekte, soweit diese mit konventionellen Mitteln zu bewältigen waren, in Kürze fertiggestellt sein werden. Darüber hinaus wurde es möglich, neue, zukunftsweisende Projekte anzugehen.

Gartenbauamt

Planung

In Tabelle 1¹ sind sämtliche in Planung und Projektierung befindlichen Anlagen aufgeführt.

Das Projekt zur Familienerholungsanlage Dreiwiesen wurde weitergetrieben. Über die Gestaltung des Seeufers in Wollishofen, im Abschnitt neuer Bootshafen–Rote Fabrik, wurden Projektideen erarbeitet. Als Ergänzung des bestehenden Fussweges am Wehrenbach ist die Erschliessung des Wehrenbachweihers projektiert worden, die voraussichtlich im Herbst 1976 ausgeführt wird. Stadelhoferplatz: Im Zusammenhang mit der Geleiseerneuerung wurden Vorschläge für die Neugestaltung des Platzes entwickelt. Die Projekte für einen Platz am Schanzengrabenknie und eine Schachanlage auf dem Grossmünsterplatz werden im Jahre 1976 ausgeführt, ebenso die Spazierwege Glaubten–Müseli, Bombach und Egg/Wollishofen. Das baureife Projekt für die Sportanlage Fronwald wurde im Detail bearbeitet. Die Weisung an den Gemeinderat ist in Vorbereitung. Die Planunterlagen für die Sportanlage Venusstrasse (Ausführung 1976) wurden erstellt. Für die Sportanlage Im Riet konnte mit der Gemeinde Zollikon zusammen das Raumprogramm bereinigt und der Baubeginn auf das Jahr 1979 festgelegt werden. Es wird geprüft, ob durch die Stadt Zürich eine erste Etappe verwirklicht werden kann. Der Familiengarten Emil Klöti-Strasse wurde projektiert und gelangt 1976 zur Ausführung. Für die Erweiterung des Friedhofes Höggerberg wurde ein Kredit im Betrage von Fr. 1 200 000.— am 5. November durch den Gemeinderat bewilligt. Das Erweiterungsgebiet wird 3517 neue Grabstätten aufnehmen können.

Das Gartenbauamt führte einen Projektwettbewerb auf Einladung für die Erweiterung des Friedhofes Schwamendingen durch. Von den 6 eingerichteten Entwürfen wurde das im ersten Rang stehende Projekt von Wolf Hunziker, Garten- und Landschaftsarchitekt in Basel, zur Ausführung empfohlen. Die Projektpläne sind in Bearbeitung, und die Vorlage soll anfangs September 1976 abgeliefert werden.

Für den vom Planungs- und Baugesetz geforderten Teilrichtplan Landschaft wurden notwendige Unterlagen beschafft und Vorarbeiten geleistet.

¹ Siehe S. 218

Ausführung

Über den Stand der verschiedenen Bauten gibt Tabelle 2¹ Auskunft. Die Umgestaltung des Seefeldquais im Bereiche zwischen Feldegg- und Lindenstrasse konnte termingemäss an die Hand genommen werden. Ausgeführt wurden Kanalisations-, Gärtner- und Strassenbauarbeiten. Nach Beendigung der Auffüllarbeiten beim Bootshafen Wollishofen durch das Tiefbauamt wurden die Kanalisationen erstellt, die Uferpflasterungsarbeiten bis auf einen kleinen Teil ausgeführt sowie die Bepflanzungsarbeiten für die 1. Etappe vorgenommen. Die Sportanlage Witikon konnte dem Betrieb übergeben werden, ebenfalls die Tennisplätze in der Sportanlage Heerenschürli. In der Tennisanlage Frauental wurden die ersten 5 Plätze gebaut. Mit der Fortführung der Hermetschloobrücke mussten in der Sportanlage Juchhof 1 ein Rasenspielfeld und ein Trockenplatz verlegt werden, ein Rasenspielfeld wurde aufgehoben. Im Hardhof sind in Zusammenarbeit mit der Wasserversorgung die Aufschüttungen begonnen worden. In der Sportanlage Buchlern wurden im Auftrag der PTT die Kanalisationsarbeiten beendet, ferner der grösste Teil der Erdbewegungen ausgeführt und diverse Wegverbindungen erstellt. Neue Kinderspielplätze entstanden in den Anlagen Hohe Promenade, Sonnegg Höngg, Wiedinghof und Brauerstrasse. In der Artergutanlage wurde dem Planschbecken eine Filter- und Entkeimungsanlage samt Wasseraufwärmung angegliedert. Der Verein Neophema erhielt die Bewilligung, im Grünzug Bachwiesen eine Volière von etwa 40 m Länge zu erstellen, wobei die Werkleitungen und Umgebungsarbeiten durch das Gartenbauamt auf seine Kosten ausgeführt wurden. Für die Fussgänger sind die beiden Spazierwege zwischen Gutstrasse und Triemli sowie zwischen Gutstrasse und Leonhard Ragaz-Weg erstellt worden. Auf dem privaten Grundstück der Firma Albert Hans AG an der Förrlibuckstrasse wurde auf deren Kosten eine provisorische öffentliche Grünanlage mit Schach- und Mühlespiel errichtet. Auf dem Dach der Parkgarage Urania wurde ein Kinderspielplatz erstellt und die Bepflanzung vorgenommen. Die Bauarbeiten für die Erweiterung des Friedhofes Witikon konnten programmgemäss weitergeführt werden. Im Frühjahr 1976 wird mit den Pflanzarbeiten begonnen, so dass die 1. Etappe der Erweiterung im Spätsommer fertiggestellt und zur Übergabe bereit sein wird. Nach Abschluss der Vermessungsarbeiten und der Mutation für die neue Friedhofanlage Üetliberg konnten die Finanzabrechnung und die Abrechnungspläne fertiggestellt werden. Die Abrechnung wurde nach ihrer Prüfung durch das Finanzamt dem Stadtrat zur Genehmigung eingereicht. Sie schliesst mit Fr. 664 488.50 Minderausgaben gegenüber dem Kostenvoranschlag ab.

Personaldienst

Nachdem bisher neben dem Dienstchef und dem Stellvertreter verschiedene Funktionäre die Personalgeschäfte bearbeitet haben, konnte im Berichtsjahr ein hauptamtlicher Personaldienst für die rund 400 Angestellten des Gartenbauamtes eingerichtet werden. Hierfür wurden ein Sekretär und eine Verwaltungsangestellte eingestellt.

¹ Siehe S. 219f.

Unterhalt

Das Gartenbauamt hat in Zusammenarbeit mit dem Tiefbauamt die Aktion 1000 Bäume für Zürich weitergeführt und rund 170 Bäume neu gepflanzt. Über den Bestand der Allee-bäume gibt Tabelle 5¹ Auskunft. In den städtischen Anlagen stehen 3644 Ruhebänke. Für die zu bepflanzenden Gräber wurden aus Privatgärtnereien rund 1 730 000 Pflanzen bezogen. Die Baumschule lieferte für die Grünflächen der Stadt einschliesslich der Friedhofanlagen 1650 Laub- und Nadelgehölze, 8850 Ziersträucher sowie 69 000 bodenbedeckende Pflanzen. In der Stadtgärtnerei wurden etwa 390 000 Topf- und Gruppenpflanzen kultiviert. Davon fanden in den Anlagen und Friedhöfen rund 386 000 Verwendung. Die übrigen dienten zur Ausschmückung der Amtshäuser und Belieferung der Gewerbeschulen und Schülergärten. Die Kompostierungsanlage verarbeitete rund 14 500 m³ Gartenabfälle zu etwa 7500 m³ Kompost. Im Berichtsjahr wurden bei Empfängen, Kongressen und verschiedenen Anlässen 301 Dekorationen ausgeführt. Die Schauhäuser und -gärten sind gut besucht worden. Es fanden 24 Führungen statt. Als Veranstaltung für die Volksschüler wurden in der Stadtgärtnerei während den Sportferien Kurse in der Topfpflanzenzucht durchgeführt. Die Sukkulentsammlung, vor allem die Sonderveranstaltungen, sind vom Publikum rege besucht worden. Es wurden 18 Führungen veranstaltet, wovon 4 öffentliche. Im Jahre 1975 wurde der Herbar-Index beendet. Das Herbarium umfasst 8720 Alkohol-, Trocken und Samenpräparate. Die Bibliothek konnte um einige wertvolle Bücher ergänzt werden und enthält nun 600 Bände. Die Kontakte mit anderen botanischen Instituten in aller Welt und mit der I.O.S. wurden weiter ausgebaut. Im Frühjahr gingen 2800 Samenportionen an 130 Botanische Gärten. Wertvolles Pflanzenmaterial konnte aus Sammelreisen durch Chile, Bolivien und Brasilien erworben werden. Weiteres Originalmaterial kam aus den Botanischen Gärten Hamburg, Heidelberg, Les Cèdres, New York und Kew. Insgesamt wurden 1700 neue dokumentierte Pflanzen in die Sammlung aufgenommen.

Die fachkundigen Führungen durch die Quaianlagen haben auch dieses Jahr wiederum guten Anklang gefunden. Das Rebjahr 1975 war erfreulich, blieben wir doch von Frost und Hagel verschont. Die Ernte war von einer weit über dem Kantonsdurchschnitt liegenden Qualität. Es konnten 16 668 kg Blaue Burgunder, 8100 kg Riesling × Sylvaner, 1804 kg Pinot Gris und 1670 kg Räuschling geerntet werden.

Stadtforstamt

Dem Ankauf von rund 3,7 ha Wald steht die Abtretung von rund 11,5 ha zu Arrondierungszwecken an die Stadt Adliswil gegenüber. Die vom Stadtforstamt verwaltete Fläche hat somit um rund 7,8 ha abgenommen und beträgt nunmehr rund 2346 ha.²

Die Beteiligungen an 7 Holzcorporationen blieben mit 111 von insgesamt 429 Teilrechten unverändert.

Die *Holznutzungen* waren mit 19 500 m³ um rund 1000 m³ geringer als im Vorjahr. Davon entfielen 31% (Vorjahr 34%) auf Nadelholz und 69% (Vorjahr 66%) auf Laubholz. Die Anteile der verschiedenen Sortimenten blieben mit 54% Nutzholz (Bau- und Sagholz), 33% Industrieholz (Spanplattenholz) und 13% Brennholz praktisch unverändert.³

¹ Siehe S. 221

² Siehe Tabellen 1 und 2, S. 223

³ Siehe Tabelle 3, S. 223

Die *Gesamteinnahmen* aus den *Holzverkäufen* betragen Fr. 1 781 000.—. Nach Abzug der Holzhauerei- und Transportkosten von Fr. 1 047 000.— ergibt sich ein *Netto-Holzerlös* von Fr. 733 000.—. Das Ergebnis liegt Fr. 118 000.— unter demjenigen des Vorjahres, was einerseits mit der Einschränkung der Nutzung um rund 1000 m³, andererseits mit den stagnierenden Holzpreisen und den um 5% höheren Rüstkosten zusammenhängt.

Unter den *Forstverbesserungen* ist die grosszügige Instandstellung von 25 km Waldstrassen (Vorjahr 8 km) hervorzuheben, die durch den vom Gemeinderat um Fr. 100 000.— erhöhten Budgetkredit ermöglicht wurde. Zur Waldverjüngung wurden total 47 000 Pflanzen aus Forstbaumschulen benötigt.¹

Die *Forstschäden* waren, abgesehen von Schwemmschäden an Waldstrassen, auch dieses Jahr nur unbedeutend.

Die *Revisionen der Wirtschaftspläne* über die Waldbezirke Entlisberg-Kopfholz und Zollikerberg (Isleren) wurden durch das Kantonale Oberforstamt geprüft und durch den Stadtrat genehmigt. Der revidierte Wirtschaftsplan Langenberg ist abnahmebereit und derjenige für das Revier Üetliberg in Bearbeitung. Schliesslich konnten die Stichprobe-Aufnahmen für die Revision des Wirtschaftsplanes Käferberg programmgemäss ausgeführt werden.

Die *Erholungseinrichtungen* im Stadtwald wurden in Zusammenarbeit mit Gartenbauamt, Wasserversorgung und Verschönerungsverein durch drei neue Waldlehrpfade in Schwamendingen, Witikon und im Langenberg sowie durch mehrere neue Bänke, Tische, Feuerstellen u.a.m. ergänzt. Der Waldweiher im Degenried wurde zu einer sehr ansprechenden Anlage umgestaltet.

Der *Wildpark Langenberg* ist im Berichtsjahr gleich durch zwei namhafte Attraktionen bereichert worden. Vorerst hielt Mitte August das prächtige Luchspaar in der neuen Behausung als 9. Wildart Einzug. Die Tiere sind ein Geschenk des Tierparks Dählhölzli Bern zum Dank für die vorübergehende Betreuung von zwei Berner Bären im Langenberg. Die zweite Neuerung betrifft das von der Wasserversorgung der Stadt Zürich im Gontenbach erstellte Quellwasserschloss, das den Besuchern der öffentlich zugänglichen Anlage nicht nur den Eindruck einer wuchtig sprudelnden Quelle vermittelt, sondern auch für sauberes und gesundes Wasser wirbt.

Der *Wildbestand* hat gesamthaft um vier Tiere abgenommen.² Leider sind die Lebendverkäufe an die ausländischen Tierparks noch immer praktisch gesperrt, da der Wildpark Langenberg durch zwei Fälle von Tollwut beim Damwild zur Infektionszone erklärt werden musste. Aus diesem Grunde ist der Bestand an Rotwild, Steinwild, Elchwild und Wisenten leicht angestiegen, wogegen die Überbestände beim Dam- und Schwarzwild erneut durch Hegeabschüsse ausgeglichen wurden. Dem Natur- und Tierpark Goldau wurde aus Anlass seines 50jährigen Bestehens ein Jungbär geschenkt.

Die Netto-Aufwendungen des *Wildschonreviers* beliefen sich auf rund Fr. 215 000.—. An Wildschadenverhütungsmassnahmen wurden Fr. 6500.— ausbezahlt.

Nach Genehmigung des Projektes für die Sanierung der *Abwasserhältnisse* im Raume *Sihlwald* durch den Stadtrat und die Gemeinde Horgen konnte im Verlauf des Herbstes mit dem Bau begonnen werden.

Der traditionelle *Waldumgang* des Stadt- und Gemeinderates fand bei anfänglich sintflutartigem Regen am Samstag, dem 30. August, statt und führte vom Rigiblick über Zürich- und Hirslanderberg (Sammlung von Findlingen) nach dem Werkhof Adlisberg.

¹ Siehe Tabelle 4, S. 224

² Siehe Tabelle 5, S. 224

Tiefbauamt

Tabelle 1 Bauten über 1 Mio Franken in Ausführung

| Bauten | Stand der Bauarbeiten | | | Bauzeit |
|--|---------------------------------------|--------------------------|----------------------|---------|
| | Bau- summe (in tausend Franken) | Voran- schlag 1975 | Auf- wand 1975 | |
| <i>Strassen</i> | | | | |
| 1. Umbau des Bahnhofplatzes mit Erstellung eines unterirdischen Fussgängergeschosses | 23 080 | – | 220 | 1962–75 |
| 2. Verlängerung der Emil Klöti-Strasse und der Glaubtenstrasse sowie Ausbau der Schauenbergstrasse | 18 076 | 500 | 570 | 1970–76 |
| 3. Ausbau des Escher Wyss- und des Wipkingerplatzes mit Bau einer neuen zweistöckigen Wipkingerbrücke | 41 909 | 100 | 83 | 1966–75 |
| 4. Bau der Frankentalerstrasse als Umfahrungsstrasse zwischen Limmattal und Regensdorferstrasse und Ausbau der Limmattalstrasse zwischen Frankentaler- und Winzerstrasse | 19 788 | 500 | 319 | 1970–76 |
| 5. Ausbau der Westtangente im Abschnitt zwischen Nordstrasse – Bucheggplatz – Hirschwiesen – Winterthurerstrasse (Tierspital) | 59 101 | 1 000 | 1 590 | 1971–77 |
| 6. Ausbau der Zehntenhaus-, Bärenbohl- und Mühlackerstrasse | 24 530 | 2 000 | 907 | 1971–78 |
| 7. Bau der Herdernbrücke zwischen Pfingstweid- und Hohlstrasse unter Aufhebung des Niveauüberganges Herdernstrasse | 8 300 | – | 84 | 1968–75 |
| 8. Bau der Umfahrungsstrasse Mittelleimbach zwischen Stadtgrenze und Maneggpromenade | 6 596 | 400 | 144 | 1971–76 |
| 9. Ausbau der Westtangente zwischen Escher Wyssplatz und Hardbrücke mit Erstellung eines Hochstrassenabschnittes auf der Hardstrasse und einer neuen Hardbrücke | 35 183 | 200 | 713 | 1970–76 |
| 10. Ausbau Zürichberg-/Gladbachstrasse mit Platzgestaltung im Vorderberg | 2 507 | 100 | 254 | 1969–75 |
| 11. Ausbau des Altstetterplatzes mit einer Fussgängerunterführung zwischen Bahnhof und Hohlstrasse | 5 448 | 300 | 9 | 1969–77 |
| 12. Ausbau der Bellerivestrasse zwischen Bahnhof Tiefenbrunnen und Stadtgrenze | 5 103 | – | 435 | 1970–76 |
| 13. Ausbau der Hardturmstrasse zwischen Escher Wyssplatz und Sportplatz Hardturm sowie der Förrlibuckstrasse zwischen Bernerstrasse und Sportweg | 11 542 | – | 123 | 1969–75 |
| 14. Ausbau der Kürbergstrasse zwischen Gwandensteig und projektierte Emil Klöti-Strasse | 4 034 | – | 95 | 1970–75 |
| 15. Neue Verkehrsführung zwischen Bellevue und Kreuzplatz mit Strassenbauten | 5 785 | 1 500 | 3 688 | 1973–77 |
| 16. Erstellung einer Fussgängerpromenade längs des Schanzengrabens zwischen General Guisan-Quai und Bahnhof Selnau | 5 730 | 3 000 | 3 413 | 1971–76 |
| 17. Ausbau der Leutschenbachstrasse zwischen Hagenholz- und Schärenmoosstrasse | 1 373 | – | 294 | 1969–78 |
| 18. Ausbau des Bleicherweges im Bereiche der Tramhaltestelle Stockerstrasse | 2 975 | 250 | 96 | 1970–76 |
| 19. Änderung des Anschlusses der Europabrücke an die Bernerstrasse bzw. N 1 | 4 895 | – | 5 | 1971–75 |

| Bauten | Stand der Bauarbeiten | | | Bauzeit |
|--|---------------------------------------|--------------------------|----------------------|---------|
| | Bau- summe (in tausend Franken) | Voran- schlag 1975 | Auf- wand 1975 | |
| 20. Teilweiser Ausbau der Vulkan- und Werdhölzli- strasse mit Personenunterführung unter den Gelei- sen der SBB | 4 567 | 500 | 29 | 1970–76 |
| 21. Ausbau des Letzigrabens zwischen In der Ey und Kreuzung Fellenbergstrasse | 3 804 | 500 | 13 | 1971–78 |
| 22. Ausbau der Gessnerallee zwischen Post- und Gess- nerbrücke | 1 094 | – | 11 | 1971–75 |
| 23. Ausbau der Binzmühlestrasse zwischen Hürst- und Kügeliloostrasse und zwischen Oberwiesen- und Birchstrasse sowie Bau eines Sammelkanals zwi- schen Hürst- und Schaffhauserstrasse | 5 678 | 2 000 | 2 078 | 1971–77 |
| 24. Neugestaltung des Paradeplatzes als Fussgänger- bereich und Erneuerung der Geleiseanlagen der VBZ | 8 839 | 500 | 505 | 1975–79 |
| 25. Ausbau der Enzenbühlstrasse zwischen Bleuler- und Witellikerstrasse und Verlegung des Nebelbaches | 2 283 | 600 | 679 | 1974–78 |
| 26. Ausbau der Albisriederstrasse zwischen Hubbach- und Altstetterstrasse | 1 398 | – | 20 | 1971–76 |
| 27. Teilausbau und Anpassung der Wallisellenstrasse für die Einführung der «Grünen Welle» | 1 000 | 300 | 246 | 1975–77 |
| 28. Ausbau der Strassen im Zentrum Oerlikon beim Bahnhof | 3 213 | – | 559 | 1971–75 |
| 29. Ausbau der Werd- und Morgartenstrasse | 1 829 | 150 | 387 | 1972–75 |
| 30. Bau der Hagenholzstrasse zwischen Kehrlichtver- brennungsanstalt und Austrasse | 3 355 | 400 | 413 | 1972–75 |
| 31. Ausbau der Kreuzung Zollikerstrasse/Flüchgasse | 1 164 | 500 | 400 | 1975–76 |
| 32. Ausbau der Kraftstrasse zwischen Gladbachstrasse und Toblerplatz | 1 180 | 150 | 61 | 1972–75 |
| 33. Ausbau der Gessnerallee und Schaffung eines sepa- raten Trassees für Tram und Bus auf der Usteri- und der Gessnerbrücke sowie Kanalbauten | 7 181 | 800 | 22 | 1975–79 |
| 34. Ausbau des Manesseplatzes und Erstellung von Kanälen | 3 669 | 500 | 687 | 1974–76 |
| 35. Ausbau der Strasse Tüffenwies zwischen Grünau- ring und Meierwiesenstrasse | 2 178 | 400 | 222 | 1973–76 |
| 36. Bau einer Trolleybus-Wendeschleife an der End- haltestelle Utohof | 1 565 | 500 | 428 | 1974–75 |
| 37. Ausbau der Loorenstrasse zwischen Witikoner- strasse und An der Specki | 2 777 | 300 | 195 | 1973–75 |
| 38. Ausbau der Limmattalstrasse zwischen Högger- und Ottenbergstrasse | 4 442 | 2 000 | 2 297 | 1973–76 |
| 39. Anpassung der Gerstenstrasse zwischen Limmat- strasse und Sihlquai | 1 889 | 700 | 1 027 | 1975–76 |
| 40. Verlegung des Tramtrassees in der Hofwiesen- strasse zwischen Schul- und Franklinstrasse und Strassenbau | 1 089 | 800 | 705 | 1975–76 |
| 41. Ausbau der Förrlibuckstrasse zwischen Sportweg und Duttweilerstrasse | 4 970 | 300 | 1 996 | 1975–78 |
| 42. Bau eines seitlichen Tramtrassees in der Schaffhau- serstrasse zwischen Binzmühle- und Neunbrunnen- strasse | 5 138 | 1 000 | 43 | 1975–78 |
| 43. Erweiterung und Anpassung der Unterführung der Binzmühlestrasse unter der SBB-Linie Zürich-Klo- ten | 5 798 | 1 000 | 1 | 1975–78 |

| Bauten | Stand der Bauarbeiten | | | Bauzeit |
|--|---------------------------------------|--------------------------|----------------------|---------|
| | Bau- summe (in tausend Franken) | Voran- schlag 1975 | Auf- wand 1975 | |
| <i>Kläranlagen und Kanalisationen</i> | | | | |
| 44. Erstellung eines Sammelkanals im Sihlfeldgebiet im Zuge der Hohl-, Sihlfeld- und Zurlindenstrasse | 7 266 | – | 32 | 1970–75 |
| 45. Bau eines Dienstgebäudes in der Abwasserreinigungsanlage Glatt | 2 293 | – | 94 | 1970–75 |
| 46. Bau eines neuen Dükers unter der Sihl zwischen Platzpromenade und Hafnerstrasse | 2 884 | – | 397 | 1971–75 |
| 47. Bau eines Sammelkanals zwischen Escher Wyss-Platz und Kornhausbrücke | 11 905 | 300 | 892 | 1972–75 |
| 48. Sanierung der Abwasserhältnisse in der Altstadt | 43 900 | 3 000 | 905 | 1973–82 |
| 49. Erstellen einer Abluftreinigungsanlage in der Kläranlage Werdhölzli | 1 580 | 600 | 844 | 1973–75 |
| 50. Bau eines Sammelkanals in der Rämistrasse, Künstler- und Schienhutgasse, im Hirschen- und Seilergraben sowie in der Mühlegasse | 8 547 | 2 500 | 3 108 | 1974–77 |
| 51. Bau eines Sammelkanals mit Regenklärbecken beim Rütihof, Quartier Höngg | 2 350 | 800 | 340 | 1975–76 |
| 52. Bau des Regenklärbeckens Kornhausbrücke mit Sammelkanal und Limmatdüker | 5 250 | 2 000 | 2 986 | 1973–76 |
| 53. Bau eines Kanals in der Hammerstrasse zwischen Hammersteig und Mittagweg | 1 543 | 700 | 484 | 1974–76 |
| 54. Erneuerung der Kanalisation in der Schwamendingen-/Friedackerstrasse | 1 286 | 500 | 742 | 1974–76 |
| 55. Abwasserpumpwerk Bändlistrasse: Umbau und Erneuerung | 1 211 | – | 580 | 1974–75 |
| 56. Bau eines Sammelkanals in der Heinrich-, Luisen- und Röntgenstrasse | 4 443 | 1 000 | 1 371 | 1974–76 |
| 57. Sammelkanal Dachslern-, Stampfenbrunnen- und Eugen Huber-Strasse | 2 198 | 800 | 834 | 1975–77 |
| <i>Verschiedenes</i> | | | | |
| 58. Erweiterung der Uferanlagen am linken Seeufer | 5 630 | 200 | 806 | 1970–75 |
| 59. Bau eines Streckenabschnittes der Untergrundbahn zwischen Milchbuck und Schwamendingen | 38 300 | 4 000 | 6 017 | 1972–76 |
| 60. Verlängerung der Tramlinie 4 vom Sportplatz Hardturm bis zum Werdhölzli | 11 613 | 3 000 | 2 109 | 1974–78 |
| 61. Erstellung eines neuen Umschlaghafens Tiefenbrunnen, Quartier Riesbach | 8 355 | 1 500 | 2 400 | 1974–76 |

Tabelle 2 Abwasserbeseitigung / Gewässerschutz

| | | 1975 | 1974 |
|---|----------------|--------|--------|
| Öffentliches Kanalnetz, Gesamtlänge | km | 783,9 | 779,1 |
| Schmutzablagerungen aus Sammelkanälen | m ³ | 916 | – |
| Strassensammler | Stück | 31 462 | 31 429 |
| Schlamm aus Strassensammlern | m ³ | 7 000 | – |
| Abwasserpumpstationen | | 39 | 37 |
| Regenwasserklärbecken | | 18 | 18 |
| Nebendolen- und Installationsbewilligungen | | 1 138 | 1 152 |
| (davon Bewilligungen von Klein- und Teileingaben) | | (711) | (769) |
| Öl- und Giftschadenfälle | | 82 | 96 |
| Kontrollierte Mineralölabscheider | | 445 | 489 |
| – davon beanstandet | | 119 | 231 |
| Zugeteilte Fahrzeuge: | | | |
| – Saug- und Hochdruckspülwagen | | 10 | 9 |
| – Dolenwagen | | 4 | 4 |
| – Arbeitsfahrzeuge | | 28 | 23 |
| – Geräteanhänger | | 8 | 10 |
| Seereinigung | Aufwand Std. | 2 200 | 2 068 |
| | Räumgut t | 290 | 240 |

Tabelle 3 Abwasserreinigungsanlagen

| | | ARA Werdhölzli | | ARA Glatt | |
|--------------------------------------|--------------------|----------------|---------|-----------|--------|
| | | 1975 | 1974 | 1975 | 1974 |
| <i>Zurückgehaltene Schmutzstoffe</i> | | | | | |
| – Rechengut | m ³ | 1 641 | 1 781 | 1 192 | 1 296 |
| – Sand | m ³ | 1 128 | 1 989 | 295 | 175 |
| – Frisch- und Überschussschlamm | m ³ | 239 640 | 209 540 | 85 720 | 81 840 |
| <i>Reinigungswirkung (BSB 5)</i> | | | | | |
| – mechanische Anlage | % | 20 | 29 | 30 | 32 |
| – gesamte Anlage | % | 77 | 68 | 92 | 95 |
| <i>Schlammabgabe</i> | | | | | |
| – Faulschlamm, unbehandelt | m ³ | 105 903 | 97 600 | 43 950 | 38 320 |
| – Faulschlamm, flüssig, past. | m ³ | – | – | – | – |
| – Faulschlamm, trocken | m ³ | 407 | – | – | – |
| <i>Klärgaserzeugung</i> | | | | | |
| davon: | Mio m ³ | 3,97 | 3,8 | 1,08 | 0,65* |
| – Eigenbedarf | % | 37 | 39 | 65 | 66* |
| – an Gaswerk geliefert | % | – | 24 | – | – |
| – zu Treibgas aufbereitet | % | – | – | – | – |
| – an KVA | % | 8 | – | – | – |
| – Überschuss | % | 55 | 37 | 35 | 34* |

* Januar–Juli; nachher Gasuhr defekt

Tabelle 4 Strassenunterhalt

| | | | 1975 | 1974 |
|--|-------------|--------------------|---------|---------|
| <i>Öffentliche Strassen</i> | Gesamtlänge | km | 716,8 | 716,2 |
| | Fläche | Mio m ² | 8,29 | 8,27 |
| Privatstrassen | Länge | km | 80,6 | 79,4 |
| Fussgängerunterführungen | | | 51 | 50 |
| Belagserneuerungen | | m ² | 288 937 | 375 940 |
| Steinpflästerungen | | m ² | 905 800 | 910 285 |
| <i>Technische Aussenanlagen</i> | | | | |
| – Aufzüge | | | 11 | 11 |
| – Rolltreppen | | | 19 | 19 |
| – Tunnellüftungen | | | 2 | 2 |
| – Klimaanlage | | | 8 | 8 |
| <i>Gesamtbestand an Fahrzeugen und Geräten</i> | | | | |
| – Transportfahrzeuge | | | 95 | 92 |
| – Arbeitsfahrzeuge | | | 43 | 43 |
| – Arbeitsmaschinen | | | 181 | 174 |
| – Kehrmaschinen | | | 22 | 22 |
| – Abfallsauger | | | 4 | 4 |
| Wischgut | | t | 10 300 | 12 580 |
| <i>Winterdienst</i> | | | | |
| – mittlere Schneemenge | | cm | 50 | 62 |
| – Schneefalltage | | | 38 | 30 |
| – Salzverbrauch | | t | 335 | 1 045 |
| – Schneepflüge | | | 187 | 187 |
| – Einachstraktoren mit Kleinpflügen | | | 80 | 80 |
| – Schleudermaschinen | | | 10 | 11 |
| – Salzstreuautomaten | | | 129 | 133 |
| – Splittstreuer | | | 20 | 21 |

Gartenbauamt

Tabelle 1 Planung und Projektierung

| Bauten | Stand der Planungsarbeiten | | | Stand | Bauzeit Jahre | Ausführung Jahre |
|---|----------------------------|------------|------------------------------|-------------|------------------------------|---------------------|
| | Vorprojekt | Bauprojekt | Voraussichtliche Bausumme | | | |
| A. Park- und Erholungsanlagen | | | | | | |
| 1. Fussgängerzone Milchbuckstrasse | erstellt | – | i. A. TAZ | Proj.-Stad. | ½ | 1976–.. |
| 2. Fussgängerzone Sihlfeld-/Erismannstrasse | erstellt | erstellt | i. A. TAZ | baureif | – | 1974–75 |
| 3. Fussgängerzone Uetliberg-/Bachtobelstrasse | erstellt | – | i. A. TAZ | Proj.-Stad. | – | – |
| 4. Fussgängerzone Bahnhofstrasse, 2. + 3. Etappe | erstellt | in Bearb. | 5 500 000.— | Proj.-Stad. | 2 | 1976–77 |
| 5. Spielplatz Sonnegg, Höngg | erstellt | erstellt | 100 000.— | baureif | ¼ | 1975–76 |
| 6. Spielanlage Wiedinghof | erstellt | erstellt | 57 000.— | baureif | ¼ | 1975 |
| 7. Spielanlage Brauerstrasse | erstellt | erstellt | 40 000.— | baureif | – | 1975 |
| 8. Spielanlage Fritschiwiese + EWZ-Unterwerk | erstellt | in Bearb. | – | – | – | 1978–79 |
| 9. Spielanlage Hohe Promenade | erstellt | erstellt | 120 000.— | baureif | ¼ | 1975 |
| 10. Anlage Sihlfeld-/Zentralstrasse | erstellt | erstellt | 160 000.— | baureif | ½ | 1974–75 |
| 11. Anlage Aegerten-/Erlachstrasse | erstellt | erstellt | 215 000.— | baureif | ½ | 1974–75 |
| 12. Fussweg Bombach (Projektänderung) | erstellt | erstellt | 95 000.— | baureif | ½ | 1975–76 |
| 13. Fussweg Egg, Wollishofen | erstellt | – | 150 000.— | – | ½ | 1976 |
| 14. Spazierweg Glaubten–Müseli | erstellt | erstellt | 380 000.— | baureif | 1 | 1976 |
| 15. Naturschutzpark Katzensee | erstellt | – | – | Proj.-Stad. | 1 | 1977 |
| 16. Waldweiher Dreiwiesen | erstellt | in Bearb. | 2 900 000.— | Proj.-Stad. | 2 | 1976–77 |
| 17. Umschlaghafen Tiefenbrunnen | erstellt | in Bearb. | 250 000.— | Planung | 2 | 1976–77 |
| 18. Seeufergestaltung Tiefenbrunnen | erstellt | – | 1 680 000.— | – | 4 | 1978–81 |
| 19. Seeufer Wollishofen (Strandbaderweiterung) | erstellt | – | – | – | 3 | 1977–79 |
| 20. Platz beim Schanzengraben-Knie | erstellt | – | 50 000.— | – | ¼ | 1976 |
| 21. Pestalozzipark Altstetten | erstellt | – | 13 000 000.— | – | 5 | 1977–82 |
| 22. Schachanlage beim Grossmünster | erstellt | – | 20 000.— | – | ¹ / ₁₂ | 1976 |
| 23. Grünanlage Wehrenbachweiher | erstellt | in Bearb. | 400 000.— | Proj.-Stad. | 1 | 1976–77 |
| 24. Stadelhoferplatz, Neugestaltung | erstellt | in Bearb. | 250 000.— | Proj.-Stad. | ½ | 1976 |
| 25. Treppenanlage Welte-Gut | erstellt | erstellt | 31 000.— | baureif | ½ | 1976 |
| B. Sportanlagen | | | | | | |
| 26. Sportanlage Fronwald, Affoltern | erstellt | erstellt | 3 400 000.— | baureif | 3 | 1976–78 |
| 27. Sportanlage Höggerberg, 2. Etappe | erstellt | – | 5 000 000.— | Planung | 3 | 1977 |
| 28. Sportanlage Bennenried | erstellt | – | – | Landerwerb | 2 | 1977 |
| 29. Sportanlage «Im Riet» (teilweise Zollikon) | erstellt | in Bearb. | 2 700 000.— | Proj.-Stad. | 2 | 1977–78 |
| 30. Sportanlage Venusstrasse | erstellt | in Bearb. | 900 000.— | Proj.-Stad. | 1 | 1976 |
| 31. Sportanlage Sihlhölzli, Parkplatz (Parkuhrenfond) | erstellt | erstellt | – | baureif | ½ | 1976 |
| C. Friedhofanlagen | | | | | | |
| 32. Friedhof Höggerberg (Erweiterung) | erstellt | erstellt | 1 200 000.— | baureif | 1½ | 1976–77 |
| 33. Friedhof Schwamendingen (Erweiterung) | erstellt | in Bearb. | 3 000 000.— | Proj.-Stad. | 3 | 1976–79 |
| D. Dauerfamiliengärten | | | | | | |
| 34. Emil Klöti (Konto Finanzamt) | erstellt | erstellt | – | Proj.-Stad. | ½ | 1976 |

Tabelle 2 Bau von Neuanlagen

| Bauten | Stand der Bauarbeiten | | | Ausgeführte Arbeiten | Bau- beginn | Bauvoll- endung |
|--|-----------------------------|------------------------------|-----------------|---|----------------|--------------------|
| | Bausumme ohne Landerwerb | Voranschlag 1975 | Aufwand 1975 | | | |
| <i>A. Park- und Erholungsanlagen</i> | | | | | | |
| 1. Spielanlage Hohe Promenade | 120 000.— | 100 000.— | 92 000.— | Gärtnerarbeiten | Aug. 75 | Nov. 75 |
| 2. Spielanlage Sonnegg, Höngg | 100 000.— | 100 000.— | 36 000.— | Erdarbeiten | Nov. 75 | Mai 76 |
| 3. Spielanlage Wiedinghof | 58 000.— | — | 55 000.— | Gärtnerarbeiten | Mai 75 | Okt. 75 |
| 4. Spielanlage Brauerstrasse | 30 000.— | — | 30 000.— | Gärtnerarbeiten | | Mai 75 |
| 5. Anlage Sihlfeld-/Zentralstrasse | 160 000.— | — | 7 000.— | Belags- und Gärtnerarbeiten | Aug. 74 | Mai 75 |
| 6. Anlage Aegerten-/Erlachstrasse | 215 000.— | — | 113 000.— | Belagsarbeiten | Nov. 74 | Mai 75 |
| 7. Grünanlage Waidhalde | 39 000.— | 50 000.— | 28 000.— | Wegebau- und Gärtnerarbeiten | Febr. 75 | Juli 75 |
| 8. Grünanlage Förrlibuckstrasse | — | i. A. der Fa. A. Hans | — | Wegebau- und Gärtnerarbeiten | Sept. 75 | Dez. 75 |
| 9. Grünanlage Urania | — | i. A. der Urania AG | — | Wegebau- und Gärtnerarbeiten | Okt. 74 | Dez. 75 |
| 10. Grünzug Max Högger-Strasse | 130 000.— | — | 47 000.— | Wegebau- und Erdarbeiten | Dez. 75 | Mai 76 |
| 11. Fussweg Bombach | 95 000.— | 95 000.— | 30 000.— | Erdarbeiten | Nov. 75 | Mai 76 |
| 12. Fussweg Witikon-Pfaffhausen | 177 000.— | 140 000.— | 64 000.— | Erd- und Gärtnerarbeiten | Juni 74 | Okt. 75 |
| 13. Fussweg Gutstrasse-Triemli | 250 000.— | 200 000.— | 118 000.— | Wegebau- und Gärtnerarbeiten | Mai 75 | Mai 76 |
| 14. Leonhard Ragaz-Weg (Fussweg) | 190 000.— | 85 000.— | 146 000.— | Wegebau- und Gärtnerarbeiten | Mai 75 | Mai 76 |
| 15. Fussgängerzone Sihlfeld-/Erismannstrasse | — | i. A. TAZ | — | Gärtnerarbeiten | | Mai 75 |
| 16. Filteranlage Artergut | 123 000.— | — | 127 000.— | Maurer-, Sanitär-, Elektro-Installat.- arbeiten | März 75 | Juli 75 |
| 17. Volière Bachwiesen | 45 000.— | 10 000.— | 34 000.— | Werkleitungen, Gärtnerarbeiten | Aug. 75 | Nov. 75 |
| 18. Bootshafen Wollishofen | 1 650 000.— | 800 000.— | 426 000.— | Uferschutz, Gärtnerarbeiten | Febr. 74 | Dez. 76 |
| 19. Erweiterung Seefeldquai | 2 985 000.— | 1 400 000.— | 886 000.— | Wegebau-, Erd- u. Gärtnerarbeiten | Juni 73 | Okt. 76 |
| 20. Freizeitanlage Buchegg | 350 000.— | 250 000.— | 53 000.— | Maurer- und Gärtnerarbeiten | Nov. 74 | Juni 75 |
| 21. Parkplatz Schwamendingen | — | i. A. TAZ | — | Bepflanzung | | Nov. 75 |
| <i>B. Sportanlagen</i> | | | | | | |
| 22. Tennisanlage Frauental | 1 018 000.— | 533 000.— | 415 000.— | Tennisplatzbau | Jan. 74 | Dez. 76 |
| 23. Tennisanlage Lengg | 220 000.— | 220 000.— | 183 000.— | Tennisplatzbau | Aug. 74 | Nov. 75 |
| 24. Tennisplatz und Grossparkplatz Allmend Fluntern | 847 600.— | — | 87 000.— | Gärtnerarbeiten | Aug. 73 | Okt. 75 |
| 25. Sportanlage Hardhof | 13 591 000.— | 100 000.— | 442 000.— | Erd- und Kanalisationsarb. | Okt. 75 | — |
| 26. Sportanlage Buchlern | — | i. A. Gen. Dir. PTT, Bern | — | Erd- und Kanalisationsarb. und Wegebau | Okt. 74 | Juni 78 |
| 27. Sportanlage Witikon | 4 211 000.— | 1 300 000.— | 1 495 000.— | Gärtner- und Belagsarbeiten | Sept. 72 | April 75 |
| 28. Sportanlage Heerenschürli | 3 884 000.— | 1 300 000.— | 618 000.— | Gärtner- und Belagsarbeiten | Sept. 72 | Juli 75 |

Tabelle 2 Bau von Neuanlagen (Fortsetzung)

| Bauten | Stand der Bauarbeiten | | Aufwand 1975 | Ausgeführte Arbeiten | Bau- beginn | Bauvoll- endung |
|-----------------------------------|-----------------------------|---------------------|-----------------|---|----------------|--------------------|
| | Bausumme ohne Landerwerb | Voranschlag 1975 | | | | |
| <i>C. Friedhofanlagen</i> | | | | | | |
| 29. Friedhof Witikon, Erweiterung | 7 573 000.— | 1 300 000.— | 693 000.— | Werkleitungen, Erd-, Belags- u. Gärtnerarbeiten | April 73 | Juni 78 |

Tabelle 3 Die städtischen Grünanlagen

| Stadt- kreis | Öffentliche Anlagen inkl. Kinder- spielplätze m ² | m ² je Ein- wohner | Sportplätze Tennisplätze | | m ² | Spielwiesen und Grün- flächen bei Schulhäusern m ² | m ² je Ein- wohner | Bade- anlagen m ² | Total m ² |
|--------------------------|--|-------------------------------------|-----------------------------|----|----------------|---|-------------------------------------|------------------------------------|-------------------------|
| | | | Anzahl S | T | | | | | |
| 1 | 98 333 | 12,45 | — | — | — | 5 780 | 0,65 | 11 000 | 105 113 |
| 2 | 327 902 | 10,38 | — | 12 | 7 800 | 113 230 | 3,07 | 39 500 | 488 432 |
| 3 | 207 699 | 4,10 | 8 | 18 | 101 021 | 114 159 | 2,25 | 15 000 | 437 879 |
| 4 | 39 891 | 1,32 | — | — | — | 32 580 | 1,08 | — | 72 471 |
| 5 | 22 534 | 1,82 | — | — | — | 15 373 | 1,24 | — | 37 907 |
| 6 | 135 599 | 3,79 | 1 | — | 7 650 | 58 718 | 1,64 | 38 400 | 240 367 |
| 7 | 90 175 | 2,39 | 8 | 10 | 95 095 | 71 600 | 1,89 | — | 256 870 |
| 8 | 144 557 | 7,38 | 1 | 6 | 13 215 | 39 200 | 2,00 | 25 000 | 221 972 |
| 9 | 128 077 | 2,70 | 20 | — | 182 973 | 88 290 | 1,86 | 22 450 | 421 790 |
| 10 | 122 681 | 3,43 | 3 | 4 | 27 940 | 71 475 | 2,00 | 9 200 | 231 296 |
| 11 | 89 052 | 1,57 | 10 | 4 | 91 300 | 142 400 | 2,52 | 22 000 | 344 752 |
| 12 | 107 934 | 3,46 | 7 | 4 | 75 890 | 127 290 | 4,08 | 14 000 | 325 114 |
| Gemeinde Schlieren | | | 12 | 4 | 118 640 | — | — | — | 118 640 |
| Gemeinde Adliswil | | | 2 | — | 20 625 | — | — | — | 20 625 |
| Gemeinde Oberengstringen | | | — | — | — | — | — | 22 000 | 22 000 |
| <hr/> | | | | | | | | | |
| | 1 514 434 | | 72 | 62 | 742 149 | 880 095 | | 208 550 | 3 345 228 |
| | | | | | | Stadtgärtnerei | | | 36 459 |
| | | | | | | Baumschule/Kompostierungsanlage | | | 47 000 |
| | | | | | | Sukkulentensammlung | | | 3 800 |
| | | | | | | Friedhöfe | | | 1 211 904 |
| | | | | | | Rebberg Höngg | | | 32 000 |
| | | | | | | Zusammen | | | 4 676 391 |
| | | | | | | Vorjahr | | | 4 484 478 |

Tabelle 4 Öffentliche Grünanlagen mit über 10000 m² Fläche

| Kreis | Bezeichnung der Grünanlage | m ² |
|-------|--------------------------------------|----------------|
| 1 | Platzpromenade | 41 880 |
| 2 | Arboretum | 31 036 |
| | Belvoirpark | 29 694 |
| | Muraltengut | 17 455 |
| | Mythenquai | 57 606 |
| | Rietberg | 67 091 |
| | Schneeligut | 19 186 |
| | Weltigut | 19 500 |
| 3 | Heiligfeld | 22 600 |
| | Wiedingstrasse/Schlossgasse | 16 637 |
| 4 | Aussersihlanlage | 13 737 |
| | Bullingerhof | 11 400 |
| 5 | Josefanlage (ohne Wiese) | 11 532 |
| 6 | Beckenhof | 14 953 |
| | Resiweihergebiet | 20 094 |
| | Steinkluppe | 18 500 |
| | Buchegg | 17 886 |
| 7 | Wolfbachtobel | 18 927 |
| 8 | Seefeld, Seegarten bis Lindenstrasse | 12 750 |
| | Zürichhorn | 57 836 |
| 9 | Bachwiese | 22 350 |
| 11 | Allenmooswäldli | 21 546 |
| | Schörligrünzug | 12 930 |
| 12 | Mattenhof | 30 959 |

Tabelle 5 Alleebäume in der Stadt Zürich

| Meisterbezirk | 1975 | 1974 |
|--|--------|--------|
| 1 Kreis 1, links der Limmat und Kreis 2 | 1 887 | 1 874 |
| 2 Kreise 3, 4 und 5 südwestlich Hardstrasse | 3 153 | 3 156 |
| 3 Kreise 4 und 5 nördlich Hardstrasse und Kreis 9 | 2 712 | 2 612 |
| 4 Kreise 6, 10 und Fluntern | 3 291 | 3 339 |
| 5 Kreise 11 und 12 | 2 854 | 2 788 |
| 6 Kreis 1, rechts der Limmat, Kreis 7 ohne Fluntern, Kreis 8 | 2 326 | 2 296 |
| Zusammen | 16 223 | 16 065 |
| Baumbestand 31.12.1974 | 16 065 | |
| Gefällte Bäume (wegen Verkehrsbauten 135) | 457 | |
| | 15 608 | |
| Ersetzte und neugepflanzte Bäume | 615 | |
| Baumbestand 31.12.1975 | 16 223 | |

Tabelle 6 Die Gesamtfläche der städtischen Friedhöfe misst 1 211 904 m²

| Unterhalt durch Gartenbauamt | m ² | Unterhalt durch Privatfirmen | m ² |
|------------------------------|----------------|------------------------------|----------------|
| Affoltern | 17 398 | Witikon I | 1 349 |
| Albisrieden | 10 052 | | |
| Altstetten | 15 884 | | |
| Eichbühl | 141 400 | | |
| Enzenbühl | 95 730 | | |
| Fluntern | 33 250 | | |
| Höngg | 6 536 | | |
| Hönggerberg | 38 838 | | |
| Leimbach, Zwirnerstrasse | 1 655 | | |
| Leimbach, Stotzstrasse | 19 600 | | |
| Manegg | 107 875 | | |
| Nordheim | 124 952 | | |
| Nordheim Krematorium | 39 494 | | |
| Oerlikon | 7 344 | | |
| Rehalp | 29 741 | | |
| Sihlfeld A–E | 288 351 | | |
| Schwamendingen | 29 455 | | |
| Schwandenholz | 100 093 | | |
| Üetliberg | 85 000 | | |
| Witikon II | 17 907 | | |
| Zusammen | 1 210 555 | Zusammen | 1 349 |
| Vorjahr | 1 105 955 | | |

Tabelle 7 In den 20 Friedhöfen befinden sich 80 045 Gräber

| Grabart | Unterhalt | Unterhalt und Bepflanzung | Immergrün | Selbst- besorger | Zusammen |
|--------------|-----------|------------------------------|-----------|---------------------|----------|
| Reihengräber | 7 319 | 29 030 | 4 054 | 178 | 40 581 |
| Urnengräber | 3 777 | 24 962 | 2 668 | 39 | 31 446 |
| Privatgräber | 1 782 | 6 236 | – | – | 8 018 |
| Zusammen | 12 878 | 60 228 | 6 722 | 217 | 80 045 |

Stadtforstamt*Tabelle 1* *Verwaltete Fläche*

| | Gesamtfläche ha | Hievon Wald ha |
|--------------------|--------------------|-------------------|
| Stand Ende 1974 | 2 353,91 | 2 227,74 |
| Netto-Abnahme 1975 | 7,84 | 7,85 |
| Stand Ende 1975 | 2 346,07 | 2 219,89 |

Tabelle 2 *Waldbezirke*

| | Produktiver Boden | | Ertraglos ha | Zusammen ha |
|------------------------|-------------------|--|-----------------|----------------|
| | Wald ha | Landwirt- schaftlich genutzt ha | | |
| Sihlwald | 1 002,88 | 39,69 | 11,96 | 1 054,53 |
| Langenberg | 42,07 | 34,96 | 2,06 | 79,09 |
| Entlisberg/Kopfholz | 62,09 | 2,95 | – | 65,04 |
| Üetliberg | 280,39 | 8,27 | 8,47 | 297,13 |
| Hönggerberg | 146,99 | 1,45 | – | 148,44 |
| Käferberg | 98,82 | 0,41 | 0,89 | 100,12 |
| Zürichberg | 449,19 | 3,22 | 1,48 | 453,89 |
| Zollikerberg | 23,99 | 0,08 | – | 24,07 |
| Übrige Waldungen | 113,47 | 10,23 | 0,06 | 123,76 |
| Zusammen | 2 219,89 | 101,26 | 24,92 | 2 346,07 |
| Auf Stadtgebiet Zürich | 1 086,21 | 16,40 | 10,90 | 1 113,51 |
| In andern Gemeinden | 1 133,68 | 84,86 | 14,02 | 1 232,56 |
| Zusammen | 2 219,89 | 101,26 | 24,92 | 2 346,07 |

Tabelle 3 *Nutzung nach Holzartenkategorien und Sortimenten*

| Waldbezirke | Gesamtnutzung: | | Holzarten: | | Sortimente: | | | | | | | |
|------------------|-----------------------------|-------------------------|-----------------------------|----|----------------------------|----|----------------------------|----|---------------------------------|----|-----------------------------|----|
| | im ganzen m ³ | je ha m ³ | Nadelholz m ³ | % | Laubholz m ³ | % | Nutzholz m ³ | % | Industrieholz m ³ | % | Brennholz m ³ | % |
| Sihlwald 1+2 | 8 650 | 8,6 | 2 774 | 32 | 5 876 | 68 | 4 635 | 53 | 2 663 | 31 | 1 352* | 16 |
| Langenberg | 458 | 10,9 | 243 | 53 | 215 | 47 | 287 | 63 | 103 | 22 | 68 | 15 |
| Entlisberg | 706 | 11,4 | 464 | 66 | 242 | 34 | 403 | 57 | 287 | 41 | 16 | 2 |
| Üetliberg | 1 348 | 4,8 | 161 | 12 | 1 187 | 88 | 405 | 30 | 662 | 49 | 281 | 21 |
| Hönggerberg | 900 | 6,1 | 410 | 46 | 490 | 54 | 389 | 44 | 449 | 50 | 62 | 6 |
| Käferberg | 740 | 7,5 | 239 | 32 | 501 | 68 | 278 | 38 | 351 | 47 | 111 | 15 |
| Zürichberg | 6 153 | 13,7 | 1 447 | 24 | 4 706 | 76 | 3 759 | 61 | 1 834 | 30 | 560 | 9 |
| Zollikerberg | 164 | 6,8 | 161 | 98 | 3 | 2 | 137 | 84 | 20 | 12 | 7 | 4 |
| Übrige Waldungen | 334 | 2,9 | 195 | 58 | 139 | 42 | 166 | 50 | 111 | 33 | 57 | 17 |
| 1975 | 19 453 | 8,8 | 6 094 | 31 | 13 359 | 69 | 10 459 | 54 | 6 480 | 33 | 2 514 | 13 |
| 1974 | 20 384 | 9,2 | 6 887 | 34 | 13 497 | 66 | 11 089 | 54 | 6 885 | 34 | 2 410 | 12 |
| 1973 | 18 633 | 8,4 | 6 948 | 37 | 11 685 | 63 | 9 778 | 52 | 7 267 | 39 | 1 588 | 9 |

* inkl. 412 m³ durch den Käufer aufgerüstet

Tabelle 4 *Gesetzte Waldpflanzen nach Waldbezirken*

| Waldbezirke | Nadelbäume | Laubbäume | im ganzen | pro ha Waldfläche |
|---------------------|------------|-----------|-----------|----------------------|
| | Stück | Stück | Stück | Stück |
| Sihlwald | 9 030 | 300 | 9 330 | 9 |
| Langenberg | 1 400 | 170 | 1 570 | 37 |
| Entlisberg/Kopfholz | 3 450 | 370 | 3 820 | 61 |
| Üetliberg | 4 880 | 480 | 5 360 | 19 |
| Hönggerberg | 9 550 | 3 020 | 12 570 | 85 |
| Käferberg | 2 700 | 50 | 2 750 | 28 |
| Zürichberg | 5 140 | 2 230 | 7 370 | 16 |
| Zollikerberg | 2 010 | 100 | 2 110 | 88 |
| Übrige Waldungen | 1 230 | 820 | 2 050 | 18 |
| Zusammen | 39 390 | 7 540 | 46 930 | 21 |

Tabelle 5 *Wildbestand im Wildpark Langenberg*

| Wildart | Bestand 1. Januar 1975 | Zuwachs | Abgang | Bestand 31. Dez. 1975 |
|-------------|---------------------------|---------|--------|--------------------------|
| Rotwild | 29 | 7 | 5 | 31 |
| Damwild | 99 | 28 | 32 | 95 |
| Elche | 7 | 1 | — | 8 |
| Wisent | 7 | 2 | 1 | 8 |
| Steinwild | 28 | 10 | 6 | 32 |
| Bären | 5 | — | 1 | 4 |
| Schwarzwild | 17 | 32 | 39 | 10 |
| Murmeli | 7 | 4 | 6 | 5 |
| Luchse | — | 2 | — | 2 |
| Total | 199 | 86 | 90 | 195 |

Hochbauamt

Bauordnungs- und Zonenplanrevision

Auf Ende des Berichtsjahres hat die Kommission des Gemeinderates zur Vorberaterung der Revision von Bauordnung und Zonenplan ihre Arbeit abgeschlossen. Es waren hiefür total 37 Sitzungen nötig, wovon auf das Berichtsjahr etwa 30 entfallen sind.

Mit dem Vorprüfungsbericht des Regierungsrates über die Bauordnungs- und Zonenplanrevision vom 23. Oktober 1974 konnte sich die Stadt nicht einverstanden erklären, weil die spezifisch städtischen Probleme zuwenig Berücksichtigung gefunden hatten. Aufgrund einer Aussprache zwischen einer Abordnung des Regierungsrates und einer Delegation des Stadtrates unter Beizug von Chefbeamten wurde eine Kommission aus kantonalen und städtischen Fachleuten gebildet, um die strittigen Probleme zu bereinigen. Diese verwaltungsinterne Kommission hat zu Beginn des Berichtsjahres an 10 Sitzungen in entscheidenden Punkten eine Verständigung erreicht.

Dem definitiven Vorprüfungsbericht des Regierungsrates vom 11. Juni 1975 kann u.a. folgendes entnommen werden.

- Der ursprüngliche Einwand, die *Kläranlage Werdhölzli* genüge den beabsichtigten Zonenänderungen nicht, wird zurückgezogen.
- Für die vorgeschlagenen Umzonungen von *Industriezonen* in Kernzonen empfiehlt der Regierungsrat das Einführen eines neuen Industriezonen-Types.
- Bei öffentlichen Bauten und Anlagen in der *Freihaltezone* schlägt der Regierungsrat als provisorisches Regime den Erlass von Sonderbauordnungen vor, bis eine Zone für öffentliche Bauten und Anlagen geschaffen werden kann.
- Nachdem im Einvernehmen mit den beteiligten Privaten die Ausnützung für die Sonderbauordnung *Kalkbreite* erheblich gesenkt werden konnte, kann nun der Regierungsrat grundsätzlich zustimmen.
- Die *Sonderbauordnung Hochschule* sei als Teil der Bauordnungs- und Zonenplanrevision zu betrachten.

Aufgrund dieser Stellungnahme diskutierte die gemeinderätliche Kommission über 3 Alternativvorschläge des Stadtrates für neue Regelungen in der Industriezone. Keine dieser Varianten erwies sich als tauglich, so dass es beim ursprünglichen Vorschlag des Stadtrates – Umzonungen von geeigneten Gebieten der Industriezone in die Kernzone – geblieben ist.

Die Sonderbauordnung *Kalkbreite* wurde grundsätzlich überarbeitet und neu als Gestaltungsplan gemäss dem neuen Planungs- und Baugesetz – PBG – konzipiert. Zudem ist die Ausnützung von 3,5 auf 2,8 reduziert worden. Die Beratungen über diese Vorlage werden Anfang 1976 wieder aufgenommen.

Die Vorlage für die Sonderbauordnung *Hochschule* hat der Stadtrat mit Weisung vom 31.12.75 dem Gemeinderat unterbreitet, so dass ebenfalls Anfang 1976 darüber die Beratungen einsetzen werden.

Rückbildungserscheinungen in der Bauwirtschaft

Von den Rezessionserscheinungen wurde das Baugewerbe besonders stark betroffen, und die Bauämter hatten denn auch im Geschäftsjahr verschiedentlich mögliche Sofortmassnahmen zugunsten der Bauwirtschaft zu überprüfen. Die Ergebnisse sind in den ausführli-

chen Antworten des Stadtrates vom 14.4.75 zur Interpellation von Emil Schalcher und 10 Mitunterzeichnern über Massnahmen gegen die wirtschaftliche Rezession und vom 13.8.75 zur Interpellation von H.U. Frei-Wohlgemuth und 3 Mitunterzeichnern über antizyklische Sofortmassnahmen zugunsten der Bauwirtschaft im Detail dargelegt. Die verschärfte Konkurrenz hat in den meisten Branchen zu einem Preiserfall geführt. Dies bedingte eine Überprüfung der Vergebungspraxis. Es hat sich dabei gezeigt, dass die Submissionsverordnung der Stadt genügend Spielraum lässt, um auch diesen veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen wirksam begegnen zu können. Unter anderem sollen offensichtliche Unterangebote ausgeschieden und Vergabungen, wo immer sinnvoll, vermehrt in Lose aufgeteilt werden, um einer möglichst breiten Unternehmerschaft Arbeit zuzuhalten.

Büro für Altstadtsanierung und Denkmalpflege

Die Berichtsperiode stand im Zeichen des «Europäischen Jahres für Denkmalpflege und Heimatschutz».

Ziel des vom Stadtrat im Herbst 1974 genehmigten Programmes war nicht die einmalige Veranstaltung irgendeiner spektakulären Restaurierung. Vielmehr sollten durch verschiedene Aktivitäten weite Kreise der Bevölkerung angeregt werden, über den Problemkomplex Denkmalpflege nachzudenken. Denn Denkmalpflege ist eine Aufgabe, die im Grunde nur lösbar ist, wenn sich alle Bewohner der Stadt in ihrer Gesamtheit engagieren im Bewusstsein, dass jede Beeinträchtigung des Denkmälerbestandes einen Verlust an materieller und ideeller Lebenssubstanz bedeutet.

Den Auftakt machte die Ausstellung «In Zürich unter Denkmalschutz» im Amtshaus IV. Alle durch Stadtratsbeschluss und Grundbucheintrag geschützten Bauten waren im Bild zu sehen. Mancher Besucher war erstaunt, in seinem Quartier keine geschützten Bauten zu finden. Damit konnte bereits eine erste Sensibilisierung erreicht werden.

Höhepunkt war dann die Ausstellung «Gang dur Züri» im Helmhaus. Nach einem kurzen Gang durch die Vorgeschichte Zürichs stand der Besucher vor dem Panorama der idyllischen Stadt des beginnenden 19. Jahrhunderts. Hier wurde er aber auch konfrontiert mit den technischen und geistigen Entwicklungen, welche die «Grosse Wende» brachten. Auf dem anschliessenden Gang durch die Zeit von 1830 bis 1936 wurden die wichtigsten politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ereignisse und ihre Auswirkung auf die Bausubstanz und das Stadtbild dargestellt. In einem zweiten Teil zeigten die zwölf Stadtkreise ihre eigene Geschichte, aktuelle Probleme und Zukunftsperspektiven. Mit 13 866 Besuchern gehörte die Ausstellung zu denjenigen mit Rekordbesucherzahlen, und das trotz Sommerferienzeit und einer Hitzeperiode. An zwanzig Führungen auf den mit Plakaten markierten Routen der vier Gänge durch Zürich nahmen ungefähr 1500 Personen teil.

Fünfundvierzig Zeitungen und Zeitschriften aus der deutschen und der französischen Schweiz berichteten über diese Veranstaltungen.

Grosse Beachtung bei der Bevölkerung fand die Rekonstruktion der Fassade des Hauses «Zum Büchsenstein» am Limmatquai 50 und die mit einer inneren Sanierung verbundene Fassadenrenovation der 1927 erbauten Siedlung «Birkenhof».

Neben 295 Vernehmlassungen zu Baugesuchen (Vorjahr 311) wurden aufgrund der Verordnung zum Bundesbeschluss über dringliche Massnahmen auf dem Gebiete der Raumplanung vom 17. März 1972 182 Berichte (176) zuhanden der Kantonalen Bau- direktion ausgefertigt. Bei 85 (63) weiteren Objekten sind für Private und Ämter die

verschiedenartigsten Dienstleistungen (Beratungen, Abklärungen, Gutachten) erbracht worden. Zuhanden der Amtsstelle für Reklamen wurden 111 (86) Reklamegesuche geprüft. Die Denkmalpflegekommission behandelte an 9 halbtägigen Sitzungen 44 Geschäfte. Durch den Stadtrat sind 8 Gebäude geschützt worden; 11 konnten durch Grundbucheintrag unter Denkmalschutz gestellt werden.

Das Inventar der Bausubstanz der Stadt Zürich ist um 4000 erfasste Objekte auf 9000 angewachsen; es sind 7500 Fotos erstellt worden. Die Rezession im Baugewerbe und die damit verbundene Verlagerung vom Neubau zum Umbau und zur Renovation brachte dem Büro eine zusätzliche Belastung.

Der reich illustrierte 7. Bericht «Zürcher Denkmalpflege» konnte herausgegeben werden. Er umfasst für die Stadt Zürich die Jahre 1968–1973 und ist dem Andenken des verstorbenen Denkmalpflegers Walter Burger gewidmet.

Abgeschlossen werden konnte ein vorläufiges Inventar schützenswerter Quartierbilder nach den Richtlinien zum Bundesbeschluss über dringlichen Massnahmen auf dem Gebiete der Raumplanung. Für den Dorfkern Unter-Affoltern wurde ein Richtplanmodell erstellt. Grundlagen waren Fassadenaufnahmen im Massstab 1:100 und eine Analyse der Bausubstanz.

Im Rahmen der Projektierungsarbeiten zur Erneuerung der Altstadtkanalisation sind im engen Einvernehmen mit dem Tiefbauamt an einem ersten Abschnitt verschiedene Anschauungsmodelle erarbeitet worden: Plandarstellung für den Bestand der Oberfläche, Projektplan und Ausführung der Oberfläche im Detail.

Die 1974 begonnene photogrammetrische Planaufnahme der Häuser an der Sihlfeld-/Bertastrasse konnte abgeschlossen werden.

All die vielfältigen Bemühungen des Büros mitzuhelfen, die Lebensqualität der Stadt zu verbessern und die Zeugnisse ihrer Geschichte zu erhalten, können nur zum Ziele führen, wenn die durch das neue Bau- und Planungsgesetz eröffneten Möglichkeiten ausgeschöpft werden. Die mögliche Grundstücknutzung ist mit der wünschbaren in Übereinstimmung zu bringen. Dabei sind städtebauliche und historische Gesichtspunkte mit Schwergewicht zu berücksichtigen. Bei der Ausscheidung von Zonen mit schützenswerten Quartierbildern ist nach den gleichen Gesichtspunkten zu verfahren.

Baugeschichtliches Archiv

Die Bildersammlung des Archivs wuchs um 5175 neue Fotoaufnahmen und 1690 Dias. Der Zuwachs an graphischen Blättern betrug 37 Stück. Die schriftliche Dokumentation wurde durch 12 von uns verfasste Hausgeschichten, hauptsächlich von Altsadthäusern, vermehrt. Im Archiv sind 1219 Besucher – vornehmlich Journalisten, Architekten und Studenten – bedient und beraten worden.

Durch die Anstellung eines Hilfsangestellten konnte die Aufarbeitung der 23 600 Mikrofilmkarten von den im Stadtarchiv liegenden Baupolizeiplänen von 1863–1892 so weit vorangetrieben werden, dass diese Arbeit 1976 abgeschlossen werden kann. Mit der Verfilmung der eigenen Planbestände wurde im November begonnen, und Ende Jahr erfolgte eine erste Ablieferung von 3600 Mikrofilmkarten.

Büro für Archäologie

Das Büro für Archäologie führte mehrere Ausgrabungen durch. Während einer mehrmonatigen Untersuchung in der Kirche Schwamendingen konnten unter anderem der Grundriss des romanischen Vorgängerbaues und die Reste eines alemannischen Friedhofes

aufgedeckt werden. Auf der Grossbaustelle Pressehaus Ringier fanden sich Zeugen von jungsteinzeitlichen Siedlungen (2000–3000 v. Chr.). Es wurde ein genaues Ausgrabungsprojekt ausgearbeitet. Bereits hat man auch in einem ersten Sondierungsfeld die urgeschichtlichen Schichten freigelegt und in Zusammenarbeit mit Naturwissenschaftlern wichtige Beobachtungen und Analysen zur Rekonstruktion der ehemaligen Siedlungslandschaft angestellt. An der Spiegelgasse kamen zu den 1971–1974 entdeckten drei Gräbern noch acht weitere hinzu. Es besteht kein Zweifel mehr, dass es sich dabei um die Spuren des ersten bisher bekannten frühmittelalterlichen Friedhofes handelt, der zur städtischen Siedlung gehörte. Es ergeben sich interessante Folgerungen zur baulichen Entwicklung Zürichs.

In verschiedenen im Umbau befindlichen Altstadthäusern wurden baugeschichtliche Analysen durchgeführt und dabei bedeutende Reste von Wandmalereien festgestellt. Die Dokumentation der Ausgrabungen in der Kirche St. Peter wurde fertig ausgewertet und ein Bericht für die Zeitschrift für Schweizerische Archäologie und Kunstgeschichte abgeliefert. Die Arbeiten zu einem historischen Kataster der Altstadt, der vor allem der archäologischen Betreuung der anlaufenden Kanalisationserneuerung dienen soll, konnten schon recht weit vorangetrieben werden.

Die Tauchequipe war vornehmlich in Meilen mit einer Rettungsausgrabung beim Strandbad Schellen beschäftigt. Diese noch nicht abgeschlossenen Unterwasserausgrabungen geben zur Hoffnung Anlass, Grundrisse jungsteinzeitlicher Häuser erschliessen zu können.

Amtsstelle für Reklamen

Die Teilrevision der städtischen Vorschriften zum Schutze des Stadt- und Landschaftsbildes (Reklameverordnung), die eine allgemeine Bewilligungspflicht für Aussenreklamen einführt, ist vom Gemeinderat am 20. August 1975 angenommen worden. Die Reklameverordnung bietet die Möglichkeit, die seit 1968 zu beobachtende Entwicklung, welche durch die massenhafte Aufstellung von Norm- und Grossplakaten (Fremdwerbung) auf privatem Grund, d. h. insbesondere in den städtebaulich empfindlichen Grünräumen der Vorgärten der Wohngebiete, geprägt ist, einzudämmen.

Allgemeines

Für die Baupolizei wurden 470 (Vorjahr 516) Baugesuche behandelt. Für den subventionierten Wohnungsbau sind 17 (6) Projekte begutachtet und 13 (18) Bauabrechnungen geprüft worden. Das Baukollegium behandelte an 3 Sitzungen insgesamt 11 Geschäfte.

Hochbauinspektorat

Gesundheitsbauten

Die kantonale Spital- und Krankenhausplanung ist zurzeit in Überprüfung. Dies hat zur Folge, dass bei verschiedenen städtischen Bauprojekten die Subventionszusicherung nicht behandelt und dadurch eine Weiterbearbeitung gestoppt wird.

Ebenso haben die zur Bewältigung der Kostenexplosion bei den Krankenhäusern

- durch die Direktion des Gesundheitswesens des Kantons Zürich verfügte Plafonierung der Staatsbeiträge an Anschaffungen und Unterhaltsarbeiten und die
- durch den Regierungsrat des Kantons Zürich mit der Überprüfung und Überwachung der Kostenentwicklung im Krankenhauswesen beauftragte Expertenkommission ihre Auswirkung auf die zeitliche Geschäftsabwicklung.

Schulbauten

Das ehemalige 5-Jahres-Programm zur Sanierung der Schulhäuser der Volksschule wurde bis 1980 erstreckt, weil die erforderlichen Kredite nicht in vollem Umfange zur Verfügung gestellt werden konnten. Mit diesem Programm werden die über 30 Jahre alten Schulhäuser dem notwendigen Standard sowie den heutigen betrieblichen Erfordernissen angepasst. Im Jahre 1977 wird das Anschlussprogramm in Arbeit genommen, das die restlichen 20 bis 30 Jahre alten Schulhäuser umfasst.

Fiskalbauten

Es ist beabsichtigt, den bisherigen Sanierungsrhythmus im Wohnungsbau aufgrund der veränderten Situation auf dem Wohnungsmarkt zu beschleunigen, d.h. standardmässig zurückgebliebene Wohnungen rascher zu modernisieren. Die entsprechenden Sanierungsprogramme werden daher konzentrierter zur Ausführung gelangen. Mit diesem Vorgehen wird gleichzeitig ein wesentlicher Beitrag an die Absicht der Stadt geleistet, das antizyklische Verhalten längerfristig und wirksamer auszugestalten.

Heizamt¹

Baupolizei²

Gesetz über die Erhaltung von Wohnungen für Familien vom 30. Juni 1974

Am 23. Oktober 1974 beschloss der Stadtrat die vorläufige Unterstellung der Stadt Zürich unter das oben genannte Gesetz.

Mit Beschluss des Gemeinderates vom 12. März 1975 erfolgte sodann die definitive Unterstellung für die Dauer von 2 Jahren. Der Beschluss des Gemeinderates ist am 12. April 1975 rechtswirksam geworden.

¹ Siehe Tabellen 1 und 2, S. 256

² Siehe Tabellen 1–6, S. 257f.

Amt für baulichen Zivilschutz

Vom Amt für Zivilschutz des Kantons Zürich konnte dieses Jahr die 1974 in der Stadt Zürich durchgeführte generelle Zivilschutzplanung teilweise genehmigt werden. Für den baulichen Zivilschutz von besonderer Wichtigkeit ist u.a. die neue Festlegung der Art, Anzahl und wo möglich des definitiven Standortes der OSO-Anlagen. In Tabelle 5 sind die bis zum Jahre 1990 zu erstellenden Anlagen aufgeführt. Im Vergleich zum früheren Dispositiv handelt es sich um wesentlich weniger Bauwerke.

Der Stadtrat hat im Jahre 1975 10 Vorlagen über die Erstellung von Zivilschutzbauten mit einer Kreditsumme von insgesamt Fr. 5 985 000 zugestimmt. Es handelt sich dabei um den Bau von 2 Abschnittskommandoposten und 6 öffentlichen Schutzräumen, die Erstellung einer Rohrleitung zwischen Katzenssee und Katzenbach und die Ausführung der baulichen Massnahmen für Bachstauungen zur Schaffung von Wasserbezugsorten für den Zivilschutz, den Umbau des Rundbunkers Urania sowie die Kostenbeteiligung der Stadt Zürich an der ihr grösstenteils zur Verfügung stehenden geschützten Operationsstelle Sanitas in Kilchberg.

Mit dem Baubeginn der Unterstände für die Abschnitts- und Sektorleitungen wurden Bauwerke mit besonderer Gewichtung in Angriff genommen. Als erste genormte Anlage kam der Kommandoposten Letziggraben hinter Badenerstrasse 11 nach den vereinfachten Vorschlägen des Amtes für baulichen Zivilschutz zur Ausführung. Bei 2 weiteren Projekten sind die Vorarbeiten so weit gediehen, dass im Frühjahr 1976 mit dem Bau begonnen werden kann. Zusätzlich befinden sich 7 Kommandoposten in der definitiven Projektierung.

Von den lagemässig und technisch sowie bezüglich der Wirtschaftlichkeit überprüften 74 Garageprojekten eigneten sich 9 Objekte für den verstärkten Ausbau und die Nutzung als öffentliche 1-atü-Schutzräume für total etwa 4000 Personen.

Die Sanierung und Anpassung der Öltanks an die neuen Vorschriften konnte abgeschlossen werden. Tragischerweise verunglückten bei der letzten in Angriff genommenen Anlage (Sanitätshilfsstelle Stettbach) 2 Arbeiter der bestausgewiesenen Firma Borsari. Die Einatmung von Lösungsmitteldämpfen im Tankinnern führte zum Erstickungstod der beiden Fachleute.

Beim Kinderspital hat die Eleonorenstiftung im Frühjahr den Bau der geschützten Operationsstelle eingestellt, da der Bund nur noch ungenügende Teilzahlungen leistete und auch nicht gewillt war, die Bauzinsen zu subventionieren. Die Ende Jahr eingeleiteten Verhandlungen zur Weiterführung der Arbeiten führten noch zu keinem Ergebnis.

Als Folge der Rezession, die besonders den Bausektor betroffen hat, vermochte sich der private Schutzraumbau aus seinem Tief im Jahre 1974 nur schwach zu erholen. Die Zahl der Eingaben liegt wohl wesentlich höher, jedoch immer noch um mehr als 50% unter denjenigen der früheren Jahre. Durch die Entlastung der Architekturbüros sowie des Kapitalmangels und der hohen Zinsen wegen stieg die Zahl der eingereichten Abrechnungen sehr stark an, doch dürfte sich der Arbeitsanfall auf diesem Sektor in den nächsten Jahren normalisieren.

Der Bau der Notstandswasserversorgung, deren Begleitung durch das Amt für baulichen Zivilschutz erfolgt, schreitet termingemäss voran. Die Pumpwerke Hardhof und Frauental sind im Rohbau fertiggestellt, und die Arbeiten für den Innenausbau sind in vollem Gange.

Hochbauamt

Tabelle 1 Städtebauliche Studien, Planungen in der Region

| Objekt | Planung bzw. Bauprogramm | Stand |
|---|---|---|
| Limmatstrasse Hertig, Hertig, Schoch + Bolliger, Hönger, Dubach Hochbauamt | Sanierung der städtischen Wohnkolonie, Neubau Kreisgebäude, Alterswohnheim, Wohnungen, Schule | Die Studien wurden 1975 abgeschlossen. Der Stadtrat hat den einzelnen Programmen zugestimmt, und die Architekten sind mit der Ausarbeitung der generellen Projekte beauf- tragt worden. |
| Seebacherstrasse Strickler & Christ und R. Keller | Richtplan für Überbauung und Vorschlag für Landumlegung | Das Bauamt I hat zwei Varianten der Stras- senführung ausgearbeitet und wird dem Stadtrat 1976 Antrag stellen. Die Weiter- bearbeitung des Richtplanes blieb im Ge- schäftsjahr zurückgestellt. |
| Adliswil Barbe, Huber, Litz, Frl. Schnitter | Überbauung für 10 000 Einwohner mit voll- ständiger Infrastruktur | Der Regierungsrat hat am 3. Dezember 1975 die Teilbauordnung genehmigt unter Auf- lagen in bezug auf ausreichenden Immis- sionsschutz. |
| Tobelhof | Wohnungen und Schule | Das amtliche Quartierplanverfahren wurde eingeleitet. |
| Tiefenbrunnen, Tramdepot | Neuüberbauung des Depotareals | Die Studien wurden im Sinne der Volks- initiative der Sozialdemokratischen Partei Zürich 8 für eine städtische Wohnüber- bauung (mit Einschluss eines neuen Tram- depots) weitergeführt. Mit Weisung Nr.180 vom 27. August 1975 hat der Stadtrat beim Gemeinderat eine Fristerstreckung für die Vorlage eines entsprechenden Projektes be- antragt. Seitens der gemeinderätlichen Kom- mission wurde diese Fristerstreckung am 11. Dezember 1975 abgelehnt und dem Ge- meinderat beantragt, eine vorberatende Kommission zu bestellen, die über eine An- nahme- oder Verwerfungsempfehlung an die Stimmberechtigten sowie allenfalls über die Aufstellung eines Gegenvorschlages Antrag zu stellen hat. |
| Escher-Wyss-Platz, Tramdepot | Überbauung des Depotareals Hard | Im Entwurf zur neuen Depotplanung wird empfohlen, das Depotareal Hard zu belas- sen; es wird kurz- bis mittelfristig noch wei- ter benötigt. Die Studien für eine Neuüber- bauung sind deshalb eingestellt worden. |
| Verkehrsdreieck Aubrugg P. Zoelly | Überbauung von Expresstrassen; flankie- rende Massnahmen | Die Überarbeitung der Studie zu Beginn des Berichtsjahres ist im März 1975 dem Bau- kollegium vorgelegt worden. Dieses bean- tragte, dass die Überbauung Aubrugg durch eine städtebauliche Studie zu ergänzen sei, welche aufzeige, in welcher Form die Ex- presstrassen-Überdeckung vorgeschlagen werden könne. Im Juni hat das Baukoll- gium erneut die Studie mit einer niedrigen, kleinmassstäblichen Wohnüberbauung über |

| Objekt | Planung bzw. Bauprogramm | Stand |
|--------------------------------------|---|---|
| Verkehrsdreieck Aubrugg P. Zoelly | Überbauung von Expressstrassen; flankierende Massnahmen | der Strasse – einem sogenannten Wohn-teppich – beurteilt und folgenden Ergänzungsauftrag formuliert: Für einen bestimmten Strassenabschnitt sind präzise Vorstellungen über die Kostenfolgen zu erarbeiten für drei Alternativen: – Überdeckung mit Tunnelkasten – Flankierende bauliche und technische Massnahmen – Überdeckung mit «Wohnteppich». Der Auftrag dazu erfolgte Ende des Berichtsjahres. |
| Schwamendingen, Zentrum | Verlängerung der Tramlinie | Die Projektierung der Tramverlängerung Schwamendingen erfolgt im Rahmen einer Arbeitsgruppe sowie im Einvernehmen mit den Gemeinderäten des Stadtkreises 12. Daraus hat sich in bezug auf den Hirschenplatz folgendes Resultat ergeben: Eine oberirdische Umfahrung, z. B. via Stettbachstrasse wird allgemein nicht gewünscht, ebensowenig eine Unterfahung mit kostspieligem Tunnelbauwerk. Dagegen soll der Hirschenplatz eine zweispurige Überfahung bekommen. Basierend auf dem neuen Konzept für den Individualverkehr ist vorgesehen, den Durchgangsverkehr auf die Überlandstrasse zu verlegen. Später kann für den Hirschenplatz in einer separaten Vorlage der sogenannte Stettbachtunnel vorgelegt werden. Über diesen Tunnel soll die zukünftige Zentrumsüberbauung südlich des Hirschenplatzes, wo die Stadt ihren Grundbesitz durch Zuerwerb wichtiger Landpositionen arrondieren kann, unterirdisch erschlossen werden. |

Tabelle 2 Projektierungen und Bauausführungen

| Objekt, Architekt | Planungs- bzw. Bauprogramm (ohne Nebenräume) | Überbauungsstudie, Vorprojekt, Wettbewerb | Generelles Projekt | Ausführungsprojekt | Baukredit erteilt Fr. | Bauausführung Beginn | Bauausführung Bezug |
|--|--|---|--------------------|--------------------|-------------------------|----------------------|---------------------|
| <i>Präsidialabteilung</i> | | | | | | | |
| Schauspielhaus Felix Schwarz, R. Gutmann | Umbau Fassadenrenovation | – | – | – | 19 700 000 1 150 000 | 1976 1976 | 1977 1977 |
| Opernhaus C. Paillard+P. Leemann | Umbau und Erweiterung | Vorprojekt in Arbeit | – | – | – | – | – |
| Friedhof Witikon 2. Etappe Ph. Bridel+H. Spirig | Abdankungskapelle, Nebengebäude, Verwalterhaus | – | – | – | 2 882 000 | 1975 | 1976 |
| Krematorium Nordheim Erweiterung Prof. A. H. Steiner | Zusätzliche 25 Aufbahrungskabinen und Kühlraum; 1900 Urnennischen | – | – | – | 5 600 000 | 1974 | 76/77 |

| Objekt, Architekt | Planungs- bzw. Bauprogramm (ohne Nebenräume) | Über- bauungs- studie, Vorprojekt, Wettbewerb | Generelles Projekt | Ausführungs- projekt | Baukredit erteilt Fr. | Bauausführung Beginn | Bezug |
|---|--|---|--------------------------------|-------------------------|-----------------------------|-------------------------|-------|
| <i>Finanzamt</i> | | | | | | | |
| Wohnungsbau | | | | | | | |
| Heuried C. Paillard, P. Leemann | 181 Wohnungen, 307 Park- plätze in Garage, Doppel- kindergarten, Tageshort | — | — | — | 21 000 000 | 1972 | 74/75 |
| Riedgraben W. Gautschi | 32 Wohnungen | — | — | — | 4 420 000 | 1975 | 1976 |
| Furttal C. Schelling | Gemischter Wohnungsbau | — | — | in Arbeit | — | — | — |
| Kürberghang Appenzeller, Scherer, R.+W. Noser | 27 Wohnungen | — | erstellt | zurück- gestellt | — | — | — |
| Rebwies Zollikon | ca. 100 Wohnungen ca. 60 Alterswohnungen für den Mittelstand | 2. Wett- bewerbs- stufe im Gange | — | — | — | — | — |
| Mittel-Leimbach B.+ E. Gerwer | 30 Wohnungen | — | — | in Arbeit | — | — | — |
| Hellmutstrasse Th. Hotz | Gemischte Überbauung | Studie vorhanden | Programm ausstehend | — | — | — | — |
| Grossackerstrasse H. Hochuli | Gemischter Wohnungsbau | — | in Arbeit | — | — | — | — |
| Gartenhofstrasse von Tobel, Gürcon, Kehrer | Wohn- und Geschäftshaus | Vorprojekt erstellt | Land- verhandl. im Gange | — | — | — | — |
| Nordstrasse E.+ R. Lanners | Neuüberbauung | — | erstellt | — | — | — | — |
| Turnerstrasse M. Ziegler | Gemischter Wohnungsbau | — | in Arbeit | — | — | — | — |
| Köchlistrasse 9+11 R. Stierli | Wohnungsbau | — | erstellt | — | — | — | — |
| Riedhof Schaer, Rhiner, Thalmann | ca. 180 Wohnungen | — | in Arbeit | — | — | — | — |
| Sydefädeli L. Moser | ca. 80 Wohnungen | — | in Arbeit | — | — | — | — |
| Limmatstrasse Hertig, Hertig, Schoch; Bolliger, Hönger, Dubach | ca. 180 Wohnungen, Läden, Restaurant, Freizeit- u. Gewerbe- räume, Post, Büros, Parkplätze | — | in Arbeit | — | — | — | — |
| Hardau, Unter-Affoltern | siehe kombinierte Überbauungen | — | — | — | — | — | — |
| Verwaltungsgebäude | | | | | | | |
| Dorflinde Oerlikon M. Funk, H. Fuhrimann (siehe auch kombi- nierte Überbauungen) | Verwaltungsgebäude | — | — | — | 13 669 000 | 72/73 | 1976 |

| Objekt, Architekt | Planungs- bzw. Bauprogramm (ohne Nebenräume) | Über- bauungs- studie, Vorprojekt, Wettbewerb | Generelles Projekt | Ausführungs- projekt | Baukredit erteilt Fr. | Bauausführung Beginn | Bezug |
|--|--|---|-----------------------|--|-----------------------------|-------------------------|-------|
| Limmatstrasse Hertig, Hertig, Schoch; Bolliger, Hönger, Dubach | Kreisgebäude, Kreiswache, Räume für Tiefbauamt, Gartenbauamt usw. | – | in Arbeit | – | – | – | – |
| <i>Verschiedenes</i> | | | | | | | |
| Goldbrunnen Ing. Wehrli & Weimer | Parkhaus für etwa 600 Autos | – | – | erstellt | – | – | – |
| Oerlikon, Dreieck G. Schindler | Parkhaus für 452 Autos | – | – | von Gemeinde am 2.3.1975 abgelehnt | – | – | – |
| Zentralbibliothek | Erweiterung | Programm erstellt | – | – | – | – | – |
| Lommisweg, Altstetten | Jungtouristen- und Familien- hotel sowie Wohnungen | Wett- bewerb in Vorbereitung | – | – | – | – | – |
| Waidburg Prof. J. Dahinden | Restaurant | red. Vor- projekt in Arbeit | – | – | – | – | – |
| Wollishofen W. Stücheli, Th. Huggenberger, E. Stücheli | Hafenrestaurant | – | – | – | 978 000 | 1975 | 1976 |
| <i>Gesundheits- und Wirtschaftsamt</i> | | | | | | | |
| Mattenhof Prof. H. Kunz, O. Götti | Krankenheim mit 204 Betten, Personalhaus mit 50 Zimmern und 64 Appartements, 5 2-Zimmer- Wohnungen, 1 4½-Zimmer- Wohnung, Kinderkrippe | – | – | – | 34 800 000 | 1972 | 1975 |
| Witikon Dr. F. Krayenbühl | Krankenheim mit 208 Betten, Personalhaus, Kinderkrippe | – | – | in Arbeit | – | – | – |
| Vogelsang P. Maurer | Krankenheim mit 51 Betten | – | – | vorhanden | zurück- gestellt | – | – |
| Mittel-Leimbach H. Zangger | Krankenheim mit 208 Betten, Personalhaus, Kinderkrippe | – | erstellt | zurückgestellt | – | – | – |
| Triemli-Stadtpital Kuhn & Stahel | Personalhäuser am Wydäckerring mit 92 Wohneinheiten | – | – | – | 9 022 000 | 1973 | 1976 |
| Hallenbad Oerlikon M. P. Kollbrunner | Schwimmerbecken 21,5×50 m Nichtschwimmerbecken 10×20 m Springerbecken 16×18 m Sprungturm 10 m | – | – | – | 28 500 000 | 1976 | 1979 |
| Kleinhallenbad Mittel-Leimbach B. + E. Gerwer | Schwimmbecken 12,5×25 m mit Hubboden, Planschbecken | – | – | in Arbeit | – | – | – |
| Kleinhallenbad Schwamendingen W. Labhard | Schwimmbecken 12,5×25 m Planschbecken | vorhanden | zurück- gestellt | – | – | – | – |

| Objekt, Architekt | Planungs- bzw. Bauprogramm (ohne Nebenräume) | Über- bauungs- studie, Vorprojekt, Wettbewerb | Generelles Projekt | Ausführungs- projekt | Baukredit erteilt Fr. | Bauausführung Beginn | Bezug |
|--|--|---|---|-------------------------|-----------------------------|-------------------------|-------|
| Kleinhallenbad Bläsi Hochbauamt | Schwimmbecken 12,5×25 m Turnhalle, Räume für Tiefbauamt, Schutzräume für bestehendes Schulhaus | — | — | in Arbeit | — | — | — |
| Unterer Letten Burckhardt & Perriard | Hallenbad mit Freibad-Erwei- terung, evtl. Parkgarage | — | vorhanden | zurück- gestellt | — | — | — |
| Waidbad Hochbauamt | Wiederherstellung Freibad 12,5×25 m | — | in Arbeit | — | — | — | — |
| Kleinhallenbad Möösl-/ Tannenrauchstrasse Hochbauamt | Schwimmbecken 12,5×25 m | — | — | in Arbeit | — | — | — |
| <i>Schulamt</i> | | | | | | | |
| Volksschulen | | | | | | | |
| Borrweg (Friesenberg) V. Langenegger | 8 Klassen, Turnhalle, Schulschwimmanlage | — | — | — | 6 973 000 | 1973 | 1975 |
| Sihlweid Müller & Nietlispach | 12 Klassen, 2 Turnhallen | — | — | — | 11 290 000 | 1973 | 1975 |
| Loogarten (Salzweg) Näf, Studer, Studer | 6 Klassen, Turnhalle, Freizeitanlage | — | — | — | 9 870 000 | 1973 | 1975 |
| Isengrind W. Niehus | 13 Klassen, Turnhalle, Schulschwimmanlage, Tageshort | — | — | vorhanden | — | — | — |
| Furttal C. Schelling | 13 Klassen, 2 Turnhallen, Doppelkindergarten, Tageshort | — | — | vorhanden | — | — | — |
| Turnerstrasse M. Ziegler | 6 Klassen | — | in Arbeit | — | — | — | — |
| Kügeliloo E. Bürgi | Schulschwimmanlage, Dienstgebäude, Turnanlage | — | — | — | 2 290 000 | 1975 | 1976 |
| Buhn J. Ringger | Schulschwimmanlage | — | — | — | 2 032 000 | 1976 | 1977 |
| Grünau W. Moser | 13 Klassen, Turnhalle, Schul- schwimmanlage, Doppelkinder- garten, Tageshort Freizeitanlage 1. Etappe | — | — | — | 15 130 000 | 1974 | 76/77 |
| Hardau Glaus, Allemann und Partner | 6 Klassen, Turnhalle, Schulschwimmanlage | — | Auftrag erteilt | — | — | — | — |
| Spezialschulen | | | | | | | |
| Lehrlingsklassen der Kunstgewerbeschule (Kornhausbrücke) E. Del Fabro | Unterrichtsräume, Verwaltungsräume | — | — | — | 40 700 000 | 1973 | 77/78 |
| Baugewerbl. Abt. der Ge- werbeschule (Guggach) A. Ricklin | Unterrichtsräume, Verwaltungs- räume, Vortragssaal, 3 Doppel- turnhallen | — | Projektierungskredit 1975 durch Gemeinde abgelehnt | — | — | — | — |

| Objekt, Architekt | Planungs- bzw. Bauprogramm (ohne Nebenräume) | Über- bauungs- studie, Vorprojekt, Wettbewerb | Generelles Projekt | Ausführungs- projekt | Baukredit erteilt Fr. | Bauausführung Beginn | Bezug |
|---|---|---|-----------------------|--|-----------------------------|-------------------------|-------|
| Berufsschulzentren der Gewerbeschule (Schindlergut) | Unterrichtsräume, Verwaltungsräume, Vortragssaal, 3 Turnhallen | – | – | zurückgestellt, Projektierungs- kredit bewilligt | – | – | – |
| Dorflinde Oerlikon, Hauswirtschaftliche Fortbildungsschule M. Funk, H. Fuhrmann (siehe auch kombinierte Überbauungen) | 12 Klassen, Turnhalle | – | – | – | 4 463 000 | 72/73 | 1976 |
| Eisgasse A. Ricklin | Abteilung Planung und Rohbau der Baugewerblichen Abteilung | – | Studien | – | – | – | – |
| Bodmerareal, 2. Etappe Rebmann, Anderegg, Preisig | Turnhalle, Schulschwimmanlage, Kindergarten, Freizeitanlage | – | – | – | 6 800 000 | 1975 | 1977 |
| Hardau Glaus, Allemann und Partner | Erweiterung Werkjahrschule, Dreifachturnhalle | – | Auftrag erteilt | – | – | – | – |
| Töchtereschule Wiedikon H. Müller | 3 unterirdische Turnhallen | – | – | – | 5 600 000 | 1974 | 1976 |
| Langensteinen Steger, Dorer, Dieterle | Werkjahrschule und Brandwachegebäude II | – | – | in Arbeit | – | – | – |
| Kindergärten | | | | | | | |
| (siehe auch unter Volksschulen) | | | | | | | |
| Mittel-Leimbach C. Heidenreich, R. Hefti | Doppelkindergarten | – | – | – | 629 000 | 1974 | 1975 |
| Bauten für Sportanlagen | | | | | | | |
| Am Giessen, Werdinsel Höngg H. U. Ziegler+R. Briner | Wassersportzentrum, Kanustrecken, Renovation Fabrikgebäude und Neubau | – | – | wird überarbeitet | – | – | – |
| Kunsteisbahn Oerlikon Fritz Schwarz | Eisbahn 60×120 m, Restaurant, Garderoben, 129 Autoabstellplätze | – | – | – | 13 100 000 | zurückgestellt | |
| Sporthalle Affoltern H. Escher, R. Weilenmann | Spielfläche 26×44 m, unterteilbar, unterirdische Autoeinstellhalle | – | – | – | 6 073 000 | 1976 | 1978 |
| Sporthalle In der Ey E. Schoch | Spielfläche 26×44 m, unterteilbar | – | – | – | 9 260 000 | 1976 | 1978 |
| Garderobengebäude Witikon L. Moser | Garderobenräume, 4½-Zimmer-Wohnung | – | – | – | 1 391 000 | 1973 | 1975 |
| Garderobengebäude Im Riet, Zollikon H.+ M. Dreher | Sport- und Freizeitanlagen, Garagen; zusammen mit Gemeinde Zollikon | – | vorhanden | – | – | – | – |
| Allmend Wiedikon H. Oetiker | Unterirdische Fechthalle | – | – | – | 870 000 | 1975 | 1976 |

| Objekt, Architekt | Planungs- bzw. Bauprogramm (ohne Nebenräume) | Über- bauungs- studie, Vorprojekt, Wettbewerb | Generelles Projekt | Ausführungs- projekt | Baukredit erteilt Fr. | Bauausführung Beginn | Bezug |
|--|--|---|---|-------------------------|-----------------------------|-------------------------|-------|
| Mehrzweckturnhalle Venusstrasse R. Gross | Turnhalle 30×24 m, Einstell- raum Gartenbauamt, Rundbahn | – | in Arbeit (neuer Standort) | – | 4 740 000 | zurückgestellt | |
| Guggach A. Ricklin | Polysportive Anlage mit Erholungspark in Verbindung mit Berufsschulprojekt | – | Projektierungskredit 1975 durch Gemeinde abgelehnt | | – | – | – |
| Buchlern L. Moser | Garderobengebäude mit Platzwartwohnung | – | – | – | 2 650 000 | 1975 | 1977 |
| Hardhof Hochbauamt | Garderobengebäude | – | – | – | 1 660 000 | 1976 | 1977 |
| Tiefenbrunnen Hochbauamt | Unterwassersportzentrum | – | – | – | 960 000 | 1975 | 1976 |

Sozialamt

Alterssiedlungen

(Stiftung Wohnungsfürsorge für betagte Einwohner)

| | | | | | | | |
|---------------------------------------|--|--------------------------------------|--------------------------------|-----------------------|-----------|-------|------|
| Mittel-Leimbach O. Gunkel | 50 1½-Zimmer-Wohnungen 16 2-Zimmer-Wohnungen | – | – | – | 7 150 000 | 1974 | 1976 |
| Weinbergstrasse (Rösli) M. Ziegler | 36 1-Zimmer-Wohnungen 13 2-Zimmer-Wohnungen | – | – | in Über- arbeitung | – | – | – |
| Schaffhauserplatz E. Messerer | 47 1-Zimmer-Wohnungen 17 2-Zimmer-Wohnungen | – | – | – | 8 320 000 | 1975 | 1977 |
| Dorflinde M. Funk, H. Fuhrmann | 58 1-Zimmer-Wohnungen 26 2-Zimmer-Wohnungen (siehe auch kombinierte Überbauungen) | – | – | – | 5 100 000 | 72/73 | 1976 |
| Sydefädeli L. Moser | 50–60 Wohnungen | – | in Arbeit | – | – | – | – |
| Konradstrasse P. Cortali | voraussichtlich 24 Wohnungen | Vorprojekt erstellt | Näher- baurechte pendent | – | – | – | – |
| Rebwies, Zollikon | 32 1½-Zimmer-Wohnungen 8 2½-Zimmer-Wohnungen | 2. Wett- bewerbsstufe im Gange | – | – | – | – | – |
| Hardau Grünau Unter-Affoltern | } siehe kombinierte Überbauungen | | | | | | |

Alterswohnheime

| | | | | | | | |
|-------------------------------------|---------------------|---|---|---|------------|------|------|
| Mittel-Leimbach O. Gunkel | 117 Pensionärzimmer | – | – | – | 15 870 000 | 1975 | 1978 |
| B. Gerwer | Personalhaus | – | – | – | 2 470 000 | 1976 | 1977 |
| Langgrütstrasse Prof. J. Schader | 110 Pensionärzimmer | – | – | – | 16 535 000 | 1975 | 1978 |

| Objekt, Architekt | Planungs- bzw. Bauprogramm (ohne Nebenräume) | Über- bauungs- studie, Vorprojekt, Wettbewerb | Generelles Projekt | Ausführungs- projekt | Baukredit erteilt Fr. | Bauausführung Beginn | Bezug |
|---|---|---|-----------------------|-------------------------|-----------------------------|-------------------------|-------|
| Dorflinde M. Funk, H. Fuhrmann | 66 Pensionärzimmer (siehe auch kombinierte Überbauungen) | — | — | — | 7 475 000 | 72/73 | 1976 |
| Limmatstrasse Hertig, Hertig, Schoch; Bolliger, Hönger, Dubach | 80 Pensionäre, Personalwohnungen | — | in Arbeit | — | — | — | — |
| Binz J. Stutz | 77 Pensionärzimmer Personalhaus | — | erstellt | — | — | — | — |
| Unterstrass M. Ziegler | 84 Pensionärzimmer | — | — | in Über- arbeitung | — | — | — |
| Hardau Grünau Unter-Affoltern | (siehe kombinierte Überbauungen) | | | | | | |
| Rebwies Zollikon | 95 Pensionärzimmer | 2. Wett- bewerbsstufe im Gange | — | — | — | — | — |
| Sydefädeli L. Moser | ca. 80 Pensionäre | — | in Arbeit | — | — | — | — |
| Pfrundhaus und Bürgerasyl H. P. + T. Grüniger | Umbau und Erweiterungsbau Pfrundhaus Neubau Bürgerasyl | — | in Arbeit | — | — | — | — |
| Jugendheime | | | | | | | |
| Dorflinde M. Funk, H. Fuhrmann | 42 Einerzimmer (siehe auch kombinierte Überbauungen) | — | — | — | 2 685 000 | 72/73 | 1976 |
| <i>Verschiedene Objekte und kombinierte Überbauungen</i> | | | | | | | |
| Dorflinde, Oerlikon M. Funk, H. Fuhrmann | Alterswohnheim (66 Pensionäre), Alterssiedlung (110 Mieter), Verwaltungsgebäude, Hauswirt- schaftliche Fortbildungsschule mit 1 Turnhalle, Jugendwohnheim (42 Einerzimmer), Verpflegungs- stätte der Stadtküche, Läden usw. | — | — | — | 40 800 000 | 72/73 | 75/76 |
| Hardau M. P. Kollbrunner | Wohnbauten (605 Wohnungen), Alterssiedlung (116 Wohnungen), Alterswohnheim (85 Pensionäre), Personaltrakt, Parkhaus, Kindergarten | — | — | — | 101 500 000 | 1973 | 1976 |
| Wildbach A. Bosshard | Säuglingsheim für 40–50 Klein- kinder, 47 Alterswohnungen, 21 Schwesternzimmer, Parkgarage | — | — | — | 9 580 000 | 1972 | 74/75 |

| Objekt, Architekt | Planungs- bzw. Bauprogramm (ohne Nebenräume) | Über- bauungs- studie, Vorprojekt, Wettbewerb | Generelles Projekt | Ausführungs- projekt | Baukredit erteilt Fr. | Bauausführung Beginn | Bezug |
|---|---|---|-----------------------|-------------------------|-------------------------------|-------------------------|-------|
| Grünau W. Moser | 13 Klassen, Turnhalle, Schul- schwimmanlage, Doppelkinder- garten, Tageshort | – | – | – | 15 130 000 | 1974 | 76/77 |
| | Freizeitanlage 1. Etappe | – | – | – | 1 080 000 | 1974 | 1976 |
| | Alterswohnheim (88 Pensionäre) | – | – | vorhanden | Volksabstimm. am 21.3.1976 | 1976 | 1978 |
| | Freizeitanlage 2. Etappe in Ver- bindung mit kirchlichen Bauten | – | vor- handen | zurück- gestellt | – | – | – |
| J. Beeler† & B. Honegger | Alterssiedlung 67 1-Zimmer-Wohnungen 8 2-Zimmer-Wohnungen | – | – | – | 6 626 000 | 1974 | 1976 |
| Unter-Affoltern J. de Stoutz, W. Adam; J. Zweifel, H. Strickler; W. Niehus | Alterswohnheim (80 Pensionäre) | – | – | in Über- arbeitung | – | – | – |
| | Alterssiedlung 50 1½-Zimmer-Wohnungen 20 2½-Zimmer-Wohnungen 10 im Stockwerkeigentum | – | in Über- arbeitung | – | – | – | – |
| | Wohnungen, Läden | – | in Arbeit | – | – | – | – |
| | Freizeitanlage | – | in Arbeit | – | – | – | – |
| Freizeitanlagen (siehe auch unter kombinierte Überbauungen und Schulbauten) | | | | | | | |
| Erweiterung Buchegg H. Litz | Neue Zufahrt, Stellverlegung, Magazingebäude | – | – | – | 900 000 | 1974 | 1975 |
| Heuried F. Schwarz | Überdachung Innenhof, Treffpunkt und Lärmräume Kleiner Umbau | – | – | – | 600 000 | zurückgestellt | – |
| | | – | – | – | 25 000 | 1975 | 1975 |
| Heerenschürli H. Howald | Freizeitanlage als Ersatz für Provisorium | – | – | vorhanden | Vorlage im Gemeinderat | – | – |
| Hardau Glaus, Allemann und Partner | Freizeitanlage | – | Auftrag erteilt | – | – | – | – |

Tabelle 3 Objekte der Denkmalpflege

Städtische Objekte

| | | | | | | | |
|--|--|---|----------------|---|-----------|------|------|
| Triemlistrasse 2 R. Keller | Umbau mit Wohnungen und Ortsmuseum | – | – | – | 1 300 000 | 1974 | 75/ |
| Rathausbrücke M. Pauli | Neugestaltung des Fleisch- hallenareals (Restaurant) | – | – | in Über- arbeitung | 5 585 000 | 1977 | 1979 |
| Bärengasse 20+22 W. Gachnang | «Schanzenhof» und «Weltkugel» Einrichtung eines Wohnmuseums | – | – | – | – | 1972 | 1976 |
| Albisrieden, im Schaber | Quartierplan, Neubauten mit Wohnungen | – | in Arbeit | – | – | – | – |
| Altstadt (mit Tiefbau- und Polizeiamt) | Fussgängerzonen, Platz- und Gassengestaltung | – | vor- handen | laufend in Arbeit im Rahmen der Erneuerung der Altstadt- kanalisation | – | – | – |

Tabelle 4 Bauabrechnungen

| Objekt | Baukosten | Kredit | Minder-/Mehr- |
|--|---------------|--------------|----------------|
| | Fr. | Fr. | ausgaben |
| | | | Fr. |
| Alterswohnheim Oberstrass und Personalwohnhaus | 9 448 644.55 | 8 620 000.— | + 828 644.55 |
| Alterswohnungen für den Mittelstand, Quartier Oberstrass | 5 521 429.95 | 5 220 000.— | + 301 429.95 |
| Alterssiedlung Irchel, Quartier Oberstrass | 4 170 450.— | 3 885 000.— | + 285 450.— |
| Alterswohnheim Sonnenhof, Küsnacht | 8 715 015.65 | 6 250 000.— | + 2 465 015.65 |
| Erweiterungsbau des Stadtspitals Waid mit Saal, Apotheke und Fernsehübertragungsanlage, Quartier Wipkingen | 6 188 174.75 | 5 930 000.— | + 258 174.75 |
| Neuüberbauung der Liegenschaften Kehlhofstrasse 15/17, Quartier Wiedikon | 4 046 941.05 | 3 502 000.— | + 544 941.05 |
| Wohnungen und Parkgarage Dienstgebäude Tiefbauamt | 969 749.80 | 1 060 000.— | - 90 250.20 |
| Erweiterungsbau für die Töchterschule V/ Wiedikon, beim Schulhaus Bühl B, Quartier Wiedikon | 13 246 814.70 | 11 620 000.— | + 1 626 814.70 |
| Wohnsiedlung Paradies, Quartier Wollishofen | 23 232 469.65 | 19 000 000.— | + 4 232 469.65 |
| Städtische Wohnsiedlung Heumatt, Quartier Seebach | 17 056 639.90 | 13 240 000.— | + 3 816 639.90 |
| Primarschulhaus Heumatt mit Tageshort und Doppelkindergarten, Quartier Seebach | 7 539 344.60 | 5 660 000.— | + 1 879 344.60 |
| Alterswohnungen an der Scheuchzerstrasse mit Garage, Quartier Unterstrass | 8 219 204.15 | 7 342 000.— | + 877 204.15 |
| Spinnereigebäude Werdinsel, Unterhalt, Quartier Höngg | 69 628.05 | 105 000.— | - 35 371.95 |
| Renovation des Turmes der Kirche St. Peter | 784 465.90 | 887 000.— | - 102 534.10 |

Die Mehrausgaben sind durch die Bauteuerung gedeckt.

Tabelle 5 Brunnen, Denkmäler, bildende Kunst

Neugeschaffene Kunstwerke

| | | |
|------------------------|--|-------------------------|
| Krankenheim Entlisberg | Freiplastik mit Brunnenanlage | Emilio Stanzani |
| Krankenheim Mattenhof | 2 Marmorskulpturen | Ruedi Gregor |
| | Farbige Eisenreliefs in den Korridorhallen | Margaretha Willi-Dubach |
| | Bemalte Holzreliefs in den Korridorhallen | Ernst Egli |
| | Textiler Raumschmuck in Eingangshalle | Moik Schiele |

| | | |
|--|--|----------------------------------|
| Schulhaus Sihlweid | Farbige Dekorationselemente im Korridor und im Treppenhaus Figürliche Plastik auf Pausenplatz | Regina de Vries Felix Kohn |
| Schulhaus Borrweg | Wandmalerei in Pausenhalle und Treppenhaus sowie Brunnengestaltung | Hansjörg Mattmüller |
| Loogarten, Schulhaus und Freizeitanlage | Künstlerische Gestaltung der Fassaden (Malerei) | Hans Hunold |
| Kunstwerke in Arbeit | | |
| Säuglingsheim und Alterswohnungen Wildbach | Ausführung von Wand- und Deckenmalereien | Harry Buser |
| Überbauung Heuried | Künstlerische Gestaltung der Freiflächen | Eduard Brunner Karl Schneider |
| Personalhaus Wydäckerring | Eisenskulpturen | Kurt L. Metzler |
| Helen-Keller, Alterssiedlung | Metallplastik an Fassade | Silvio Mattioli |
| Mittelleimbach, Kindergarten | Wandschmuck in Vorhalle | Dieter Egli |
| Neu in Auftrag | | |
| Mattenhof, Krankenhaus | Künstlerische Gestaltung Gartenpavillon | Peter Storrer |
| Dorflinde, Alterssiedlung | Keramikreliefs und Deckengestaltung in Eingangshalle | Franz Grossert y Canameras |
| Dorflinde, Fussgängerplatz | Brunnen-Betonskulptur | Wilfried Moser |
| Grünau, Schulhaus | Wandmalereien im Klassentrakt | Max Hellstern |
| Riesbach, Schulschwimmanlage | Wandgestaltung in Keramik | Elisabeth Langsch |

Tabelle 6 Modellbauatelier

| | |
|---------------------|---|
| Ausführungsmodelle: | Alterswohnheim Mittelleimbach 1:100, 1:500 Fleischhalle 2. Variante 1:100 Turnhalle Kleinhallenbad «Bläsi» 1:200, 3× 1:500 Überbauung Limmatstrasse 1:500 Modell «Zürich um 1800» renovieren 1:500 Verkehrsdreieck Aubrücke 3. Variante 1:1000 |
| Studienmodelle: | Diverse Studienmodelle intern und für Baukollegium |
| Stadtmodell: | Riesbach Friesenberg–Kolbenhof |
| Ferner: | Ständige Nachführungen im Stadtmodell Überwachung der Arbeit von Dritten |

Tabelle 7 Reklamegesuche

| | | | |
|---|-----|-------|------------------|
| Eingänge: | | | |
| Leuchttransparente | 435 | | |
| Leuchtschriften | 203 | | |
| Tafeln | 124 | | |
| Plakate | 75 | | |
| Reklamemarkisen | 104 | | |
| Weitere Reklamevorrichtungen (Werbeaktionen, Schaukästen, Blind- schriften, Fassadenbemalungen, Fassadenverkleidungen und dergleichen) | 69 | | |
| Bewilligungen der Bausektion II des Stadtrates | | 522 | Vorjahr (566) |
| – davon auf öffentlichem Grund | 325 | (349) | |
| – davon auf privatem Grund | 197 | (217) | |
| Verweigerungen der Bausektion II des Stadtrates | | 9 | (4) |
| Annullierte Gesuche | | 98 | (70) |
| Pendente Gesuche bei Jahreswende | | 42 | (63) |
| | | 671 | (703) |
| Sitzung der Kommission zur ästhetischen Begutachtung von Reklamen | | 1 | (1) |

Hochbauinspektorat

Tabelle 1 Projektierungen und Bauausführungen

| Objekt, Bauvorhaben, Architekt | Projekt und Kosten- voranschlag | Kosten Fr. | Bau- beginn | Bezug bzw. Fertig- stellung | Bemerkungen |
|---|------------------------------------|---------------|----------------|-----------------------------------|-------------------------|
| <i>Allgemeine Verwaltung</i> | | | | | |
| Amtshäuser I–IV: Erstellen von neuen Heizungs-Unterzentralen H. Hoch | – | 675 000 | Sept. 74 | Frühjahr 77 | – |
| Amtshaus IV: Fenster und Rolladen reparieren und neu streichen | – | 150 000 | Sept. 75 | Dez. 75 | – |
| Stadthaus: Umbau des alten Gebäudeteils und Sanierungsarbeiten H. Hoch | – | 720 000 | Oktober 75 | Juni 76 | – |
| Selnaustrasse 11: Aussenrenovation P. Germann | – | 120 000 | Sept. 75 | April 76 | – |
| Flössergasse 15: Aussenrenovation P. Germann | – | 335 000 | Sept. 75 | April 76 | – |
| Platzpromenade: Denkmalpflegerische Sanierung des Musikpavillons | – | 150 000 | Oktober 75 | April 76 | – |
| Rietbergmuseum: Renovation der Balustraden | – | 150 000 | Oktober 75 | Mai 76 | – |
| Kilchbergstrasse 11: Fassadenrenovation G. Wirth | – | 120 000 | August 75 | Dez. 75 | – |
| Birmensdorferstrasse 83: Einrichten von Mieträumen für das Arbeitsamt | – | 250 000 | Januar 76 | April 76 | – |
| Stauffacherstrasse 94: Einrichten von Mieträumen für das Sozialamt | – | 150 000 | Juli 75 | Oktober 75 | – |
| Bürohaus Walche: Renovation der Büros für die Vormundschaftsbehörde | – | 290 000 | Sept. 75 | Nov. 75 | – |
| Zivilschutzkurszentrum Leutschenbach: Aufstellen eines provisorischen Büro-pavillons | – | 110 000 | Juli 75 | August 75 | – |
| Schiessanlage Hasenrain: Umbau und Erweiterung F. Harms | – | 970 000 | Oktober 75 | Mitte 76 | – |
| Liegenschaft Saatlenstrasse 12: Einrichten von Verwaltungs-Räumen im 1. Stock, Schaffung von Ladenlokalen im Erdgeschoss und 2 Mehrzweckräumen im Untergeschoss M. Brand | vorhanden | 4 700 000 | – | – | Projekt vor Gemeinderat |
| Hardhof: Betriebsgebäude für das Tiefbauamt Elektrowatt-Ingenieurunternehmung AG | – | 6 800 000 | 1976 | 1978 | Projekt vor Gemeinderat |
| Mööslistrasse: Werkhof für das Tiefbauamt M. Maurer | – | 4 900 000 | 1976 | 1978 | – |

| Objekt, Bauvorhaben, Architekt | Projekt und Kosten- voranschlag | Kosten Fr. | Bau- beginn | Bezug bzw. Fertig- stellung | Bemerkungen |
|---|---------------------------------------|---------------|----------------|-----------------------------------|---|
| Flurstrasse 60: Umbau und Renovation, Einrichten von Räumen für das Tiefbauamt E. Hagenmüller | — | 630 000 | Oktober 75 | Mai 76 | — |
| Hornbachstrasse 4–8: Einrichten von Räumen für das Bauamt I H. Dorn | — | 370 000 | Dez. 75 | Juli 76 | — |
| Binzmühlestrasse 110: Einrichten von Einstellräumen für Fahrzeuge und Geräte des Tiefbauamtes | — | 250 000 | August 75 | Mai 76 | — |
| Friedhof Nordheim: Umbau der Räume des Gartenbauamtes H. Kindlimann | — | 245 000 | Juli 75 | Dez. 75 | — |
| Verlegung des Werkstattbetriebes des Tiefbauamtes in die Lager- und Gewerbehallen Wallisellen P. Zoelly | — | 3 259 000 | April 75 | Anfang 78 | — |
| <i>Gesundheits- und Wirtschaftsamt</i> | | | | | |
| Bedürfnisanstalten | | | | | |
| Carl-Spitteler-Strasse, Bedürfnisanstalt, Wartehalle und Mannschaftsräume Tiefbauamt Eidenbenz, Bosshard + Meyer | — | 470 000 | Mai 75 | März 76 | — |
| Bedürfnisanstalt auf Parkhaus Urania W. Stücheli | — | 296 000 | Sept. 75 | März 76 | — |
| Seefeldquai: Kiosk und Bedürfnisanstalt M. Brand | — | 350 000 | Dez. 75 | Juni 76 | — |
| Badeanlagen | | | | | |
| Strandbad Mythenquai: Restaurant- und Dienstgebäude-Neubau; Umbau altes Dienstgebäude und Planschbecken; Umgebungsgestaltung H.+A. Hubacher und P. Issler | — | 3 500 000 | Sept. 74 | April 76 | letzte Bauetappe |
| Spitäler und Krankenheime | | | | | |
| Stadtspital Waid: Neuer Operationstrakt Architekten R. + L. Landolt Ingenieure Zurmühle + Rouss | vorhanden | 33 600 000 | — | — | Projektbearbeitung ein- gestellt; Zustimmung Kanton vorläufig nicht erhältlich |
| Erneuerung Heizzentrale | — | 3 600 000 | März 75 | Oktober 76 | — |
| Erweiterung Hämodialysenstation | — | 245 000 | Oktober 75 | Dez. 75 | — |
| Einbau einer Brandmeldeanlage, 1. Phase | — | 200 000 | Januar 76 | Mai 76 | — |
| Neubauten Personalhäuser G+H | vorhanden | 7 350 000 | — | — | Veränderung des Bedürfnisses. Baubeginn unbestimmt |

| Objekt, Bauvorhaben, Architekt | Projekt und Kosten- voranschlag | Kosten Fr. | Bau- beginn | Bezug bzw. Fertig- stellung | Bemerkungen |
|--|------------------------------------|---------------|----------------|-----------------------------------|---|
| Rheumabad und Gymnastikhalle Käferberg Architekten R.+ K. Landolt Ingenieure Frey & Eisenhut | – | 8 100 000 | Sept. 75 | August 76 | – |
| Schulungszentrum Triemli | Vorprojekt vorhanden | 20 300 000 | – | – | Raumprogramm und Vor- projekt werden anfangs 1976 dem Kanton und dem Stadtrat zur Geneh- migung eingereicht |
| Krankenheim Käferberg: Brandmeldeanlage | – | 275 000 | April 75 | Juli 75 | – |
| Krankenheim Seeblick: Erweiterungs- bauten R. Hässig | vorhanden | 30 500 000 | – | – | – |
| Chesa Ruppanner, Samedan: Erweiterungsbauten B. Giacometti & D. C. Giannini | vorhanden | 3 700 000 | – | – | – |
| Chemisches Laboratorium: Umbau der Wasch- und Spülküche | – | 280 000 | Oktober 75 | Dez. 75 | – |
| Schlachthof | | | | | |
| Schlachthof, Kesselhaus: Erdgas- anschluss an dritten Heizkessel | vorhanden | 165 000 | 1975 | 1975 | – |
| Kehrichtverbrennungsanlagen | | | | | |
| Kehrichtverbrennungsanlage 1 an der Josefstrasse: Gesamterneuerung Architekten Baerlocher & Unger Ingenieure Altorfer, Cogliatti & Schellenberg | – | 48 700 000 | Mai 72 | Oktober 78 | – |
| Kehrichtverbrennungsanlage 2 an der Hagenholzstrasse: Einbau eines zweiten Russbläserkompressors | – | 380 000 | Mai 75 | Nov. 76 | – |
| Fleischmehlbetrieb Hagenholz Architekten Baerlocher & Unger Ingenieure Aschwanden & Speck | – | 21 600 000 | Januar 73 | Januar 76 | Anlage abgerechnet |
| Landwirtschaftswesen und Gutsbetriebe | | | | | |
| Neusiedlung Gutsbetrieb im Gebiet Katzenssee Zweifel, Strickler, Partner | in Arbeit | 7 000 000 | – | – | – |
| Schulamt | | | | | |
| Berufsschulen I – VI | | | | | |
| Baumackerstrasse 18: Umbau und Renovation für die Elektro-Technische Abteilung der Berufsschule III E. Bollinger | – | 340 000 | Nov. 75 | April 76 | – |

| Objekt, Bauvorhaben, Architekt | Projekt und Kosten- voranschlag | Kosten Fr. | Bau- beginn | Bezug bzw. Fertig- stellung | Bemerkungen |
|--|---------------------------------------|---------------|----------------|-----------------------------------|-------------|
| Affolternstrasse 30: Einrichten für die Mechanisch-Technische Schule (Berufsschule III) sowie Übertragung zu den nichtrealisierbaren Liegenschaften E. Del Fabro | – | 14 800 000 | Nov. 74 | Oktober 75 | – |
| Herostrasse 5: Erwerb und Ausbau für die Kunstgewerbeschule Generalunternehmer Mobag | – | 18 425 000 | Nov. 74 | Sept. 75 | – |
| Schulhaus Wolfbach: Aussen- und Innenrenovation, Ausbau für die Berufsschulen IV und VI | in Arbeit | – | – | – | – |
| Volksschulen | | | | | |
| Schulhaus Bühl A: Renovation der Turnhallen einschliesslich Nebenräume H. Müller | in Arbeit | ca. 1 500 000 | Juli 76 | Ende 77 | – |
| Schulhaus Friesenberg: Gesamtinnenrenovation P. Maurer | – | 2 300 000 | Oktober 75 | April 77 | – |
| Schulhaus Gabler: Einrichten eines Sing-saales und Renovation der Hobelwerkstätte K. Higi | in Arbeit | – | Juli 76 | Oktober 76 | – |
| Schulhaus Wollishofen: Innenrenovation B. Eberhard und G. Scheuber | – | 730 000 | Oktober 74 | August 75 | – |
| Schulhaus In der Ey: Gesamtinnenrenovation A. Galli | – | 4 385 000 | Juli 76 | April 79 | – |
| Schulhaus Altstetterstrasse: Erstellen eines Rasenplatzes und eines Kindergartenspielplatzes, Umgestalten der Schülergärten | – | 200 000 | Nov. 75 | April 76 | – |
| Schulhaus Kappeli: Anbau eines Geräte- raumes, Renovation der Turnhallen und der Nebenräume E. Weiss | – | 960 000 | August 75 | Juli 76 | – |
| Schulhaus Kernstrasse: Innen- und Aussenrenovation S. Bühler | – | 5 720 000 | April 73 | Juli 75 | – |
| Schulhaus Feldstrasse: Innenrenovation A. Galli | – | 3 300 000 | Sept. 75 | Herbst 77 | – |
| Schulhaus Wengi: Innenrenovation H. Kohler | in Arbeit | 6 000 000 | Herbst 76 | 1979 | – |
| Kindergartenhaus Wiedikon: Umgestaltung der Horte, Renovation der Turnhalle E. M. Späh | – | 900 000 | Juli 75 | März 76 | – |

| Objekt, Bauvorhaben, Architekt | Projekt und Kosten- voranschlag | Kosten Fr. | Bau- beginn | Bezug bzw. Fertig- stellung | Bemerkungen |
|---|---------------------------------------|---------------|----------------|-----------------------------------|----------------|
| Schulhaus Milchbuck A: Umbau und Renovation der Turnhallen mit Nebenräumen B. Chiodi | – | 930 000 | März 75 | Dez. 75 | – |
| Schulhäuser Milchbuck A+B: Renovation der Aborte und Einbau von Spezialräumen B. Chiodi | in Arbeit | – | – | – | – |
| Schulhaus Riedtli: Neubau Turnhalle und Schulschwimmanlage A. Notter | – | 4 100 000 | Juli 74 | April 76 | – |
| Schulhaus Letten: Gesamtrenovation Landtwing und Walter | in Arbeit | – | – | – | – |
| Schulhaus Bläsi A: Gesamtinnen- renovation A. Maurer | – | 1 700 000 | Oktober 75 | Dez. 76 | – |
| Schulhaus Hirschengraben: Gesamtinnenrenovation B. Chiodi | – | 3 818 000 | März 73 | Sept. 75 | – |
| Schulhaus Hainerweg: Einrichten einer Musikschule A. Etter | Vorprojekt vorhanden | – | – | – | zurückgestellt |
| Schulhaus Schanzengraben: Gesamtinnenrenovation Germann und Stutz | in Arbeit | – | – | – | – |
| Schulhaus Seefeld: Neubau einer Turnhalle Werkgruppe für Architektur und Planung | – | 1 900 000 | März 76 | Februar 77 | – |
| Schulhaus Münchhalde: Gesamtinnenrenovation H. Eggimann | – | 3 200 000 | April 76 | Oktober 78 | – |
| Schulhaus Buhnrain: Innenrenovation W. Aebli | in Arbeit | – | – | – | – |
| Schulhaus Gubel A: Innenrenovation Kuhn + Stahel | in Arbeit | – | – | – | – |
| Verschiedene Schulhäuser: Erneuerung der Heizzentrale und Umstellung auf Öl oder Gas. Bauliche Arbeiten in 11 Schulhäusern | – | 1 000 000 | Frühjahr 75 | Herbst 75 | – |
| Schülerheim Charmey FR: Neubau J. P. Haymoz | – | 3 650 000 | Sommer 75 | Mai 76 | – |
| <i>Finanzamt</i> | | | | | |
| Kirchgasse 32: Renovation und Modernisierung P. Maurer | – | 2 160 000 | April 75 | April 76 | – |
| Kirchgasse 36: Fassadenrenovation und Ladeneinbau P. Maurer | – | 220 000 | Oktober 75 | Mai 76 | – |

| Objekt, Bauvorhaben, Architekt | Projekt und Kosten- voranschlag | Kosten Fr. | Bau- beginn | Bezug bzw. Fertig- stellung | Bemerkungen |
|---|---------------------------------------|---------------|----------------|-----------------------------------|-------------|
| Restaurant Troika: Umbau und Neumöblierung A. Somer | – | 290 000 | Mai 75 | Juni 75 | – |
| Neumarkt 3/Froschaugasse 2: Sanierung Hs. Michel | – | 4 400 000 | August 75 | Dez. 76 | – |
| Häringstrasse 1, Niederdorfstrasse 46: Umbau und Sanierung Eberhard + Nägeli | – | 780 000 | Juli 75 | Juli 76 | – |
| Römergasse 7/9: Fassaden- und Innenrenovation R. Ruggli | – | 690 000 | Sept. 75 | Mai 76 | – |
| Mühlegasse 12: Sanierung der Wohnungen, Umbau der Läden mit Arkaden, Fassadenrenovation M. Noldin | in Arbeit | 2 200 000 | 1977 | – | – |
| Obmannamtsgasse 11: Sanierung der Wohnungen, Abbruch eines Hofgebäudes, Fassadenrenovation R. Ruggli | in Arbeit | 800 000 | 1976 | – | – |
| Schöpfe 49: Sanierung der Wohnungen H. Hoch | vorhanden | 985 000 | 1976 | – | – |
| Rindermarkt 7, 9, 11: Umbau und Sanierung der Wohnungen, Einbau Zentralheizung Hertig, Hertig und Schoch | vorhanden | 2 800 000 | – | – | – |
| Widmerstrasse 14/16: Umbau und Sanierung der Wohnungen, Einbau Zentralheizung J. Eschenmoser | in Arbeit | 600 000 | Mai 76 | März 77 | – |
| Rieterstrasse 7: Dachrenovation und und Doppelverglasungsfenster | – | 210 000 | Oktober 75 | Januar 76 | – |
| Waffenplatzstrasse 42: Fassaden- renovation | – | 110 000 | Oktober 75 | Dez. 75 | – |
| Ämtlerstrasse 205: Erneuerung des Waren- und Personenliftes | – | 150 000 | August 75 | Dez. 75 | – |
| Bäckerstrasse 54: Fassadenrenovation | – | 170 000 | August 75 | Nov. 75 | – |
| Schönleinstrasse 14: Umbau und Fassadenrenovation H. Dorn | – | 520 000 | Sept. 75 | April 76 | – |
| Freiestrasse 11: Lifteinbau, Installation von Waschtischen in den Zimmern und verschiedene Sanierungsarbeiten | vorhanden | 435 000 | 1976 | – | – |
| Forchstrasse 244, 246 und 248: Anschluss an die Schwemmkanalisation R. Berthold | – | 120 000 | Januar 75 | August 75 | – |
| Im Kratz 4: Restaurierung des Einfamilienhauses R. Keller | – | 270 000 | Oktober 75 | Juni 76 | – |

| Objekt, Bauvorhaben, Architekt | Projekt und Kosten- voranschlag | Kosten Fr. | Bau- beginn | Bezug bzw. Fertig- stellung | Bemerkungen |
|---|------------------------------------|---------------|----------------|-----------------------------------|-------------|
| Waidbadstrasse 151: Waidbad, Sanierung der Stromversorgung H. Hess | – | 120 000 | März 75 | Sept. 75 | – |
| Limmattalstrasse 215, Restaurant Mühlehalde: Umbau und Sanierung A. Baumgartner | in Arbeit | 2 300 000 | 1977 | – | – |
| Wehntalerstrasse 790, Restaurant Waldhaus Katzensee: Erstellung eines Sommerbuffet-Pavillons Generalunternehmung Maxi-Norm | – | 197 000 | Dez. 74 | April 75 | – |
| Hüttenkopfstrasse 70, Restaurant Ziegelhütte: Umbau und Erweiterung M. und H. Heuss | – | 2 550 000 | Juli 74 | August 75 | – |
| Winterthurerstrasse 519, Restaurant Hirschen: Installation einer Ventilationsanlage und Sanierung Th. Altherr | – | 400 000 | Februar 75 | Nov. 75 | – |
| Restaurant Uto-Kulm: Sanierung des Restaurants (Selbstbedienung) J. Eschenmoser | vorhanden | 3 050 000 | 1976 | – | – |
| Wohnkolonie Bullingerhof: Modernisierung und Renovation O. Rotach | – | 9 550 000 | März 75 | Juni 76 | – |
| Wohnkolonie Heiligfeld I: Einbau Zentralheizung und zentrale Warm- wasserversorgung, Sanierung der Küchen und Bäder | in Arbeit | 6 000 000 | 1977 | – | – |
| Wohnkolonie Heiligfeld II: Zentrale Warmwasserversorgung | in Arbeit | 750 000 | 1976 | – | – |
| Wohnkolonie Heiligfeld III: Umbau der Heizzentrale auf Ölbetrieb, zentrale Warmwasserversorgung | in Arbeit | 800 000 | Mai 76 | Sept. 76 | – |
| Wohnkolonie Rebhügel: Umbau und Sanierung der Wohnungen, Einbau Zentralheizung und zentrale Warmwasser- versorgung Näef und Partner | in Arbeit | 9 000 000 | – | – | – |
| Wohnkolonie Limmatstrasse: Sanierung der Wohnungen, Einbau Bäder, Zentral- heizung und zentrale Warmwasser- versorgung, Fassadenrenovation, Umgebungsgestaltung Hertig, Hertig, Schoch und Bolliger, Hönger, Dubach | in Arbeit | 15 000 000 | 1977 | – | – |
| Stiftung Wohnungsfürsorge für kinderreiche Familien | | | | | |
| Wohnsiedlung Brunnenhof: Sanierung der Wohnungen, Einbau Zentralheizung und zentrale Warmwasserversorgung Generalunternehmung Unirenova | – | 2 800 000 | April 75 | April 76 | – |

| Objekt, Bauvorhaben, Architekt | Projekt und Kosten- voranschlag | Kosten Fr. | Bau- beginn | Bezug bzw. Fertig- stellung | Bemerkungen |
|--|---------------------------------------|---------------|----------------|-----------------------------------|-------------|
| Familiengärten | | | | | |
| Familiengärten Au-Opfikon und In der Lengg: Erstellung von Garten- häuschen | – | 159 000 | August 75 | Oktober 75 | – |
| «Haus zum Kranz», Restaurierung und Umbau als Ortsmuseum Pit Wyss | – | 870 000 | Sept. 75 | Juni 76 | – |
| Stadtforstamt | | | | | |
| Werkbetrieb Sihlwald: Neubau einer Imprägnierungsanlage E. Neuenschwander | in Arbeit | 180 000 | – | – | – |
| Sozialamt | | | | | |
| Kinderheim Rivapiana TI: Neubau einer Turnhalle mit Nebenräumen; Umbau und Renovation des Hauptgebäudes B. Brunoni | in Arbeit | – | – | – | – |
| Kinderheim Flims-Waldhaus: Um- und Erweiterungsbauten im Hauptgebäude R. Keller | in Arbeit | – | – | – | – |
| Schülerheim Heimgarten, Bülach: Neubau eines Personalwohnhauses H. + A. Hubacher und P. Issler | – | 1 030 000 | August 74 | Juni 75 | – |
| Bürgerstube: Umbau sowie Innen- und Aussenrenovation W. Stingel | – | 4 000 000 | Oktober 76 | Ende 78 | – |
| Gerechtigkeitsgasse 26: Einrichten für die provisorische Unterbringung der Insassen der Bürgerstube H. P. Grüniger | in Arbeit | ca. 920 000 | Mai 76 | Nov. 76 | – |
| Alterswohnheim Mathysweg: Einrichten einer Cafeteria | – | 80 000 | Juli 75 | Sept. 75 | – |
| Altersheim Klusplatz: Erweiterung des Heimes und Schaffung eines Alterszentrums H. U. Hofstetter | – | 3 545 000 | Februar 75 | April 76 | – |
| Männerheim zur Weid, Rossau- Mettmenstetten: Neubau eines Schweinestalles SVIL | – | 465 000 | Oktober 75 | März 76 | – |
| Männerheim zur Weid, Rossau- Mettmenstetten: Reorganisation des Landwirtschaftsbetriebes einschliesslich Schreinerei sowie des Heimbetriebes SVIL | Vorprojekt vorhanden | – | – | – | – |
| Freizeitanlagen | | | | | |
| Rebenweg Leimbach: Verlegung der Freizeitanlage aus dem Schulhaus Falletsche in die Pavillons Rebenweg | – | 200 000 | Dez. 75 | April 77 | in Etappen |

| Objekt, Bauvorhaben, Architekt | Projekt und Kosten- voranschlag | Kosten Fr. | Bau- beginn | Bezug bzw. Fertig- stellung | Bemerkungen |
|---|---------------------------------------|---------------|----------------|-----------------------------------|-------------|
| <i>Depot- und Werkstattgebäude der Verkehrsbetriebe und Wohnbauten der Industriellen Betriebe auf Stadtgebiet</i> | | | | | |
| Garagenstützpunkt in Dübendorf | – | 710 000 | Juni 75 | Oktober 75 | – |
| Garage Hagenholz: Automatisieren der Einfahrtstore D. Casetti | – | 250 000 | August 75 | Januar 76 | – |
| Garage Hagenholz: Magazineinbau in Heizungsraum | – | 120 000 | Januar 75 | April 75 | – |
| Badenerstrasse 627: Renovation des Gebäudes | – | 240 000 | Januar 75 | Juli 75 | – |

Gesamtaufwendung für Bauarbeiten und Mobiliaranschaffungen

| | |
|---|-------------|
| Zu Lasten der Konten des Hochbauinspektorates: | Fr. |
| Ordentlicher Verkehr | 42 393 600 |
| Ausserordentlicher Verkehr | 19 557 500 |
| Zu Lasten der Konten des Gesundheits- und Wirtschaftsamtes (Stadtspitäler, Krankenhäuser, Abfuhrwesen, Schlachthof und Gutsbetrieb) | 12 008 000 |
| Zu Lasten der Konten des Finanzamtes (Realisierbare Liegenschaften, Stiftung Wohnungsfürsorge für kinderreiche Familien, Bürgerasyl und Pfrundhaus) | 12 318 800 |
| Zu Lasten der Konten des Forstamtes | 201 200 |
| Zu Lasten der Konten des Sozialamtes (Jugendheime, Altersheime) | 2 437 000 |
| Zu Lasten der Konten der Industriellen Betriebe (VBZ usw.) | 20 400 000 |
| Zu Lasten der Konten des Tiefbauamtes (Westtangente) | 44 700 |
| Zusammen | 109 360 800 |

Tabelle 2 Bauabrechnungen

| Objekt | Baukosten | Kredit | Minder-/ Mehr- ausgaben |
|---|---------------|-------------|-------------------------------|
| | Fr. | Fr. | Fr. |
| Stadthaus, Renovation von Räumen der Einwohnerkontrolle sowie Einbau von Sicherungseinrichtungen für die Stadtkasse | 257 496.70 | 280 000.— | - 22 503.30 |
| Muraltengut, Umbau und Renovation des Nebengebäudes, Seestrasse 201 | 611 633.35 | 554 000.— | + 57 633.35 * |
| Sanitätswache Neumühlequai 40, Verbreiterung der Haupteinfahrt | 419 356.30 | 390 000.— | + 29 356.30 * |
| Umbau der Liegenschaft Brunnenturm, Obere Zäune 26 | 611 688.15 | 578 000.— | + 33 688.15 * |
| Ausbau und Einrichtung von Räumen im Geschäftshaus Schaffhauserstrasse 26 | 417 773.50 | 520 000.— | - 102 226.50 |
| Bauliche Aufwendungen für die Einrichtung des Quartierbüros Albisrieden, Fellenbergstrasse 289 | 98 839.40 | 100 000.— | - 1 160.60 |
| Neubau Zivilschutz-Kurszentrum Leutschenbach | 10 808 884.80 | 9 700 000.— | +1 108 884.80 * |
| Erweiterung des Bootshauses der Seepolizei, Mythenquai 72 | 802 223.80 | 740 000.— | + 62 223.80 * |
| Einrichtung von Einstellräumen für Kanalreinigungsfahrzeuge des Tiefbauamtes an der Limmatstrasse 182, Zürich 5 | 124 622.95 | 130 000.— | - 5 377.05 |
| Umbau eines Gebäudes auf dem Lagerplatz des Tiefbauamtes an der Binzmühlestrasse 110, Zürich 11 | 210 799.25 | 240 000.— | - 29 200.75 |
| Erstellung eines unterirdischen Container-raumes in der Stützmauer der oberen St. Peterhofstatt | 73 247.— | 100 000.— | - 26 753.— |
| Umbau und Einrichtung von Räumen für das Gartenbauamt im Krematorium Sihlfeld, Zürich 3 | 153 786.90 | 180 000.— | - 26 213.10 |
| Umbau der Abortanlage im Dienstgebäude Friedhof Sihlfeld B | 104 324.75 | 125 000.— | - 20 675.25 |
| Renovation des Speiselokals «Im Rohr», Sihlquai 332, Zürich 5 | 261 690.30 | 295 000.— | - 33 309.70 |
| Renovation der Büroräume des Stadtammann- und Betreibungsamtes Zürich 9, Altstetterstrasse 162 | 125 143.80 | 165 000.— | - 39 856.20 |
| Mietobjekt Sihlstrasse 99, Zürich 1, Renovation für die Neubelegung durch die Stellenvermittlung des Arbeitsamtes | 87 595.40 | 113 000.— | - 25 404.60 |
| Freibad Allenmoos, Zürich 6, Einrichtung einer Knabengarderobe mit Abortanlage | 55 393.30 | 100 000.— | - 44 606.70 |
| Freibad Zwischen den Hölzern, Oberengstringen, Anbau mit Schwimmlehrerraum und Magazin für Chemikalien | 123 339.35 | 130 000.— | - 6 660.65 |

* innerhalb der Teuerung

| Objekt | Baukosten | Kredit | Minder-/ Mehr- ausgaben Fr. |
|---|--------------|-------------|--------------------------------------|
| | Fr. | Fr. | |
| Krankenheim Bachwiesen, Einbau einer neuen Speiseverteilanlage und einer neuen Geschirrspülmaschine | 574 811.— | 630 000.— | - 55 189.— |
| Gewerbeschule Sihlquai 87, Umbau und Erneuerung der Werkstatt Räume im Erd- und Untergeschoss | 776 867.40 | 680 000.— | + 96 867.40* |
| Umbau und Renovation der Liegenschaften Limmatstrasse 45/47 und Hafnerstrasse 29 für die Kunstgewerbeschule | 9 765 964.25 | 9 686 000.— | + 79 964.25* |
| Einbau von Büroräumen im Dachgeschoss der Liegenschaft Ausstellungsstrasse 70, Zürich 5 | 167 348.80 | 182 000.— | - 14 651.20 |
| Töchterchule Hottingen, Einbau von Physikräumen | 299 861.35 | 300 000.— | - 138.65 |
| Schulhaus Bühl A, Renovation und Umbau | 344 991.05 | 375 000.— | - 30 008.95 |
| Schulhaus Buhn, Innenrenovation | 922 858.35 | 960 000.— | - 37 141.65 |
| Schulhaus Halde A, Innenrenovation | 718 727.30 | 800 000.— | - 81 272.70 |
| Schulhaus Hohlstrasse, Erneuerung der Heizzentrale und Umstellung auf Ölfeuerung | 134 233.75 | 167 000.— | - 32 766.25 |
| Schulhaus Lavater, Neugestaltung und Renovation von Spezialräumen und Klassenzimmern | 746 477.40 | 830 000.— | - 83 522.60 |
| Aufstellen eines Pavillons beim Schulhaus Letzi, Zürich 9 | 234 084.15 | 220 000.— | + 14 084.15* |
| Einbau eines Hortes im Schulpavillon Fehrenstrasse 29, Quartier Hottingen | 278 406.75 | 260 000.— | + 18 406.75 |
| Erstellung Hortgebäude Zurlindenstr. 233a | 512 174.90 | 620 000.— | - 107 825.10 |
| Turnhaus Hofacker, Zürich 7, Renovation der Untergeschosshalle | 142 861.— | 140 000.— | + 2 861.— |
| Kindergartengebäude Grütlistrasse 76, Einbau einer Abwartwohnung | 283 202.30 | 300 000.— | - 16 797.70 |
| Verlegung der Schülergärten Hardau, Zürich 4 | 136 701.50 | 140 000.— | - 3 298.50 |
| Erneuerung der Stützmauer zwischen den Liegenschaften Schipfe 57 und 59, Quartier Altstadt | 175 657.40 | 173 000.— | + 2 657.40 |
| Wohnhäuser Bernerstrasse, Quartier Altstetten, Umstellung der Kokscentralheizung auf Erdgasfeuerung | 134 341.— | 125 000.— | + 9 341.— |
| Einbau einer Ölcentralheizung in den Wohnhäusern Birchstrasse 19-67, Quartier Unterstrass | 606 876.65 | 590 000.— | + 16 876.65* |
| Fabrikliegenschaft Am Wasser 55, Quartier Höngg, Renovation der Westfassade und Treppenhausumbau | 613 139.05 | 664 000.— | - 50 860.95 |

* innerhalb der Teuerung

| Objekt | Baukosten | Kredit | | Minder-/ Mehr- ausgaben |
|---|--------------|-------------|----|-------------------------------|
| | Fr. | Fr. | | Fr. |
| Umbau und Renovationsarbeiten in der Restaurant-Liegenschaft «Neues Stadion», Hardturmstrasse 404, Industriequartier | 810 577.70 | 740 000.— | + | 70 577.70 * |
| Modernisierung und Renovation der Küche des Restaurants «Bauschänzli», Quartier Altstadt | 165 348.20 | 170 000.— | - | 4 651.80 |
| Liegenschaft Forchstrasse 244, 246 und 248, Quartier Hirslanden, «Mühle Hirslanden», Anschluss an die Schwemmkanalisation | 131 909.95 | 120 000.— | + | 11 909.95 * |
| Einbau einer neuen Warenliftanlage in der Liegenschaft Ausstellungsstrasse 25, Industriequartier | 112 253.60 | 119 000.— | - | 6 746.40 |
| Offene Rennbahn Oerlikon, Abbruch eines Teiles der Haupttribüne | 108 774.85 | 102 000.— | + | 6 774.85 * |
| Ehemaliges Globus-Provisorium auf der Papierwerdinsel, dringliche Erneuerung des Dachbelages und der Kältemaschine | 198 767.85 | 211 000.— | - | 12 232.15 |
| Landwirtschaftliche Liegenschaft Weidli, Wettswil, Renovation von Dachstock und Fassaden | 182 553.80 | 160 000.— | + | 22 553.80 * |
| Pestalozziheim Redlikon, Stäfa, Erweiterungs- und Umbauten | 4 646 227.60 | 3 511 000.— | +1 | 1 135 227.60 * |
| Neubau des Altersheims Rosengarten, Oberuster | 8 420 926.70 | 6 940 000.— | +1 | 1 480 926.70 * |
| VBZ-Depot Burgwies, Sanierung der Heizung | 251 845.35 | 265 000.— | - | 13 154.65 |
| VBZ-Depot Irchelstrasse, Umbau des Dienstgebäudes | 393 727.65 | 396 000.— | - | 2 272.35 |

* innerhalb der Teuerung

Tabelle 3 Mietverhältnisse

| Das Hochbauinspektorat unterhielt am Jahresende folgende Mietverhältnisse: | Anzahl | Mietzinsausgaben Fr. |
|--|--------|-------------------------|
| Allgemeine Verwaltung | | |
| – in städtischen Liegenschaften | 140 | 1 014 602.— |
| – in privaten Liegenschaften | 169 | 4 407 864.05 |
| Schule | | |
| – in städtischen Liegenschaften | 42 | 260 366.— |
| – in privaten Liegenschaften | 138 | 3 492 241.30 |
| Insgesamt | 489 | 9 175 073.35 |

| Die Mietzinseinnahmen betragen: | Fr. |
|--|--------------|
| Aus nichtrealisierbaren Liegenschaften und Mobiliervermietungen | 1 930 961.45 |
| Aus Dienstwohnungen in nichtrealisierbaren Liegenschaften, die der Allgemeinen Verwaltung dienen | 687 775.— |
| Aus Untervermietungen sowie Rückerstattungen von Naturalleistungen | 637 509.95 |
| Zusammen | 3 256 246.40 |

Tabelle 4 Gebäudeversicherung

Gesamtversicherungswert der nichtrealisierbaren Gebäude und der von der Verwaltung benützten Gebäude des Gemeindegutes auf Grund des Basiswertes 1939:

| | | 1975 Fr. | | 1974 Fr. |
|-------------------|------|---------------|------|---------------|
| Basiswert | | 263 242 550 | | 256 338 350 |
| Teuerungszuschlag | 435% | 1 145 105 092 | 450% | 1 153 522 575 |
| Zusammen | | 1 408 347 642 | | 1 409 860 925 |

Tabelle 5 Kunst

Neugeschaffene Kunstwerke

| | | |
|--|---|---|
| Zentralwerkstätte der Verkehrsbetriebe | Cortenstahl-Plastik Wandrelief westlich der Portierloge Wandrelief in der Kantine | Willy Wimpfheimer Annemie Fontana Annemie Fontana |
| Pestalozzihaus Schönenwerd, Aathal-Seegräben | Plastik aus Cristallina-Marmor «Pfirsich» | Hans Fischli |
| Strandbad Mythenquai | Spielplastik «Eiform» | Annemie Fontana |
| Mechanisch-Technische Schule (Berufsschule III), Affolternstrasse 30 | Baugraphikkonzept | Jakob Schwarz |
| Im weitern wurden zu Lasten der eigenen 1012 Bilder für Einrahmungen für | sowie von fremden Konten Fr. 65 077 angeschafft und Fr. 89 318 in Auftrag gegeben | |
| Zusammen | Fr. 154 395 | |

Heizamt

Tabelle 1 Heizbetrieb 1974/75

Heiztage: Verwaltung 220 (238) Schulen 210 (220)

Brennstoffverbrauch Schulen, Verwaltung, Heime und Anstalten auf Stadtgebiet

| | Koks t | Öl t | Gas Mcal | Fernwärme Mcal | Total in Kokswert t |
|-------------|-----------|---------|----------------------------------|-------------------|---------------------------|
| 1974/75 | 6 599 | 9 511 | 23 683 278 | 559 970 | 25 503 |
| 1973/74 | 6 865 | 8 038 | Verrechnung in m ³ | – | – |
| Anteil in % | | | | | |
| 1974/75 | 25,8 | 57,8 | 15,8 | 0,6 | 100 |
| 1973/74 | 29,7 | 53,9 | 16,4 | – | 100 |

Brennstoffverbrauch Fiskalliegenschaften

| | Koks t | Öl t | Gas Mcal | Fernwärme Mcal | Total in Kokswert t |
|---------|-----------|---------|-------------|-------------------|---------------------------|
| 1974/75 | 429 | 2 345 | – | – | 4 055 |
| 1973/74 | 468 | 1 658 | – | – | 3 028 |

Brennstoffverbrauch Wohnkolonien

| | Koks t | Öl t | Gas Mcal | Fernwärme Mcal | Total in Kokswert t |
|---------|-----------|---------|----------------------------------|-------------------|---------------------------|
| 1974/75 | 796 | 4 317 | 11 554 494 | – | 9 448 |
| 1973/74 | 951 | 3 725 | Verrechnung in m ³ | – | 8 432 |

Tabelle 2 Autobetrieb Bauamt II

| | | |
|---------------|--------------------|------------------|
| Anzahl Wagen: | 14 Kleinwagen (13) | 2 Grosswagen (2) |
| Gefahrene km: | 166 753 (152 482) | 16 992 (10 882) |

Baupolizei

Tabelle 1 Bausektion II des Stadtrates

| | 1975 | 1974 |
|--|------|------|
| Gesetz über die Erhaltung von Wohnungen für Familien | | |
| behandelte Gesuche | 241 | 28 |
| – davon verweigert | 26 | 4 |
| – davon teilweise verweigert | 1 | – |

Vorentscheide / Stellungnahmen

| | | |
|--|----|---|
| – Bewilligung in Aussicht gestellt | 20 | – |
| – Bewilligung nicht in Aussicht gestellt | 12 | – |

Auf Grund von Auskünften durch die Baupolizei sind eine grosse Anzahl von vorgesehenen Gesuchen wegen Aussichtslosigkeit nicht zur Behandlung eingereicht worden. Die Geschäftslast in der Handhabung des Wohnerhaltungsgesetzes ist daher erheblich grösser als dies in der Zahl der behandelten Gesuche zum Ausdruck kommt.

Tabelle 2 Bausektion II des Stadtrates

| | 1975 | 1974 | 1973 | 1972 | 1971 |
|---|-------|-------|-------|-------|-------|
| <i>Baugesuche</i> | | | | | |
| – behandelt | 1 291 | 1 149 | 1 220 | 1 237 | 1 473 |
| – davon verweigert | 43 | 28 | 27 | 16 | 34 |
| – nicht eingetreten | – | – | 1 | – | – |
| <i>Vorentscheide</i> | | | | | |
| | 1 | 8 | 5 | 9 | 14 |
| <i>Garagen und Abstellplätze</i> | | | | | |
| – bewilligt bzw. vorgeschrieben für insgesamt Autos | 6 711 | 7 197 | 8 337 | 8 746 | 9 134 |
| <i>Ausnahmebewilligungen</i> (von den städtischen Bauvorschriften) | | | | | |
| Zahl der Beschlüsse, in welchen Ausnahmebewilligungen erteilt wurden | 173 | 173 | 172 | 218 | 227 |

Tabelle 3 Einsprachen gegen Beschlüsse der Bausektion II des Stadtrates und Verfügungen des Vorstandes des Bauamtes II

| | 1975 | 1974 | 1973 | 1972 | 1971 |
|--|------|------|------|------|------|
| Zu erledigen insgesamt | 262 | 267 | 264 | 289 | 334 |
| Erledigt durch den Stadtrat: | | | | | |
| – abgewiesen | 13 | 23 | 38 | 31 | 33 |
| – gutgeheissen | 1 | 2 | 2 | 2 | – |
| – teilweise gutgeheissen | 6 | 6 | 3 | 10 | 5 |
| – nicht eingetreten | 7 | 12 | 4 | 3 | 7 |
| Erledigt durch die Bausektion II (Wiedererwägungen) | | | | | |
| Abschreibungen (Rückzüge, abgeänderte Projekte usw.) | 17 | 25 | 20 | 16 | 33 |
| Ende des Jahres noch anhängig | 42 | 46 | 39 | 51 | 76 |
| – davon sistiert | 176 | 153 | 158 | 176 | 180 |
| | 16 | 15 | 30 | 44 | 24 |

Tabelle 4 Baukontrolle

| | 1975 | 1974 | 1973 | 1972 | 1971 |
|--|--------|--------|--------|--------|--------|
| <i>Objekte</i> des Hoch- und Tiefbaues | 5 055 | 4 583 | 5 066 | 4 908 | 5 539 |
| <i>Kontrollen</i> | 31 442 | 31 707 | 35 987 | 32 553 | 34 843 |
| <i>Bauunfälle</i> | 17 | 26 | 37 | 34 | 39 |
| – Verletzte | 14 | 27 | 37 | 35 | 40 |
| – Todesfälle | 4 | 4 | 1 | 4 | 6 |

Tabelle 5 Baukrane, Kranführer-Kurse und -Prüfungen

| | 1975 | 1974 | 1973 | 1972 | 1971 |
|---------------------------|------|------|------|------|------|
| <i>Kurse</i> in Zürich | | | | | |
| – pro Jahr | 2 | 2 | 2 | 1 | 2 |
| – Teilnehmer total | 35 | 51 | 125 | 103 | 158 |
| <i>Prüfungen</i> | | | | | |
| – Teilnehmer | 21 | 23 | 35 | 33 | 38 |
| – Prüfung bestanden | 14 | 18 | 32 | 25 | 32 |
| – Prüfung nicht bestanden | 7 | 5 | 3 | 8 | 6 |
| <i>Kranunfälle</i> | – | – | 6 | 6 | 8 |
| – Verletzte | – | – | 5 | 5 | 7 |
| – Todesfälle | – | – | 1 | 1 | – |

Prüfungen im Kurszentrum des Schweiz. Baumeisterverbandes in Sursee:

| | |
|-------------------|----|
| Teilnehmer | 56 |
| Prüfung bestanden | 56 |

Tabelle 6 Aufzugsanlagen

| | 1975 | 1974 | 1973 | 1972 | 1971 |
|---|------|------|-------|------|------|
| <i>Betriebsbewilligungen erteilt für</i> | | | | | |
| – Personenaufzüge | 299 | 276 | 344 | 331 | 253 |
| – Waren- und Kleinwarenaufzüge | 156 | 106 | 136 | 132 | 122 |
| – Spezialfördereinrichtungen | 61 | 29 | 58 | 31 | 29 |
| <i>Nachkontrollen</i> beanstandeter Anlagen | 952 | 993 | 1 041 | 796 | 745 |
| <i>Periodische Kontrollen</i> bestehender Anlagen | 67 | 115 | 135 | 108 | 14 |
| <i>Verfügungen bezüglich</i> Instandstellung alter Anlagen | 45 | 30 | 23 | 45 | 32 |
| <i>Störungen</i> , Meldungen der Stadtpolizei und der Brandw. | 144 | 131 | 137 | 92 | 31 |
| <i>Unfälle</i> | 10 | 8 | 11 | 6 | 9 |
| – Verletzte | 11 | 8 | 11 | 5 | 8 |
| – Todesfälle | – | – | – | 1 | 1 |

Amt für baulichen Zivilschutz

Tabelle 1 Privater Schutzraumbau

Art. 2 Abs. 1 des Bundesgesetzes über die baulichen Massnahmen im Zivilschutz vom 4. Oktober 1963: In den der Baupflicht unterstellten Gemeinden haben die Hauseigentümer in allen üblicherweise mit Kellergeschossen versehenen Neubauten sowie bei wesentlichen Umbauten von Gebäuden mit Kellergeschossen Schutzräume zu erstellen. Für die freiwilligen Einbauten gilt Art. 7.

Entwicklung des privaten Schutzraumbaues in den letzten Jahren

| Jahr | Anzahl Schutzraumanlagen | Anzahl Personen |
|------|--------------------------|-----------------|
| 1966 | 290 | 18 766 |
| 1967 | 233 | 12 911 |
| 1968 | 278 | 16 203 |
| 1969 | 257 | 17 531 |
| 1970 | 318 | 22 779 |
| 1971 | 287 | 22 021 |
| 1972 | 279 | 20 511 |
| 1973 | 154 | 12 609 |
| 1974 | 83 | 6 289 |
| 1975 | 113 | 10 837 |

| Für 1975 im Detail | Anzahl Schutzraumanlagen | Anzahl Personen | Anerkannte* Mehrkosten |
|--|--------------------------|-----------------|------------------------|
| – Eingänge | 113 | für 10 837 | |
| – pendente Geschäfte (Schutzräume im Bau) | 866 | für 82 915 | |
| – abgerechnete Geschäfte (pendent beim Kanton) | 101 | für 5 904 | |
| – 1975 abgerechnet und ausbezahlt | 174 | für 11 634 | 5 618 071 |
| – total bis heute | 7 006 | für 322 738 | 89 631 154 |
| Im Jahre 1975 vorgenommene 1. Baukontrollen: | 188 Schutzraumanlagen | | |
| erledigte Abrechnungen an Kanton: | 200 Schutzraumanlagen | | |
| abgenommene Belüftungen: | 347 | | |
| vorgenommene Beton- und Armierungsabnahmen: | 924 | | |

* Mehrkosten = Begriff für die subventionsberechtigte Kostendifferenz zwischen Ausführung mit Schutzraum und Ausführung ohne Schutzraum (Normalfall).

Tabelle 2 Schutzanlagen für die Betriebsschutzorganisation (BSO)

Art. 68 des Bundesgesetzes über den Zivilschutz vom 23. März 1962: Die Gemeinden und die Betriebe haben für ihre Schutzorganisationen die erforderlichen Anlagen und Einrichtungen zu erstellen. Ferner Art. 105–111 der Verordnung.

Die Anzahl der pflichtigen Betriebe betrug am 31. Dezember 1975 total 165.

Bei den zu treffenden baulichen Schutzmassnahmen handelt es sich um Anlagen mit einem Schutzzumfang von 1–3 atü (10–30 t/m²), die je nach Grösse und Art des Betriebes Räumlichkeiten für das Kommando, die Sanität, die Mannschaft und das Material aufweisen müssen.

1975 wurden 4 Anlagen abgerechnet:

| | |
|------------------------------|---------------|
| 1 ausbezahlt | Fr. 71 950.— |
| 3 pendent beim Kanton (KAZS) | Fr. 718 200.— |

Tabelle 3 Kulturgüterschutz

Schutzanlagen aufgrund des Bundesgesetzes vom 6. Oktober 1966 über den Schutz der Kulturgüter bei bewaffneten Konflikten und der Vollziehungsverordnung vom 21. August 1968.

Im Jahre 1975 wurden folgende Anlagen fertig erstellt:

- Stadtarchiv zum «Untern Rech»
- Erweiterung des Kunsthauses

Tabelle 4 Periodische Schutzraumkontrolle

Gemäss Verfügung der Militärdirektion des Kantons Zürich vom 30. November 1968 betreffend die Überwachung des Zustandes und des Unterhalts der Schutzräume und aufgrund des Kreisschreibens Nr. 2/69 des Amtes für Zivilschutz des Kantons Zürich vom 22. Januar 1969 wurden die Gemeinden verpflichtet, die privaten Schutzräume periodisch zu kontrollieren. Die Kontrolle umfasst die Schutzräume in privaten Häusern sowie in öffentlichen Gebäuden.

Im Geschäftsjahr 1975 wurden folgende Schutzräume kontrolliert:

| | |
|---|-------|
| Schutzräume mit künstlicher Belüftung | 1 604 |
| Schutzräume ohne künstliche Belüftung | 85 |
| <hr/> | |
| Total kontrolliert | 1 689 |
| | |
| davon Schutzräume ohne Mängel (bzw. mit unwesentlichen Mängeln*) | 1 661 |
| mit wesentlichen Mängeln* | 28 |
| <hr/> | |
| | 1 689 |

* Mängelbehebung veranlasst, etwa ⅔ bereits instandgestellt, Rest Verfahren anhängig

Tabelle 5 Anlagen für die örtliche Schutzorganisation

Schutzanlagen aufgrund des Bundesgesetzes über den Zivilschutz vom 23. März 1962 und der Verordnung vom 24.3.1964

a) Sanitätshilfsstellen und Sanitätsposten

| Art der Anlage | Vorprojektierung | Definitive Projektierung | Im Bau |
|---|--|------------------------------|-----------|
| <i>Sanitätshilfsstellen</i> | | | |
| – Richtpreis Fr. 2,2 Mio | | | – Heuried |
| – Mittlere Grundbelegung 140 Patienten | | | |
| <i>Sanitätsposten</i> | | | |
| – Richtpreis Fr. 300 000 | – Bullingerwiese | – Trichtenhausenstrasse | – Urania |
| – 32 Patientenbetten | – Guggach | – Krankenhaus Witikon | |
| | – Gewerbeschule | – Unterfeldstrasse bei Nr. 1 | |
| | – Im Sydefädeli | | |
| | – Kalkbreite, VBZ-Areal | | |
| | – Lenggstrasse/ Witellikerstrasse | | |
| | – Riedhofweg/ Reinhold-Frei-Strasse | | |
| | – Strickhof-Areal | | |

b) Unterstände für die Abschnitts-, Sektor- und Quartierleitung sowie Bereitstellungsanlagen

| Art der Anlage | Vorprojektierung | Definitive Projektierung | Im Bau |
|--|--|---|--------------------------------|
| <i>Unterstände für die Abschnitts- und Sektorleitung</i> | | | |
| – Richtpreis Fr. 1,0 Mio | – Am Sihlberg | – Corrodisteig | – Letzigraben, |
| | – Fritschiwiese | – (Schulhaus Waidhalde) | – hinter 11/ Badenerstrasse |
| | – Hüttenkopfstrasse | – Emil-Klöti-Strasse | |
| | – In der Ey/Langgrütweg | – Höhenring | |
| | – Langmattweg (Schulhaus) | – (Schulhaus Buhnrain) | |
| | – Pflingstweidstrasse (Herdern) | – Käferholzstrasse bei 196 | |
| | – Pflanzschulwiese | – Kalchbühlstrasse bei 110 | |
| | – Rebhügelschulhaus (Wiedingstrasse) | – Minervastrasse bei 51 (Arterwiese) | |
| | – Riedhofstrasse (Imbisbühl, Schulhaus) | – Obere Waidstrasse (OC-KP) | |
| | – Stapferwiese (Herrenbergstrasse) | – Regensbergstrasse bei 109 (Schulhaus Liguster) | |
| | – Strickhof-Areal | – Scheideggstrasse bei 32 (Rieterpark) | |

| Art der Anlage | Vorprojektierung | Definitive Projektierung | Im Bau |
|--|---|--|--------------------------------------|
| <i>Unterstände für die Quartierleitung</i> | | | |
| – Richtpreis Fr. 70 000.— | – Bullingerwiese – Central* – Guggach, Gewerbeschule – Heimplatz* – Im Sydefädeli – Kalkbreite, VBZ-Areal – Lengg-/Witellikerstrasse – Riedhofweg/ Reinhold-Frei-Strasse – Strickhof-Areal | – Trichtenhausenstrasse Krankenheim Witikon – Unterfeldstrasse bei Nr. 1 | – Dorflinde – Heuried – Urania |
| <i>Bereitstellungsanlagen</i> | | | |
| – Richtpreis Fr. 1,0 Mio | – Bullingerwiese – Central* – Guggach, Gewerbeschule – Heimplatz* – Im Sydefädeli – Kalkbreite, VBZ-Areal – Lenggstrasse/ Witellikerstrasse – Riedhofweg/ Reinhold-Frei-Strasse – Strickhof-Areal | – Trichtenhausenstrasse Krankenheim Witikon – Unterfeldstrasse bei Nr. 1 | – Dorflinde – Heuried |
| – Mannschaftsbestand 114–142 | | | |
| – Geräteraum 150–250 m ² je nach Art der Dienste | | | |

* Ausführung nicht mehr wahrscheinlich

| Art der Anlage | Vor- projektierung | Definitive Projektierung | Im Bau | Fertig erstellt | End- ausbau* |
|---------------------------|-----------------------|-----------------------------|--------------|--------------------|-----------------|
| Unterstände für: | | | | | |
| Ortsleitung | – | 1 | – | – | 1 |
| Abschnittsleitung | – | 4 | 1 | – | 5 |
| Sektorleitung | 11 | 4 | – | 6 | 21 |
| Quartierleitung | 9 | 2 | 3 | 11 | 113 |
| Bereitstellungsanlagen | 9 | 2 | 2 | 35 | 80 |
| Sanitätshilfsstellen | – | – | 1 | 24 | 25 |
| Sanitätsposten | 7 | 2 | 1 | 25 | 80 |
| Unterstände Sanitätscorps | – | – | – | 1 | 3 |
| Notküchen | – | – | – | 2 | 2 |
| Notlebensmittellager | – | – | – | 2 | 2 |
| Total | 36 (48) | 15 (5) | 8 (8) | 106 (105) | 332 |

* Anzahl der notwendigen Anlagen nach heutigem Dispositiv des Amtes für Zivilschutz
In Klammern: Zahlen des Vorjahres

Tabelle 6 Öffentliche Schutzräume

Art. 4 Abs. 1 und 2 des Bundesgesetzes über den Zivilschutz:

Die Gemeinden haben dort, wo es wegen des Publikumsverkehrs, wie in Geschäftszentren und an Verkehrsknotenpunkten, geboten erscheint, sowie für Bewohner von Gebieten, in denen keine privaten Schutzräume bestehen oder gebaut werden können oder die überflutungsgefährdet sind, für öffentliche Schutzräume zu sorgen.

| Vorprojektierung | Definitive Projektierung | Im Bau |
|---|---|--|
| Allenmoosstrasse 46/48 450 Personen | Altstetterstrasse bei 303–307 440 Personen | Albisriederstrasse 170–172 3100 Personen |
| Bullingerwiese 2900 Personen | Furttalstrasse, Überbauung 460 Personen | Dorflinde 2–6 1315 Personen |
| Central-Garage* 12 000 Personen | Glaubtenstrasse 43–67 2×460 = 920 Personen | Erligatterweg 6+8 450 Personen |
| Freilagerweg 450 Personen | Langgrütstrasse 141/143 450 Personen | Heerenwiesen 18+20 450 Personen |
| Guggach Gewerbeschule 450 Personen | Letzigraben 21–43 460 Personen | Heuried, Überbauung 6786 Personen |
| Gutstrasse 51/53/ Burstwiesenstrasse 365 Personen | Rütihof-/Regensdorferstrasse 460 Personen | Hofwiesenstrasse 3/ Seminarstrasse 16 350 Personen |
| Heimplatz* 5 600 Personen | Unterefeldstrasse bei Nr. 9 460 Personen | Imfeldstrasse 29+31/ Imfeldsteig 16 450 Personen |
| Imfeld-/Rousseaustrasse 460 Personen | Witikonerstrasse 231 430 Personen | In der Wässerli 15 450 Personen |
| Im Isengrind 460 Personen | | Köschenrütistrasse 11–15 400 Personen |
| Im Sydefädeli 450 Personen | | Kurfürstenstrasse 61+63/ Scheideggstrasse 460 Personen |
| Langensteinstrasse Brandwache Irchel 450 Personen | | Riedenhaldenstrasse 268 440 Personen |
| Maienburgweg 31 450 Personen | | Rötelstrasse 69/ Rütschistrasse 3+7 385 Personen |
| Mattackerstrasse 32/ Schaffhauserstrasse 460 Personen | | Rümlangstrasse 1 360 Personen Saatlenzelg 21/ Riedgrabenweg 460 Personen |
| Michelstrasse bei Nr. 12–18 450 Personen | | Segantinstrasse 132/134 400 Personen |

* Ausführung nicht mehr wahrscheinlich

| Vorprojektierung | Definitive Projektierung | Im Bau | |
|---|-----------------------------|---|-----------------------|
| Riedhofweg/ Reinhold-Frei-Strasse 450 Personen | | Unterfeldstrasse bei Nr. 11 450 Personen | |
| Rousseaustrasse / Imfeld-/Lettenstrasse 4 × 440 = 1760 Personen | | Zollikerstrasse 231 440 Personen | |
| Triemli-/ Birmensdorferstrasse 460 Personen | | Zürichbergstrasse 36 460 Personen | |
| Winzerhalde 420 Personen | | | |
| Anlagen | Projektierung 30 | Im Bau 18 | Fertig erstellt 25 |
| Schutzplätze | 32 565 | 17 606 | 37 689 |

Tabelle 7 Geschützte Operationsstellen mit Pflegeräumen

Art. 3 Abs. 1 des Bundesgesetzes über die baulichen Massnahmen im Zivilschutz:

Bei Spitalneubau und -umbauten sind – neben Schutzräumen für das Personal, Bettenschutzräumen und Schutzanlagen für die Betriebsschutzorganisation – geschützte Operationsstellen mit Pflegeräumen zu erstellen.

Im Bau

Kinderspital (Eleonorenstiftung):

Grundbelegung 350 Liegestellen, Schutzzumfang 3 atü (30 t/m²), Kostenvoranschlag Fr. 7 380 000.—.

In Projektierung

Kantonsspital

Anlage im projektierten Parkhaus Central; Grundbelegung 2060 Liegestellen; geschätzte bauliche Mehrkosten Fr. 9 170 000.—*.

Stadtspital Waid

Gemäss sanitätsdienstlichem Dispositiv 400 Liegestellen; Schutzzumfang 3 atü; geschätzte bauliche Mehrkosten Fr. 5 000 000.—.

* Ausführung nicht mehr wahrscheinlich

Tabelle 8 Unterhalt der Zivilschutzanlagen

Im Jahre 1975 wurden folgende Anlagen fertig erstellt und neu in den Unterhalt aufgenommen:

| | | |
|--------------------------|-----------------------------------|---------------|
| Sanitätshilfsstelle: | Frauentalweg (Utohof) | |
| Öffentliche Schutzräume: | Am Suteracher 32–36 | 400 Personen |
| | Brunnenhof | 2016 Personen |
| | Else-Züblin-Strasse 19–61 | 425 Personen |
| | Leimgrübelstrasse 16–22a | 460 Personen |
| | Rümlangstrasse 50–56 | 460 Personen |
| | Lerchenhaldenstrasse 55+57 | 450 Personen |
| | Lerchenrain 10+12 | 450 Personen |
| | Sihlweidstrasse 16–32 | 460 Personen |
| | Sihlweidstrasse 56–62 | 460 Personen |
| | Üetlibergstrasse 304–308 (Utohof) | 1945 Personen |

Die Wartung umfasst somit 106 Anlagen für die örtliche Schutzorganisation und 25 öffentliche Schutzräume, total 131 neue und 11 während des letzten Krieges erstellte und noch unterhaltspflichtige Anlagen.

Ergänzungsarbeiten und Neueinrichtungen wurden auch in diesem Jahr in fast allen Anlagen zielstrebig weitergeführt. Die Aufwendungen hierfür beliefen sich auf rund Fr. 590 000.—.

Tabelle 9 Bauabrechnungen

| Objekt | Kredit | Baukosten | Minder- | Mehr- |
|---|-----------|--------------|-----------------|-----------------|
| | Fr. | Fr. | ausgaben Fr. | ausgaben Fr. |
| Hohensteinweg 25 Kriegsnotküche Triemli | 4 075 000 | 5 186 289.10 | – | 1 111 289.10 |
| Toblerstrasse 51 Notspital Bethanien | 4 947 000 | 5 203 341.45 | – | 256 341.45 |
| Schweighofstrasse 273 Sanitätsposten | 357 000 | 337 203.60 | 19 796.40 | – |
| Witellikerstrasse 45 Sanitätsposten | 296 000 | 273 335.60 | 22 664.40 | – |
| Manegg-Promenade 82/86 Kriegsfeuerwehrunterstand | 621 000 | 550 856.65 | 70 143.35 | – |
| Im Holzerhurd Zufahrtsrampe | 28 300 | 3 111.50 | 25 188.50 | – |
| Im Holzerhurd Sanitätsposten Kriegsfeuerwehrunterstand | 767 000 | 600 543.15 | 166 456.85 | – |
| Schulhaus Staudenbühl Sanitätshilfsstelle | 1 490 000 | 1 247 620.20 | 242 379.80 | – |
| Schulhaus Altweg Sanitätshilfsstelle | 1 515 000 | 1 284 033.65 | 230 966.35 | – |
| Schulhaus Looren Sanitätshilfsstelle | 1 700 000 | 1 808 618.90 | – | 108 618.90 |
| Appenzellerstrasse/ Im Wingert Projektierter öffentlicher Schutzraum | 25 000 | – | 25 000.— | – |
| Am Suteracher Projektierter öffentlicher Schutzraum | 30 000 | – | 30 000.— | – |
| Widmerstrasse Sanitätsposten | 450 000 | 520 730.80 | – | 70 730.80 |
| Alfred-Escher-Strasse 82 Kriegsfeuerwehrunterstand | 796 000 | 736 927.60 | 59 072.40 | – |
| Buchzelgstrasse 94 Sanitätsposten Kriegsfeuerwehrunterstand | 1 025 000 | 1 038 250.25 | – | 13 250.25 |
| Döltschihalde 36 Sanitätsposten | 319 000 | 256 200.05 | 62 799.95 | – |
| Borweg 250 Kriegsfeuerwehrunterstand | 799 000 | 794 904.70 | 4 095.30 | – |
| Mathysweg Projekt Sanitätsposten | 310 000 | 14 574.75 | 295 425.25 | – |

Ingenieurbüro für bauliche Anlagen

Zu den ständigen Aufgaben des Ingenieurbüros gehört der bauliche Unterhalt sämtlicher Kraftwerkanlagen des Elektrizitätswerkes in Graubünden und an der Limmat sowie im speziellen die Überwachung der Stauanlagen Marmorera und Albigna.

Arbeiten für die Stadt Zürich

Im Berichtsjahr oblagen dem Ingenieurbüro die Projektierung und die Bauleitung folgender Bauten des Elektrizitätswerkes und der Wasserversorgung:

- Kraftwerk Albula-Domleschg
- Erneuerung und Erweiterung des Albulawerkes Sils
- Unterwerk «Katz» im Areal des Botanischen Gartens
- Fernwärmeversorgung EWZ, 1. und 2. Ausbautappe
- Erweiterung des Unterwerkes Fällanden (Gemeinschaftsanlage EWZ/NOK, nur Bauleitung)
- Wasserstollen Hardhof–Strickhof und Hardhof–Höngg mit den Schächten Höngg, Käferberg und Strickhof

Diese Bauten sind in den Berichten der Dienstabteilungen, für die sie ausgeführt werden, beschrieben.

Für folgende Objekte wurden Projektstudien ausgearbeitet:

- Umbau des Heidbachwerkes im Hinblick auf eine Konzessionserneuerung
- Unterwerk Sihlfeld
- Erneuerung der Limmatstauanlage und des Kraftwerkes «am Giessen» in Höngg

Arbeiten für andere Auftraggeber

AG Kraftwerk Wägital

Mitwirkung bei der Überwachung der Stauanlagen Innerthal und Rempfen

Kanton Zürich (Baudirektion)

Für die Fernwärmeversorgung Kantonsspital und Hochschulquartier wurde im Strickhof, über dem Fernheizstollen, ein Lüftungskamin projektiert und gebaut.

Gasversorgung

Allgemeines

Gasverbund Ostschweiz AG

Eine aus drei Mitgliedern bestehende juristische Expertenkommission, die vom Verwaltungsrat der Gasverbund Ostschweiz AG mit der Lösung der zwischen dem Verbund und der Gasversorgung Zürich hängigen finanziellen Probleme betraut ist, konnte am 10. Juni 1975 ihren ersten Teilbericht abliefern, der sich vor allem mit Fragen der finanziellen Ausscheidung im Zusammenhang mit der Stilllegung der Kokereianlagen befasst. Über weitere strittige Punkte, wie die Übernahme des vom Gasverbund gebauten Regionalnetzes durch die Gasversorgung Zürich, die Pachtzinsforderung der Gasversorgung Zürich für das dem Verbund zur Verfügung gestellte Areal in Schlieren sowie die Frage der Übernahme der vom Gasverbund seinerzeit in der Region Zürich abgeschlossenen Grossabnahmeverträge durch die Gasversorgung Zürich, steht der Bericht der juristischen Expertenkommission noch aus. Ebenfalls pendent sind die Genehmigung des modifizierten Gründungsvertrages, das neue Tarifkonzept, die Bilanzsanierung sowie die Liquidation der nicht mehr benötigten Anlagen und Rohstofflager im Werk Schlieren.

Gasversorgung in Aussengemeinden ohne eigenes Netz

Am 20. Dezember 1973 haben die Industriellen Betriebe die Gaslieferungsverträge mit 13 Aussengemeinden ohne eigenes Netz (B-Gemeinden) auf den nächstmöglichen Termin vorsorglich gekündigt, um die Vertragsbedingungen den heutigen Gegebenheiten anpassen zu können. Im Geschäftsjahr 1975 haben sich zwei dieser Aussengemeinden, Dietlikon und Wangen-Brüttisellen, entschlossen, die Gasversorgung in ihrem Gemeindegebiet auf Ende 1975 endgültig stillzulegen.

Gasversorgung in Aussengemeinden mit eigenem Netz

Zehn der insgesamt siebzehn von Zürich mit Erdgas versorgten Gemeinden mit eigenem Verteilnetz (A-Gemeinden) haben die 1974 erfolgte Anpassung des Gaspreises um 74% angefochten und das in den Gaslieferungsverträgen vorgesehene Schiedsgericht angerufen. Dieses hat sich am 14. Januar 1975 konstituiert. Am 15. September 1975 konnte der Schriftwechsel zur Darstellung der Parteienstandpunkte abgeschlossen werden. Das Schiedsgericht wird nun zu entscheiden haben, ob es bereits aufgrund der Rechtsschriften ein Urteil fällen kann oder ob es vorerst ein Beweisverfahren durchführen will.

Gastarif

Der von zwei Mitgliedern des Gemeinderates eingereichte Rekurs gegen die vom Gemeinderat am 6. Februar 1974 beschlossene und von den Stimmberechtigten am 30. Juni 1974 sanktionierte Ermächtigung an den Stadtrat zur jährlichen teuerungsbedingten Gaspreisanpassung war vom Bezirksrat erstinstanzlich und vom Regierungsrat des Kantons Zürich in zweiter Instanz abgewiesen worden. Die von einem der beiden Rekurrenten gegen diesen Entscheid erhobene staatsrechtliche Beschwerde wies das Schweizerische Bundesgericht mit Urteil vom 23. Juli 1975 ab. Trotzdem wurde für das Jahr 1976 auf die Anpassung an die seit der Tarifrevision eingetretene Teuerung verzichtet.

Neue Unternehmensbezeichnung

Durch die Stilllegung der Kokerei im Frühjahr 1974 und der Spaltanlage im Sommer 1975 ist das ehemals produktionsorientierte Gaswerk der Stadt Zürich zu einem reinen Handels- und Verteilbetrieb geworden. Diesem Umstand hat der Stadtrat Rechnung getragen und in seiner Sitzung vom 27. August 1975 die Unternehmensbezeichnung des ehemaligen Gaswerkes der Stadt Zürich in «Gasversorgung Zürich» abgeändert.

Gaserzeugung und Erdgaseinkauf

Gaserzeugung

Im Geschäftsjahr 1975 stellte die Produktions- und Verteilzentrale Schlieren noch 5,8 Mio Mcal Stadtgas aus Erdgas her, das während der Erdgasumstellung vom GVO-Partner Winterthur benötigt wurde. Aus verfahrenstechnischen Gründen mussten zudem noch 1,9 Mio Mcal Reichgas produziert und in das Zürcher Stadtnetz eingespiesen werden. Nach der vollständigen Umstellung des gesamten Versorgungsgebietes der Gasverbund Ostschweiz AG auf Erdgas ergab eine Überprüfung der Situation im Frühjahr 1975, dass die Weiterführung der Spaltgasproduktion in Anbetracht der verfügbaren Erdgasmengen, der Absatzentwicklung und vor allem der hohen Kosten für Betrieb und Einsatzstoffe nicht zweckmässig wäre. Der Verwaltungsrat der Gasverbund Ostschweiz AG beschloss daher an seiner Sitzung vom 24. Juni 1975, die Anlage definitiv stillzulegen.

Rohmaterial

An Rohmaterial kaufte das Werk Schlieren lediglich noch 362 t Leichtbenzin. Der Lagerbestand am 30. September 1975 betrug 14 830 t (Vorjahr 14 468 t), was der Pflichtlagermenge entspricht. Die Erzeugung des Reichgases erforderte noch 118 t Propan und Butan (Vorjahr 13 442 t). Dadurch reduzierte sich der Lagerbestand von 4387 t zu Beginn auf 4269 t am Ende des Geschäftsjahres 1975. Im Laufe des Geschäftsjahres verkaufte die Gasversorgung Zürich nochmals 24 726 t Kohle und baute dadurch die Lager vollständig ab.

Nebenprodukte

Die Gasversorgung Zürich verkaufte im Geschäftsjahr 1975 nochmals 42 305 t Koks zu guten, gegen Ende des Berichtsjahres leicht sinkenden Preisen. Die verbleibenden rund 10 000 t dürften bis Ende Februar 1976 ebenfalls liquidiert sein.

Erdgaseinkauf

Im Geschäftsjahr 1975 bezog das Verteilzentrum Schlieren für die Gasverbund Ostschweiz AG 457,9 Mio Mcal Erdgas aus Pfullendorf und 767,9 Mio Mcal Erdgas aus Holland, total 1225,8 Mio Mcal Erdgas. Zusammen mit der Eigenproduktion von 7,8 Mio Mcal Stadtgas und Reichgas standen somit 1233,6 Mio Mcal Gas zur Verfügung, wovon 1164,4 Mio Mcal in die Netze eingespiesen und 69,2 Mio Mcal für den Eigenverbrauch im Werk und in den Stationen eingesetzt wurden.

Gewässerverschmutzung

Im Bereich der heute stillgelegten Kokereianlagen sowie im Feld «Muninen» südlich der Bernstrasse in Schlieren wurden seit 1972 umfangreiche Grundwasserunreinigungen festgestellt. Gestützt auf die geltenden gesetzlichen Bestimmungen führt das Kantonale Amt für Gewässerschutz und Wasserbau zurzeit von Amtes wegen die als notwendig

erachteten Sanierungsmassnahmen durch. Es muss mit Gesamtaufwendungen zwischen 10 und 20 Mio Franken gerechnet werden. Der Kanton kommt vorläufig für die anfallenden Kosten auf, wird sie aber den Verursachern anteilmässig überbinden. Aufgrund der bisherigen Untersuchungen kann nicht ausgeschlossen werden, dass ein erheblicher Teil der Grundwasserverunreinigungen auf den früheren Kokereibetrieb der Gasversorgung Zürich zurückzuführen ist. Die kantonalen Behörden sind zurzeit daran, mittels Befragungen und durch Zusammenstellen eines Indizienkataloges Rückschlüsse auf die Verursachung zu ziehen.

Energieverteilung

Systematische Rohrnetzüberwachung

Mit der systematischen Rohrnetzüberwachung waren ursprünglich ausschliesslich spezialisierte Fremdfirmen betraut; seit Juni 1975 steht nun auch eine werkeigene Gruppe mit der erforderlichen Spezialausrüstung zur Verfügung. Im Berichtsjahr überprüfte die Abteilung Energieverteilung das gesamte Hochdrucknetz im ganzen Versorgungsgebiet (153 km) sowie auf Stadtgebiet das gesamte Mitteldrucknetz (69 km) und 59% des Niederdrucknetzes (468 km), total 690 km.

Leitungsbau

Der Anschluss neuer Gasverbraucher machte den Bau beziehungsweise die Kalibervergrösserung von 4067 m Leitung notwendig. In Koordination mit den Arbeiten der Tiefbauämter, der SBB sowie anderer Werke mussten 7814 m Leitung neu verlegt werden.

Leitungssanierung

Im Berichtsjahr sanierte die Gasversorgung Zürich mittels verschiedener Verfahren 18 165 m Leitung; hinzu kommt die provisorische Sanierung von 1562 m Leitung durch Innenbehandlung nach dem Fliess- beziehungsweise Füllverfahren. Zur Verhinderung von Korrosionsschäden wurden 33,9 km bestehende Hochdruck-Stahlleitungen kathodisch geschützt. Die gesamte Länge der kathodisch geschützten Stahlleitungen beträgt nun 63,3 km.

Ausserbetriebnahme von Netzteilen

Im Hinblick auf die Gesundschrumpfung der Leitungsnetze nahm die Abteilung Energieverteilung im gesamten Versorgungsgebiet 26 521 m Leitung ausser Betrieb (Stadtgebiet 18 089 m, übriges Versorgungsgebiet 8432 m). Bei den Stilllegungen im Niederdrucknetz auf Stadtgebiet entfielen rund 75% auf Leitungen ohne Gaskonsum.

Leitungsnetz der Gasversorgung Zürich

Im Berichtsjahr wurden insgesamt 2,031 km Hauptleitungen und 2,036 km Zuleitungen neu gebaut sowie 23,748 km Hauptleitungen und 6,087 km Zuleitungen ausser Betrieb genommen, so dass die Länge des betriebsfähigen Rohrnetzes sich um 25,768 km auf insgesamt 1178,698 km reduzierte.

Druckregler- und Messanlagen

Am Mittel- und Hochdrucknetz hat die Abteilung Energieverteilung fünf Anlagen mit einer gesamthaften Wärmeabgabe von 44 Gcal/h für Grossbezüger, 15 Hausdruckregler

sowie zwei neue Netzeinspeisungen erstellt und ausserdem fünf Regleranlagen versetzt oder von Mitteldruck auf Hochdruck umgerüstet. Der Reserve-Niederdruckbehälter der Netzeinspeisung in Thalwil wurde abgebrochen.

Energieverkauf

Im Berichtsjahr konnten 129 mittlere und kleinere Heizungs- und Warmwasseraufbereitungsanlagen in Betrieb genommen und mehrere Verträge für unterbrechbare Erdgaslieferungen (Zweistofffeuerung) für grössere Anlagen abgeschlossen werden. Die Konjunktorentwicklung und der wiederum relativ milde Winter (4087 Heizgradtage, langjähriges Mittel 4380) wirkten sich negativ auf den Gasabsatz aus. Im gesamten Versorgungsgebiet der Gasversorgung Zürich stieg die Gasabgabe auf 680,0 Mio Mcal. Ohne Berücksichtigung der nun von der Gasversorgung Zürich betreuten Direktverkaufsverträge (200,3 Mio Mcal) der Gasverbund Ostschweiz AG ergibt sich gegenüber dem Vorjahr eine Umsatzzunahme von 52,9 Mio Mcal oder 12,4%. Rund 29% des Gesamtabsatzes entfallen auf Haushaltgas, 57% auf Heizgas und 14% auf Prozessgas. Auf Stadtgebiet erhöhte sich der Absatz um 10,4 Mio Mcal auf 283,2 Mio Mcal oder um 3,8%. Die Gemeinden mit eigenem Gasleitungsnetz steigerten den Bezug um 34,6 Mio Mcal auf 153,4 Mio Mcal oder um 29,1%. Bei den Gemeinden ohne eigenes Netz resultierte gesamthaft eine Steigerung um 8,5 Mio Mcal auf 42,4 Mio Mcal oder um 25,0%. Die Messdifferenzen und Netzverluste betrugen 55,9 Mio Mcal oder 11,7% der verkauften Gasmenge ohne Berücksichtigung des GVO-Direktverkaufs beziehungsweise 8,2% einschliesslich GVO-Direktverkauf.

Bedingt durch den Übergang auf die Jahresablesung mussten die Umsatzzahlen für die Stadt Zürich und die B-Gemeinden aufgrund der Teilablesungen hochgerechnet werden. Vergleiche mit früheren Geschäftsjahren sind daher nur bedingt möglich.

Installationen und Installationskontrolle

Nach Abschluss der Erdgasumstellung ging der Apparateverkauf im Geschäftsjahr 1975 erwartungsgemäss erneut zurück, und zwar auf 630 Geräte (Vorjahr 900 Geräte). Die Zahl der Serviceaufträge (Unterhalts- und Reparaturarbeiten) sank von 15 377 im Vorjahr auf 13 012 im Geschäftsjahr 1975. Die Meldungen über Gasgerüche verminderten sich auf 663 Meldungen (Vorjahr 1740), was den Verhältnissen in der Stadtgasphase entspricht. Im abgelaufenen Geschäftsjahr lag das Schwergewicht beim Beratungsdienst auf der Einzelberatung; hinzu kamen 22 Koch- und Instruktionvorträge, 32 Instruktionvorträge in Schulküchen sowie interne Kurse für das Servicepersonal.

Für die öffentliche Beleuchtung standen am Ende des Geschäftsjahres 52 Gaslaternen in Betrieb (Vorjahr 50). Die Zahl der Gaszähler und Münzautomaten verminderte sich um 1283 Einheiten auf 74 402 Einheiten (1741 Demontagen, 458 Neuinstallationen).

Personal

Der Personalbestand reduzierte sich wegen der Aufgabe der Eigenproduktion und als Folge von Rationalisierungsmassnahmen um 18% von 357 auf 294 Mitarbeiter. Die Personalfuktuation nahm merklich ab.

Finanzielles

Bei einem Ertrag von Fr. 76 034 120.63 und einem Aufwand von Fr. 78 093 425.35 schliesst die Jahresrechnung 1975 mit einem Verlust von Fr. 2 059 304.72 (Budget 1975 Fr. 2 127 000.—) ab. Dank der ab September 1974 wirksamen Erhöhung der Gstarife, der finanziellen Sanierung der Gasversorgung Zürich und Rationalisierungsmassnahmen konnte der Rechnungsverlust im Vergleich zum Vorjahr um mehr als 18 Mio Franken reduziert werden. Die Auswirkungen der finanziellen Sanierung der Gasversorgung Zürich kommen in der Bilanz deutlich zum Ausdruck. Im Vergleich zum Geschäftsjahr 1973 sank die Bilanzsumme von 126,5 Mio Franken um rund 100 Mio Franken auf 26,4 Mio Franken. Zulasten der Betriebsrechnung konnten Abschreibungen im Betrage von Fr. 2 951 665.45 vorgenommen werden. Die Gasversorgung Zürich verfolgt eine vorsichtige Aktivierungspraxis. Zu den Abschreibungen hinzugerechnet werden können rund 2,5 Mio Franken wertvermehrende, an sich aktivierungswürdige Investitionen für Transport- und Verteilleitungen, welche direkt der Betriebsrechnung 1975 belastet worden sind.

Neben der bereits durchgeführten finanziellen Sanierung der Gasversorgung Zürich ergeben sich ähnliche Probleme nun auch bei der Gasverbund Ostschweiz AG, wobei vorgesehen ist, dass die einzelnen GVO-Partner ihre Sanierungsanteile individuell über 10 bis 15 Jahre abtragen. Die Gasversorgung Zürich hat ein Zehntel ihres mutmasslichen Sanierungsanteils in ihr Budget 1976 aufgenommen.

Wasserversorgung

Direktion

Das Jahr 1975 brachte im Vergleich mit den Vorjahren überdurchschnittlich viel Niederschläge. Der Wasserverbrauch entwickelte sich deshalb rückläufig.

Der Gemeinderat stimmte am 2. Juli 1975 einer Tarifierhöhung auf den 7. Juli 1975 zu. Die Mehreinnahmen aus dem neuen Tarif werden sich allerdings erst im Geschäftsjahr 1976 voll auswirken. Die durchschnittliche Erhöhung beim Arbeits- und Leistungspreis beträgt rund 22%. Ein neuartiger Überverbrauchspreis ergänzt den bisherigen Arbeitspreis. Ausserdem soll eine Anschlussgebühr die Bauverschuldung in tragbaren Grenzen halten. Sie wird jeweils als einmaliger Beitrag an die Investitionen bei Groberschliessung, Wassergewinnung, Aufbereitung, Förderung und Verteilung erhoben. Mit dem neuen Wassertarif sollte es möglich sein, die Eigenwirtschaftlichkeit des Werks für die kommenden drei Jahre sicherzustellen. Dies gilt allerdings nur, wenn sich die gesamtwirtschaftliche Lage nicht spürbar verschlechtert. Die Wasserversorgung bemüht sich auf jeden Fall, alle Sparmöglichkeiten auszuschöpfen.

Am 5. Juni bzw. 17. Juli 1975 genehmigten der Zürcher Stadtrat und die Direktion der öffentlichen Bauten des Kantons Zürich den zwischen den Städten Zürich und Schlieren abgeschlossenen Notwasserlieferungsvertrag.

Die Arbeiten an der Erweiterung des Seewasserwerks Lengg und am Ausbau der Transportleitungen stehen unmittelbar vor dem Abschluss. Das erweiterte Werk hat seine Bewährungsprobe im Rahmen einer provisorischen Inbetriebnahme zu Beginn des Sommers 1975 bestanden. Die offizielle Inbetriebnahme findet gegen Ende Oktober statt, also kurz nach Beginn des Geschäftsjahres 1976. Die Gesamtkosten der Erweiterung inklusive Teuerung bewegen sich im Rahmen des seinerzeit bewilligten Kredites.

Die Arbeiten an den in den Jahren 1972 und 1973 bewilligten Bauvorhaben «Ausbau der Trinkwasserversorgung» (Hardhof-Vorlage) und «Errichtung einer Notwasserversorgung» wurden im Berichtsjahr planmässig weitergeführt. Der finanzielle Engpass einerseits und freie Kapazitäten der Unternehmer andererseits zwangen die Wasserversorgung, Prioritäten zu setzen und den Baufortschritt laufend den finanziellen Möglichkeiten anzupassen.

Studien

Auch im Berichtsjahr entnahm die Studienabteilung dem Roh- und Reinwasser in den Werken sowie dem Trinkwasser im Verteilnetz täglich Wasserproben zu Untersuchungszwecken. 14 634 bakteriologische Wasseruntersuchungen (14 670) wurden sowohl im werkeigenen als auch im städtischen Laboratorium durchgeführt. Bei den Keimzahlen gaben 2,3% (1,3%) und bei den coliformen Keimen 3,5% (4,3%) der Proben Anlass zu Beanstandungen. Die Zunahme bei den Keimzahlen ist auf die nach wie vor grosse Bautätigkeit und die damit verbundenen unvermeidlichen Immissionen zurückzuführen. Bei den hygienisch bedenklicheren coliformen Keimen zeigte sich hingegen sowohl in den Werken als auch im Verteilnetz erneut ein erfreulicher Rückgang der Beanstandungen. Die chemischen Analysen der Roh- und Reinwasser sowie der Wasser aus den einzelnen Aufbereitungsstufen ergaben gesamthaft ein gutes Bild über die Wasseraufbereitung. In den wöchentlich untersuchten Schnell- und Langsamfiltraten der beiden Seewasserwerke Lengg und Moos konnten keine Wandermuschellarven festgestellt werden. Im

Rohwasser hingegen traten sie bei allen Zürichseewerken (mit Ausnahme von Lachen) auf. Die Entwicklung der «Dreissena polymorpha Pallas» im unteren Zürichseebecken erforderte weiterhin volle Aufmerksamkeit. Ein Rückgang der Larvenpopulation war nicht zu verzeichnen.

Der immer kompliziertere Betrieb der Wasserwerke mit einer ganzen Reihe von neuen Aufbereitungsstufen verlangt von der Studienabteilung eine Intensivierung der Tätigkeit auf dem Gebiete der Prozesskontrolle (Werkchemie), ohne dabei bisherige Aufgaben zu vernachlässigen.

Die Studienabteilung führte die im Herbst 1971 aufgenommenen Untersuchungen im Gewässersystem Linth–Walensee–Zürichsee weiter. Das Phosphat als einer der Hauptnährstoffe hat sich im Berichtsjahr im Zürichsee wiederum eindeutig verringert. Parallel dazu weist der Sauerstoff seit langem nicht mehr registrierte Höchstwerte auf. Diese erfreulichen Resultate dürften sowohl auf das weitere Fortschreiten der Gewässerschutzmassnahmen als auch auf die ausserordentlich günstigen hydrologischen Verhältnisse zurückzuführen sein.

Projekte und Bau

Die Erweiterungsarbeiten für das Seewasserwerk Lengg stehen unmittelbar vor dem Abschluss.

Die Rohbauarbeiten am Zonenpumpwerk Hardhof verliefen programmgemäss.

Die Aushub- und Betonarbeiten für das Dienstgebäude mit Keller, Erd- und vier Obergeschossen wurden im Januar 1975 begonnen und bis Ende des Berichtsjahres weitgehend abgeschlossen.

Im Wasserstollen Hardhof–Strickhof sind die Anschlussbauwerke fertig erstellt. Die Dienstbrücke über die Limmat konnte abgebrochen und der Stollenteil Strickhof–Käferberg am 25. August 1975 in Betrieb genommen werden.

Die im Oktober 1974 in Angriff genommenen Arbeiten zum Bau von vier Quellwasserschlossern im Sihltal sind nahezu beendet. Das im Wildpark Langenberg gelegene Wasserschloss Gontenbach ist mit einem Schauglas samt Wandmosaik, Licht- und Tonanlage, den Wasserkreislauf darstellend, ausgerüstet.

Die beauftragte Bauunternehmung begann mit den Arbeiten für das Zonenpumpwerk Moos anfangs 1975. Der eigentliche Hochbau mit einer Konstruktion aus vorgefertigten Betonelementen wurde bis Ende September 1975 grösstenteils abgeschlossen.

Im Berichtsjahr hat die Wasserversorgung einige Teilquartiere an höher gelegene Druckzonen angeschlossen und damit eine Verbesserung der Druckverhältnisse realisiert (z. B. bei den Grossüberbauungen Hardau und Grünau). Weitere Druckumstellungen befinden sich in Vorbereitung.

Die Fertigstellungs- und Umgebungsarbeiten für das Reservoir Lyren sind praktisch abgeschlossen.

Netz und Werkstätte

Der Netzdienst verlegte 17,1 km (19,1 km) Haupt- und Verteilleitungen. Zudem erfolgte die Stilllegung von 8,3 km (3,6 km) alter Leitungen. An Transportleitungen, Nennweite 500 mm und grösser, ist ein Zuwachs von 7,6 km (2,5 km) zu verzeichnen. Hierzu hat die Fertigstellung des Käferbergtunnels von 4,7 km Länge und einer Nennweite von 2140 mm

wesentlich beigetragen. Die Abteilung Leitungsbau verlegte 191 Hauszuleitungen – gegenüber 194 im Vorjahr – mit einer Gesamtlänge von 4795 m. Die Gesamtlänge hat allerdings im Jahre 1975 um 192 m abgenommen, da 4987 m Hauszuleitungen ausser Betrieb gesetzt wurden. Somit weist das Hauszuleitungsnetz per 30. September 1975 eine Länge von 485 587 m auf.

Die Zahl der Rohrbrüche ist unwesentlich auf 554 (546) angestiegen.

Nachdem es im Berichtsjahr gelang, vermehrt qualifiziertes Personal für den Unterhaltsdienst zu gewinnen, konnten neben den normalen auch vermehrt vorbeugende Wartungs- und Revisionsarbeiten an Pumpen, Motoren, Schiebern und Steuerungsanlagen durchgeführt werden.

Betrieb

Die Niederschlagsmenge liegt mit 1385 mm wesentlich über derjenigen des Vorjahres (1103 mm).

Die anhaltend gute Wasserführung der Limmat erlaubte nochmals eine Steigerung der Grundwasserförderung.

Obwohl die Quellwasserzufuhr aus dem Sihltal wegen Bauarbeiten an den vier Quellwasserschlossern mehrmals unterbrochen werden musste, verursachte das sehr nasse Wetter auch eine Erhöhung der Quellwasserförderung.

Die Seewasserwerke Lengg und Moos deckten im Berichtsjahr 61,5% des Jahreskonsums. Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr ist eine Folge der verbesserten Grund- und Quellwasservorkommen.

Der Gesamtverbrauch betrug 74,35 Mio m³ gegenüber 78,62 Mio m³ im Vorjahr. Der Rückgang von 5,4% ist sowohl auf die überdurchschnittlich nasse Witterung als auch auf die wirtschaftliche Rezession zurückzuführen. Der mittlere Wasserverbrauch je Einwohner und Tag beträgt auf Stadtgebiet 448 Liter (460 l). Der höchste Tagesverbrauch war in der letzten Woche der Sommerferien, am Freitag, 8. August 1975, zu verzeichnen. Er belief sich auf 283 510 m³ (280 640 m³). Nach Abzug der Lieferung an die Vertragspartner verblieb für die Stadt ein Spitzenbezug von 246 600 m³ (244 800 m³). Bei Eintreten einer Hitzeperiode vor oder nach den Sommerferien hätte der höchste Tagesverbrauch wesentlich grösser sein können.

Die Vertragspartner (Zweckverbände, Gruppenwasserversorgungen, Gemeinden, Genossenschaften usw.) erhielten 1975 9,33 Mio m³ Trinkwasser (10,59 Mio m³). Die Rückläufigkeit ist auf die verbesserte Eigenversorgung als Folge eines niederschlagsreichen Jahrs zurückzuführen.

Wasserversorgung

Die Jahresproduktion setzt sich wie folgt zusammen:

| Lieferwerke | Produktion in Mio m ³ | in % | Veränderung gegenüber in Mio m ³ | Vorjahr in % |
|----------------------|-------------------------------------|-------|--|-----------------|
| Quellwasser | | | | |
| – Sihl- und Lorzetal | 8,44 | | + 1,55 | + 22,49 |
| – Zürich | 0,78 | | + 0,11 | + 16,42 |
| | <u>9,22</u> | 12,40 | | |
| Grundwasser | | | | |
| – Werk Hardhof | 19,24 | | | |
| – Übrige Werke | 0,06 | | | |
| | <u>19,30</u> | 25,96 | + 0,73 | + 3,93 |
| Seewasser | | | | |
| – Werk Lengg | 27,58 | | – 0,85 | – 2,99 |
| – Werk Moos | 18,18 | | – 5,77 | – 24,09 |
| | <u>45,76</u> | 61,54 | | |
| Fremdwasser | 0,07 | 0,10 | – 0,04 | – 33,13 |
| | <u>74,35</u> | 100,0 | | |

Finanzen

Die Betriebsrechnung schliesst mit je 37,0 Mio Franken Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen ab. Der Gesamtertrag war mit 37,0 Mio Franken (34,8) um 2,2 Mio Franken höher als im Vorjahr. Die Einnahmen aus dem Wasserverkauf erreichten die Summe von 29,0 Mio Franken (26,1) und sind um 2,9 Mio Franken höher als im Jahre 1974. Der Erlös aus dem Wasserverkauf auf Stadtgebiet belief sich auf 22,2 Mio Franken gegenüber 21,3 Mio Franken im Vorjahr. Die auf den 7. Juli 1975 neu eingeführten Anschlussgebühren ergaben Mehreinnahmen von 0,98 Mio Franken (0). Die Einnahmen aus dem Wasserverkauf an die Vertragspartner erhöhten sich um 1,0 Mio Franken oder 20% auf 5,8 Mio Franken.

Der mittlere Erlös je Kubikmeter Trinkwasser beträgt auf Stadtgebiet 34,18 Rappen (31,28) und bei den Vertragspartnern 61,33 Rappen (45,33).

Der Gesamtaufwand von 37,0 Mio Franken setzt sich zur Hauptsache wie folgt zusammen:

Kapitalzinsen 8,7 Mio Franken (6,6), Abschreibungen 5,5 Mio (7,8), Personalaufwand 12,8 Mio (10,8) und allgemeiner Aufwand 10,0 Mio (9,5).

Baurechnung

Die Aufwendungen für Neuanlagen stiegen im Berichtsjahr auf 48,1 Mio Franken (41,1). Als wichtigste Ausgabeposten sind zu nennen: Erweiterung Seewasserwerk Lengg 26,7 Mio Franken (21,7), Ausbau der Trinkwasserversorgung 12,2 Mio (6,1) und Erweiterung des Versorgungsnetzes 7,0 Mio (8,5).

Die Baueinnahmen ergaben die Summe von 11,4 Mio Franken (4,3). Davon entfallen auf Beiträge des Kantons für Erweiterungsbauten 10,5 Mio Franken (3,2).

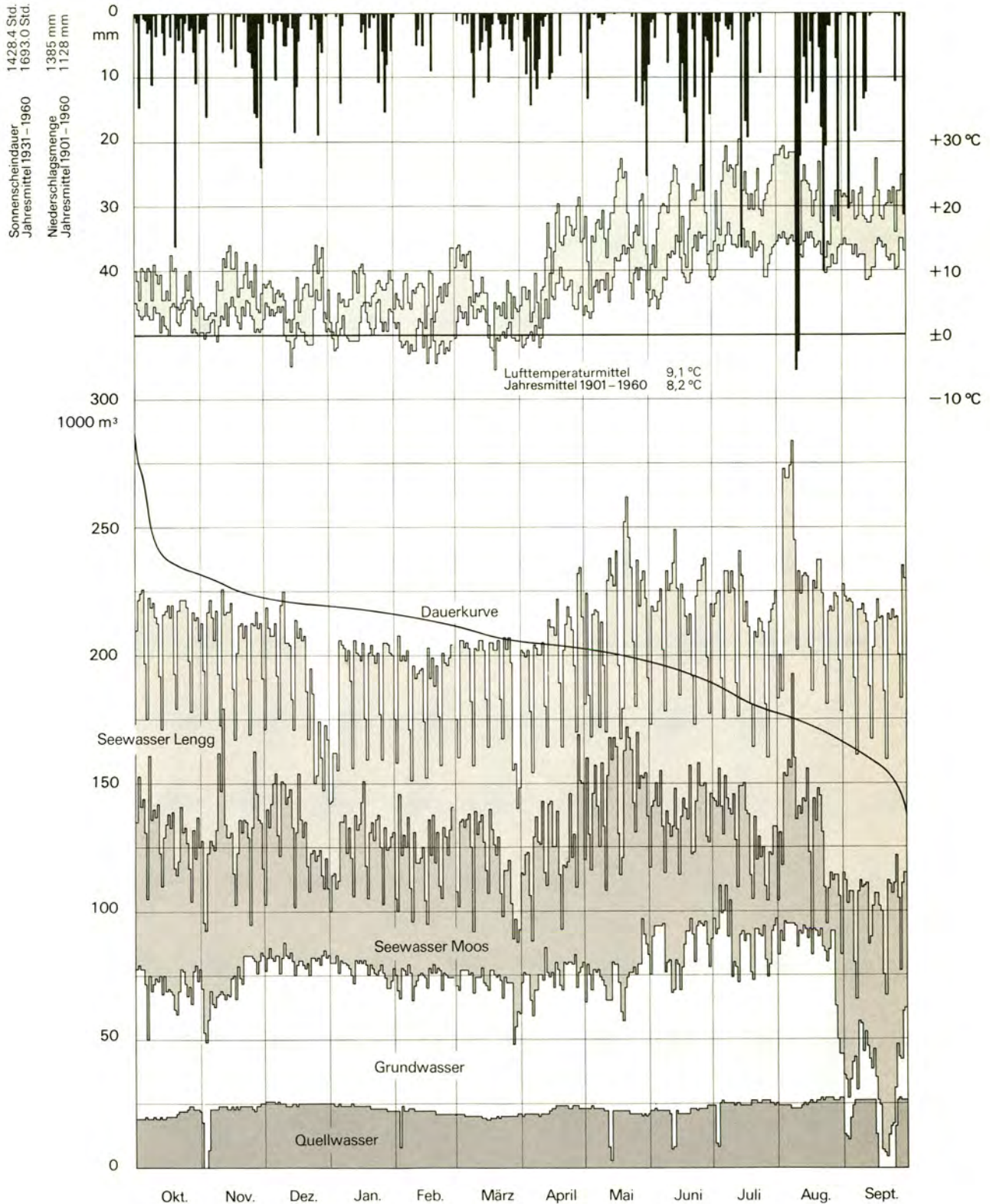
Vermögensrechnung

Die Baukosten aller Anlagen erreichten per 30. September 1975 den Betrag von 260,0 Mio Franken. Sie sind gegenüber dem Vorjahr um 36,1 Mio Franken angestiegen. Der Buchwert aller Anlagen betrug 169,5 Mio Franken (138,3). Die Schuld an das Finanzamt erhöhte sich auf 186,4 Mio Franken.

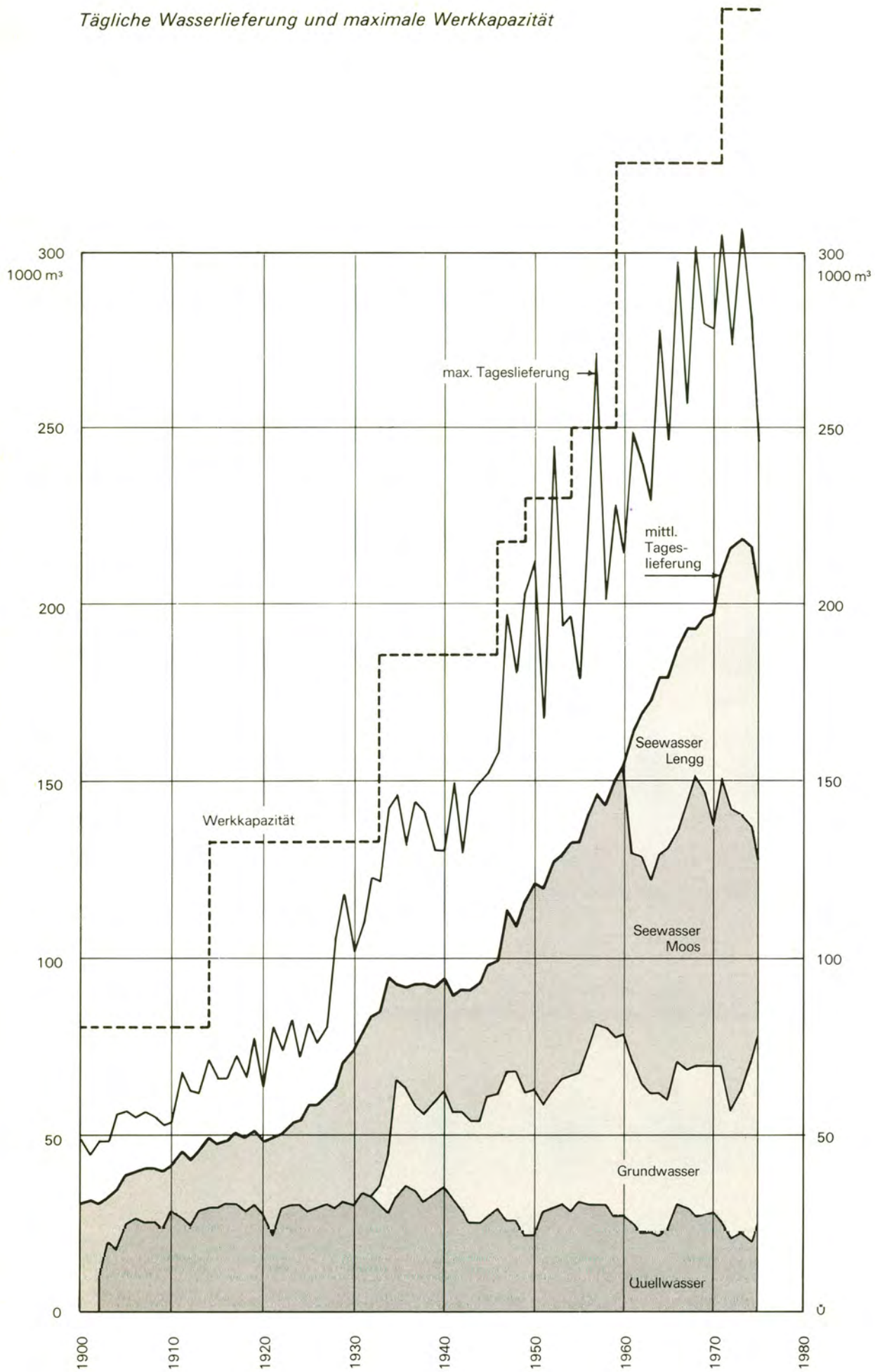
Tägliche Wasserabgabe und Witterung

Stadt Zürich und Vertragspartner

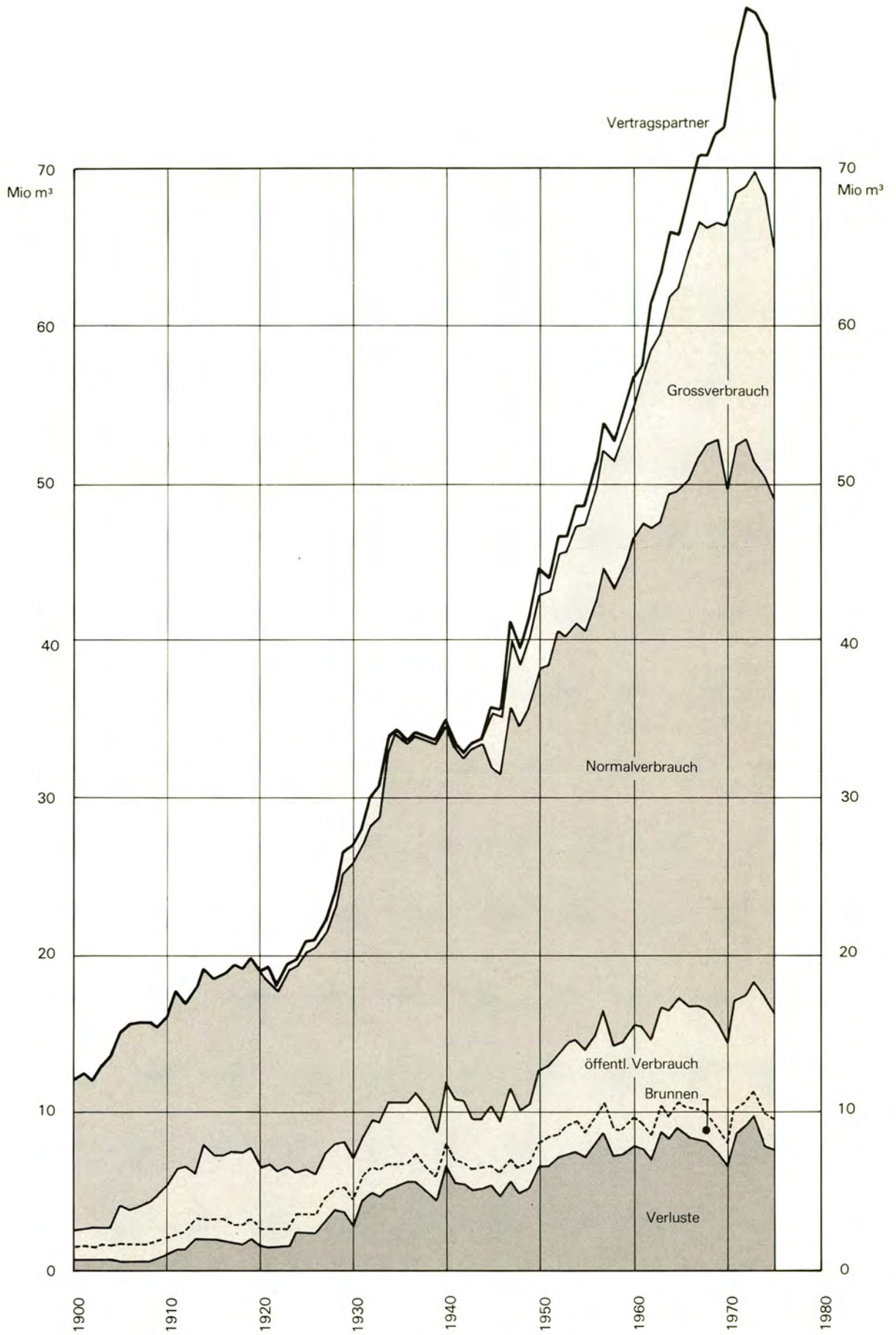
| | Minimum m ³ | Mittel m ³ | Maximum m ³ |
|-------------|---------------------------|--------------------------|---------------------------|
| Verbrauch | 140 840 | 203 720 | 283 510 |
| Quellwasser | 21 800 | 25 270 | 30 010 |
| Grundwasser | 4 280 | 52 880 | 85 710 |
| Moos | 18 600 | 49 790 | 98 700 |
| Lengg | 25 800 | 75 580 | 123 400 |



Tägliche Wasserlieferung und maximale Werkkapazität



Jährlicher Wasserverbrauch



Spezifischer Wasserverbrauch und Einwohnerzahl

Stadt Zürich

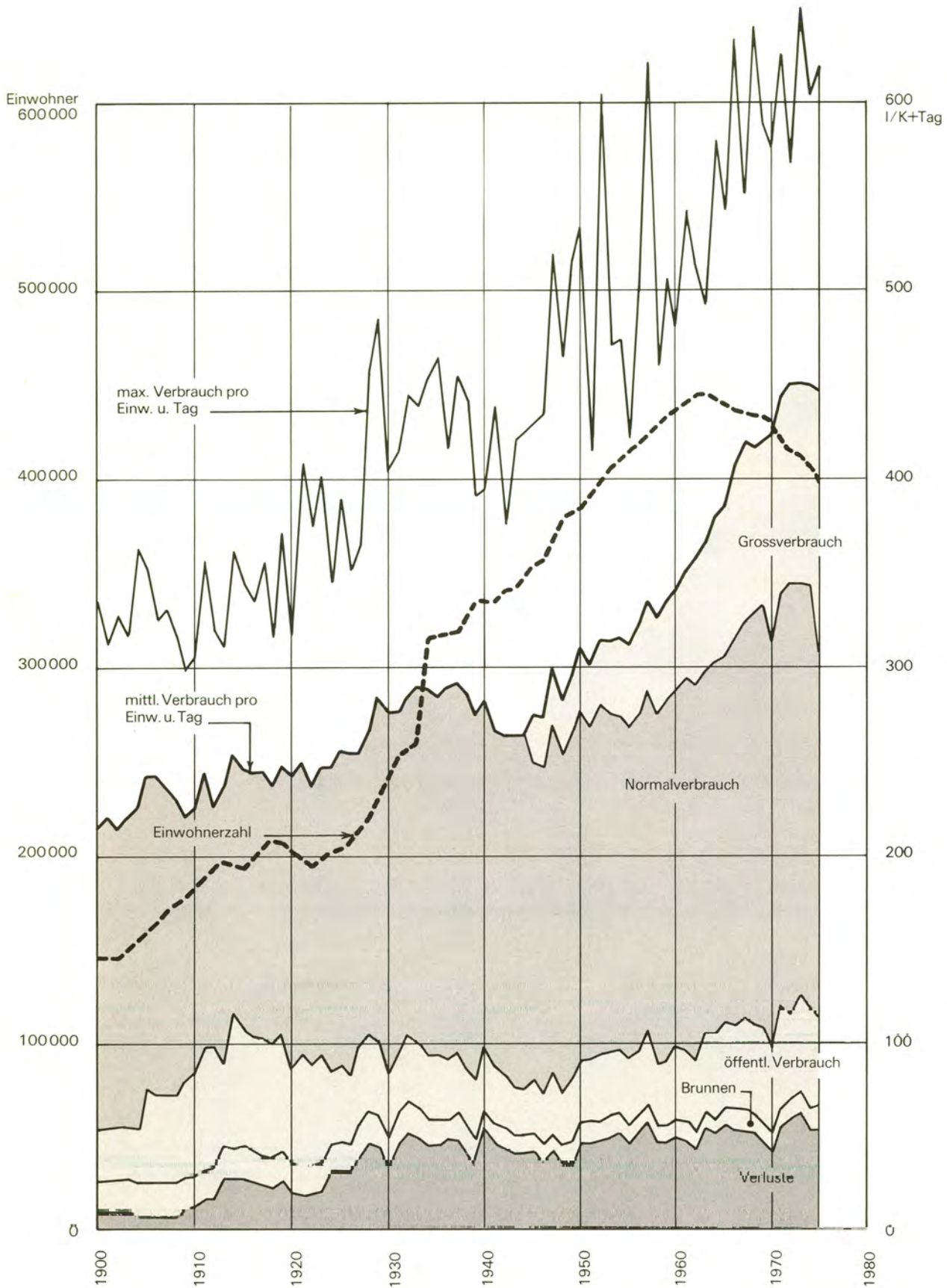


Tabelle 1 Die Wasserversorgung Zürich in Zahlen

| | | | 1975 | 1974 |
|-----------------------|----------------------------------|---------------------------|-----------|-----------|
| Witterung | Niederschlag | mm | 1 385 | 1 103 |
| | Sonnenschein | Std. | 1 428 | 1 621 |
| | Lufttemperatur im Mittel | °C | 9,1 | 9,0 |
| Limmat | Abfluss | m ³ /sec | 127,80 | 94,50 |
| Grundwasser | Hardhof | Mittl. Wsp m ü. M. | 393,59 | 394,50 |
| | Hardhof | Min. Wsp m ü. M. | 392,50 | 392,55 |
| Produktion | Total | Mio m ³ | 74,35 | 78,62 |
| | Seewasser | Mio m ³ | 45,76 | 52,38 |
| | Grundwasser | Mio m ³ | 19,30 | 18,57 |
| | Quellwasser | Mio m ³ | 9,22 | 7,56 |
| | Bezug Fremdwasser | Mio m ³ | 0,07 | 0,11 |
| Tagesabgabe | im Maximum | m ³ /T | 283 510 | 280 640 |
| | im Mittel | m ³ /T | 203 720 | 215 390 |
| Kopfverbrauch | im Maximum | I/E u. T | 620 | 604 |
| | im Mittel | I/E u. T | 448 | 460 |
| Einwohner | Stadt | | 397 800 | 405 610 |
| | Vertragspartner | | 292 633 | 268 920 |
| Wasserabgabe | Stadt | Mio m ³ | 65,02 | 68,03 |
| | Vertragspartner | Mio m ³ | 9,33 | 10,59 |
| | WW Zug | Mio m ³ | (0,05) | (0,66) |
| | Verluste | Mio m ³ | (7,70) | (7,90) |
| Werkdaten | Kapazität | m ³ /T | 370 000 | 370 000 |
| | Installierte Leistung | kW | 17 900 | 16 140 |
| | Stromverbrauch | Mio kWh | 34,59 | 34,70 |
| | Chlor 100% | kg | 38 696 | 41 656 |
| | Natriumchlorit 24,2% | kg | 18 491 | 19 980 |
| | Salzsäure 33% | kg | 11 073 | 3 934 |
| Netzdaten | Leitungsnetz | km | 982 574 | 969 159 |
| | Hauszuleitung | km | 485 587 | 485 779 |
| | Gesamtnetzlänge | km | 1 468 161 | 1 454 938 |
| | Schieber | Anzahl | 35 680 | 35 431 |
| | Hydranten | Anzahl | 10 114 | 10 075 |
| | Reservoirinhalt | m ³ | 147 400 | 147 400 |
| | Brunnen | Anzahl | 861 | 840 |
| Finanzen | Bezahlte Wassermenge | Mio m ³ | 57,53 | 61,99 |
| | Einnahmen Total | Mio Fr. | 37,05 | 34,81 |
| | Wasserverkauf Stadt | Mio Fr. | 22,23 | 21,28 |
| | Vertragspartner | Mio Fr. | 5,76 | 4,80 |
| | Anschlussgebühren | Mio Fr. | 0,98* | — |
| Tarif Stadt | Leistungspreis nach Messergrösse | Fr. pro m ³ /h | 25,00* | 20,00 |
| | Arbeitspreis | Rp./m ³ | 40,00* | 33,00 |
| Tarif Vertragspartner | Leistungspreis für Option 1985 | Fr. pro m ³ /T | 33,50 | 26,89 |
| | Arbeitspreis | Rp./m ³ | 18,06 | 14,10 |
| Erlös im Mittel | Stadt | Rp./m ³ | 34,18 | 31,28 |
| | Vertragspartner | Rp./m ³ | 61,33 | 45,33 |
| Ertragsüberschuss | | Mio Fr. | 0,00 | 0,96 |
| Bauausgaben | | Mio Fr. | 48,09 | 41,10 |
| Bruttoanlagekosten | | Mio Fr. | 309,70 | 262,23 |
| Nettoanlagekosten | | Mio Fr. | 259,98 | 223,89 |
| Bauschuld | | Mio Fr. | 169,48 | 138,29 |
| Abschreibung | | Mio Fr. | 5,51 | 7,79 |
| | | % | 2,46 | 4,15 |
| Personalbestand | | | 262 | 243 |

* ab 7.7.1975

279

Elektrizitätswerk

Allgemeines

Im abgelaufenen Berichtsjahr erhöhte sich der Konsum an elektrischer Energie in der Stadt Zürich um 1,2%, im Absatzgebiet in Graubünden um 2,7% und erreichte gesamthaft den Betrag von 2072 Millionen Kilowattstunden (GWh). Entgegen allen Erwartungen der Statistik war der Winter erneut aussergewöhnlich mild, was zusammen mit der rückläufigen Wirtschaftstätigkeit nur zu einer ganz bescheidenen Zunahme des Konsums führte. Es ist interessant festzustellen, dass in dieser Situation der Verbrauch der privaten Haushaltungen und jener der Dienstleistungsbetriebe weiterhin zugenommen, der Bedarf der Industrie hingegen abgenommen hat.

Die Produktion von elektrischer Energie, die beim EWZ noch immer ausschliesslich auf Wasserkraft beruht, wurde im Sommer durch die hohen Schmelzwassermengen und ausgiebigen Niederschläge nachhaltig beeinflusst. Im Winter lagen die Zahlen etwas unter dem langjährigen Mittel. Wie bereits im Vorjahr mussten auch in diesem Winter namhafte Mengen an Energie zugekauft werden, um dem Bedarf entsprechen zu können. Es handelt sich netto um 200 GWh, wovon 115 GWh einem im Vorsommer bei fremden Werken angelegten Guthaben entnommen werden konnten.

Im Sommerhalbjahr erreichte der Produktionsüberschuss eine Rekordhöhe von netto 420 GWh, wovon wiederum 100 GWh als Vorauslieferung gegen eine entsprechende Menge an Winterenergie abgegeben und der Rest verkauft werden konnte.

Das finanzielle Ergebnis wurde auf der Ertragsseite durch die geringe Verbrauchszunahme geprägt, welche die Einnahmen aus Pflichtabgabe um nur 1,7% oder 2,9 Mio Franken ansteigen liess. Andererseits bewirkte der Verkauf grosser Überschussmengen im Sommer Mehreinnahmen von 2,8 Mio Franken bei der Abgabe an fremde Werke.

Auf der Aufwandseite hatte der Zukauf einer grösseren Menge Fremdenergie, deren Preise zudem stark gestiegen sind, Mehrausgaben von 2,6 Mio Franken zur Folge. Ferner wurde die erhöhte Bauschuld zu einem Viertel Prozent höher als bisher (neu 5½%) verzinst, so dass allein der Zinsaufwand 3,8 Mio Franken höher ausfiel. Der Aufwand für Abschreibungen blieb praktisch unverändert, während die Personalkosten um 5,9 Mio Franken und die Betriebs- und Unterhaltskosten um 2,5 Mio Franken zunahmen.

Die Rechnung schliesst mit einem Reingewinn von 6,3 Mio Franken ab, d. h. 10,7 Mio Franken unter dem Vorjahresergebnis. In eigenen Anlagen wurden 59,8 Mio Franken investiert, während für die Beteiligung an Partnerwerken weitere 11,7 Mio Franken aufgewendet wurden. Demgegenüber erreichte der Betrag der selbst erarbeiteten Mittel (Abschreibungen und Reingewinn) 45 Mio Franken, so dass die Stadtkasse dem Werk 26,5 Mio Franken (im Vorjahr 12,1 Mio Franken) an neuen Mitteln zur Verfügung stellen musste.

Anfangs 1975 konnte der langjährig vorbereitete Übergang zur einmaligen Zählerablesung pro Jahr beim Haushalt und bei allen Kleinbezüglern vorgenommen werden. Die Beanspruchung aller Beteiligten bei der Einführung dieser umfassenden Umstellung war ausserordentlich gross und brachte trotz mannigfacher Aufklärung der Konsumenten eine sehr grosse Zahl von Rückfragen. Es darf aber festgehalten werden, dass die minuziöse Planung sich gelohnt hat und die Rechnungstellung von anfang an mit einer ausserordentlich kleinen Fehlerrate arbeitet. Die Gewöhnung der Konsumenten an die neue Verrechnungsart hat im Laufe des Jahres rasche Fortschritte gemacht, so dass für das kommende Jahr wieder mit einem regelmässigen Arbeitsablauf gerechnet werden kann und die bedeutenden Vorteile des neuen Systems sich voll auswirken werden.

Energiewirtschaft

Der Energiebedarf der Stadt, einschliesslich der zugehörigen Transportverluste, betrug 1895 GWh. Dies entspricht einer Zunahme gegenüber dem Vorjahr von 22 GWh oder 1,2%. Die privaten Haushaltungen konsumierten 10 GWh, Gewerbe, Büros, Handel 12 GWh, die Verkehrsbetriebe 3 GWh und öffentliche Beleuchtung, Stadtverwaltung, Schulen 4 GWh mehr als im Vorjahr. Demgegenüber beanspruchte die Industrie 9 GWh weniger Energie.

In Graubünden stieg die Abgabe insgesamt um 2,7% auf 177 GWh. Bei der Detailabgabe beeinflusste der Fortschritt auf den eigenen Kraftwerkbaustellen im Domleschg den Konsumverlauf wesentlich, so dass in dieser Rubrik ein kleiner Rückgang zu verzeichnen ist. Bei der Industrie verringerte sich der Bedarf um 6 GWh, während Wiederverkäufer und Kanton 11 GWh mehr beanspruchten.

Zur Deckung dieses Bedarfes standen aus den eigenen und den Partnerkraftwerken im Winterhalbjahr 934 GWh (−6,6%) und im Sommerhalbjahr 1470 GWh (+24%) zur Verfügung. Die disponible Jahresproduktion betrug somit 2404 GWh und übertraf das langjährige Mittel um gute 10%.

Zu Beginn des Winterhalbjahres waren die Speicherbecken zu 95% gefüllt, und der Oktober 1974 war ungewöhnlich kalt. Von Mitte November bis Mitte März folgte ein beispiellos milder Winter, während kurz vor Frühlingsbeginn niederschlagsreiche und kalte Tage in den Bergen ausserordentlich ergiebige Schneefälle und zahlreiche Lawinen brachten. Ausgiebiges und anhaltendes Schmelzwasser sowie intensiver Regen in der zweiten Sommerhälfte hatten allenthalben eine hohe Wasserführung zur Folge. Bereits Mitte August waren die Speicherbecken zu 95% gefüllt, und das Berichtsjahr schloss mit vollen Becken.

Im Winterhalbjahr wurden gesamthaft 291 GWh Fremdenergie bezogen und 91 GWh an fremde Werke verkauft, so dass der Saldo einen Bezugsüberschuss von 200 GWh (Vorjahr 157) ergab. Im Sommerhalbjahr stand einem Bezug von 78 GWh Fremdenergie eine Abgabe an fremde Werke von 498 GWh gegenüber, so dass per Saldo ein Abgabeüberschuss von 420 GWh (Vorjahr 178) resultierte.

Der Antrieb der Speicherpumpen benötigte 112 GWh (Vorjahr 101), wovon 25 GWh auf das Winterhalbjahr entfielen.

Der Gesamtumsatz erhöhte sich um 241 GWh auf 2774 GWh.

Anlagen

Kraftwerke

Im Bergell wurden die geplanten Reparaturarbeiten am Albignastollen nach vorzeitiger Absenkung des Stausees in Angriff genommen. Leider erwiesen sich die Schäden wesentlich grösser als vermutet, und die ergiebigen Schneefälle im April behinderten die Arbeiten beträchtlich. Die Reparaturarbeiten wurden daher mit Beginn der Schneeschmelze unterbrochen, und deren Abschluss ist im Frühjahr 1976 eingeplant. Im Gegensatz zum Albigna-Stollen weist der Druckstollen Löbbia–Castasegna keine Schäden auf, wie anlässlich einer erneuten Begehung festgestellt werden konnte.

Im Zuge der Modernisierung der Wasseralarmanlagen und deren Anpassung an die modernen Anforderungen des Zivilschutzkonzeptes sind im Bergell netzunabhängige Alarmsirenen und Auslöseeinrichtungen installiert worden. Die Anlagen wurden im August von den zuständigen Behörden ohne jede Beanstandung abgenommen.

Eine schwere Störung verursachte ein Wicklungsdefekt an einem der Generatoren im Kraftwerk Castasegna. Dank des vorzüglichen Einsatzes aller Beteiligten konnte die umfangreiche Wicklungsreparatur innert eines Monats ausgeführt werden. Beim Ausbauen von über 100 Wicklungsstäben zeigte es sich jedoch, dass eine Neuwicklung innert weniger Jahre unumgänglich sein wird. Die Ersatzwicklung ist bestellt.

In den Kraftwerken Tinzen und Tiefencastel sind die Transformatorwannen den verschärften Gewässerschutzbestimmungen angepasst worden. Das Konzept für die Anpassung der Wasseralarmanlage Marmorera ist in Zusammenarbeit mit den eidgenössischen und kantonalen Instanzen bereinigt worden und das Material in Auftrag gegeben.

Das im Zusammenhang mit dem Bau des Kraftwerkes Rothenbrunnen in Sils erstellte Betriebs- und Bürogebäude konnte bezogen werden, und die Montagearbeiten der technischen Einrichtungen sind im Gange. Im alten Kraftwerk steht nun eine zweckmässig eingerichtete Werkstatt zur Verfügung.

Im Domleschg fand nach Überwindung grosser geologischer Schwierigkeiten am 29. Juli zwischen Scharans und Tomils der letzte Stollendurchschlag statt. In diesem 7,1 km langen Abschnitt mussten 1,9 km durch Stahleinbau und 4,9 km durch Anker und Netze gesichert werden. Ein Teil der Einbauten musste wegen starken Gebirgsdruckes nachträglich verstärkt oder sogar ersetzt werden. Von der Betonverkleidung waren Ende September 6,3 km eingebracht; das sind 40%. Der Abschnitt Solis inklusive Rohrbrücke über die Albula ist fertig. In den andern Abschnitten ist die Betonierung im Gange.

Im Kraftwerk Rothenbrunnen sind die Turbine und der Generator praktisch fertig montiert. Auch die 50-kV-Freiluftschaltanlage und die 11-kV-Verteilanlage sind montiert und stehen kurz vor der Inbetriebsetzung. Etwas mehr Mühe bewirkten die Steuer- und Überwachungseinrichtungen, welche erfahrungsgemäss einen grossen technischen und administrativen Koordinationsaufwand im Zeitpunkt der letzten Bereinigung erfordern.

Im Zusammenhang mit der Erstellung eines Dükers unter der Limmat durch das Tiefbauamt ist der Oberwasserkanal des Kraftwerkes Letten für rund 2 Monate vollständig entleert und der erzwungene Stillstand des Kraftwerkes für grössere Revisionen ausgenützt worden. Eine gründliche Reinigung des Kanals erwies sich als unmöglich angesichts der enormen Mengen Wandermuscheln, so dass sich das Tiefbauamt darauf beschränkte, wenigstens die Muscheln von den Kanalwänden und das Dachwehr abzuspritzen.

Übertragungsanlagen

Die Anstrengungen zur Erneuerung und Verstärkung des Höchstspannungs-Freileitungsnetzes konzentrierten sich auf die Projektierung und Planung eines weiteren Abschnittes Benken–Bubikon der 220-kV-Leitung Sils–Fällanden. Die Baubewilligung liegt vor, der Gemeinderat bewilligte den notwendigen Kredit, und erfreulicherweise haben alle Grundeigentümer die Durchleitungsrechte freiwillig erteilt.

Dagegen konnte im Abschnitt Sils–Rothenbrunnen nur ein 5 km langes Teilstück Rothenbrunnen–Rodels fertiggestellt werden, nachdem eine Gemeinde Verwaltungsbeschwerde gegen die Baubewilligung erhoben hatte. Diese Verzögerung ist besonders schwerwiegend für die lokale Stromversorgung, da die bestehende 50-kV-Leitung Sils–Rothenbrunnen nicht wie vorgesehen rechtzeitig für die Verstärkung des Talnetzes freigemacht werden kann.

Einsprachen verzögerten auch die weiteren Arbeiten an der 220-kV-Leitung Drahtzug–Fällanden und an der 50-kV-Leitung Valbella–Churwalden.

Unterbrüche bis zu 3 Wochen Dauer erforderten Reparaturarbeiten an verschiedenen Kabelleitungen. Es handelte sich dabei um Bleimantel- oder Muffenreparaturen an der 150-kV-Kabelleitung Drahtzug–Biberlinstrasse und an den 50-kV-Kabelleitungen Letten–

Hardgutstrasse und Letten–Selnau, um Ersatz der Endstücke wärmedurchschlagsgefährdeter 50-kV-Kabel an den Leitungen Selnau–Binz 2, Letten–Oerlikon 1 und Letten–Oerlikon 2 sowie um Reparaturen beschädigter Stellen an den 50-kV-Kabelleitungen Oerlikon–Letten 1 und Oerlikon–Drahtzug sowie an den Signalkabeln Oerlikon–Drahtzug und Herdern–Hönggerberg. Diese Störungsstatistik bestätigt die weitverbreiteten Vorbehalte gegen Kabelleitungen, handelt es sich doch um Vorfälle während eines Jahres an nur rund 70 km Kabelleitungen.

Unterwerke

Im Unterwerk Fällanden sind die Bauarbeiten abgeschlossen.

Nach anfänglich wetterbedingten Verzögerungen sind auf der Baustelle des Unterwerkes Auwiesen gute Fortschritte erzielt worden. Die Fundamente in der 220-kV-Anlage sind weitgehend betoniert und das Kellergeschoss des Dienstgebäudes fertiggestellt. Die Detailprojektierung des elektromechanischen Teils ist soweit vorangetrieben, dass die wichtigsten Apparatenausschreibungen erfolgen konnten.

Der Vortrieb des zweiten Stollens des Unterwerkes Katz wickelte sich programmgemäss ab, und im August konnte das Aufrichtefest stattfinden. Die Hauptkomponenten der elektromechanischen Ausrüstung sind in Fabrikation und teilweise bereits angeliefert. Auch die Hilfsbetriebe sind weitgehend bestellt. Der Montagebeginn ist im Frühjahr 1976 vorgesehen.

Transformatorstationen

Ins Netz des Elektrizitätswerkes wurden 18 definitive und eine provisorische Transformatorstation sowie 4 Hochspannungsbezügeranlagen eingeordnet. Von diesen 23 neuen Anlagen sind 15 für die künftige Mittelspannung 22 kV isoliert.

Im Versorgungsnetz der Stadt Zürich sind nun 414 Transformatorstationen für 380/220 Volt, 56 Stationen für 500 Volt, 156 Hochspannungsbezügeranlagen und 16 Elektrokessel im Betrieb.

Gleichrichteranlagen

Die Erwartungen bezüglich Anspruchlosigkeit im Unterhalt der Halbleitergleichrichter haben sich voll erfüllt.

Anschlüsse

Es wurden 147 (154) Hausanschlüsse neu erstellt, 129 (109) verstärkt und 171 (158) demontiert. 28 (25) Freileitungsanschlüsse wurden verkabelt und 137 (138) Bauanschlüsse erstellt.

Öffentliche Beleuchtung

Neben den Verbesserungen der Strassenbeleuchtungen, die zusammen mit Netzausbauten und Strassenneubauten und -korrekturen ausgeführt wurden, konnte die Beleuchtung der Fussgängerpromenade «Schanzengraben» zwischen General-Guisan-Quai und Selnaubrücke termingerecht erstellt werden.

Fernwärmeversorgung

Knapp zwei Jahre nach Genehmigung der benötigten Kredite zum Ausbau der Fernheizung in Schwamendingen und Oerlikon konnte im November 1974 die Wärmetauscherstation bei der Kehrlichtverbrennungsanlage II, zusammen mit dem ersten Leitungsabschnitt, in Betrieb gesetzt werden. Bis Ende des Betriebsjahres waren zudem die

meisten Hauptleitungen dieser Bauetappe fertiggestellt. Verschiedene Hauszuleitungen sind ebenfalls ausgeführt oder im Bau. Es handelt sich um 2265 m grosskalibrige Doppelleitungen, 436 m Hausanschlüsse und 7 Wärmeübergabestationen.

Insgesamt sind 3395 m Verteilleitungen und 546 m Hausanschlussleitungen erstellt.

Nach Genehmigung eines weiteren Projektes für eine Fernwärmeleitung Richtung Seebach–Affoltern durch den Gemeinderat sind auch für diese Etappe Detailprojektierung und Ausschreibung der Arbeiten und Lieferungen vorangetrieben worden.

Von den 3 transportablen Heizprovisorien waren Ende des Berichtsjahres eines bei der Schwimmanlage Aubrugg und eines neu beim Gewerbehause Oerlikon eingesetzt.

Zur besseren Ausnützung der in der Kehrlichtverbrennungsanlage I an der Josefstrasse anfallenden Wärme ist auch im Kreis 5 ein erstes Leitungsstück und eine Abnehmeranlage angeschlossen worden.

Die Wärmeabgabe an die Abonnenten erhöhte sich um 18% auf 8733 Gcal bei 30 Gcal/h abonniertes Leistung und einer Spitze von 12 Gcal/h.

Beteiligungen

Das EWZ ist an folgenden Partnergesellschaften beteiligt:

| | | |
|---------------------------------|------|-----------|
| AG Kraftwerk Wägital | AKW | mit 50 % |
| Kraftwerke Oberhasli AG | KWO | mit 16,3% |
| Maggia Kraftwerke AG | MKW | mit 10 % |
| Blenio Kraftwerke AG | | mit 17 % |
| Kraftwerke Hinterrhein AG | KHR | mit 19,5% |
| Suisatom AG | | mit 7,5% |
| AG für Kernenergiebeteiligungen | AKEB | mit 20,5% |
| Kernkraftwerk Gösgen-Däniken AG | KKG | mit 15 % |

Rechnung

Betriebsrechnung

Ertrag. Der Gesamtertrag ist trotz sehr mildem Winter und wirtschaftlicher Rezession von 201,6 Mio Franken um 3,4% auf 208,5 Mio Franken angestiegen. Beim Erlös aus Energieabgabe im eigenen Absatzgebiet (Pflichtabgabe) in der Höhe von 175,2 Mio Franken resultierte gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme von 1,7%. Im Vorjahr betrug die Zunahme noch 6%. Dem geringen Mehrertrag bei der Pflichtabgabe kann dank guter Wasserführung ein nochmaliger Anstieg beim Verkauf an andere Werke gegenübergestellt werden, wo ein Erlös von 12,6 Mio Franken verzeichnet werden darf. Das sind 2,8 Mio Franken mehr als 1974. Der Vermögensertrag stieg um 8,1% auf 4,4 Mio Franken und die übrigen Erträge erhöhten sich um 5,2% auf 16,3 Mio Franken.

Aufwand. Auf der Aufwandseite ist eine stärkere Zunahme zu verzeichnen als beim Ertrag, stiegen die Kosten doch von 184,7 Mio Franken um 9,4% auf 202,1 Mio Franken an.

Der Zinsaufwand stieg von 25,6 Mio auf 29,4 Mio Franken, was auf die höhere Schuld und auf die Erhöhung des Zinssatzes zurückzuführen ist.

Die Zunahme beim Personalaufwand von 5,9 Mio Franken bzw. 17% ist zur Hauptsache teuerungsbedingt. Die Sozialleistungen allein haben um mehr als einen Drittel zugenommen.

Der Aufwand für Energiebezug bei Partnerwerken beträgt 37,9 Mio Franken. Das sind 8% mehr als im Vorjahr.

Der Hauptgrund für den Anstieg beim Fremdenergiebezug um 2,6 Mio auf 9,5 Mio Franken liegt in den Ölpreiserhöhungen.

Die Betriebs- und Unterhaltskosten stiegen um 2,5 Mio auf 28,1 Mio Franken. Darin sind die Kosten für die Stollenreparatur Albigna im Betrag von 1,9 Mio Franken inbegriffen.

Für Anschaffung von Fahrnis mussten 1,8 Mio Franken aufgewendet werden, gegenüber 2,4 Mio Franken im Vorjahr. Infolge Beschaffung von Bildschirmgeräten waren die Ausgaben pro 1974 ausserordentlich hoch.

Reingewinn. Der Reingewinn ist um 10,7 Mio Franken von 17,0 auf 6,3 Mio Franken gesunken.

Bilanz

Aktiven. Für den Bau eigener Anlagen mussten 59,8 Mio Franken aufgewendet werden, gegenüber 53,4 Mio Franken im Vorjahr. Davon entfallen auf den Kraftwerkneubau Rothenbrunnen 24,3 Mio Franken. Die bis Ende September 1975 auf diesem Baukonto aufgelaufenen Kosten belaufen sich auf 71,8 Mio Franken.

Die Beteiligungen erhöhten sich um 11,7 Mio Franken durch Kapitaleinzahlungen an die Kraftwerke Oberhasli AG von 2 Mio Franken, an die AG für Kernenergiebeteiligungen (AKEB) von 3,7 Mio Franken und an die Kernkraftwerk Gösgen-Däniken AG von 6 Mio Franken.

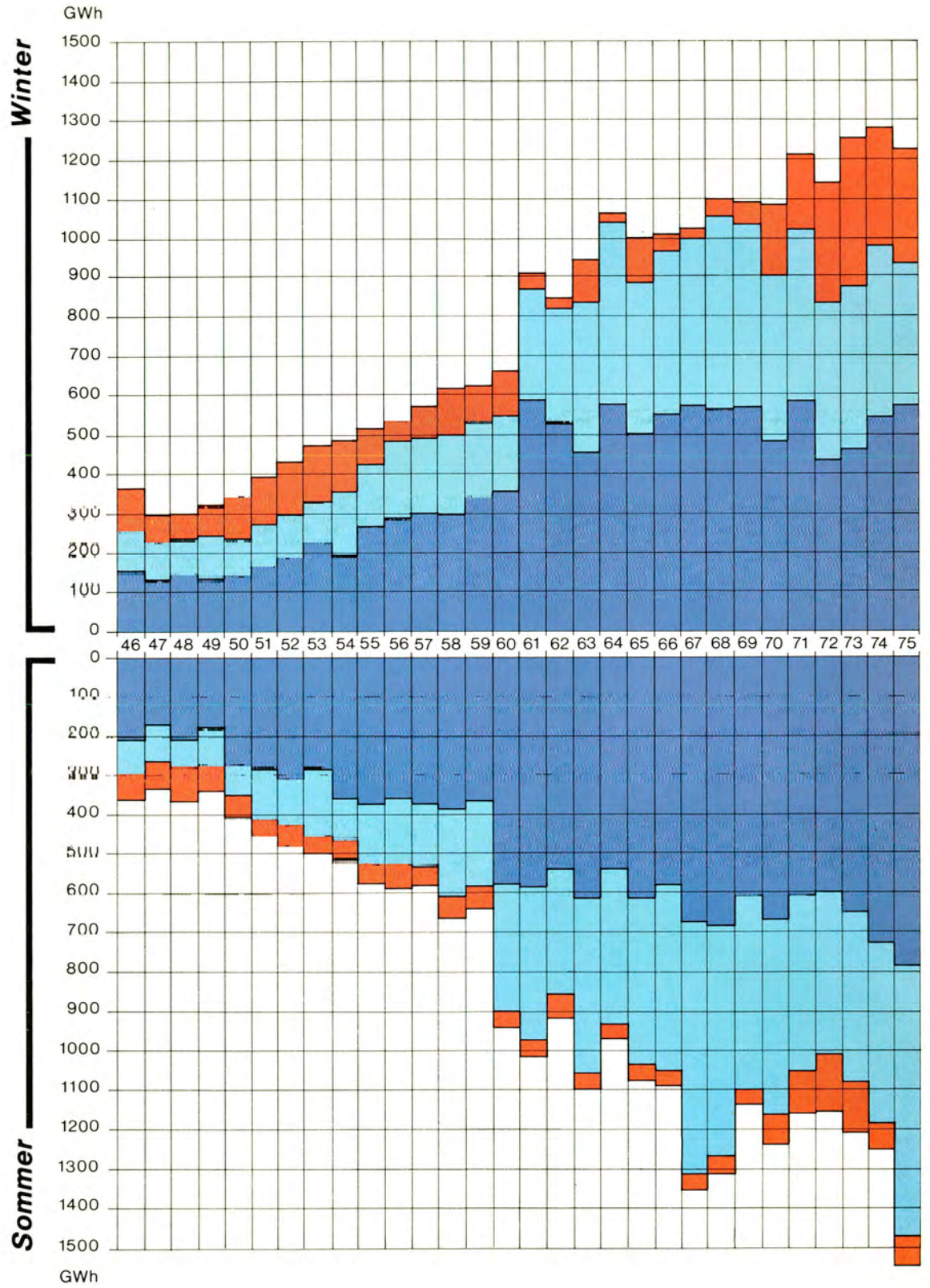
Die total aufgelaufenen Kosten für eigene Anlagen betragen 963 Mio Franken, wovon 505 Mio Franken bzw. 52% abgeschrieben sind.

Passiven. Die Schuld gegenüber dem Finanzamt ist um 10,9 Mio Franken auf 542,9 Mio Franken angestiegen, und die Kreditoren und Transitorischen Passiven erhöhten sich zusammen von 19,5 Mio auf 23,3 Mio Franken.

Der relativ grosse Betrag bei den Anzahlungen von Kunden und Abgrenzungsposten Energieertrag hängt mit der Einführung der Jahresablesung zusammen.

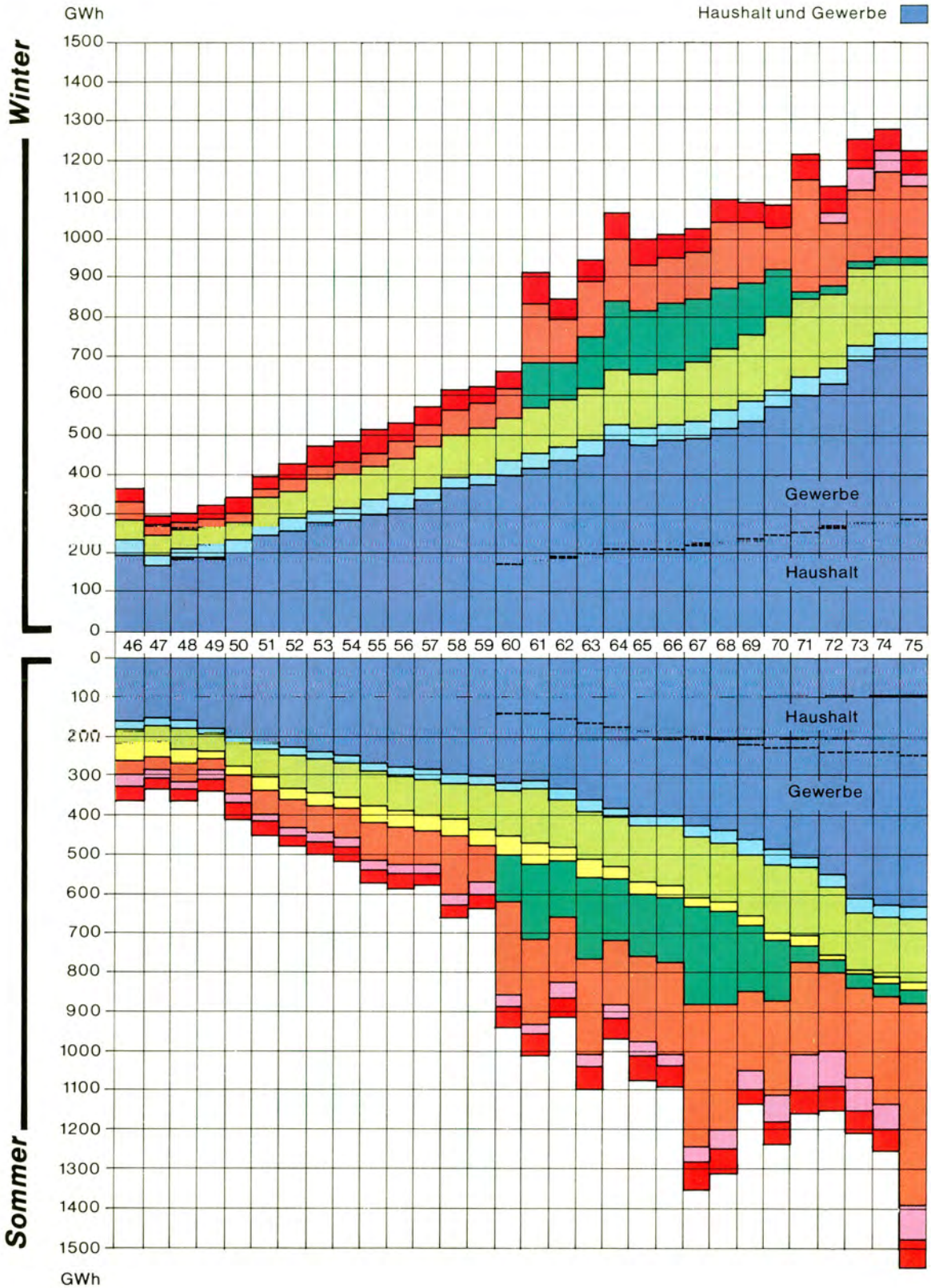
Energiebeschaffung

- Fremdenergie ■
- Partnerwerke ■
- Eigene Werke ■



Energieverwendung

- Verluste ■
- Pumpen ■
- Übrige Lieferungen an Dritte ■
- Vertragliche Lieferungen an Dritte ■
- Elektrokessel ■
- Industrie ■
- Bahnen ■
- Haushalt und Gewerbe ■



Verkehrsbetriebe

Verkehrsplanung

Das *Ziel des öffentlichen Verkehrskonzeptes*, das die Verkehrsbetriebe anstreben, besteht in der Erhaltung sowie im sinnvollen Ausbau des bestehenden Tram-, Trolley- und Autobusnetzes. Die Erweiterung und Verdichtung des Verkehrsnetzes bezweckt die Gewinnung zusätzlicher Fahrgäste, doch sind den Bestrebungen nach Erhöhung des Fahrangebotes durch die gekoppelte Forderung nach bestmöglicher Wirtschaftlichkeit Grenzen gesetzt. Die Bemühungen der Verkehrsplaner konzentrieren sich in erster Linie auf den Abbau von Störquellen und sind damit identisch mit den Anliegen der Fahrgäste. Ein attraktives Leistungsangebot kann durch weitgehende Trennung des privaten und des öffentlichen Verkehrs erreicht werden. Als wirkungsvolle Mittel haben sich – vor allem für das Stadtnetz – hiezu vor allem Busspuren und Eigentrassees (für den Trambetrieb) erwiesen. Nicht weniger Bedeutung kommt der bevorzugten Behandlung der Fahrzeuge des öffentlichen Verkehrs durch die Verkehrsregelungsanlagen zu.

Insbesondere hat sich gezeigt, dass die Probleme des öffentlichen Verkehrs an den städtischen Grenzen nicht halt machen. Die siedlungspolitische Entwicklung in der gesamten Agglomeration verlangt eine zunehmende *Verbesserung des regionalen Verkehrsangebotes*. Die Fahrleistungen der VBZ in der Region sind in den letzten Jahren denn auch stark angestiegen. Die damit verbundene gegenseitige Abhängigkeit von Stadt- und Vorortnetz wird immer deutlicher. So wurden Massnahmen ergriffen, um den Weg zur Neugestaltung und Verbesserung des öffentlichen Verkehrs in der Region zu öffnen. Die bestehenden Verträge mit den Vorortsgemeinden über den Betrieb von Buslinien wurden durch den Stadtrat von Zürich gekündigt, um die Schaffung regionaler Verkehrsunternehmungen auf der Grundlage des «Gesetzes über den regionalen öffentlichen Verkehr» vom 4. Juni 1972 zu ermöglichen. Damit besteht Aussicht, das Verkehrsangebot in der Region Zürich im Interesse der Fahrgäste, der Gemeinden und des Kantons entscheidend zu verbessern, indem gleichzeitig die finanziellen Lasten auf der Basis regionaler Verkehrsbetriebe gerechter verteilt werden können. Auf den Kanton entfällt im Rahmen dieser Bestrebungen eine ausserordentlich wichtige Rolle. In den Verhandlungen mit den Gemeinden konnten teilweise bereits erfreuliche Fortschritte verzeichnet werden.

Im Jahre 1975 konnten verschiedene, seit langem geplante Einzelprojekte, die vorab die Verkehrsbetriebe betreffen, entscheidend vorangetrieben werden: So die durch Volksabstimmung genehmigte Neugestaltung des Paradeplatzes und die durch den Gemeinderat genehmigten Vorhaben Schaffhauserstrasse – Tramverlegung in Seitenlage und Einbahnsystem – sowie Usteribücke/Gessnerallee – Brückenkonstruktion und Gleiserneuerung.

Im übrigen konzentrierte sich die Tätigkeit auf die Probleme Agglomerationsverkehr, Tramverlängerung Schwamendingen und Förderung der öffentlichen Verkehrsmittel. Die *Arbeitsgruppe Agglomerationsverkehr* hat die ihr von der Behördendelegation übertragenen Aufgaben neu formuliert. Ihr Ziel besteht darin, ausgehend vom bestehenden S-Bahn-Projekt, für den Zeitraum bis zur Realisierung der S-Bahn eine Zwischenlösung zu suchen. Die Arbeiten sind gut vorangeschritten, so dass das Konzept Mitte 1976 vorgelegt werden dürfte. Die *Arbeitsgruppe Tramverlängerung Schwamendingen* ist mit der Projektierung so weit fortgeschritten, dass das Vorhaben im Jahre 1976 dem Stadtrat unterbreitet werden kann. Die *Arbeitsgruppe Förderung der öffentlichen Verkehrsmittel* hat verschiedene grössere und kleinere Massnahmen zugunsten des öffentlichen Verkehrs behandelt und in Pressekonferenzen oder -mitteilungen jeweils darüber orientiert.

Marketing

Durch die auf Beginn des Berichtsjahres neu geschaffene Stabsstelle Marketing wurden die organisatorischen und personellen Voraussetzungen für die bessere Anpassung des Verkehrsangebotes an die Bedürfnisse des Marktes geschaffen. Im Jahre 1975 zeichneten sich im Rahmen ihrer Aktivitäten zwei Schwerpunkte ab:

- Einführung eines einheitlichen Vorortstarifes
- Eröffnung der ersten Park-and-Ride-Anlage in Altstetten.

Die Bemühungen für eine schrittweise *Vereinheitlichung des Tarifwesens in Stadt und Agglomeration* konnten auf den 1. Oktober 1975 abgeschlossen werden. Dies dürfte massgeblich zur Steigerung der Attraktivität des öffentlichen Verkehrs in Stadt und Agglomeration beitragen. Der erste Schritt zu einem regionalen Tarifverbund ist getan. Des weiteren sind die Bildung von Tarifgemeinschaften mit den Vorortsbahnen sowie tarifliche Vereinbarungen mit den SBB vorgesehen.

Die *Park-and-Ride-Anlage* auf dem Dach der neuen Zentralwerkstätte in Altstetten ist in ihrer Art in der Schweiz einmalig. Das kombinierte Angebot eines Parkplatzes mit der Benützung öffentlicher Verkehrsmittel unterstützt die Abschirmung der Innenstadt und der Wohngebiete gegenüber den negativen Auswirkungen des Privatverkehrs. Der Anfangserfolg darf als beachtlich gewertet werden und dürfte den in diese neue Dienstleistung gesetzten Erwartungen weiteren Auftrieb geben.

Personelles

Wesentlich schneller als erwartet konnten im Berichtsjahr alle offenen Arbeitsplätze besetzt werden. Der *Gesamtpersonalbestand* hat sich gegenüber dem Vorjahr um 59 Mitarbeiter oder 2,8% auf deren 2092 (Vorjahr 2033) erhöht. Der Bestand an Beamten und Angestellten nahm um 18 (19) auf 388 (370) zu, jener der Arbeiter stieg um 39 (59) auf 1686 (1647) an. Ausserdem wurden 9 (8) Elektromechaniker- und 9 (8) Automechaniker-Lehrlinge beschäftigt. Bei den ausländischen Arbeitnehmern ist ein Rückgang von 4% (½%) festzustellen. Die Austrittsquote sowohl bei den Beamten und Angestellten als auch bei den Arbeitern hat sich erneut zurückgebildet.

Mit dem Bezug der neuen Zentralwerkstätte wurde auf dem *Lehrlingssektor* die theoretische und praktische Ausbildung neu konzipiert. Die Lehrstellen werden ab 1976 beträchtlich erhöht. Das Angebot für Lehrlinge soll auf zusätzliche Berufe ausgedehnt werden. Die *Personalschulung* hat insgesamt 114 (158) Mitarbeiter für die Fahrdiensttätigkeit ausgebildet. Für die Handhabung von Flurförderzeugen (Hubstapler, Elektrowagen) wurden 155 Mitarbeiter geschult. An den Nothelferkursen nahmen 565 (358) Wagenführer und Buschauffeure teil. In Zusammenarbeit mit dem Institut für angewandte Psychologie wurden wiederum eintägige psychologische Schulungskurse durchgeführt. Insgesamt nahmen 421 (420) Wagenführer und Buschauffeure sowie 49 (65) Kontrolldienstangestellte teil. An einen Wagenführer-Lehrmeisterkurs konnten 44 (42) Wagenführer delegiert werden. Im weiteren nahmen 11 (12) Instrukturen an einem technischen Fortbildungs- und 60 (60) Kioskangestellte an einem psychologischen Schulungskurs teil. Durch Besuche von Seminarien, Tagungen und Kursen wurde 101 (130) Mitarbeitern die Gelegenheit gegeben, sich weiterzubilden. Die Aus- und Weiterbildung des gesamten Personals soll wie bis anhin den Bedürfnissen entsprechend gefördert werden.

Interne *Einführungsveranstaltungen* für Neueintretende wurden 5 (3) durchgeführt. Es haben 177 (100) Mitarbeiter teilgenommen.

Betrieb

Die für je eine Tram- und Trolleybuslinie (13 bzw. 32) im Jahre 1974 eingeführte automatische Standortermittlung hat sich gut bewährt. Die Vorteile der Buserkennung an Verkehrsregelungsanlagen mittels «SESAM-Geräten» (siehe «Planung und Projektierung») sind im täglichen Betriebsgeschehen offensichtlich und anerkannt. Die Markierung von sechs weiteren Busspuren unterstützt massgeblich die Bestrebungen nach Massnahmen zur Verkürzung der Fahr- und Reisezeiten; vor allem die Regelmässigkeit des Betriebes wird durch Separattrassees entscheidend verbessert.

Besonders die neue Verkehrsführung am General Guisan-Quai brachte dem öffentlichen Verkehr viele Erleichterungen. Das *Mehrangebot an Leistungen* im Berichtsjahr in der Form von Fahrplanverdichtungen, Zusatzkursen, Spät- und Sonntagsdienst, Platzangebot, Direkt- und Eilkursen sowie zusätzlichen Haltestellen war vielfältig. Darüber hinaus wurden folgende *neue Linien* eingeführt:

– *Linie 84 (Wollishofen–Spital Sanitas) ab 20.1.75:*

Die Eröffnung dieser Linie ist durch den Neubau des Spitals Sanitas ermöglicht worden. Neben dem Spital Sanitas werden dadurch ausserhalb des Einzugsbereiches der SZU in Adliswil liegende Wohnzonen mit dem Stadtgebiet (Wollishofen) verbunden.

– *Linie 94 (Sternen Oerlikon–Zentrum Glatt) ab 13.2.75:*

Mit dieser Linie wird erstmals das Gebiet an der Überlandstrasse zwischen Aubrugg und der Neuen Winterthurerstrasse einschliesslich des Altersheims mit einem Bus erschlossen.

– *Linie 95 (Park-and-Ride-Anlage Altstetten–Hauptbahnhof) ab 1.9.75:*

Diese Linie gewährleistet die direkte Verbindung für P+R-Benutzer in den Raum Hauptbahnhof. Die Kosten werden aus den Einnahmen des Parkuhrenfonds bestritten.

Auf nachfolgenden Buslinien traten *wesentliche Neuerungen* ein:

– *Linien 33 und 73 (Morgental–Toblerplatz):*

Mit Beginn des Ganzjahresfahrplanes am 1. Juni 1975 wurden die beiden Linien 33 und 73 in eine neue Linie 33 zusammengelegt und gleichzeitig auf Trolleybusbetrieb umgestellt.

– *Linie 74 (Bucheggplatz–Furttal):*

Am 2. April 1975 erfolgte die Umstellung dieser Linie auf Trolleybusbetrieb.

– *Linien 64 und 79 (Schwamendingen–Hauptbahnhof) – Eilbusse:*

Auf diesen Linien wurden während der Spitzenzeiten morgens und abends direkte Verbindungen (Eilbusse) zwischen Schwamendingen und dem Stadtzentrum mit einem Fahrplanintervall von 12 Minuten eingeführt.

– *Linien 47, 53, 86 (Witikon–Maur, Witikon–Schwerzenbach, Witikon–Benglen):*

Die Betriebszeit auf diesen Linien wurde bis 24.00 Uhr ausgedehnt. Durch Zusammenfassung der drei Linien ab 20.00 Uhr zu einer neuen Linienführung mit gleichzeitigem Einsatz eines Grosstaxifahrzeuges konnten Kosten eingespart werden. Zuzugestarker Zunahme der Fahrgastfrequenzen mußte jedoch später ein Standardbus eingesetzt werden.

– *Linien 43 und 87 (Schwamendingen–Wallisellen–Dietlikon–Brüttisellen–Wangen–Dübendorf sowie Dübendorf–Fällanden):*

Diese Buslinien wurden seit längerer Zeit als Versuch betrieben. Mangelnde Frequenzen und zu hohe Betriebskosten führten schliesslich im Jahre 1975 zur Einstellung des Betriebes. Der Streckenabschnitt Brüttisellen–Dübendorf wurde mit dem Linienabschnitt Dübendorf–Fällanden zu einer neuen Linie 87 zusammengelegt. Die restlichen Strecken werden nicht mehr bedient.

Ab August 1975 sind Versuche mit *Doppeldecker-Bussen* durchgeführt worden. Die doppelstöckigen Autobusse wurden auf verschiedenen Strecken im Stadt- und im Vorortnetz eingesetzt. Gegenüber den herkömmlichen Fahrzeugen zeichnen sich die Doppeldecker vor allem durch ein höheres Sitzplatzangebot aus. Die Testreihe wird erst Anfang 1976 abgeschlossen. Detaillierte Auswertungen liegen noch nicht vor. Erste Resultate zeigen, dass derartige Autobusse sich eher eignen für Langstrecken (Vorort, offene Strecken, Direkt- und Eilverbindungen).

Auf den 1. Juni 1975 wurde mit gutem Erfolg erstmals ein *Ganzjahres-Fahrplan* in Kraft gesetzt.

Erfreuliche Resultate zeigten die besonderen Anstrengungen zur *Erhöhung der Verkehrssicherheit*. Im Jahre 1975 waren insgesamt 3129 Rapporte über Unfälle, Schäden und Gefährdungen eingegangen, was gegenüber dem Vorjahr einer Abnahme von 206 Rapporten oder 6,2% entspricht. Die Unfälle mit Körperverletzungen sanken um 7,3%, die Kollisionen reduzierten sich um 222 Fälle oder 15%. Die Zahl der sonstigen Schadenfälle stieg um 136 oder 23%; diese Zunahme ist hauptsächlich auf Entgleisungen von Stromabnehmern im Trolleybusbetrieb zurückzuführen. Dabei muss berücksichtigt werden, dass parallel zu den vermehrten Umstellungen von Autobus- auf Trolleybusbetrieb auch die Schadenquote steigt. Andererseits verursachten verschiedene Baustellen im Jahre 1975 die Entgleisungen von Stromabnehmern als Folge von Ausweichmanövern.

Planung und Projektierung/Bahndienst

Auf dem Gebiet der *Lärmbekämpfung* wurden – besonders für den Trambetrieb – im Jahre 1975 umfangreiche Messungen durchgeführt. Auf dem Probegleis auf dem Areal der neuen Zentralwerkstätte wurden verschiedene Oberbauformen getestet. Weiter wurden konkrete Werte über die Lärmimmission entlang von Strecken mit humusierten Gleistrassen ermittelt. Die Erfahrungen werden auf der zu verlängernden Linie 4 bereits praktisch verwendet.

Die betrieblichen Ergebnisse der im Vorjahr eingeführten *automatischen Standortermittlung* für den Tram- und Trolleybusbetrieb veranlassten die Verkehrsbetriebe zu einer umfassenden Auswertung der gewonnenen Daten. Ziel der Untersuchung ist die Verbesserung der Regelmässigkeit der einzelnen Tram- und Trolleybuskurse.

Im Rahmen der Tätigkeit der *Arbeitsgruppe Schwamendingen* wurden verschiedene Varianten untersucht. Umfangreiches Zahlenmaterial ist für eine Kosten-/Nutzenanalyse bereitgestellt worden.

Zur Erneuerung der *Seilbahn Rigiviertel* ist ein Vorprojekt ausgearbeitet worden. Des weiteren wurden – in enger Zusammenarbeit mit dem Bahndienst der VBZ – verschiedene neue *Gleisbauvorhaben* projektiert und teilweise bereits ausgeführt. Das Projekt «Umbau Paradeplatz» umfasst die umfangreichsten und schwierigsten Gleisbauten der Verkehrsbetriebe der letzten Jahre. Die Gleiserneuerungsprojekte Forchstrasse, die Umbauten Gessner-/Usteribücke, Fries-/Schaffhauserstrasse sowie Bellevue–Stadelhofen–Kreuzplatz konnten noch nicht abgeschlossen werden.

Am 7. Juli 1975 erfolgte im Rahmen einer Pressekonferenz der erste Spatenstich zur *Verlängerung der Tramlinie 4* ab Hardturm ins Bändliquartier. Es handelt sich um den ersten Ausbau des Tramnetzes der Verkehrsbetriebe seit 20 Jahren. Auf den 1. Juni 1975 konnte der *Busstützpunkt in Dübendorf* seiner Bestimmung übergeben werden; er ermöglicht die Einsparung von Leerkilometerleistungen, so dass sich die allgemeinen Betriebskosten reduzieren lassen. Unter der Federführung der Stadtpolizei wurde das *Bus-Identi-*

fikationssystem «SESAM» der Firma ASEGA eingeführt. Auch die Pneufahrzeuge des öffentlichen Verkehrs können damit die Signalanlagen beeinflussen und erhalten bevorzugte Fahrt. Bis Ende 1975 sind ungefähr zwei Drittel aller Auto- und Trolleybusse mit diesen Geräten ausgerüstet worden.

Die Neubeschaffung von *Doppeltraktionen «Tram 2000»* verlangte enge Kontakte mit den beteiligten Industriegesellschaften. Verschiedene technische Detailprobleme konnten erfolgreich gelöst werden. Lieferungsverzögerungen sind nicht zu erwarten. Der erste Tramzug wird im Frühjahr 1976 abgeliefert.

Durch die Abteilung «Elektrische Anlagen» des Bahndienstes ist auf der gesamten Strecke der Linie 33 – bedingt durch die Wiedereinführung des Trolleybusbetriebes – der Fahrdraht erneuert worden.

Insgesamt wurden rund 57 km Kerbdraht sowie ca. 7 km Speise- und Rückleitungskabel verlegt. 147 Masten mussten durch stärkere ersetzt werden.

Werkstätte-, Depot- und Garagedienst

Strassenbahn: Im Berichtsjahr wurden total 40 Revisionen (Vorjahr 60) vorgenommen (4 Motorwagen mit Normalrevision, 14 Motor- und 22 Anhängewagen mit Einfachrevision). Es fielen insgesamt 911 Kollisions- und Brandschäden an; 61 davon waren Grossschäden. An 258 Wagen wurden Reparaturen ausgeführt. In den Depots und in der Zentralwerkstätte konnten 3483 Störungen behoben werden. Der Einsatz der Unterflurradsatzdrehbank ab Mitte 1975 ermöglichte die Überdrehung der Bandagen von 128 (36) Wagen; diese Leistung konnte in 452 Standtagen erbracht werden. Zum Ausgleich der Spurkranzabnutzung mussten an 94 Wagen die Drehgestelle um 180 Grad gewendet werden. Für die *Forchbahn* wurden gegen Verrechnung in 240 Standtagen verschiedene Anpassungs-, Reparatur- und Umbauarbeiten ausgeführt. Bedingt durch den Umzug von der alten Strassenbahnwerkstatt in die neue Zentralwerkstätte wurden im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahr weniger Revisionen durchgeführt. Die freie Arbeitskapazität während der Umzugsperiode konnte jedoch voll ausgenützt werden, da sich die Dislokation durch VBZ-Personal mit eigenen Transportmitteln vollzog. Gleichzeitig konnten alte Maschinen überholt und verschiedene Werkstatteinrichtungen selbst hergestellt werden. Die Fabrikation der Apparatekasten für die Tramwagen der Serie 2000 ist im Berichtsjahr aufgenommen worden.

Auto- und Trolleybus: Bei allen Gelenkautobussen, den Hochlenk-, Büssing-, FBW- und Trolleybussen wurden die SESAM-Sender für die Beeinflussung der Verkehrsregelungsanlagen eingebaut. Beim Autobusbetrieb fielen 751 grössere und kleinere Reparaturen sowie 796 Unfallschäden an. Für den Trolleybusbetrieb mussten 397 Reparaturen ausgeführt und 245 Unfallschäden behoben werden. Bei den Gelenkautobussen sind 2, bei den Gelenktrolleybussen 5 grosse Chassis- und Karosserierevisionen durchgeführt worden. Der Wartungs- und Reparaturservice der SWISSAIR-Autobusse wurde gegen Verrechnung weitergeführt.

Neue Zentralwerkstätte und Depots: Der Umzug der alten Werkstätten hatte in den Depots eine allgemeine zusätzliche Arbeitsbelastung zur Folge. Der ganze Zentralwerkstättebau sowie die Parkgeschosse konnten – einschliesslich der Umgebungsarbeiten – fertiggestellt werden. Der Transport und die neue Einlagerung der Ersatzteile erstreckte sich über das ganze Jahr. In der Zeit vom April bis Juli wurden die einzelnen Abteilungen der beiden alten Werkstätten in die Zentralwerkstätte verlegt.

Viele Maschinen und Einrichtungen wurden von der alten Werkstätte überführt, überholt und in Betrieb genommen. Mehrere Abteilungen wurden zusammengelegt und in die neue Organisation eingefügt. Die offizielle Einweihung der Zentralwerkstätte in Altstetten fand am 29. August 1975 statt.

Zentrale Einkaufs- und Beratungsstelle: Für die 53 mit Motorfahrzeugen ausgerüsteten Abteilungen der Stadtverwaltung wurden im Jahre 1975 total 126 neue Wagen (+ 52 gegenüber Vorjahr) beschafft, wovon 8 Auto- und Trolleybusse. In vielen Fällen war für Fahrzeuge mit besonderen Einrichtungen die Erstellung von Pflichtenheften und Baubeschreibungen sowie die Überwachung der Herstellung erforderlich. Die alten Fahrzeuge wurden mehrheitlich an das Abbruchgewerbe verkauft. Der gesamte Bestand an Motorfahrzeugen der Stadtverwaltung belief sich 1975 auf 1526 Wagen (einschliesslich Auto- und Trolleybusse).

4004 Pneus, 3827 Tonnen Dieselöl und 139 Tonnen Schmierstoff wurden eingekauft.

Finanzielles

Während in anderen Städten bereits empfindliche Frequenzrückgänge hingenommen werden müssen, hat die Zahl der Fahrgäste bei den VBZ mit 209,32 Mio Fahrten die hohe Vorjahresleistung von 209,47 Mio nur wenig (153 000 Fahrten) unterschritten. Dabei muss allerdings berücksichtigt werden, dass im Stadtnetz ein Rückgang um rund 1 Mio Fahrten (0,5%) eingetreten ist, der durch entsprechende Mehrfrequenzen im Vorortnetz ausgeglichen worden ist.

Der Verkehrsertrag ist von 91,9 auf 92,7 Mio Franken gestiegen. Die Verbesserung um rund Fr. 750 000 ist zustande gekommen, weil die im März 1974 eingeführte Tarifierhöhung sich im Jahr 1975 erstmals für ein volles Jahr auswirkte.

Für fertiggestellte Bauten und Anschaffungen sind 86,4 Mio Franken der Anlagenrechnung belastet worden. Dieser hohe Zuwachs ist auf die Teilaktivierung der neuen Zentralwerkstätte (Schlussabrechnung ist noch nicht erstellt) und auf die Beschaffung von 31 neuen Gelenktrolleybussen zurückzuführen. Nach Abzug der Wertverminderungen aus Anlagen- und Fahrzeugabgängen im Betrage von 1,027 Mio Franken schliesst die Anlagenrechnung auf Jahresende mit einem Anschaffungswert von 421 Mio Franken ab. Die Abschreibungen auf Anlagen belaufen sich auf 14,5 Mio Franken. Auf Jahresende sind insgesamt 152,7 Mio Franken Abschreibungen aufgelaufen; das sind 36% der gesamten Anlagewerte. Der Nettobuchwert aller Anlagen und Fahrzeuge beträgt somit 268,7 Mio (197 Mio) Franken.

Der Betriebsaufwand ist um 12% auf 133,2 Mio Franken angestiegen. Der im Jahresmittel um 74 Personen (3,7%) auf insgesamt 2081 Mitarbeiter angestiegene Personalbestand und die allgemeine Personalkostenteuerung führten zu Personalaufwendungen von insgesamt 96,7 Mio Franken; das sind 12 Mio Franken oder 14,3% mehr als im Vorjahr. Die Sachaufwendungen sind im Vergleich zum Vorjahr um 2,1 Mio Franken (6,2%) auf insgesamt 36,5 Mio Franken gestiegen.

Die wachsenden Anlagewerte führen gezwungenermassen auch zu höheren Kapitalkosten. Während die Abschreibungen um 0,3 Mio Franken (2%) auf insgesamt 14,3 Mio Franken zunahmen, ist die Zinslast um rund 4 Mio Franken (31%) auf 16,7 Mio Franken angewachsen. Dabei ist eine Erhöhung des Zinssatzes von 5¼% auf 5½% zu berücksichtigen.

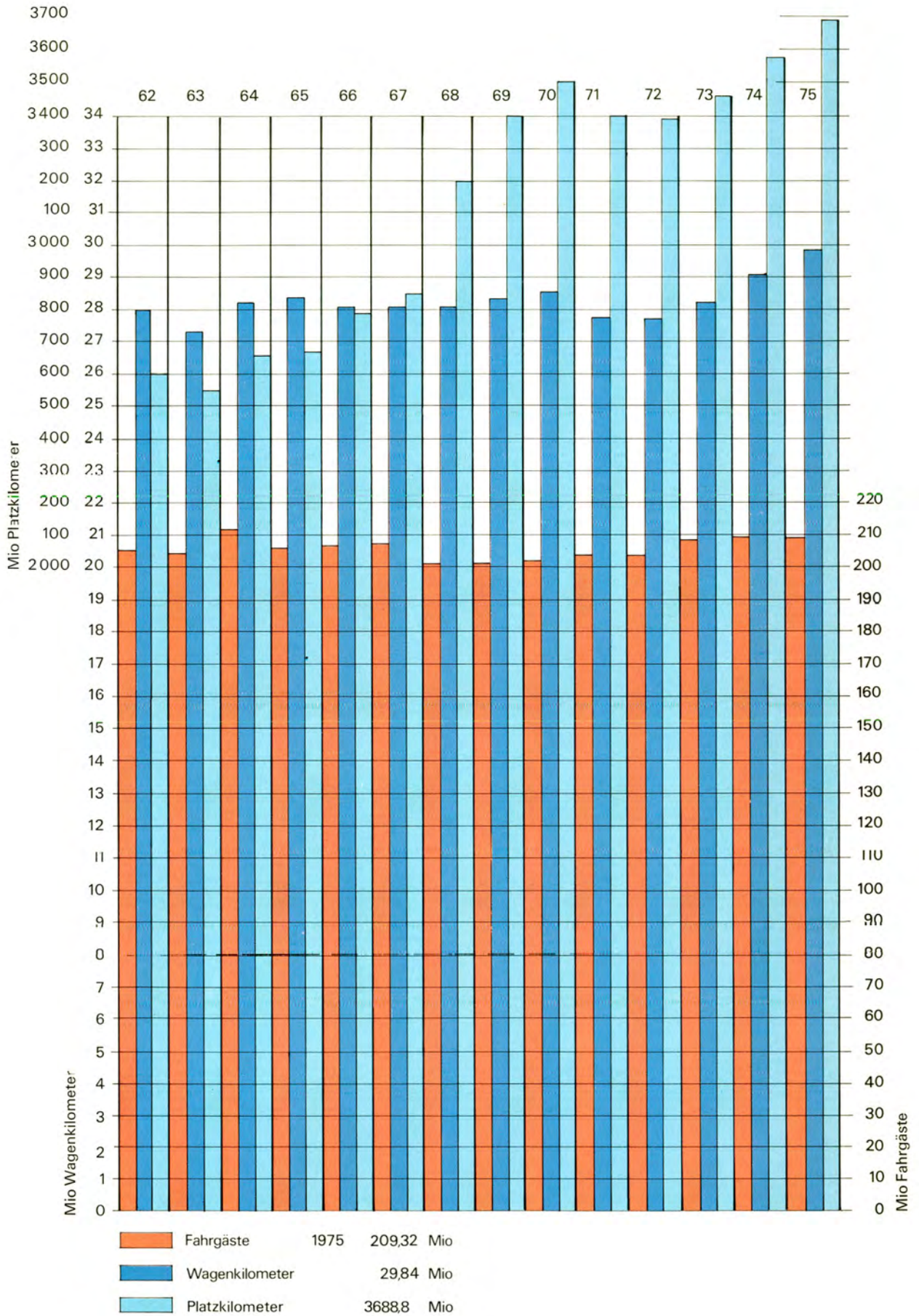
Der Nebenertrag ist um 4 Mio Franken (16,8%) besser ausgefallen und beläuft sich auf 28,2 Mio Franken. Darin sind 13,1 Mio Franken Abgeltungsleistungen der Stadt Zürich

und Fr. 35 585 des Bundes für Vorortsautobuslinien enthalten. Der Ertrag aus Reklamaushang konnte trotz Rezessionserscheinungen in dieser Sparte um Fr. 100 000 auf 2,335 Mio Franken gesteigert werden.

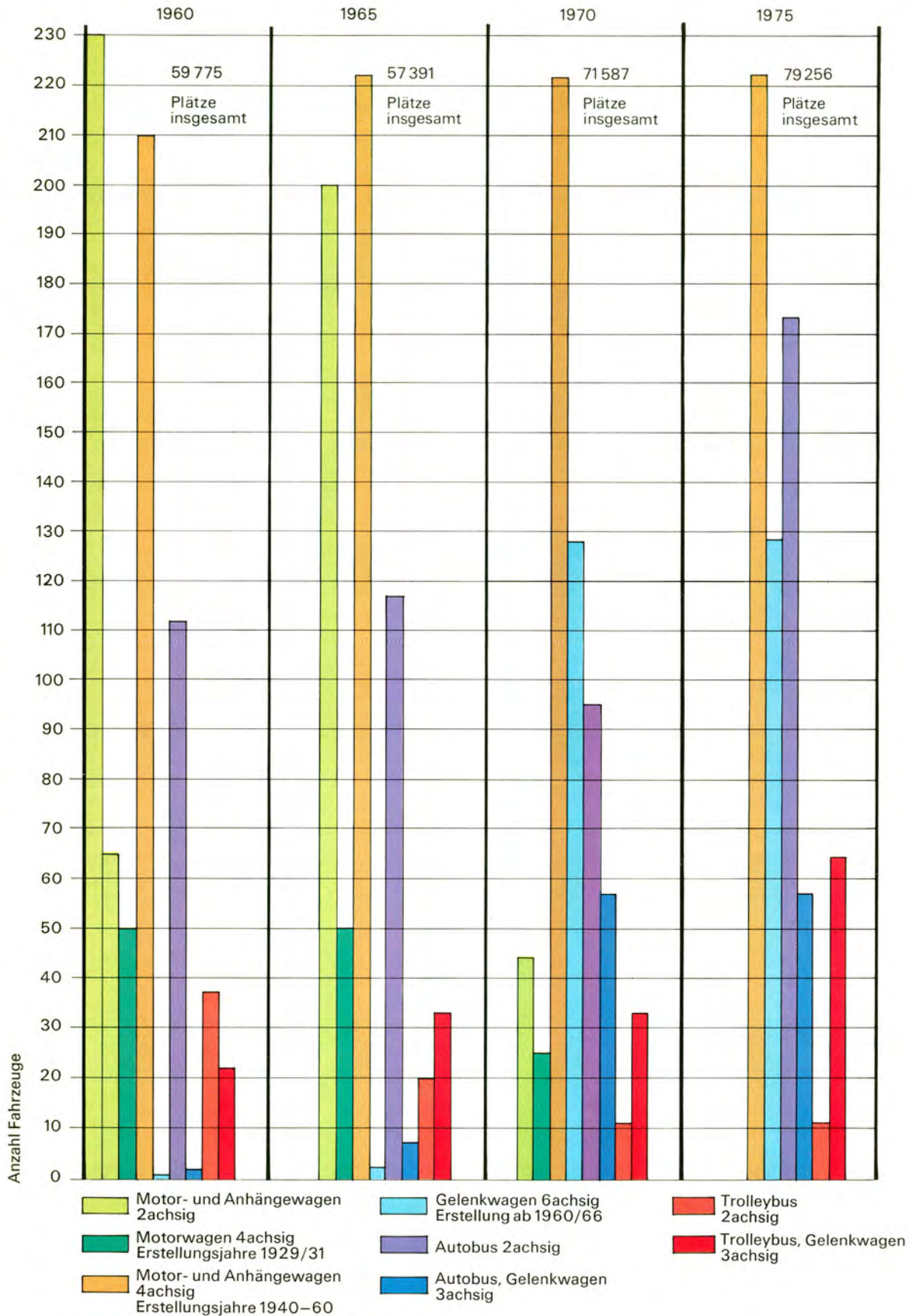
Zur Deckung des Fehlbetrages auf den Vorortsautobuslinien sind von Bund, Kanton und Vorortsgemeinden Fr. 2 985 249 (Vorjahr Fr. 2 083 822) beigesteuert worden. Die Jahresrechnung schliesst mit einem Fehlbetrag von 44,9 Mio Franken ab. Die Gesamtkosten sind als Folge von erbrachten Mehrleistungen und der Teuerung um nahezu 20 Mio Franken angestiegen; dank besserer Erträge konnte die Verschlechterung der Ertragslage gegenüber dem Voranschlag um 6,2 Mio Franken gemildert werden.

Im Dezember 1975 wurde dem Stadtrat eine Weisung für eine *Tarifrevision* unterbreitet. Aus der vorgeschlagenen Tarifierhöhung erwarten die Verkehrsbetriebe Mehreinnahmen von rund 30 Mio Franken.

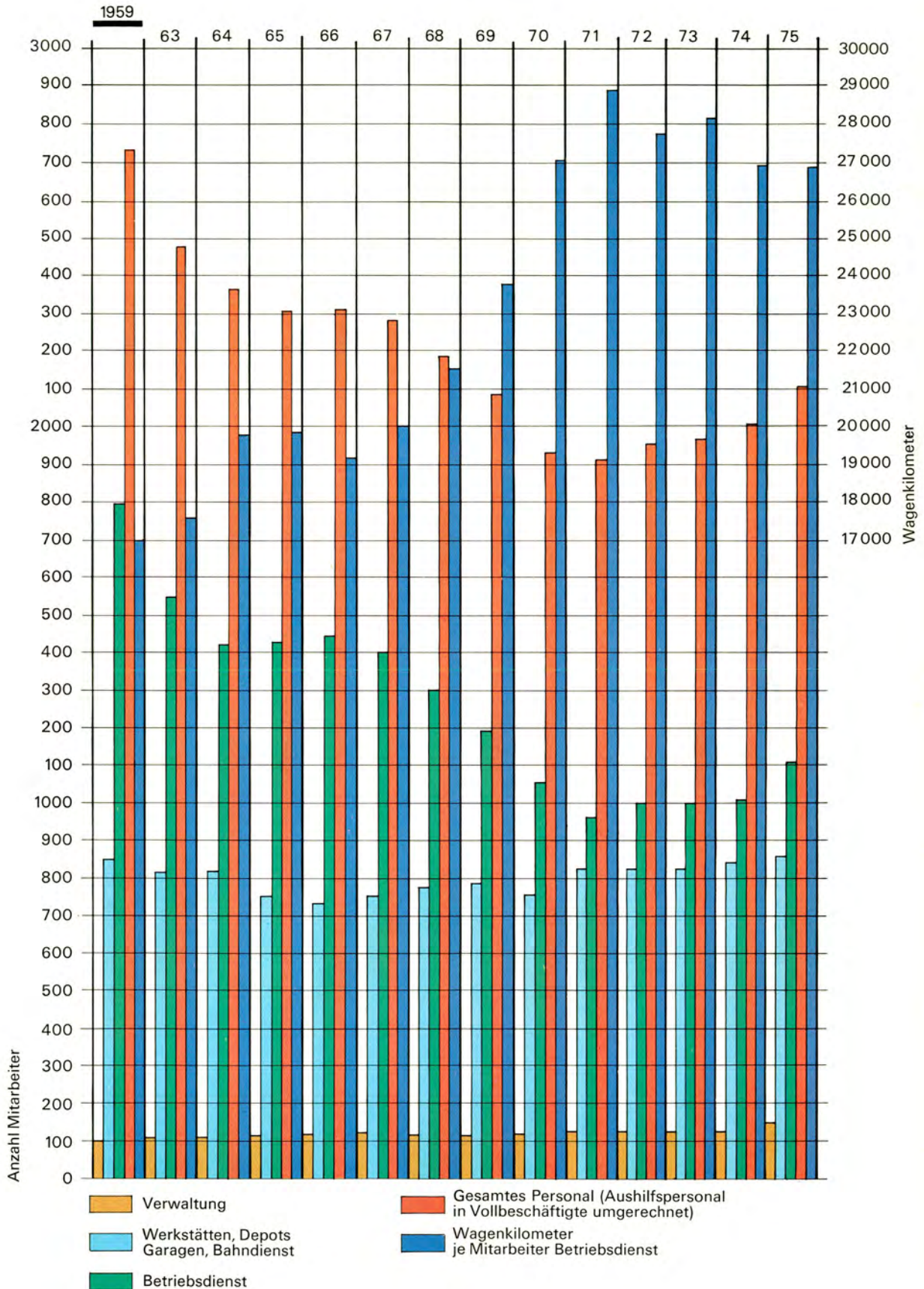
Betriebsleistungen



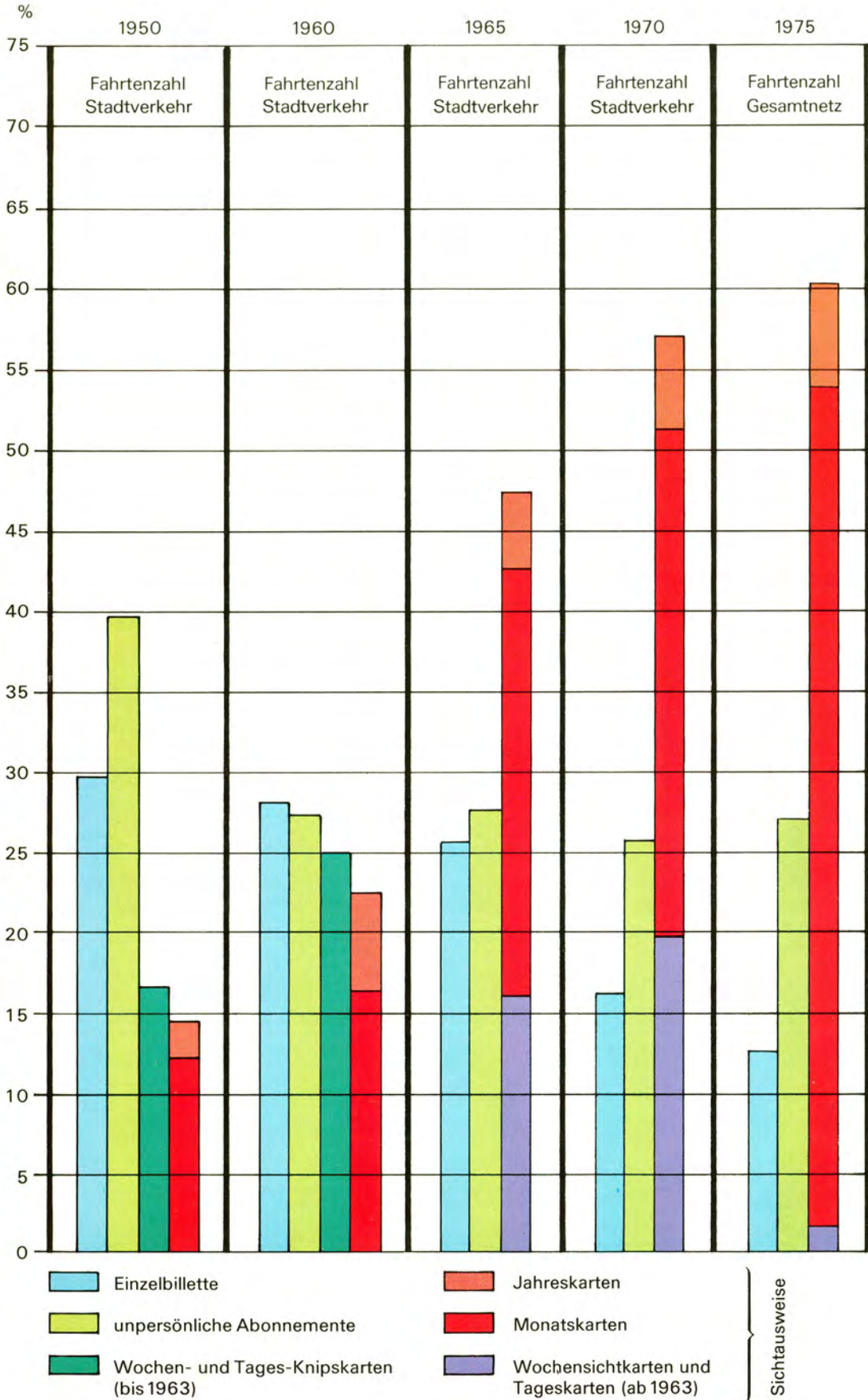
Entwicklung des Fahrzeugbestandes



Entwicklung des Personalbestandes



Entwicklung Fahrausweise



Zentrale Abteilung

Auswirkungen der Rezession

Die verschlechterte Lage auf dem Arbeitsmarkt und der damit verbundene wirtschaftliche Umstrukturierungsprozess wirkten sich insbesondere zum Nachteil ausländischer Arbeitskräfte, beruflich schlecht qualifizierter Arbeitnehmer, Behinderter, Frauen und Angehöriger übersättigter Berufsgruppen aus. In allen diesen Gruppen bildeten Jugendliche quantitativ einen wesentlichen Anteil.

Selbstverständlich zeigten sich die Folgen der veränderten wirtschaftlichen Situation auch auf dem Lehrstellenmarkt. Auf das Frühjahr 1975 gelang es allerdings noch, alle jugendlichen Schulabgänger in Lehr- und Ausbildungsstellen zu plazieren, wenn auch unter erheblich vergrösserten Anstrengungen. Dabei musste ein grösserer Teil von Jugendlichen als früher ihre Berufswünsche der veränderten Lehrstellensituation anpassen.

Bei der Beratung des neuen Jahrganges von Schulabgängern stellte die Berufsberatung aber bereits im Sommer fest, dass diesmal ein heftigeres Durchschlagen der Rezession auf den Ausbildungssektor zu erwarten sei. Die Lehrstellenvermittlungen verzeichneten nämlich einen massiven Einbruch in der Zahl der gemeldeten Lehrstellen. Dazu kam, dass der Bestand an Anlehr- und Arbeitsplätzen für Jugendliche, die nicht fähig sind, eine Lehre zu absolvieren, auf einen Bruchteil zusammenschrumpfte. Daraus war eindeutig der Schluss zu ziehen, dass ohne zusätzliche Massnahmen auf das nächste Frühjahr nicht mehr alle Schulabgänger plaziert werden können.

Da die Planung und Realisierung von entsprechenden Massnahmen durch das Sozialamt die Mitwirkung der zuständigen Dienststellen des Gesundheits- und Wirtschaftsamtes sowie des Schulamtes voraussetzt, wurde vorerst gewissermassen als Auftakt eine Konferenz aller beteiligten Instanzen einberufen. Ihr Ziel war die Beurteilung der Lage, die gegenseitige Information und die Festlegung des weitem Vorgehens. Gestützt auf die Konferenzergebnisse wurden die erforderlichen Sofortmassnahmen in die Wege geleitet: Periodische statistische Erhebungen in den Abschlussklassen hinsichtlich der Plazierungen, Planung und Vorbereitung von Zwischenlösungen sowie Schaffung zusätzlicher Ausbildungsstellen für Jugendliche in der Verwaltung. Im weitem wurde für den Fall, dass im Frühjahr 1976 eine grössere Anzahl Jugendlicher ohne Lehrstelle und ohne Arbeitsausichten sein sollte, die Schaffung eines Sondersekretariates beim Jugendamt III für die Aktivierung solcher Jugendlicher in Aussicht genommen. Entscheidend hiefür war vor allem die Feststellung, dass das Jugendamt III schon für das Lehrjahr 1975/1976 nicht alle labilen und erziehungsschwierigen Schulabgänger an Lehrorten plazieren konnte, sondern verschiedene Jugendliche, welche früher von einem Lehrlingsheim aus in der freien Wirtschaft ihre Ausbildung erhalten konnten, in Heimen mit Lehrwerkstätten unterbringen musste. Besondere Schwierigkeiten boten dabei im Sommer Lehrlinge, die ihre Probezeit nicht bestanden hatten. Dazu kam, dass die schwierigen Schüler, für welche auf das Frühjahr 1976 keine Lehrstelle gefunden werden konnte, von den Jugendfürsorgern einen besonders grossen Einsatz verlangten. Diese hatten denn auch Einsatzmöglichkeiten nicht nur in Zürich, sondern in der ganzen deutschen Schweiz zu suchen.

Weiter führte der Rückgang an Arbeitsplätzen in besonderem Masse zur Hilfsbedürftigkeit von sozial schwächeren oder benachteiligten Erwachsenen, die nicht mehr in der Lage waren, aus eigener Kraft ihre Existenz zu sichern. Nicht selten waren in solchen Fällen die Voraussetzungen zum Bezug von Arbeitslosenleistungen nicht erfüllt. Wohl konnte mit finanzieller Unterstützung und spezieller Sozialberatung durch das Fürsorgeamt eigentlicher wirtschaftlicher Not begegnet werden. Der Verlust der Arbeitsmöglichkeit und die

damit verbundene Abhängigkeit haben jedoch in solchen Fällen häufig schwerwiegende psychische Konsequenzen, die sich in Resignation, Depressionen, Aggressionen, Alkoholmissbrauch, Eheschwierigkeiten, unangepasstem Verhalten usw. äussern.

Stiftung Wohnungsfürsorge für betagte Einwohner

Die vor 25 Jahren errichtete öffentlich-rechtliche Stiftung Wohnungsfürsorge für betagte Einwohner der Stadt Zürich konnte im Herbst 1975 die 16. Alterssiedlung, nämlich die Alterssiedlung Grünau mit 75 Wohnungen, in Betrieb nehmen. Sie verfügte damit Ende des Jahres über 1455 Alterswohnungen.

Im Bau befinden sich vier Alterssiedlungen mit total 328 Wohnungen. Die Alterssiedlungen Hardau (115 Wohnungen) und Dorflinde (84 Wohnungen) stehen vor der Vollen- dung und können im Frühjahr 1976 bezogen werden.

In Projektierung bzw. Vorprojektierung stehen fünf Siedlungen mit etwa 225 Wohnungen, welche in Kombination mit Alterswohnheimen geplant werden.

Zur Wiedervermietung in den bestehenden Siedlungen wurden im Jahre 1975 insgesamt 141 Wohnungen frei, wovon 60 durch Todesfall und 62 durch Umlazierung in Alters- oder Pflegeheime.

Ärztlicher Dienst

Der Ärztliche Dienst hatte für die Altersbeihilfe, die Amtsvormundschaft, das Fürsorgeamt und die Vormundschaftsbehörde insgesamt 121 (136) Untersuchungen in der Praxis vorzunehmen und 6 (9) Hausbesuche durchzuführen.

Kinder- und Jugendpsychiatrischer Dienst

Der Kinder- und Jugendpsychiatrische Dienst hatte zusätzlich zur bisherigen psychologi- schen Betreuung des Mädchenheimes Riesbach, der Jugendstätte Gfellergut, des Ju- gendheimes Rötelstrasse, des Jugendheimes Flims und des Lehrlingsheimes Obstgarten die gleiche Aufgabe auch für das Kinderheim Hegi, die Wohngruppe für schulentlassene Töchter Inselhofstrasse und das Pestalozziheim Redlikon zu übernehmen.

Von den verschiedenen Dienstabteilungen des Sozialamtes wurden dem Kinder- und Jugendpsychiatrischen Dienst 31 Jugendliche zur Begutachtung zugewiesen. Davon benötigten über die Hälfte eine ambulante Therapie.

Ferner wurden Kurse für zwei Gruppen von Fürsorgerinnen und Fürsorgern des Sozialam- tes organisiert und durchgeführt.

Die Zunahme der Aufgaben erforderte die Erweiterung des Mitarbeiterstabes um einen Psychologen.

Fürsorgezentralregister und Erkundigungsdienst¹

Beim Fürsorgezentralregister gingen 6241 (6599) Anmeldungen ein; 3268 Registerkarten mussten neu angelegt werden, weil die betreffenden Personen noch keinerlei Einträge besaßen.

¹ Siehe Tabellen 1 und 2, S. 311

Den Ämtern und Fürsorgeinstitutionen, die das Register benutzen, wurden 10 944 schriftliche Anfragen beantwortet und 9565 mündliche Auskünfte erteilt. Der Erkundigungsdienst erhielt 8202 (8175) Informationsaufträge.

Stellenvermittlung

Die Stellenvermittlung wurde von den Behörden und Dienstabteilungen des Sozialamtes sowie von anderen Fürsorgestellen in 1258 Fällen mit der beruflichen Eingliederung körperlich oder geistig Gebrechlicher oder sonstwie schwervermittelbarer Schützlinge beauftragt.

An Arbeitsstellen in Zürich wurden 704 Männer und 196 Frauen vermittelt, ausserhalb der Stadt 122 Männer und 18 Frauen. Für 218 Personen erfolgte keine Platzierung wegen Krankheit, zu grosser Gebrechlichkeit oder nur einmaligem Vorsprechen. 342 Fälle müssen auf das Jahr 1976 übernommen werden, weil wegen der Rezession eine Vermittlung nicht möglich war.

Von der IV-Regionalstelle Zürich sind 26 Abklärungsaufträge bezüglich der Eingliederungsfähigkeit erteilt worden, wofür volle Kostenentschädigung geleistet wurde. Fünf dieser Aufträge sind noch nicht abgeschlossen.

Waisenhauspflege

Als Alternativkonzept zur Heimerziehung wurde eine in einer städtischen Wohnliegenschaft untergebrachte, von einem Ehepaar geleitete und vom Waisenhaus Entlisberg betreute Aussenwohngruppe eingerichtet. Sie hat vorerst experimentellen Charakter. Nach Ablauf einer auf ein bis zwei Jahre beschränkten Versuchsphase soll über die definitive Weiterführung und die allfällige Schaffung weiterer Aussenwohngruppen Beschluss gefasst werden.

Alters- und Invalidenbeihilfe

Am 28. Juni 1974 haben die eidgenössischen Räte die Gesetze über die zweite Stufe der achten AHV-Revision verabschiedet. Sie traten auf den 1. Januar 1975 in Kraft. Einerseits erfuhren die AHV- und IV-Renten gegenüber bisher eine Verbesserung von 25% und andererseits wurde der Rahmen der Einkommensgrenzen für die bundesrechtlichen Ergänzungsleistungen neu gefasst.

In der Volksabstimmung vom 22. September 1974 haben die Stimmbürger der Änderung des Gesetzes über die Zusatzleistungen zur eidgenössischen Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung vom 7. Februar 1971 zugestimmt. Diese ebenfalls am 1. Januar 1975 in Kraft getretene Änderung brachte zur Hauptsache die automatische Anpassung der vom Kanton für die Berechnung der Ergänzungsleistungen zu bestimmenden Werte (Einkommensgrenzen, Teilanrechnung bestimmter Einkommen und Mietzinsabzug) an die jeweiligen vom Bund zugelassenen Höchstbeträge und die Erhöhung der für die Einkommensgrenzen der Beihilfe massgebenden Differenzbeträge um 25% sowie die

Zuständigkeit des Regierungsrates, entsprechend dem geänderten oder zu ergänzenden Bundesrecht jeweils die erforderlichen Regelungen für die Ergänzungsleistungen und Beihilfen zu treffen.

Der Gemeinderat beschloss am 27. November 1974 die entsprechende Anpassung der Verordnung über den Vollzug des Gesetzes über die Zusatzleistungen und die Gewährung von Gemeindegzuschüssen zu den Zusatzleistungen. Damit wurden der Gemeindegzuschuss für Alleinstehende und Ehepaare um 12,5% erhöht und die Gemeindegmietzinszulagen verbessert.

Die für die Zusatzleistungen und die Gemeindegzuschüsse massgebenden Einkommensgrenzen haben durch diese Revisionen folgende Erhöhung erfahren:

| | Ergänzungs- leistungen Fr. | Kantonale Beihilfe Fr. | Gemeinde- zuschuss Fr. | zusammen Fr. |
|-----------------|----------------------------------|------------------------------|------------------------------|-----------------|
| Einzelpersonen: | | | | |
| bis 31.12.1974 | 6 600 | + 1 200 | + 1 600 | 9 400 |
| ab 1. 1.1975 | 7 800 | + 1 500 | + 1 800 | 11 100 |
| Verbesserung | 1 200 | + 300 | + 200 | 1 700 |
| in % | 18,2 | 25,0 | 12,5 | 18,1 |
| Ehepaare: | | | | |
| bis 31.12.1974 | 9 900 | + 1 800 | + 2 400 | 14 100 |
| ab 1. 1.1975 | 11 700 | + 2 250 | + 2 700 | 16 650 |
| Verbesserung | 1 800 | + 450 | + 300 | 2 550 |
| in % | 18,2 | 25,0 | 12,5 | 18,1 |

Die Gesamtaufwendungen an Ergänzungsleistungen und Gemeindegzuschüssen waren trotzdem nur etwa gleich hoch wie im Jahre 1973; die Änderung des Gesetzes über die Zusatzleistungen zur AHV und IV dagegen bewirkte Mehraufwendungen für kantonale Beihilfen von rund 1,1 Mio Franken.¹

Der zweite Teil der achten AHV-Revision verursachte nochmals einen leichten Rückgang an Zusatzleistungsberechtigten. Eine merkliche Entlastung bei den Aufwendungen trat aber nicht ein, da die gestiegenen Wohnungs- und Zimmermieten sowie die Kostgelder in Alters- und Pflegeheimen erhöhte Beiträge erforderten.²

Den Bezüglern von Zusatzleistungen zur AHV und IV konnte wie in den Vorjahren zur Erleichterung von Wintereinkäufen sowie als teilweiser Ausgleich der Teuerung eine Teuerungs- und Winterzulage ausgerichtet werden. Aufgrund des Gemeinderatsbeschlusses vom 10. Dezember 1975 wurden am 15. Dezember Zulagen von Fr. 400.— für Alleinstehende und Fr. 600.— für Ehepaare durch die Post ausbezahlt.

Für 378 geschiedene Frauen konnten aufgrund der Änderung der Berechnungsvorschriften höhere AHV-Renten erwirkt werden. Aus dem Nachlass von 544 bisherigen Bezüglern wurden Beihilfen und Gemeindegzuschüsse von rund Fr. 2 778 000.— zurückerstattet. Wegen Vermögensanfall oder unrechtmässiger Bezüge gingen Fr. 835 000.— ein.

¹ Siehe Tabelle 1, S. 312

² Siehe Tabellen 2–7, S. 312 ff.

Anmeldestelle für Altersunterkünfte

Bei der zentralen Informations-, Beratungs- und Anmeldestelle für Altersheime und Alterswohnungen sind insgesamt 1766 Anmeldungen eingegangen; nämlich 223 für Alterswohnungen der Stiftung Wohnungsfürsorge für betagte Einwohner, 194 für Alterswohnungen der Liegenschaftenverwaltung, 187 für einen temporären Aufenthalt im Altersheim «Klusplatz» und 1162 für die Aufnahme in ein Altersheim bzw. Alterswohnheim. Die bereinigte Gesamtzahl der Bewerbungen für einen Platz in einem Altersheim bzw. Alterswohnheim beträgt nunmehr 3412 (Vorjahr 3015). Die Gesamtzahl der Bewerbungen verteilt sich wie folgt auf die einzelnen Stadtkreise:

| | | | | | | | |
|---------|-----|---------|-----|---------|-----|----------|-----|
| Kreis 1 | 93 | Kreis 4 | 177 | Kreis 7 | 346 | Kreis 10 | 358 |
| Kreis 2 | 348 | Kreis 5 | 97 | Kreis 8 | 150 | Kreis 11 | 346 |
| Kreis 3 | 516 | Kreis 6 | 477 | Kreis 9 | 402 | Kreis 12 | 102 |

77% der auf der Warteliste stehenden Bewerber sind Frauen, 10% sind Männer und 13% Ehepaare. Das Durchschnittsalter beträgt 77½ Jahre.

In städtische Altersheime bzw. Alterswohnheime konnten 144 Betagte plaziert werden. 52 wurden in private Alters- und Pflegeheime vermittelt. Im Altersheim «Klusplatz» haben sich temporär 166 Pensionäre aufgehalten.

Härtekredit

In 181 Fällen wurden aus dem Härtekredit der Altersbeihilfe zusätzliche Beiträge gewährt. Mehrheitlich dienten sie der Finanzierung von Pensions- und Pflegekosten in privaten Heimen.

Aus dem Härtekredit der Invalidenbeihilfe wurden in 13 Fällen mit ausserordentlichen Beiträgen besondere Notlagen überbrückt.

30 Unterstützungsanträge wurden an das Fürsorgeamt gestellt, da die Einnahmen (AHV-Rente, Zusatzleistungen und Krankenkassenleistungen) zur Kostendeckung in privaten Heimen nicht ausreichten.

84 Betagten musste bei der Wohnungsräumung beigegeben werden. 87 Wohnungsliquidationen erfolgten in Todesfällen.

Stadtküche Zürich

In den 14 (15) Speiselokalen der Stadtküche wurden täglich rund 1300 Gäste verpflegt. Jeder Gast legte dabei für die Mittagsverpflegung einschliesslich Getränken im Durchschnitt Fr. 3.20 aus. Die Umsatzzahlen erfuhren gegenüber dem Vorjahr praktisch keine ins Gewicht fallende Veränderung.

An 65 (60) Tagesheime und 17 (14) Mittagshorte des Schulamtes wurden 256 762 Menus geliefert. Dies entspricht einem Rückgang von rund 5000 Mahlzeiten gegenüber dem Vorjahr.

Für den Mahlzeitendienst der Stiftung für das Alter wurden 92 619 Menus, also rund 6000 weniger als im Vorjahr, abgegeben. Dieser Rückgang scheint auf Preisaufschläge zurückzuführen zu sein, die sich nicht mehr vermeiden liessen. Demgegenüber stieg aber die Zahl der in den Verkaufsstellen umgesetzten Menus um rund 15 000 auf 85 326. Nach wie vor besteht die Hälfte der ausgelieferten Mahlzeiten für Betagte aus Diät- und Diabetiker-menus.

Die Ernährungsberaterin der Stadtküche, welche in erster Linie für die Zusammenstellung und die Kontrolle der Betagtenmenüs einerseits und die Beratung der Altersheime in Ernährungsfragen andererseits verantwortlich ist, hatte als neue Aufgabe die Ernährungsberatung weiterer Bevölkerungskreise zu übernehmen. Zu diesem Zwecke wurden regelmäßig jeden Montag Vorträge mit Gruppenberatung organisiert. Die ersten Erfahrungen zeigten, dass diese Vorträge vornehmlich von Betagten mit Übergewicht oder Diätverordnungen besucht wurden und dass insbesondere auch ein ausgesprochenes Bedürfnis nach Einzelberatung bestand. Infolgedessen wurde denn auch die entsprechende Möglichkeit geschaffen. Die Ernährungsberaterin kann dabei von Ratsuchenden sowohl im Rahmen von Sprechstunden als auch von telefonischen Anfragen in sämtlichen Ernährungsfragen in Anspruch genommen werden.

Weiter wurde der Betrieb der Kantine in der neuen Zentralwerkstätte der VBZ übernommen. Diese wurde gut besucht und vermochte den gestellten Anforderungen vollauf zu entsprechen.

Die Pasteurisierung der im Nacka-System hergestellten Mahlzeiten sowie die Einrichtung einer Kühlkette entsprechend den Anordnungen des Lebensmittelinspektorates konnten erst teilweise realisiert werden. Einerseits vermochten die mit einem Mikrowellengerät unternommenen ausgedehnten Versuche zur Pasteurisierung der Speisen nicht zu befriedigen, so dass nach andern Lösungen gesucht werden musste. So werden beispielsweise zurzeit Versuche mit einer Neukonstruktion durchgeführt. Andererseits steht erst ein einziger Kühlwagen im Betrieb, so dass beispielsweise für die Transporte in die Verkaufsstellen Kühlboxen eingesetzt werden müssen. Zwei zusätzlich noch benötigte Kühlwagen wurden bereits bestellt.

Die in Zusammenarbeit mit einem Betriebsingenieur durchgeführten Untersuchungen über die Möglichkeiten einer weiteren Rationalisierung der Betriebsabläufe konnten zum Abschluss gebracht werden. Das entsprechende Gutachten wurde ausgewertet.

Jugendamt I

Allgemeines

Die Gesamtbevölkerung der Stadt Zürich hat in den letzten zehn Jahren um rund 9%, die Zahl der Geburten jedoch um 44% abgenommen; ebenfalls um 44% zurückgegangen sind die Eheschliessungen. Diese Entwicklung wirkte sich denn auch in Kinder- und Jugendheimen in einer rückläufigen Platzbelegung aus. Wurde dieser Rückgang von den in früheren Jahren überbelegten Heimen vorerst als willkommene Entlastung empfunden, mit der Möglichkeit, die einzelnen Kinder besser zu betreuen, zwang doch die mehr oder weniger starke Unterbesetzung, vor allem bei privaten und öffentlichen Säuglingsheimen, da und dort zu Heimschliessungen oder Strukturänderungen. Die Praxis zeigt nun aber, dass trotz dieser Erscheinungen die Weiterführung von Heimen nicht generell in Frage gestellt werden darf. Schwierige soziale Situationen mancher Eltern und Mütter und damit die Dringlichkeit gezielter therapeutischer und erzieherischer Vorkehren machen Heime nach wie vor unentbehrlich. Indessen müssen in diesen immer wieder Anstrengungen gemacht und an die Betreuer noch höhere Anforderungen gestellt werden, damit in allen Altersstufen auf die Bedürfnisse der anvertrauten Kinder besser eingegangen werden kann.

Heime

In den 2 Säuglings- und Kleinkinderheimen, in den 8 Jugendheimen sowie in den 3 Kindererholungs- und 2 Spezialheimen waren 792 (831) Kinder und Jugendliche an 143 837 (147 343) Pflagetagen zu betreuen. 440 (447) Eintritten standen 419 (454) Austritte gegenüber; die durchschnittliche Aufenthaltsdauer betrug 182 (178) Tage.

Am 7. Februar konnte anstelle des aufgehobenen Säuglingsheimes Florhof das neue Kleinkinderheim Wildbach in Betrieb genommen werden. Es können dort 45 bis 50 Säuglinge und Kleinkinder aufgenommen und in 5 selbständigen Gruppen betreut werden, wovon eine Gruppe als Durchgangsgruppe für Vorschulpflichtige eingerichtet wurde. Eine Gruppeneinheit besteht aus je zwei Schlafräumen mit vier Kinderbetten und den entsprechenden sanitären Einrichtungen sowie einem dazwischenliegenden Spiel- und Esszimmer. Neugeborene kommen, bevor sie entweder der Durchgangs- oder einer Heimgruppe zugeteilt werden können, vorerst in die sogenannte Aufnahmestation.

Wegen der anhaltend starken Unterbelegung musste das Säuglingsheim Ottenweg am 30. Juni geschlossen werden. Die verbliebenen Kinder wurden vom Kleinkinderheim Wildbach übernommen, und für das Personal konnten mit wenigen Ausnahmen und trotz beginnender Rezession passende Arbeitsplätze gefunden werden.

In den Jugendheimen Neumünsterallee und Höngg ist die Zahl der Pflagetage um rund 10% zurückgegangen. Dagegen waren die Jugendheime Artergut und Rötelstrasse, in denen vorwiegend schulpflichtige Kinder aufgenommen werden, dauernd gut belegt. Erstmals nach einer zweijährigen Aufbauphase konnte die Jugendsiedlung Heizenholz auf ein Jahr der Konsolidierung zurückblicken. Die vorausgesetzte Belegung von rund 100 Plätzen wurde durchgehend erreicht. Erfreulich ist auch die verbesserte Konstanz und Leistungsfähigkeit des Personals. Für das etwas abgelegene Jugendheim Hegi/Winterthur wird es seit der Eröffnung der Jugendsiedlung Heizenholz zunehmend schwieriger, die vorhandenen Plätze (13) zu belegen. Mit Rücksicht auf die beschränkten räumlichen Verhältnisse dieses Kleinheimes war die durchschnittliche Belegung mit 10 Kindern jedoch angepasst und erlaubte dafür eine bessere Betreuung der sozialbenachteiligten Kinder. Die beiden Jugendheime Flims und Rivapiana waren wiederum voll belegt.

In allen Jugendheimen haben die Kinder mit sozialer Indikation weiter zugenommen, während jene von ledigen Müttern zurückgegangen sind. Immer wieder fällt auf, dass diese Kinder oft aus einfachen sozialen Verhältnissen stammen. Dazu kommen meistens auch massive familiäre Schwierigkeiten, insbesondere bei getrennt lebenden oder geschiedenen Eltern. Die Wiedereingliederung solcher vorwiegend erziehungsschwieriger und schulschwacher Kinder bedarf grosser und gemeinsamer Anstrengungen seitens der Erzieher, Lehrer und Sozialarbeiter, wobei die Eltern von Anfang an am Erziehungsprozess beteiligt werden müssen. Diese Anstrengungen werden, wenn nötig, durch psychologische, ärztliche und psychiatrische Abklärungen sowie gezielte heilpädagogische Massnahmen ergänzt.

Die Kindererholungsheime wiesen unterschiedliche Belegungen auf. Im Asthmaheim Celerina ging die Zahl der Pflagetage um 14%, im Erholungsheim Laret um 6% zurück. In Laret wirkte sich aus schulischen Gründen die jeweils nach den Frühlingsferien in Erscheinung tretende starke Unterbesetzung zusätzlich aus. Das Erholungsheim Gais für vorschulpflichtige Kinder verzeichnete eine Abnahme der Pflagetage um 7%, wobei vor allem weniger Höckli zugewiesen wurden. Andererseits hat die Zahl der Kinder mit Sozialindikation weiter zugenommen mit der eindrücklichen Feststellung, dass mehrere Kinder, die an Pflageplätzen untragbar waren, in diesem Heim erfreuliche Fortschritte machten.

Das Schülerheim Schwäbrig und das Übergangsheim für geistig behinderte Kinder Urnäsch haben als Spezialheime ihren sozialpädagogischen Auftrag bestens erfüllt. Die Belegung des Übergangsheimes Urnäsch war wiederum grösseren Schwankungen unterworfen, bewegte sich aber im Rahmen früherer Jahre.

Betriebskosten¹

Jugendamt II

Allgemeines

Alle Anstrengungen richteten sich darauf, eine sich abzeichnende Arbeitslosigkeit der Schulabgänger des laufenden Jahrganges abzuwehren. Mit Schulen, Firmen, Verbänden und anderen Amtsstellen wurde ein intensiver Kontakt hergestellt. Dabei stand die Sicherung eines genügenden Lehrstellenangebotes im Vordergrund. Überbrückungsmassnahmen und Zwischenlösungen wurden für den Fall geplant und vorbereitet, dass trotz aller Bemühungen keine Lehrstelle gefunden werden konnte. Für die Realisierung dieser Massnahmen wirkte die Berufsberatung zusammen mit dem Abteilungssekretariat II des Schulamtes als Koordinationsstelle.

Einzelberatung²

Diese wurde von einer bedeutend grösseren Zahl von Jugendlichen in Anspruch genommen. Parallel dazu war die zeitliche Beanspruchung der Berater, die für den Einzelfall wesentlich grösser war. Viele Jugendliche benötigten eine intensive Betreuung, bis sie nach langem Suchen doch noch plaziert werden konnten. Auch die Beratungen junger Erwachsener nahmen zu. Bei vielen von ihnen konnte beobachtet werden, dass sie beunruhigt waren hinsichtlich ihrer Existenz, da ihr Ausbildungsgang keinen regulären Abschluss aufwies.

Dokumentation und Information

Wie sehr ein wirksames Dienstleistungsangebot an Informationen über alle Fragen im Zusammenhang mit Ausbildung und Beruf einem dringenden Bedürfnis der Öffentlichkeit entsprach, zeigte sich im Berichtsjahr deutlich. Die Dokumentationsstelle wurde besonders häufig von schulentlassenen Jugendlichen und jungen Erwachsenen aufgesucht, bei denen Fragestellung und wirtschaftliche Situation einen direkten Zusammenhang aufwiesen.

Das interne Informationsbulletin zuhanden der Schule nimmt nun einen festen Platz im Aufgabenheft der Berufsberatung ein.

¹ Siehe Tabelle 1, S. 316/317

² Siehe Tabellen 1–5, S. 318 f.

Berufswahlvorbereitung¹

Das Angebot an Schnupperlehren ging weiterhin rapid zurück. Als Kompensation wurden vermehrt berufskundliche Orientierungsnachmittage und im Anschluss daran Betriebserkundungen mit Kleingruppen durchgeführt. Die Zahl der Teilnehmer nahm stark zu. Bei den Mädchen verdoppelte sie sich.

Stipendien²

Mit Beginn des Schuljahres 1975/76 wurden die neuen kantonalen Stipendienbestimmungen wirksam, wonach kommunale Ausbildungsbeiträge nur dann nicht an den kantonalen Stipendienleistungen angerechnet werden, wenn sie zur Deckung nachgewiesener, im kantonalen Zumessungsverfahren nicht berücksichtigter, berechtigter Bedürfnisse dienen. Mit den beiden zuständigen kantonalen Direktionen konnte eine Vereinbarung getroffen werden, wonach solche zusätzliche Stipendien bei höheren Mietzinsen, grösserer Kinderzahl, geschiedenen, verwitweten oder alleinstehenden Elternteilen oder anderweitigen besonderen Erschwernissen ausgerichtet werden können. Trotzdem schränkten die erwähnten Bestimmungen die Praxis der städtischen Stipendieninstanzen stark ein. Dies hatte zur Folge, dass die Zahl der städtischen Stipendien und die dafür aufgewendeten Mittel stark abnahmen. Dazu kam noch, dass die Stipendiengewährung an Schülerinnen aller Abteilungen der Töchterschule an den Kanton überging und die Stadt lediglich noch in vereinzelt Fällen auf Grund der erwähnten Kriterien Stipendien ausrichten konnte. Der Arbeitsumfang der Stipendienabteilung hat allerdings nicht in dem Masse abgenommen, wie aus den Zahlen der städtischen Stipendienleistungen herausgelesen werden könnte, da alle Gesuche für Berufslehren von der Stipendienabteilung der Berufsberatung geprüft und dann an den Kanton weitergeleitet werden müssen. Ferner muss in jedem einzelnen Fall geprüft werden, ob die Voraussetzungen für ein städtisches Stipendium gegeben sind.

Mit dem 1. Januar 1975 ist die Verfügungsgewalt über die nachstehenden bürgerlichen Stipendienfonds: Brüggerfonds, Köchly-Stiftung, Thomannsche Stiftung, Speerliche Stipendienstiftung, Otto-Imhof-Stiftung und Pfarrpfundfonds, an den Vorstand des Sozialamtes übergegangen.

Im Sinne einer Konzentration des städtischen Stipendienwesens wurde die Geschäftsführung der Stipendienabteilung der Berufsberatung übertragen. Über die Gewährung von Leistungen aus diesen Fonds entscheidet – ausgenommen geringfügige Beträge, die vom Vorsteher der Berufsberatung zugesprochen werden können – der Vorstand des Sozialamtes auf Antrag der Stipendienkommission der Berufsberatung.

Heime³

Die Rezession, die ja vor allem die Sozialschwachen trifft, wirkte sich in den drei Heimen der Berufsberatung unterschiedlich aus.

Das Töchterheim blieb bis anhin – mit einer Ausnahme – von Stellenlosigkeit der Bewohnerinnen verschont. Das Lehrlingsheim dagegen erlebte eher unruhige Zeiten.

¹ Siehe Tabellen 6 und 7, S. 319

² Siehe Tabellen 8 und 9, S. 320

³ Siehe Tabelle 10, S. 321

Einerseits ergaben sich Schwierigkeiten, nach abgeschlossener Lehre einen Arbeitsplatz zu finden. Andererseits können diese Jugendlichen sich nur bedingt auf die veränderte Situation umstellen, weshalb etliche Lehrverhältnisse scheiterten.

In der Jugendstätte Gfellergut stellte man sich darauf ein, die Jugendlichen intern länger und besser auf die Anforderungen des Externates vorzubereiten. Versager im Externat werden, sofern dies sinnvoll ist, in die interne Berufsvorbereitung zurückgenommen, um neue Versuche einzuleiten.

Jugendamt III

Allgemeines

Die Rezessionserscheinungen in der Wirtschaft machten sich auch in der Arbeit des Jugendamtes III bemerkbar; es war nicht mehr möglich, für alle Schulentlassenen der von unseren Sachbearbeitern betreuten Familien Dauerarbeitsplätze zu finden. Eine mit Stichtag 1. Dezember angeordnete Zählung ergab bei etwa 1400 betreuten Schulentlassenen eine Arbeitslosenquote von annähernd zehn Prozent. Aber auch bei verschiedenen Eltern der Rat suchenden Familien machte sich der Konjunkturrückgang stark bemerkbar. Dies wirkt sich vor allem in der Relation der Elternbeiträge an Versorgungen zu den Versorgungsauslagen aus.

Die Suchtprobleme stellen die Sozialarbeit vor schwer zu lösende Aufgaben. Harte Drogen werden immer noch gehandelt und konsumiert, aber auch der Alkoholmissbrauch unter jungen Leuten steigt an. Die Folgen sind: schwere Schäden an Gesundheit, Verlust der Arbeit, «Ausflippen» aus der Gesellschaft.

Beratung und Betreuung

Am Jahresende oblagen dem Jugendamt III etwa 2600 Beratungsfälle mit 3400 Kindern und Jugendlichen. Die Zahl der neu gemeldeten Familien blieb mit 643 (641) gleich hoch wie letztes Jahr. Die Zahl der Neupazierungen in Pflegefamilien, Heimen, Kliniken oder Wohngemeinschaften war mit 463 (488) etwas niedriger als im Vorjahr. Ziel jeder sinnvollen Erziehungsberatung ist die Stärkung der Familie. Nur wenn aus schulischen oder familiären Gründen ein Zusammenleben von Eltern mit Kindern oder Jugendlichen nicht mehr möglich ist, wird eine Fremdplazierung eingeleitet. Von den 463 neuplazierten Kindern und Jugendlichen waren 61 vorschulpflichtig, 222 schulpflichtig und 180 schulentlassen. Am 31. Dezember 1975 weilten von 3400 betreuten Minderjährigen 2300 oder 68 Prozent in der eigenen Familie, und 1100 oder 32 Prozent waren ausserhalb der eigenen Familie plaziert. Im Jahre 1975 stiegen die Kostgelder noch einmal wesentlich an und erreichten ein Total von 5,8 (4,8) Mio Franken. Die Einnahmen stiegen dagegen nur unwesentlich auf 4,5 (4,1) Mio Franken.

Die Gruppen- und Quartierarbeit stiess auf reges Interesse. Vor allem die Gruppen mit geschiedenen Müttern und die Kindergruppen waren gut besucht.

Die Jugendberatung befasste sich vorwiegend mit labilen und gefährdeten Jugendlichen. Von 140 neu Betreuten hatte die Hälfte Beziehungen zur Drogenszene.

In der Auffangstation zählte man 7071 Übernachtungen, das sind 19 im Durchschnitt – bei einer offiziellen Bettenzahl von 18! Die Einrichtungen an der Kilchbergstrasse genügen nicht mehr. Eine Umplazierung ist dringend notwendig.

Alimentenvermittlung

Im Jahre 1975 stieg die Zahl der Fälle auf 536 (497) an. Es konnten 1,36 (1,2) Mio Franken vermittelt werden. Aber auch die Zahl der Betreibungen erhöhte sich auf 252 (190).

Hinterlassenenbeihilfe

Die Auszahlungen in 401 (419) Fällen sanken auf 1,7 (1,8) Mio Franken.

Heime

*Beobachtungsheim Riesbach*¹: Das Personalproblem hat sich im Laufe des Jahres 1975 so geändert, dass die durchschnittliche Belegungszahl 8 (6) Mädchen erreichte. Noch konnte aber die Kapazität von 12 nicht ausgeschöpft werden.

*Wohngruppe für schulentlassene Töchter*¹: Alle verfügbaren Plätze waren belegt. Fast alle Mädchen absolvieren eine Lehre oder besuchen eine Schule.

Amtsvormundschaft

Allgemeines

Die wirtschaftliche Rezession hat die Amtsvormundschaft vor allem mit den Folgen der Arbeitslosigkeit konfrontiert.

Konnten in den Jahren der Hochkonjunktur auch charakterlich anfällige und schwierige Jugendliche und Erwachsene verhältnismässig leicht in das Erwerbsleben eingegliedert werden, so hat sich die Lage heute entscheidend geändert. Die sozial Schwächsten werden in erster Linie aus dem Arbeitsprozess ausgeschlossen.

Sie laufen Gefahr, in äussere und innere Verwahrlosung abzugleiten.

Die Rezession bringt der Amtsvormundschaft zusätzliche administrative Arbeiten. Vor allem braucht der einzelne Amtsvormund viel Zeit für seine Mündel. Sie müssen ihre Sorgen abladen können und benötigen Rat, Zuspruch, Unterstützung.

Geschäftsumfang

Die Zahl der von der Amtsvormundschaft betreuten Mündel ging von 2838 auf 2673 zurück. Davon sind 1162 Kinder und 1511 Erwachsene. Im Durchschnitt hat sich nun ein Amtsvormund mit 203 Mündeln zu befassen.

¹ Siehe Tabelle 1, S. 321

Rechtsschutz für aussereheliche Kinder

159 (182) Beistandschaften nach Art. 311 ZGB mussten errichtet werden. 39 Mütter, d. h. 24,5%, wünschten die Unterbringung ihrer Kinder an einem Adoptivpflegeplatz. 94,3% (88,6%) der Vaterschaften konnten zugunsten der Kinder geregelt werden.

Prozessvertreter

Der Prozessvertreter hatte 178 (162) gerichtlichen Vorladungen Folge zu leisten. Im Vaterschaftsprozess wird die Vaterschaft des Beklagten vermutet, wenn er nachweisbar in der kritischen Zeit der Mutter beigewohnt hat. Er kann diese Vermutung mit dem Nachweis entkräften, dass seine Vaterschaft mit Sicherheit oder mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit ausgeschlossen ist. Ist eine Beiwohnung in der kritischen Zeit nicht bewiesen oder fällt die Vermutung wegen des Verhaltens der Mutter dahin, so hat das klagende Kind den Nachweis zu erbringen, dass der Beklagte der Vater ist. Dieser positive Vaterschaftsbeweis kann nur erbracht werden, wenn mit Sicherheit oder mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit festgestellt werden kann, dass der Beklagte der Vater ist. Eines dieser Mittel ist die serostatistische Wahrscheinlichkeitsberechnung nach Essen-Möller. Bei diesem Verfahren werden die von den Parteien im Blutgutachten ermittelten Blutgruppen und Serumfaktoren nach Massstab der Verteilung dieser Bluteigenschaften in der Bevölkerung statistisch ausgewertet. Während das Bundesgericht bis anhin eine serostatistische Wahrscheinlichkeitsberechnung von 97% und darüber zur Erbringung des positiven Vaterschaftsbeweises forderte, hat es mit Urteil vom 15. Mai 1975 (BGE 101 II 13 = Praxis Bd. 64 Nr. 237) festgestellt, dass die Vaterschaft nur dann mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit erwiesen ist, wenn dieser Wert mindestens 99,8% beträgt. Wird dieser Prozentsatz nicht erreicht, so haben die Parteien die Möglichkeit, eine anthropologisch-erbbiologische Begutachtung zu verlangen.

Rechtshilfe für schweizerische und ausländische Behörden

(Vaterschaftsabklärungen, Alimenteninkassi, Überprüfung von Pflegeverhältnissen, Auskünfte usw.)

Die Zahl der neu eingegangenen Rechtshilfesuche betrug 69 (90); davon Schweiz 18, Deutschland 38, Österreich 13.

| Vermittelte Alimente | 1975 Fr. | 1974 Fr. |
|----------------------|-------------|-------------|
| nach Deutschland | 224 893.— | 215 619.— |
| nach Österreich | 69 969.— | 72 061.— |

Finanz- und Rechnungswesen

Das Total des Zahlungsverkehrs erhöhte sich von 61,2 Mio Franken auf 64,7 Mio Franken. Die Zahl der Buchungen stieg von 101 250 auf 104 000.

Obwohl die Zahl der Mündel leicht rückläufig ist, nimmt der Geldverkehr ständig zu, vor allem auch die Anlage von Ersparnissen auf Sparheften und Wertschriften.

Vermittlung von Unterhaltsbeiträgen

Bei der Inkassostelle der Amtsvormundschaft wurden insgesamt 829 (822) Inkassofälle bearbeitet.

Nachdem bis anhin die Inkassoeingänge kontinuierlich zunahmen, trat 1975 infolge der wirtschaftlichen Rezession ein deutlicher Rückgang um rund 34% ein. Es konnten Fr. 716 496.— (Fr. 1 098 850.—) Unterhaltsbeiträge eingebracht werden.

Die Zahl der Verlustscheine stieg auf 35 (27).

Pflegekinderfürsorge

Ende des Jahres waren 805 (860) Pflegekinder in 687 (731) Pflegefamilien registriert. 220 Zugängen standen 275 Abgänge gegenüber. Die Abgänge erfolgten aus nachstehenden Gründen:

Rückkehr zu den Eltern 117, Adoptionen 52, Erreichung der Altersgrenze von 15 Jahren 38, Wegzug aus der Stadt 23, diverse Gründe 45.

50,8% der Pflegekinder sind Schweizer, 49,2% Ausländer.

1080 Pflegeverhältnisse wurden überprüft. In 30 (39) Fällen musste wegen mangelnder Erziehung, Ordnung, Gesundheitspflege oder wegen ungünstigen Wohnverhältnissen interveniert werden.

Pestalozzihaus Schönenwerd¹

Das Heim hat sich zum Teil mit Knaben zu befassen, die an schwerwiegenden Verhaltensstörungen leiden. Ihre Betreuung stellt erhebliche Anforderungen. Damit Heimleiter und Erzieher ihren Auftrag optimal erfüllen können, sind sie auf fachliche Beratung angewiesen. Das Arbeitsgebiet des Psychologen umfasst die Untersuchung, Beobachtung und therapeutische Behandlung der Zöglinge, die Beratung des Heimleiters und des Personals und die Mitwirkung bei der regelmässigen Besprechung der Einzelfälle.

Pestalozzi-Jugendstätte Burghof¹

Es wird zunehmend schwieriger, verhaltensgestörten Jugendlichen eine externe Lehrstelle zu verschaffen, was sich zwangsläufig auf die Besetzung des Externates auswirkt. Hingegen wäre es durchaus möglich, mehr interne Lehrlinge aufzunehmen, unter der Voraussetzung, dass das Angebot an Lehrstellen im Heim vergrössert werden könnte. Entsprechende Untersuchungen sind im Gang.

¹ Siehe Tabelle 1, S. 322

Fürsorgeamt

Zahlenmässige Belastung¹

Die wirtschaftliche Entwicklung wirkte sich auf das Fürsorgeamt in einer rapid zunehmenden Belastung aus. Die Zahl der von den sieben Kreissekretariaten zu unterstützenden Familien und alleinstehenden Frauen stieg von 958 im Vorjahr auf 1324 (38%), der von den Sekretariaten für alleinstehende Männer Unterstützten von 905 auf 1439 (59%). Dazu kamen noch etwa 1500 Beratungs- oder Betreuungsfälle, in welchen keine öffentliche Finanzhilfe notwendig war. Die Zahl der Fälle, in denen erstmals oder nach mehrjährigem Unterbruch wirtschaftliche Hilfe in Anspruch genommen werden musste, stieg bei den Familiensekretariaten von 437 auf 670 (53%), bei den Sekretariaten für Alleinstehende von 463 auf 1003 (117%). Die gleiche Tendenz zeigt sich bei den Unterstützungsbelegen, welche von 21 626 um 65,4% auf 35 761 gestiegen sind. Entsprechend erhöhten sich die Bruttounterstützungen von 9,6 Mio Franken um 44% auf 13,8 Mio Franken (vergleiche Tabelle 1).

Die Rezession führt häufig zu länger dauernder Unterstützungsbedürftigkeit im Einzelfall, da die Wiedereingliederung in den Arbeitsprozess sehr erschwert ist. Beispielsweise zeigt sich dies – neben der Fallzunahme – bei der Anzahl der einzelnen Vorsprachen in den Sekretariaten für alleinstehende Männer, die von rund 8200 im Vorjahr um 120% auf rund 18 100 gestiegen sind. In diesen Sekretariaten sind etwa die Hälfte der Hilfsbedürftigen, die sich neu melden, zwischen 20 und 30 Jahren alt, was gegenüber früher eine starke Zunahme in dieser Alterskategorie bedeutet. Der Notwendigkeit einer Anpassung des Personalbestandes an die veränderten Verhältnisse konnte erst in einem beschränkten Rahmen entsprochen werden. Ein Personalausbau ist unbedingt erforderlich, um den verschiedenartigen individuellen Verhältnissen im Einzelfall Rechnung tragen zu können.

Fürsorgebehörde

Die Fürsorgebehörde befasste sich in sechs Sitzungen mit insgesamt 341 (224), die Unterstützungskommission in achtzehn Sitzungen mit 415 (267) Geschäften. Die Präsidentin der Fürsorgebehörde erliess 169 Verfügungen. Die Betriebskommission des Männerheims zur Weid trat zweimal, die Heimkommission dreimal und die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission siebenmal zusammen. Besonders sorgfältig wurde die Stellungnahme zum Vorentwurf eines neuen Fürsorgegesetzes zuhanden des Kantons ausgearbeitet.

Heime²

Die Nachfrage nach Altersheimplätzen blieb unvermindert, so dass die 13 Altersheime mit 900 Betten voll ausgelastet waren. Infolge der stetig steigenden Betriebsverluste mussten die Pensionspreise auf den 1. Januar 1975 erhöht werden. Bei der Festsetzung des Minimalpreises wurde darauf geachtet, dass er auch für Betagte mit Minimaleinkommen erschwinglich blieb. Durch die Verbesserungen der AHV und der Zusatzmöglichkeiten war es auch möglich, die freien Einkommensquoten der Altersbeihilfebezüger auf Fr. 220.— für Alleinstehende bzw. Fr. 330.— für Ehepaare zu erhöhen.

¹ Siehe Tabellen 1 und 2, S. 322f.

² Siehe Tabelle 3, S. 323ff.

Wegen des ständig wachsenden Altersdurchschnitts in den Altersheimen, der nun gegen 85 Jahre geht, erhalten diese immer mehr den Charakter von Betreuungsheimen. Auf die Aktivierung der Pensionäre wird grosses Gewicht gelegt, um drohender Vereinsamung im Kollektiv zu begegnen. Dazu dienen die Ergotherapie, die Cafeterien als zentrale Begegnungsorte, welche nun in allen Alterswohnheimen betrieben werden, und Veranstaltungen aller Art.

Der Betrieb des Altersheims Dorflinde mit 60 Betten kann im Frühjahr 1976 aufgenommen werden. Mit dem Bau der Altersheime Mittelleimbach (117 Betten) und Langgrüt (110 Betten) ist begonnen worden. Sie werden im Jahre 1977 bezogen werden können. Der Gemeinderat hat dem Bau des Altersheims Grünau (88 Betten) zugestimmt. Der erforderliche Kredit im Betrag von 12,74 Mio Franken wird im Frühjahr 1976 der Gemeindeabstimmung unterbreitet. Die Umbauten zur Erweiterung des Altersheimes Klusplatz zu einem Informations-, Dienstleistungs- und Begegnungszentrum für alle Betagten der Stadt Zürich sind in vollem Gang. Die Eröffnung ist auf das Frühjahr 1976 vorgesehen.

Das neu erstellte Personalhaus für das Schülerheim Heimgarten mit zwei Viereinhalbzimmerwohnungen, einer Dreieinhalbzimmerwohnung und zwei Eineinhalbzimmerwohnungen konnte dem Betrieb übergeben werden.

Für die dringend notwendige Renovation und Umgestaltung der Bürgerstube hat der Gemeinderat einen Kredit von 4 Mio Franken bewilligt. Da der Betrieb während des Umbaues in ein Provisorium verlegt werden muss, kann mit dem Umbau erst nächstes Jahr begonnen werden. Das Männerheim zur Weid in Rossau-Mettmenstetten wurde als Rehabilitationsstätte durch die IV anerkannt und ist dementsprechend subventionsberechtigt.

Zentrale AbteilungTabelle 1 *Fürsorgezentralregister, Gliederung nach Heimat*

| | Neueintragungen | |
|------------------|-----------------|------------------|
| | Anzahl | Prozente |
| Stadtbürger | 861 | 26,3 (29,4) |
| Kantonsbürger | 368 | 11,3 (9) |
| Übrige Schweizer | 1 246 | 38,1 (41,3) |
| Ausländer | 793 | 24,3 (20,3) |
| Total | 3 268 | 100 (100) |

Tabelle 2 *Erkundungsdienst, Informationsaufträge*

| Auftraggeber | 1975 | | 1974 | | |
|------------------------------------|--------------|--------------|---|--------------|--------------|
| | 1975 | 1974 | Sozialamt allein | 1975 | 1974 |
| Sozialamt | 4 416 | 4 602 | Fürsorgeamt | 360 | 339 |
| Andere Verwaltungs- abteilungen | 61 | 35 | Altersbeihilfe | 2 272 | 2 709 |
| Personalfälle | 1 145 | 1 069 | Invalidenbeihilfe | 509 | 513 |
| IV-Kommission | 2 484 | 2 306 | Stiftung Wohnungs- fürsorge und Büro für Plazierungen | 963 | 684 |
| Auswärtige und Verschiedene | 96 | 163 | Jugendämter | 43 | 57 |
| | | | Vormundschaftsbehörde | 202 | 214 |
| | | | Amtsvormundschaft | 67 | 86 |
| Total | 8 202 | 8 175 | | 4 416 | 4 602 |

Alters- und Invalidenbeihilfe

Tabelle 1 Zusatzleistungen für Betagte, Invalide und Hinterlassene zusammen, Bruttoaufwendungen, Bundes- und Staatsbeiträge, Nettobelastungen

| | 1969 Fr. | 1970 Fr. | 1971 Fr. | 1972 Fr. | 1973 Fr. | 1974 Fr. | 1975 Fr. |
|--|-------------------|-------------------|-------------------|--------------------|-------------------|-------------------|-------------------|
| 1. Auszahlungen: | | | | | | | |
| Ergänzungsleistungen | 15 139 008 | 13 291 704 | 31 504 313 | 35 926 094 | 21 466 237 | 23 290 004 | 21 136 505 |
| Kantonale Beihilfe | 17 440 201 | 19 861 392 | 20 708 906 | 23 351 486 | 14 753 650 | 16 013 001 | 15 839 234 |
| Gemeindezuschüsse | 10 578 550 | 17 818 627 | 25 172 016 | 28 702 863 | 27 271 499 | 30 197 311 | 28 562 941 |
| Teuerungs- und Winterzulagen | 5 891 781 | 8 606 486 | – | 12 355 761 * | 9 446 241 | 6 176 909** | 5 745 205 |
| Zusammen | 49 049 540 | 59 578 209 | 77 385 235 | 100 336 204 | 72 937 627 | 75 677 225 | 71 283 885 |
| * davon Fr. 7 756 093 als Teuerungszulage für 1971 | | | | | | | |
| ** die Auszahlungen umfassen 13 Monatsbeträge (Ausnahmeregelung für dieses Jahr) | | | | | | | |
| 2. Einnahmen: | | | | | | | |
| Bundesbeiträge | 4 713 543 | 4 315 970 | 9 538 358 | 10 880 976 | 6 594 741 | 7 068 047 | 6 080 608 |
| Staatsbeiträge | 8 089 049 | 8 509 411 | 12 838 467 | 14 597 609 | 10 121 193 | 11 251 088 | 10 509 808 |
| Rückerstattungen | 1 457 134 | 2 083 044 | 2 137 100 | 2 314 338 | 2 806 276 | 3 179 653 | 6 179 818 |
| Zusammen | 14 259 726 | 14 908 425 | 24 513 925 | 27 792 923 | 19 522 210 | 21 498 788 | 22 770 234 |
| 3. Nettobelastung: | | | | | | | |
| Stadt | 34 789 814 | 44 669 784 | 52 871 310 | 72 543 281 | 53 415 417 | 54 178 437 | 48 513 651 |

Tabelle 2 Altersbeihilfe – Männer

Stand am 31. Dezember 1974
Stand am 31. Dezember 1975

Statistik über den Altersaufbau und über die Höhe der AHV-Rente

Anzahl der laufenden Fälle

| AHV-Renten Fr. | Geburtsjahr | | | | | | | | | | | | | | | | zusammen in % | | | |
|-------------------|-------------|------------|-------------|------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-----------|----------|--------------|--------------|---------------|------------|--|--|
| | bis 1885 | | 1886 1890 | | 1891 1895 | | 1896 1900 | | 1901 1905 | | 1906 1910 | | 1911 1915 | | | | | | | |
| | 1974 | 1975 | 1974 | 1975 | 1974 | 1975 | 1974 | 1975 | 1974 | 1975 | 1974 | 1975 | 1974 | 1975 | 1974 | 1975 | 1974 | 1975 | | |
| bis 6 000 | 42 | 31 | 28 | 20 | 35 | 32 | 74 | 71 | 82 | 85 | 39 | 61 | – | – | 300 | 300 | 15,7 | 16,1 | | |
| 6 001– 6 600 | 1 | 6 | 24 | 13 | 35 | 24 | 44 | 32 | 50 | 31 | 20 | 20 | – | – | 174 | 126 | 9,1 | 6,8 | | |
| 6 601– 7 200 | 1 | 3 | 14 | 8 | 6 | 14 | 19 | 28 | 16 | 31 | 19 | 33 | – | – | 75 | 117 | 3,9 | 6,3 | | |
| 7 201– 7 800 | – | 1 | 12 | 10 | 13 | 10 | 40 | 39 | 61 | 60 | 26 | 39 | – | – | 152 | 159 | 8,0 | 8,5 | | |
| 7 801– 8 400 | 2 | 7 | 35 | 24 | 53 | 48 | 71 | 64 | 59 | 57 | 29 | 40 | – | – | 249 | 240 | 13,1 | 12,9 | | |
| 8 401– 9 000 | 1 | 5 | 28 | 17 | 33 | 30 | 69 | 46 | 78 | 68 | 37 | 44 | – | – | 246 | 210 | 13,0 | 11,3 | | |
| 9 001– 9 600 | 2 | 4 | 39 | 33 | 59 | 48 | 76 | 80 | 54 | 65 | 26 | 46 | – | – | 256 | 276 | 13,4 | 14,8 | | |
| 9 601–10 200 | – | 3 | 17 | 9 | 34 | 29 | 55 | 58 | 74 | 70 | 22 | 30 | – | – | 202 | 199 | 10,6 | 10,7 | | |
| 10 201–10 800 | 1 | 1 | 8 | 2 | 29 | 13 | 35 | 22 | 46 | 31 | 20 | 20 | – | – | 139 | 89 | 7,3 | 4,7 | | |
| 10 801–11 400 | – | 1 | 3 | 8 | 9 | 26 | 18 | 15 | 13 | 22 | 10 | 12 | – | – | 53 | 84 | 2,8 | 4,5 | | |
| 11 401–12 000 | 1 | – | 8 | 6 | 11 | 9 | 11 | 15 | 21 | 19 | 8 | 15 | – | – | 60 | 64 | 3,1 | 3,4 | | |
| Zusammen | 51 | 62 | 216 | 150 | 317 | 283 | 512 | 470 | 554 | 539 | 256 | 360 | – | – | 1 906 | 1 864 | 100 | 100 | | |
| In % | 2,6 | 3,3 | 11,3 | 8,1 | 16,7 | 15,2 | 26,9 | 25,2 | 29,1 | 28,9 | 13,4 | 19,3 | – | – | 100 | 97,8 | | | | |

Tabelle 3 Altersbeihilfe – Frauen

Stand am 31. Dezember 1974
Stand am 31. Dezember 1975

Statistik über den Altersaufbau und über die Höhe der AHV-Rente

Anzahl der laufenden Fälle

| AHV- Renten Fr. | Geburtsjahr | | | | | | | | | | | | | | | | zusammen | | in % | |
|-----------------------|-------------|------|-------|------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|------|------|--------|-------|----------|------|------|--|
| | bis | | 1886 | | 1891 | | 1896 | | 1901 | | 1906 | | 1911 | | | | | | | |
| | 1885 | 1890 | 1895 | 1900 | 1905 | 1910 | 1915 | 1974 | 1975 | 1974 | 1975 | 1974 | 1975 | 1974 | 1975 | 1974 | 1975 | | | |
| bis 6 000 | 246 | 255 | 599 | 354 | 542 | 456 | 527 | 462 | 381 | 346 | 272 | 269 | – | 64 | 2 567 | 2 206 | 24,5 | 22,1 | | |
| 6 001– 6 600 | 32 | 35 | 277 | 197 | 419 | 309 | 400 | 301 | 288 | 213 | 171 | 130 | – | 29 | 1 587 | 1 214 | 15,1 | 12,2 | | |
| 6 601– 7 200 | 20 | 11 | 50 | 47 | 112 | 137 | 109 | 147 | 115 | 154 | 122 | 168 | – | 47 | 528 | 711 | 5,0 | 7,1 | | |
| 7 201– 7 800 | 21 | 8 | 67 | 56 | 171 | 159 | 266 | 246 | 300 | 278 | 172 | 170 | – | 48 | 997 | 965 | 9,5 | 9,7 | | |
| 7 801– 8 400 | 39 | 23 | 125 | 98 | 265 | 251 | 352 | 338 | 288 | 280 | 158 | 185 | – | 49 | 1 227 | 1 224 | 11,7 | 12,3 | | |
| 8 401– 9 000 | 25 | 6 | 63 | 51 | 118 | 118 | 176 | 164 | 183 | 165 | 149 | 153 | – | 46 | 714 | 703 | 6,8 | 7,0 | | |
| 9 001– 9 600 | 17 | 7 | 62 | 50 | 152 | 145 | 205 | 209 | 156 | 186 | 106 | 130 | – | 33 | 698 | 760 | 6,7 | 7,6 | | |
| 9 601–10 200 | 30 | 3 | 37 | 30 | 110 | 103 | 173 | 183 | 169 | 171 | 111 | 126 | – | 35 | 630 | 651 | 6,0 | 6,5 | | |
| 10 201–10 800 | 20 | 7 | 46 | 18 | 112 | 68 | 191 | 113 | 176 | 111 | 99 | 72 | – | 20 | 644 | 409 | 6,2 | 4,1 | | |
| 10 801–11 400 | 10 | 2 | 9 | 21 | 51 | 80 | 73 | 136 | 109 | 144 | 80 | 97 | – | 20 | 332 | 500 | 3,2 | 5,0 | | |
| 11 401–12 000 | 26 | 3 | 23 | 24 | 79 | 72 | 135 | 139 | 156 | 184 | 136 | 175 | – | 42 | 555 | 639 | 5,3 | 6,4 | | |
| Zusammen | 486 | 360 | 1 358 | 946 | 2 131 | 1 898 | 2 607 | 2 438 | 2 321 | 2 232 | 1 576 | 1 675 | – | 433 | 10 479 | 9 982 | 100 | 100 | | |
| In % | 4,6 | 3,6 | 13,0 | 9,5 | 20,3 | 19,0 | 24,9 | 24,4 | 22,2 | 22,4 | 15,0 | 16,8 | – | 4,3 | 100 | 95,3 | | | | |

Tabelle 4 Altersbeihilfe – Ehepaare

Stand am 31. Dezember 1974
Stand am 31. Dezember 1975

Statistik über den Altersaufbau und über die Höhe der AHV-Rente

Anzahl der laufenden Fälle

| AHV- Renten Fr. | Geburtsjahr | | | | | | | | | | | | | | | | zusammen | | in % | |
|-----------------------|-------------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|-------|-------|----------|------|------|--|
| | bis | | 1886 | | 1891 | | 1896 | | 1901 | | 1906 | | 1911 | | | | | | | |
| | 1885 | 1890 | 1895 | 1900 | 1905 | 1910 | 1915 | 1974 | 1975 | 1974 | 1975 | 1974 | 1975 | 1974 | 1975 | 1974 | 1975 | | | |
| bis 9 000 | 8 | 7 | 7 | 5 | 7 | 7 | 16 | 12 | 18 | 16 | 10 | 14 | – | – | 66 | 61 | 3,4 | 3,6 | | |
| 9 001– 9 900 | – | – | 6 | 3 | 4 | 4 | 8 | 3 | 7 | 5 | 5 | 5 | – | – | 30 | 20 | 1,5 | 1,2 | | |
| 9 901–10 800 | – | 1 | 3 | 2 | 3 | 4 | 5 | 7 | 12 | 11 | 3 | 6 | – | – | 26 | 31 | 1,3 | 1,8 | | |
| 10 801–11 700 | – | 1 | 5 | 2 | 9 | 5 | 16 | 14 | 11 | 12 | 8 | 14 | – | – | 49 | 48 | 2,5 | 2,8 | | |
| 11 701–12 600 | 1 | 1 | 13 | 5 | 31 | 26 | 30 | 24 | 30 | 27 | 13 | 10 | – | – | 118 | 93 | 6,1 | 5,4 | | |
| 12 601–13 500 | – | 1 | 14 | 9 | 29 | 20 | 66 | 35 | 50 | 29 | 16 | 27 | – | – | 175 | 121 | 9,0 | 7,0 | | |
| 13 501–14 400 | – | 2 | 18 | 13 | 57 | 41 | 83 | 88 | 72 | 74 | 18 | 25 | – | – | 248 | 243 | 12,7 | 14,2 | | |
| 14 401–15 300 | – | – | 19 | 16 | 52 | 42 | 129 | 117 | 173 | 164 | 36 | 45 | – | – | 409 | 384 | 21,0 | 22,4 | | |
| 15 301–16 200 | – | – | 20 | 3 | 51 | 22 | 87 | 53 | 154 | 100 | 57 | 64 | – | – | 369 | 242 | 19,0 | 14,1 | | |
| 16 201–17 100 | – | 2 | 8 | 12 | 19 | 30 | 62 | 50 | 96 | 92 | 40 | 41 | – | – | 225 | 227 | 11,6 | 13,2 | | |
| 17 101–18 000 | 1 | – | 13 | 5 | 38 | 28 | 59 | 55 | 74 | 95 | 46 | 62 | – | – | 231 | 245 | 11,9 | 14,3 | | |
| Zusammen | 10 | 15 | 126 | 75 | 300 | 229 | 561 | 458 | 697 | 625 | 252 | 313 | – | – | 1 946 | 1 715 | 100 | 100 | | |
| In % | 0,5 | 0,9 | 6,5 | 4,4 | 15,4 | 13,4 | 28,8 | 26,7 | 35,8 | 36,4 | 13,0 | 18,2 | – | – | 100 | 88,1 | | | | |

Tabelle 5 Altersbeihilfe

| Höhe der Mietzinszulagen Beträge in Franken pro Jahr | Stand am 31. Dezember 1974 | | | | Stand am 31. Dezember 1975 | | | |
|--|----------------------------|------|--------|------|----------------------------|------|--------|------|
| | Einzelpersonen | | | | Ehepaare | | | |
| | 1974 | | 1975 | | 1974 | | 1975 | |
| | Anzahl | in % | Anzahl | in % | Anzahl | in % | Anzahl | in % |
| Ohne Anspruch von | 8 431 | 68,1 | 8 140 | 68,7 | 1 350 | 69,4 | 1 363 | 79,5 |
| 1– 180 | 573 | 4,6 | 403 | 3,4 | 94 | 4,8 | 44 | 2,6 |
| 181– 360 | 411 | 3,3 | 357 | 3,0 | 68 | 3,5 | 53 | 3,1 |
| 361– 540 | 364 | 2,9 | 385 | 3,3 | 81 | 4,2 | 39 | 2,3 |
| 541– 720 | 418 | 3,4 | 343 | 2,9 | 51 | 2,6 | 35 | 2,0 |
| 721– 840 | 221 | 1,8 | 189 | 1,6 | 32 | 1,6 | 17 | 1,0 |
| 841– 960 | 203 | 1,6 | 183 | 1,5 | 36 | 1,8 | 23 | 1,3 |
| 961–1 080 | 183 | 1,5 | 195 | 1,7 | 24 | 1,2 | 21 | 1,2 |
| 1 081–1 200 | 146 | 1,2 | 155 | 1,3 | 24 | 1,2 | 12 | 0,7 |
| 1 201–1 320 | 179 | 1,5 | 141 | 1,2 | 31 | 1,6 | 10 | 0,6 |
| 1 321–1 500 | 1 256 | 10,1 | 206 | 1,7 | 25 | 1,3 | 16 | 0,9 |
| 1 501–1 680 | – | – | 193 | 1,6 | 22 | 1,2 | 17 | 1,0 |
| 1 681–1 800 | – | – | 123 | 1,0 | 13 | 0,7 | 2 | 0,1 |
| 1 801–1 920 | – | – | 106 | 0,9 | 14 | 0,7 | 11 | 0,7 |
| 1 921–2 099 | – | – | 130 | 1,1 | 13 | 0,7 | 9 | 0,5 |
| 2 100 (Maximum) | – | – | 597 | 5,1 | 68 | 3,5 | 43 | 2,5 |
| | 12 385 | 100 | 11 846 | 100 | 1 946 | 100 | 1 715 | 100 |

Tabelle 6 Altersbeihilfe – Einzelpersonen
Miete-Erhebung 31. Dezember 1975

| Mietzinse in Franken pro Monat | Anzahl | von 0 bis | | | | | | | | | | | | |
|---|---------------|--------------|-------------|---------------|---------------|---------------|---------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-----------|
| | | 0 bis 65 | 66 bis 130 | 131 bis 215 | 216 bis 260 | 261 bis 325 | 326 bis 390 | 391 bis 455 | 456 bis 520 | 521 bis 585 | 586 bis 650 | 651 bis 715 | 716+ mehr | |
| Private Mietwohnung | 5 052 | 76 | 662 | 1 433 | 722 | 934 | 685 | 343 | 120 | 49 | 16 | 3 | 9 | |
| Gen./städt. Mietwohnung | 3 129 | 49 | 774 | 1 600 | 313 | 236 | 107 | 34 | 12 | 4 | – | – | – | |
| Zimmermiete | 1 020 | 87 | 362 | 365 | 107 | 67 | 17 | 7 | 5 | – | 1 | – | 2 | |
| Wohnungs- und Zimmermiete | 77,7% in % | 9 201 100 | 212 2,3 | 1 798 19,5 | 3 398 36,9 | 1 142 12,4 | 1 237 13,4 | 809 8,8 | 384 4,2 | 137 1,5 | 53 0,6 | 17 0,2 | 3 0,2 | 11 0,2 |
| Kostgeld in Franken pro Monat | Anzahl | bis | | | | | | | | | | | | |
| | | 500 | 600 | 700 | 800 | 900 | 1 000 | 1 100 | 1 200 | 1 300 | 1 400 | 1 500 | 1 501+ mehr | |
| Städtisches Altersheim | 477 | – | – | – | 477 | – | – | – | – | – | – | – | – | |
| Privates Altersheim | 803 | 107 | 113 | 113 | 211 | 113 | 55 | 31 | 23 | 17 | 12 | 3 | 5 | |
| Familienaufenthalt | 466 | 386 | 50 | 21 | 4 | 4 | – | – | – | – | – | 1 | – | |
| Altersheime | 14,7% in % | 1 746 100 | 493 28,2 | 163 9,3 | 134 7,7 | 692 39,6 | 117 6,7 | 55 3,2 | 31 1,8 | 23 1,3 | 17 1,0 | 12 0,7 | 4 0,2 | 5 0,3 |
| Tagestaxe in Franken | Anzahl | von 0 bis | | | | | | | | | | | | |
| | | 20 | 30 | 40 | 50 | 60 | 70 | 80 | 90 | 100 | 110 | 120 | 121+ mehr | |
| Städtisches Pflegeheim | 129 | – | 90 | 5 | 34 | – | – | – | – | – | – | – | – | |
| Kantonales Pflegeheim | 204 | – | 198 | 3 | 3 | – | – | – | – | – | – | – | – | |
| Privates Pflegeheim | 497 | – | 26 | 92 | 98 | 129 | 37 | 73 | 29 | 13 | – | – | – | |
| Krankenhäuser zusammen | 7,0% in % | 830 100 | – – | 314 37,8 | 100 12,0 | 135 16,3 | 129 15,5 | 37 4,5 | 73 8,8 | 29 3,5 | 13 1,6 | – | – | – |
| Unentgeltliches Wohnrecht Ohne Meldung | 60 9 | – | – | – | – | – | – | – | – | – | – | – | – | |
| | 0,6% | 69 | – | – | – | – | – | – | – | – | – | – | – | |
| Total Einzelpersonen | 100% | 11 846 | – | – | – | – | – | – | – | – | – | – | – | |

Tabelle 7 Altersbeihilfe – Ehepaare

Miete-Erhebung 31. Dezember 1975

| <i>Mietzinse in Franken pro Monat</i> | | Anzahl | von 0 bis 65 | 66 130 | 131 215 | 216 260 | 261 325 | 326 390 | 391 455 | 456 520 | 521 585 | 586 650 | 651 715 | 716+ mehr |
|---------------------------------------|---------------|--------------|-----------------|-----------|-------------|-------------|-------------|-------------|------------|------------|------------|------------|------------|--------------|
| Private Mietwohnung | | 917 | 3 | 31 | 167 | 148 | 199 | 163 | 104 | 56 | 24 | 13 | 6 | 3 |
| Gen./städt. Mietwohnung | | 755 | 1 | 55 | 305 | 164 | 128 | 66 | 23 | 10 | 2 | – | – | 1 |
| Zimmermiete | | 8 | – | – | 2 | 2 | 1 | 2 | 1 | – | – | – | – | – |
| Wohnungs- und Zimmermiete | 98,0% in % | 1 680 100 | 4 0,2 | 86 5,1 | 474 28,2 | 314 18,7 | 328 19,5 | 231 13,8 | 128 7,6 | 66 3,9 | 26 1,6 | 13 0,8 | 6 0,4 | 4 0,2 |

| <i>Kostgeld in Franken pro Monat</i> | | Anzahl | bis 500 | 501 600 | 601 700 | 701 800 | 801 900 | 901 1 000 | 1 001 1 100 | 1 101 1 200 | 1 201 1 300 | 1 301 1 400 | 1 401 1 500 | 1 501+ mehr |
|--------------------------------------|--------------|-----------|------------|------------|------------|------------|------------|--------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|
| Städtisches Altersheim | | 20 | – | – | – | – | – | – | – | 20 | – | – | – | – |
| Privates Altersheim | | 13 | – | – | – | – | – | 1 | 1 | – | – | 1 | 2 | 8 |
| Familienaufenthalt | | – | – | – | – | – | – | – | – | – | – | – | – | – |
| Altersheime | 1,9% in % | 33 100 | – | – | – | – | – | 1 3,0 | 31 3,0 | 20 60,6 | – | 1 3,0 | 2 6,1 | 8 24,3 |

| <i>Tagestaxe in Franken</i> | | Anzahl | von 0 bis 20 | 21 30 | 31 40 | 41 50 | 51 60 | 61 70 | 71 80 | 81 90 | 91 100 | 101 110 | 111 120 | 121+ mehr |
|-----------------------------|--------------|----------|-----------------|----------|----------|----------|----------|----------|----------|----------|-----------|------------|------------|--------------|
| Städtisches Pflegeheim | | 1 | – | – | – | – | – | 1 | – | – | – | – | – | – |
| Kantonales Pflegeheim | | – | – | – | – | – | – | – | – | – | – | – | – | – |
| Privates Pflegeheim | | 1 | – | – | – | – | – | – | – | 1 | – | – | – | – |
| Krankenhäuser zusammen | 0,1% in % | 2 100 | – | – | – | – | – | 1 50 | – | 1 50 | – | – | – | – |

| | | |
|---------------------------|------|-------|
| Unentgeltliches Wohnrecht | | – |
| Ohne Meldung | | – |
| Total Ehepaare | 100% | 1 715 |

Jugendamt I

Tabelle 1 Heime – Belegung und Betriebskosten

| Heime in der Stadt | Säuglingsheim* Wildbach | | Säuglingsheim** Ottenweg | | Jugendheim Neumünsterallee | | Jugendheim Höngg | |
|---|----------------------------|-------|-----------------------------|-------|-------------------------------|--------|---------------------|-------|
| | 1975 | 1974 | 1975 | 1974 | 1975 | 1974 | 1975 | 1974 |
| Verfügbare Plätze | 45 | 50 | 39 | 39 | 30 | 30 | 18 | 20 |
| Zahl der Kinder | 59 | 56 | 24 | 59 | 40 | 43 | 18 | 25 |
| Pflegetage | 8 533 | 8 804 | 2 863 | 8 021 | 9 606 | 10 815 | 4 577 | 5 058 |
| Tagesbesetzung im Durchschnitt (Kinder) | 23 | 24 | 16 | 22 | 26 | 30 | 13 | 14 |
| Aufenthaltsdauer im Durchschnitt (Tage) | 145 | 157 | 119 | 136 | 240 | 252 | 254 | 202 |
| Jahresbesetzung im Durchschnitt (in %) | 52 | 48 | 40 | 56 | 88 | 100 | 70 | 69 |
| | Fr. | | Fr. | | Fr. | | Fr. | |
| Betriebsausgaben | 850 997.80 | | 429 516.30 | | 560 499.05 | | 262 340.95 | |
| Betriebseinnahmen | 237 820.05 | | 142 194.10 | | 191 369.20 | | 86 929.70 | |
| Gemeindezuschuss | 613 177.75 | | 287 322.20 | | 369 129.85 | | 175 411.25 | |
| Kosten pro Pflegetag | 97.96 | 94.17 | 157.90 | 91.92 | 67.47 | 52.63 | 76.61 | 65.94 |
| Kostgeldeinnahmen im Durchschnitt | 16.72 | 15.19 | 17.45 | 16.09 | 14.83 | 13.43 | 14.65 | 14.64 |

| Auswärtige Heime | Kinderheim Laret | | Kinderheim Urnäsch | | Kinderheim Gais | | Jugendheim Rivapiana | |
|---|---------------------|-------|-----------------------|-------|--------------------|----------|-------------------------|--------|
| | 1975 | 1974 | 1975 | 1974 | 1975 | 1974 | 1975 | 1974 |
| Verfügbare Plätze | 27 | 30 | 26 | 26 | 30 | 30 | 36 | 36 |
| Zahl der Kinder | 75 | 67 | 121 | 134 | 72 | 80 | 51 | 50 |
| Pflegetage | 5 996 | 6 410 | 6 620 | 6 863 | 8 302 | 7 864*** | 12 044 | 12 105 |
| Tagesbesetzung im Durchschnitt (Kinder) | 16 | 18 | 18 | 19 | 23 | 22 | 33 | 33 |
| Aufenthaltsdauer im Durchschnitt (Tage) | 80 | 96 | 55 | 51 | 115 | 98 | 236 | 242 |
| Jahresbesetzung im Durchschnitt (in %) | 61 | 59 | 70 | 72 | 76 | 72 | 92 | 90 |
| | Fr. | | Fr. | | Fr. | | Fr. | |
| Betriebsausgaben | 393 439.35 | | 701 280.90 | | 427 192.05 | | 1 070 761.60 | |
| Betriebseinnahmen | 151 804.90 | | 456 683.40 | | 211 528.35 | | 321 481.15 | |
| Gemeindezuschuss | 241 634.45 | | 244 597.50 | | 215 663.70 | | 749 280.45 | |
| Kosten pro Pflegetag | 55.76 | 49.53 | 101.21 | 80.92 | 50.75 | 53.77 | 94.34 | 79.71 |
| Kostgeldeinnahmen im Durchschnitt | 19.03 | 17.84 | 37.27 | 31.66 | 18.26 | 16.64 | 23.33 | 17.58 |

* bis 6.2.1975 Florhof, ab 7.2.1975 Wildbach

** Schliessung des Heimes am 30.6.1975

*** Haus B wegen Renovation 2 Monate geschlossen

| Jugendheim Artergut | | Jugendheim Rötelstrasse | | Jugendsiedlung Heizenholz | |
|------------------------|-------|----------------------------|--------|------------------------------|--------|
| 1975 | 1974 | 1975 | 1974 | 1975 | 1974 |
| 26 | 26 | 63 | 63 | 109 | 109 |
| 27 | 26 | 72 | 72 | 126 | 108 |
| 8 741 | 8 866 | 20 222 | 20 369 | 35 775 | 30 594 |
| 24 | 24 | 55 | 56 | 98 | 84 |
| 324 | 341 | 281 | 283 | 284 | 283 |
| 92 | 93 | 88 | 88 | 90 | 77 |
| Fr. | | Fr. | | Fr. | |
| 479 307.15 | | 1 490 170.— | | 2 962 759.05 | |
| 162 808.35 | | 425 600.45 | | 767 561.85 | |
| 316 498.80 | | 1 064 569.55 | | 2 195 197.20 | |
| 63.53 | 49.03 | 85.27 | 72.04 | 96.79 | 92.05 |
| 14.35 | 12.95 | 15.49 | 13.86 | 14.46 | 13.33 |

| Kinderheim Celerina | | Kinderheim Flims | | Schülerheim Schwäbrig | | Jugendheim Hegi | |
|------------------------|-------|---------------------|-------|--------------------------|-------|--------------------|-------|
| 1975 | 1974 | 1975 | 1974 | 1975 | 1974 | 1975 | 1974 |
| 23 | 23 | 17 | 17 | 14 | 14 | 13 | 13 |
| 43 | 52 | 25 | 27 | 22 | 19 | 17 | 13 |
| 5 833 | 6 796 | 6 097 | 6 024 | 4 983 | 4 983 | 3 645 | 3 771 |
| 16 | 19 | 17 | 17 | 14 | 14 | 10 | 10 |
| 135 | 131 | 243 | 223 | 226 | 262 | 214 | 290 |
| 69 | 80 | 98 | 100 | 98 | 100 | 77 | 79 |
| Fr. | | Fr. | | Fr. | | Fr. | |
| 449 547.35 | | 611 575.65 | | 416 572.85 | | 224 544.65 | |
| 165 032.55 | | 164 563.55 | | 258 239.75 | | 75 769.90 | |
| 284 514.80 | | 447 012.10 | | 158 333.10 | | 148 774.75 | |
| 71.83 | 56.63 | 97.91 | 81.40 | 100.90 | 77.65 | 73.54 | 68.10 |
| 22.65 | 17.58 | 20.39 | 18.11 | 37.76 | 27.58 | 17.02 | 13.03 |

Die Ausgaben für Lehrerbesoldungen, Miete, ausserordentliche Bauten und Anschaffungen sind bei der Durchschnittsberechnung nicht einbezogen.

Jugendamt II

Tabelle 1 Anzahl der Beratungsfälle

| | Männlich | Weiblich | Total |
|-----------------------------------|----------|----------|-------|
| Übertragene Fälle aus dem Vorjahr | 615 | 464 | 1 079 |
| Neue Fälle Berichtsjahr | 2 260 | 2 578 | 4 838 |
| Anzahl Fälle Berichtsjahr | 2 875 | 3 042 | 5 917 |
| Davon nicht abgeschlossene Fälle | 448 | 490 | 938 |
| Abgeschlossene Fälle Berichtsjahr | 2 427 | 2 552 | 4 979 |

Tabelle 2 Altersgliederung der Ratsuchenden

| | Männlich | Weiblich | Total |
|-------------------|----------|----------|-------|
| bis 11 Jahre | – | 1 | 1 |
| 12 Jahre | 3 | 3 | 6 |
| 13 Jahre | 3 | – | 3 |
| 14 Jahre | 15 | 20 | 35 |
| 15 Jahre | 982 | 847 | 1 829 |
| 16 Jahre | 781 | 814 | 1 595 |
| 17 Jahre | 150 | 279 | 429 |
| 18 Jahre | 98 | 133 | 231 |
| 19 Jahre | 67 | 82 | 149 |
| 20–24 Jahre | 175 | 162 | 337 |
| 25–29 Jahre | 73 | 89 | 162 |
| 30–39 Jahre | 72 | 79 | 151 |
| 40 und mehr Jahre | 8 | 43 | 51 |
| Total | 2 427 | 2 552 | 4 979 |

Tabelle 3 Art der Beratung

| | Männlich | Weiblich | Total |
|---|----------|----------|-------|
| Schulberatung (Volksschulalter) | 10 | 52 | 62 |
| Erste Berufswahl | 1 911 | 1 741 | 3 652 |
| Um- und Nachberatung | 143 | 266 | 409 |
| Mittelschülerberatung (Schulen ohne Maturitätsabschluss) | 6 | 46 | 52 |
| Mittelschülerberatung (Maturitätsschulen) | 16 | 38 | 54 |
| Maturandenberatung | 4 | 7 | 11 |
| Studentenberatung | 2 | 4 | 6 |
| Laufbahnberatung, Berufswechsel | 335 | 398 | 733 |
| Total | 2 427 | 2 552 | 4 979 |

Tabelle 4 Ergebnis der Beratung

| | Männlich | Weiblich | Total |
|---|--------------|--------------|--------------|
| Berufslehren und gleichwertige Berufsausbildung | 1 522 | 1 322 | 2 844 |
| Anlehren mit Vertrag | 47 | 84 | 131 |
| Arbeitsstellen | 138 | 124 | 262 |
| Sekundärberufe | 8 | 44 | 52 |
| Mittelschulen mit und ohne Maturitätsabschluss | 164 | 222 | 386 |
| Zweiter Bildungsweg | 16 | 16 | 32 |
| Höhere technische und andere höhere Lehranstalten | 11 | 5 | 16 |
| Fachschulen und -kurse | 97 | 138 | 235 |
| Hochschulen | 7 | 2 | 9 |
| Zwischenlösungen, bei denen eine andere Wahl noch nicht feststeht | 222 | 319 | 541 |
| Aufschiebung der Wahl | 140 | 121 | 261 |
| Beratungen, die nicht auf eine Wahl hinzielten | 55 | 155 | 210 |
| Total | 2 427 | 2 552 | 4 979 |
| Zwischenlösungen, bei denen bereits eine andere Wahl feststeht | 22 | 261 | 283 |

Tabelle 5 Art der Zwischenlösung

| | Männlich | Weiblich | Total |
|--|------------|------------|------------|
| Freiwilliges 8., 9. und 10. Schuljahr | 74 | 66 | 140 |
| Berufswahlklasse, -schule, Werkjahr | 83 | 41 | 124 |
| Haushaltlehre oder hauswirtschaftlicher Jahreskurs | – | 248 | 248 |
| Fremdsprachenaufenthalt (praktische Tätigkeit) | 3 | 126 | 129 |
| Fremdsprachenaufenthalt (Institute, Schulen) | 17 | 34 | 51 |
| Übrige Institute und Privatschulen | 60 | 30 | 90 |
| Praktikum, Volontariat, Stage | 5 | 24 | 29 |
| Andere Zwischenlösungen | 2 | 11 | 13 |
| Total | 244 | 580 | 824 |

Tabelle 6 Berufswahlvorbereitung und Öffentlichkeitsarbeit

| | Männlich | Weiblich | Total |
|---|----------|----------|-------|
| a) Klassenbesprechungen, Lehrerbesprechungen | 188 | 181 | 369 |
| b) Berufskundliche Lektionen mit Schülern der Oberstufe | 71 | 36 | 107 |
| c) Lektionen in Frauenbildungs- und Töcherschule | – | 100 | 100 |
| d) Lektionen in anderen Institutionen | 136 | 22 | 158 |
| e) Praktikums- und Schulbesuche | 59 | 92 | 151 |
| f) Mitwirkung an Elternabenden | 52 | 33 | 85 |
| g) Referate in Berufsverbänden | 23 | 5 | 28 |
| h) Öffentliche Referate | 3 | 17 | 20 |

Tabelle 7 Lehrstellenvermittlung

| | Männlich | Weiblich | Total |
|--------------------------|----------|----------|------------|
| Offene Lehrstellen | 2 438 | 1 225 | 3 663 |
| Lehrstellensuchende | 858 | 587 | 1 445 |
| Lehrstellenvermittlungen | 816 | 358 | 1 174 |
| Anlehrestellensuchende | 19 | 58 | 77 |
| Vermittlungen | 14 | 25 | 39 |
| Gruppenbesichtigungen | 1 | 17 | 18 |
| Einzelbesichtigungen | 188 | 31 | 219 |
| Berufspraktika | 800 | 551 | 1 351 |
| | | | 319 |

Tabelle 8 Städtische Stipendien – Anzahl der Stipendien und aufgewendeten Mittel

| Art des Stipendiums | Anzahl | Ausgerichteter Betrag Fr. |
|--|------------|------------------------------|
| Absolventen des 10. Schuljahres | 68 | 57 300.— |
| Berufslehren | 312 | 219 600.— |
| Übrige Vor-, Aus- und Weiterbildung | 72 | 85 300.— |
| Fach- und Mittelschulen | 210 | 322 300.— |
| Hochschulen | 132 | 282 000.— |
| Total | 794 | 966 500.— |
| Abzüglich nicht ausgerichtete Stipendien (Aufgabe der Ausbildung und ähnliche Gründe) | | 34 731.— |
| Total der aufgewendeten städtischen Mittel | | 931 769.— |

Tabelle 9 Bürgerliche Stipendienfonds

| Art des Stipendiums | Anzahl | Ausgerichteter Betrag Fr. |
|---|-----------|------------------------------|
| <i>Brüggerfonds</i> | | |
| Berufslehren | 7 | 3 850.— |
| Übrige Vor-, Aus- und Weiterbildung | 13 | 10 600.— |
| Fach- und Mittelschulen | 50 | 43 000.— |
| Hochschulen | 22 | 22 600.— |
| Aussteuerbeiträge | 3 | 2 800.— |
| Total | 95 | 82 850.— |
| <i>Thomansche Stiftung</i> | | |
| Hochschulen | 22 | 22 500.— |
| ./ 1 Rückbuchung | | 1 000.— |
| | | 21 500.— |
| <i>Speerliche Stipendienstiftung</i> | | |
| Beiträge für künstlerische und wissenschaftliche Ausbildung | 7 | 6 400.— |
| <i>Pfarrpfundfonds</i> | | |
| Beitrag an eine Pfarrerswitwe | 1 | 3 500.— |
| Total der aus allen Bürgerlichen Fonds ausbezahlten Beiträge 125 | | 114 250.— |

Tabelle 10 Belegung und Betriebskosten 1975

| | Lehrlingsheim Obstgarten | | Jugendstätte Gfellergut | | Töchterheim Altenhofstrasse | |
|---|-----------------------------|---------|----------------------------|----------|--------------------------------|---------|
| Verfügbare Plätze | 15 | | 40 | | 17 | |
| Zahl der Zöglinge | 32 | (29) | 56 | (54) | 25 | (20) |
| Zöglingstage | 5 546 | (6 560) | 12 741 | (12 629) | 4 875 | (4 724) |
| Durchschnittliche Tagesbelegung (Zöglinge) | 15 | (18) | 35 | (35) | 13 | (13) |
| Durchschnittliche Aufenthaltsdauer (Tage) | 173 | (226) | 228 | (234) | 195 | (236) |
| Durchschnittliche Jahresbelegung (in %) | 101 | (86) | 87 | (82) | 79 | (76) |
| | Fr. | | Fr. | | Fr. | |
| Betriebsausgaben | 532 835.80 | | 1 337 117.90 | | 315 660.05 | |
| Betriebseinnahmen | 141 628.20 | | 820 341.10 | | 235 131.— | |
| Gemeindezuschuss | 391 207.60 | | 516 776.80 | | 80 529.05 | |
| Kosten pro Zöglingstag | 98.48 | (74.24) | 107.31 | (104.53) | 70.50 | (69.39) |
| Durchschnittliche Kostgeldeinnahmen | 16.69 | (15.27) | 21.20 | (21.99) | 17.06 | (16.02) |

Die Ausgaben für Miete, ausserordentliche Bauten und Anschaffungen sind bei der Durchschnittsberechnung nicht einbezogen.

Jugendamt III

Tabelle 1 Belegung und Betriebskosten 1975

| | Beobachtungsheim Riesbach | | Wohngruppe für schul- entlassene Töchter | |
|---|------------------------------|----------|---|---------|
| Verfügbare Plätze | 12 | | 8 | |
| Zahl der Zöglinge | 21 | (16) | 10 | (14) |
| Zöglingstage | 2 906 | (2 221) | 2 810 | (2 568) |
| Durchschnittliche Tagesbelegung (Zöglinge) | 8 | (6) | 8 | (7) |
| Durchschnittliche Aufenthaltsdauer (Tage) | 138 | (139) | 281 | (183) |
| Durchschnittliche Jahresbelegung (in %) | 66 | (51) | 96 | (88) |
| | Fr. | | Fr. | |
| Betriebsausgaben | 424 081.45 | | 245 290.95 | |
| Betriebseinnahmen | 226 613.10 | | 155 146.85 | |
| Gemeindezuschuss | 197 468.35 | | 90 144.10 | |
| Kosten pro Zöglingstag | 155.62 | (168.83) | 92.68 | (82.03) |
| Durchschnittliche Kostgeldeinnahmen | 28.68 | (29.41) | 15.99 | (15.19) |

Die Ausgaben für Miete, ausserordentliche Bauten und Anschaffungen sind bei der Durchschnittsberechnung nicht einbezogen.

Amtsvormundschaft

Tabelle 1 Heime der Amtsvormundschaft

| Besetzung und Betriebskosten | Pestalozzihaus Schönenwerd | | Pestalozzi-Jugendstätte Burghof | |
|--|-------------------------------|----------------|------------------------------------|----------------|
| | | | | |
| Verfügbare Plätze | 45 | (43) | 80 | (80) |
| Zahl der Zöglinge | 43 | (43) | 87 | (75) |
| Pflegetage | 14 600 | (11 392) | 15 701 | (15 764) |
| Tagesbesetzung im Durchschnitt | 40,0 | (31,2) | 43,0 | (43,1) |
| Durchschnittliche Aufenthaltsdauer (Tage) | 340 | (265) | 180 | (210) |
| Durchschnittliche Jahresbesetzung (in %) | 88,9 | (72,5) | 53,7 | (54,0) |
| | | Fr. | | Fr. |
| Betriebsausgaben | 1 268 224.70 | (1 148 078.70) | 2 361 751.15 | (2 097 289.95) |
| Betriebseinnahmen | 749 034.30 | (616 392.20) | 1 464 436.30 | (1 339 357.55) |
| Gemeindezuschuss | 519 190.40 | (531 686.50) | 897 314.85 | (757 932.40) |
| Kosten pro Zöglingstag | 93.51 | (103.47) | 132.24 | (116.42) |
| Durchschnittliche Kostgeldeinnahmen | 26.78 | (22.02) | 26.22 | (24.12) |

Fürsorgeamt

Tabelle 1 Zahlungen nach Heimatgruppen

| Rechnung 1975 Heimatgruppen | Zahl der Fälle | Unterstützungen | | Zusammen | Rückerstattungen | | Zusammen |
|--------------------------------|-------------------|--------------------|--------------------------|------------|------------------|-----------|------------|
| | | offene Fürsorge | geschlossene Fürsorge | | Private | Behörden | |
| Kanton Zürich | 1 012 | 2 339 148 | 2 970 856 | 5 310 004 | 3 426 484 | 213 331 | 3 639 815 |
| Konkordatskantone: | | | | | | | |
| – mit Kostenteilung | 1 149 | 2 676 247 | 2 075 439 | 4 751 686 | 2 800 245 | 642 061 | 3 442 306 |
| – ohne Kostenteilung | 726 | 1 339 627 | 954 459 | 2 294 086 | 1 096 312 | 793 890 | 1 890 202 |
| Ausland | 249 | 553 455 | 900 397 | 1 453 852 | 838 503 | 516 516 | 1 355 019 |
| Zusammen | 3 136 | 6 908 477 | 6 901 151 | 13 809 628 | 8 161 544 | 2 165 798 | 10 327 342 |
| Vorjahr | 2 369 | 3 798 957 | 5 812 201 | 9 611 158 | 6 771 951 | 1 270 195 | 8 042 146 |

Tabelle 2 *Rückerstattungen*

| Rechnung 1975 | Kanton Zürich | Konkordatskantone mit Kosten- teilung | ohne Kosten- teilung | Ausland | Zusammen |
|-----------------------------------|------------------|---|-------------------------|-----------|------------|
| Rückerstattungen von | | | | | |
| Selbstzahlern (Unterstützten) | 353 425 | 266 262 | 152 832 | 53 568 | 826 087 |
| Verwandten der Unterstützten | 739 262 | 727 080 | 266 442 | 132 615 | 1 865 399 |
| Zusammen | 1 092 687 | 993 342 | 419 274 | 186 183 | 2 691 486 |
| Dritte, Krankenkassen, Fonds usw. | 2 333 797 | 1 806 902 | 677 039 | 652 320 | 5 470 058 |
| Private zusammen | 3 426 484 | 2 800 244 | 1 096 313 | 838 503 | 8 161 544 |
| Fürsorgedirektion | – | – | 15 508 | 413 962 | 429 470 |
| Heimatgemeinden | 185 119 | 642 061 | 778 382 | 100 466 | 1 706 028 |
| Staatsbeiträge für Versorgte | 28 212 | – | – | 2 088 | 30 300 |
| Behörden zusammen | 213 331 | 642 061 | 793 890 | 516 516 | 2 165 798 |
| Total der Rückerstattungen | 3 639 815 | 3 442 305 | 1 890 203 | 1 355 019 | 10 327 342 |
| Vorjahr | 3 125 179 | 2 580 181 | 1 453 699 | 883 087 | 8 042 146 |

Tabelle 3 *Heime des Fürsorgeamtes – Besetzung und Betriebskosten 1975*

| A. Altersheime | | Altersheim Lilienberg Affoltern a.A | Altersheim Waldfrieden Pfäffikon ZH | Altersheim Doldertal Zürich 7 | Altersheim Klusplatz Zürich 7 | Altersheim Tanne Zürich 9 |
|--|------|---|---|-------------------------------------|-------------------------------------|---------------------------------|
| Verfügbare Plätze | | 41 | 34 | 30 | 80** | 22 |
| Pflegetage | 1975 | 13 281 | 10 696 | 10 226 | 23 778 | 7 592 |
| | 1974 | 13 864 | 10 860 | 10 440 | 22 134 | 7 425 |
| Durchschnittliche Tagesbesetzung (Pensionäre) | 1975 | 38 | 31 | 29 | 67 | 22 |
| Durchschnittliche Jahresbesetzung in % | 1975 | 93,6 | 91,5 | 97,3 | 83,2 | 98,4 |
| Betriebsausgaben* | Fr. | 523 424 | 439 705 | 436 548 | 1 141 513 | 326 135 |
| Betriebseinnahmen | Fr. | 446 790 | 351 596 | 336 499 | 808 520 | 291 142 |
| Zuschuss aus dem Armengut | Fr. | 99 251 | 108 616 | 100 049 | 480 765 | 61 149 |
| Netto-Kosten pro Pflegetag | 1975 | 35.97 | 38.59 | 40.19 | 44.75 | 38.59 |
| | 1974 | 31.88 | 32.61 | 36.13 | 46.09 | 41.28 |
| Durchschnittliche Kostgeldeinnahmen | 1975 | 27.05 | 27.60 | 26.18 | 29.67 | 27.63 |
| | 1974 | 22.80 | 22.84 | 21.76 | 25.12 | 23.42 |

* Ohne Ausgaben für Miete, ausserordentliche Bauausgaben und ausserordentliche Anschaffungen

** Bis Mitte Mai 1974 60 Betten; 1975 wegen Umbauarbeiten einige Zimmer zeitweise unbelegbar

| B. Alterswohnheime | | Alterswohnheim Rosengarten Oberuster | Alterswohnheim Sonnenhof Küsnacht ZH | Alterswohnheim Wipkingen Zürich 10 | Alterswohnheim Wollishofen Zürich 2 |
|---|------|--|--|--|---|
| Verfügbare Plätze | | 79 | 72 | 96 | 74 |
| Pflegetage | 1975 | 27 353 | 24 876 | 32 882 | 25 762 |
| | 1974 | 27 412 | 25 008 | 33 492 | 25 273 |
| Durchschnittliche Tagesbesetzung (Pensionäre) | 1975 | 78 | 71 | 95 | 73 |
| Durchschnittliche Jahresbesetzung in % | 1975 | 98,4 | 98,1 | 98,9 | 99,3 |
| Betriebsausgaben* | Fr. | 1 112 821 | 1 084 352 | 1 240 567 | 948 065 |
| Betriebseinnahmen | Fr. | 914 891 | 923 707 | 1 144 126 | 884 072 |
| Zuschuss aus dem Armengut | Fr. | 197 930 | 160 645 | 111 569 | 94 719 |
| Netto-Kosten pro Pflegetag | 1975 | 37.48 | 40.74 | 35.30 | 34.09 |
| | 1974 | 33.53 | 35.92 | 30.— | 31.65 |
| Durchschnittliche Kostgeldeinnahmen | 1975 | 26.92 | 30.70 | 30.09 | 28.94 |
| | 1974 | 22.50 | 25.49 | 25.01 | 24.24 |

* Ohne Ausgaben für Miete, ausserordentliche Bauausgaben und ausserordentliche Anschaffungen

| B. Alterswohnheime | | Alterswohnheim Laubegg Zürich 3 | Alterswohnheim Mathysweg Zürich 9 | Alterswohnheim Buttenau Adliswil | Alterswohnheim Oberstrass Zürich 6 |
|---|------|---------------------------------------|---|--|--|
| Verfügbare Plätze | | 80 | 86 | 90 | 101 |
| Pflegetage | 1975 | 27 719 | 29 350 | 31 148 | 34 312 |
| | 1974 | 27 729 | 29 812 | 31 209 | 34 772 |
| Durchschnittliche Tagesbesetzung (Pensionäre) | 1975 | 79 | 85 | 88 | 100 |
| Durchschnittliche Jahresbesetzung in % | 1975 | 98,3 | 99,0 | 97,8 | 99,2 |
| Betriebsausgaben* | Fr. | 1 093 117 | 1 127 761 | 1 090 887 | 1 307 217 |
| Betriebseinnahmen | Fr. | 1 028 241 | 1 024 587 | 1 087 167 | 1 315 761 |
| Zuschuss aus dem Armengut | Fr. | 68 277 | 105 987 | 9 380 | Über- schuss 7 254 |
| Netto-Kosten pro Pflegetag | 1975 | 35.51 | 35.45 | 32.20 | 34.31 |
| | 1974 | 32.75 | 30.21 | 29.85 | 33.26 |
| Durchschnittliche Kostgeldeinnahmen | 1975 | 29.71 | 29.49 | 30.22 | 31.86 |
| | 1974 | 24.33 | 24.59 | 25.47 | 26.12 |

* Ohne Ausgaben für Miete, ausserordentliche Bauausgaben und ausserordentliche Anschaffungen

| C. Übrige Heime | | Bürgerstube in der Schipfe Zürich 1 | Schülerheim Heimgarten Bülach | Pestalozzi- heim Redlikon Stäfa | Männerheim Rossau Mettmen- stetten |
|--|------|---|-------------------------------------|--|---|
| Verfügbare Plätze | | 47** | 54 | 48 | 60 |
| Pflegetage | 1975 | 14 267 | Kinder 14 120 | Mädchen 11 228 | 19 008 |
| | 1974 | 13 952 | 14 553 | 14 127 | 17 515 |
| Durchschnittliche Tagesbesetzung (Pensionäre/Schüler) | 1975 | 40 | 49 | 36 | 54 |
| Durchschnittliche Jahresbesetzung in % | 1975 | 86,6 | 90,4 | 75,8 | 90,6 |
| Betriebsausgaben* | Fr. | 379 200 | 1 469 056 | 761 110 | 1 492 439 |
| Betriebseinnahmen | Fr. | 316 307 | 1 064 143 | 641 224 | 1 440 261 |
| Zuschuss aus dem Armengut | Fr. | 62 893 | 646 422 | 251 391 | 106 362 |
| Netto-Kosten pro Pflegetag | 1975 | 25.69 | 99.66 | 64.20 | 40.64 |
| | 1974 | 25.22 | 88.03 | 50.11 | 35.88 |
| Durchschnittliche Kostgeldeinnahmen | 1975 | 20.82 | 16.71 | 21.83 | 20.11 |
| | 1974 | 17.89 | 13.45 | 17.32 | 16.19 |

* Ohne Ausgaben für Miete, ausserordentliche Bauausgaben, ausserordentliche Anschaffungen und Netto-Lehrerbesoldungen

** ab 1. Mai 1975 1 Zimmer mehr

Vormundschaftsbehörde

Die *Gesamtbehörde* behandelte in 8 (7) Sitzungen und auf dem Zirkularweg 32 (53) Geschäfte grundsätzlicher, organisatorischer und hauptsächlich personeller Art. Sie prüfte Massnahmen zur Entlastung ihrer Revisoren und stellte zur Wahl eines Amtsvormundes Antrag. Ferner nahm sie ausführlich Stellung zur Motion Heidelberger bzw. zum Gegenvorschlag des Stadtrates auf Bevorschussung von Alimenten, der von der vormundschaftlichen Praxis aus entschieden befürwortet werden muss. Die Behörde besichtigte die Psychiatrische Klinik Waldhaus in Chur und das Männerheim zur Weid, Rossau-Mettenstetten. Delegationen nahmen an den Jahrestagungen der kantonalen Vormundschaftsdirektoren in Herisau und der städtischen Vormundschaftsbehörden der Deutschschweiz in Bern teil. Die Revision der Schirmlade erfolgte am 27. November durch den Bezirksrat. – Zum Rekurs der Vormundschaftsbehörde vom 15. Februar 1974 gegen den Bezug von AHV-Prämien auf den Entschädigungen der nebenamtlichen Vormünder ging bis jetzt noch kein Entscheid ein.

Von den 11 313 (12 017) eingegangenen Geschäften wurden in 100 Sitzungen der *beiden Kammern* 7307 durch Beschluss erledigt. Die übrigen Geschäfte behandelten die Mitglieder in Einzelkompetenz. – Der Bezirksrat wies 18 Beschwerden und Rekurse gegen Beschlüsse der Vormundschaftsbehörde ab und hiess 3 gut. Die Justizdirektion des Kantons Zürich als obere vormundschaftliche Aufsichtsbehörde wies 6 Beschwerden und Rekurse ab und hiess 1 gut. In eigener Kompetenz hatte die Vormundschaftsbehörde als Aufsichtsinstanz auch Beschwerden gegen Vormünder zu entscheiden.

Vormundschaften und Beistandschaften Ende 1975

Kinder

| | | | |
|--|-----|-------|---------|
| Vormundschaften | | | |
| – Tod der Eltern | 14 | | |
| – Entzug der elterlichen Gewalt | 320 | | |
| – Ausserehelichkeit | 750 | 1 084 | |
| Beistandschaften | | | |
| – Vertretungsbeistandschaften | 129 | | |
| – Ausserehelichkeit (davon 41 oder 20,3% für ausländische Kinder) | 203 | 332 | |
| Kinder zusammen | | 1 416 | (1 539) |

Erwachsene

| | | | |
|--|-------|-------|---------|
| Vormundschaften | | | |
| – Geisteskrankheit und Geistesschwäche | 1 346 | | |
| – Trunksucht, Verschwendung, Misswirtschaft und lasterhafter Lebenswandel | 217 | | |
| – Längere Freiheitsstrafe | 26 | | |
| – Eigenes Begehren | 348 | 1 937 | |
| Beistandschaften | | | |
| – Vertretungs- und Verwaltungsbeistandschaften, einschliesslich solche für juristische Personen | 640 | | |
| – Eigenes Begehren | 41 | 681 | |
| Beiratschaften | | 111 | |
| Vorläufiger Entzug der Handlungsfähigkeit | | 41 | |
| Erwachsene zusammen | | 2 770 | (2 798) |

Ende 1975 wurden 10 Beistandschaften wegen Ausserehelichkeit weniger als im Vorjahr geführt. Ferner reduzierten sich die Vormundschaften über aussereheliche Kinder um 90 weitere Fälle, weil den Müttern – auch im Hinblick auf das kommende neue Kindesrecht – vermehrt die elterliche Gewalt übertragen wird. Das Verhältnis der Massnahmen für Kinder und Erwachsene beträgt jetzt ziemlich genau $\frac{1}{3}$ zu $\frac{2}{3}$. Diese Umschichtung ergibt sich auch durch die zahlreichen Altersbeistandschaften für betagte, körperlich und geistig gebrechliche Personen. – Unter den Rechtsgeschäften, denen die Behörde gestützt auf Art. 418 und 421 ZGB zuzustimmen hat, befanden sich 41 Lehrverträge, 32 freihändige Liegenschaftenverkäufe und 52 Erbteilungen. Nach Art. 156 ZGB hat die Vormundschaftsbehörde auch zur Kinderzuteilung im Scheidungsprozess Antrag zu stellen. Davon machen aber die zürcherischen Gerichte kaum mehr Gebrauch.

Die vormundschaftlichen Schutzbefohlenen gehören zu den ersten, die von der Rezession betroffen werden. Diese schränkt die Möglichkeiten zur Arbeitsplazierung ein, was besonders die Bemühungen der Vormünder erschwert und auch eine vermehrte Beanspruchung der Vormundschaftsbehörde bewirkt. Es vermindern sich auch die Arbeitsmöglichkeiten in den sogenannten geschützten Werkstätten für Mindererwerbsfähige, weil der Auftragsbestand zurückgeht.

Die vor fünf Jahren eingesetzte *Altersfürsorgerin* führte im Berichtsjahr 162 (145) Beistandschaften und Vormundschaften und betreute vorübergehend 57 (48) weitere Personen (freiwillige Beratung und Betreuung, einmalige Hilfe, Erledigung der Angelegenheiten bis zur Errichtung einer Massnahme). Dazu erfolgten unter anderem

742 Besuche und Besprechungen

79 Verhandlungen mit Banken, Notariat, Mietgericht

24 Vermittlungen von Arbeit, Haushalthilfe, Erholungsaufenthalt

51 Mithilfen bei Inventaren, Räumung von Wohnungen

46 Spitaleinweisungen sowie Alters- und Pflegeheimplazierungen

32 Regelungen in Todesfällen.

Die Schaffung des Postens einer zweiten Altersfürsorgerin lässt sich nicht mehr umgehen. Am schwierigsten erweist sich für die Altersfürsorgerin nach wie vor der Mangel an guten Heimplätzen. Es würde ihre Arbeit wesentlich erleichtern, wenn ihr in städtischen Heimen eine kleine Anzahl von Betten zur Verfügung gestellt würde, um dort Patienten mit bescheidenen Mitteln unterbringen zu können.

Fürsorgetätigkeit von Privatpersonen. Das Amt eines Fürsorgers (Vormund, Beirat, Beistand, Aufsichtsorgan) übten Ende des Jahres 1138 Männer und 258 Frauen, somit 1396 (1402) Privatpersonen, für insgesamt 1946 (1980) Schutzbefohlene aus. Der leichte Rückgang ist lediglich auf die Aufhebung von Massnahmen zurückzuführen. Es kamen 28 Frauen mehr als im Vorjahr zum Einsatz. Von den 239 neu eingesetzten Personen wurden 82 durch das Sekretariat für die Werbung und Beratung der privaten Fürsorger geworben. Es führte im Berichtsjahr zwei Werbevorträge bei Kirchgemeinden, verschiedene Aktionen und die persönliche Werbung bei rund 100 Interessenten durch. Eine erhebliche Beanspruchung erfolgte durch die Mithilfe bei Plazierungen und Einweisungen, die Liquidation von Wohnungen und Hausrat, die Mithilfe bei der Erstattung der Rechenschaftsberichte oder die Betätigung als ausserordentlicher Berichterstatter für erkrankte oder verstorbene Fürsorger. Ohne die Tätigkeit privater Fürsorger wäre jeder Amtsvormund mit rund 150 Fällen mehr belastet. Den Amtsvormündern wurden neben den Beistandschaften für aussereheliche Kinder 184 neue Fälle zugeteilt, während sie von 288 entlastet werden konnten. Ihre durchschnittliche Belastung ging damit auf 203 Fälle zurück.

Aufsichten über Kinder und Erwachsene, das heisst persönliche Überwachung ohne Vertretungs- und Verwaltungsbefugnis:

| | | |
|--|----------------|-------|
| Kinder gemäss Art. 283 ZGB | 836 | |
| Schutzaufsichten über Erwachsene nach § 20 des Versorgungsgesetzes | 12 | |
| | 848 | (873) |
| <i>Einweisungen in Heime und Anstalten</i> | | |
| gestützt auf Art. 284 ZGB | 50 Jugendliche | |
| gestützt auf Art. 421 Ziff. 13 ZGB | 82 Personen | |
| auf Grund des kantonalen Versorgungsgesetzes | | |
| – bedingt | 3 | |
| – unbedingt | – | |
| | 135 | (90) |

Gemäss zürcherischem Versorgungsgesetz wurden 22 Personen durch Beschluss verwahrt.

Vermögensverwaltung. Das gesamte vormundschaftlich verwaltete Vermögen von bevormundeten oder verbeiständeten Kindern und Erwachsenen mit Einschluss der Liegenschaften betrug am Jahresende Fr. 120 982 000.— (115 597 268.—). Das Wertschriftenvermögen allein stellte einen Wert von Fr. 102 275 000.— (90 057 000.—) dar. In der Aufstellung sind 57 freiwillige Hinterlagen im Betrage von Fr. 803 000.— inbegriffen. In der Schirmlade, d. h. der Tresoranlage der Vormundschaftsbehörde, liegen in 2192 Depots Fr. 45 100 000.—. Das übrige Wertschriftenvermögen von Fr. 57 175 000.— ist gestützt auf die Verordnung des Regierungsrates vom 16. Dezember 1911 in 244 Depots bei 8 Banken hinterlegt. Der Wertschriftenverkehr ergab bei Fr. 11 870 000.— Einlieferungen und Fr. 7 360 000.— Auslieferungen einen Mehreingang von Fr. 4 510 000.—. Im Bar- und Postcheckverkehr wurden Fr. 21 163 000.— umgesetzt.

Rechenschaftsberichte. 2477 (2641) Rechenschaftsberichte, wovon 1974 mit Rechnung, wurden geprüft und abgenommen. 973 Fälle gaben zu Beanstandungen oder Ergänzungen Anlass. Ordnungsbussen wegen verspäteter Einreichung oder Nichteinreichung von Berichten mussten nicht verhängt werden.

Ehescheidungsanzeigen. Es gingen 285 Scheidungsanzeigen mit unmündigen Nachkommen ein. In 43 Fällen wurde eine Erziehungsaufsicht und in 46 Fällen eine Aufsicht über das Kindervermögen angeordnet. Die Wiederverheiratsanzeigen wurden nur noch in besonderen Fällen behandelt.

Kindervermögensaufsicht. Ende 1975 wurden 1675 Aufsichten über Kindervermögen wegen Todes eines Elternteils, Scheidung der Eltern, Ausserehelichkeit, Entmündigung mit Unterstellung unter die elterliche Gewalt oder wegen Vermögensgefährdung geführt. Das beaufsichtigte Kindervermögen betrug Fr. 40 575 082.—.

Sicherung von Erbgängen und Inventare. Die Vormundschaftsbehörde hat sich mit allen Erbschaftsfällen zu befassen, in denen Halbweisen, Vollweisen, handlungsunfähige, landesabwesende und unbekannt abwesende Personen zu den Erben gehören oder wo die Erbfolge überhaupt ungewiss ist. In den Fällen von Art. 553 Ziff. 1 und 2 ZGB hat sie auch Erbschaftsinventare aufzunehmen. Ferner muss sie die vom überlebenden Ehegatten im

Sinne von Art. 291 ZGB einzureichenden Nachlassinventare erstellen. Sodann hat sie das Vermögen von Bevormundeten und Verbeiständeten gemäss Art. 398 ZGB zu inventarisieren. Insgesamt waren 1711 Sterbeanzeigen zu behandeln und 131 Vermögen bevormundeter oder verbeiständeter Personen festzustellen. Von diesen 1842 Fällen wurden 262 durch Inventar und die übrigen durch Schlussbericht des Vormundes oder Beistandes, in Beschlussesform oder ohne Massnahmen erledigt.

Rechtsgeschäfte unter Ehegatten und Eheverträge. Es wurden genehmigt:

| | | |
|--|-------|---------|
| Rechtsgeschäfte nach Art. 177 ZGB über das eingebrachte Gut der Ehefrau und das Gemeinschaftsgut sowie Verpflichtungen der Ehefrau Dritten gegenüber zugunsten des Ehemannes | 63 | (77) |
| Eheverträge im Sinne von Art. 181 ZGB | 1 279 | (1 298) |
| | 1 342 | (1 375) |

Von den Eheverträgen betrafen 919 (72%) die Änderung der Beteiligung am Vorschlag des ehelichen Vermögens, 305 (24%) die Anordnung der allgemeinen Gütergemeinschaft oder Errungenschaftsgemeinschaft und 55 (rund 4%) die vertragliche Gütertrennung.

Adoptionen, Ehemündigerklärungen, Rechtshilfegesuche. Bei den Adoptionen sind zwei Stadien zu unterscheiden:

Gestützt auf Art. 422 Ziff. 1 ZGB beantragte die Vormundschaftsbehörde dem Bezirksrat in 71 (130) Fällen Zustimmung zur Adoption vormundschaftlich betreuter Kinder. Diese waren zum grössten Teil auswärts untergebracht.

In Vertretung des Vorstandes des Sozialamtes waren die Adoptionen mit Wohnsitz der Adoptiveltern in Zürich zu Händen des Stadtrates und des Bezirkrates vorzubereiten.

| | |
|--|-----------|
| Übertrag von 1974 | 97 Fälle |
| Neu eingegangen (1973: 299, 1974: 169) | 165 Fälle |
| | 262 Fälle |
| Davon erledigt | 229 Fälle |
| Noch offen | 33 Fälle |

Von den 229 erledigten Fällen betrafen

| | |
|---|-----------|
| gemeinsame Adoption durch Ehepaare | 58 Fälle |
| Adoption durch Einzelpersonen (davon 70 durch Stiefväter, 7 durch Stiefmütter) | 82 Fälle |
| Gemeinsame Unterstellung unter das neue Recht | 35 Fälle |
| Unterstellung durch Einzelpersonen | 9 Fälle |
| Adoption mit gleichzeitiger Unterstellung unter das neue Recht durch den anderen Adoptivelternteil | 16 Fälle |
| Rückzüge, fehlende Voraussetzungen | 29 Fälle |
| | 229 Fälle |

Mit Ausnahme von 5 Fällen waren die Annehmenden alle Schweizer Bürger. Von den Angenommenen waren 35 volljährig, 44 ehelich, 108 ausserehelich (54%, Vorjahr 73,5%) und 13 unbekannter Abstammung. Sie verteilten sich auf 133 Schweizer und 67 Ausländer (33,5%, Vorjahr 31,3%), nämlich 16 Deutsche, 11 Österreicher, je 8 Italiener und Koreaner, 5 Spanier, je 4 Griechen und Kanadier, je 2 Jugoslawen, Brasilianer, Marokkaner und Tibeter und je 1 Franzose, Finnländer und Bürger der USA. Durch Einzelpersonen, insbesondere Stiefväter, erfolgten erstmals wesentlich mehr Adoptionen als durch Ehepaare. Die Adoption ist immer noch vorwiegend eine Unehelichenschutzmassnahme.

Bei den Volljährigen handelt es sich mehrheitlich um die Unterstellung unter das neue Recht. Die fünfjährige Übergangszeit für diese Unterstellungen läuft noch bis 31. März 1978.

Es wurden 2 Ehemündigkeitsgesuche behandelt und an die Oberbehörden weitergeleitet. In den Jahren 1974 und 1975 wurde das Volljährigkeitsalter für deutsche, französische, italienische und schwedische Staatsangehörige auf 18 Jahre und für österreichische Staatsangehörige auf 19 Jahre herabgesetzt. – Der 1. Vizepräsident erledigte 48 (36) Rechtshilfegesuche.

Prozesse. 8 Prozesse wurden aus dem Vorjahr übernommen, und 11 kamen neu dazu. Von diesen 19 Prozessen betrafen

| | |
|--|----|
| – Entmündigung und Entzug der elterlichen Gewalt nach Art. 369, 370 und 285 ZGB | 10 |
| – Ergänzung und Abänderung des Scheidungsurteils | 2 |
| – Verschollenerklärung | 5 |
| – Anderweitiges | 2 |

19

Von 9 erledigten Prozessen betrafen 3 die Entmündigung und 1 den Entzug der elterlichen Gewalt. Von den Entmündigungsklagen wurden je eine vom Bezirksgericht und Obergericht gutgeheissen und eine zurückgezogen. Gemäss dem Entscheid des Obergerichtes des Kantons Zürich vom 21. September 1973 (Blätter für zürcherische Rechtsprechung, Band 73, Nr. 25) sind die Zürcher Gerichte im Entmündigungsprozess in Änderung der bisherigen Rechtsprechung wieder selbst zur Anordnung einer Beiratschaft an Stelle der Vormundschaft zuständig. Dieser Entscheid ist nicht nur im Interesse der Rechtssicherheit, sondern auch aus verfahrensökonomischen Gründen zu begrüssen.

Stadtammann- und Betreibungsämter, Friedensrichterämter

Die Tätigkeit der Betreibungs- und Friedensrichterämter ist Bestandteil der Rechtspflege, so dass auch die vorgesetzten Organe der Rechtspflege die Aufsicht darüber ausüben. Einzelheiten über ihre Tätigkeit werden im jährlichen Rechenschaftsbericht des Obergerichts an den Kantonsrat veröffentlicht.

Zürich, den 31. März 1976

Im Namen des Stadtrates:

der Stadtpräsident:
Dr. S. Widmer

der Stadtschreiber
Dr. H. Brühwiler